

**Geographie**

**Die Entwicklungspotenziale und -hindernisse  
der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit  
im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck**

**Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades  
der  
Philosophischen Fakultät  
der  
Westfälischen Wilhelms-Universität  
zu  
Münster (Westf.)**

**vorgelegt von  
Tomáš Křenek**

**aus Valašské Meziříčí, Tschechische Republik**

**2005**

Tag der mündlichen Prüfung: 19.07.2005

Dekan: Prof. Dr. Dr. h. c. Wichard Woyke

Referent: Prof. Dr. Cay Lienau, Inst. für Geographie, WWU Münster

Koreferent: Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron, Inst. für Geographie, WWU Münster



# Vorwort

Ausschlaggebend für die Wahl des Themas war mein persönlicher Bezug zu diesem Grenzraum. Ich komme aus einem Zweitausend-Seelen-Bergdorf in Ost-Tschechien, das etwa 70 Km von der Grenze zu Polen und nicht mehr als 20 Km von der slowakischen Grenze gelegen ist. Als sich die Tschechoslowakei 1993 trennte, war ich 17 Jahre alt. Oft bin ich mit dem Fahrrad bergauf zur Grenze gefahren und habe dort zugeschaut, wie die Grenzschraken aufgestellt wurden. Die plötzliche Verwandlung einer peripheren Region inmitten der Republik zu einem Grenzgebiet empfand ich als sehr spannend.

Ein Jahr danach habe ich die Heimat für mehrere Jahre verlassen: Zuerst für das Studium in Brno und anschließend in Münster. Während dieser Zeit hat sich mein Interesse – ähnlich wie bei den meisten aus meiner Generation, die der postsozialistische Aufbruch ergriffen hat - in die westliche Richtung gerichtet. Von den Auswirkungen der Transformation auf die Heimatregion habe ich nicht viel mitbekommen. Es hatte für mich deshalb einen großen Reiz, die Problematik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck zum Thema meiner geplanten Dissertation zu machen. Herrn Prof. Dr. Frank-Dieter Grimm, dem leider bereits verstorbenen Leiter des Instituts für Länderkunde in Leipzig, der mich – durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bis dahin nicht betroffenen jungen Menschen - im Jahre 2000 auf diese Idee gebracht hat, fühle ich mich deshalb mit großem Dank verbunden.

Im Frühjahr 2002 wurde ich in die Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgenommen und habe mit der Dissertation begonnen. Im Sommer 2003 bin ich dann zum Forschungsaufenthalt in die Heimat zurückgekehrt. Bereichert mit Auslandserfahrungen mit Kooperationen in westeuropäischen Grenzgebieten habe ich der Frage nachgegangen, wie die Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Entwicklung im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum durch die Akteure selbst beurteilt werden. Die Ergebnisse der Befragung werden in der vorliegenden Arbeit dargelegt.

Ich möchte vielen Personen danken, die mich bei der Realisierung des Forschungsvorhabens und anschließend bei der Verfassung der Dissertation unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Cay Lienau. Ich danke ihm für das in mich gesetzte Vertrauen, für seine beständige Unterstützung, seine menschlich nette und tolerante Umgangsart sowie für seine Aufgeschlossenheit, sich auch mit Themen auseinander zu setzen, die nicht gerade zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen und für die Bereitschaft, seinen Interessenbereich zu erweitern. So brach Prof. Lienau unmittelbar nach der Übernahme der Betreuung meines Vorhabens auf eine Erkundungsreise in den tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum auf, um sich dort vor Ort ein eigenes Bild über die Grenzraumrealität zu verschaffen.

Für zahlreiche methodische Anregungen möchte ich Frau Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron vom Institut für Geographie der WWU Münster herzlich danken. Ich bedanke mich ferner bei der Leitung des Institutes für Geographie der WWU Münster sehr dafür, dass sie mir

vorzügliche Arbeitsbedingungen im Hause ermöglicht haben. Darüber hinaus möchte ich mich bei Frau Dipl.-Ing. Claudia Schroer dafür bedanken, dass sie mir bei Problemen mit der Herstellung von Karten stets hilfsbereit zur Seite stand. Ich danke herzlich meinen Kollegen Dipl.-Geogr. Michael Schott und Thomas Goldmann M. A. für die zahlreichen Diskussionen und kritischen Anregungen sowie für die sprachlichen Korrekturen des Textes und wünsche ihnen für ihre eigenen Dissertationen alles Gute.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen die Gesprächspartner, die meine Fragen geduldig ertragen haben und oft auch größeres Engagement zeigten, als ich das erwartet habe. Dank sei auch allen den Akteuren, die an der schriftlichen Befragung teilgenommen haben und mir einen vollständig ausgefüllten Fragebogen zurückgeschickt haben.

Meiner Frau Dagmar und meinem Sohn Albert danke ich für ihr liebevolles Verständnis und den festen Rückhalt in der arbeitsintensiven Zeit; ohne diese wäre die Arbeit nicht zu Stande gekommen.

Meine große Verbundenheit gilt Herrn Prof. Dr. Paul Leidinger vom Institut für Didaktik der Geschichte an der WWU Münster für seine vielseitige Unterstützung in der Zeit vor der Promotion. Ihm möchte ich diese Arbeit widmen.

Tomáš Křenek

Münster, im April 2005

# Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Tabellen	8
Verzeichnis der Karten und Diagramme	10
Verzeichnis der Abbildungen im Anhang	10
Verzeichnis der Abkürzungen	11
<b>Einleitung</b>	<b>13</b>
<b>1. Konzeptioneller Rahmen</b>	<b>14</b>
1.1. Grenzraumforschung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Einordnung der Untersuchung im geographischen Forschungsfeld	14
1.2. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	16
1.3. Methodik und Aufbau der Arbeit	18
<b>2. Definition des Untersuchungsraumes</b>	<b>21</b>
<b>3. Grundlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit</b>	<b>24</b>
3.1. Zentrale Begriffe	24
3.1.1. Grenze und Grenzraum	24
3.1.2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	27
3.2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als regionalpolitisches Instrument - Ziele und Aufgaben	28
3.3. Anwendung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als regionalpolitisches Instrument im westlichen Europa	29
3.4. Spezifika der Entwicklung der Zusammenarbeit in Mitteleuropa	32
3.5. Typologie der Strukturen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit	34
3.5.1. Euroregionen und ähnliche Körperschaften	35
3.5.2. Andere Zusammenschlüsse	36
3.5.3. Programmbezogene Strukturen	37
3.5.4. Aktuelle Entwicklungstendenzen	38
3.6. Akteure der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, ihre Handlungsbereiche und Motive	39
3.7. Einflussfaktoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	44
3.7.1. Naturraum und Raumnutzung	45

3.7.2.	Historische Entwicklung	46
3.7.3.	Politische Rahmenbedingungen	47
3.7.4.	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	48
3.7.5.	Arbeitsmarkt	51
3.7.6.	Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur	54
3.7.7.	Soziale und kulturelle Rahmenbedingungen	55
3.7.8.	Umweltsituation	56
3.7.9.	Stand der Zusammenarbeit	57
<b>4.</b>	<b>Raumdiagnose – Analyse des Untersuchungsgebietes und der Einflussfaktoren</b>	<b>59</b>
4.1.	Methodik	59
4.2.	Geographische Lage, naturräumlich-funktionelle Charakteristik, Siedlungsgefüge	62
4.3.	Historische Entwicklung der Grenzen und der grenzübergreifenden Beziehungen im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum	65
4.3.1.	Tschechisch-slowakische Grenze und Beziehungen	65
4.3.2.	Tschechisch-slowakisch – polnische Grenze und Beziehungen	68
4.4.	Politische Rahmenbedingungen	73
4.4.1.	Neuordnung der Gebietsverwaltung	73
4.4.2.	Regionalpolitische Rahmenbedingungen	76
4.4.3.	Umsetzung des Programms PHARE CREDO / CBC im tschechisch- -polnisch-slowakischen Grenzraum	77
	4.4.3.1. Inhaltliche Ausrichtung der Programme	78
	4.4.3.2. Fördervolumen und Gebietsrelevanz	80
	4.4.3.3. Implementierungsstruktur	81
4.5.	Charakteristik des Grenzregimes	83
4.5.1.	Status der Grenzen	83
4.5.2.	„Kleiner“ Grenzverkehr	83
4.5.3.	Illegale Migrationen	87
4.6.	Bevölkerung	89
4.7.	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	92
4.7.1.	Makroökonomische Situation und Entwicklungen	92

4.7.2.	Regionalwirtschaftliche Rahmenbedingungen	95
4.7.3.	Tourismus	100
4.8.	Arbeitsmarkt	102
4.9.	Infrastruktur	104
4.9.1.	Verkehrsinfrastruktur	104
4.9.2.	Versorgungsinfrastruktur	107
4.9.3.	Telekommunikation	107
4.10.	Soziokulturelle Rahmenbedingungen	109
4.11.	Umweltsituation	114
4.12.	Stand der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	118
4.13.	Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Entwicklungsplänen der Regionen	125
4.14.	Zusammenfassung	128
<b>5.</b>	<b>Empirische Untersuchung - Befragung der regionalen Akteure und der politischen Entscheidungsträger</b>	<b>131</b>
5.1.	Methodik	131
5.1.1.	Zielsetzung	131
5.1.2.	Datengewinnung	131
5.2.	Experteninterviews	132
5.2.1.	Begriffsbestimmung	132
5.2.2.	Zielsetzung	132
5.2.3.	Repräsentativität, Stichprobenbildung, Experte	132
5.2.4.	Auswahl der Gesprächspartner	133
5.2.5.	Methodenauswahl für die Auswertung der Interviews	135
5.2.6.	Entwicklung des Leitfadens	137
5.3.	Schriftliche Befragung	140
5.3.1.	Fragebogen	142
5.3.2.	Auswertung	143
5.3.3.	Problemaspekte bei der Auswertung	144
5.4.	Befragungsergebnisse	146
5.4.1.	Demographische Aspekte	146
5.4.2.	Ziele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	149
5.4.3.	Aktuelle Tätigkeitsbereiche der Zusammenarbeit	169



5.4.4.	Künftige Tätigkeitsbereiche der Zusammenarbeit	176
5.4.5.	Beurteilung der Entwicklungsdynamik der Zusammenarbeit	184
5.4.6.	Beurteilungen der fördernden und hemmenden Faktoren	187
5.4.6.1.	Historische Ereignisse	187
5.4.6.2.	Qualität der Beziehungen zwischen den benachbarten Bevölkerungskreisen	188
5.4.6.3.	Sprachbarrieren	190
5.4.6.4.	EU-Förderung	192
5.4.6.5.	Informationsaustausch zwischen den einzelnen Akteuren	193
5.4.6.6.	Interesse und Einstellung der Grenzbevölkerung	196
5.4.6.7.	Durchlässigkeit der Grenzen	197
5.4.6.8.	Verkehrsinfrastruktur	198
5.4.6.9.	Grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt	200
5.4.6.10.	Gegenseitige grenzübergreifende Kontakte durch die Lokalbevölkerung	202
5.4.6.11.	Zusammenfassung	204
5.4.7.	Beurteilungen der Bedeutung einzelner Akteure	205
<b>6.</b>	<b>Ergebnisse der empirischen Untersuchung und Beantwortung der Fragestellung</b>	<b>209</b>
6.1.	Regionale Entwicklung in den Grenzregionen: Wandel und Persistenz wirtschafts- und sozialräumlicher Strukturen und der Beziehungen zwischen den Grenzregionen	209
6.2.	Die Entwicklung und der erreichte Stand der Zusammenarbeit, Hemmnisse und Beschleuniger	210
6.3.	Einschätzung der Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – Konvergenz oder eigenständige Entwicklung?	214
6.4.	Ausblick und weiterer Forschungsbedarf	216
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>217</b>
	Literatur	217
	Internet	229
	<b>Lebenslauf</b>	<b>233</b>

## **Anhang (CD-ROM)**

1. Anmerkungen zur Schreib- und Zitierweise	I
2. Interviews	II
2.1. Übersicht der geführten Interviews	II
2.2. Verteilung der Interviewstandorte im U-Raum	IV
3. Schriftliche Befragung	V
3.1. Übersicht der Respondenten	V
3.2. Verteilung der Befragungsstandorte	VIII
3.3. Fragebogen	IX
3.4. Auswertung der schriftlichen Befragung	X
4. Karten und Fotos	XXIII
4.1. Fotos	XXIII
4.2. Topographische Grundlage des Untersuchungsgebietes	XXVI
4.3. Gebietskulisse des Programms INTERREG IIIA (2000-2006)	XXVII

# Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Gemeinschaftsinitiative INTERREG A in der EU-Regionalpolitik	30
Tab. 2:	Kompetenz- und Einflussbereiche von Akteuren	43
Tab. 3:	Kriterien und Indikatoren für: ‚Naturraum und Raumnutzung‘	46
Tab. 4:	Kriterien und Indikatoren für: ‚Historische Entwicklung‘	47
Tab. 5:	Kriterien und Indikatoren für: ‚Politische Rahmenbedingungen‘	47
Tab. 6:	Kriterien und Indikatoren für: ‚Wirtschaftliche Rahmenbedingungen‘	49
Tab. 7:	Kriterien und Indikatoren für: ‚Fremdenverkehr‘	50
Tab. 8:	Grundtypen der Grenzen nach Status der Arbeitnehmer und gesetzlichen Bedingungen	52
Tab. 9:	Kriterien und Indikatoren: ‚Arbeitsmarkt‘	53
Tab. 10:	Kriterien und Indikatoren für: ‚Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur‘	54
Tab. 11:	Kriterien und Indikatoren für: ‚Soziale und kulturelle Rahmenbedingungen‘	55
Tab. 12:	Kriterien und Indikatoren für: ‚Umweltsituation‘	57
Tab. 13:	Kriterien und Indikatoren für: ‚Stand der Zusammenarbeit‘	58
Tab. 14:	Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte in den Teilregionen des Untersuchungsgebietes	62
Tab. 15:	SWOT für: ‚Geographische Lage, naturräumlich-funktionelle Charakteristik u. Siedlungsgefüge‘	65
Tab. 16:	SWOT für: ‚Historische Entwicklung‘	72
Tab. 17:	Regionale und lokale Verwaltungsstrukturen im Vergleich	75
Tab. 18:	Förderfähigkeit der Grenzregionen im Dreiländereck im Rahmen der INTERREG IIIA - Programme	78
Tab. 19:	Verteilung der Fördermittel von PHARE CBC und INTERREG IIIA an den einzelnen Grenzen im Vergleich	79
Tab. 20:	SWOT für: ‚Politische Rahmenbedingungen‘	82
Tab. 21:	Anwendung des ‚Kleinen Grenzverkehrs‘ an den untersuchten Grenzen	85
Tab. 22:	Illegale Migration	87
Tab. 23:	Aufgeklärte Fälle der illegalen Migration in den untersuchten Grenzregionen	88
Tab. 24:	SWOT für: ‚Charakteristik der Grenzregime‘	89
Tab. 25:	Demographische Strukturmerkmale für die Regionen NUTS-3	89
Tab. 26:	Demographische Strukturmerkmale auf der Kreisebene LAU-1	90
Tab. 27:	SWOT für: ‚Demographische Entwicklung und Struktur‘	91
Tab. 28:	Gegenseitiger Außenhandel (Anteil)	93
Tab. 29:	Gegenseitiger Außenhandel (Gesamtumsatz)	94
Tab. 30:	Entwicklung des BIP	94
Tab. 31:	Entwicklung der Arbeitslosigkeit 2000-2004	95
Tab. 32:	Regionalwirtschaftliche Indikatoren	96

Tab. 33:	Bruttodurchschnittslohn in den Grenzkreisen	97
Tab. 34:	SWOT für: ‚Wirtschaft‘	99
Tab. 35:	Beherbergungskapazitäten und Anzahl der Übernachtungen im reg. Vergleich	101
Tab. 36:	SWOT für: ‚Tourismus‘	102
Tab. 37:	Anzahl der Beschäftigten und regionale Arbeitslosigkeit im reg. Vergleich	103
Tab. 38:	Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Grenzkreisen	103
Tab. 39:	SWOT für: ‚Arbeitsmarkt‘	104
Tab. 40:	SWOT für: ‚Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur‘	108
Tab. 41:	Ergebnisse der EU-Referenda	111
Tab. 42:	Hochschulen im Untersuchungsgebiet	112
Tab. 43:	SWOT für: ‚Soziokulturelle Merkmale‘	114
Tab. 44:	Entwicklung der Emissionen in den Regionen in 1998-2002	115
Tab. 45:	SWOT für: ‚Umwelt‘	117
Tab. 46:	SWOT für: ‚Stand der Zusammenarbeit‘	125
Tab. 47:	Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Spiegel der regionalen Entwicklungsprogramme	127
Tab. 48:	Potenzielle Vorteile und Nachteile der mündlichen und schriftlichen Befragung	136
Tab. 49:	Befragtenstruktur nach Tätigkeitsbereichen	146
Tab. 50:	Ergebnisse der Auswertung der Aussagen: ‚Aktuelle Handlungsbereiche‘	175
Tab. 51:	Ergebnisse der Auswertung der Aussagen: ‚Künftige Handlungsebenen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit‘	182

## Verzeichnis der Karten und Diagramme

Karte 1:	Geographische Lage des Untersuchungsgebietes in Mitteleuropa	21
Karte 2:	Untersuchungsraum – Verwaltungsgliederung	23
Karte 3:	Verteilung der Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern im Grenzraum	64
Karte 4:	Gebietskulisse der Programme PHARE CBC und INTERREG IIIA für Tschechien, Polen und die Slowakei	80
Karte 5:	Verkehrsrelevante Grenzübergänge im Untersuchungsraum	86
Karte 6:	Euroregionen in ihrer Abgrenzung anhand der Mitgliederkommunen	123
Karte 7:	Das INTERREG-Kooperationsgebiet, die Euroregionen und die ‚Kernzone‘ im Dreiländereck	130
Diagramm 1:	Verteilung der Befragten nach Dauer der Berufspraxis in der Region	148
Diagramm 2:	Verteilung der Befragten nach Bildungsniveau	148
Diagramm 3:	Beurteilungen der Ziele bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	167
Diagramm 4:	Beurteilungen der aktuellen Handlungsbereiche bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	175
Diagramm 5:	Künftige Handlungsbereiche bei der Zusammenarbeit	183
Diagramm 6:	Hemmnisse der Zusammenarbeit in den Einschätzungen der Akteure	205
Diagramm 7:	Akteure als ‚Motoren‘ der Zusammenarbeit	207

## Verzeichnis der Abbildungen im Anhang

Karte A-1:	Verteilung der Interviewstandorte im Untersuchungsraum	IV
Karte A-2:	Verteilung der Befragungsstandorte	VIII
Karte A-3:	Topographische Grundlage des Untersuchungsraumes	XXVI
Karte A-4:	Fördergebiete von INTERREG IIIA (2004-2007)	XXVII
Foto 1:	Grenzgebirge der Beskiden	XXIII
Foto 2:	Grenzübergang Bílá (CZ) – Klokočov (SK)	XXIII
Foto 3:	Grenzübergang Mosty u Jablunkova (CZ) – Svrčinovec (SK)	XXIII
Foto 4:	Grenzübergang Skalité (SK) – Zwardóń (PL)	XXIV
Fotos 5 und 6:	Autobahn E-75: ‚Schlafende‘ Baustelle	XXIV
Foto 7:	Brücke über den Grenzfluss Olza am Grenzübergang Chotěbuz (CZ) – Cieszyn (PL)	XXV
Foto 8:	Straßenschild der Grenzgemeinde Skalité (SK)	XXV
Foto 9:	Der Dreiländerpunkt CZ-SK-PL	XXV

# Abkürzungsverzeichnis

A	Österreich
AGEG	Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen
B	Belgien
BG	Bulgarien
BIH	Bosnien-Herzegowina
BY	Weißrussland
ČSSR	Tschechoslowakische sozialistische Republik (1968-1990)
ČSFR	Tschechoslowakische Föderative Republik (1990-1993)
CZ	Tschechische Republik (seit 2003)
CH	Schweiz
COMECON	Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe
CY	Republik Zypern
D	Deutschland
E	Spanien
EG	Europäische Gemeinschaft (bis 31.12.1992)
EK	Europäische Kommission
EU	Europäische Union (ab 1.1.1993)
EST	Estland
F	Frankreich
FIN	Finnland
FYROM	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
GZA	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
GR	Griechenland
HU	Ungarn
HR	Kroatien
I	Italien
IHK	Industrie- und Handelskammer
KMU	kleinere und mittlere Unternehmen
LACE	Linkage, Assistance and Co-Operation for the European Border Regions
LAU	Local Administrative Units

LT	Litauen
LV	Lettland
MMR ČR	Ministerium für regionale Entwicklung der Tschech. Republik
MOEL, MOE-Länder	Mittelosteuropäische Länder
MVRR SR	Ministerium für Aufbau und regionale Entwicklung der Slowakei
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NUTS	Nomenclature des unités territoriales statistiques
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
P	Portugal
PHARE-CBC	PHARE – Cross Border Cooperation
PL	Polen
RO	Rumänien
S	Schweden
SK	Slowakei
SLO	Slowenien
TR	Türkei
UA	Ukraine
UK	Vereinigtes Königreich Großbritanniens und Nordirlands

# Einleitung

Nach der EU-Osterweiterung vom 01.05.2004 zählen auch die Grenzregionen der mittelosteuropäischen Staaten zu den EU-Grenzräumen, die in den Genuss der EU-Förderung durch die Gemeinschaftsinitiative INTERREG A kommen. Durch die Initiative INTERREG A werden Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den EU-Grenzgebieten gefördert, um ihren spezifischen Entwicklungsproblemen, die sich aus der Grenzlage ergeben, entgegen zu wirken. Die Erfahrungen der westeuropäischen Grenzräume zeigen, dass die nachbarschaftliche Zusammenarbeit über die Staatsgrenzen hinweg zu einem effizienten regionalpolitischen Instrument zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Grenzregionen sowie zum Entgegenwirken gegen die Barrieren und Animositäten zwischen den benachbarten Bevölkerungskreisen werden kann.

Der postsozialistische Strukturwandel sowie die grundlegenden Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen in Europa lösten in den MOEL-Grenzregionen intensive – oft auch widersprüchliche – Entwicklungen und Wandlungsprozesse aus. Bei weitem nicht alle mittelosteuropäischen Grenzregionen gehören zu den Gewinnern des ‚Wind of Change‘: Die schwierige wirtschaftliche Lage mit negativen Begleiterscheinungen im sozialen Bereich führt oft zu einer weiteren Marginalisierung der Grenzgebiete, die bereits vorher durch den Zentralismus der nationalen Systeme und gleichzeitige Abschottung von den Nachbarländern im sozialistischen Zeitalter in ihrer Entwicklung stark behindert worden waren.

Auf der anderen Seite wurden die meisten Grenzen durchlässiger, neue Nachbarschaften sind entstanden, durch Demokratisierung und Angleichung der nationalen Legislativen an das *aquis communautaire* fallen die Hindernisse für Entwicklung von grenzübergreifenden Partnerschaften weg, hinzu kommen finanzielle Anreize durch EU-Förderung. Dies sind Beispiele von Veränderungen, die aus westeuropäischer Perspektive große Chancen für die Grenzregionen in Mittelosteuropa sind, durch grenzübergreifende Zusammenarbeit den traditionellen Standortnachteil mehrerer benachbarter peripheren Regionen zu einem Standortvorteil einer gemeinsamen ‚Euroregion‘ zu verwandeln.

Aber wie wird diese Chance durch die Akteure in den mittelosteuropäischen Grenzregionen wahrgenommen? Ist das Erfolgsmodell aus den westdeutschen Grenzregionen auf die Grenzgebiete in Mittelosteuropa übertragbar? Oder sind die Rahmenbedingungen in MOEL so unterschiedlich, dass die Umsetzung der westeuropäischen Erfahrungen hier durch die Akteure als nicht machbar oder sogar als erwünscht empfunden wird?

An diese Überlegungen knüpft die vorliegende Arbeit am Beispiel des tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländerecks an. Obwohl gerade ein EU-Binnengrenzraum geworden, gehört dieser Grenzraum vermutlich nicht zu den Hauptgewinnern der umwälzenden Veränderungen der letzten 15 Jahre. Die in seinem Kern wirtschaftlich unterentwickelten ländlichen Gebiete, die unter einem starken Einfluss der benachbarten nordmährischen und oberschlesischen Altindustrieagglomerationen stehen, befinden sich unter den Bedingungen des postsozialistischen Strukturwandels in einer schwierigen Lage. Gleichzeitig aber bieten sich den Grenzregionen infolge der EU-Integration neue Entwicklungsperspektiven an – die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ein Beispiel dafür. Das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es vor diesem Hintergrund, die Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Regionalentwicklung der Grenzgebiete unter Berücksichtigung der



regionalen Besonderheiten zu diskutieren.

# 1. Konzeptioneller Rahmen

## 1.1. Grenzraumforschung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Einordnung der Untersuchung im geographischen Forschungsfeld

Die Grenz(raum)forschung stellt seit mehr als einem Jahrhundert eine wichtige Disziplin der sozioökonomischen Geographie dar. Infolge der Veränderungen der politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kam es seither immer wieder zu Schwerpunktwechseln in der Forschung.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts standen im Vordergrund der geographischen Grenzraumforschung Arbeiten über die Konstituierung und Veränderungen der Staatsgrenzen und Klärung von Grenzstreitigkeiten (vgl. Haushofer 1928, Maull 1928, Hartshorne 1936).

In den darauf folgenden Jahrzehnten hatte die unterschiedliche politische Entwicklung im Westen und Osten Europas eine Spaltung in der wissenschaftlichen Forschung zur Folge. Zusammen mit den immer durchlässiger werdenden Grenzen und den stets engeren politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen fokussierten die Forschungsarbeiten in Westeuropa zunehmend auf den Wandel von Qualitäten und Funktionen der Grenzen, ihre Auswirkungen auf Entwicklung der wirtschafts- und sozialräumlichen Strukturen sowie auch auf die Möglichkeiten von grenzübergreifend aufeinander abgestimmten räumlichen Entwicklungen. In der deutschsprachigen Geographie lassen sich drei vorherrschende Themen in dieser Phase festhalten: Grenzregionen als periphere Gebiete, grenzübergreifende Beziehungen sowie der Einfluss von Grenzen auf das Verhalten von Grenzlandbewohnern. (vgl. Bürkner 1996, S. 2ff, zitiert nach: Haase, Wust, Knappe und Grimm 2004, S. 13ff). In den sozialistischen Ländern Tschechoslowakei und Polen war im Gegensatz dazu die Grenzraumforschung entweder gänzlich ‚ein Tabuthema‘ (Grimm 1995, S. 5ff.) oder sie beschränkte sich auf Untersuchungen über Entwicklungen der Staatsterritorien und Grenzen im Rahmen der historischen Geographie (vgl. Trávníček 1984, 1966).

Die Veränderungen im östlichen Europa und die sich vertiefende europäische Integration nach 1989 bewirkten einen neuen Forschungsschub und eine Neuorientierung in der Grenzraumforschung. Eine zentrale Position unter den Forschungsgegenständen nehmen der Bedeutungsverlust von Staatsgrenzen und die damit verbundenen grenzübergreifenden Interaktionen ein. Durch eine Mehrebenen-Betrachtung der Grenze wird versucht, die unterschiedliche Bedeutung von Grenzen für die verschiedenen Subsysteme (Politik, Kultur, Wirtschaft, Recht) zu erfassen. Mit der Berücksichtigung von politikwissenschaftlichen, sozial-kulturwissenschaftlichen, wirtschafts- bzw. rechtswissenschaftlichen Perspektiven etablieren sich in der Grenzraumforschung zunehmend auch Methoden anderer Wissenschaftsdisziplinen.

Mit der Etablierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im regionalpolitischen Instrumentarium der EU wird die Grenzraumforschung durch die anderen geographischen Forschungsrichtungen – vor allem Raumplanung (Miosga 1999) und Transformationsforschung (Fassmann 1997, Förster 1999, Pütz 1999) stark beeinflusst. Darüber hinaus verstärken sich auch methodische Einflüsse der anderen Wissenschaftsdisziplinen – Wirtschafts- und Sozialwissenschaft (vgl. Cramer 1996) sowie auch der Verwaltungspraxis (Evaluierungsberichte und Programmplanungsdokumente der Europäischen Kommission).

Auf dem Forschungsgebiet der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist nach 1990 die deutschsprachige Geographie sehr aktiv. Die Forschung konzentriert sich jedoch stark auf die Grenzgebiete zwischen MOEL und Deutschland (vgl. Jurzcek 1994, 1997a, b, 1998, Kowalke 1999) bzw. zu Österreich (vgl. Aschauer 2001). Diese Arbeiten fokussieren schwerpunktmäßig auf die Problematik der Entstehung von Euroregionen, auf die Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Raumplanung nach dem Wegfall des ‚Eisernen Vorhangs‘ sowie auf die Umsetzung der EU-Förderprogramme INTERREG A und PHARE CBC.

Den Grenzgebieten zwischen den MOEL-Staaten wird vergleichsweise deutlich geringere Aufmerksamkeit gewidmet. Die meisten Forschungsarbeiten liefert das Institut für Länderkunde in Leipzig. Aber auch hier stellt man eine starke Fokussierung auf die Grenzgebiete an der heutigen EU-Ostaußengrenze (vgl. Waack 2000, Grimm 2001, Grimm u. Leistner 2002, Haase 2002, Haase et al. 2004), während die Grenzgebiete zwischen Tschechien, Polen und der Slowakei am Rande des Interesses bleiben. Als Beispiele der wenigen Arbeiten, die auch Problematik dieser Grenzgebiete ansatzweise umfassen, lassen sich Vergleichsstudien von Pallagst (1995, 1996) und Waack (2000) nennen.

Auch in Tschechien, Polen und der Slowakei konzentriert sich das Interesse der Forschung stark auf die westlichen Grenzregionen. Den Schwerpunkt der geographischen Grenzraumforschung bilden Arbeiten über die Wahrnehmung der Grenzsituation durch die Grenzlandbevölkerung (vgl. Dokoupil 1996, Jeřábek 1996, Havlíček et al. 2002, Vaishar 1998), über die Auswirkungen des Wandels der Grenzen auf die Entwicklung in den Grenzregionen. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit wird primär als Bestandteil der europäischen Integrationspolitik als Instrument der Regionalentwicklung betrachtet (vgl. Stryjakiewicz 1996a, b, Kaczmarek u. Stryjakiewicz 1996).

Dem tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum hat die Geographie bisher sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Abgesehen von Studien, in denen der Grenzraum (jedoch nur im seinen jeweiligen nationalen Teilgebiet) mit anderen nationalen Grenzgebieten verglichen wird (vgl. Vaishar 1998, Jeřábek 1998), sind in den letzten Jahren vor allem Arbeiten aus dem Bereich der regionalen Transformationsforschung entstanden, die die Folgewirkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels auf die Raumstrukturen im tschechisch-polnischen Grenzgebiet analysieren (vgl. Wilam 2001). Auf das tschechisch-slowakische Grenzgebiet beziehen sich Untersuchungen über die Auswirkungen der geschaffenen tschechisch-slowakischen Grenze auf die Wahrnehmung der Grenzbevölkerung (vgl. Vaishar 1998). Gemeinsame Grenzraumforschungsprojekte zwischen den geographischen Instituten an den Universitäten in Ostrava (CZ) und Katowice (PL) – an der technischen Universität Žilina in der slowakischen Grenzgebiet ist Geographie

nicht vertreten – sind bisher nicht zu Stande gekommen.

Während die geographische Forschung über den tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum in der nationalen Perspektive bisher verschlossen blieb, wird die Problematik der grenzübergreifenden Interaktionen von den nicht-geographischen Forschungsstätten bei der Technischen Universität in Žilina (SK) und der Hochschule für Finanz- und Bankwesen in Bialsko-Biała (PL) aufgegriffen. Der Interessenschwerpunkt wird dabei gelegt auf die Möglichkeiten der polnisch-slowakischen Kooperation als ein Instrument des Regionalmanagements, auf die Euroregionen, EU-Förderung und auf die Wahrnehmung der Grenzbevölkerung (vgl. Aufsätze: Štofková u. Rostášová 1999, Štofko u. Velas 2003, Grabowska 2003). Forschungen in der trilateralen Dimension blieben bisher jedoch aus.

In diesem Kontext wird es deutlich, dass in den bisher veröffentlichten Arbeiten nur wenige Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erfasst wurden. Es fehlen umfangreichere Studien, die diese Forschungsansätze in geographischer Perspektive vernetzen würden und die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und ihre Perspektiven als regionalpolitisches Instrument im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum im europäischen Kontext bewerten würden. An diesen Forschungsansätzen setzt die vorliegende Arbeit an.

Die vorliegende Untersuchung unterscheidet sich von den bestehenden Arbeiten grundsätzlich durch ihre trilaterale räumliche Dimension, die durch Einbeziehung aller drei benachbarten nationalen Grenzregionen sowohl in der Raumanalyse als auch in der empirischen Untersuchung zur Geltung kommt. Die trilaterale Konzeption der Befragung ermöglicht die Erfassung von miteinander vergleichbaren Bewertungsunterschieden, im Gegensatz zu den bereits häufig angewandten empirischen Untersuchungen, die sich bisher nur auf das jeweilige nationale Grenzgebiet beschränkten und daher nur eingeschränkte Aussagekraft in Bezug auf die grenzüberschreitende Kooperation besitzen. Ein weiteres Spezifikum der Untersuchung besteht in der Anwendung der Befragung der regionalen Akteure und der Entscheidungsträger. In den bisher veröffentlichten empirischen Untersuchungen handelte es sich um Befragungen der Grenzlandbevölkerung.

## **1.2. Gegenstand und Ziel der Untersuchung**

Der Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum.

Die Zielsetzung der Arbeit ist es, die Entwicklungspotenziale für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum unter den bestehenden Rahmenbedingungen analytisch aufzuarbeiten, daraus die wesentlichen Probleme und Chancen abzuleiten und auf dieser Basis weitere Anforderungen zu formulieren, deren Erfüllung eine zukünftige Entwicklung und Intensivierung der Grenzkooperationen ermöglichen würden.

Zur Erreichung der gewählten Zielsetzung lassen sich folgende forschungsleitende Fragestellungen herleiten:

- Welche Konsequenzen hat der postsozialistische Transformationsprozess auf die wirtschafts- und sozialräumlichen Strukturen in sowie auf die Beziehungen zwischen den Grenzregionen?
- Wie sind die zur Zeit bestehenden Rahmenbedingungen im Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu charakterisieren? Welche Unterschiede weisen die Rahmenbedingungen in den Teilräumen des trilateralen Grenzraums auf?
- Wie werden die Rahmenbedingungen durch die Akteure im Untersuchungsraum wahrgenommen? Welche Bedeutung wird der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Regionalentwicklung durch die Akteure zugewiesen? Wie schätzen die Akteure die Entwicklungschancen und –hindernisse für die Zusammenarbeit ein? Wie unterscheiden sich die Einschätzungen der Akteure in den einzelnen nationalen Teilräumen?
- Welche Kooperationsformen bestehen bereits im Untersuchungsraum und auf welchen Handlungsfeldern wird die Zusammenarbeit praktiziert?
- Welche positiven Auswirkungen auf die Regionalentwicklung können durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im untersuchten Grenzraum erzielt werden? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, damit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich im Untersuchungsraum intensiviert und sie ihre positive Auswirkung auf die Raumstrukturen entfalten kann?

Dem Forschungsvorhaben wurden folgende Thesen a priori zugrunde gelegt:

1 Es wird unterstellt, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen keine Zufallserscheinung ist, sondern eine auf strategischer Basis durchgeführte Handlung, die auf Veränderung der Rahmenbedingungen (im politisch-gesellschaftlichen Bereich) oder auf Ausnutzung deren Unterschiede in den einzelnen Grenzgebieten (im privatwirtschaftlichen Bereich) abzielt (vgl. Schmitt-Egner 1998, EK u. AGE 2000,).

2. Die Zusammenarbeit stellt ein freiwilliges Interagieren der Akteure dar. Die Zusammenarbeit kommt erst zustande, wenn ein Handlungsbedarf und eine gleichgerichtete Interessenlage durch die Akteure wahrgenommen werden (vgl. Scharpf 1992, S. 77f). Die Kooperationsbereitschaft ist je intensiver, desto stärker der Handlungsbedarf durch die Akteure wahrgenommen wird und desto homogener die Interessenlage ist (vgl. Fürst et al. 1999, 54f)

Es wird daher unterstellt, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen den Beurteilungen der Akteure zu den Zielsetzungen und Handlungsebenen der Zusammenarbeit einerseits und der praktischen Forcierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und deren Perspektiven gibt.

3. Die Zusammenarbeit wird durch die bestehenden Rahmenbedingungen beeinflusst. Die Wirksamkeit der Rahmenbedingungen ist raumspezifisch und zeitlich veränderlich. (vgl. Schamp 1995, Grimm 1998, Grimm u. Leistner 2002, Haase et al. 2004).

Es wird in diesem Kontext unterstellt, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen den Beurteilungen der fördernden sowie hemmenden Einflussfaktoren durch die Akteure einerseits und den Entwicklungsperspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit andererseits gibt.

Aufbauend auf diesen Arbeitshypothesen ist den Rahmenbedingungen und den Akteuren eine zentrale Bedeutung in dieser Untersuchung beizumessen. Sie stellen den Schlüssel zur Beantwortung der Forschungsfragen. Im Schwerpunkt fokussiert die Arbeit deshalb auf:

- A) Untersuchung der bestehenden Raumstrukturen sowie von außen wirkenden Einflussfaktoren zur Identifizierung der hemmenden und fördernden Faktoren und Beurteilung ihrer Wirkung auf die Perspektiven der Zusammenarbeit;
- B) Erfassung der Beurteilungen der Akteure in den drei untersuchten Grenzgebieten im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck in Hinsicht auf Ziele, Handlungsebenen, Hindernisse und Perspektiven der Zusammenarbeit.

### **1.3. Methodik und Aufbau der Arbeit**

Die methodischen Schritte einer Untersuchung müssen auf den aktuellen Kenntnisstand und die vorliegenden Hypothesen und Theorien aufbauen, die für das Untersuchungsfeld bereits entwickelt wurden. Im Forschungsfeld der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit liegt bisher kein umfassendes theoretisches Gerüst vor. Die meisten Arbeiten sind Fallstudien, die lediglich auf ausgewählte Aspekte der Problematik fokussieren und oft stark praxisorientiert ausgerichtet sind (vgl. Kap. 1.2.). Diese Arbeit kann sich deshalb nicht auf umfangreiche Vorarbeiten stützen.

Im Sinne der Unterscheidung in deskriptive und analytische Elemente nach FRIEDRICHS (1985) muss deshalb in dieser Arbeit umfangreiche deskriptive Vorarbeit geleistet werden. Die Grundlage der Arbeit besteht daher aus einer deskriptiven Darstellung der bisherigen Erfahrungen mit dem Instrument der grenzübergreifenden Zusammenarbeit sowie theoretisch-konzeptioneller Überlegungen zur Problematik des kooperativen Handelns in den Grenzregionen. Die Akteure, ihre Motive und Handlungsebenen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit werden systematisch aufgearbeitet. Die Faktoren, die die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beeinflussen, werden identifiziert. Zur Bewertung ihrer Wirkung auf die Entwicklung der Zusammenarbeit wird ein geeigneter Bewertungsrahmen (Kriterien und Indikatoren) formuliert werden. Hierzu wird eine vergleichende Inhaltsanalyse der bisherigen Literatur zur Problematik als Untersuchungsmethode angewendet.

Ausgehend von diesen deskriptiven Grundlagen wird anschließend auf den Untersuchungsraum fokussiert. Am Fallbeispiel des tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraums sollen die konzeptionell-theoretischen Grundlagen angewendet werden.

Die Zielsetzung ist die Bewertung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dafür werden die bestehenden Raumstrukturen

und Einflussfaktoren in den drei benachbarten Grenzregionen analysiert. Besonders wichtig ist dabei die Erfassung von Unterschieden zwischen den einzelnen Grenzen im Dreiländereck. Die Regional- und Faktorenanalyse beruht auf Aufbereitung von Strukturdaten und Sachverhalten, die den Programmdokumenten der Bezirke, Programmdokumenten für PHARE CBC und INTERREG IIIA sowie den verfügbaren (und vergleichbaren) Statistiken entnommen wurden. Die Strukturdaten und Sachverhalte werden anschließend mittels einer SWOT-Analyse in Bezug auf die Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken bewertet. Als Ergebnis der Raum- und Faktorendiagnose sollen schließlich die Perspektiven der Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum eingeschätzt werden.

In den darauf folgenden empirischen Untersuchungsschritten sollen die Einschätzungen der Akteure über die Ziele, Handlungsbereiche sowie fördernde und bremsende Faktoren erfasst und bewertet werden. Dadurch soll beurteilt werden, mit welcher Bedeutung die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wahrgenommen wird und auf welchen Handlungsgebieten sie wahrscheinlich forciert wird. Dafür wurde ein Methodenmix aus einem qualitativen (Experten-Interviews) und einem quantitativen (schriftliche Befragung) Erhebungs- und Analyseverfahren angewendet.

Die Kombination der beiden methodischen Instrumente diene dazu, unterschiedliche Ebenen der zu untersuchenden Problematik zu beleuchten. Durch die Interviews sollten vor allem Einschätzungen und Bewertungen der aktuellen Situation sowie prognostische Aussagen über die Entwicklung in den Grenzregionen aus der Sicht von Experten gewonnen werden. Diese explorative Vorgehensweise ermöglicht, den Fragenkatalog für die nachgeschaltete schriftliche Befragung mit weiteren, bisher unbekanntem Sachverhalten zu ergänzen. Die Bedeutung der schriftlichen Befragung besteht vor allem darin, dass dadurch ein wesentlich größerer Kreis an Akteuren aus allen wichtigen Handlungsbereichen befragt werden konnte. Beide Befragungen werden vergleichend in die Analyse eingebracht.

Die Anwendung der Untersuchungsmethoden wird noch in den folgenden Abschnitten der Arbeit detailliert dargelegt, da die Methoden auf dem zum Zeitpunkt der ihrer Anwendung jeweils aktuellen Kenntnisstand beruhen und auf ihn weiter aufbauen.

Die vorliegende Arbeit ist im Wesentlichen in einen allgemeinen theoretischen und einen auf die spezielle Erhebung bezogenen empirischen Teil gegliedert.

**Der theoretische Teil** (Kap. 1. – 3.) führt zunächst in wichtige Aspekte der Problematik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein und verweist auf die für den Forschungsgegenstand relevanten Definitionen, Vorgehensweisen und interdisziplinäre Verbindung geographischer (Raumordnung), politischer (Regionalpolitik, Förderungsmöglichkeiten) und kulturpsychologischer Fragestellungen (Wahrnehmung der Grenzsituation).

Anschließend wird der konzeptionelle Bezugsrahmen erarbeitet. Ein Schwerpunkt wird dabei auf die Darlegung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als regionalpolitisches Instrument gelegt sowie auf die Aufarbeitung der Einflussvariablen, die die Gestaltung der Kooperation beeinflussen. Auf dieser Grundlage werden im Anschluss die Rahmenbedingungen bewertet, indem der Untersuchungsraum sowie die Einflussfaktoren im

Rahmen einer Bestandsaufnahme analysiert werden.

Das Kapitel 4 beinhaltet eine Diagnose des Untersuchungsraumes und der Rahmenbedingungen. Die Raumstrukturen und die Einflussfaktoren werden analysiert und ihre Auswirkung auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bewertet. Zum Abschluss soll eine Zusammenfassung möglicher Entwicklungen (Handlungsebenen, Akteure) der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erfolgen.

**Der empirische Teil** (Kap. 5.) beinhaltet zunächst eine Detaildarstellung der Ergebnisse beider empirischer Untersuchungsmethoden: Der Interviews mit Experten und Entscheidungsträgern und der schriftlichen Befragung der regionalen Akteure. Während die Interviews einer Inhaltsanalyse unterzogen werden, wird die schriftliche Befragung durch Erfassung von Häufigkeiten und der Zustimmungsbereitschaft quantitativ ausgewertet. Die durch beide Untersuchungsmethoden gewonnenen Erkenntnissen werden miteinander konfrontiert und bewertet.

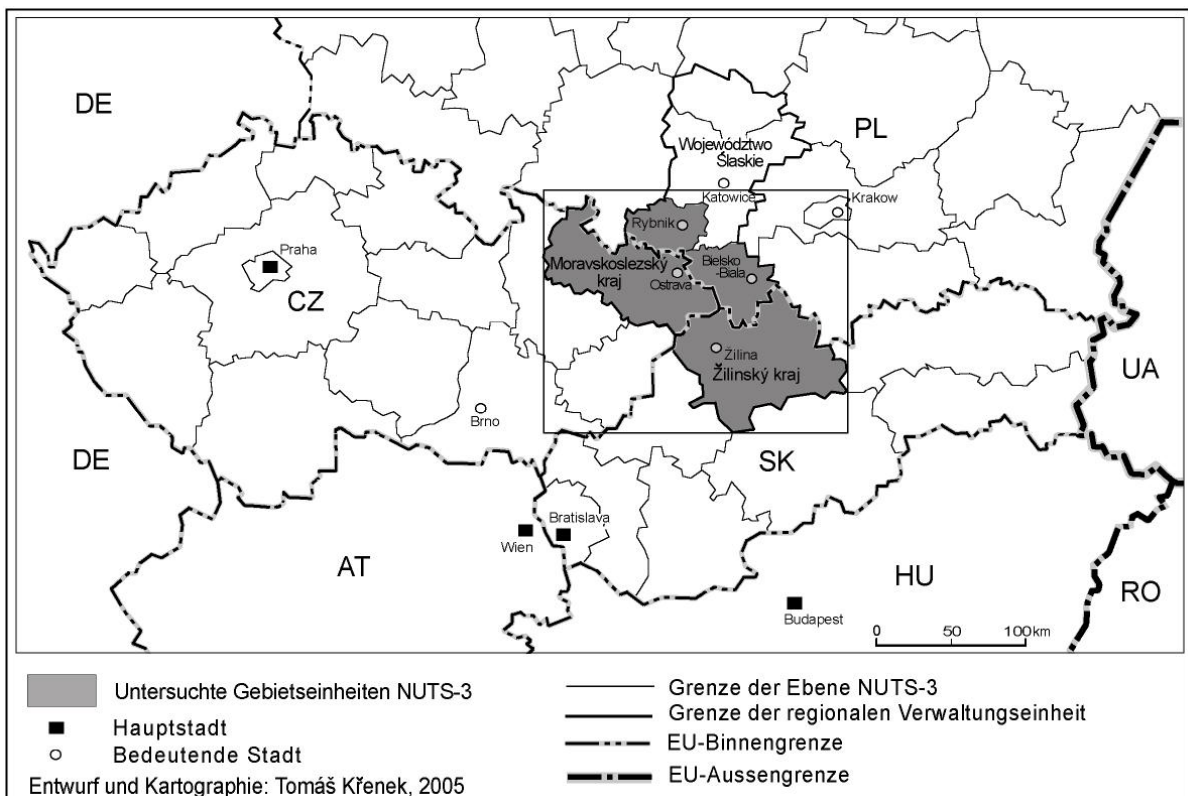
Das abschließende Kapitel (Kap. 6.) fasst die Ergebnisse der einzelnen Untersuchungsschritte zusammen, indem die Forschungsfragen beantwortet werden.

Im Anhang befinden sich das tabellarisch aufgearbeitete statistische Belegmaterial, der Fragebogen, Auflistung der geführten Interviews sowie der schriftlich befragten Akteure. Mehrere Karten sowie Fotos sollen zu einer besseren Veranschaulichung der Arbeit beitragen.

## 2. Definition des Untersuchungsraumes

Für die Untersuchung wurde ein Grenzraum gewählt, der drei postsozialistische Transformationsländer verbindet. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt hier ein neues Phänomen dar, das erst seit nach 1999 als Instrument der EU-Heranhilfshilfe und aktuell seit dem EU-Beitritt 2004 als Instrument der Regionalentwicklung forciert wird.

Definiert wird das Untersuchungsgebiet als ein Grenzraum, der durch den nördlichen Abschnitt der tschechisch-slowakischen, durch den westlichen Abschnitt der slowakisch-polnischen und schließlich durch den östlichen Abschnitt der tschechisch-polnischen Staatsgrenzen durchtrennt ist. Damit besteht der Untersuchungsraum aus einem tschechischen, einem slowakischen und einem polnischen Teilgebiet.



**Karte 1: Geographische Lage des Untersuchungsgebietes in Mitteleuropa**

Zum Zweck der Untersuchung wurde der trilaterale staatsgrenzenübergreifende Raum durch die Gebietseinheiten<sup>1</sup> der Ebene NUTS-3 abgegrenzt, da diese für Aufstellung von

<sup>1</sup> Die gemeinsame Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) wurde vor mehr als 25 Jahren von Eurostat erarbeitet und findet seit 1988 in der Gesetzgebung der Europäischen Gemeinschaften ihre Anwendung. Sie dient der Vereinheitlichung von Regionalstatistiken für die Europäische Union als Grundlage für die Erstellung sozioökonomischer Analysen der Regionen und Gestaltung der Regionalpolitik innerhalb der EU. Die NUTS-Systematik teilt die EU-Mitgliedstaaten in Gebietseinheiten der Ebenen NUTS-1, NUTS-2 und NUTS-3 ein. Für weitere Informationen: vgl. Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates über die Aufgaben der Strukturfonds: ABl. L 185 vom 15. Juli 1988. sowie Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) (Amtsblatt Nr. L 154 vom 21/06/2003).

Unterhalb der NUTS-Regionen sind seit 2003 noch zwei Ebenen der sog. ‚Lokalen Gebietseinheiten‘ (Lokal Administrative Units, LAU) definiert. Die obere LAU-Ebene LAU-1 (früher NUTS Ebene 4) ist für die meisten, aber nicht für alle EU-Mitgliedsstaaten definiert und umfasst Gebietseinheiten der subregionalen bzw. mikroregionalen



Regionalstatistiken, sowie für die Umsetzung der regionalpolitischen Maßnahmen von einer maßgebenden Bedeutung sind. In Tschechien und in der Slowakei sind die NUTS-3 – Regionen identisch mit den Bezirken, die als selbstverwaltende Gebietskörperschaften auch Subjekte der Regionalplanung und –entwicklung sind. Im Gegensatz dazu besteht die Ebene NUTS-3 in Polen lediglich aus statistischen Subregionen (*„podregiony“*), die durch zusammengefasste Verwaltungseinheiten der Kreisebene (*„powiaty“*) gebildet sind, die regionalen Verwaltungseinheiten (*„Województwie“*) liegen auf der übergeordneten Ebene NUTS-2.<sup>2</sup> Durch diese Unterschiede in der Gebietseinteilung in Verwaltungs- und Statistikregionen in Polen und Tschechien / Slowakei erschien eine Abgrenzung des Untersuchungsgebietes durch die drei angrenzenden regionalen Verwaltungsgebiete (*„Moravskoslezský kraj“*, *„Žilinský kraj“* und *„Województwie Śląskie“*) als nicht sinnvoll. Im polnischen Teil wurde deshalb nur der südliche Teil der schlesischen Wojewodschaft – Subregionen *Bielsko-Bialski* und *Rybnicko-Jastrzebski* - in die Untersuchung einbezogen.

Wie die Karte 2 verdeutlicht, besteht der tschechische Teilraum aus dem östlichen Teil der selbstverwaltenden Region *„Moravskoslezský kraj“* (Ebene NUTS-3) und umfasst die untergeordneten statistischen Einheiten<sup>3</sup> der Ebene LAU-1: Die kreisfreie Stadt Ostrava und Kreise Bruntál, Karviná, Frýdek-Místek, Nový Jičín und Opava.

Der slowakische Teilraum wird durch die Region *„Žilinský kraj“* (NUTS-3) definiert und umfasst die Kreise: Čadca, Bytča, Žilina, Kysucké Nové Mesto, Námestovo, Dolný Kubín Martin a Liptovský Mikuláš.

Der polnische Teil des Untersuchungsgebietes wird durch die Subregionen Bielsko-Biała (NUTS-3) mit den untergeordneten Gebietseinheiten (LAU-1) *powiaty* Cieszyn, Bielsko-Biała, Zywiec, kreisfreie Stadt Bielsko-Biała und durch die Subregion Jastrzebie-Zdrój mit den *powiaty* rybnicki, wodzislawski, racibórski und durch die kreisfreien Städte Rybnik, Zory, abgegrenzt.

---

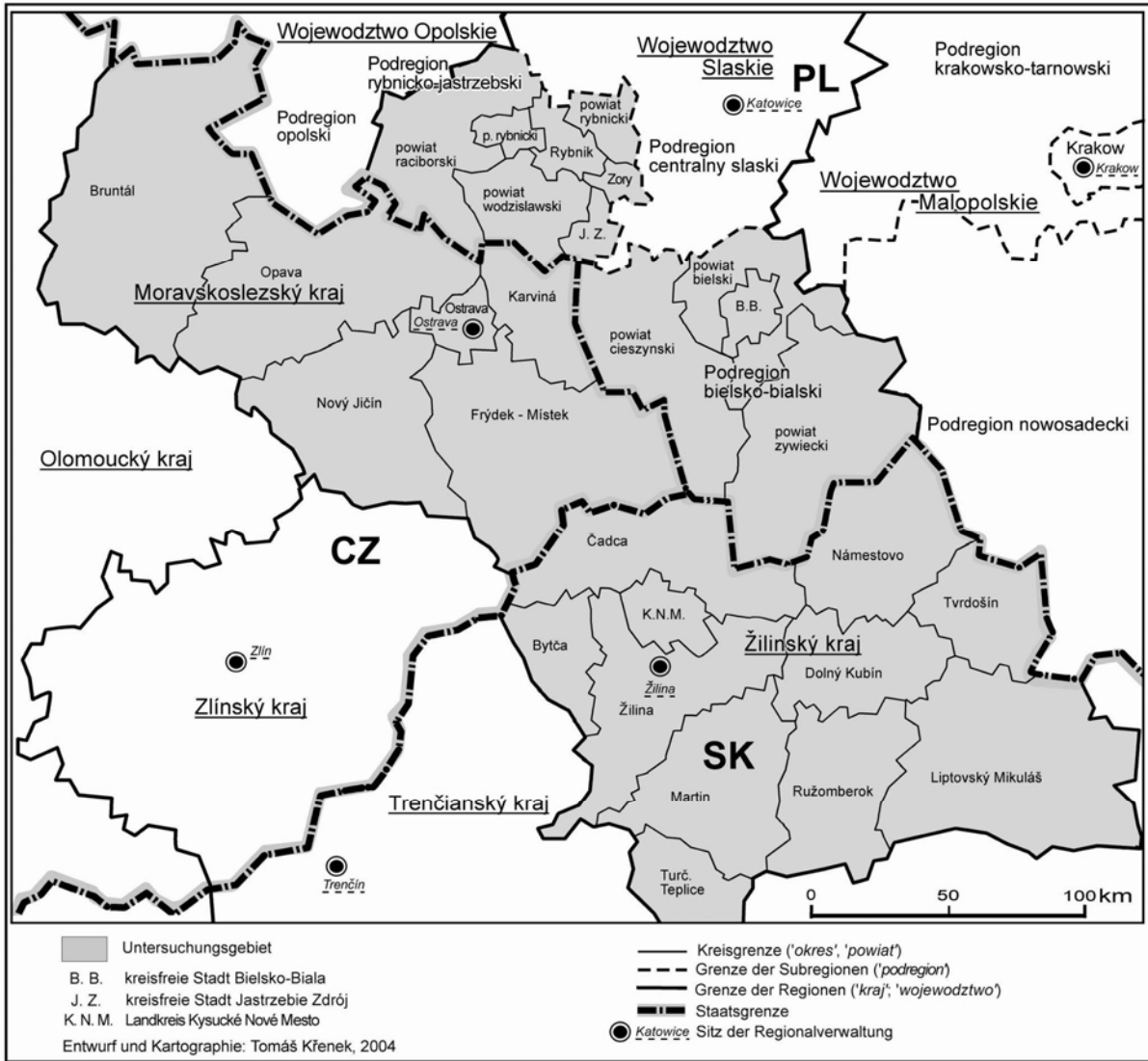
Ebene. Die LAU-Ebene LAU-2 (früher NUTS Ebene 5) besteht aus Gemeinden oder ähnlichen Einheiten der 25 EU-Mitgliedsstaaten.

<sup>2</sup> In Tschechien, Polen und der Slowakei sind die NUTS-/ LAU-Einheiten wie folgt festgelegt:

Land	NUTS-1	NUTS-2	NUTS-3	LAU-1	LAU-2
PL	6	16 ( <i>województwie</i> ) Verw.	45	379 ( <i>powiaty</i> ) Verw.	2.478 ( <i>gminy /miasta</i> ) Verw.
CZ	1 Verw.	8	14 ( <i>kraje</i> ) Verw.	77	6.249 ( <i>obce /města</i> ) Verw.
SK	1 Verw.	4	8 ( <i>kraje</i> ) Verw.	79 ( <i>okresy</i> ) Verw.	2.928 ( <i>obce /města</i> ) Verw.

(Verw. – die NUTS-/ LAU-Einheit ist identisch mit der Verwaltungseinheit)

<sup>3</sup> Im Zuge der Selbstverwaltungsreform sind Kreisämter zum 01.01.2003 in der Tschechischen Republik aufgelöst worden. Ihre Aufgaben wurden auf die Regionalverwaltungen (*„Krajský úřad“*) sowie auf die gleichzeitig geschaffenen lokalen Verwaltungsgemeinschaften (*„obec s rozšířenou působností“*, 210) übertragen. Kreise (*„okres“*, 77) bestehen seitdem nur als rein statistische Gebietseinheiten der Ebene LAU-1 (frühere Ebene NUTS 4) weiter.



**Karte 2: Untersuchungsraum: Verwaltungsgliederung**

### **3. Grundlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

Europa ist nicht nur durch seine vielfältigen Landschaftsformen, seine vielseitige Geschichte und unterschiedlichen Kulturen, sondern auch durch seine zahlreichen Grenzen geprägt. Viele Staatsgrenzen teilen heute willkürlich Regionen und ethnische Gruppierungen Europas, die als organische Einheiten über Jahrhunderte zusammengewachsen sind. Grenzen hindern oder blockieren im Extremfall wirtschaftliche Aktivitäten und kulturellen Austausch über die Staatsgrenzen hinweg. Aufgrund der Barrierenwirkung einer Grenze können nicht alle Entwicklungspotenziale ausgenutzt werden. Es entstehen Peripherien.

Dies hat zur Folge, dass Wirtschaftssubjekte, vor allem der Handel und andere Dienstleistungen und Bevölkerung – insbesondere junge, dynamische und hochqualifizierte Arbeitskräfte - dazu tendieren, in die nationalen Zentren abzuwandern. Auf diese Weise entstehen spärlich bevölkerte und wirtschaftlich rückständige Grenzregionen an der Peripherie der Volkswirtschaften. Diese ungünstige Situation wird durch die unterschiedliche Politik auf beiden Seiten der Grenze, vor allem auf den Gebieten der Administration, Raumordnung und Kultur, noch verstärkt.

Grenzregionen stellen aufgrund ihrer Strukturschwäche im wirtschaftlichen sowie sozialen Bereich den Prozess der europäischen Einigung auf den Prüfstand. Den politischen Akteuren ist eine wachsende Bedeutung der Grenzregionen bewusst. Die EUROPÄISCHE KOMMISSION (2000) erklärte bereits nach Ablauf der zweiten INTERREG -Förderperiode, dass eine erfolgreiche Kohäsionspolitik in der EU nur möglich ist, wenn sie auch mit einer weiteren substanziellen Förderung in den Grenzregionen begleitet wird. Die Regionalförderung in den Grenzregionen wurde damit zu einer gesamtgemeinschaftlichen Aufgabe.

#### **3.1. Zentrale Begriffe**

##### **3.1.1. Grenze und Grenzraum**

Aus systemtheoretischer Sicht kann man einen grenzüberschreitenden Raum als ein raumbezogenes System betrachten. Die Grenze ist dann ein integrativer Bestandteil jeden Systems. Nach Riedel (1994, S.17f) weist jedes Raumsystem eine spontane Tendenz auf, sein Territorium zu umschließen. Falls Systemgrenzen fehlen, zerfällt ein System in immer kleinere Subsysteme. Lediglich die Existenz von Systemgrenzen gestattet den Komplexitätsgrad zwischen dem System und seiner Umwelt zu erhöhen. Demnach wird der Grenzraum als ein System charakterisiert, das aus globalen und sektoralen Subsystemen besteht (Riedel 1994, S.18).

Geographisch-räumliche Grenzen können aus sozialwissenschaftlich-psychologischer Perspektive als Unterklasse allgemeiner Grenzen verstanden werden. Jede Grenzziehung weist daher neben ihrer trennenden Funktion auch einen verbindenden Charakter auf. Sie ist Kontaktzone zum angrenzenden System.

Für die Grenzraumforschung sind vor allem die Staatsgrenzen in ihrer völkerrechtlichen Bedeutung „als Linien der räumlichen Abgrenzung der Souveränitätsgebiete zweier Nationalstaaten“ (Gron 1995, S.38) relevant. Das Forschungsfeld der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit umfasst dann ein System von Interaktionen zwischen Individuen (verschiedene sozioökonomische Akteure), der Staatsgrenze und dem sie umgebenden Raum („Aktionsraum“).

Betrachtet man jedoch die geographisch-räumliche Grenze aus soziologisch-psychologischer Perspektive, dann lassen sich weitere Dimensionen der Grenze festlegen, die den Aktionsraum überschneiden und diesen Raum in spezifische Teilräume als räumliche Subsysteme gliedern. Diese psychologischen Grenzen, die man von Körper- und Innengrenzen ableitet, erlauben Entwicklung eines eigenen selbst, einer Identität und deren Aufrechterhaltung. Sie gestatten Differenzierung und geben Schutz vor dem benachbarten Phänomen. Grenzüberschreitungen rufen Ängste vor Identitätsverlust hervor. (Riedel 1994, S.19)

Die Bedeutung dieser aus soziologisch-psychologischer Betrachtungsperspektive definierten Grenzen besteht für die Problematik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in ihrer symbolischen Qualität, die in der Regel nachhaltiger wirkt als ihre materielle (technische) und rechtliche Barrierenfunktion. „Der Defunktionalisierung einer räumlichen, materiellen Grenze muss nicht deren Desymbolisierung folgen“ stellt RIEDEL (1994, S.19) fest und erklärt das Phänomen dadurch, dass der Erhalt der Identität und der kulturellen Diversifikation und Originalität weiterhin der regulierenden Funktion der Grenzen bedarf.

Als Beweis dafür, dass allein die Offenheit einer Grenze sowie ihr teilweiser Funktionsverlust nicht ausreicht zur Entwicklung intensiver grenzübergreifender Beziehungen führt LUNDÉN (1985) das Beispiel der norwegisch-schwedischen Grenze. Aber auch Erfahrungen in den Grenzregionen an der französisch-spanischen oder spanisch-portugiesischen Grenze (AGEG 1997, S. 10-23) sprechen dafür, dass erst nach dem Abbau der klassischen Funktionen der Grenze zuvor kaum sichtbare Effekte in der psychologischen und soziokulturellen Dimension in den Vordergrund treten und die grenzübergreifende Kooperation dadurch behindern können.

Damit wird der Grenze eine neuerliche ‚Schutzfunktion‘ zugewiesen, jetzt zum Erhalt von regionalen Kulturen und Identitäten. Die psychologische Funktion einer Grenze und ihre trennende oder filternde Wirkung soll bei der Bevölkerung des Grenzraums nachzuweisen sein. Dadurch wird den Grenzraumbewohnern eine besondere Mentalität zugewiesen, die sie von der übrigen Bevölkerung des Landes unterscheidet (Riedel 1994, S.22).

Nach RIEDEL (1994, S. 23-24) enthält das moderne verhaltens-, wahrnehmungs- und identitätsbezogene Grenzraumforschung zwei Aspekte, die für Definition, Abgrenzung eines Grenzraums und nicht zuletzt auch für die Wahl der Untersuchungsmethoden von Bedeutung sind:

- Grenzräume lassen sich von den anderen Teilen der jeweiligen Staaten aufgrund ihren spezifischen Merkmalen (z. B. besondere Mentalität der Grenzraumbewohner) differenzieren.
- Grenzraum ist aus dieser Betrachtungsperspektive als Staatsgrenzen übergreifende räumliche Einheit zu verstehen, die lediglich von der Grenzlinie durchschnitten ist.

Mit diesem neuen Grenzraumkonzept entsteht eine neue Sichtweise der

Grenzraumforschung, die sich von der klassischen Zentrum-Peripherie-Ausrichtung abhebt, die Grenzräume nur jeweils aus der unilateralen Perspektive des jeweiligen nationalen Staates betrachtet und „peripher“ mit „benachteiligt“ gleichsetzt. Nunmehr können Grenzräume – z. B. in wirtschaftlicher Hinsicht - zu zentralen Regionen werden. Die Staatsgrenzen übergreifende Sichtweise erlaubt außerdem den Grad soziokultureller Gemeinsamkeiten zwischen den Bevölkerung in den nationalen Teilgebieten eines Grenzraums darzustellen.

Ein grundsätzliches Problem in der Grenzraumforschung stellt die **Abgrenzbarkeit der räumlichen Tiefe einer Grenzregion**. Dieses Problem wird unter Berücksichtigung der soziokulturellen und vor allem der psychologischen Dimension noch komplizierter.

Bei der konventionellen räumlichen Abgrenzung wird von der Annahme ausgegangen, dass die ‚Grenzeffekte‘ in unmittelbarer Grenznähe am stärksten sind und dass sie mit wachsender Entfernung von der Grenze graduell abnehmen. Das Ergebnis solcher **statischer Abgrenzung** ist ein Grenzraum, das mit verschiedenen Breiten in Kilometern (meistens zwischen 10 und 50 Km) bestimmt ist (vgl. Knippschild, Liebe 2004, S. 20f.). Diese Methodik ist für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vollkommen untauglich, da der territoriale Wirkungsbereich der einzelnen Interaktionen sehr unterschiedlich ist.

Eine Bestimmung des Grenzraums als ein Gebiet mit geographisch-naturräumlichen, historisch-kulturellen oder politisch-wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten (vgl. Morhard 2001, S. 22) eignet sich für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als regionalpolitisches Instrument auch nicht, da die Zusammenarbeit in der Regel viele Handlungsbereiche mit unterschiedlicher Intensität der Zusammenarbeit betrifft.

Nach MINGHI (1977, S. 339f.) nimmt eine räumlich-statische Abgrenzung durch administrative oder fiskalische Bestimmungen keine Rücksicht auf die räumlichen Realitäten und ist deshalb für Untersuchungen, die soziale und psychologische Funktionen der Grenze berücksichtigen wollen, als unzureichend anzusehen.

Als zur Erfassung der kultur-psychologischen Dimension geeignete Methode wird eine Abgrenzung betrachtet, die anhand der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen, sozialen Verflechtungen, der Bestimmung kultureller Gemeinsamkeiten und der raumbezogenen Wahrnehmung durch die Grenzraumbevölkerung vorgenommen wird. Diese **dynamische Abgrenzungsart** bedeutet jedoch, dass die Tiefe des räumlichen Ausschnittes, der als Grenzraum definiert wird, räumlich und zeitlich variabel ist. Darüber hinaus ist die Tiefe des Grenzraums i.d.R. nicht nur beiderseits der Grenze, sondern auch an verschiedenen Abschnitten auf einer Seite der Grenze unterschiedlich (Riedel 1994, S. 23f).

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile, die mit beiden oben beschriebenen Abgrenzungsarten verbunden sind, wurde für die vorliegende Untersuchung eine Abgrenzung des Grenzraums anhand der regionalstatistischen Gebietsgrenzen der Ebene NUTS III. Diese Abgrenzung entspricht der Methodik, die für die Definition von Grenzregionen in der regionalpolitischen Förderpraxis der Europäischen Union angewendet wird. Durch diese Abgrenzung wird der trilaterale Grenzraum durch drei Objekte (und gleichzeitig auch Subjekte im tschechischen und slowakischen Teil) der Regionalentwicklung definiert. Diese Methode entspricht der gewählten regionalpolitischen Perspektive, in der die Problematik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betrachtet wird.

### 3.1.2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Als grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird im Sinne der zwischenstaatlichen Konventionen bezeichnet „jedes gemeinsame Unternehmen, das die Festigung und Weiterentwicklung der nachbarschaftlichen Kontakte zwischen den Gemeinden und Territorialbehörden mit mindestens zwei Subjekten zum Ziel hat“ (Council of Europe 1989).

Aus dieser Perspektive gelten als grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch juristische Vorgänge wie das Schließen von Verträgen und die Annahme der für ihre Realisierung nötigen Vereinbarungen auf der zwischenstaatlichen Ebene.

Die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)<sup>4</sup> grenzt den Begriff der grenzübergreifenden Zusammenarbeit näher ein. Sie versteht darunter „*eine Zusammenarbeit vor Ort über Staatsgrenzen hinweg zwischen benachbarten Grenzregionen, die regionale und oder kommunale Behörden und andere Organisationen in der Grenzregion mit einbezieht*“ (vgl. AGEG 1998, S. 2). In der folgenden Definition der Europäischen Kommission (vgl. EK, AGEG 2000, S. 14) als „*unmittelbare nachbarschaftliche Kooperation der regionalen und lokalen Instanzen entlang einer Grenze in allen Lebensbereichen und unter Einschaltung von Akteuren aus diversen Handlungsfeldern*“ wird deutlich der Schwerpunkt auf die regionale und lokale Ebene gesetzt.

Aus diesen zwei Definitionen lassen sich folgende Grundmerkmale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ableiten:

- Strategieorientierte und projektbezogene Handlung
- Nachbarschaftlich grenzüberschreitend
- Beteiligung von lokalen und regionalen Akteuren aus jeglichen Handlungsfeldern

Im Aspekt des territorialen Wirkungsbereichs wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach AGEG als eine Zusammenarbeit im grenznahen Raum und zwischen direkt benachbarten Grenzregionen über die Staatsgrenze hinweg von anderen Kooperationskonzepten - der interregionalen und der transnationalen Zusammenarbeit - abgegrenzt. Diese zwei anderen Kooperationskonzepte werden von der AGEG als „Kooperationshandlungen zwischen regionalen und lokalen Instanzen überwiegend in einzelnen Sektoren und mit ausgewählten Akteuren“ (**interregionale Zusammenarbeit**) und als „...eine Zusammenarbeit zwischen Staaten, ggf. unter Beteiligung der Regionen, zu einem Fachthema (i.d.R. auf dem Gebiet der Raumplanung) bezogen auf große zusammenhängende Räume...“, (**transnationale Zusammenarbeit**) verstanden (vgl. EK, AGEG 2000, S 15).

---

<sup>4</sup> Die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen wurde 1971 von 10 Grenzregionen gegründet. Seit 1977 besteht die AGEG als ein nicht eingetragener Verein aus ordentlichen Mitgliedern (autorisierte Vertreter der Grenzregionen) sowie beratenden Mitgliedern (natürliche Personen, Institutionen). Die AGEG verfolgt folgende Hauptziele: Beratung der Grenzregionen, Veranstaltung von Konferenzen, Publikationstätigkeit und vor allem Vertretung der Gesamtinteressen der Grenzregionen gegenüber nationalen und internationalen Institutionen und anderen Organen.

Die AGEG spielt eine wichtige Rolle bei Umsetzung der EU-Förderinitiativen; AGEG wurde von der EK mit Durchführung der Projekte LACE (1990-1995), LACE-TAP und LACE-PHARE-CBC (seit 1996) zur technischen Unterstützung und zum Erfahrungsaustausch und die Kommunikation zwischen den Grenzregionen mittels Netzwerke beauftragt.

Die Begriffabgrenzung nach AGEG wird auch im gesamten Regelwerk der Europäischen Kommission (EK) und in Dokumenten der nationalen Behörden angewendet. In der Fachliteratur werden jedoch häufig zur Problematik der grenzübergreifenden Zusammenarbeit auch Kooperationsformen miteinbezogen, die nach AGEG der Kategorie der transnationalen Zusammenarbeit angehören. Es handelt sich um Untersuchungen, in denen grenzüberschreitende Kooperation unter spezifischen Aspekten – wie z. B. grenzübergreifende Raumplanung oder der Europäische Integrationsprozess - behandelt wird (vgl. Pallagst 1995 und Neuss 1998).

Diese Untersuchung wird sich auf die Begriffsbestimmung nach AGEG aus der regionalpolitischen Perspektive stützen, die der gewählten Ausrichtung der vorliegenden Arbeit entspricht.

### **3.2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als regionalpolitisches Instrument - Ziele und Aufgaben**

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt ein regionalpolitisches Handlungskonzept dar, das darauf abzielt, die trennende Barrierenwirkung einer Grenze zu überwinden, bzw. zu mildern und dadurch einen gemeinsamen Lebensraum zu schaffen, in dem die nationalen Grenzgebiete funktionell miteinander sozial, kulturell und wirtschaftlich verflochten sind. Auf diese Weise versucht man neue Entwicklungspotenziale zu entwickeln und sie für eine nachhaltige Entwicklung des grenzüberschreitenden Raums und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Grenzbewohner zu nutzen. HEFFNER (1998, S. 68) sieht in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine Chance, den Nachteil der peripheren Lage in einen Standortvorteil zu verwandeln.

Der Barriereeffekt der Grenze entstand infolge historischer Entwicklungen vor allem in den vergangenen drei Jahrhunderten und ist durch spezifische Militär-, Verwaltungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten verstärkt worden.

Infolge dieser trennenden Wirkung der Grenze und ihrer negativen räumlichen Auswirkungen haben sich die am Randbereich der nationalen Wirtschaftssysteme liegenden Grenzgebiete bis auf wenige Sonderfälle (diese wurden aufgrund ihrer Bodenschätze wiederum zu politischen Krisen-Zentren Europas) zu schwachen Regionen in der Wirtschaftsleistung und Struktur entwickelt. Dies wird mit zahlreichen Problemen begleitet, wie z. B. fehlende wirtschaftliche Infrastruktur, beschränkte Einzugsgebiete und Märkte für lokale Unternehmen, mangelnde Freizeiteinrichtungen und öffentliche Dienstleistungen generell, geringere Investitionsniveau und höhere Arbeitslosenraten, Abwanderung der jüngeren Bevölkerung, soziale Spannungen, die durch ethnische und religiöse Heterogenität oft ausgelöst oder verstärkt werden.

Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit werden neue internationale grenzüberschreitende Regionen entwickelt, die lediglich funktionell abgegrenzt werden können, ohne dass dadurch neue administrative Grenzen geschaffen werden.

Nach Auffassung der AGEG (2000, T.A2, S.12-13) muss die Konzeption grenzüberschreitender Zusammenarbeit folgenden Grundsätzen gerecht werden, wenn sie langfristig erfolgreich sein soll:

- Alle Aspekte des täglichen Lebens in den Grenzregionen - Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Kultur, Soziales, Freizeit, Raumplanung, Umweltschutz, Katastrophenschutz - sollten einbezogen sein, unter Beteiligung von Akteuren aus allen Bereichen und auf beiden Seiten der Grenze.
- Sie sollte auf allen Ebenen durchgeführt werden, d. h. national, regional und lokal.
- Sie muss regelmäßig und täglich erfolgen.
- Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage eines gemeinsamen grenzübergreifenden Entwicklungskonzeptes oder –programms.
- Gemeinsame grenzübergreifende Institution auf regional-lokaler Ebene (Euroregion), die sich in Bereichen Management, Koordination, Öffentlichkeitsarbeit etabliert.

### **3.3. Anwendung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit als regionalpolitisches Instrument im westlichen Europa**

In den günstigen politischen Rahmenbedingungen in Skandinavien und Westeuropa begann man Ende der 50-er Jahre durch eine Reihe von lokal-regionalen Initiativen in den Grenzgebieten über die Grenze hinweg zu kooperieren, um die negativen Auswirkungen der nationalen Grenzen auf die Entwicklung der Grenzregionen abzuschwächen. In der ersten Phase wurde der sozial-kulturelle Austausch das dominierende Handlungsfeld bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Dies war in den meisten Fällen der erste Schritt, um Kontakte zwischen Menschen über die Grenze hinweg zu knüpfen und ein gegenseitiges Bewusstsein für Probleme in der regionalen Entwicklung zu schaffen.

Die frühesten Formen der grenzübergreifenden Strukturen waren Vereinigungen von Kommunen beiderseits der Grenze, die sich häufig zu einem grenzübergreifenden Dachverband zusammenschlossen. Die Bildung solcher dauerhaften Dachorganisationen, die heute als Euroregionen bezeichnet werden, war ein langwieriger Prozess, bei dem viele durch Unterschiede in den nationalen rechts- sowie Verwaltungssystemen bedingte Behinderungen

überwunden werden mussten. Die älteste Euroregion in Europa ist die ‚EUREGIO‘ (1958) im deutsch-niederländischen Grenzgebiet, deren Organisationsstruktur als Vorbild bei Konstituierung von späteren Euroregionen diente.

Die Bestrebung der Grenzregionen, durch den ‚Bottom-up‘-Ansatz grenzübergreifende Zusammenarbeit zu institutionalisieren, wurden durch einige internationale und nationale Initiativen erleichtert. Die Europäische Raumordnungsministerkonferenz (European Spatial Planning Conference – CEMAT), ein 1970 gegründetes beratendes Organ des Europarates, erarbeitete eine „Europäische Regionalplanungsstrategie“, welche die erste zusammenhängende Strategie für grenzübergreifende Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene darstellte. 1970 wurde das Abkommen des Nordischen Ministerrates für grenzübergreifende Zusammenarbeit als rechtliches Basisinstrument für Kooperationen in skandinavischen Grenzregionen unterzeichnet. Letztendlich versuchte die so genannte Madrider Rahmenkonvention für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die durch den Europarat 1980 erarbeitet und von 20 europäischen Staaten ratifiziert wurde,



Modelvereinbarungen zwischen Staaten zur Verfügung zu stellen.

Diese Abkommen auf europäischer Ebene waren zwar richtungweisend und beschleunigten die Entwicklung wesentlich, konnten jedoch ihren Wert nur im Zusammenhang mit konkreten zwischenstaatlichen Abkommen beweisen, denn erst die zwischenstaatlichen Abkommen boten den rechtlichen Rahmen für grenzübergreifende Zusammenarbeit lokaler/regionaler Gebietskörperschaften. Die Tatsache, dass diese bilateralen Kooperationsabkommen<sup>5</sup> erst wesentlich später zu Stande kamen, belegt, dass die Kooperationsbereitschaft der Kommunen nur zögerlich politische Unterstützung bekam.

Einen großen Schub erfuhr die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den grundlegend veränderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach 1989. Die fortschreitende Integration der EU, vor allem durch die Verwirklichung eines einheitlichen Binnenmarktes, die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), Schengen-Abkommen, die Erweiterung von 1996 sowie die Stärkung der gesamteuropäischen Politik bewirkten eine wachsende Bedeutung der Grenzregionen in der EU-Regionalpolitik, die zunehmend als ein wichtiger Indikator der europäischen Integration angesehen werden.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird seit 1991 im Rahmen mehrerer Initiativen und Programme gefördert. Das erste der Instrumente war die Gemeinschaftsinitiative INTERREG I, die 1991 für die Grenzregionen der EU gestartet wurde. Bei der Umsetzung von 31 Operationellen Programmen (CIP) spiegelte sich die Vielfältigkeit der Grenzregionen sowie der forcierten Kooperationskonzepte. Seit Fortsetzung durch INTERREG II (1994-1999) beinhaltet die Initiative INTERREG deshalb drei selbstständige Ausrichtungen: A) zur Förderung der nachbarschaftlichen grenzübergreifenden Zusammenarbeit und die Ausrichtungen B) und C) zur Förderung von Projekten der ‚transnationalen‘ und der ‚interregionalen‘ Zusammenarbeit.

Die Entwicklung der Initiative INTERREG A ist mit einer steigenden Anzahl der umgesetzten Programme sowie Höhe der bereitgestellten Fördermittel gekennzeichnet, wie folgende Tabelle 1, S. 30 deutlich macht.

Initiative	Zeitraum der Implementation	Anzahl der Programme (CIP)	Fördervolumen <sup>1</sup> (in Mrd. EUR)
INTERREG I	1991-1993	31	1,082
INTERREG IIA	1994-1999	59	2,565
INTERREG IIIA	2000-2006	52 (2000-2004) 78 (2004-2006)	ca. 2,600

**Tab. 1: Gemeinschaftsinitiative INTERREG A in der EU-Regionalpolitik**

<sup>1</sup> nur Beitrag der EU ohne erforderliche Ko-finanzierung auf nationaler, lokal-regionaler Ebene sowie ohne privaten Mitteln

Quellen: EK, AGE (2000, S. 38ff)

---

<sup>5</sup> Es handelt sich um folgende Abkommen:

- BENELUX-Konvention (1986 unterzeichnet, 1991 in Kraft getreten);
- Das deutsch-niederländische Abkommen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (1991, 1993);
- Abkommen von Wien zwischen Italien und Österreich (1993/ 1995) und das Abkommen von Rom (1993 /1994);
- Karlsruher Abkommen zur Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich, Luxemburg und der Schweiz (1996/ 1997)
- Vertrag von Bayonne zwischen Frankreich und Spanien (1993 /1997)

Im Rahmen der Vorbereitungen auf den EU-Beitritt der 12 mittelosteuropäischen Länder sowie durch Stärkung der Zusammenarbeit mit den Staaten in Osteuropa und auf dem Balkan wurde die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch außerhalb der Europäischen Union ausgeweitet.

Für die Grenzregionen in den Beitrittsstaaten wurden die Programme PHARE-CREDO (1995-1999) und anschließend PHARE-CBC (1999-2003) eingeführt. Andere Programme – wie TACIS-CBC für einige Grenzregionen in Ländern des ehemaligen Sowjetunion und MEDA (für Nichtmitgliedsländer im Mittelmeerraum) sowie das Programm CARDS für die Länder des westlichen Balkans – verfügen über deutlich weniger Fördermittel und sind in ihrer Umsetzungsstruktur weniger entwickelt.

Unter den Programmen CIP (Community Initiative Programm) der Initiative INTERREG IIIA lassen sich organisatorisch grundsätzlich zwei Programmkonzeptionen unterscheiden. Der erste Programmtyp beinhaltet ein einzelnes Programm (meist bilateral) für den gesamten Abschnitt der jeweiligen nationalen Grenze. Die Entscheidungskompetenzen bei der Umsetzung des Programms liegt bei diesem Programmtyp bei den nationalen Zentralverwaltungen. Als Beispiele lassen sich die zweiseitigen Programme E/P oder E/FR aufführen. Den anderen Programmtyp bilden Programme auf regionaler Ebene für Streckenabschnitte einer Grenze bzw. mehrerer Grenzen (Dreiländereck), das heißt für eine Euroregion oder vergleichbare Ebene, wie dies in den Grenzgebieten D/NL, NL/B, D/F, D/CH/A, F/UK der Fall ist. Im Gegensatz zu den ‚nationalen‘ Programmen, sind bei diesem Programmtyp die Kompetenzen auf eine gemeinsame Verwaltungsstelle im Kooperationsraum delegiert, die auf der Grundlage eines Abkommens zwischen den beteiligten Nachbarstaaten geschaffen wurde. Diese Verwaltungsstelle vertritt das CIP-Programm in allen Bereichen – Programmieren, Projektauswahl, finanzielle Abwicklung, Monitoring, Evaluierung direkt gegenüber der Kommission.

Obwohl das Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit spätestens mit der Neuausrichtung der EU-Kohäsionspolitik für den Planungszeitraum 2007-2013 als ‚gesamtgemeinschaftliche Aufgabe‘ anerkannt gilt, werden wichtige programmstrategische Entscheidungen nach wie vor auf der nationalstaatlichen Ebene getroffen. So legt die INTERREG-Verordnung zwar die Förderfähigkeit durch die angrenzenden Gebietseinheiten der Ebene NUTS III fest, die Verteilung der Fördermittel an die jeweiligen Programmgebiete liegt aber weiterhin im Zuständigkeitsbereich der nationalen Administration. Die finanzielle Unterstützung für die operationelle Programme ist jedoch nicht gleich groß. Das Fördervolumen wird für jedes Programm anhand der Bevölkerungszahl und Grenzlänge bestimmt.

Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA sowie die Programme PHARE-CREDO und PHARE-CBC, die die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck maßgeblich beeinflussen, werden in den folgenden Kapiteln näher beschrieben.

### 3.4. Spezifika der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Mitteleuropa

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Grenzregionen ist im mittelosteuropäischen Raum ein sehr junges Phänomen. Durch die politische Neuordnung infolge der zwei Weltkriege sind in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts neue Grenzen und damit auch neue Grenzregionen auf der Karte Europas entstanden. Folgen waren massive Bevölkerungsmigrationen, Entstehung von neuen ethnisch motivierten Konflikten, Durchtrennung von Verkehrswegen sowie kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, die sich in den Regionen über Jahrhunderte entwickelt hatten. Das Ziel der Regierungen war, den Nationalstaat innenpolitisch zu stabilisieren und sich außenpolitisch in der Konkurrenz der anderen Staaten zu behaupten. Die Entwicklung von regionalen grenzüberschreitenden wirtschaftlichen, institutionellen sowie zwischenmenschlichen Beziehungen über die Staatsgrenze hinweg wurde als unerwünscht angesehen und behindert.

Im Gegensatz zu dem westeuropäischen Raum, in dem sich die politischen Verhältnisse durch Demokratisierung, Dezentralisierung der Staatsverwaltung und politische und wirtschaftliche Integration schon Ende der 50-er Jahre grundlegend verändert haben, überdauerte das Kooperationsvakuum im Mittelosteuropa bis in die neunziger Jahre (vgl. Grimm 1998).

Ein Austausch zwischen den sozialistischen ‚Bruderländern‘ fand lediglich durch formelle Kooperationsbeziehungen auf der zwischenstaatlichen Ebene statt. In den Grenzregionen selbst wurde zur COMECON-Zeit eine regionale Zusammenarbeit nicht betrieben, sporadische regional-lokale Kooperationsansätze im kulturellen Bereich wurden als „...ein nationalistisches Wetteifern gering bemittelter Nachbarn“ (Sagvari 1991) negativ wahrgenommen, von der Staatsmacht gehemmt.

Die grundlegende Veränderung des politischen Klimas in Europa nach Überwindung des West-Ost-Gegensatzes veränderte auch politische Leitbilder. Die demokratische Wende von 1989/90 und die folgenden politischen und wirtschaftlichen Reformen in den MOE-Staaten<sup>6</sup> haben eine Epoche eingeleitet, die durch den Prozess der schrittweisen Integration der MOE-Länder in die NATO und vor allem in die EU gekennzeichnet ist.

Die Europäische Union entdeckte unter den veränderten Rahmenbedingungen neuen Handlungsbedarf in der europäischen Regionalpolitik und auch neue Entwicklungspotenziale in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit als ein **Instrument der Integrationspolitik**. Mit der Schaffung des EU-Programms PHARE CBC in 1994 begann nun auch im Mittelosteuropa die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Das förderfähige Gebiet für PHARE CBC umfasste 1994-1998 nur die an der EU-Außengrenze liegende Grenzkreise der MOE-Staaten. 1999 wurde der geographische Geltungsbereich von PHARE-CBC auch auf die Grenzkreise zwischen den Beitrittsländern ausgeweitet. Das Programm PHARE CBC stellt einen integralen Bestandteil der Vorbereitungshilfe auf den EU-Beitritt dar und in diesem Zusammenhang muss auch die Zielsetzung der PHARE CBC-Förderung in MOE-Ländern und ihr Stellenwert betrachtet werden.

---

<sup>6</sup> Der Begriff MOE-Staaten bzw. MOEL wird in Bezug auf seine territoriale Geltung unterschiedlich angewendet. In dieser Arbeit werden unter dieser Bezeichnung die ehemals sozialistischen Staaten Mittelosteuropas, die entweder bereits zum 01.05.2004 EU-Mitglieder (8) wurden oder mit denen die Beitrittsverhandlungen geführt werden (RO, BG)

Die bisherige Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den MOE-Ländern lässt sich im Wesentlichen in drei Phasen gliedern.

**1. Phase:** Die erste Entwicklungsphase, die unmittelbar nach 1990 einsetzte, ist durch eine rasche Herausbildung von grenzüberschreitenden Kooperationsstrukturen (Euroregionen) in den tschechischen und polnischen Grenzregionen an der EU-Außengrenze und rasche Intensivierung der Zusammenarbeit gekennzeichnet.

**2. Phase:** Die zweite Entwicklungsphase lässt sich durch den EU-Beitritt Österreichs (1996) und damit verbundene Statusänderung der österreichischen Grenze zu den mittelosteuropäischen Nachbarn charakterisieren. Gekennzeichnet ist diese Phase durch schnelle Institutionalisierung und dynamische Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den Grenzen Österreichs mit Tschechien, der Slowakei, Ungarns und Slowenien.

**3. Phase:** Die dritte Phase in der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Mitteleuropa setzte mit der Neuausrichtung des Programms PHARE-CBC 1999 ein. Nach der geographischen Ausweitung der förderfähigen Grenzgebiete 1999 haben sich grenzüberschreitende Kooperationsstrukturen auch an den Grenzen zwischen den MOE-Ländern nach westeuropäischen Vorbildern konstituiert. Im Gegensatz zu den Grenzgebieten an der EU-Außengrenze verläuft die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den Grenzen zwischen den MOE-Ländern deutlich weniger dynamisch.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in MOEL mit ungünstigen Rahmenbedingungen zu kämpfen hatte, die durch folgende Merkmale charakterisiert werden können:

- Es bestand keine Erfahrung mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor 1990. Grenzüberschreitende institutionelle Strukturen (Euroregion) fehlten. In den Grenzregionen der EU haben die Gemeinschaftsinitiativen INTERREG eine Intensivierung und Ausweitung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bewirkt, in den MOE-Ländern haben sie jedoch eine neue, bis dahin noch nicht praktizierte Kooperationsart ins Leben gerufen (vgl. Kowalke 1999, S. 119ff).
- Die technische Infrastruktur (Verkehrswege, Grenzübergänge, Kommunikationsnetze) in den Grenzregionen war ungenügend ausgebaut. Durch die infrastrukturellen Defizite blieb die Durchlässigkeit der Grenzen auch nach den politischen Veränderungen weiterhin stark eingeschränkt (vgl. Grimm 1998, Jurczek 1998).
- Die ökonomische Transformation und der damit verbundene Strukturwandel führte nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften in den MOEL zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation auf der Makroebene, die in den vorwiegend strukturschwachen und peripheren Grenzregionen noch gravierender ausgewirkt haben.
- In den sozialistischen Ländern wurden keine regionalpolitischen Maßnahmen zur Förderung von leistungs- und strukturschwachen Regionen praktiziert. Das Fehlen von rechtlichen Rahmenbedingungen, administrativen Kapazitäten sowie Erfahrungen mit einer EU-kompatiblen regionalpolitischen Konzeption bereitete erhebliche Probleme bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme (vgl. Horáček 1996, S. 22f)
- Die Neuordnung der regionalen Selbstverwaltungseinheiten, die sich in den meisten MOE-Staaten in mehreren Schritten über Jahre hinzog, verzögerte die Aktivierung

der regionalen Verwaltungen. Im Gegensatz zu den westeuropäischen Grenzregionen, in denen sich der ‚Bottom-up‘-Prinzip bereits fest etablierte, verlief die Implementierung der Programme in den MOE-Grenzregionen stark zentralistisch. Die Aktionsfähigkeit der euroregionalen Strukturen wurde dadurch beeinträchtigt (vgl. Haase 2002).

### **3.5. Typologie der Strukturen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit**

Dieses Kapitel konzentriert sich auf die institutionellen Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit dem Ziel, einen Überblick über bestehende Strukturen und ihre Kompetenzen, Aufgaben und Organisation zu verschaffen. Darüber hinaus werden folgende Fragestellungen erörtert:

- Welche aktuelle Entwicklungstendenzen gibt es bei der Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit?
- Welche Unterschiede bestehen zwischen den älteren Strukturen in den westlichen Grenzregionen und den jüngeren in den mittelosteuropäischen Ländern?
- Werden die Kooperationsstrukturen den praktischen Anforderungen gerecht oder hindern sie die Intensivierung der Zusammenarbeit?

Wie es eben im vorhergegangenen Abschnitt bereits dargelegt wurde, wurde die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa durch unterschiedliche Rahmenbedingungen geprägt. Dieses kausale Verhältnis betrifft auch die institutionellen Kooperationsstrukturen. ‚Die Organisationsform der Zusammenarbeit ist den vor Ort gegebenen Rahmenbedingungen anzupassen‘, so formuliert AGEG (2000a, S. B2-14) die Grundvoraussetzung für eine effektive Arbeitsweise der Kooperationsstrukturen. Die Strukturen müssen aber, so die AGEG weiter - nicht nur den spezifischen Rahmenbedingungen im Kooperationsraum sondern auch den Unterschieden zwischen den Partnerregionen eines Grenzraums angepasst werden.

Gegenwärtig bestehen vielfältige grenzübergreifende Strukturen, die sich in Aspekten wie Zweckbestimmung, Kompetenzen und Kapazitäten, Organisation voneinander unterscheiden. Sie sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Unterschiedliche gesetzliche Bestimmungen auf beiden Seiten der Grenze
- Unterschiedliche Verwaltungsstrukturen mit unterschiedlichen Kompetenzen auf lokal-regionaler Ebene;
- Unterschiedliche Entwicklungsstufen der Zusammenarbeit in den Grenzgebieten.

In der folgenden Typologie werden bestehende Strukturen systematisiert und ihre Hauptmerkmale beschrieben. Die Klassifikation basiert auf folgenden Kriterien:

- Zusammensetzung;
- Funktionen und Kompetenzen;
- Organisationsstruktur und Kapazität;
- Beziehung zu Förderprogrammen (Beteiligung an der Programmumsetzung).

### 3.5.1. Euroregionen und ähnliche Körperschaften

Der am meisten verbreitete Typ der grenzübergreifenden Strukturen auf der lokal-regionalen Ebene ist unter der Bezeichnung „Euroregion“ (oder „Euregio“) bekannt. Die Euroregion wird nach AGEG definiert als ein „Zusammenschluss regionaler und lokaler Körperschaften beiderseits einer Staatsgrenze...“ (vgl. AGEG 1998, S. 14). Eine Euroregion muss weiter zwei folgende Grundsätze erfüllen:

- Grenzüberschreitende Organisationsstruktur;
- Grenzüberschreitende Arbeitsweise.

Die Organisation basiert auf nationalen Zweckverbänden von lokalen (Gemeinden, Städten) und bzw. regionalen Körperschaften (Kreise, Bezirke), die sich zu einem gemeinsamen grenzübergreifenden Dachverband zusammenschließen. Eine Euroregion besitzt eine permanente grenzübergreifende Geschäftsstelle und Verwaltungspersonal, oft auch eine parlamentarische Versammlung.

Ihre Arbeitsweise lässt sich charakterisieren durch wichtigste Merkmale:

- Grundsätzlich grenzübergreifendes Ausmaß;
- Entwicklung und Umsetzung von strategisch orientierte Zusammenarbeit (keine Maßnahmen auf der Grundlage von Einzelfällen);
- Partnerschaftliche Zusammenarbeit sowohl vertikal (lokal, regional, national, europäisch) als auch horizontal (Bürgerinitiativen, Vereine, Institutionen, Wirtschaftssubjekte) über die Staatsgrenzen hinweg;
- Umsetzung von grenzübergreifend getroffenen Entscheidungen auf nationaler Ebene unter Vermeidung oder Ausgleichung von Kompetenz- und Strukturkonflikten.

Wichtigste Arbeitsinhalte sind dann:

- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Bereichen des täglichen Lebens;
- Gleichwertigkeit der soziokulturellen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit;
- Umsetzung der von auf europäischer oder zwischenstaatlicher Ebene geschlossenen Abkommen und Vereinbarungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit;
- Beratung, Unterstützung und Koordinierung der Kooperationsaktivitäten;
- Beteiligung an der Implementation der Förderprogramme.

Die ältesten Euroregionen entstanden an der deutsch-niederländischen Grenze und in den weiteren Jahrzehnten wurde diese Struktur auf beinahe alle andere europäische Grenzräume übertragen. In den letzten zehn Jahren erfolgte ein schnelles Wachstum von euroregionalen Strukturen an den Außengrenzen der EU und in den Grenzräumen der MOE-Staaten.

Obwohl sich einzelne Euroregionen in ihrer rechtlichen Form oder Organisation voneinander unterscheiden, weisen sie mehrere gemeinsame Merkmale auf, die sie zu einem Typus machen. Nach AGEG (2000a) handelt es sich vor allem um folgende Charakteristika :

- Sie sind dauerhaft;
- Sie haben durch ihre Mitglieder eine eigene Identität;
- Sie verfügen über administrative, technische und finanzielle Ressourcen;
- Sie haben eine interne Beschlussfassung.

Das geographische Wirkungsgebiet einer Euroregion ist durch das Ausmaß der sozioökonomischen Integration und nicht ausschließlich durch administrative Einheiten zu

bestimmen. Eine Euroregion stellt keine neue regionale Verwaltungseinheit dar, sondern lediglich eine Drehscheibe für Zusammenarbeit zwischen bestehenden Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts und zu einem Ausgleich der unterschiedlichen Kompetenzen, die auf beiden Seiten der Grenze existieren (vgl. AGE 2000, S.17). Ein weiteres Merkmal der Euroregionen ist die unterschiedliche Ausstattung mit Kompetenzen für die Implementierung der INTERREG-Programme. In dieser Betrachtungsweise können Euroregionen grundsätzlich in zwei Gruppen aufgeteilt werden:

Zu der **ersten Gruppe** gehören die Euroregionen an den ‚alten‘ EU-Binnengrenzen – wie z.B. Euroregionen an der deutsch-niederländischen, deutsch-belgischen oder deutsch-französischen Grenze, die über breite Aufgabenpalette und weitgehende Befugnisse verfügen. Diese Euroregionen sind vom Nationalstaat befugt, als Kooperationsförderer/-träger eine direkte Vereinbarung mit der Europäischen Kommission zu treffen und sind auch für Programmearbeitung und das Management selbst verantwortlich. Dies bedeutet jedoch keinesfalls die Umgehung der nationalen Ebene. Die staatlichen Behörden bleiben weiterhin bei folgenden Aspekten beteiligt:

- Die Zustimmung des Staates bei der Benennung einer Euroregion als Partner der EK;
- Beteiligung an der Überwachung und Auswertung durch den gemeinsamen Begleitausschuss;
- Beteiligung an der Endauswahl der Projekte und der Genehmigung durch den Lenkungs- oder Begleitausschuss;
- Co-Finanzierung, finanzielle Kontrolle und endgültige finanzielle Verantwortung hinsichtlich der EU-Mittel.

Der **zweiten Gruppe** sind Euroregionen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und Österreich sowie in den Grenzgebieten der neuen EU-Mitgliedsländern zuzuordnen. Hier liegen die Befugnisse und Verantwortung für die Umsetzung der INTERREG-Programme bei den zentralen staatlichen Instanzen. Die INTERREG-Programme sind in hier nur als große, jeweils ein ganzes Grenzgebiet umfassende bilaterale Programme konzipiert, in deren Gebietskulisse mehrere Euroregionen tätig sind. Die Vertreter der Euroregionen besitzen i.d.R. lediglich eine Beratungsfunktion oder ein Mitspracherecht in den Entscheidungsgremien (Lenkungs- und Begleitausschuss) des jeweiligen INTERREG-Programms. Sie sind also im Gegensatz zu den westeuropäischen Euroregionen keine Verwaltungsautoritäten, sondern privatrechtliche Vereinigungen der Mitgliedskommunen, deren Bedeutung vor allem in der Lobbyfunktion, Initiierung, Beratung und Koordinierung der lokalen und regionalen Akteure liegt.

### 3.5.2. Andere Zusammenschlüsse

Sie weisen nach AGE 2000a) folgende Unterschiede zu den Euroregionen auf:

- Sie entstehen durch Vereinbarungen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit i.d.R. zwischen regionalen Instanzen, die öffentlich-rechtlich nicht verbindlich sind, daher keine Rechtspersönlichkeiten;
- Sie verfügen in der Regel über keine wesentlichen finanziellen und personellen Kapazitäten;

- Sie haben keine stetige gemeinsame Verwaltungsstelle;
- Sie können selten eigene Beschlüsse durch ihre Mitglieder Fassen. Die Entscheidungsfindung liegt bei der beteiligten regionalen Organisationen/Behörden.
- Mitwirkung an den EU-Förderprogrammen ist gering, charakteristische Tätigkeitsfelder sind Aktivitäten zur strategischen Planung und spezifische grenzüberschreitende Projekte.

Die Strukturen dieser Gruppe tragen diverse Bezeichnungen. In den französisch-schweizerischen, französisch-spanischen und spanisch-portugiesischen Grenzgebieten werden sie als „Arbeitsgemeinschaft“ (communauté de travail/ working community) bezeichnet. Hier ist diese formelle Kooperationsform am meisten verbreitet.

In den Grenzgebieten IRL/UK bestehen grenzübergreifende Kooperationsstrukturen, die als informelle Zusammenschlüsse von lokalen Gebietskörperschaften die Bezeichnungen „Group“, „Committee“ oder „Network“ tragen.

Im Grenzraum Burgenland (A) - Ungarn konstituierte sich der sog. Regionalrat (Regional Council), der als eine Vorstufe in der Entwicklung zu einer Euroregion gilt.

Einen weiteren Subtyp in dieser Kategorie stellen Kooperationsstrukturen in der Alpen- und Pyrenäen-Region dar, die ein großes geographisches Gebiet abdecken und eine Vielzahl von Mitgliedern umfassen. Die Ausrichtung ihrer Tätigkeiten fällt außerdem eher in die transnationale Zusammenarbeit (Raumordnung). Dazu gehören z.B. COTRAO, ARGE-ALP, Alpen Adria oder Arbeitsgemeinschaft der Pyrenäen (vgl. AGE 2000a).

### **3.5.3. Programmbezogene Strukturen**

- Nicht dauerhafte Strukturen;
- Geschaffen aufgrund von Vereinbarungen zwischen zentralen nationalen Regierungen zum Zweck des Managements und der Umsetzung von Interreg- und PHARE-CBC -Programmen;
- Programmbezogene Arbeitsweise;
- Sie verfügen über keine eigenen finanziellen Mittel.

Diese programmbezogene Kooperationsstrukturen bestehen in allen Grenzgebieten in Form eines Lenkungsausschusses mit einer Geschäftsstelle, häufig als integrales Bestandteil einer Euroregion.

Obwohl diese Strukturen ursprünglich im Bezug auf die EU-Programme geschaffen wurden, gibt es Anzeichen für eine Umwandlung in dauerhafte grenzübergreifende Strukturen. Ein Beispiel für diese Entwicklungstendenz ist PAMINA im deutsch-französischen Grenzraum. 1991 wurde eine „Informations- und Beratungsstelle für grenzübergreifende Fragen (INFOBEST)“ eingerichtet. Das INFOBEST-Büro stellt Informationen und analytische Dienste für private und öffentliche Interessenten zur Verfügung. Es wird gemeinsam von den Ländern Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sowie der Region Alsace und dem Department du Bas-Rhin auf französischer Seite finanziert (vgl. Gabbe u. Martinos 1999)



### 3.5.4. Aktuelle Entwicklungstendenzen

Die dynamische Entwicklung und weitgehende Vertiefung der grenzüberschreitenden Kooperationsstrukturen in Europa seit 1990 ist essentiell mit den Förderinitiativen der Europäischen Union verbunden (vgl. Miosga 1999). Das Ausmaß der Beteiligung an der Entwicklung, Durchführung und Auswertung der Programm-/Projektarbeit unterscheidet sich stark bei einzelnen lokal-regionalen Kooperationsstrukturen. Diese funktionelle Heterogenität in der Beziehung zu EU-Förderinitiativen ist einerseits auf unterschiedliche Rahmenbedingungen in einzelnen Grenzräumen, andererseits auf unterschiedliches Regelwerk des konkreten Programms (INTERREG, PHARE-CBC, TACIS-CBC), an dem sich die Körperschaften beteiligen, zurückzuführen.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass das Regelwerk des Programms INTERREG A auf eine voll integrierte Beteiligung der grenzübergreifenden Kooperationsstrukturen auf lokal-regionaler Ebene nach EU-Prinzipien der Subsidiarität und der Partnerschaft abzielt. Lokal-regionale grenzübergreifende Strukturen sollen zunehmend in der Lage sein, die meisten Aufgabenbereiche bei der Programmarbeit zu erfüllen. Das bedeutet zwar in der Tat eine Kompetenzverschiebung von den zentralen nationalen Behörden und von der EK auf diese Kooperationsstrukturen, bestimmte Aufgabenbereiche bleiben jedoch weiterhin in der Zuständigkeit der EK (z.B. Programmgenehmigung) und der Mitgliedstaaten (z.B. letztendliche finanzielle Verantwortung).

Die AGEG (1998) hält als Ergebnis diesen Entwicklungen zwei institutionelle Modelle fest, die für Implementierung der INTERREG III-Programme angewandt werden:

- **Modell 1** basiert auf einer einzigen permanenten grenzübergreifenden Organisation mit der Fähigkeit, sämtliche Funktionen (Strategie- und Programmentwicklung, Programmmanagement einschließlich der Information und Beratung von potentiellen Antragstellern, Programmauswertung und Finanzmanagement) ausüben zu können. Die EK kann mit Zustimmung der betreffenden Mitgliedstaaten mit der Organisation eine direkte vertragsmäßige Partnerschaft eingehen. Solche grenzübergreifend agierende regionale Organisation kann entweder als Euroregion auf privatrechtlicher Vereinsbasis oder als Verwaltungseinheit bei einem zentralen oder regionalen Verwaltungsorgan bestehen. Praktische Beispiele für dieses Modell findet man in den Euroregionen im deutsch-niederländisch/belgischen Grenzraum. Für die öffentlich-rechtliche Lösung steht beispielsweise die Verwaltungsbehörde für das Programm INTERREG IIIA ‚Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein‘, die beim Regierungspräsidium Tübingen angesiedelt ist (vgl. Scherer u Schnell 2003).
- **Modell 2** basiert auf einem ‚Konsortium‘ aus mehreren kompetenten lokal-regionalen Gebietskörperschaften und anderen Organisationen, das speziell für die Zwecke von INTERREG gegründet wird. Im Laufe der Zeit wird dann eine Umwandlung in eine permanente Kooperationsstruktur angestrebt. Die EK wird in diesem Fall mit Zustimmung der betreffenden Mitgliedstaaten eine vertragsmäßige Partnerschaft mit einer Organisation als ‚Vermittler‘ eingehen, die das Konsortium nach außen vertritt und auch Kernaufgaben des Programmmanagements übernimmt, selbst ohne Mitglied des Konsortiums zu sein. Dieser ‚Vermittler‘ ist eine lokal-regionale Organisation, wie z.B. privatrechtliche regionale Entwicklungsgesellschaft. Ein Beispiel für

dieses Modell ist PAMINA im deutsch-französischen Grenzgebiet.

Diese Kooperationsstrukturen haben den hohen Grad der funktionalen Integration bereits erreicht. Auf der Grundlage von gemeinsamen Vereinbarungen haben staatliche Instanzen die meisten ihrer Befugnisse für die Implementierung des jeweiligen INTERREG-Programms auf diese Subjekte übertragen. Im Zuständigkeitsbereich der zentralen staatlichen Instanzen bleiben jedoch weiterhin einige Schlüsselaufgaben erhalten, insbesondere in der finanziellen Endkontrolle und in der endgültigen finanziellen Verantwortung. Darüber hinaus bleibt der Staat an der Projektauswahl, Projektgenehmigung, Überwachung und Auswertung durch den gemeinsamen Lenkungs- oder Begleitausschuss beteiligt.

Trotz deutlichen verwaltungstechnischen Verbesserungen, die in der Umsetzungsperiode von INTERREG IIIA bereits geschaffen wurden, bestehen bei der Programmumsetzung weiterhin erhebliche Schwierigkeiten, die sich aus der unterschiedlichen nationalen Rechtsetzung und Verfahren ergeben.

Um diesen Hindernisse entgegen zu wirken, hat die Europäische Kommission das Konzept eines Verbundes für grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausgearbeitet. Das Konzept soll noch in 2005 dem Europäischen Parlament als Vorschlag für eine Verordnung für den EU-Planungszeitraum 2007-2013 vorgelegt werden (vgl. EK 2004b).

Dem Verbund für grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollten die Aufgaben und Kompetenzen auf der Grundlage eines Abkommens von den nationalen Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Organisationen übertragen werden. Der gemeinsame Verbund soll dann als öffentlich-rechtliche Persönlichkeit in ihrem Auftrag handeln und sie gegenüber der Kommission vertreten. Die Anwendung des Verbunds soll fakultativ sein. Die Einführung dieses Instruments würde die Verwaltungsabläufe bei der Programmimplementierung wesentlich erleichtern und verkürzen. Dieses positive Effekt wäre vor allem bei der Umsetzung der Programme in den neuen EU-Kooperationsräumen zu erwarten.

### **3.6. Akteure der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, ihre Handlungsbereiche und Motive**

Ausgehend von der Begriffsbestimmung (vgl. S. 8-9) muss grenzüberschreitende Zusammenarbeit als eine strategieorientierte Handlung der beteiligten Akteure in den benachbarten Grenzregionen verstanden werden. Die Akteure sind zur gegenseitigen Kooperation durch eigene spezifische Motive bewegt, die als Reflexion auf die bestehenden Rahmenbedingungen zu betrachten sind. Die Zusammenarbeit wird durch die vorherrschenden Rahmenbedingungen in ihrer Entwicklung begünstigt oder eingeschränkt, im Extremfall sogar gänzlich behindert. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist also immer ein Ergebnis der Wechselwirkung zwischen dem ‚Gewollten‘ und dem ‚Machbaren‘. Aus dieser Überlegung wird ersichtlich, dass die Akteure mit ihren Motiven und die bestehenden Rahmenbedingungen als Faktoren nicht getrennt, sondern nur im direkten Zusammenhang untersucht werden müssen.

Der Themenbereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit umfasst eine Vielfalt von

Akteuren. Unter dem Begriff ‚Akteure‘ sind sowohl juristische (Organisationen) als auch physische Personen zu verstehen, die als aktiv handelnde Kräfte selbst an dem Kooperationsgeschehen beteiligt sind oder diejenigen, die durch ihre Handlung einen relevanten Einfluss auf die Entwicklung ausüben (wie z. B. nicht-grenzübergreifende vertikale Beziehung zwischen Verwaltungsinstanzen).

Die Akteure unterscheiden sich in ihrem Status, Kompetenzen- und Wirkungsbereich und in der Relevanz. Nach dem Rechtsstatus gliedert beispielsweise CRAMER (1995, S 65f.) die Akteure in folgende Bereiche:

**A/ Staatlicher (öffentlich-rechtlicher) Bereich:**

- Instanzen auf EU-Ebene
- Instanzen auf Bundes-, Landesebene
- Instanzen auf regionaler Ebene
- Instanzen auf lokaler Ebene

**B/ Zwischenbereich:**

- Öffentliche Unternehmen
- Öffentlich-rechtliche Institutionen
- Kammern
- Politische Parteien
- Interessenverbände
- Bildungseinrichtungen (Schulen, Gymnasien, Universitäten)
- Forschungsinstitute

**C/ Privatrechtlicher Bereich:**

- Private Haushalte
- Private Unternehmen
- Vereine

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit erfordert eine Partnerschaftsbeziehung zwischen den einzelnen Akteuren. Das **Prinzip der Partnerschaft** beinhaltet zwei Dimensionen: Eine jeweils vertikale Partnerschaft zwischen den Instanzen auf jeder Seite der Grenze sowie eine horizontale Partnerschaft der oft unterschiedlichen Partner über die Staatsgrenze hinweg.

**Vertikal gelagerte Partnerschaften** betreffen die Beziehungen zwischen den Instanzen auf der EU-Ebene, der nationalen Ebene, der regionalen und der lokalen Ebene in den Grenzregionen beiderseits der Grenze. Herausragende Rolle kommt hier den Verwaltungen zu. Die AGE (1998, S.6) hebt hervor, dass die neu geschaffenen Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Euroregion, regionale Entwicklungsagenturen) diese bereits bestehende vertikale Struktur ergänzen oder vervollständigen und nicht mit ihnen konkurrieren dürfen.

**Horizontale Partnerschaften** umfassen die Beziehungen zwischen den Partnern über die Grenze hinweg. Dieses Prinzip basiert auf der Parität beider Partner ungeachtet der Größe des Landes, der physischen oder wirtschaftlichen Bedeutung oder anderer Charakteristika wie z. B. Bevölkerungszahl. Um diese Art der horizontalen Partnerschaft aufzubauen, müssen oft Schwierigkeiten in Bezug auf die Unterschiede in den Verwaltungen, die Kompetenzen und Finanzierungsmöglichkeiten überwunden werden.

Nach AGEG (vgl. AGEG und EK 2000, Teil A2, S. 15f.) lässt sich aus der bisherigen Erfahrung festhalten, dass die grenzübergreifende Zusammenarbeit erfolgreich und effizient funktioniert, wenn die regionalen und lokalen Akteure die Initiative ergreifen und die Verantwortung übernehmen. Das ‚Bottom up‘- Prinzip entspricht den Grundsätzen der Subsidiarität, die in diesem Zusammenhang auch die Stärkung der regionalen und lokalen Instanzen, die als die wichtigste Verwaltungsebene in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit angesehen wird, bedeutet. Die lokalen und regionalen Verwaltungsinstanzen verfügen als Akteure über notwendige Flexibilität, damit die weiterhin bestehenden Unterschiede in den Strukturen und Kompetenzen beiderseits der Grenze ausgeglichen, bzw. auf gemeinsame Strukturen (Euroregion, Arbeitsgemeinschaft) übertragen werden können.

Die Motive der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind vielfältig. Dieses lässt sich zum einen durch das Mitwirken einer breiten Palette von möglichen Akteuren begründen, die auf ihrem Handlungsgebiet spezifische (eigene) Interesse verfolgen und zum anderen dadurch, dass die Rahmenbedingungen und der Handlungsbedarf in einzelnen europäischen Grenzräumen sehr unterschiedlich sind.

Die AGEG (vgl. AGEG und EK 2000, T. A, S.7) fasst folgende Hauptmotive für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zusammen:

- Umwandlung der Grenze als Trennungslinie hin zu einer Stelle der Begegnung von Nachbarn;
- Überwindung gegenseitiger Vorurteile und Animositäten zwischen den Menschen in den Grenzgebieten, die aus dem historischen Erbe resultieren;
- Aufbau der Demokratie und funktionsfähiger Regional- und Kommunalverwaltungen;
- Überwindung der national peripheren Lage und Isolation;
- Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und des Lebensstandards in der Grenzregion;
- Schnelle Eingliederung in die bzw. Annäherung an die Europäische Union.

Diese Motivenpalette entspricht der Aufgabenwahrnehmung von öffentlichen Verwaltungsinstanzen auf allen Ebenen (EU, Staat, Region, Kommune), die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als ein **regionalpolitisches Instrument** anwenden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als **außenpolitisches Instrument** ist ein weiteres wichtiges Motiv der staatlichen Instanzen, das nicht unberücksichtigt bleiben darf. Dadurch können die beteiligten Staaten zu einer gegenseitigen politischen Imageverbesserung kommen und darauf basierend zu einem langfristigen Ausbau und einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen beitragen. Im Gegensatz dazu macht BORN (1998, S. 25) darauf aufmerksam, dass gerade grenzüberschreitende regionale Aktivitäten „nationalstaatliche Außenpolitik unerwünscht bereichern können“.

Betrachtet man die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als ein regionalpolitisches Instrument, das eine von den Bürgern selbst zu gestaltende Zusammenarbeit auf lokal-regionaler Ebene in verschiedenen kommunalen Bereichen über die Staatsgrenze hinweg ermöglicht, dann sind aus der Gruppe der Akteure Verwaltungsinstanzen auf der EU- und Staatsebene auszugliedern. Denn sie schaffen durch Gesetzgebung, zwischenstaatliche Vereinbarungen oder regionalpolitische Maßnahmen Rahmenbedingungen als Grundvoraussetzungen für die Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an

einer Kooperationshandlung selbst sind sie jedoch als Akteure nicht direkt beteiligt. Sie sind also in diesem Sinne als Rahmenbedingungen bestimmende Faktoren zu verstehen. Sie können durch ihre Handlung die Kooperationsmöglichkeiten einschränken, im Extremfall völlig verhindern, wie in der Geschichte zu häufig belegt werden kann.

Neben den Verwaltungen beteiligen sich an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Akteure aus verschiedenen Handlungsbereichen. In der folgenden Tabelle 2 wird ein Versuch unternommen, eine Übersicht der potenziellen Akteure und ihrer Kompetenz- und Gestaltungsmöglichkeiten auf möglichen Kooperationsbereichen auf kommunal-regionaler Ebene darzustellen. Diese Tabelle erlaubt zwar nicht, detaillierte Rückschlüsse auf ihre konkreten Motive zu ziehen, verdeutlicht aber, auf welchen kommunalpolitischen Handlungsfeldern Kompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten (Wirkungsbereich) der potenziellen Akteure liegen. Unter diesem Bezug kann anhand dieser Übersichtsdarstellung einen Vergleich der einzelnen Akteure vorgenommen werden. Leicht ersichtlich ist weitreichende Verflechtung der Kompetenz- und Einflussbereichen einzelner Akteure. Dadurch wird die Geltung des Grundprinzips bestätigt, nach dem möglichst alle potentiellen Akteure bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit einbezogen werden müssen.

Die Tabelle macht weiter deutlich, dass kommunale und regionale **Verwaltungsbehörden** bei der Kooperation eine zentrale Position einnehmen, denn in ihrem Kompetenzbereich liegen alle für die regional-kommunale Entwicklung schlüsselbedeutenden Handlungsgebiete (Raumplanung, Wirtschaftsförderung, Technische Infrastruktur, Arbeitsmarktpolitik). Öffentliche Verwaltungsbehörden gestalten durch ihre Beschlüsse (z. B. in der Raumplanung) die Rahmenbedingungen mit Instanzen auf der Staats- bzw. EU-Ebene wesentlich mit, sie bestimmen dadurch weitgehend Handlungsbereiche der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und ihre Prioritäten. Ihre herausragende Position besteht schließlich darin, dass sie weitere potenzielle Akteure „aktivieren“ und ihre Tätigkeit dann koordinieren. Dies ist deshalb bedeutend, da das Mitwirken von Akteuren aus dem öffentlich-privaten und vor allem privaten Bereich spezifisch motiviert ist und die Zielsetzung ihrer Aktivitäten sich oft von den regionalpolitischen Entwicklungszielen abweicht.

Kooperationsbereich	Akteure	
	Kompetenzbereich	Einflussbereich
Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kommunen</li> <li>▪ Regionale Verwaltungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unternehmen</li> <li>▪ Interessenorganisationen</li> </ul>
Wirtschaftsförderung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kommunen</li> <li>▪ Regionale Verwaltungen</li> <li>▪ IHK</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unternehmen</li> <li>▪ Organisationen zur Regionalentwicklung</li> <li>▪ Bildungs-, Forschungseinrichtungen</li> </ul>
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unternehmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kommunen</li> <li>▪ Regionale Verwaltungen</li> <li>▪ Umweltschutzorganisationen</li> <li>▪ IHK und andere Organisationen</li> </ul>
Verkehr/ÖPNV	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kommunen</li> <li>▪ Regionale Verwaltungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Umweltschutzorganisationen</li> <li>▪ Unternehmen</li> </ul>

Umweltschutz	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kommunen</li> <li>▪ Regionale Verwaltungen</li> <li>▪ Staatliche Verwaltungen der Naturschutzgebiete</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Umweltschutzorganisationen</li> <li>▪ Organisationen zur Regionalentwicklung</li> <li>▪ Unternehmen</li> </ul>
Regionalentwicklung/ Städteentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kommunen</li> <li>▪ Regionale Verwaltungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unternehmen</li> <li>▪ Bildungs- Forschungseinrichtungen</li> <li>▪ Umweltschutzorganisationen</li> <li>▪ Kultur- u. Sportvereine</li> </ul>
Kultur und Sport	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kommunen</li> <li>▪ Regionale Verwaltungen</li> <li>▪ Kultur- u. Sportvereine</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Regionale Entwicklungsgesellschaften</li> <li>▪ Unternehmen</li> <li>▪ Umweltschutzorganisationen</li> </ul>
Bildung/ Wissenschaft und Forschung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kommunen</li> <li>▪ Regionale Verwaltungen</li> <li>▪ Grund-, Haupt u. Mittelschulen</li> <li>▪ Hochschulen</li> <li>▪ Wissenschafts- u. Forschungs-Einrichtungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unternehmen</li> <li>▪ Organisationen zur Förderung der regionalen Entwicklung</li> </ul>

**Tab. 2: Kompetenz- und Einflussbereiche von Akteuren auf den wichtigsten Handlungsfeldern**

Damit die Akteure der öffentlichen Verwaltungen jedoch ihren Aufgaben gerecht werden können, muss die sog. ‚vertikale‘ Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Instanzen (Gemeinde – Regionalbehörde – Staat – EU) abgestimmt sein. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der Kompetenz- und Zuständigkeitsverteilung im demokratischen Verwaltungsapparat, „auf der einen Seite stehen die Staaten als politische Entscheidungsträger mit Investitionszuständigkeit; auf der anderen Seite die kommunalen Träger, organisiert in regionale Einheiten, die von der grenzüberschreitenden Problematik direkt betroffen sind“ (vgl. Pallagst 1995, S. 41).

BECKER-MARX (1992) schätzt das bestehende Spannungsverhältnis folgendermaßen ein: „In diesem Gegenlauf ist bisher vieles hängen geblieben...“ (zitiert nach: Pallagst 1995, S. 41). Dass diese ‚vertikale‘ Zusammenarbeit für die Umsetzung der Kooperation auf ‚horizontaler‘ (grenzüberschreitender) Ebene von entscheidender Bedeutung ist, lässt sich mit Beispielen aus der Geschichte der Kooperationsentwicklung im westlichen Europa belegen.<sup>7</sup>

Damit effektive Konzepte der Problemlösung in Grenzregionen erstellt werden können, müssen Kommunen und regionale Gebietskörperschaften auch horizontal grenzüberschreitend miteinander kooperieren. Ausschlaggebend für das Zustandekommen von Kooperationen und für ihre Qualität sind die Interaktionsorientierungen der Akteure. Wie KNIPPSCHILD, LIEBE (2004, S. 25) anmerken, sind die kommunalen Akteure nur selten bereit, ihre „egoistischen Interessen“ zugunsten der Kooperation einzuschränken. Nach FÜRST (1999, S. 613f.) liegt die „egoistische Interaktionsorientierung“ in der Natur aller öffentlichen Verwaltungsinstanzen, die Ergebnisse ihrer Tätigkeit nach Wahrnehmung der Wähler messen und die Handlungskonzeption auch dementsprechend gestalten. Deshalb

<sup>7</sup> Becker-Marx (1992, S. 31f.) gibt hierfür ein Fallbeispiel der früheren Initiativen der CIMAB (Communauté d'Interet Moyenne Alsace-Brigau) aus den sechziger Jahren an, die auf kommunaler Ebene ein umfassendes Programm der grenzübergreifenden Zusammenarbeit ausarbeitete, dessen Umsetzung an der fehlenden Beteiligung der jeweiligen zentralen Behörden scheiterte.

neigt die Tragweite ihrer Handlungsstrategie stark dazu, den Zeitraum ihres Mandats und die Verwaltungsgrenze nicht zu überschreiten.

Diese Defizite in der Selbstbindung werden am ehesten dort überwunden, wo ein großer Problemdruck besteht, der als Handlungsnotwendigkeit für Herausbildung grenzübergreifender Kooperation ausschlaggebend ist. Als Beispiel dafür kann die kritische Umweltsituation im sächsisch-tschechischen sowie im sächsisch-tschechisch-polnischen Grenzgebiet genannt werden.

## **Entwicklungsphase der Kooperation**

Der Entwicklungsprozess einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit wird generell in drei Phasen aufgliedert (vgl. Fürst et al: 1999, S. 54f., Müller et al. 2000, S. 144):

1. In der **Gründungsphase** wird der Zusammenarbeit von den Medien große Aufmerksamkeit gewidmet, sodass viele Akteure aus Imagegründen dabei sein wollen. In dieser Phase werden zwischen den Akteuren Kontakte geknüpft, Kooperationsumfeld erfasst und mögliche Handlungsbereiche angetastet. Durch Schließung von Abkommen und Vereinbarungen wird der Rechtsrahmen für die Zusammenarbeit geschaffen.
2. In der folgenden **Differenzierungsphase** ändert sich bei den Akteuren die Teilnahmeintensität. Es kristallisieren sich die Akteure heraus, die intensiv weiterarbeiten gegenüber denjenigen, die die Zusammenarbeit nur am Rande fortsetzen. Es bilden sich Entscheidungsstrukturen heraus, die Zusammenarbeit verfolgt schon konkrete Ziele. In dieser Phase kann die Zusammenarbeit scheitern, wenn die Akteure ihre Erwartungen an die Zusammenarbeit nicht erfüllt sehen. Eine Voraussetzung für Weiterführung der Zusammenarbeit sind deshalb ‚win-win‘ - Lösungen mit relativ gleicher Verteilung des Nutzens‘ (vgl. Knippschild, Liebe 2004, S. 26) notwendig.
3. In der **dritten Phase** werden der Akteurkreis sowie auch die Handlungsebenen der Kooperation noch selektiver. Durch weitere Institutionalisierung wird die Kooperation weniger durch persönliche Beziehungen und zunehmend stärker durch strukturelle Verbindungen gezeichnet. Es entwickelt sich ein ‚institutionelles Gedächtnis‘, das für Kontinuität in den Beziehungen trotz personeller Wechsel sorgt und gegenseitiges Vertrauen schafft. Dadurch werden in dieser fortgeschrittenen Phase auch ungleiche Nutzenverteilungen bzw. notwendige Vorleistungen einer Seite ermöglicht. Fragen nach der längerfristigen Stabilisierung der Zusammenarbeit entstehen (vgl. Knippschild, Liebe 2004, S. 26).

### **3.7. Einflussfaktoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

In diesem Kapitel werden die Faktoren analysiert, die die Staatsgrenzen überschreitende Zusammenarbeit beeinflussen, ihre Auswirkung wird beschrieben und mit praktischen Beispielen belegt.

Die Grundvoraussetzung für das Entstehen einer grenzüberschreitenden Kooperationsbeziehung ist die Empfindung der zwei Basiselemente – der **Bereitschaft (Wille) zur Kooperation** und eines gemeinsamen **Handlungsbedarfs** – durch die Akteure in den

Partnerräumen des Grenzgebietes.

Nach der Erfüllung dieser beiden Grundvoraussetzungen können sich ansatzweise Kooperationsbeziehungen herausbilden, deren Entwicklung durch viele Einflussvariablen (Faktoren) bestimmt wird. Einige von ihnen entfalten auf die Zusammenarbeit eine positive fördernde Wirkung, andere wiederum hindern die Entwicklung, bzw. schränken sie ein. Durch das Zusammenwirken dieser Einflussvariablen und durch Gewichtung ihrer Auswirkungen werden spezifische Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit in einem konkreten grenzüberschreitenden Raum bestimmt. Im Folgenden wird versucht, einzelne Faktoren anhand bekannter Beispiele aus der bisherigen Praxis zu systematisieren.

### **3.7.1. Naturraum und Raumnutzung**

Die Oberflächenformen beeinflussen primär die Intensität des grenzüberschreitenden Austausches von Informationen, Güter und Personen und dadurch die Möglichkeiten der grenzübergreifenden Zusammenarbeit.

Im Flachland werden grenzüberschreitende Kontakte durch diese günstigen natürlichen Gegebenheiten stark angeregt und neigen generell zu einem intensiven Austausch. Ein Beispiel dafür ist das deutsch-niederländische Grenzgebiet.

Dagegen behindern stark ausgeprägte Oberflächenformen – wie z. B. an Gebirgsgrenzen (Alpen, Pyrenäen, Skandinavien, Karpaten) oder an Seegrenzen (z. B. Grenzgebiete F/UK, S/DK, GR/TR/CY) – seit Jahrhunderten den grenzüberschreitenden Austausch und eine grenzüberschreitende Kooperation kann sich in diesen Gebieten nur dann entwickeln, nachdem die benötigte Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Tunnel) ausgebaut ist. Dies beansprucht jedoch die Anwendung moderner Technologien und hohe Investitionen, die i.d.R. nur in hochentwickelten Industriestaaten und auf transnationaler Ebene realisierbar sind. Wenn auch die natürlichen orographischen oder See-Barrieren durch moderne Infrastruktur überwunden sind, werden Grenzkooperationen durch ungünstige soziale und wirtschaftliche Merkmale als Folge der seit Jahrhunderten andauernden Auswirkungen der physisch-geographischen Barrieren weiterhin stark gehindert. Die über Jahrhunderte wirkenden natürlichen Barrieren sind Ursachen für einen relativ hohen Grad der Heterogenität der grenzübergreifenden Regionen. Diese hohe Heterogenität behindert bzw. erschwert das Wachsen einer gemeinsamen Identität der Bevölkerung im grenzübergreifenden Raum. Zu nennen sind an dieser Stelle die Grenzregionen P/E, für die immer noch ungenügend ausgebaute grenzübergreifende Verkehrsinfrastruktur ein Hindernis darstellt, oder Grenzgebiete F/E in den Pyrenäen, wo zwar die Transport- und Kommunikationswege bereits relativ gut ausgebaut sind, wo aber eine Intensivierung der Kooperation durch einen strukturellen Rückstand weiterhin gehindert wird.

Ein weiterer geographischer Faktor, der die Entwicklung der Zusammenarbeit stark beeinflusst, ist die Art und Intensität der Raumnutzung im Grenzgebiet. Dichte Besiedlung und intensive Wirtschaftsaktivitäten erzeugen Anreize für grenzüberschreitende Interaktionen. Im Falle einer geschlossenen Grenze tritt diese Wirksamkeit gar nicht oder nur eingeschränkt ein. Die meisten europäischen Grenzregionen sind jedoch stark ländlich geprägt und weisen einen hohen Marginalisierungsgrad auf. Am Beispiel des tschechisch-österreichischen Grenzraums wird die Bedeutung der Raumnutzung deutlich: Während sich die Durchlässigkeit der tschechisch-österreichischen Grenze binnen weniger Jahre durch



Lockerung des Grenzregimes sowie durch Aufbau der Grenzinfrastruktur deutlich verbesserte, stellt der beiderseitig marginalisierte Grenzraum auch 15 Jahre nach der Grenzöffnung ein zentrales Hindernis für die Zusammenarbeit dar.

Für die Bewertung der Einflussnahme der physisch-geographischen Faktoren auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit können folgende Kriterien und Indikatoren angewendet werden:

Kriterien	Indikatoren
Geopolitische Lage in Europa	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Lage in Bezug auf transeuropäische Verkehrsnetze</li> <li>▪ Lage in Bezug auf Zugehörigkeit zu Staatengemeinschaften</li> <li>▪ Lage zu Großstädten (über 300.000 Einw.) und zu Zentren mit Funktionen europäischer Bedeutung</li> </ul>
Oberflächenformen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verlauf der Grenze im Relief</li> <li>▪ Grad der Heterogenität des Grenzraums</li> <li>▪ Barrieren im grenzüberschreitenden Verkehr</li> <li>▪ Barrieren im innenregionalen Verkehr</li> </ul>
Raumnutzung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Grad der Heterogenität der Raumnutzung</li> <li>▪ Intensität der Raumnutzung in der Grenzzone</li> </ul>
Siedlungsstruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Grad der Heterogenität der Besiedlung</li> <li>▪ Bevölkerungsdichte</li> <li>▪ Intensität der Besiedlung im Grenzraum</li> </ul>

**Tab. 3: Kriterien und Indikatoren für: ‚Naturraum und Raumnutzung‘**

### 3.7.2. Historische Entwicklung

Das historische Erbe beeinflusst die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entweder positiv durch historisch gewachsene Gemeinsamkeiten (B/NE/L oder CZ/SK) oder hindert sie durch historisch bedingte Lasten (stark ausgeprägt z. B. in Grenzgebieten UK/IRL in Nordirland, GR/FYROM).

Historisch bedingte Gemeinsamkeiten oder Lasten können in zwei Dimensionen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beeinflussen: Auf der diplomatischen Ebene bestimmen sie die (außen)politischen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus werden sie durch Medien als (Feind)Bilder und Vorurteile auf die Bevölkerung übertragen oder dann als individuelle Erlebnisse bei der Grenzbevölkerung. Individuelle Erlebnisse (Erfahrungen) sind tief eingewurzelt und beeinflussen stark Wahrnehmung des Nachbarn jenseits der Grenze und dadurch auch die Bereitschaft der benachbarten Bevölkerungskreisen zur Kooperation über die Grenze hinweg, insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich.

Nach Erkenntnissen der Verhaltenspsychologie ist zu berücksichtigen, dass die eigenen individuellen Erfahrungen viel größere Wirkung entfalten als diejenigen, die nur noch als Stereotype - (Feind-)Bilder, Vorurteile in den Medien oft vermittelt werden. Von einer besonderen Bedeutung ist deshalb Untersuchung der Beziehungen im betroffenen Gebiet in den letzten 50 Jahren. Untersuchungen zur Wahrnehmung des Nachbarn durch die lokale Bevölkerung im deutsch-tschechischen Grenzraum belegen die Hypothese, dass historisch bedingte negative Stereotype und Vorurteile in der Kontaktzone im Grenzgebiet viel schneller abgebaut, bzw. korrigiert werden als im Binnenland.

Folgende Kriterien und Indikatoren erscheinen relevant für die Beurteilung der Wirkung der historischen Aspekte auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit:

Kriterien	Indikatoren
Historische Entwicklung der Grenze	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Status der Grenze</li> <li>• Stabilität der Grenze</li> <li>• Grenzkonflikte, Territorialansprüche</li> </ul>
Historische Entwicklung der Beziehungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Veränderung der Qualität der zwischenstaatlichen Beziehungen im 20 Jh.</li> <li>• Veränderung der Intensität der wirtschaftlichen Beziehungen im 20 Jh.</li> <li>• Veränderung der Qualität der Beziehungen zwischen der benachbarten Grenzlandbevölkerung im 20 Jh.</li> <li>• Wahrnehmungsbild des Nachbarnation bzw. der benachbarten Bevölkerung in den Medien</li> </ul>

**Tab. 4: Kriterien und Indikatoren für den Bereich ‚Historische Entwicklung‘**

### 3.7.3. Politische Rahmenbedingungen

Die Einflussnahme der Politik darf im Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht auf Beziehungen der politischen Vertreter und auf politische Akzeptanz beschränkt werden. Politische Entscheidungen bestimmen Entwicklungen in allen Bereichen des Lebens, vor allem in den Bereichen Recht, Verwaltung, Steuern, Versicherung, Wirtschaft, Infrastruktur, Kultur und Sozialwesen. Durch unterschiedliche Politiken auf beiden Seiten der Grenzen entstehen Systemgrenzen, die Wandlung einer Staatsgrenze von einer symbolischen Trennungslinie in eine tatsächliche Barriere für Menschen-, Waren-, und ideellen Austausch zwischen Nationalstaaten, Regionen oder Kommunen unterstützen.

Bei den politischen Rahmenbedingungen können grundsätzlich vier Dimensionen unterschieden werden: Kommunal, regional, national und europäisch. Bei Bewertung der politischen Rahmenbedingungen und ihrer Einflussnahme auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind vor allem folgende Kriterien zu untersuchen:

	Kriterien	Indikatoren
Europäische Ebene	Gesamteuropäische politische Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kohärenzgrad der nationalstaatlichen Politik mit der EU-Politik</li> </ul>
	EU- Kohäsionspolitik	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anzahl der umgesetzten Förderprojekte in der jeweiligen Grenzregion und ihre Bedeutung</li> </ul>
Nationalstaatliche Ebene	Zwischenstaatliche Beziehungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausrichtung der EU- Regionalpolitik</li> </ul>
	Kohärenz der nationalen Regionalpolitiken	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Differenzen in der inhaltlichen Ausrichtung (Förderschwerpunkte) und in der Umsetzungsstruktur</li> </ul>
	Unterschiedlichkeit der nationalen politischen Systemen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterschiede in der Verwaltungsstruktur und in der Verteilung von Kompetenzen (Verwaltungsreform)</li> <li>• Unterschiede in der Gesetzgebung, Steuer- und Versicherungswesen</li> </ul>
Regionale Ebene	Beziehungen zwischen den regionalen politischen Instanzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kooperationsabkommen</li> <li>• Handlungsebenen der Zusammenarbeit</li> </ul>
	Unterschiedlichkeit der regionalen Politik- und Verwaltungssysteme	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Grad der (Dis-)Paritäten zwischen den regionalen Verwaltungsinstanzen und in der Verteilung von deren Zuständigkeiten</li> </ul>
	Politische Zustimmungsbereitschaft für Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ergebnisse der EU-Referenda auf Bezirksebene</li> </ul>

	Ausrichtung der regionalen Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Grad der Differenzierung bei der Prioritätensetzung in den Entwicklungsplänen der Grenzregionen</li> </ul>
Kommunale Ebene	Politische Zustimmungsbereitschaft für Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anteil der Kommunen als Mitglieder der Euroregionen</li> <li>• Ergebnisse der EU-Referenda auf Kommunalebene</li> </ul>

**Tab. 5: Kriterien und Indikatoren für den Bereich: ‚Politische Rahmenbedingungen‘**

### 3.7.4. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung beeinflussen in vielfältige Weise regionalpolitische Entscheidungen und bestimmen die Gestaltung des regionalen Managements (vgl. Knieling 2000, S.40f).

Die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als regionalpolitisches Instrument wird durch eine stabile und wachsende Wirtschaft grundsätzlich begünstigt, durch leistungs- oder strukturschwache Wirtschaft wird die Kooperation hingegen gebremst. Diese Feststellung lässt sich damit begründen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein freies Innovations- und Ressourcenpotenzial voraussetzt. Die meisten europäischen Grenzregionen weisen jedoch im Vergleich zu anderen Regionen im Binnenland einen erheblichen Entwicklungsrückstand und strukturelle Probleme auf.

Durch das Fehlen eines ‚vollen Wirkungskreises‘ bei Beschaffung von Ressourcen, Produktion und Vertrieb in einer Grenzregion wird die wirtschaftliche Entwicklung in den Grenzregionen stark beeinträchtigt. Stark ausgeprägt ist das Problem in den Grenzgebieten, die eigenständigen nationalen Wirtschaftssystemen angehören (Zollbarrieren). Aber auch in internationalen wirtschaftlichen Binnenräumen wird der regionale Markt durch die Staatsgrenzen aufgrund unterschiedlicher Verwaltungsstrukturen, Steuer- und Versicherungssystemen, Post und Telekommunikationsdienstleistungen eingeschränkt. Diese Einschränkungen und verzerrte Handelsmuster lassen getrennte und rivalisierende Handelszentren auf beiden Seiten der Grenze entstehen, anstatt die grenzüberschreitende Region in eine regionale Wirtschaftseinheit zu integrieren.

Die Herausbildung von grenzüberschreitenden Kooperationsnetzwerken wird durch Kumulation von Wirtschaftspotenzial in den grenznahen Industrieagglomerationen sehr begünstigt. In ländlich geprägten peripheren Grenzgebieten sind hingegen intensivere Struktur- und Wirtschaftsförderung erforderlich, damit sich eine wirtschaftliche Zusammenarbeit herausbildet.

Deutliche Wohlstandsgefälle zwischen den einzelnen Teilen der grenzüberschreitenden Region können der Zusammenarbeit durch unterschiedliche Kostenstrukturen, Löhne und Preise wichtige Impulse geben. Mit dieser Konstellation sind aber auch Risiken verbunden, wie beispielsweise Verzerrungen bei Investitionen sowie auf dem Arbeitsmarkt, eine einseitig ausgerichtete Entwicklung, Entstehung einer informellen Wirtschaft (Schmuggel), die die rechtmäßige Wirtschaft benachteiligen, wie es sich am Beispiel der EU-Außengrenzen dokumentieren lässt. Die Unterschiede in der Branchenstruktur der regionalen Wirtschaft können sich auf die Zusammenarbeit förderlich (z.B. durch Entstehung von Zuliefererbeziehungen) sowohl hemmend (durch Mangel an Möglichkeiten der Wechselbeziehungen) auswirken.

Aus den bereits skizzierten Überlegungen ergeben sich für die Bewertung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Bezug auf Entwicklung der grenzüberschreitenden

Zusammenarbeit folgende Kriterien und Indikatoren:

Kriterien	Indikatoren
Auswirkungen der europäischen und nationalen Wirtschaftspolitik auf die Wirtschaft in den Grenzregionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Entwicklung des Außenhandelsvolumens</li> <li>▪ Investitionsvolumen aus dem jeweiligen Nachbarnland</li> <li>▪ Freizügigkeit für Kapital, Güter und Dienstleistungen</li> </ul>
Einflüsse der Makroökonomische Lage u. Entwicklungstendenzen auf die Grenzregionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Höhe und Veränderung des nationalen BIP</li> </ul>
Regionalwirtschaftliche Lage und Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Höhe des BIP pro Einw.</li> <li>▪ Veränderung des BIP</li> </ul>
Unterschiede in der Branchenstruktur in den einzelnen Grenzregionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Regionale Beschäftigtenstruktur</li> </ul>
Regionale Disparitäten in der wirtschaftlichen Leistung und Struktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unterschiede in der Höhe des BIP pro Einw. auf der Regional und Kreisebene</li> <li>▪ Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur</li> </ul>
Wirtschaftliche Lage der Städte und Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Höhe und Veränderung der Verschuldung</li> </ul>

**Tab. 6: Kriterien und Indikatoren für den Bereich ‚Wirtschaftliche Rahmenbedingungen‘**

## **Fremdenverkehr**

Da die Grenzgebiete häufig ländliche Räume mit einer verhältnismäßig wenig belasteten Umwelt und mit attraktiven Landschaften sind, stellt der Fremdenverkehr eine bedeutende Chance für die Regionalentwicklung in den Grenzregionen dar.

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs kann wesentlich zur Abmilderung der für Grenzregionen typischen Entwicklungsprobleme beitragen. Die wichtigsten positiven Effekte, die sich bereits bewiesen haben, sind vor allem in der Begünstigung der wirtschaftlichen Diversifizierung in den Grenzgebieten, der Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, zusätzlicher Arbeitsplätze und neuer Qualifikationen, einem Beitrag zur Erhaltung des Natur- und Kulturerbes des Gebietes sowie in der Forderungen nach Verbesserung von Umfang und Güte der Dienstleistungen. Aufgrund seiner ‚Katalysatoren-Wirkung‘ bei der strukturellen Anpassung und Entwicklung in den Grenzregionen stellt der Fremdenverkehr eine der Förderpriorität von INTERREG IIIA.

In diesem Kontext scheint plausibel, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich gerade im Tourismusbereich am ehesten etabliert. Bisherige Erfahrungen in europäischen Grenzräumen belegen (Jurczek 1998, Jeřábek 1998, Grimm u. Leistner 2002), dass der Fremdeverkehr die häufigste Handlungsebene bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit darstellt. Die treibende Kraft sind dabei die regionalen Kommunenverbände, die oft eben primär zum Zweck der Tourismusförderung gebildet wurden und ihre Dachverbände (Euroregionen).

Die wichtigsten spezifischen Probleme bei der Zusammenarbeit im Fremdenverkehr in den Grenzregionen hält die AGE (2000, S. 83ff.) wie folgt fest:

- Durch trennende Wirkung der Grenze können die Grenzgebiete häufig ihr Fremdenverkehrspotenzial nicht voll ausschöpfen.
- Mangelnde Informationen über die möglichen Stärken der grenzübergreifenden, die als Grundlage zur Entwicklung von Tourismusprodukten und zu ihrer erfolgreichen Vermarktung sind.

- Fehlende grenzübergreifende Kontakte und Netze zwischen den Akteuren
- Schwächen in der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur – dadurch werden die Anfahrten der Kunden teurer und längerer, die Beherbergungseinrichtungen erfüllen oft nicht die hohen Qualitätsanforderungen, die die Besucher mit hohem Einkommen im Regelfall erwarten.
- Mangelnde Qualifikation und Kenntnisse, um hochwertige Dienstleistungen im Fremdenverkehrsgewerbe anzubieten.
- Ein erhebliches Problem stellt nach AGE (2000, S.85) das Gefühl eines starken Wettbewerbs zwischen den Grenzgebieten beiderseits der Grenze, das die Zusammenarbeit erschwert. Dieses Konkurrenzdenken ist jedoch im Kontext einer langfristigen Tourismusentwicklung zumeist nicht angebracht, denn der Fremdenverkehr unterliegt zunehmend einem globalen Markt, auf dem der Wettbewerb von überall her kommt, nicht hauptsächlich aus dem Nachbargebiet. Die Praxis zeigt am Beispiel der deutsch-österreichischen Zusammenarbeit, dass erfolgreiche Entwicklungsstrategien darin bestehen, vielfältige Produktpakete gemeinsam zu schaffen, um den Gast für sich zu gewinnen und ihn möglichst für längere Aufenthalte an sich zu binden.

Zur Beurteilung der Wirkung des Fremdenverkehrs auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit können folgende Kriterien und Indikatoren angewendet werden:

Kriterien	Indikatoren
Charakteristik des Fremdenverkehrs	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Anzahl der Grenzübertritte (Personen, PKW)</li> <li>▪ Anzahl der Übernachtungen und Entwicklung auf Bezirks und Kreisebene</li> <li>▪ Anteil der Übernachtungszahlen in den Monaten XII.-III und VII.-IX.</li> <li>▪ Ø Übernachtungsdauer</li> <li>▪ Anteil der ausländischen Gäste</li> <li>▪ Struktur der ausländischen Gäste nach Nationalität</li> </ul>
Grad der Attraktivität des Raumes als eine Fremdenverkehrsdestination und Grad der Disparitäten in: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Naturraum</li> <li>- Kulturelle Angebote und Sehenswürdigkeiten</li> <li>- Infrastrukturelle Ausstattung</li> <li>- Qualität und Vielfältigkeit der Tourismus- Produkte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Länge und Qualität des Radwegenetzes</li> <li>▪ Anzahl, Länge und Hanggefälle von Skiliften</li> <li>▪ Anzahl von Freibädern</li> <li>▪ Anzahl und Auslastungsgrad der Übernachtungsstätten</li> <li>▪ Preisniveau</li> <li>▪ Dichte der Informationsstellen für Touristen</li> </ul>
Qualität der Erreichbarkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>- Überregional: In Bezug auf die umliegenden Agglomerationen</li> <li>- intraregional-grenzüberschreitend: Zwischen den einzelnen Tourismusstandorten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Länge der Straßenentfernung (Km) und Anfahrzeit (Stunden) des Dreiländerecks von den umliegenden Agglomerationen</li> <li>▪ Grenzübergreifendes ÖPNV</li> </ul>
Grad der Durchlässigkeit der Grenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Anzahl der Grenzübergänge und Übertrittstellen</li> <li>▪ Anzahl von Behinderungen durch die Grenze für den Fremdenverkehr (Durchtrennung von Fahrradwegen, Wanderpfaden, etc.)</li> </ul>
Grad der Zusammenarbeit im Fremdenverkehr	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Anzahl von Kooperationsstrukturen</li> <li>▪ Anzahl der Dienstleister-Netzwerke</li> <li>▪ Anzahl der grenzüberschreitend agierenden Tourismus-Produkte</li> </ul>

Tab. 7: Kriterien und Indikatoren für den Bereich ‚Fremdenverkehr‘

### 3.7.5. Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt gehört zu den zentralen (und kontroversen) Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa. Die Grenzregionen sind in der Regel einer Mobilität der Arbeitskräfte ausgesetzt, die Unterschiede zwischen den angrenzenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen – Unterschiede in der wirtschaftlichen Struktur und in den Beschäftigungschancen - widerspiegeln.

Das Prinzip der sog. Freizügigkeit der Arbeitnehmer stellt einen Grundstein der Europäischen Union und deren Umsetzung ist für die EU-Politik von grundlegender Bedeutung. Obwohl die rechtlichen Aspekte hinsichtlich der Freizügigkeit von Arbeitnehmern innerhalb der EU bereits in den Verordnungen und mehreren Richtlinien<sup>8</sup> des Rates der Europäischen Union bereits festgelegt sind, liegen viele die Grenzarbeitnehmer betreffenden Themen bisher weiterhin in der Zuständigkeit der Nationalstaaten. Deshalb bestehen in der Praxis noch erhebliche Unterschiede, die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer stark behindern, obwohl es damit in der EU seit dem Entstehen des einheitlichen Binnenmarkts theoretisch keine Probleme geben sollte.

Diese Hindernisse können nach AGEG (1998) grundsätzlich in zwei Kategorien eingeteilt werden. Die erste Kategorie umfasst alle gesetzlichen und institutionellen Hindernisse, für deren Beseitigung Rechtsvorschriften der EU oder der Mitgliedstaaten oder auch zwischenstaatliche Abkommen erforderlich sind, vor allem in bezug auf:

- Direktbesteuerung des Einkommens;
- Rechtsvorschriften im Bereich Gesundheit und Sozialversicherung einschließlich Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung/ -leistungen und Altersrenten;
- Arbeitsrechtliche Vorschriften, wozu die Rechte und Bedingungen des Arbeitsverhältnisses gehören.
- Gegenseitige Anerkennung von beruflichen Qualifizierungen.

Zur zweiten Kategorie gehören Hindernisse, die ohne Rechtsvorschriften von den regionalen Akteuren verringert werden können, wie beispielweise:

- Fehlende Informationssysteme über Steuern, Beschäftigungsmöglichkeiten und soziale Sicherung und über das Zusammenwirken dieser drei Systeme;
- Sprachliche und kulturelle Barrieren;
- Verkehrstechnische Hindernisse (öffentliches Nahverkehr, privater Verkehr).

Diesen Hindernissen versucht die Europäische Union auch durch die Gemeinschaftsinitiative INTERREG entgegen zu wirken. Ein bedeutender Bestandteil der Programme, die im Rahmen der Initiativen INTERREG verwirklicht wurden, waren Maßnahmen und Projekte, die Verbesserungen auf dem grenzübergreifenden Arbeitsmarkt zum Ziel hatten. Diese Maßnahmen bezogen sich konkret auf die Bereiche Berufsbildung, Verbesserungen im Verkehrsbereich und Arbeitsmarktinformation /-planung (vgl. Land Baden-Württemberg 1999, S. 227ff.).

Durch die Öffnung der Grenzen infolge des politischen Umbruchs in Mittel- und Osteuropa Ende der 80-er Jahre hat sich die Lage auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt an den Außengrenzen der EU stark verändert. Die erheblichen Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und den MOEL wie auch wachsende Disparitäten zwischen

---

<sup>8</sup> Vgl. Verordnung des Rates (EWG) Nr. 2434/92, Richtlinie (EWG) Nr. 1408/71

den MOE-Ländern zusammen mit einer Lockerung im gesetzlichen Rahmen sind der Grund dafür, dass der grenzüberschreitende Berufspendlerverkehr<sup>9</sup> gravierend am Volumen zunimmt (vgl. Jurczek 1998, Kowalke 1999). Die grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitskräfte trägt zur sozialen und kulturellen Integration der grenzüberschreitenden Region und zur Stärkung des gemeinsamen regionalen Bewusstseins wesentlich bei. Darüber hinaus fördert sie die Entwicklung von Kooperationspartnerschaften in anderen Handlungsbereichen.

Die Stärke der Grenzarbeitnehmerströme wird durch eine vielfältige Fülle von Faktoren beeinflusst. Vor allem sind das die fundamentalen wirtschaftlichen und gesetzlichen Merkmale wie der Status des jeweiligen Landes bezüglich der Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen, geltende gesetzliche Bedingungen, gegebenes Wirtschafts- und Lohngefälle. Dementsprechend lassen sich einige Grundtypen von Grenzen im Bezug auf Arbeitnehmermigrationen unterscheiden, wie in der folgenden tabellarischen Übersicht dargestellt ist:

Grenztyp	Merkmale
Grenzen zwischen den EU-Altmitgliedstaaten	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gesetzlich verankerte Freizügigkeit der Arbeitnehmer, aber</li> <li>▪ Behinderungen durch Unterschiede in den Besteuerungs- und Sozialversicherungssystemen</li> <li>▪ Im Regelfall unwesentliche Lohnunterschiede</li> </ul>
Grenzen zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedstaaten	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gesetzliche Sperre der Freizügigkeit durch Übergangsregelungen mindest. bis 2006</li> <li>▪ Ausgenommen sind Wissenschaft und Bildung</li> <li>▪ Hohes Lohngefälle</li> </ul>
Grenzen zwischen den neuen Mitgliedstaaten	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Keine gesetzliche Freizügigkeitssperre, aber</li> <li>▪ Behinderungen durch Unterschiede in den Besteuerungs- und Sozialversicherungssystemen</li> <li>▪ Ähnliches Lohnniveau</li> </ul>
EU-Außengrenzen zu den hochentwickelten Ländern (CH, FL., NO)	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Arbeitserlaubnissystem</li> <li>▪ Erleichterungen durch bilaterale Abkommen</li> <li>▪ Keine Angleichung der Besteuerungs- und Sozialversicherungssysteme</li> <li>▪ Deutliches Lohngefälle</li> </ul>
EU-Außengrenzen zu ost- und südosteuropäischen Staaten (RUS, BEL, UKR, RO, BG)	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Striktes Arbeitserlaubnissystem</li> <li>▪ Keine bilaterale zwischenstaatliche Abkommen</li> <li>▪ Häufig Einschränkungen im Grenzverkehr (Visumpflicht)</li> <li>▪ Sehr hohes Lohngefälle</li> </ul>

**Tab. 8: Grundtypen der Grenzen nach Status der Arbeitnehmer und gesetzlichen Bedingungen**  
(eigene Darstellung)

Darüber hinaus variieren die Charakteristika und der Umfang des grenzüberschreitenden Pendelns zum Arbeitsplatz erheblich, was auf Zusammenwirkung von regionalen und lokalen

<sup>9</sup> Die Begriffsbestimmung der Berufspendler ist in der Literatur sowie in den amtlichen Statistiken uneinig. In einigen Definitionen wird zum tagtäglichen Pendeln auch das wöchentliche Pendeln zum Arbeitsplatz gerechnet, doch das ist nicht auf die Länder anwendbar, welche die Aufenthaltsregel ‚180 Tage im Jahr‘ anwenden - dort besitzen die Arbeitnehmer den Status eines ‚Gebietsansässigen‘ und nicht ‚Grenzarbeitnehmer‘. In dieser Untersuchung werden als ‚Grenzarbeitnehmer‘ oder ‚Grenzgänger‘ die Arbeitnehmer berücksichtigt, die in einem anderen Land leben und in einem anderen Land arbeiten und tagtäglich oder für das Wochenende an ihren Wohnort zurückkehren

Faktoren - Unterschiede in der regionalen Wirtschaftsstruktur, Arbeitslosigkeit, sprachliche und kulturelle Barrieren, Urbanisierungsgrad im Grenzgebiet, Qualität der Verkehrsanbindung und der Erreichbarkeit durch öffentliche Verkehrsmittel, Einstellungspraktiken zurückzuführen ist.

Charakteristisches Merkmal der Migrationströme der Grenzarbeitnehmer ist, dass sie nicht die gesamte Grenze betreffen. Sie konzentrieren sich lediglich an bestimmten Teilabschnitten, wo besonders intensive und komplexe Formen des Grenzgängertums entstehen. Zum Beispiel gibt es im nördlichen Teil der deutsch-niederländischen Grenze kaum Grenzgänger, wohingegen die grenzüberschreitenden Ströme in anderen Teilen dieser Grenze – vor allem in der Euregio am mittleren Abschnitt um Gronau /Enschede oder im Rhein-Maas-Gebiet – bedeutend sind (vgl. AGE 1998, S. AIV1f., BIV1).

Diese regionale Formen der grenzüberschreitenden Beschäftigung verdeutlichen die gegenseitige Abhängigkeit und gleichzeitige Integration nicht nur zwischen den benachbarten Grenzgemeinden und -regionen, sondern auch in bestimmten Beschäftigungssektoren. Beispielweise wurde die steigende Nachfrage nach Krankenpflegern im gesamten deutsch-niederländischen Grenzgebiet mit der Einstellung von Arbeitskräften aus dem anderen Land gedeckt – so sind im größten Krankenhaus von Aachen Grenzarbeitnehmer aus Südlomburg (NL) eingestellt worden (vgl. AGE 1998, S. BIV2).

Als spezifisches Merkmal in der grenzübergreifenden Beschäftigung innerhalb der EU ist, dass Arbeitnehmer häufig Grenzgänger werden, indem sie nicht ihre Beschäftigung sondern ihren Wohnsitz aus Umweltgründen, wegen der Wohnungsmieten oder aus anderen Umständen in die benachbarte Grenzregion verlegen. Besonders ausgeprägt ist dieses Phänomen bei Deutschen, die im Elsass (F) wohnen und in Baden-Württemberg nach wie vor arbeiten (vgl. Land Baden-Württemberg 1999, S. 54f.)

Für die Bewertung der Einflussnahme des Arbeitsmarktes auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im tschechisch-slowakisch-polnischen Grenzraum ergeben sich deshalb folgende Kriterien und Indikatoren:

Kriterien	Indikatoren
Legislativer Rahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Grad der Freizügigkeit der Arbeitskräfte</li> <li>▪ Grad der Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen</li> <li>▪ Grad der Anerkennung der Leistungen des Sozial- und Krankenversicherungswesens</li> </ul>
Geschichtliche Erfahrung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Tradition der Grenzgänger</li> <li>▪ Tradition der Arbeitnehmermigrationen</li> </ul>
Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Höhe der Arbeitslosigkeit</li> <li>▪ Anzahl der verfügbaren Stellen</li> <li>▪ Unterschiede in der Branchenstruktur</li> </ul>
Regionalwirtschaftliche Disparitäten	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Regionale Unterschiede im Lohnniveau</li> <li>▪ Regionale Unterschiede im Arbeitsplatzangebot</li> </ul>
Mobilität der Arbeitskräfte	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Berufspendler – Anzahl, Berufsgruppen und Motivation (Wohnen / Arbeiten)</li> </ul>

**Tab. 9: Kriterien und Indikatoren für den Bereich ‚Arbeitsmarkt‘**



### 3.7.6. Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur

Das Transportwesen und die technische Infrastruktur zählen zu den wichtigsten Standortfaktoren einer Region. Durch neue Transporttechniken, moderne Logistik und verbesserte Telekommunikationsmöglichkeiten sind nationale Hauptzentren und günstig gelegene europäische Regionen schnell erreichbar und Unternehmen müssen sich nicht in bestimmten regionalen Schwerpunkten niederlassen.

Angesichts der Tatsache, dass europäische Grenzregionen sich im Regelfall in einer nationalen Randlage befinden, gleichzeitig dem Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt ausgesetzt sind und andererseits als Brücken zum Nachbarn dienen sollen, wird deutlich, dass die Infrastruktur als wichtiger Multiplikator in der Entwicklung der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen zählt. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann erst dann stattfinden, wenn der Austausch von Personen, Waren und Informationen durch die Infrastruktur möglich ist. Der Stand der Infrastruktur bestimmt die Durchlässigkeit der Verkehrs- und Kommunikationswege. Durch eine geringe Durchlässigkeit wird der grenzüberschreitende Austausch und Kommunikation eingeschränkt und die Zusammenarbeit dadurch gehemmt, hohe Durchlässigkeit fördert hingegen die Zusammenarbeit.

Für eine Bewertung der Rolle der Infrastruktur bei der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist erforderlich, neben der grenzüberschreitenden Infrastruktur auch den Ausbauzustand der innerregionalen Infrastruktur zu untersuchen. Die Qualität der Verkehrs- und Telekommunikationswege innerhalb der jeweiligen Grenzregion beeinflusst die Verbreitung der Kooperationsnetzwerke von der Grenze ins regionale Binnenland sowie die Intensität der Kooperation.

Folgende Kriterien und Indikatoren erscheinen für die Regionalanalyse bedeutsam:

Kriterien	Indikatoren
Verkehrsinfrastruktur - Verkehrsstrategische Lage des Grenzraums - Stand der intraregionalen Verkehrsinfrastruktur - Stand der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Lage in Bezug auf das TEN- und TINA-Netz, Flughäfen</li> <li>▪ Dichte des Verkehrsnetzes (Straßen, Schienen)</li> <li>▪ Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur – innerregional, grenzüberschreitend</li> </ul>
Versorgungsinfrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Regionale Unterschiede im Ausbaustand</li> <li>▪ Bestehende grenzüberschreitende Versorgungsinfrastruktur</li> </ul>
Telekommunikation	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ausbaustand des grenzüberschreitenden Telekommunikationsnetzes</li> <li>▪ Anzahl der Telefon-/ Internetanschlüsse bei Haushalten und öffentlichen Institutionen in der jeweiligen Grenzregion</li> </ul>

**Tab. 10: Kriterien und Indikatoren für den Bereich ‚Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur‘**

### 3.7.7. Soziale und kulturelle Rahmenbedingungen

Die sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen beeinflussen die Zusammenarbeit grundsätzlich in zwei Ebenen: Sie ergeben die Handlungsgebiete für die Zusammenarbeit und gleichzeitig zeichnen sie - wie kein anderes Merkmal – selbst die Träger der Kooperation sowie die Grenzbevölkerung aus. Sie beeinflussen also nicht nur die Handlungsebenen, auf denen sich die Kooperation entwickelt, sondern auch die Art und Qualität der Beziehung zwischen den benachbarten Bevölkerungskreisen sowie den Akteuren der Zusammenarbeit. Die Gemeinsamkeiten in der Sprache, Nationalität, Kultur oder eine gemeinsame regionale Identitätsfindung vermitteln ein langfristiges Kooperationspotenzial und beschleunigen die Entwicklung der Zusammenarbeit wesentlich.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Wirkung der Medien aus der Nachbarregion. Neben den Druckmedien spielen hier besonders der Rundfunk und das Fernsehen eine wichtige Rolle. Die häufige Nutzung der Medien aus dem ‚Jenseits der Grenze‘ führt zu einem besseren Informations- und Kenntnisstand der Grenzbevölkerung über die benachbarte Region. Durch diese Annäherung werden das gegenseitige Bewusstsein und die Betroffenheit gestärkt und die Entstehung einer gemeinsamen regionalen Identität gefördert.

Das Vorhandensein von hohen Humanpotenzialen mit einer gut ausgebauten sozialen Infrastruktur (vor allem Einrichtungen in den Bereichen Bildung und Forschung, Kultur und Sport, Gesundheitswesen) im Grenzgebiet trägt zur Entstehung und Intensivierung der Kooperationspartnerschaften bei. Bedeutende Einrichtungen entwickeln oft nicht nur einen grenzüberschreitenden Wirkungsbereich (Krankenhäuser, Theater, Opernhäuser, Hochschulen, Forschungsinstitute), sondern sie stärken den Austausch von Personen und Informationen und geben somit wichtige Kooperationsimpulse ab.

Bei der Bewertung der realen Bedeutung der Gesundheits-/Bildungseinrichtungen für die Zusammenarbeit müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, denn eine grenzüberschreitende Inanspruchnahme solcher Einrichtungen wird oft durch versicherungstechnische oder Sozialhilferegulungen eingeschränkt bzw. gänzlich ausgeschlossen.

Zur Bewertung der Einflussnahme der soziokulturellen Rahmenbedingungen auf die grenzübergreifende Zusammenarbeit werden deshalb folgende Indikatoren als wichtig angesehen:

Kriterien	Indikatoren
Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bevölkerungszahl, -dichte</li> </ul>
Sprache und Kultur	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Grad der Sprachkompetenz</li> <li>▪ Intensität und Art der kulturellen Verbindungen</li> </ul>
Einfluss der Minderheiten	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Größe und räumliche Verteilung</li> <li>▪ Grad des politischen und kulturellen Engagements</li> <li>▪ Rechtlicher Status</li> </ul>
Infrastrukturelle Raumausstattung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Räumliche Verteilung und Wirkungsbereich von</li> <li>▪ Einrichtungen des Gesundheitswesens</li> <li>▪ Bildungseinrichtungen</li> <li>▪ Forschungseinrichtungen</li> <li>▪ Kultureinrichtungen</li> <li>▪ Medien</li> </ul>
Gemeinsame regionale Identitätsfindung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Grad der Nutzung der Medien aus der Nachbarregion</li> </ul>

Tab. 11: Kriterien und Indikatoren für den Bereich ‚Soziale und kulturelle Rahmenbedingungen‘

### 3.7.8. Umweltsituation

Die Umweltsituation beeinflusst nicht nur direkt die Gesundheit der Bevölkerung und wird deshalb als ein wichtiger Indikator der Lebensqualität angesehen, sondern sie wirkt wesentlich auch auf regionale Wirtschaft, z.B. durch umweltschutzmotivierte Einschränkungen der wirtschaftlichen Nutzung, durch ein schlechtes/attraktives Image des Gebietes bei der Anwerbung von Industriewerken und Gewerbeansiedlungen. Die Qualität der Umwelt bestimmt auch die Entwicklung des Fremdenverkehrs – des Hoffnungsträgers der Regionalentwicklung der meisten Grenzregionen.

Da sich die Bewegung von Luft und Gewässern an den Staatsgrenzen nicht einschränken lässt, wird die Umweltlage im Grenzgebiet beiderseits der Grenze zwingend als ein gemeinsamer Interessenbereich wahrgenommen. Durch das Eingreifen in die Umwelt und durch Umweltverschmutzungen im Grenzraum werden zwangsläufig grenzüberschreitende Interaktionen hervorgerufen.

Sie zwingen die Akteure zur Positionierung. Eine Verweigerung der Zusammenarbeit zur Lösung der Umweltprobleme oder Forcierung von Wirtschaftsaktivitäten, die im benachbarten Grenzgebiet als umweltbelastend und risikoträchtig wahrgenommen werden, kann die Beziehung zwischen den Bevölkerungskreisen belasten und die Kooperation auch in anderen Handlungsbereichen beeinträchtigen, wie es mit dem Fall des südböhmischen Kernkraftwerks Temelín im tschechisch-bayerisch-österreichischen Dreiländereck zu dokumentieren ist (vgl. Tageszeitung Právo vom 23.10. 2002).

Eine gemeinsame Lösung der ökologischen Probleme oder gemeinsame Entwicklung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt können im Gegensatz dazu der Zusammenarbeit wichtige Impulse in anderen Handlungsgebieten (Infrastruktur, Verwaltung, Natur- und Denkmalschutz) geben. Diese ‚Initiator-‘ oder ‚Zündungs-‘ Funktion der umweltbezogenen Kooperation ist vor allem in den bevölkerungsarmen Gebirgs- oder maritimen Grenzräumen mit schwachen grenzübergreifenden Kontakten zu beobachten.

Die Hauptprobleme der Grenzräume im Umweltbereich bestehen nach EK u. AGE (2000) vor allem in:

- Entwicklung von Strategien und Maßnahmen, die den Interessen der benachbarten Grenzregion nicht entsprechen, können zu Konflikten führen.
- In Grenzgebieten, die sehr häufig mit Entwicklungsrückstand zu kämpfen haben, treten häufiger Konflikte zwischen wirtschaftlichen Anstrengungen und Umweltschutz auf.
- Es bestehen Defizite in der Umweltinfrastruktur (Kläranlagen, Abwassersysteme, Verbrennungsanlagen, Deponien) und in den Dienstleistungen infolge fehlender Investitionen. Fehlende Zusammenarbeit führt in den Grenzregionen häufig zu Unwirtschaftlichkeiten durch getrennte Investitionen in die Umweltinfrastruktur beiderseits der Grenze.
- Fehlender und geringer Informationsaustausch über Umweltressourcen und –probleme zwischen den Grenzregionen verursacht unzureichende Abstimmung bei Planung und Umsetzung von sowohl Sanierungs- als auch Verhütungsmaßnahmen.

Für die Bewertung der Auswirkung der Umweltlage im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum erscheinen folgende Kriterien und Indikatoren wichtig:

Kriterien	Indikatoren
Qualität der Umwelt	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verteilung der Umweltbelastungen – Luft, Gewässer, Landschaftsschäden – im Grenzraum</li> <li>▪ Verteilung der Naturschutzgebiete und ihr Anteil an der Gesamtfläche</li> </ul>
Entwicklung der Umweltqualität	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Veränderungen der Schadstoffimmissionen in der Luft</li> <li>▪ Veränderungen der Schadstoffbelastung der Gewässer</li> <li>▪ Belastungen der Waldbestände</li> </ul>

**Tab. 12: Kriterien und Indikatoren für den Bereich ,Umweltsituation**

### 3.7.9. Stand der Zusammenarbeit

Der Stand der bestehenden Kooperationsaktivitäten (der Handlungsgebiete und beteiligten Akteure) und der Stand der institutionalisierten Kooperationsstrukturen sind wichtige Kriterien für die Bewertung der Perspektiven in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Nach AGEK (EK und AGEK 2000, Teil B1, S.4) beginnt die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Regelfall als eine einzelfallorientierte Aktivität, auch wenn die Zielsetzung langfristig ist. Sie bildet aber die Grundlage für eine langfristige, strategisch orientierte Zusammenarbeit. Diese einzelfallorientierten Aktivitäten schaffen Netzwerke und führen oft auch zu Strukturen mit einem Multiplikatoreneffekt, da diese die Plattform zur Entwicklung von Kooperationen in anderen Bereichen darstellen.

Eine langfristige, zielgerichtete grenzübergreifende Zusammenarbeit erfordert dauerhafte und verpflichtende grenzübergreifende Strukturen, die über eigene technisch-administrative, finanzielle und entscheidungsfähige Instrumente verfügen. Dieser Institutionalisierungsprozess zielt nicht auf Schaffung neuer Verwaltungsinstanzen ab, sondern auf Schaffung von dauerhaften Möglichkeiten (politische, technische, administrative Strukturen) für eine Zusammenarbeit und auf Bündelung einzelner Kooperationen im Rahmen einer grenzüberschreitenden regionalen Entwicklungsstrategie (vgl. Gabbe u. Martinos 1999, S. 35ff.).

Bestehende Strukturen zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit unterscheiden sich stark in der generellen Zielsetzung und auch in der Intensität der Zusammenarbeit. Daraus ergeben sich Unterschiede im rechtlichen Status und in den Kompetenzen, der Kapazität, der Arbeitsweise und im Handlungsgebiet. In diesen Differenzen spiegeln sich konkrete Ziele und Ausrichtung der Zusammenarbeit sowie Auswirkung anderer Rahmenbedingungen (Verwaltungsstruktur, Fördermodalitäten, legislative Lage) wider.

Die Erfahrungen in den westeuropäischen Grenzregionen zeigen, dass bereits institutionalisierte Kooperationsstrukturen (Regierungskommissionen, Euroregionen, gemeinsame Arbeitsgruppen bei Verwaltungen oder Lenkungsausschüsse auf Programmbasis) sowie bereits bestehende Kooperationspartnerschaften eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit und ihre Verbreiterung auf andere Handlungsgebiete wesentlich beschleunigen (vgl. Miosga 1999, Gabbe u. Martinos 1999).

Aus diesen Überlegungen ergeben für die Bewertung der Dimension ,Stand der

Zusammenarbeit sich folgende Kriterien und Indikatoren:

Kriterien	Indikatoren
Bestehende Kooperationsstrukturen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Rechtsgrundlage</li> <li>▪ Gebietsrelevanz (national, regional, lokal)</li> <li>▪ Zuständigkeiten</li> </ul>
Grad der Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Anzahl und räumliche Wirkung der Kooperationsträger / beteiligte Akteure</li> <li>▪ Praktizierte Handlungsebenen</li> <li>▪ Anzahl der realisierten Projekte</li> <li>▪ Beteiligung der Öffentlichkeit / Wissensstand in der Bevölkerung</li> </ul>
Räumlicher Wirkungsbereich	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bilaterale / trilaterale Partnerschaften</li> <li>▪ Entfernung der Projekte von der Grenze</li> </ul>

**Tab. 13: Kriterien und Indikatoren für den Bereich ‚Stand der Zusammenarbeit‘**

## **4. Raumdiagnose: Analyse des Untersuchungsgebietes und der Einflussfaktoren**

### **4.1. Methodik**

Es wird unterstellt, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen keine Zufallserscheinung ist, sondern eine auf strategischer Basis durchgeführte Handlung, deren Ziele, Handlungsebenen, Organisationsformen durch gegebene Raumstrukturen und durch Einflussnahme der von außen wirkenden Faktoren bestimmt werden.

Sie bilden die gesellschaftlichen sowie ökonomischen Rahmenbedingungen in der jeweiligen Partnerregion, die die Ausrichtung der Zusammenarbeit sowie deren Formen und Intensität bestimmen. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist damit als eine gezielte Maßnahme (Instrument) zu verstehen, die auf eine Veränderung der Rahmenbedingungen (im politisch-gesellschaftlichen Bereich) bzw. auf Ausnutzung deren Unterschiede (im privatwirtschaftlichen Bereich) abzielt.

Ausgehend vom vorhergehenden theoretischen Teil dieser Arbeit, in dem die Faktoren, die auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit entweder auf förderliche oder hinderliche Weise Einfluss nehmen, beschrieben wurden, wird in diesem Kapitel eine Bestandsaufnahme der relevanten Strukturen, die in den untersuchten Grenzregionen gegeben sind, vorgenommen. Es soll untersucht werden, ob die Strukturen in den untersuchten Grenzregionen ähnliche Merkmale aufweisen, bzw. in welcher Hinsicht und mit welcher Intensität sie sich voneinander unterscheiden. Gleichwohl sollen auch Faktoren erfasst werden, die von außen wirken und dadurch die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum mitgestalten.

Der tschechisch-polnisch-slowakische Grenzraum wird bei der Bestandsaufnahme in seiner Abgrenzung anhand der Gebietseinheiten der Ebene NUTS-3 (Siehe Kap. 2: Definition des Untersuchungsgebietes, S. 5-7) untersucht. Ausgehend von der These, dass die Intensität der grenzüberschreitenden Interaktionen mit wachsender Entfernung von der Grenze im Regelfall abnimmt, werden Grenzkreise bei der Raumanalyse schwerpunktmäßig behandelt, denn gerade dort werden intensive grenzüberschreitende Beziehungen vermutet. Durch Einbeziehung der NUTS-3-Gebietseinheiten soll aber gleichzeitig vermieden werden, dass die Komplexität der regionalen Zusammenhänge und Verflechtungen bei der Raumanalyse eingeschränkt bzw. gar nicht erfasst wird (wie beispielweise in den Bereichen: Arbeitsmarkt, Bildung, Infrastruktur). Schließlich kann die künftige Entwicklung und mögliche geographische Verbreitung der grenzüberschreitenden Kooperationsnetzwerke nur dadurch eingeschätzt werden, indem nicht nur der schmale Grenzstreifen, sondern auch das Hinterland untersucht wird.

### **SWOT-Analyse**

Bei der Bestandsaufnahme wurde die SWOT-Analyse als Methode der strategischen Evaluierung angewendet. Das Ziel der SWOT-Analyse war es, die Entwicklungsmöglichkeiten der Region und ihr Veränderungspotenzial (Perspektiven /Gefahren) in Bezug

auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit anhand quantitativer sowie qualitativer Kriterien zu bewerten.

Das Verfahren erfolgt in zwei Schritten:

1. Die in der Bestandsaufnahme (Regional- und Faktorenanalyse) erfassten Daten und Sachverhalte werden in Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als regionale ‚Stärken‘ (**S**trengths) und ‚Schwächen‘ (**W**eaknesses) bewertet.
2. Darauf folgend werden aus den identifizierten Stärken und Schwächen mögliche Entwicklungstendenzen abgeleitet und als ‚Chancen‘ (**O**pportunities) und ‚Gefahren‘ (**T**hreats) für die Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im untersuchten Grenzraum eingeschätzt. Diese Kategorien stehen also für Zukunftsszenarien, deren Eintreten dem Evaluator als wahrscheinlich erscheinen.

Zur Anwendung dieser Methode in dieser Untersuchung möchte ich auf folgende spezifische Aspekte hinweisen:

- Der SWOT-Analyse geht üblicherweise eine ausführliche Regionalanalyse bevor, die relevante Strukturdaten und Sachverhalte ohne Wertung bereitstellt. Bei dieser Untersuchung basiert die SWOT-Analyse im Wesentlichen auf einer Inhaltsanalyse der regionalen Programmdokumente (PHARE CBC, INTERREG IIIA), denen häufig bereits Sachverhalte mit Wertung entnommen wurden. Diese Vorgehensweise zeigte sich in mehreren Strukturbereichen notwendig, da die Daten aus den untersuchten Grenzgebieten miteinander nicht vergleichbar waren.
- Die angewandte SWOT-Methodik stützt sich auf (subjektive) Schätzungen. Bereits die Bestimmung der Schwächen und Stärken erfolgt anhand von Schätzungen der Wirkung von Sachverhalten, die mit objektiv messbaren Indikatoren nicht zu bewerten sind. Die Bestimmung der Chancen oder Gefahren beruht dann ausschließlich auf einer subjektiven Gewichtung der Wirksamkeit mehrerer Faktoren. Es wurde aber versucht, die Schätzungen möglichst transparent und nachvollziehbar zu machen (durch die Explizierung der wesentlichen Annahmen, Systematisierung von möglichen Wirkungen sowie durch Festlegung eines Bewertungsrahmens, siehe Kap. 3.7.). Daraus folgt, dass andere Schätzungen zu abweichenden Ergebnissen kommen müssten.
- Diese Begrenzung der Methodik kann aber gleichzeitig als eine Stärke betrachtet werden: Abweichende Ergebnisse eignen sich hervorragend zur Einschätzung der Wirkungen in Form eines Diskussionsprozesses zur Entwicklung von Hypothesen über die Rahmenbedingungen.

Bei der Analyse des Untersuchungsgebietes wird auf Vollständigkeit verzichtet – es werden die Strukturbereiche untersucht, die die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im definierten Grenzraum wesentlich beeinflussen (vgl. Kap.3.4.). Es handelt sich dabei um:

- Naturräumlich-funktionelle Ausstattung;
- Historische Entwicklung der Grenzen und der Beziehungen;
- Siedlungsstruktur;
- Politische und regionalpolitische Rahmenbedingungen;
- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen;

- Stand der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur;
- Situation und Entwicklungen auf den regionalen Arbeitsmärkten;
- Soziale und kulturelle Verhältnisse;
- Stand der grenzüberschreitenden Infrastruktur;
- Umweltbelastungen;
- Stand der Zusammenarbeit;
- Leitbilder der Regionalplanung.

Am Ende jedes thematischen Abschnitts der Raumdiagnose werden die wesentlichen Stärken, Schwächen und die daraus abzuleitenden Chancen und Gefahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in einem tabellarischen SWOT-Profil stichwortartig zusammengefasst.

Für die Raumanalyse wurde das vorhandene statistische Datenmaterial für die untersuchten Regionen der NUTS-3 Ebene sowie für deren untergeordneten Verwaltungseinheiten genutzt. Als Quellen wurden statistische Jahrbücher<sup>10</sup> verwendet. Bei der Verwendung von Primärquellen ergaben sich oft Einschränkungen, die vor allem auf eine unterschiedliche Datenermittlungsmethodik in den einzelnen Ländern zurückzuführen ist. Darüber hinaus hat sich auch die jeweilige nationale Ermittlungsmethodik infolge der Harmonisierung mit dem EUROSTAT-System verändert. Betroffen wurden damit vor allem Indikatoren zur ökonomischen und sozialen Lage. Verwaltungsreformbedingte Hindernisse bestanden lediglich bei den polnischen Primärquellen, denn die zum 01.01.1999 geschaffenen Subregionen Bielsko-bialski und Rybnicko-jastrzebski (NUTS-3) mit den Grenzen der alten Wojewodschaften nicht übereinstimmen. In Tschechien sowie der Slowakei bestanden solche territorialbedingte Probleme nicht.

Weitere wichtige Quellen waren Planungs- und Programmdokumente der Regionen<sup>11</sup>, in denen Daten und Sachverhalte über die formale sowie inhaltliche Gestaltung der Regionalplanung und -entwicklung gewonnen wurden. Die Programmdokumente für PHARE CBC und INTERREG IIIA<sup>12</sup> dienten dann zur Erfassung von Informationen über die

---

<sup>10</sup> ČSÚ (Hg.) (2004): Statistická ročenka Moravskoslezského kraje 2003. Praha

ŠÚ SR (Hg.) (2004): Štatistická ročenka SR 2003. Bratislava

ŠÚ SR (Hg.) (2003): Statistická ročenka Žilinského kraja. Žilina

GUS (Hg.) (2003): Rocznik Statystyczny Województwa Śląskiego 2002. Warszawa

<sup>11</sup> Úrad Žilinského samosprávneho kraja (Hg.) (2003): Program hospodárskeho a sociálneho rozvoja Žilinského samosprávneho kraja. Žilina

Úřad Moravskoslezského kraje (Hg.) (2001): Program rozvoje územního obvodu Moravskoslezského kraje 2001-2004. Ostrava

Urząd Marszałkowski Województwa Śląskiego (Hg.) (2000): Strategia Rozwoju Województwa Śląskiego 2000-2015. Katowice

Sejmik Województwa Śląskiego (2003): Regionalna Strategia inowacji Województwa Śląskiego na lata 2003-2013. Katowice

<sup>12</sup> Ministerium für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik (MMR ČR) (2004): Programm Iniciativy Společenství INTERREG IIIA Česká republika – Polsko 2004-2006 (Programm der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA Tschechien – Polen 2004-2006). Finalversion vom Mai 2004;

MMR ČR (2004): Programm iniciativy Společenství INTERREG IIIA Česká republika – Slovenská republika 2004-2006. (Programm der Gemeinschaftsinitiative IIIA Tschechien – Slowakei 2004-2006). Finalversion vom Mai 2004;

Ministerium für Aufbau und regionale Entwicklung der Slowakischen Republik (MVRR SR): INTERREG IIIA Poland – Slovak Republik. Community Initiative Programme 2004-2006. Version von September 2003.



Programmstrategie (Prioritäten und Maßnahmen) und die verwaltungstechnischen Merkmale der Programmabwicklung.

Durch die Raumdiagnose sollten mögliche Handlungsfelder und Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit identifiziert werden. Die Erfassung von möglichen Kooperationsfeldern liefert bereits eine erste Strukturierung für die weiteren Untersuchungsschritte und Hinweise für die Erstellung des Gesprächsleitfadens für die Experteninterviews sowie des Fragebogens für die schriftliche Befragung der regionalen Akteure.

## 4.2. Geographische Lage, naturräumlich-funktionelle Charakteristik, Siedlungsgefüge

Das tschechisch-polnisch-slowakische Dreiländereck setzt sich aus den angrenzenden NUTS-3-Regionen ‚*Moravskoslezský kraj*‘ in Tschechien, ‚*Žilinský kraj*‘ in der Slowakei und den polnischen Grenzregionen ‚*Podregion Bielsko-bialski*‘ und ‚*Podregion Rybnicko-jastrzębski*‘ zusammen.

Durch diese Abgrenzung ergibt sich eine Gesamtfläche von etwa 16.000 Km<sup>2</sup> mit mehr als 3,3 Mill. Einwohnern. Die einzelnen Teilregionen sind mit Fläche und Einwohnerzahl sehr heterogen, wie aus der folgenden Übersicht ersichtlich ist. So weist das slowakische Teilgebiet mit seinem Flächenanteil von über 45 % nur etwa 21 % der Gesamtbevölkerung auf.

Gebietseinheit NUTS-3	Fläche (Km <sup>2</sup> )	Einwohnerzahl	Einwohnerdichte (Einw./Km <sup>2</sup> )
Moravskoslezský kraj (CZ)	5.554	1.296.000	288
Podregion Bielsko-bialski (PL)	2.352	651.000	277
Podregion Rybnicko-jastrzębski (PL)	1.354	664.000	490
Žilinský kraj (SK)	6.801	693.000	102
Gesamt	16.061	3.304.000	289

**Tab. 14: Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte in den Teilregionen des Untersuchungsraumes**

Das Dreiländereck umfasst Teile von drei Mitgliedstaaten der Europäischen Union und zählt zu den neuen EU-Binnengrenzräumen, die seit Mai 2004 in dem gemeinschaftlichen Wirtschaftsraum sowie der Kohäsionspolitik vollständig integriert sind.

Das Untersuchungsgebiet lässt sich im wesentlichen in zwei markante Landschaftstypen gliedern, die unterschiedliche naturräumliche Verhältnisse sowie Unterschiede in der Siedlungsstruktur und in der wirtschaftlichen Nutzung aufweisen.

Das stark bewaldete Mittelgebirge der Westkarpaten stellt mit einem Anteil von rund 2/3 einen dominanten Landschaftstyp im Untersuchungsraum. Das Mittelgebirge füllt das ganze slowakische Teilgebiet und stößt über die Grenzen nach Westen und Norden weiter in die tschechische und polnische Nachbarregion vor. Das Landschaftsbild im unmittelbaren Dreiländereck ist durch geschlossene bogenförmige Züge der Mährisch-schlesischen und Slowakischen Beskiden geprägt, die an der tschechisch-slowakischen Grenze Berghöhen um 1.050 m ü. NN. und im Abschnitt der polnisch-slowakischen Grenze bis zu 1.750 m ü.

NN. erreichen. Die Grenzkämme stellen aufgrund ihrer geschlossenen zonalen Ausrichtung eine erhebliche Verkehrsbarriere dar, denn das Anlegen von Verkehrswegen nur an wenigen Pässen möglich ist (Jablunkovský průsmyk, Makovský průsmyk - CZ/SK, Zwardoń – SK/PL) Entlang der Grenzkämme verläuft die europäische Hauptwasserscheide der Donau und der Oder. Während die Beskiden im tschechischen Teilgebiet in der nordwestlichen Richtung in Entfernung von 15 bis 20 Km in ein hügeliges Vorland übergehen, rückt das Mittelgebirge im polnischen Teilgebiet rund 30 Km weit nach Norden und umschließt ein geräumiges Becken von Zywiec.

Im Südosten des Untersuchungsgebietes erstreckt sich das Slowakische Bergland, das mit einigen Bergmassiven zonal weniger gegliedert ist als die Beskiden. Die Siedlungsstruktur ist hier ländlich stark geprägt, nur wenige städtische Siedlungen bestehen in länglichen Becken (Žilina, Čadca, Dolný Kubín) und in den vom Norden nach Süden verlaufenden Tälern der Flüsse Váh, Kysuce und Orava, die sich zu wichtigen Verkehrs- und Entwicklungsachsen mit Ansiedlung von Metallverarbeitenden Industrierwerken entwickelt haben. Das Mittelgebirgslandschaft weist sehr ungünstige landwirtschaftliche Produktionsbedingungen auf. Da das Klima schon in den mittleren Lagen (800 m ü. NN.) deutlich rauer ist, besteht dort im Winter verhältnismäßig hohe Schneesicherheit. Dies macht die Landschaft zusammen mit ihren hohen ökologischen sowie ästhetischen Qualitäten zu einer möglichen Tourismusregion.

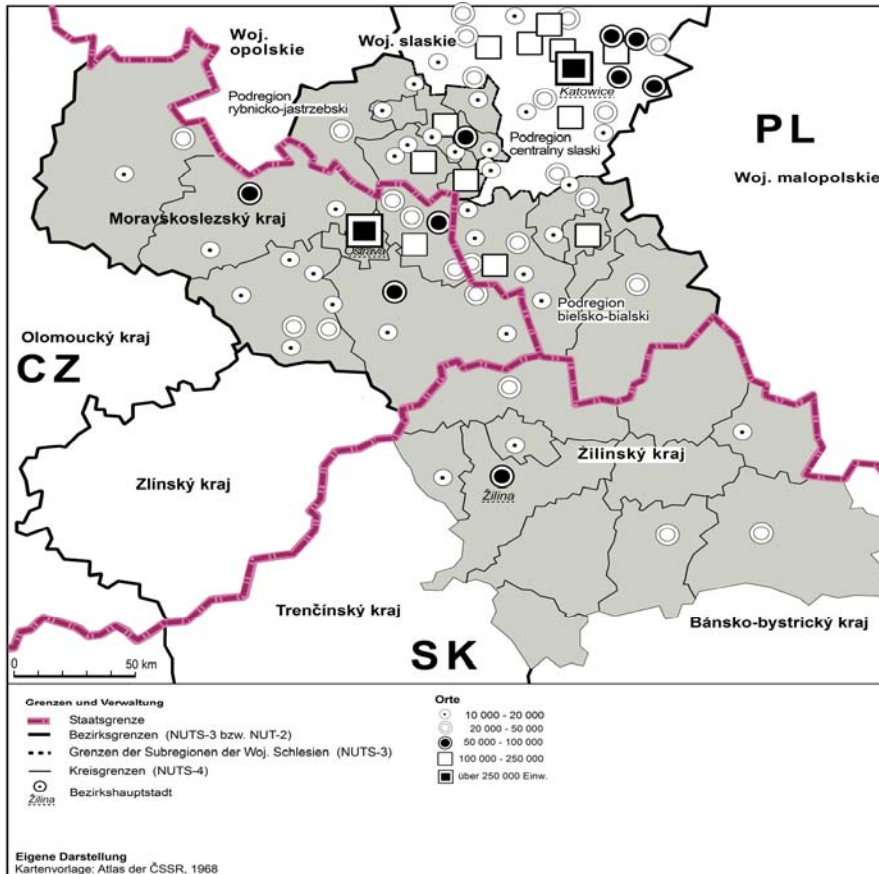
Westlich und nördlich der tschechisch-slowakischen sowie der slowakisch-polnischen Grenze geht das Mittelgebirge ins hügelige Beskiden-Vorland über. Die 20 bis 50 Km breite bogenförmige Hügellandschaft ist durch gestreute ländliche Siedlungsstruktur und durch das Fehlen bedeutender Industriebetrieben gekennzeichnet und liegt in der Arbeitskräfte-einzugszone des nordmährischen bzw. des Oberschlesischen Industriegebietes.

Der zweite Landschaftstyp besteht aus landwirtschaftlich intensiv genutzten Senkenlandschaften im Westen des tschechischen Teils, die nahe der tschechisch-polnischen Grenze in die weiträumige Oberschlesische Ebene übergehen. In der Oberschlesischen Ebene ließen reiche Steinkohlenvorkommen beiderseits der Grenze einen wirtschaftlichen Ballungsraum entstehen, der eine der höchsten Konzentrationen an Bevölkerung und ökonomischem Potenzial in Mitteleuropa darstellt. Durch den nordwestlichen Streckenabschnitt der tschechisch-polnischen Grenze wird die zusammenhängende Altindustriellandschaft auf zwei Industrieregionen (auf das nordmährische Industriegebiet (Agglomerationen von Ostrava und Karviná) und auf das polnische Oberschlesische Montanrevier) verteilt, die unterschiedlichen administrativen sowie wirtschaftlichen Systemen angehören. Zwischen beiden Industriegebieten bestehen intensive funktionelle Verflechtungen.

Aus der naturräumlich-funktionellen Sicht stellt das tschechisch-polnisch-slowakische Dreiländereck deshalb keine Einheit dar, sondern zerfällt in zwei markant unterschiedliche Typen: Ländlich strukturierte und ökologisch wertvolle Mittelgebirgslandschaft unmittelbar im Dreiländereck einerseits und eine urbane Ebenenlandschaft mit einer intensiven industriellen Produktion im tschechisch-polnischen Grenzgebiet andererseits. Diese Unterschiede lassen unterschiedliche Entwicklungs- und Handlungsprioritäten in den einzelnen Grenzregionen vermuten.

Die ausgeprägte naturräumlich-funktionelle Heterogenität des Grenzraums schlägt sich auch in Disparitäten in der Verteilung der Bevölkerung und im Siedlungsgefüge nieder (vgl. Karte 3). Das tschechisch-polnische Grenzgebiet ist auf beiden Seiten geprägt durch ein polyzentrisches Siedlungsgefüge mit mehreren grenznahen Regionalzentren mit über 60.000

Einwohnern (Ostrava, Havířov, Karviná und Opava auf der tschechischen Seite sowie Jastrzebie-Zdrój, Cieszyn, Rybnik, Zóry auf der polnischen Seite). Typisch für diesen Grenzabschnitt ist auch eine Mehrzahl von Doppelstädten. Hier befinden sich auch die seit 1920 durch den Grenzfluss Olza geteilten Städte Český Těšín und Cieszyn mit einer intensiven grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Kumulierung von ökonomischen sowie humanen Potenzialen in unmittelbarer Grenznähe ist hier ein erhebliches Kooperationspotenzial.



**Karte 3: Verteilung der Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern im Grenzraum**

Im Gegensatz dazu sind die anderen zwei Grenzgebiete im Dreiländereck ländlich und sehr spärlich besiedelt. Das tschechisch-slowakische sowie das slowakisch-polnische Grenzgebiet sind in der Grenzzone bis zu 20 Km Entfernung von der Grenze unbesiedelt. Aber auch im Hinterland befinden sich größere Städte nicht. In der slowakischen Region ist die Siedlungsstruktur allein auf die Regionalmetropole Žilina (80.000 Einwohner) ausgerichtet. Im tschechischen oder im polnischen Teil ist die Zentralität der bedeutendsten Städten Frýdek-Místek und Bielsko-Biala weniger ausgeprägt. Alle drei regionalen Metropolen liegen jedoch bereits in einer Entfernung von mehr als 50 KM in Luftlinie von der Grenze. In den Grenzgebieten CZ-SK sowie SK-PL stellt sich die dünne Besiedlung als ein wesentliches Hemmnis für die Zusammenarbeit dar, das die Zusammenarbeit über einen längeren Zeitraum behindern kann.

Aus der Untersuchung der möglichen Einflüsse der geographischen Lage, der naturräumlich-funktionellen Charakteristik sowie der Siedlungsgefüge auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ergeben sich im Hinblick auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit folgende Schwächen und Stärken sowie Chancen und Gefahren:

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Günstige geopolitische Lage innerhalb der EU</li> <li>▪ Ökologisch und ästhetisch wertvolle Natur- und Kulturlandschaften der Mittelgebirge</li> <li>▪ Dichte Besiedlung in unmittelbarer Nähe der polnisch-tschechischen Grenze</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Periphere Lage der Grenzregionen im Kontext der nationalen Systeme</li> <li>▪ Wachstum der Agglomerationen mit extremem Flächenverbrauch</li> <li>▪ Landschaftsschäden und ‚Brown fields‘ in den Altindustrieagglomerationen</li> <li>▪ Extrem heterogene naturräumliche Verhältnisse</li> <li>▪ Stark gegliederter Georelief</li> <li>▪ Extrem dünne Besiedlung im tschechisch-slowakischen sowie slowakisch-polnischen Grenzgebiet</li> </ul>
Chancen	Gefahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Erhaltung der attraktiven Landschaft</li> <li>▪ Hohes Tourismuspotenzial</li> <li>▪ Schnelle Intensivierung der Zusammenarbeit im tschechisch-polnischen Grenzgebiet durch Anreize schaffende Kumulierung der Wirtschafts- und Humanpotenziale</li> <li>▪ Gemeinsamer Kooperationsraum kann zur Abschwächung der nationalperipheren Lage beitragen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vertiefung des Entwicklungsrückstandes als Folge der Vertiefung der West-Ost-Disparitäten in der EU</li> <li>▪ Gemeinsame Entwicklungsvorstellungen und Handlungsprioritäten kaum möglich</li> <li>▪ Verkehrsinfrastrukturelle Projekte bautechnisch komplizierter und Investitionsintensiver</li> <li>▪ Verstärkung der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik an den einzelnen Grenzabschnitten</li> </ul>

**Tab. 15: SWOT-Profil für ‚Geographische Lage, naturräumlich-funktionelle Charakteristik, Siedlungsgefüge‘**

### **4.3. Historische Entwicklung der Grenzen und der grenzübergreifenden Beziehungen im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum**

Im Vergleich zum deutsch-tschechischen oder deutsch-polnischen Grenzraum, in denen historische Ereignisse eine deutliche Belastung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit darstellen (vgl. Strykiewicz 2002, S. 42f), erscheint die Einflussnahme der geschichtlichen Entwicklungen auf die Grenzkoperationen im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum eindeutig günstiger. Man könnte sich bei dieser Einschätzung auf die 75 Jahre des gemeinsamen tschechoslowakischen Staates oder auf die Zugehörigkeit der Tschechoslowakei und Polens einem sozialistischen Staatenblock, in dem ‚der proletarische Internationalismus und Solidarität unter den ‚Brudervölkern‘ proklamiert wurde, beziehen und somit auch eine Tradition der gegenseitigen Zusammenarbeit in den Ländern voraussetzen.

Im Folgenden soll dieses Bild anhand von Darlegung der historischen Zusammenhänge - Geschichte der Grenzen, Entwicklungen der Beziehungen auf der zwischenstaatlichen sowie auf der regionalen - überprüft werden.

#### **4.3.1. Tschechisch-slowakische Grenze und gegenseitige Beziehungen**

Die tschechisch-slowakische Grenze existiert seit dem Untergang des Großmährischen Reiches im 9. Jahrhundert und gehört dadurch zu den ältesten und stabilsten Grenzziehungen in Europa. Sie ist durch markante Landschaftsformen stark geprägt.

Die Grenze verläuft in der Süd-Nord-Ausrichtung über die Kämme der Weißen Karpaten, des Javorníky-Gebirges und der Beskiden, die in diesem Gebiet eine geschlossene Randzone des Karpatenbogens bilden.<sup>13</sup>

Der Status der tschechisch-slowakischen Grenze änderte sich im Laufe der neueren Geschichte. Anfang des 20. Jahrhunderts trennte sie zwei weitgehend autonome Teile Österreich-Ungarns. 1918 wurde sie zu einer innerstaatlichen Grenze der Tschechoslowakei. Dieser Charakter änderte sich in den Jahren 1938-1944, als die böhmischen Kronländer<sup>14</sup> von Deutschland okkupiert wurden und die Slowakei sich als selbständiger Staat konstituierte. Nach 1945 wurde die tschechisch-slowakische Grenze als Staatsgrenze wieder aufgehoben, die Tschechoslowakei war bis 1968 ein stark zentralistischer Einheitsstaat. 1968 entstand sie wieder neu als eine Innengrenze zwischen beiden Ländern der Tschechoslowakischen Föderation. Seit der Trennung der Föderation am 01.01.1993 ist die tschechisch-slowakische Grenze zu einer Grenze zwischen zwei souveränen Staaten geworden.

Mit der Trennung der Tschechoslowakei war es notwendig, die tschechisch-slowakische Grenze genau neu festzulegen und dabei während des tschechoslowakischen staatsrechtlichen Zusammenseins entstandene Veränderungen in der Siedlungsstruktur zu berücksichtigen. Es wurde eine gemeinsame tschechisch-slowakische Grenzkommision gebildet, die bis 1998 einen Grenzausgleich in insgesamt 16 strittigen Fällen vorbereitete. Diese Korrektur des Grenzverlaufs begleitete zwar eine emotionale Diskussion, diese betraf jedoch nur einen relativ kleinen Kreis der Direktbetroffenen und belastete die gegenseitige Beziehung der Grenzbevölkerung nicht (vgl. Kunštát 2002, S. 67).

Im gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum der Tschechoslowakischen Föderation haben sich intensive kulturelle und wirtschaftliche Verflechtungen auf der institutionellen sowie bürgerlichen Basis etabliert, die auch nach der ‚Transformation‘ des föderativen Staates in zwei miteinander eng verbundenen Nachfolgestaaten weitgehend erhalten blieben. Darüber hinaus stellt das identische Rechts- und Verwaltungssystem der Tschechoslowakei eine sehr gute Voraussetzung für die heutige Entwicklung der Grenzkooperationen dar.

Verglichen mit dem intensiven Austausch im kulturellen sowie wirtschaftlichen Bereich zwischen den beiden Föderationsteilen, stellt man jedoch fest, dass das tschechisch-

---

<sup>13</sup> Nur im Süden außerhalb des Untersuchungsgebietes verläuft die tschechisch-slowakische Grenze auf einem ca. 40-Km-langen Streckenabschnitt entlang des Flusses Morava.

<sup>14</sup> Der historische Begriff ‚Böhmische Kronländer‘ wird für die historischen Territorien das Königreich Böhmen, die Markgrafschaft Mähren, die Markgrafschaften Oberlausitz und Unterlausitz und das Fürstentum Schlesien, die unter den Luxemburgern im 14.-16. Jh. unter der Böhmischen Krone vereint waren, verwendet. Bis auf Abtretung der beiden Lausitzer Markgrafschaften im 17. Jh. und die Teilung Schlesiens im 18. Jh. entspricht der Begriff dem Staatsgebiet der heutigen Tschechischen Republik.

slowakische Grenzgebiet von den günstigen Rahmenbedingungen nur begrenzt profitieren konnte. Durch ungünstige naturräumliche Gegebenheiten, schwache Besiedlung, sehr späte Industrialisierung sowie schlechte Verkehrsinfrastruktur blieb der tschechisch-slowakische Grenzraum eine periphere Transitregion zwischen Prag und Bratislava oder ein Hinterland des Ostrauer Industriegebiets. Eine strukturelle Integrität des über mehrere Jahrhunderte bestehenden Grenzraums konnte sich deshalb während der 75 Jahre des tschechoslowakischen Staates nicht entwickeln.

Eine wichtige Rolle in den Beziehungen zwischen den beiden Föderationsteilen spielte die grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitskräfte. Das nordmährische Bergbau- und Schwerindustriegebiet als „stählernes Herz der Republik“ im Nordosten des tschechischen Teils (Städte Ostrava, Bohumín, Karviná) war sehr arbeitskräftintensiv und bildete das Zentrum eines weiträumigen Arbeitskräfteeinzugsgebiets, das die benachbarten und wirtschaftlich zurückgebliebenen Bergregionen in der Mährisch-Wallachei (tschechische Kreise Frýdek-Místek, Vsetín, Nový Jičín) im Süden und die benachbarten slowakischen Gebirgsregionen von Orava und Spiš (Kreise Čadca, Žilina, Dolný Kubín) umfasste, in denen ein hoher Überschuss an freien Arbeitskräften herrschte. Der massive Berufspendlerverkehr erfolgte durch intensive Zug- und Busverbindungen, aufgrund des damals sehr niedrigen Motorisierungsniveaus hatte er jedoch einen Ausbau von Schnellstraßen bzw. Autobahnen nicht zur Folge.

Die Qualität der Beziehungen zwischen zwei Völkern lässt sich auf der allgemeinen Ebene exakt kaum bewerten. Mehrere Charakteristika weisen jedoch deutlich darauf hin, dass das politische und zwischenmenschliche Verhältnis zwischen den Tschechen und den Slowaken durch Sympathie und emotionelle Nähe sowie durch hohe Erfahrungswerte geprägt ist und kann dadurch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehr förderlich beeinflussen.

Die tschechisch-slowakische Gemeinschaft betrifft die drei letzten Menschengenerationen. Für dadurch entstandene persönliche und verwandtschaftliche Bindungen zwischen den Tschechen und den Slowaken findet man in Häufigkeit und Intensität in Europa kaum eine gleichwertige Analogie. Die sprachliche Nähe des Tschechischen und des Slowakischen ließ einen gemeinsamen tschechoslowakischen Kulturkreis entstehen, unter seinem Einfluss diese drei tschechoslowakischen Generationen lebten und der auch nach der Dekonstruktion des gemeinsamen Staates weiterhin wirkt (schließlich werden Filme und Bücher aus dem Nachbarland nicht übersetzt). Das neue Nachbarland wird durch die Bevölkerung auch nicht als fremdes Land jenseits der Grenze wahrgenommen, sondern vielmehr als ein wohlvertrautes Nachbarregion, in der mindestens ein Verwandter lebt.

Ein weiteres wichtiges Indiz für diese These lässt sich auf der politischen Ebene finden. Obwohl das innenpolitische Klima in der Tschechoslowakei durch ständige tschechisch-slowakische Spannungen gezeichnet war<sup>15</sup> und in Krisenzeiten (wie z.B. 1938/39, 1948, 1968) sogar bis zum äußersten hochgetrieben wurden, haben sie jedoch aus der politischen Szene oder nationalistisch geprägten gesellschaftlichen Gruppierungen in eine feindselige Stimmung in der breiten Bevölkerung nie überschritten (Vgl. FAZ, 31.12. 2002, Nr. 303, S.

---

<sup>15</sup> Die Beziehungen zwischen den tschechischen und den slowakischen Elitenkreisen waren eigentlich immer angespannt. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich das Slowakische als eigenständige Sprache gegenüber dem Tschechischen durchgesetzt und schon damals drängte die slowakische Intelligenz auf eine Abgrenzung der slowakischen nationalen Interessen gegenüber tschechischen Hegemonialansprüchen. Diese „Abgrenzungsneurose“ führte nach Bontschek 1976, (S. 47ff.) immer wieder zu den Versuchen, einen eigenen slowakischen Staat zu schaffen.

3). Schließlich wird die Ursache für die Trennung der Tschechoslowakischen Föderation zunehmend viel mehr in der unterschiedlichen Prioritätensetzung bei den schmalen tschechischen und slowakischen posttotalitären Elitenkreisen gesehen als in der Identitätsfrage oder im Verlangen der Slowaken nach Selbständigkeit. Die stark verbreitete Behauptung, dass die Trennung der Tschechoslowakei nicht im Einklang mit dem ‚Willen der Bevölkerung‘ stattfand, unterstützen auch Ergebnisse von zahlreichen soziologischen Untersuchungen.<sup>16</sup>

Für eine gegenseitige Zuneigung der Tschechen und der Slowaken spricht auch die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen nach 1993. Nach der Trennung der ČSFR haben sich beide Länder sehr intensiv dafür eingesetzt, dass ihre bilateralen Beziehungen über dem Standardniveau bleiben.<sup>17</sup> Eine weitere Vertiefung der Beziehungen erfolgte dann nach dem Regierungswechsel in beiden Staaten 1998 und im Zusammenhang mit der Beschleunigung des Integrationsprozesses in die EU. Kritische Diskussionen, die im Zusammenhang mit der neuen Grenzverkehrsregelung, die lediglich eine mögliche Einschränkung für Staatsangehörige beider Staaten bedeutete, 2003 entflammt sind, beispielsweise beweisen, wie sensibel das tschechisch-slowakische Verhältnis durch die Bevölkerung rezeptiert wird.

Eine negative Tendenz in der aktuellen Entwicklung der tschechisch-slowakischen Beziehungen wird zunehmend in einer gegenseitigen Entfremdung empfunden, die insbesondere bei der stark westorientierten jüngeren Bevölkerung unter 30 Jahren zu beobachten ist. Persönlichkeiten aus Kultur und Politik mahnen vor einem sinkenden Interesse für den Nachbarn im kulturellen Bereich ab und fordern neue Stimulierungsimpulse (vgl. Kunštát 2002, S. 66).

#### **4.3.2. Tschechisch-slowakisch – polnische Grenze und Beziehungen**

Die Grenze zwischen Polen und der Tschechischen und der Slowakischen Republik verläuft in seinem Großteil über geschlossene Gebirgszüge und gehört zu den ältesten und stabilsten Grenzen in Europa. Schon seit Entstehung der ersten Staatsgebilde im frühen Mittelalter wirkten die Gebirgszüge als eine mächtige und wenig durchlässige ‚natürliche‘ Barriere.

Markante Landschaftsformen fehlen allerdings in Oberschlesien am östlichen Streckenabschnitt der heutigen tschechisch-polnischen Grenze, der im untersuchten Grenzraum liegt. Durch diesen ca.100 Km langen Abschnitt der tschechisch-polnischen Staatsgrenze sind Siedlungen geteilt sowie unmittelbar an die Grenze reichende landwirtschaftlich intensiv genutzte Flächen und Industrieanlagen getrennt. Die geschichtliche Entwicklung in Oberschlesien belegt, dass das große wirtschaftliche Potenzial des Gebiets schon seit Beginn des Industriezeitalters diese Grenzziehung zum Gegenstand kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen Österreich-Ungarn und Preußen machte. Die Grenzkonflikte in Oberschlesien wurden auch zum Hauptthema in den Beziehungen zwischen der

---

<sup>16</sup> So haben beispielsweise in einer breitangelegten Untersuchung ein Monat vor der Trennung der Tschechoslowakei (November 2002) rund 50 % der Tschechen und nur etwa 40% der Slowaken den Zerfall des gemeinsamen Staates für ‚unausweichlich‘ gehalten. Nach dem Politologen Karel Vodička liefert die Untersuchung einen Beweis für eine große Orientierungslosigkeit der Bevölkerung, die durch die rasche staatsrechtliche Demontage der CSFR überrascht war. Vgl. Kunštát, M. (2002, S. 64f)

<sup>17</sup> Vertragsrechtliche Basis der tschechisch-slowakischen bilateralen Beziehungen besteht aus mehr als 100 Regierungs- und Präsidentialabkommen und darüber hinaus aus weiteren Zwischenressorts abkommen.

Tschechoslowakei und Polen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, denn sie haben die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden jungen Staaten vergiftet und ihre außenpolitischen Positionen in schwierigen politischen Rahmenbedingungen sehr geschwächt.<sup>18</sup>

Die tschechisch-polnische und die slowakisch-polnische Grenze entstanden in ihren Grundzügen im Zuge der Entstehung Polens und der Tschechoslowakei als Nachfolgestaaten der Habsburgisch-Ungarischen Monarchie und des Deutschen Reichs nach dem Ersten Weltkrieg. Sie teilt die historische Kulturlandschaft Oberschlesiens<sup>19</sup> zwischen Tschechien und Polen. Eine friedliche Festlegung des Grenzverlaufs im Teschener Raum zeigte sich wegen einer äußerst vermischten ethnischen Struktur und wegen stark wirtschaftlich motivierten Gebietsansprüchen auf beiden Seiten als unmöglich. Der Grenzstreit ging in einen offenen militärischen Konflikt (sog. „Sieben-Tage-Krieg“) über, der erst durch einen Schiedsspruch der Alliierten 1920 gestoppt wurde (vgl. Valenta 1960).

Durch eine Absprache zwischen NS-Deutschland und Polen im Zuge des Münchener Abkommens annektierte Polen 1938 den tschechoslowakischen Teil des Teschener Gebiets (Těšínsko).<sup>20</sup> Nach dem deutschen Überfall Polens (September 1939) wurde das Teschener Gebiet in das Deutsche Reich eingegliedert (bis 1945). Nach dem Zweiten Weltkrieg ist der Grenzkonflikt zwischen Polen und der Tschechoslowakei erneut ausgebrochen: Die Tschechoslowakei stellte Gebietsansprüche auf Gebiete Raciborz (Ratiboř), Glubczyce (Leobschütz), Kozle (Kosel) und Klodsko (Glatz), in Polen waren es hingegen Ansprüche auf das tschechoslowakische Teschener Gebiet (Těšínsko). Diplomatische Streitigkeiten und Verhandlungen begleiteten lokale Äußerungen von Nationalismus, kleinen militärischen Grenzkonflikten oder Machtdemonstrationen. Erst ein direkter Eingriff aus Moskau im Sommer 1946 machte dem Streit ein Ende. Der Grenzverlauf wurde durch den tschechoslowakisch-polnischen ‚Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Zusammenarbeit‘ vom 10. März 1947 wieder auf den Stand von 1920 festgelegt (vgl. Valenta 2002, S. 248).

---

<sup>18</sup> Mehr zur Darstellung der historischen Entwicklung der Grenzziehung in Oberschlesien sowie zu den historischen Zusammenhängen in: Valenta (1997 und 2002), Pánek (2002).

<sup>19</sup> Die Geltung des Begriffs ‚Oberschlesien‘ wird oft nur auf das deutsche Verwaltungsgebiet (Provinz) zwischen 1919-1938 und 1941-1945 beschränkt. Unter Oberschlesien wird hier verstanden eine durch historische Entwicklung gewachsene Kulturlandschaft an der oberen Oder, die durch eine stark gemischte ethnische Struktur mit polnischem, tschechischem und deutschem Element und durch die seit Beginn des 19. Jahrhunderts sich entwickelnde und im gesamten Gebiet stark verflochtene Montanindustrie geprägt ist. Auf diese Weise definiertes Territorium Oberschlesiens bildete in der Geschichte niemals eine politische Einheit – es war in mehrere kleinere Fürstentümer und Herrschaften zergliedert. Sie besaßen seit dem frühen Mittelalter eine sehr instabile Grenzlage zwischen den Böhmisches Kronländern/ resp. Österreich nach 1526, Königreich Polen, und Preussen bzw. dem Deutschen Reich nach 1871 und wechselten (oft geteilt) seine politische Zugehörigkeit: Bis 14. Jh. war das ober-schlesische Territorium polnisches Lehensgebiet, von 1327/1342 bis 1742 ein Bestandteil der Böhmisches Kronländer, von 1740 /1742 bis 1918 war Oberschlesien zwischen Österreich (Fürstentümer Teschen, Bielitz) und Preussen / Deutsches Reich (Fürstentümer Beuthen, Oppeln, Troppau, Ratibor sowie Herrschaften Pleß, Loslau und Beuthen) geteilt. Nach dem ersten Weltkrieg wurde Oberschlesien zwischen die neuen Staaten Tschechoslowakei und Republik Polen und Deutschland erneut aufgeteilt. Zur Geschichte Oberschlesiens sowie zu unterschiedlichen Interpretationen der historischen Vorgänge in der tschechoslowakischen und polnischen Geschichtsschreibung Vgl. Slezská Univerzita v Opavě (1998), Chlebowczyk (1971) und Pánek (2002)

<sup>20</sup> Von 01. bis 10. September 1938 besetzte Polen das Teschener Gebiet. Auf der Fläche von 810,5 Km<sup>2</sup> lebten damals 227 Tausend Einwohner, 56 % von ihnen waren tschechischer Nationalität. Auf dem annektierten Gebiet wurde sofort polnisch als einzige Amtssprache eingeführt, Tschechen und Deutsche (35 Tausend), die sich vor der Annexion antipolnisch verhalten haben, wurden vertrieben. Die polnische Besetzung dauerte bis zur Besetzung des Gebiets durch die deutsche Wehrmacht am 01. September 1939. Die Besetzung des Teschener Schlesiens Gebiets durch die Polen wurde bis 1989 durch die polnischen Historiker als eine Wiedergutmachung der ungerechten Teilung von 1920, tschechoslowakische Historiographie wertete den Vorgang als eine polnische Aggression mit Unterstützung NS-Deutschlands. Vgl. Valenta (2002)



Die Qualität der zwischenstaatlichen Beziehungen wurde also zwischen 1918 und 1947 durch gegenseitige nationalistische Rivalität bis zur offenen Feindseligkeit gekennzeichnet, die eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen nicht erlaubte und sie auf ein minimal notwendiges Niveau beschränkte. Dieses Niveau wurde auch später von den beiden brüderlichen Volksrepubliken nicht wesentlich angehoben und beschränkte sich bis 1989 auf Erfüllung ihrer Kooperationsverpflichtungen im Rahmen des COMECON und des Warschauer Paktes.

Durch die starken wirtschaftlichen Verflechtungen im oberschlesischen Montanrevier waren beide Seiten in der Zwischenkriegszeit auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit angewiesen. Die historisch gewachsenen industriellen Zusammenhänge konnte man nicht plötzlich unterbrechen. An einer solchen abrupten Unterbrechung hatte weder die Tschechoslowakei noch Polen Interesse. Trotz der häufigen diplomatischen Konflikte forderten die objektiven ökonomischen Notwendigkeiten der regionalen Industrie die Aufrechterhaltung der bisherigen beiderseits vorteilhaften Kontakte. Die Wirtschaftskontakte zwischen Regionen über die Staatsgrenze hinweg in der Nachkriegszeit blieben zwar unter Lenkung der Zentralverwaltungen erhalten, konnten sich jedoch nicht intensivieren (vgl. Pánek 2002, S. 16ff.).

Die schlechten diplomatischen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Polen in 1918-1947 führten zur Belastung und Einschränkung der gegenseitigen kulturellen und zwischenmenschlichen Beziehungen der Lokalbevölkerung im Grenzgebiet. Nationalistische Ausbrüche und gegenseitige Rivalität haben Empfindung von gemeinsamen historischen Wurzeln und kulturellen Gemeinsamkeiten vertrieben. Wahlplakate und giftige Karikaturen in der tschechoslowakischen und polnischen Presse der Zwischenkriegszeit geben ein Zeugnis darüber, dass die Feindbilder über den Nachbarn alltägliche Erscheinung waren. Neben den medial verbreiteten Feindbildern waren es aber auch negative persönliche Erlebnisse der Grenzbevölkerung, die zur Abbrechung der informellen gesellschaftlichen Netzwerke und zur massiven Abnahme der zwischenmenschlichen Kontakte über die Grenze hinweg beigetragen haben. Dies betrifft vor allem die massive Zwangsumsiedlung der Minderheiten und damit verbundene Änderung der Besitzverhältnisse im Zuge der Grenzveränderung sowie Repressionen der Verbliebenen. Nach VALENTA (2002) wurde die tschechoslowakisch-polnische Staatsgrenze unter diesen Umständen durch den Großteil der Lokalbevölkerung auf beiden Seiten der Grenze nicht als ein Entwicklungshindernis, sondern vielmehr als ein gepflegtes Symbol der nationalen Identität empfunden.

Die Verbesserung der diplomatischen Beziehungen nach dem Freundschaftsvertrag von 1947 (gegenseitige Anerkennung der Grenze) und Etablierung der kommunistischen Regime in beiden Ländern, führten schnell zur Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen im Grenzgebiet und der Wahrnehmung der Grenze auf das Niveau, das zwischen anderen sozialistischen Ländern üblich war – ein zentral gelenkter Kulturaustausch, zurückhaltendes Nebeneinanderleben der Grenzbevölkerung und grenzübergreifender Einkaufstourismus als Selbsthilfe bei planvolkswirtschaftlichen Versorgungsmängeln. Die Intensität der gegenseitigen Kontakte der Grenzbevölkerung blieb bis zur demokratischen Wende 1989 gering. Die Begründung dafür ist vor allem in den restriktiven Grenzverkehrsregelungen, durch die der Personengrenzverkehr bis 1990 sehr stark eingeschränkt war. Danach bedarf die Ausreise in das Nachbarland für die Staatsbürger der Tschechoslowakei und Polen einer Einladung oder Genehmigung und war nur an offiziellen Grenzübergängen möglich. Die gegenseitige Wahrnehmung der Grenzbevölkerung war zu Ende der sozialistischen Epoche durch eine neutral-

geladene Interesselosigkeit und durch tradierte Vorurteile geprägt (vgl. Valenta 1995, S. 135ff).

Während der Anzahl der tschechischen und slowakischen Minderheit im polnischen Grenzgebiet verhältnismäßig klein ist<sup>21</sup>, blieb der Anteil der polnischen Minderheit im tschechischen Teschener Gebiet bis heute relativ konstant hoch.<sup>22</sup> In dieser Entwicklung spiegelt sich ein toleranter Umgang mit der polnischen Minderheit in der sozialistischen Tschechoslowakei wider. Der polnischen Minderheit wurde im kulturellen und sozialen Bereich eine Autonomie gewährt und wurde durch das sozialistische Regime sogar beträchtlich gefördert.<sup>23</sup> Die Organisationen der polnischen Minderheiten wurden damit zu einem wichtigen Verbindungselement über die Grenze hinweg und unterhielten einen kulturellen und sozialen Austausch, der jedoch von zentralen Verwaltungsstellen gelenkt und kontrolliert wurde.

Nach der demokratischen Wende von 1989 wandelten sich die tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen unter den neuen innen- sowie außenpolitischen Bedingungen von gegenseitiger Rivalität und Misstrauen in eine strategischorientierte Kooperation in der Außenpolitik und Wirtschaft, die in den mitteleuropäischen Kooperationsstrukturen des Visegrad-Zusammenschlusses<sup>24</sup> und der CEFTA<sup>25</sup> eingebunden war. Das Beispiel der Visegrad-Zusammenarbeit zeigt aber deutlich, dass die Verbesserung der Beziehungen keine wundersame Verwandlung, sondern ein schwieriger und konfliktreicher Prozess war, in dem hochsensible Themen aus der Geschichte wieder in der Politik und Medien präsent waren.<sup>26</sup>

---

<sup>21</sup> Die tschechische Minderheit in Polen zählt nur 386 Einwohner, von denen nur 61 in der Wojewodschaft *Śląskie* leben. Es gibt keine tschechische Schule in Polen. Die slowakische Minderheit ist mit 1.710 Seelen deutlich größer, 90% von ihnen leben im grenznahen Gebieten von *Spisz* und *Orawa* in der Wojewodschaft *Małopolskie*. Es gibt in Polen 11 Schulen, in denen 331 Schüler auf slowakisch unterrichtet werden. Quelle: US (2002, S.97f)

<sup>22</sup> 1950 lebten im Kreis Český Těšín 59.005 Polen (28% der Gesamtbevölkerung), nach der Gebietsneuordnung waren es in den neugeschaffenen Kreisen Karviná und Frydek-Místek 1980 56.425 Polen (11,9 %) und 1991 44.487 (8,8%). Der starke Rückgang von 1991 ist weitgehend auf veränderte Befragungsmethodik zurückzuführen: Ermittelt wurde zum ersten Mal auch schlesische Nationalität, die von der polnischen Minderheit häufig bevorzugt wurde (Mehr zu diesem Phänomen im Kapitel Kulturelle Merkmale) Vgl. ČSÚ (2003): *Statistická ročenka Moravskoslezského kraje und Kadlubiec, K. D. u.a. (1997, S.47)*

<sup>23</sup> Der Freundschaftsvertrag von 1947 beinhaltete auch Vereinbarung über Schutz und Förderung der tschechischen und slowakischen Minderheit in Polen und polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei. Auf dessen Grundlage wurden durch die Polen im Teschener Schlesien eigene Organisationen gegründet –Polski Związek Kulturalno-Oswiatowy (PZKO) und Stowarzyszenie Młodzieży Polskiej (SMP) mit staatlicher finanzieller Förderung. Der sozialistische Regime förderte finanziell polnische Schulen und Kultur (Marionettentheater Bajka, Theater Scena Polska, polnische Veröffentlichungen sowie regionale polnische Radiosendung). Als Gegenleistung forderte der Staat eine volle politische Loyalität und Kontrolle von den polnischen Organisationen. Auf der Grundlage des Verfassungsgesetzes vom 27.10.1968 über die Minderheiten wurde polnisch als zusätzliche Amtssprache in den Kommunen mit hohem polnischen Anteil festgelegt. Vgl. Kadlubiec, K. D. u.a. (1997), S. 25-53

<sup>24</sup> In der Erklärung von Visegrád im Februar 1991 verpflichteten sich die Staatschefs Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei, sich dem politisch-wirtschaftlichen System im westlichen Europa anzuschließen sowie ihre gegenseitige Zusammenarbeit auf den Gebieten Regionales, Wirtschaft und Kultur zu intensivieren. Sie bildeten damit eine Art mitteleuropäisches Pendant zu Benelux. Nach der Auflösung der Tschechoslowakei im Jahr 1993 bildeten dann deren Nachfolgestaaten Tschechien und Slowakei gemeinsam mit Ungarn und Polen die „Visegrád-Gruppe“ (V4). Das gemeinsam erreichte Ziel der V4-Staaten war die Mitgliedschaft in der EU und der NATO. Mehr zu Dokumenten und Entwicklungen unter: <http://www.Visegradgroup.org>

<sup>25</sup> (engl.: **C**entral **E**uropean **F**ree **T**rade **A**greement). Nach der politischen Öffnung des ehemaligen Ostblocks und der Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wurde 1992 das CEFTA geschlossen, dem Polen, Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und (seit 1999) Bulgarien angehören. Ziele sind die Förderung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, der Abbau der Zollschränken und die interne Angleichung an die Regelungen der EU. Mehr dazu unter: <http://www.cefta.org>

<sup>26</sup> 14 Jahre der Visegrad-Zusammenarbeit zeigen, dass die Kooperation der Visegrad-Staaten während ihrer ganzen Existenz durch ständige Ressentiments beeinträchtigt und zeitweise gelähmt war. Bereits zum Auftakt zeigten langwierige Diskussionen und Verhandlungen, dass die Regierungschefs nicht in Stande waren, sich an gemeinsamen Zielen der ‚mitteleuropäischen‘ Kooperation zu einigen und gemeinsam eine Strategie zu deren Erreichung zu formulieren. Nachdem die dringenden Aufgaben, die den Visegrad-Ländern gemeinsam waren, wie

Die Kontakte der Lokalbevölkerung über die Grenze hinweg wurden nach 1990 durch die Lockerung der Regelungen im Grenzverkehr und Öffnung neuer Übertrittsstellen häufiger. Nach Angaben der Grenzschutzpolizeidirektion Ostrava (CZ) stieg die Anzahl der Grenzübertritte bei Personen und PKW zwischen 1989 und 1991 um das Vierfache. Ein deutlicher Anteil der Grenzübertritte auf allen Seiten war jedoch auf einen massenhaften Einkaufstourismus und Schmuggel zurückzuführen. Das Ausnutzen der Preisunterschiede im Einzelhandel wird zum leitenden Phänomen in der nachbarschaftlichen Wahrnehmung in den 90-er Jahren. Die grenzüberschreitenden Beziehungen entwickelten sich weiterhin vornehmlich im kulturellen und sozialen Bereich durch Initiativen der neugegliederten Minderheitsorganisationen und der Kommunalverwaltungen. Die Verbreitung der Zusammenarbeit in andere Tätigkeitsfelder (Umweltschutz, regionale Entwicklung, Tourismus) und Etablierung von grenzübergreifenden Vereinigungen und informellen Kooperationsnetzwerken setzte sich erst mit dem Beginn der EU-Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach 1997 ein.

Aus der Untersuchung der historischen Entwicklung ergeben sich im Hinblick auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit folgende Stärken und Schwächen sowie Chancen und Gefahren:

<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Starke Verbindungen zwischen den Tschechen, Slowaken und Polen in der Geschichte</li> <li>▪ 75 Jahre des gemeinsamen Staates der Tschechen und der Slowaken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Belastung durch Grenzkonflikte zwischen Polen und der Tschechoslowakei 1920</li> <li>▪ Emotionelle Belastungen im CZ-SK-Verhältnis nach der Trennung</li> <li>▪ Fehlen einer gemeinsamen historisch gewachsenen regionalen Identität</li> <li>▪ Geringe Erfahrung mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit</li> <li>▪ Geringe gegenseitige Kontakte der Lokalbevölkerung in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei und Polen</li> </ul>
<b>Chancen</b>	<b>Gefahren</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Erleichterung der Zusammenarbeit durch das tschechisch-slowakische Zusammengehörigkeitsgefühl</li> <li>▪ Stärkung des gemeinsamen Identitätsbewusstseins im Grenzraum CZ/SK/PL durch kulturelle und sprachliche Gemeinsamkeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beeinträchtigung der Zusammenarbeit durch nationalistische Ausbrüche oder durch gegenseitige Vorurteile in der Bevölkerung</li> </ul>

**Tab. 16: SWOT: ‚Historische Entwicklung‘**

---

diplomatische Bemühungen über den Abzug der sowjetischen Truppen aus dem mitteleuropäischen Territorium, Auflösung des RWGH und des Warschauer Abkommens 1992 erfolgreich erledigt wurden, tauchten wieder Gegner jeglicher regionaler Zusammenarbeit und Koordinierung der Politiken auf. Ihre Beweggründe sieht der slowakische Politologe P. Lukáč in „explizitem Nationalismus, verstaubtem Provinzialismus, Furcht vor dem Anderssein der Nachbarn, Überheblichkeit, Unbelehrbarkeit angesichts der Geschichte und in einer engstirnigen Optik, die die Chancen der Zukunft nicht erkennt“. Als konkrete Gründe führt er vor allem nationalistische Ausbrüche in der Slowakei Meciar (1993-1998), die zu Spannungen mit Tschechien und Ungarn führten sowie die ‚stille Rivalität‘ in den tschechisch-polnischen Beziehungen sowie der ‚phantasmagorische Streit‘ um die Führungsrolle bei der wirtschaftlichen und politischen Transformation. Mit diesen Streitigkeiten starb die Visegrad-Zusammenarbeit nach 1993 ab und vegetierte in einigen Bereichen gemeinsamer Kommunikation dahin, wie z. B. in den Fällen des NATO- und des EU-Beitrittes. Vgl. Lukáč (2002) und Pachta u. Špocht (2002)

## **4.4. Politische Rahmenbedingungen**

Die gegenwärtigen zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Tschechien, Polen und der Slowakei sind durch übereinstimmende außenpolitische Ziele geprägt, im deren Mittelpunkt die fortschreitende Integration in der Europäischen Union und in der NATO stehen.

Als Indikator für die Qualität der diplomatischen Beziehungen zwischen Tschechien, Polen und der Slowakei nach 1989 kann die sog. ‚Višegrader 4 –Gruppe‘ bezeichnet werden. Die Bemühungen um die Revitalisierung der Višegrad-Kooperation nach 1998 (vgl. Fußnote 43) sprechen dafür, dass die beteiligten Regierungen sich der Bedeutung einer regionalen Länderkooperation in der europäischen Politik bewusst sind. Deutlich werden dabei aber auch Schwächen der Zusammenarbeit. Die Višegrad-Zusammenarbeit war während ihrer ganzen Existenz durch sich wiederholende ‚Handelskriege‘, unterschiedliche Strategien bei den EU-Beitrittsverhandlungen der einzelnen Bündnisstaaten sowie durch deren mangelnde Abstimmung in den außenpolitischen Fragen geprägt. Sehr empfindlich reagierte die Zusammenarbeit der Višegrad-Gruppe auf Veränderungen auf der politischen Szene im jeweiligen Mitgliedstaat. Diese Symptome und viele weitere sprechen dafür, dass diese Länderzusammenarbeit nicht aus einer Überzeugung für die Durchsetzung eines ‚mitteleuropäischen Ziels‘ im breiten politischen Spektrum in jedem Mitgliedstaat hervorgeht; sie ist vielmehr ein durch außenpolitische Rahmenbedingungen erzwungenes Zweckbündnis, dessen Handlungsfähigkeit durch Durchsetzung von kurzfristigen und sich gegenseitig konkurrierenden nationalen Zielen leidet. Nach NOVÁK (2002) besteht ein erheblicher Defizit der Višegrad-Kooperation darin, dass sie nur auf der Regierungsebene stattfindet, ohne die Zusammenarbeit der regionalen und kommunalen Akteure wesentlich förderlich zu beeinflussen.

Die europäische Integrationspolitik und die EU-Mitgliedschaft Tschechiens, Polens und der Slowakei seit 01.05.2004 bewirken fortschreitende Harmonisierung der nationalen Gesetze und Instrumente in allen politischen Handlungsbereichen: Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Sozial- und Krankenversicherung sowie Anerkennung von Schulabschlüssen und Ausweisen und Vereinfachung des Personenverkehrs. Die Produkte der europäischen Integrationspolitik in diesem Grenzraum – gemeinsamer Binnenmarkt mit Freizügigkeit der Arbeitskräfte und fortschreitende Vereinfachung im Kapital- und Personengrenzverkehr lassen eine Intensivierung der Beziehungen zwischen den Grenzregionen vermuten.

Die Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen in den letzten 10 Jahren ist durch eine rasante Stärkung der regionalen sowie der europäischen Einflussebene geprägt. In diesem umfangreichen Transformationsprozess, der im Kontext des Beitrittsprozesses der Länder erfolgte, musste eine Reihe von Reformen umgesetzt werden, die auf eine legislative Harmonisierung mit dem Regelwerk der Europäischen Union abzielten. Zentrale Stellung unter den Reformen nehmen in Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor allem die Neuordnung der Gebietsverwaltung, die damit verbundene Neuausrichtung der Regionalpolitik und ihre Eingliederung in das regionalpolitische Instrumentarium der Europäischen Union. Auf diese beiden Themenbereiche wird im Folgenden näher eingegangen.

### **4.4.1. Neuordnung der Gebietsverwaltung**

Die Reform der territorialen Strukturen hängt mit dem Themenbereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit essentiell zusammen. Denn regionale und kommunale Verwaltungen nehmen unter den Akteuren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

eine zentrale Stellung ein. Die Verwaltungsreform schaffte grundlegende Veränderungen in der Verteilung von Kompetenzen (rechtliche Dimension), im System der Finanzierung der Verwaltungsstrukturen (Fiskalreform) sowie in ihrer räumlichen Wirksamkeit (räumliche Dimension). Im Folgenden wird im Schwerpunkt auf die Merkmale fokussiert, die im Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit besonders relevant sind, wie Unterschiede zwischen Administrationsstrukturen und deren Zuständigkeiten und Verwaltungskapazitäten.

Mit der demokratischen Wende von 1989/90 setzte der Prozess der Demokratisierung der territorialen Verwaltungsstrukturen und deren Dezentralisierung. Die Verwaltungsreform erfolgte in mehreren Phasen. Der zentrale Teil der Reformen war Wiedereinführung der selbstverwaltenden Gebietskörperschaften auf der lokalen (Gemeinden und Städte) und regionalen Ebene sowie Übertragung von legislativen und exekutiven Befugnissen von den zentralen und regionalen Instanzen der staatlichen Verwaltung. Folgende Tabelle liefert eine Übersicht der jetzigen Verwaltungsstrukturen mit Zeitangabe der Reformumsetzung.

Obwohl der Reformprozess in Tschechien, Polen und der Slowakei durch unterschiedliche historische Vorbedingungen, unterschiedliche politische Konzeptionen und Verfahrensschritte und deren unterschiedlichen Zeitablauf gekennzeichnet ist, lassen sich im Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit folgende gemeinsame Merkmale feststellen:

1. In allen drei Ländern wurde die Reform auf der kommunalen Ebene bereits in 1990 (Polen) bzw. 1992 (CZ und SK) umgesetzt.
2. Die Neuordnung der mittleren (Kreisebene) und auf der regionalen Verwaltungsebene folgte aufgrund heftiger politischer Kontroversen mit einem erheblichen Zeitabstand: 1999 in Polen, 2000 und 2003 in Tschechien und 2002 in der Slowakei. Diese Übergangszeit, in der die alten staatlichen Regionalverwaltungen entweder abgeschafft wurden (wie bereits 1990 Bezirksverwaltungen in CZ) oder die als handlungsunfähige Relikte bis zur Reform überlebten, bedeutete ein regionalpolitisches Vakuum (vgl. Labounková 1996, S. 107), das sich negativ auch auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausgewirkt hat. Durch das Fehlen der regionalen Selbstverwaltungsorgane war es erforderlich, die Umsetzung von Programmen PHARE CREDO/CBC im Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich der zentralen Verwaltungen zu legen (vgl. Horáček 1996, S.22f).
3. Erst mit der Umsetzung der Verwaltungsreform wurden regionale Verwaltungsorgane Subjekte der Regionalentwicklung. In ihrem Kompetenzbereich liegt seitdem auch das Recht, mit anderen regionalen Gebietskörperschaften eines anderen Staates Kooperationsabkommen zu schließen und Kooperationsaktivitäten durchzuführen. Eine Voraussetzung dafür ist aber eine Vertragsgrundlage zwischen den Regierungen der betreffenden Staaten.
4. Obwohl die territorialen Strukturen der öffentlichen Verwaltung grundlegend verändert wurden, handelt es sich bei allen drei untersuchten Ländern weiterhin um Einheitsstaaten – die obersten Exekutivbefugnisse bezüglich der Programmumsetzung liegen bei Ministerien auf der Staatsebene. Im Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ergeben sich daraus mögliche Defizite im Informationsaustausch und in Flexibilität bei Entscheidungsfindung, die vergleichbare hierarchische Struktur wirkt sich aber eher förderlich aus.
5. Nach mehr als 45 Jahren des totalitären Regimes wurden lokale und regionale Selbst-

verwaltungen wieder eingeführt. Der Ablauf der Verwaltungsreform macht deutlich, dass die regionale Ebene bei der Dezentralisierung keine entscheidende Rolle spielte, deren treibende Kraft waren Anforderungen, die die Europäische Kommission auf die Länder im Rahmen der Beitrittverhandlungen stellte. Das indiziert ein Fehlen von regionaler Identität und eine geringe öffentliche Akzeptanz der Regionalverwaltungen.

6. In Polen und in der Slowakei besteht auf der regionalen Ebene eine Doppelspitze – aus dem normalerweise für die Rechtsaufsicht über die lokale und regionale Selbstverwaltungen zuständigen Vertreter der Zentralregierung auf der einen und dem gewählten Vorsitzenden der Selbstverwaltungsorgane auf der anderen Seite. Die unklare Aufgabentrennung zwischen dem Staat und der regionalen Selbstverwaltung führt zu erheblichen Reibungen in Polen zwischen dem Regionalpräsidenten („Marszałek“) und dem Wojewoden als Vertreter des Staates (vgl. Haase 2004, vgl. auch Tab.17, S. 76).
7. Nach den Fortschrittsberichten der Kommission (EK, 2003) verfügen die kommunalen Selbstverwaltungen über eine deutlich unzureichende administrative Kapazität, wodurch die Ausführung ihrer Aufgaben beeinträchtigt wird. Dies betrifft vor allem eine hohe Anzahl von kleineren grenznahen Gemeinden, die im Zuge der Verwaltungsreform ihren Selbstverwaltungsstatus erworben haben. Da diese Kommunen meistens nicht bereit sind, sich mit ihren benachbarten Einheiten wieder zusammenzuschließen, wird dieses Problem die Aktionsfähigkeit der kleineren Gemeinden sehr wahrscheinlich für eine längere Zeit einschränken.
8. Eine weitere gemeinsame Schwäche der kommunalen Selbstverwaltung sieht die Kommission (EK, 2003) in deren hoher Abhängigkeit vom Staatshaushalt. In der Tschechischen Republik belaufen sich die Transferzahlungen aus dem Staatshaushalt durchschnittlich auf ca. 65% der Einnahmen der Kommunalverwaltung und in Polen auf rd. 75 %. Es wird deutlich, dass die Abhängigkeit bei den Kommunen im Grenzgebiet, deren Eigeneinnahmen sich in der Regel deutlich unter dem Landesdurchschnitt belaufen, sehr stark ist. In diesem Zusammenhang deutet sich ein wesentliches Hemmnis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an: Die knappe Haushaltslage schränkt eigene Kooperationsaktivitäten der Kommunen sowie ihre Integration in Kooperationsstrukturen (Regionale Vereinigung, Euroregion) deutlich ein.

	Polen	Tschechien	Slowakei
Kommunale Ebene	Selbstverwaltende Städte und Gemeinden (1990)		
Mittlere Ebene	Kreise ( <i>Powiaty</i> ) und Kreisfreie Städte Selbstverwaltung (Jan. 1999)	Mikroregionen ( <i>Obce s rozšířenou působností</i> ) Selbstverwaltung (Jan. 2003)	Kreise ( <i>Okresy</i> ) Staatliche Verwaltung (Ohne Reform)
Regionale Ebene	16 Regionen ( <i>Województwie</i> ) Doppelstruktur <sup>1</sup> (Jan. 1999)	14 Regionen ( <i>Kraje</i> ) Nur Selbstverwaltung (Jan. 2000)	8 Regionen ( <i>Kraje</i> ) Doppelstruktur (Jan. 2002)

**Tab. 17: Regionale und lokale Verwaltungsstrukturen im Vergleich** (in den Klammern steht die Zeitangabe der Reform)

<sup>1</sup> Doppelstruktur: Organe der staatlichen Verwaltung sowohl als auch der Selbstverwaltung

Quellen: EK (2003a,b,c)

#### 4.4.2. Regionalpolitische Rahmenbedingungen

Die regionalpolitischen Rahmenbedingungen in der Tschechischen und Slowakischen Republik sowie in Polen wurden während des Beitrittsprozesses institutionell, inhaltlich sowie prozessual an die EU-Regionalpolitik schrittweise angeglichen. Diese Systemangleichung schafft eine vergleichbare Grundlage für eine integrale Entwicklung in den Grenzregionen sowie erleichtert wesentlich deren Zusammenarbeit. Es waren die EU-Förderprogramme PHARE (Stärkung von Institutionen, Aufbau der technischen und sozialen Infrastruktur; seit 1990), ISPA (Umwelt- und Verkehrsinfrastruktur, seit 2000) sowie SAPARD (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung; seit 2000), die zu den wichtigsten regionalpolitischen Instrumenten in den Beitrittsstaaten wurden. Diese Förderprogramme haben die Länder bei der Bewältigung der wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Transformation finanziell maßgeblich unterstützt. Die Bedeutung dieser Vorbeitrittshilfe liegt jedoch nicht weniger auch in der Vorbereitung der künftigen Mitgliedstaaten auf die Umsetzung der EU-regionalpolitischen Instrumente. Dadurch sollten beim Umstieg in die gemeinschaftliche Regionalpolitik viele Probleme verhindert werden, die es bei den früheren Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaft gab und die dazu führten, dass die verfügbaren Fördermittel durch die neuen Mitgliedstaaten in den ersten Jahren nach dem Beitritt nicht im vollen Maße beansprucht werden konnten.

Seit dem EU-Beitritt (01.05.2004) partizipieren die neuen Mitgliedstaaten an der gemeinsamen EU-Regionalpolitik. Aus dem Kohäsionsfonds, dessen Programme auf der Staatsebene implementiert werden, ergeben sich auch für die Grenzregionen der neuen Mitgliedstaaten bedeutende Entwicklungsimpulse im Bereich der Umwelt- und Verkehrsinfrastruktur.

Unter den Förderinstrumenten (Periode 2000-2006), die an der Regionalebene implementiert werden, nimmt die Ziel-1-Förderung einen Schlüsselrang ein. Da die untersuchten Grenzregionen im Dreiländeck in der Wirtschaftsleistung (BIP) unter 50% des EU-Durchschnittsniveaus liegen, werden sie unter zur Zeit geltenden Förderkriterien (BIP 75% des ØEU) über einen längeren Zeitraum in die umfassende Ziel-1-Förderung fallen. Neben der Förderung aus dem Strukturfonds bieten die Gemeinschaftsinitiativen INTERREG A/B/C, INTERACT (Vernetzung der INTERREG-Verwaltungsstellen), ESPON (europäische Raumplanung) den Grenzregionen neue Entwicklungsmöglichkeiten. In Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist die Initiative INTERREG A als Nachfolge des Programms PHARE CBC von besonderer Bedeutung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Beteiligung an der EU-Regionalpolitik den Grenzregionen der neuen Mitgliedstaaten umfassende Förderungsmöglichkeiten ermöglicht, die es in diesem Grenzraum in dieser Größenordnung in der Vergangenheit nicht gegeben hat.

Für den nächsten Planungszeitraum 2007-2013 wird eine Reform der EU-Kohäsionspolitik vorbereitet. Nach den jetzigen Vorschlägen der Europäischen Kommission sollen die wichtigsten Instrumente der EU-Kohäsionspolitik auch künftig weiter geführt werden. Die vorgeschlagene Schaffung eines neuen Hauptzieles ‚Europäische territoriale Zusammenarbeit‘ spricht für eine wachsende Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die zu einer europäischen politischen Priorität wurde.

Die regionalpolitischen Rahmenbedingungen sind in Hinsicht auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit somit als sehr günstig zu bewerten und lassen positive Wirkung auf die Entwicklung der Zusammenarbeit vermuten. Zu prüfen bleibt jedoch, inwieweit die programmbezogene EU-Förderung von Einzelmaßnahmen zur Aktivierung der regionalen

Akteure und zur Entfaltung einer Eigendynamik bei der Zusammenarbeit beitragen kann.

Auf die Programme zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit PHARE CBC und INTERREG IIIA wird daher in den folgenden Kapiteln näher eingegangen. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Bewertung von Fördermöglichkeiten, die die Programme bieten sowie von Anforderungen, die durch die Programmumsetzung an die regionalen Akteure gestellt werden.

#### **4.4.3. Umsetzung des Programms PHARE CREDO/CBC im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum**

Die Förderung der Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurde im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum 1997 durch das Instrument PHARE CREDO begonnen. In den ersten zwei Förderjahren wurden in seinem Rahmen bilaterale Programme für die tschechisch-polnische und die tschechisch-slowakische Grenze implementiert. Die Umsetzung der Programme PHARE-CREDO verlief im Zuständigkeitsbereich der ministeriellen Verwaltungsstellen. Obwohl PHARE CREDO aufgrund seiner geringen finanziellen Ausstattung nur eingeschränkte Umsetzungsmöglichkeiten bot, erleichterte es den Anlauf des darauf folgenden Programms PHARE CBC in 1999 wesentlich – es konnten euroregionale Strukturen aufgebaut sowie Projekte zur Knüpfung von grenzüberschreitenden Kontakten durchgeführt.

Die PHARE CBC-Förderung (1999-2003) im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum erfolgte lediglich in Form von bilateralen grenzenbezogenen Programmen. Es wurde kein trilaterales Programm im Dreiländereck implementiert. Darüber hinaus war die PHARE CBC –Förderung an den einzelnen Grenzen im Dreiländereck sehr differenziert: Während die tschechisch-polnische sowie die slowakisch-polnische Zusammenarbeit in 5 Jahresprogrammen mit rd. jeweils 10 Mill. EUR jährlich unterstützt wurde, wurde die Förderung an der tschechisch-slowakischen Grenze nach dem ersten Jahresprogramm von 1999 (rd. 4,0 Mill. EUR) eingestellt. Diese differenzierte PHARE-CBC –Förderung an den einzelnen Grenzenabschnitten hat im Wesentlichen zu einer unterschiedlichen Entwicklungsdynamik bei der Herausbildung von Kooperationspartnerschaften und zu deren bilateralen Ausrichtung geführt.

Aus der Chronologie der PHARE-Förderung im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck geht im Vergleich zu den tschechischen und polnischen Grenzregionen an der deutschen Grenze eine zeitliche Verzögerung hervor. Das Programm PHARE CBC wurde dort bereits seit 1995 implementiert. Deutlich unterschiedlich war auch die Verteilung der Fördermittel: Ihr Anteil an der tschechisch-polnischen Grenze war im Zeitraum 1995-2003 weniger als 30% des Volumens, das an den Grenzenabschnitten CZ/D bzw. PL/D im gleichen Zeitraum zur Verfügung stand. Bei der Slowakei ergibt sich eine ähnlich gravierende Diskrepanz zwischen der Grenze zu Österreich und den anderen slowakischen Grenzenabschnitten. In diesem Zusammenhang lassen sich Vermutungen aufstellen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum weniger entwickelt ist als in den Grenzgebieten zu den EU-Altmitgliedstaaten.

Die PHARE-CBC-Förderung wurde mit dem Jahresprogramm 2003 beendet und durch die Initiative INTERREG IIIA ersetzt. Das untersuchte Dreiländereck ist seit 2004 Teil von drei



selbständigen binationalen INTERREG IIIA -Programmen, wie folgende Tabelle 18 und Karte 4 (S. 81) verdeutlichen.

Gebietseinheit (NUTS III)	Programm INTERREG IIIA Tschechien-Polen	Programm INTERREG IIIA Tschechien-Slowakei	Programm INTERREG IIIA Slowakei-Polen
Moravskoslezský kraj (CZ)	XXXXXXXXXXXXXX	XXXXXXXXXXXXXX	
Žilinský kraj (SK)		XXXXXXXXXXXXXX	XXXXXXXXXXXXXX
Podregion Bielsko-bialski (PL)	XXXXXXXXXXXXXX		XXXXXXXXXXXXXX
Podregion Rybnicko-jastrzębski (PL)	XXXXXXXXXXXXXX		

**Tab. 18: Förderfähigkeit der Grenzregionen im Dreiländereck im Rahmen der INTERREG IIIA-Programme**

Im Folgenden werden beide Förderinstrumente analysiert und miteinander verglichen. Es soll der Frage nachgegangen werden, ob der Umstieg vom PHARE CBC auf die INTERREG IIIA –Förderung eine Veränderung der Förderbedingungen darstellt und welche Möglichkeiten bzw. Gefahren für die künftige Entwicklung der Zusammenarbeit damit verbunden sind. Als Kriterien werden die inhaltliche Ausrichtung des Programms (Prioritäten), die Implementierungsstruktur und die Finanzmittelausstattung bewertet.

#### 4.4.3.1. Inhaltliche Ausrichtung der Programme

Das Programm PHARE CBC war ein Bestandteil der Vorbeitrittshilfe PHARE. Daher war es entsprechend der Beitrittsstrategie inhaltlich sehr stark integrativ ausgerichtet. Der Schwerpunkt lag dabei im Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, in der Stärkung von regionalen Verwaltungen und Organisationen und deren grenzüberschreitenden Vernetzung sowie in der Intensivierung der kulturellen Austauschbeziehungen im „Soft“-Bereich. Die Initiative INTERREG IIIA ist hingegen als Ergänzung zu den bedeutendsten Instrumenten der EU-Regionalpolitik (Ziel-1-Förderung, Kohäsionsfonds) konzipiert und soll nur für Projektbereiche eingesetzt werden, die zur Lösung von Entwicklungsproblemen in den Grenzregionen beitragen.

Die proklamierte Änderung in der Programmausrichtung wird durch einen Vergleich der Programmdokumente PHARE CBC und INTERREG IIIA für die tschechisch-polnische Grenze deutlich. Im Gegensatz zu einer sehr umfassenden und diversifizierten Prioritäten- setzung beim Programm PHARE CBC stellt man bei INTERREG IIIA eine deutliche Reduktion der Förderprioritäten und Maßnahmen fest. Im Bereich der Verkehrs- u. Umwelt- infrastruktur zeichnet sich eine Abkehr von großen Investitionsprojekten (Brücken, Straßen) zu kleineren Baumaßnahmen (Kläranlagen, Abwassersysteme) in unmittelbarer Grenznähe ab. Während die Schwerpunktsetzung vom PHARE CBC im soziokulturellen Bereich in der Förderung von Kooperationen zwischen öffentlichen Institutionen und in der Stärkung von kulturellen Beziehungen lag, gewinnt die Vernetzung von KMU und Förderung von lokalen Beschäftigungsinitiativen bei der Initiative INTERREG IIIA an Bedeutung. Den im INTERREG IIIA forcierten Maßnahmen lässt sich im Regelfall ein konkreter direkter grenzüber- schreitender Ansatz entnehmen, bei den PHARE CBC -Maßnahmen lag der Schwerpunkt hingegen vor allem in der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit.

Im Unterschied zum PHARE CBC werden im INTERREG IIIA neben öffentlich rechtlichen sowie privat-rechtlichen gemeinnützigen Institutionen (Organisationen) auch gewinnorientierte Wirtschaftssubjekte (kleinere und mittlere Unternehmen) in die Förderung einbezogen. Diese Neuerung bietet erhebliches Potenzial für Entwicklungen von grenzüberschreitenden Dienstleistungen in den Branchen Fremdenverkehr und Beratungsdienstleistungen.

#### 4.4.3.2. Fördervolumen und Gebietsrelevanz

Die folgende Tabelle 19 (S. 79) bietet einen Vergleich der Programmen PHARE CBC und INTERREG IIIA (jeweils drei Programmjahre) durch die indikative Fördermittelverteilung an den einzelnen Grenzen. Es ist erkennbar, dass der Umstieg auf INTERREG IIIA -Förderung keine allgemeingültige Budgetaufstockung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bedeutet. Die Fördermittel für die tschechisch-polnische Zusammenarbeit wurden zwar um ca. 3,0% erhöht, für die Zusammenarbeit an der polnisch-slowakischen Grenze bringt die INTERREG-Förderung jedoch eine deutliche Kürzung der Fördermittel um 18%. An der tschechisch-slowakischen Grenze ändert sich die Förderlage grundsätzlich: Nach 4 Programmjahren ohne Förderungsanspruch werden hier im INTERREG IIIA für 2004-2006 insgesamt 8,0 Mill. EUR (CZ) und 4,7 Mill. EUR (SK) zur Verfügung gestellt. Die deutlich unterschiedliche Höhe der Fördermittel in den Grenzgebieten kann jedoch zu Problemen bei der Aufstellung sowie Umsetzung von gemeinsamen Projekten führen.

Grenze		PHARE CBC in Zeitraum 2001-2003 (in Mill. €)	INTERREG IIIA 2004-2006 (in Mill.)
CZ/PL	CZ	15,0	14,6
	PL	15,0	18,0
CZ/SK	CZ	0,0	8,0
	SK	0,0	4,7
SK/PL	SK	12,0	9,5
	PL	12,0	10,5

**Tab. 19: Verteilung der Fördermittel von PHARE CBC und INTERREG IIIA (indikativ) an den einzelnen Grenzen im Vergleich.**

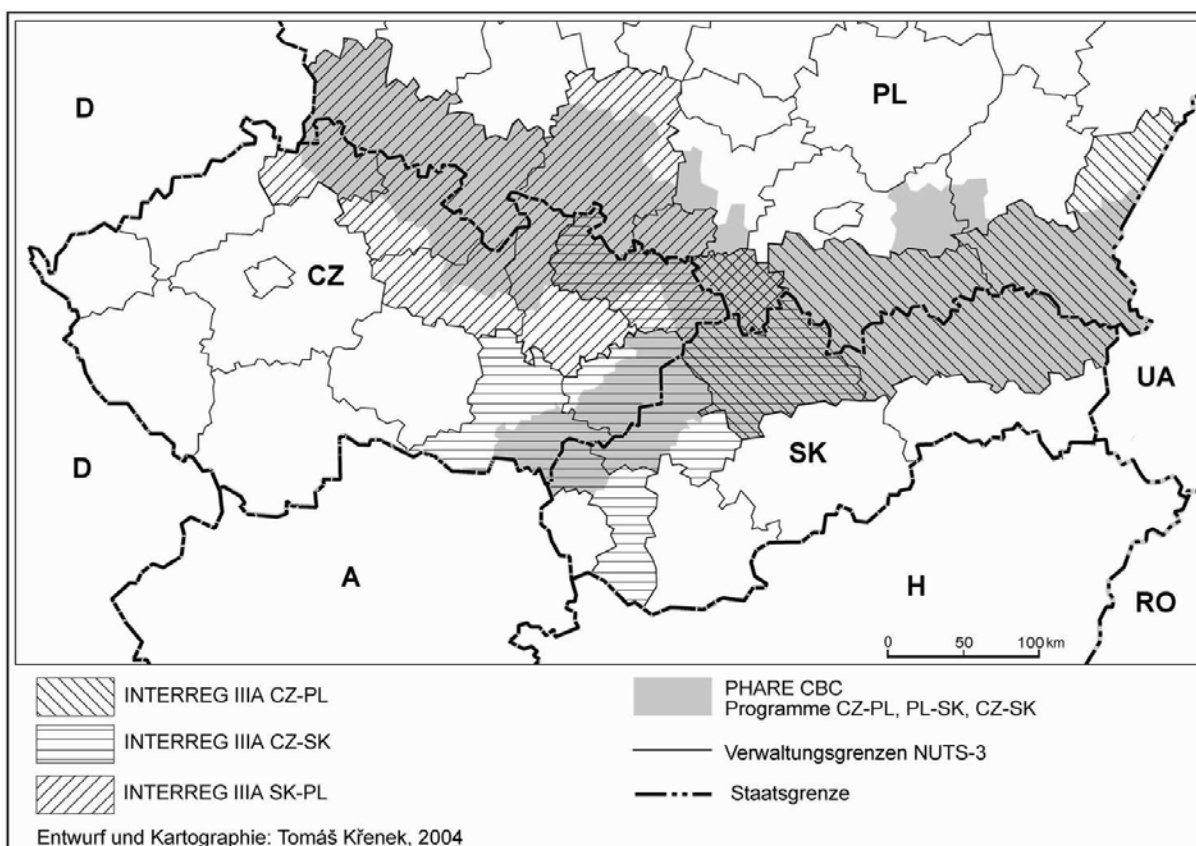
Quellen: MMR ČR (2004a,b), MVRR SR (2003)

Betrachtet man aber das Finanzvolumen der Initiative INTERREG IIIA im Kontext mit weiteren Förderinstrumenten der EU-Regionalpolitik, die den neuen Mitgliedstaaten und deren Regionen jetzt bereitstehen, wird es deutlich, dass die Förderungsmöglichkeiten für die Grenzregionen in 2004-2006 wesentlich vielfältiger und finanziell besser ausgestattet sind. Der gesamte untersuchte Grenzraum kommt in den Genuss der bedeutendsten Instrumente der EU-Regionalpolitik: Die Ziel-1-Förderung aus dem Strukturfonds EFRE (komplexe Regionalförderung) sowie die Förderung aus dem EU-Kohäsionsfonds (Investitionsprojekte im Bereich der Verkehrs- und Umweltinfrastruktur). Förderliche Impulse für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit lassen sich auch von anderen Initiativen erwarten; hier ist vor allem die Gemeinschaftsinitiative INTERACT zur verwaltungstechnischen Unterstützung bei der Implementation vom INTERREG (A,B,C) oder auch die Initiativen EQUAL (Entwicklung von Human-

ressourcen) und ESPON (Monitoringsnetzwerk für europäische Raumplanung) zu nennen.

Mit dem Beginn der Umsetzung von den INTERREG IIIA -Programmen änderte sich die Abgrenzung der förderfähigen Kooperationsgebiete. Für das PHARE CBC galten als förderungsfähige Grenzregionen angrenzende Verwaltungseinheiten auf der Kreisebene. Dies entspricht der Ebene LAU-1 (*okresy* in Tschechien und in der Slowakei, *powiaty* in Polen). Für die INTERREG IIIA –Förderung wird das Programmgebiet anhand der angrenzenden Verwaltungseinheiten der übergeordneten Ebene NUTS-3 definiert. Daraus ergibt sich eine deutliche Ausweitung des förderfähigen tschechischen Grenzgebietes in den INTERREG-Programmen CZ/SK sowie CZ/PL rund um das Zweifache, genauso wie beim slowakischen Fördergebiet im Programm CZ/SK. In den polnischen Grenzgebieten ändert sich hingegen die Gebietskulisse mit dem Umstieg auf die INTERREG-Förderung nicht wesentlich. Im untersuchten Dreiländereck stellt man eine erhebliche Vergrößerung der Gebietskulisse im tschechischen und slowakischen Grenzgebiet fest, während das förderfähige Grenzgebiet in Polen sogar schrumpfte (vgl. Karte 4, S. 80).

Angesichts der stark ausgeprägten Disparitäten zwischen den Grenzkreisen (Kernzone im Dreiländereck) und dem grenznahen Binnenland und der dadurch bedingten spezifischen Entwicklungsprobleme kann die territoriale Ausweitung des förderfähigen Kooperationsraumes als kontraproduktiv angesehen werden. Es besteht Gefahr einer zu starken Gebietszersplitterung der Maßnahmen, indem man förderungsbedingt versuchen wird, auch Kooperationen in einer größeren Entfernung von der Grenze künstlich zu entwickeln, ohne dass die Kriterien der Konzentration (Voraussetzung für Entfaltung von Synergieeffekten) und der nachhaltigen grenzüberschreitenden Wirkung bei der Projektauswahl genügend berücksichtigt werden.



**Karte 4: Die Gebietskulisse der bilateralen Programme PHARE CBC (1999-2003) und INTERREG IIIA (2004-2006) für Tschechien, Polen und die Slowakei**

#### **4.4.3.3. Implementierungsstruktur**

##### **Beteiligung der regionalen Ebene an der Programmumsetzung**

Trotz der Kompetenzstärkung der regionalen Ebene infolge der Neuregelung vom PHARE CBC in 1998 lagen alle Entscheidungsbefugnisse bei der Programmumsetzung bis 2003 bei den zentralen Verwaltungsstellen (Ministerien und deren untergeordneten Durchführungsstellen). Die sich während dessen konstituierte regionale Umsetzungsebene (Regionalverwaltung, regionale Entwicklungsagenturen, Euroregionen) wurde schrittweise stärker in die Projektauswahl (Entscheidungskompetenz bei der regionalen Projektvorauswahl) und in den Monitoring als Beratungsorgan involviert. Die Programmplanung mit Indikation der Finanzmittel wurde bei PHARE CBC auf zentralstaatlicher Ebene durchgeführt. Obwohl diese zentrale Programmierung auf der Basis von regionalen Entwicklungsdokumenten und in einer „engen Zusammenarbeit“ mit den regionalen Gremien aufgestellt wurden, scheint es fraglich, ob die regionalen Prioritäten bei der PHARE CBC-Programmierung durchgesetzt werden konnten.

Der Umstieg auf die Initiative INTERREG IIIA erfordert keine grundsätzliche Änderung in der bestehenden Umsetzungsstruktur sowie Kompetenzverteilung. Die Programmimplementierung (Programmierung, Projektauswahl, Finanzverwaltung, Monitoring, Kontrolle) liegt weiterhin im Verantwortungsbereich der zentralstaatlichen Verwaltungsstellen (Ministerien), die als Verhandlungspartner mit der Europäischen Kommission tätig sind. Im Vergleich zum PHARE CBC werden jedoch die regionalen Gremien in die Umsetzungsprozesse – vor allem in die Programmierung und die Projektauswahl - stärker und mit Mitentscheidungsrecht involviert.

Mit ihrer Kompetenzstärkung erwerben die regionalen Verwaltungen und andere regionalen Gremien, die an der Programmumsetzung beteiligt sind, allmählich breitere Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten. Ob es Ihnen aber gelingen wird, das Potenzial zu einer stärkeren Durchsetzung der euroregionalen Interessen in der Programmumsetzung zu nutzen, bleibt zu prüfen. Ein Risiko stellt in diesem Zusammenhang eine geringe Erfahrung der regionalen Akteure mit der Umsetzung von Programmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie mit Anwendung von Instrumenten der EU-Regionalpolitik allgemein dar.

Eine weitere Gefahr sind nach der Sicht der EK (2003a,b,c) nach wie vor bestehende Schwächen in den verwaltungstechnischen sowie Kaderkapazitäten der lokalen und regionalen Verwaltungen.

##### **Integritätsgrad bei der Programmumsetzung**

Die Umsetzungsstruktur bei der Initiative INTERREG IIIA ist wesentlich integraler konzipiert als beim PHARE CBC. Während die Implementierung auf der zentralen Umsetzungsebene beim PHARE CBC in jedem Partnerland getrennt und selbständig durchgeführt wurde, werden alle Schritte auf der überregionalen Umsetzungsebene (die Koordinierung, Finanzverwaltung, Monitoring, Auswertung, Kontrolle) im INTERREG IIIA durch gemeinsame Durchführungsstellen (Lenkungsorgan, Zahlungsorgan, Gemeinsames technisches Sekretariat) abgewickelt.

Auch die Projektauswahl zeichnet sich durch eine höhere Integrität aus: Während beim

PHARE CBC der Endauswahl der Projekte durch Vertreter aus beiden nationalen Seiten im Gemeinsamen Kooperationsausschuss (JCC) drei nationale Vorauswahlrunden vorausgingen, erfolgt die Projektauswahl bei der Initiative INTERREG IIIA gemeinsam und einmalig durch den gemeinsamen Lenkungsausschuss. Im Lenkungsausschuss sind Vertreter der zentralen sowie der regionalen Ebene aus beiden Partnerstaaten. Beide nationale Delegationen entscheiden im Konsensprinzip über die Auswahl anhand von Bewertungen, die durch die jeweilige Regionalverwaltung und anschließend durch das Gemeinsame technische Sekretariat ausgearbeitet wurden. Im Gegensatz zu PHARE CBC bedarf die Auswahlentscheidung des gemeinsamen Lenkungsausschusses keiner Bestätigung der Europäischen Kommission bzw. des PHARE-Lenkungsausschusses.

Die höhere Integrität bei der Umsetzung der INTERREG IIIA –Programme könnte eine höhere Flexibilität der Programme hinsichtlich der Prioritätensetzung sowie Stärkung der grenzüberschreitenden Dimension der Programmierung und damit auch Integration der Grenzgebiete bewirken.

Die Bewertung der Einflüsse der politischen Rahmenbedingungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ergibt folgendes SWOT-Profil:

<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Günstige politische Rahmenbedingungen durch die EU-Integration</li> <li>▪ Verringerung von Systemgrenzen durch Anpassung der nationalen Systeme</li> <li>▪ Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als regionalpolitisches Instrument der EU (PHARE CREDO/CBC) Umsetzung von INTERREG IIIA mit dezentralisierter Umsetzung (seit 2005)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ungelöste Fragestellungen in Gesetzgebung sowie Verwaltungsexekutive (Kompetenzverteilung, personelle Kapazität) lähmen die Kooperation</li> <li>▪ Geringe Erfahrungen der Akteure mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als regionalpolitisches Instrument</li> <li>▪ Verwaltungstechnisch aufwendige Umsetzung der PHARE-Kleinprojekte</li> <li>▪ Förderung durch getrennte bilaterale Programme mit unterschiedlichen Förder volumen an den einzelnen Grenzenabschnitten im Dreiländereck</li> <li>▪ geringe Absorptionskapazität der Regionen für die EU-Förderung</li> <li>▪ INTERREG-Förderung im Dreiländereck weiterhin durch drei getrennte bilaterale Programme</li> </ul>
<b>Chancen</b>	<b>Gefahren</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Dynamische Intensivierung der Zusammenarbeit</li> <li>▪ Etablierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im regionalpolitischen Instrumentarium durch aufgrund der INTERREG-Förderung</li> <li>▪ Stärkung der regionalen Akteure</li> <li>▪ Stärkung der Kooperationsstrukturen (Regionalverbände, Euroregionen)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Behinderung von trilateralen Kooperationen</li> <li>▪ Vertiefung der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik an den einzelnen Grenzenabschnitten</li> <li>▪ Eine ‚Schnellgärung‘ der Zusammenarbeit bei geringer Akzeptanz bei der Grenzbevölkerung</li> </ul>

**Tab. 20: SWOT ‚Politische Rahmenbedingungen‘**

## 4.5. Charakteristik des Grenzregimes

Der Verkehr von Menschen, Waren, Kapital und Informationen über die Staatsgrenze hinweg wird durch deren gesetzlichen Status geregelt. Restriktive legislative Rahmenbedingungen schränken den grenzüberschreitenden Verkehr ein und mindern damit die Durchlässigkeit der jeweiligen Grenze. In diesem Abschnitt werden die legislativen Rahmenbedingungen an den drei untersuchten Grenzenabschnitten analysiert; das Ziel der Analyse ist zu bewerten, wie der Status der jeweiligen Grenze deren Durchlässigkeit und dadurch auch die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (gegenseitige Kontakte, Fremdenverkehr, wirtschaftliche Nutzung) im Grenzraum beeinflusst.

### 4.5.1. Status der Grenzen

Tschechien, Polen sowie die Slowakei sind seit dem 01. Mai 2004 Mitglieder der Europäischen Union. Da sie - wie auch die anderen neuen EU-Mitgliedstaaten – voraussichtlich erst nach 2007 in das Schengen-System vollständig integriert werden, besitzen ihre gemeinsamen Grenzen den Status einer Staatsgrenze außerhalb des Schengenraumes mit einem eingeschränkten Personenverkehr. Die Grenzen sind somit nur auf offiziell ausgewiesenen Grenzübergängen oder Übertrittsstellen zu passieren, die Personenkontrollen werden durchgeführt.

### 4.5.2. ‚Kleiner‘ Grenzverkehr

Nach dem Schengen-Abkommen, das seit 1997 ein Bestandteil der *acquis communautaire* ist, sind die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, für einen konsequenten Schutz an den Außengrenzen zu sorgen. Demnach dürfen (auch vorübergehende) Außengrenzen der EU grundsätzlich nur an den offiziell ausgewiesenen Grenzübergängen zu den geltenden Verkehrszeiten passiert werden. Das Schengen-Abkommen lässt jedoch Ausnahmeregelungen in Form des sog. ‚kleinen Grenzverkehrs‘ zu, in dessen Rahmen Grenzübertritte auch außerhalb der offiziellen Grenzübergänge unter bestimmten Bedingungen möglich sind.<sup>27</sup> Der kleine Grenzverkehr bewährte sich bereits an mehreren europäischen Grenzen als Instrument zur Milderung der Barrierenwirkung der Grenze für die Lokalbevölkerung und Lokalwirtschaft, vor allem bei land- und forstwirtschaftlichen Aktivitäten.

Auch Tschechien, Polen und die Slowakei haben die Option des kleinen Grenzverkehrs bei der Anpassung der Grenzregimes an ihren Grenzen den Schengen-Kriterien für die Übergangszeit bis zu ihrem Beitritt der Schengen-Zone angewendet.

Der kleine Grenzverkehr an der tschechisch-slowakischen Grenze wurde durch ein Änderungsgesetz<sup>28</sup> von 2004 festgelegt. Dieses bilaterale Regierungsabkommen novelliert das frühere Abkommen über Vereinfachung des Grenzverkehrs von 1997, die den tschechischen

---

<sup>27</sup> Die Festlegung der Regelungen zum kleinen Grenzverkehr liegt im Kompetenzbereich des Europäischen Rates. Angesichts der Tatsache, dass zwei Anordnungen des ER, durch die der sog. ‚kleine Grenzverkehr‘ der EU-Mitglieder mit den Drittstaaten sowie mit den Mitgliedstaaten, an deren Grenzen Grenzkontrollen noch nicht abgeschafft wurden, sich erst zur Zeit in Vorbereitung befinden, gelten existierende Regelungen der Mitgliedstaaten als gewisses Standard für den kleinen Grenzverkehr.

<sup>28</sup> Vgl. ‚*Smlouva mezi Českou republikou a Slovenskou republikou, kterou se mění a doplňuje Smlouva mezi Českou republikou a Slovenskou republikou o úpravě hraničního režimu a o spolupráci na společných hranicích ze dne 29.10. 1992, ve znění smlouvy ze dne 18.08.1997*‘ vom 27.01.2004, Bratislava

und slowakischen Staatsbürgern sowie Angehörigen der visumfreien Drittstaaten erlaubte, die tschechisch-slowakische Grenze auch außerhalb der Grenzübergänge frei zu passieren.

Die sich aus diesem Gesetz ergebende sehr hohe Durchlässigkeit der neuen Grenze für den Personengrenzverkehr hatte einen wichtigen symbolischen Wert für die Bevölkerung beider Staaten. Sie stieß jedoch auf Unmut der Europäischen Kommission. Sie beklagte eine ungenügende Sicherung der Grenze gegen illegale Immigranten aus Drittstaaten (Siehe Tabelle unten) und forderte eine Angleichung des Grenzregimes auf „ein Standardniveau zwischen zwei souveränen Staaten außerhalb des Schengen-Raumes“ (vgl. Právo vom 16.09.2002, S.3).

Diese seitens der EU geforderte Verschärfung des Grenzregimes hatte schließlich eine Änderung des Grenzverkehrsabkommen zur Folge. Gemäß der Gesetznovelle bleiben Grenzübertritte außerhalb der regulären Grenzübergänge für Tschechen und Slowaken sowie für Staatsangehörige der EU und der visumfreien Drittstaaten weiterhin nur an offiziell ausgewiesenen Übertrittsstellen möglich. Festlegung solcher Stellen liegt im Zuständigkeitsbereich der betreffenden Nationalministerien, die bei ihrer Entscheidung Empfehlungen der Regionalbehörden berücksichtigen sollen. Die Grenzübertritte außerhalb dieser vereinbarten Stellen können für Einzelpersonen sowie Gruppen von den Kommunen in begründeten Fällen genehmigt werden. Um negative Einflüsse der Grenze auf die wirtschaftliche Tätigkeit sowie Landschaftspflege in der Grenznahe zu minimalisieren, räumt das Gesetz die Möglichkeit der freien Grenzübertritte für Forst- und Landwirtschaftsfahrzeuge sowie –Transportgüter auf Genehmigung frei. Das Gesetz regelt auch Benutzung der an den Grenzbergkämmen führenden touristischen Wanderwege: Personen, die sich auf dem Wanderweg befinden, dürfen ihn nur auf den ausgewiesenen Stellen wieder verlassen.

Das Änderungsgesetz von 2004 bedeutet zwar keine direkte Verschärfung des Grenzverkehrs an der tschechisch-slowakischen Grenze, es stellt aber für den Personenverkehr potenzielle Einschränkungen dar, da in diesem Gesetz die Anzahl der zu errichtenden Übertrittsstellen nicht festgelegt ist. Es kann angenommen werden, dass die Regierungen bemüht sein werden, die Anzahl der Übertrittsstellen aus Kostengründen sowie wegen deren kurzen Anwendungsdauer möglichst gering zu halten. Denn angesichts des wahrscheinlichen Beitritts beider Staaten zum Schengen-System in 2007 würden jegliche Grenzkontrollen an der tschechisch-slowakischen Grenze spätestens dann wieder abgeschafft.

Die Rechtsgrundlage für den kleinen Grenzverkehr zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Polen bildet das bilaterale Regierungsabkommen über den kleinen Grenzverkehr von 08.06.2000.<sup>29</sup> Das Abkommen erlaubt den tschechischen sowie polnischen Staatsbürgern, die in der vereinbarten Zone wohnhaft sind, die tschechisch-polnische Grenze nicht nur an den offiziellen Grenzübergängen, sondern auch an den für den kleinen Grenzverkehr ausgewiesenen Grenzübergängen zu passieren. Die Zone des kleinen Grenzverkehrs wird durch ganze Gebietseinheiten der Ebene LAU-1 (okresy, powiaty) festgelegt, die durch einen 15 Km breiten Streifen beiderseits der Grenze durchschnitten sind. Diese Erleichterung gilt aber weder für tschechische und polnische Staatsbürger, die außerhalb der Zone wohnhaft sind noch für Drittstaatenangehörige.

---

<sup>29</sup> „Smlouva mezi Českou republikou a Polskou republikou o malém pohraničním styku, kterou se mění Smlouva mezi Českou republikou a Polskou republikou o malém pohraničním styku podepsaná v Praze dne 17. ledna 1995“, 08.06.2000, Warschau. Dieses Abkommen novelliert das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr vom 17.01.1995. Die Änderungen bestehen im Wesentlichen in der Erweiterung der Zone des kleinen Grenzverkehrs und in Erleichterungen für Schulgruppen.

Der kleine Grenzverkehr an der slowakisch-polnischen Grenze findet seine rechtliche Grundlage im Regierungsabkommen zwischen der Slowakischen Republik und der Republik Polen vom 06.12.1996.<sup>30</sup> Inhaltlich ist dieses Gesetz mit dem tschechisch-polnischen Grenzabkommen prinzipiell identisch. Unterschiedlich wird hier jedoch der Geltungsbereich für den kleinen Grenzverkehr definiert: Durch Gemeinden, deren Kataster sich in einem Streifen von 15 Km in Luftlinie beiderseits der Grenze befinden. Daraus resultiert sich ein wesentlich kleineres Anwendungsgebiet im Sinne des Gesetzes im Vergleich zu der Grenze CZ/PL.

Folgende Tabelle 21 (S. 86) bringt eine Übersicht der wichtigen Merkmale des kleinen Grenzverkehrs an den jeweiligen Grenzabschnitten. Anhand der aufgeführten Merkmale ist es ersichtlich, dass die Durchlässigkeit der drei untersuchten Grenzenabschnitte deutlich unterschiedlich ist. Während die ‚Kleingrenzverkehr‘-Regelung an der tschechisch-slowakischen Grenze eine relativ sehr hohe Durchlässigkeit für den Personenverkehr verspricht, kann der kleine Grenzverkehr an der tschechisch-polnischen und der slowakisch-polnischen Grenze nur für Lokalbevölkerung eine Verbesserung der Durchlässigkeit der Grenze bewirken. Insbesondere die slowakisch-polnische Grenze bleibt wegen der knappen Abgrenzung des Anwendungsgebietes und wegen der verhältnismäßig kleinen Anzahl an Grenzübergängen ohne Einschränkung für breitere Bevölkerung sowie für Touristen weiterhin ein Hindernis. In diesem Zusammenhang werden Beeinträchtigungen im Austausch und bei der Zusammenarbeit über die Grenze hinweg vermuten.

Seit dem EU-Beitritt (01.05.2004) partizipieren Tschechien, Polen und die Slowakei am freien Warenverkehr. Der vollzogene Wegfall von Zollprozeduren hat die Durchlässigkeit der Grenzen für den Warenverkehr jedoch nicht wesentlich verbessert. Die niedrige Anzahl der Straßengrenzübergänge ohne Gewichtsbeschränkung für LKW an den slowakisch-polnischen und tschechisch-slowakischen Grenzen und stark überlastete Grenzübergänge an der tschechisch-polnischen Grenze machen die Grenzen weiterhin zu einer starken verkehrstechnischen Barriere beim wirtschaftlichen Austausch. Dieses wird insbesondere am untersuchten Abschnitt der slowakisch-polnischen Grenze deutlich, wo nur ein einziger Grenzübergang ohne Gewichtsbeschränkung verfügbar ist (vgl. Karte 5, S. 87).

Merkmals	Grenze CZ/PL	Grenze SK/PL	Grenze CZ/SK
Anwendungsgebiet im U-Raum	CZ - Kreise Karviná, Frydek-Místek, Ostrava (1.833 Km <sup>2</sup> ) <sup>1</sup> PL – powiaty Cieszyn, Zywiec, Bielsko-Biała (2.227 Km <sup>2</sup> ) <sup>1</sup>	15 Km breiter Streifen beiderseits der Grenze SK - 65 Kommunen (1.550 Km <sup>2</sup> ) <sup>1</sup> PL – 70 Kommunen (1.350 Km <sup>2</sup> ) <sup>1</sup>	Ohne Einschränkung
Berechtigung	CZ- sowie PL- Staatsbürger, die im Anwendungsgebiet zum ständigen oder vorübergehenden Aufenthalt behördlich gemeldet sind	SK- sowie PL- Staatsbürger, die im Anwendungsgebiet zum ständigen oder vorübergehenden Aufenthalt behördlich gemeldet sind	CZ- sowie PL - Staatsbürger ohne Ausnahmen Staatsbürger von visumfreien Drittstaaten
Anzahl der Grenzübertrittstellen für KGV	16	11	rund 25 geplant

<sup>30</sup> ‚Zmluva medzi Slovenskou republikou a Poľskou republikou o malom pohraničnom styku‘ vom 06.12. 1996, Zakopane, PL



Merkmal	Grenze CZ/PL	Grenze SK/PL	Grenze CZ/SK
Länge des Grenzenabschnitts <sup>1</sup>	85 Km	89 Km	53 Km

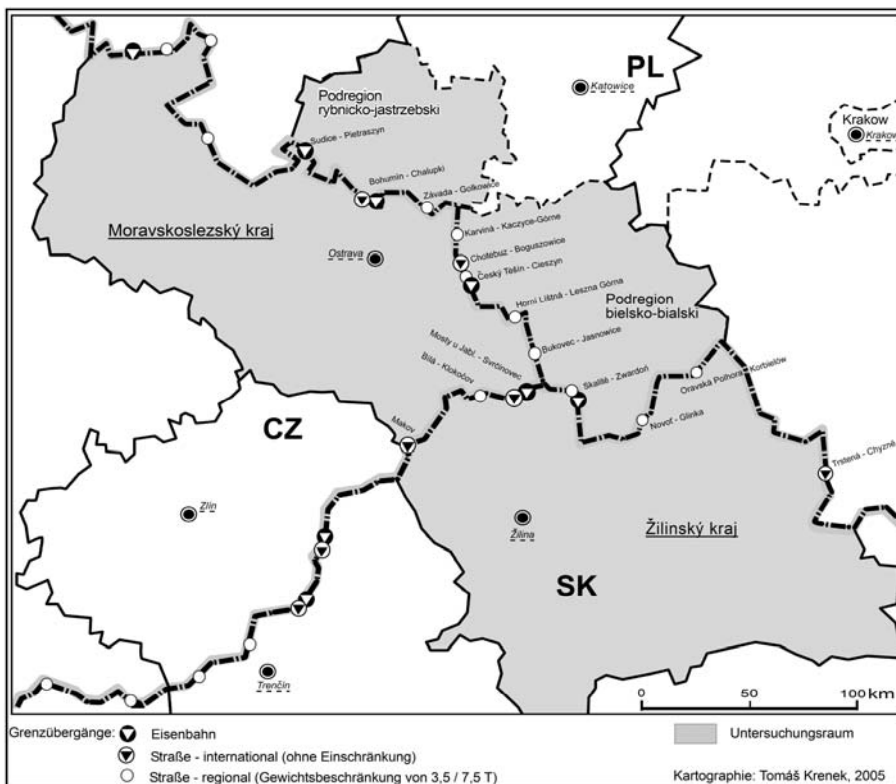
**Tab. 21: Anwendung des ‚Kleinen Grenzverkehrs‘ an den untersuchten Grenzenabschnitten im Vergleich (Stand zum 01.09.2004)**

<sup>1</sup> Eigene Berechnungen anhand Kartenvorlage

kGV kleiner Grenzverkehr

Quellen: Verzeichnis der Grenzübergänge von Ministerstvo vnitra ČR, In: <http://www.mvcr.cz> und von Ministerstvo vnútra SR, In: <http://www.mvnsr.sk>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Grenzregime eine relativ hohe Durchlässigkeit an den untersuchten Grenzenabschnitten ermöglicht. Durch die Regelungen des kleinen Grenzverkehrs sollte der grenzüberschreitende Austausch zwischen den Grenzregionen wesentlich erleichtert werden, im Falle der tschechisch-slowakischen Grenze lassen die Einschränkungen im kleinen Grenzverkehr auf keine relevante Beeinträchtigung der Zusammenarbeit hindeuten. Die Durchlässigkeit der Grenzen wird aber durch erhebliche infrastrukturelle Defizite deutlich herabgesetzt und stellt dadurch ein potenzielles Hemmnis für die Kooperation dar.



**Karte 5: Verkehrsrelevante Grenzübergänge im Untersuchungsraum (ohne Grenzübertrittstellen für Touristen sowie für den kleinen Grenzverkehr).**

Quellen: Ministerstvo vnitra ČR: Seznam hraničních přechodů. In: <http://www.mvcr.cz> und Ministerstvo vnútra SR: Hraničné priechody. In: <http://www.mvnsr.sk> (beides abgerufen am 15. Juli 2004).

### 4.5.3. Illegale Migrationen

Die Forderungen der Europäischen Kommission nach Verschärfung des Grenzregimes an der tschechisch-slowakischen Grenze greifen das Problem der illegalen Migration auf. Über das Territorium Tschechiens, Polens sowie auch der Slowakei verlaufen seit 1990 massive Migrationströme aus Asien und Osteuropa in die Europäische Union. Der lockere Grenzregime, ein dichtes Netz an befahrbaren grenzüberschreitenden Waldwegen sowie ungenügende Grenzschutzmaßnahmen machten einen wirksamen Schutz an der tschechisch-slowakischen Grenze unmöglich. Für die meisten Flüchtlinge und Geschleusten bedeutete erst die tschechisch-deutsche bzw. tschechisch-österreichische Grenze die Endstation. Darüber hinaus entwickelte sich Tschechien (ähnlich aber auch Polen und die Slowakei) seit Mitte der 90-er Jahre von einem Transitland zum Zielland der illegalen Migration (vgl. Ministerstvo vnitra ČR 2004, S. 12f.; Ministerstvo vnútra SR 2004, S. 9f.).

Die hohe Bereitschaft der tschechischen Regierung, der EK bei ihren Forderungen entgegen zu kommen, ohne dabei auf einen nennenswerten Widerstand der Opposition zu stoßen (vgl. Hájek 2004, S. 64f) zeigt, dass die Gewährleistung eines wirksamen Grenzschutzes als eine Handlungsnotwendigkeit in der tschechischen Politik angesehen wurde. Neben der Verschärfung des Grenzregimes wurden zum Jahresbeginn 2004 alle befahrbaren Forstwege, die außerhalb der offiziellen Grenzübergänge oder ausgewiesenen Übertrittsstellen liegen, gesperrt. Darüber hinaus wurde die Grenzschutzpolizei an der tschechisch-slowakischen Grenze personell sowie technisch verstärkt (vgl. Právo, 12.02.2004).

Grenze	Richtung	1998		2002		2003	
		A	B	A	B	A	B
CZ-SK	nach CZ	8.413	4.233	5.844	3.397	4.224	1.716
	in SK	86	12	38	16	51	24
SK-PL	nach PL	1.598	656	1.114	923	1.232	889
	in SK	1.245	578	926	455	987	521
CZ-PL	nach PL	2.113	561	1.901	830	1.837	825
	nach CZ	2.883	697	2.033	885	1.609	730
Zum Vergleich: CZ-DE	nach DE	39.123	29.598	4.461	4.114	3.114	2.887
	nach CZ	845	73	480	85	257	113

**Tab. 22: Illegale Migration an den untersuchten Grenzen (Anzahl der Personen)**

**A/ Illegale Migration gesamt** (Gesamtzahl aller illegalen Eintritte oder Austritte /vollzogene Taten sowie Tatversuche/ über die jeweilige Staatsgrenze /ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit der Täter/, die im Berichtszeitraum durch die Grenzschutzpolizei der angrenzenden Staaten registriert wurden.)

**B/ Illegale Migration von Angehörigen der Drittstaaten** (ausgenommen Angehörige des angrenzenden Staates )

Quellen: Ministerstvo vnútra SR (2004, S.39 und 1999, S. 46); Ministerstvo vnitra ČR (2004, S. 21-23 und 1999, S.17-19), Straža Graniczna RP (2004, 2003, 1999) und Bundesministerium des Innern (2004, S.24)

Die Statistiken der zuständigen Grenzschutzpolizeidirektionen (Tab. 22) verdeutlichen, dass die tschechisch-slowakische Grenze im Gegensatz zu den Grenzen CZ-PL und SK-PL einem wesentlich stärkeren Migrationdruck ausgesetzt ist: Dort liegt die Zahl der ermittelten illegalen Grenzübertritte rund 10-mal höher. Einen weiteren wesentlichen Unterschied stellt man beim Anteil der Drittstaatler fest: Während die illegalen Grenzübertritte an der tschechisch-slowakischen Grenze zu mehr als 60% auf Kosten der Drittstaatler fällt, ist deren

Anteil an den Grenzen CZ/PL und PL/SK mit 35-45% deutlich niedriger. Im Gegensatz zu den Grenzen CZ-PL und SK-PL, an denen die illegale Migration in beiden Richtungen wirkt, verdeutlicht der Anteil (98%) der unerlaubten Grenzeintritte aus der Slowakei in die Tschechische Republik die eindeutige Ost-West-Orientierung des Migrationstromes an der tschechisch-slowakischen Grenze. Die hohe Anzahl der unerlaubten Einreiseversuche an der deutsch-/ österreichisch-tschechischen Grenze deutet darauf hin, dass die wirkliche illegale Migration durch die Angehörigen der Drittstaaten wesentlich höher ist als die registrierten Fälle zum Ausdruck bringen.

Die Entwicklung der illegalen Migration zwischen den untersuchten Staaten zwischen 1998 und 2003 war durch eine kontinuierliche Abnahme geprägt. Sehr markant ist diese positive Veränderung an der tschechisch-slowakischen Grenze: Die Gesamtzahl der unerlaubten Grenzübertritte sank 2003 um rund 50% und die Zahl der illegalen Migranten aus Drittstaaten sogar um etwa 65% (gemessen am Stand von 1998). Es wird erwartet, dass die verstärkte Grenzsicherung der tschechisch-slowakischen Grenze zu einer weiteren Abnahme der illegalen Grenzübertritte führen wird. Schließlich soll die neue EU-Außengrenze zunehmend die Filterfunktion übernehmen und spätestens zum Zeitpunkt der Osterweiterung des Schengen-Raums (voraussichtlich 2007) für die Sicherung des EU-Binnenraumes sorgen.

Unter den bereits beschriebenen Rahmenbedingungen weist das untersuchte tschechisch-polnisch-slowakische Dreiländereck gegensätzliche Tendenzen auf. Während die Entwicklung der Gesamtzahl der illegalen Migranten an den drei untersuchten Grenzenabschnitten seit 1998 durch stetige Abnahme geprägt ist, stieg die Migrantenanzahl in der Region Moravskoslezský kraj zwischen 1998 und 2000 stark an und bleibt trotz einer kontinuierlichen Abschwächung deutlich höher als in den beiden Nachbarregionen. Berechnet man die Anzahl der Migranten im Verhältnis mit der Grenzlänge, stellt man fest, dass die tschechischen Grenzkreise *Karviná* (zu PL), *Frýdek-Místek* (zu PL und SK) einem starken Migrationsdruck ausgesetzt sind.

Region	1998	2000	2002	2003
Moravskoslezský kraj	754	1.779	1.462	778
Žilinský kraj	---	964	676	298
Województwo śląskie <sup>1</sup>	---	1.356	649	409

**Tab. 23: Aufgeklärte Fälle der illegalen Migration**

<sup>1</sup> Województwo śląskie deckt sich hier mit den Subregionen Bielsko-bialski und Rybnicko-jastrzebski

Quellen: Ministerstvo vnútra SR (2004, S.39); Ministerstvo vnútra ČR (2004, S. 21 und 1999, S.20), Straža Graniczna RP(2004, 2003)

In der slowakischen Grenzregion *Žilinský kraj* sowie der Wojewodschaft *Śląskie* ergeben die Statistiken des Jahres 2003 eine deutliche Abnahme von 1.356 resp. 964 (2000) auf 409 resp. 298 illegale Migranten in 2003. Auch bei Zahlen der geschleusten Personen stellt man in allen drei Regionen zwischen 2000 und 2003 eine deutliche Abnahme fest. Trotzdem wurden 2003 in der Region *Žilinský kraj* 219, in *Moravskoslezský kraj* 161 und in der Wojewodschaft *Śląskie* 98 Geschleuste registriert.

Aus den bereits analysierten Daten lässt sich in Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Dreiländereck resümieren, dass die Problematik der illegalen Migration als Element der grenzübergreifenden Kriminalität einen Faktor darstellt, der bei der empirischen

Untersuchung zu berücksichtigen ist. Denn die grenzübergreifende Kriminalität – wenngleich es sich um ein vorübergehendes Phänomen handelt – kann die Wahrnehmung der Lokalbevölkerung sowie eine aktive Gestaltung der Kooperation auf bestimmten Handlungsgebieten (Tourismus, wirtschaftliche Nutzung im grenznahen Bereich) wesentlich beeinträchtigen.

Die Bewertung der Auswirkungen der Grenzregime an den untersuchten Grenzen auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ergibt folgendes SWOT-Profil

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Waren-, Kapital- und Dienstleistungsfreizügigkeit</li> <li>▪ Erleichterungen im regionalen Grenzverkehr (kGV)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Eingeschränkte Personenfreizügigkeit</li> <li>▪ Illegale Migration über der tschechisch-slowakischen Grenze</li> <li>▪ Defizite im Ausbaustand der Grenzinfrastruktur</li> </ul>
Chancen	Gefahren
Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den KMU	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einschränkungen im regionalen Waren- und Personenverkehr über die Grenze hinweg</li> <li>▪ Minderung der Attraktivität des Grenzraums als eine Tourismusdestination</li> </ul>

Tab. 24: SWOT ‚Charakteristik der Grenzregime‘

#### 4.6. Bevölkerung

Im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum, der durch vier Regionen der Ebene NUTS-3 definiert ist, leben insgesamt rund 3,3 Mil. Einwohner. Zwischen 1993 und 2002 hat die Bevölkerung im gesamten Raum um -0,6 % abgenommen.

In den einzelnen Regionen weist die Bevölkerungsentwicklung unterschiedliche Merkmale auf. Während die Bevölkerungszahl in den Regionen *Žilinský kraj* (SK) und *Bielsko-bialski* (PL) zwischen 1993 und 2002 um 1,3 resp. 0,5 % stieg, ergab sich in den Regionen *Moravskoslezský kraj* (CZ) sowie *Rybnicko-jastrzebski* (PL) ein Verlust von -1,5 resp. -0,9 %. Mit dieser Entwicklung korrelieren auch die Migrationswerte, die für den Zeitraum 1993–2002 in den Regionen *Moravskoslezský kraj* (CZ) sowie *Rybnicko-jastrzebski* (PL) ein Migrationsdefizit von -1,5 resp. -2,8 ‰ ergeben. Demgegenüber steht eine leichte Netto-Zuwanderung in den Regionen *Žilinský kraj* (SK) und *Bielsko-bialski* (PL) von +0,4 % resp. +1,5 %.

Indikatoren	Moravskoslezský kraj (CZ)	Bielsko-bialski (PL)	Rybnicko-jastrzebski (PL)	Žilinský kraj (SK)
Fläche (Km <sup>2</sup> )	5.554	2.352	1.354	6.801
Einwohnerzahl	1.265.912	650.512	663.499	693.401
Einwohnerdichte (Einw./ Km <sup>2</sup> )	288	277	490	102
Bevölkerungsentwicklung 1993-2002, bzw. 2001 (%)	- 1,5	+ 0,5	- 0,9	+1,3
Migrationsaldo 1993-2002 (‰)	- 1,5	1,5	- 2,8	+ 0,4
Urbanisierungsgrad (%)	75,3	58,6	86,6	51,2

Tab. 25: Demographische Strukturmerkmale für die Regionen (NUTS-3)<sup>31</sup>

<sup>31</sup> Wenn nicht anders angegeben, stammen die im folgenden Text zitierten Daten aus:

ČSÚ (Hg.): Statistická ročenka Moravskoslezského kraje 2003;

ŠÚ SR (Hg.): Štatistická ročenka SR 2003;

US(Hg.): Rocznik Statystyczny Wojwództwa Śląskiego 2002

Die Ursachen für den langfristigen Migrationdefizit in den Regionen *Moravskoslezský kraj* (CZ) sowie *Rybnicko-jastrzębski* (PL) nach 1993 sind vornehmlich auf die Transformation der stark auf den Bergbau und Schwerindustrie ausgerichteten regionalen Wirtschaft sowie auf die damit verbundene angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt zurück zu führen. Die Tatsache, dass die Altersgruppe von 20 bis 29 Jahre in der Abwanderung am stärksten vertreten ist, bedeutet eine Bedrohung für die Regionalentwicklung.

Die positive Wanderungsbilanz in der slowakischen Region *Žilinský kraj* sowie in der polnischen *Podregion Bielsko-bialski* lässt sich damit erklären, dass die für diese Regionen typische Abwanderung in die benachbarten Industrieagglomerationen in Folge der dortigen Explosion der Arbeitslosigkeit seit Mitte der 90-er Jahre nicht mehr stattfindet. Die bis 1991 sehr starke Abwanderung der Menschen aus den ländlichen Kreisen im tschechisch-slowakischen und slowakisch-polnischen Grenzgebirge ins regionale Binnenland ist zwar tendenziell rückläufig, betrifft aber trotzdem weiterhin vor allem abgelegene Gemeinden in unmittelbarer Grenznähe.

Da die Geburtenraten, die in allen vier Regionen sehr niedrig sind, durch eine positive Wanderungsbilanz nicht kompensiert werden können, kommt es zu einer wesentlich stärkeren Veränderung in der Altersstruktur zugunsten der Seniorengruppe als im Landesdurchschnitt. Da die Bevölkerungsentwicklung bekannterweise mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt korreliert, ist ein Bevölkerungsanstieg angesichts der langfristig hohen Arbeitslosenquote in allen vier Grenzregionen mittelfristig nicht zu erwarten. Mit dieser ungünstigen Entwicklung ist in allen untersuchten Teilgebieten im Dreiländereck ein Risiko der Abnahme des wirtschaftlichen Wachstums verbunden.

In der mittleren Einwohnerdichte liegen die untersuchten Regionen – mit Ausnahme der slowakischen Region - weit über dem jeweiligen Landesdurchschnitt. Während die Bevölkerungsdichte in der slowakischen Region relativ homogen ausfällt, ist das übrige Untersuchungsgebiet insgesamt sehr heterogen. In den einzelnen Kreisen der tschechischen sowie der beiden polnischen Regionen gibt es sehr große Schwankungen – relativ durchschnittlich besiedelte Grenzkreise Frýdek-Místek (CZ) und Zywiec sowie Cieszyn (PL) kontrastieren stark mit den Stadtkreisen, die Bevölkerungsdichte von bis zu 1.400 Einw./Km<sup>2</sup> erreichen (vgl. Tab. 26).

Gebietseinheit (Ebene LAU-1)	Fläche (Km <sup>2</sup> )	Einwohnerzahl	Einwohnerdichte (Einw./Km <sup>2</sup> )
Frýdek-Místek	1.272	227.666	178
Karviná	347	281.060	811
Ostrava (Stadt)	214	318.934	1.494
Tschechischer Teil	1.833	827.660	828
Čadca	760	92.689	122
Bytča	282	30.387	109
Kysucké Nové Mesto	174	33.340	192
Žilina	815	156.773	193
Námestovo	691	56.658	81
Slowakischer Teil	2.722	369.847	139,4
Bielsko-Biała	457	147.453	323
Bielsko-Biała (Stadt)	125	177.835	1.423
Cieszyn	730	169.366	232
Zywiec	1.040	148.932	143
Polnischer Teil	2.352	643.586	530,3

**Tab. 26: Demographische Strukturmerkmale auf der Kreisebene (LAU-1)**

Typisch für das Untersuchungsgebiet sind markante Differenzen im Anteil der städtischen Bevölkerung in den Regionen. Während die ländlich strukturierten Regionen Bielsko-bialski (PL) und Žilinský kraj (SK) einen Anteil der städtischen Bevölkerung lediglich von 51,3 % resp. 58,6 % aufweisen, sind die Regionen *Moravskoslezský kraj* (CZ) und *Rybnicko-jastrzebski* (PL) durch eine sehr hohe Konzentration der Bevölkerung in den Städten gekennzeichnet (75,3 % resp. 86,6 %). In der tschechischen Region stellt man zwischen den einzelnen Kreisen große Unterschiede im Anteil der städtischen Bevölkerung. So liegt der Anteil der städtischen Bevölkerung im unmittelbaren Dreiländereck gelegenen Grenzkreis Frýdek-Místek bei 57,3 %, während er in den benachbarten Kreisen (Ostrava, Karviná) im Industriegebiet an der Grenze CZ/PL Werte um 95 % ergibt.

Die polnischen Regionen sowie die slowakische Region sind durch homogene Nationalitätsstruktur gekennzeichnet. Bei der tschechischen Region *Moravskoslezský kraj* stellt man hingegen einen hohen Anteil bei der polnischen (3,1 %) und slowakischen (3,4 %) Minderheit fest. Während die Slowaken in der ganzen Region relativ gleichmäßig verteilt sind, konzentriert sich die polnische Minderheit in der unmittelbaren Grenznähe und ergibt in den Grenzkreisen Opava, Karviná und Frýdek-Místek einen Anteil von bis zu 15 %, mehrere Grenzgemeinden sind dann mehrheitlich polnisch.

Bezüglich des Religionsbekenntnisses weisen die Regionen unterschiedliche Merkmale auf. Die slowakische Region sowie die beiden polnischen Regionen haben eine relativ hohe Anzahl von Gläubigen, die zu 75 % römisch-katholischen Glaubens sind. In der tschechischen Region *Moravskoslezský kraj* sind die Gläubigen mehrheitlich evangelischen Glaubens, die Mehrheit der Bevölkerung (über 55 %) ist aber ohne Bekenntnis.

Aus der Untersuchung der demographischen Merkmale ergeben sich für den tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum folgende Stärken und Schwächen sowie Chancen und Gefahren:

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Starke Konzentration der Bevölkerung in den Agglomerationen beiderseits der tschechisch-polnischen Grenze</li> <li>▪ Zahlreiche polnische Minderheit in der tschechischen Region</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Starke Abwanderung der jüngeren Population aus den Grenzkreisen</li> <li>▪ Geringe Bevölkerungsdichte in den slowakischen Grenzkreisen</li> <li>▪ Große Heterogenität der NUTS-3-Regionen bei den meisten Merkmalen</li> </ul>
Chancen	Gefahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beschleunigung der tschechisch-polnischen Zusammenarbeit durch Wirkung der polnischen Minderheit in Teschener Schlesien</li> <li>▪ Hohe Einwohnerdichte im unmittelbaren Grenzbereich CZ/PL verstärkt die Intensität der grenzüberschreitenden Beziehungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verringerung der Humanpotenziale für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Grenzkreisen</li> <li>▪ Einseitige Orientierung auf die zweiseitige tschechisch-polnische Zusammenarbeit ohne die Slowaken</li> <li>▪ Kooperation kann durch Prioritäten-/Maßnahmendiversifizierung in den einzelnen Teilräumen beeinträchtigt werden</li> </ul>

**Tab. 27: SWOT ‚Demographische Entwicklung und Struktur‘**

## 4.7. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 4.7.1. Makroökonomische Situation und Entwicklungen

Die Lage und Entwicklung der regionalen Wirtschaft ist stets im Kontext der jeweiligen makroökonomischen – sprich nationalen – Ebene zu bewerten. Die fortschreitende wirtschaftliche Einigung in der EU erfordert aber auch Berücksichtigung der Entwicklungen auf der supranationalen europäischen Ebene.

Die Entwicklung der makroökonomischen Rahmenbedingungen in Tschechien, Polen und der Slowakei zwischen 1990 und 2000 ist durch einen Übergang von der Zentralplanungs-wirtschaft zu einer demokratisch legitimierten Marktwirtschaft gekennzeichnet. Die Veränderung des Wirtschaftssystems machte einen radikalen Strukturwandel erforderlich. Während den Volkswirtschaften bereits nach 10 Jahren der Transformation eine funktionierende Marktwirtschaft bestätigt wurde, bewertet man den Strukturwandel in diesen Ländern als im Weiten nicht abgeschlossen (vgl. EK 2003a,b,c). Die ökonomische Transformation führte zu einer drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die sich auch in der Gesellschaft durch negative Veränderungen (Senkung des Wohlstandes, soziale Umschichtung) sowie durch Zunahme der sozialen Disparitäten (gesellschaftliche Polarisierung) ausgewirkt hat (vgl. Fassmann 1999, S.11-20).

Der Transformationsprozess führte nicht nur zur marktorientierten Wirtschaftsweise, sondern gleichzeitig veränderte und differenzierte er die Räume und ihre Strukturen. Die Transformationspolitik wertet manche Standorte auf und andere ab. Fassmann (1999) sieht neben den Grenzregionen zu den EU-Ländern vor allem die Hauptstadtregionen Prag, Bratislava, Warschau als klare ‚Hauptgewinner‘ der wirtschaftlichen Transformation. Im Gegensatz dazu zählen die Industrieagglomerationen zu den großen Verlierern im wirtschaftlichen Wandel (vgl. Förster 1999, S. 21-35). Der Transformationsprozess verstärkt dadurch nicht nur historisch bedingte Disparitäten zwischen der Hauptstadt und den anderen Regionen des jeweiligen Landes, sondern schafft vor allem neue Disparitäten zwischen den neuen Wachstumsregionen einerseits und den durch den Strukturwandel stark betroffenen Altindustrieregionen sowie auch dem ländlichen Raum (drastische Verschlechterung des sozialen Infrastrukturangebotes) andererseits.<sup>32</sup>

Die geopolitische Westorientierung sowie der Integrationsprozess in die EU (seit 1996) brachte die Grenzgebiete Tschechiens, Polens und der Slowakei an der EU-Außengrenze in eine bevorzugte Position (vor allem durch größere Investitionsvolumen, Betriebsverlagerung aus dem benachbarten Ausland bzw. Betriebsneugründung, größere PHARE-Förderung, mehr nationale Investitionen in den Aufbau der Verkehrsinfrastruktur). Damit unterscheiden sich deutlich von den Grenzregionen zwischen den Transformationsländern, wo diese positive Effekte ausblieben (vgl. Waack 1999, S. 133-137 ). Diese West-Ost-Disparitäten

---

<sup>32</sup> Auch bei den neuen Wachstumsregionen, die als klare Gewinner der politischen und wirtschaftlichen Transformation gelten, werden negative Entwicklungen deutlich. So stellt beispielsweise Franziska Schaft (2003) in ihrer Studie über die Transformation ehemaliger staatlicher Industriebetriebe in Westböhmen wechselvolle raumwirksame Effekte fest. Während sie in der betrieblichen Ebene den größeren Wirtschaftsstandorten durch Identifizierung bedeutender positiver Effekte wie Dekonzentration der Industriestruktur und Dezentralisierung von Ressourcen, Zufluss der ausländischen Investitionen, Zuwachs an kleinstrukturierten Unternehmen eine wirtschaftliche Stärkung bescheinigen kann, stellt sie bei den sozialräumlichen Strukturen vornehmlich negative Veränderungen – wie Zuwachs sozialer Disparitäten oder drastische Verschlechterung des sozialen Infrastrukturangebotes im ländlichen Raum fest.

werden sich – trotz der Bemühungen der EU-Regionalpolitik, ihnen entgegen zu wirken - auch nach der EU-Osterweiterung weiterhin vertiefen.

Bezogen auf den tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum ergibt sich aus den gerade skizzierten Entwicklungen aufgrund seiner geographischen Lage und den dort gelegenen Alt-industriestandorten eine ungünstige Faktorenkonstellation. In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit könnte aber gleichzeitig ein Instrument gesehen werden, um durch Bündelung der vorhandenen Eigenpotenziale und Entdeckung der neuen Möglichkeiten diesen ungünstigen Trends entgegenzuwirken.

Die wirtschaftliche Integration (seit 1993 CEFTA, die schrittweise Anbindung der Volkswirtschaften der Beitrittsländer an die EU und schließlich deren Beitritt dem EU-Binnenmarkt in Mai 2004) entfaltete eine starke Intensivierung der Handelsbeziehungen der Tschechischen und der Slowakischen Republik mit Polen. Das Umsatzvolumen im Außenhandel zwischen der Tschechischen Republik und Polen wuchs zwischen 1993 und 2003 um mehr als das Vierfache und zwischen der Slowakei und Polen um das Dreifache, wie es der folgenden Tabelle (vgl. Tab. 28) zu entnehmen ist. Im Bezug auf die Entwicklung im Außenhandel zwischen der Tschechischen und der Slowakischen Republik stellt man seitens der Tschechischen Republik einen deutlichen Rückgang im Anteil des gegenseitigen Handels am nationalen Gesamtußenhandel fest. Obwohl die Abschwächung der Handelsbeziehungen aus der slowakischen Perspektive wesentlich geringer ausfällt, wird hier deutlich, dass die Trennung der Tschechoslowakischen Föderation 1993 - trotz Einrichtung der Zollunion - den wirtschaftlichen Austausch zwischen den beiden Nachfolgestaaten beeinträchtigte. Trotzdem war die Slowakei 2002 mit seinem Anteil von 6,0% (Import) resp. 7,6% (Export) des Gesamtumsatzes der zweitwichtigste Handelspartner der Tschechischen Republik, wie auch Tschechien mit dem Anteil 14,3 % (Import) bzw. 12,9% (Export) des Gesamtumsatzes selbst den zweitwichtigsten Handelspartner der Slowakei darstellte (vgl. Tab. 29, S. 94).

Land \ Handelspartner	Tschechien	Slowakei	Polen
	Export / Import	Export / Import	Export / Import
Tschechien		19,8 / 15,9 (1993) 7,6 / 6,0 (2000)	2,8 / 2,4 (1993) 5,4 / 3,6 (2000)
Slowakei	17,1 / 18,3 (1993) 15,2 / 15,2 (2002)		2,7 / 4,8 (1993) 3,2 / 5,3 (2002)
Polen	3,1 / 3,1 (1995) 4,0 / 3,5 (2001)	1,2 / 1,3 (1995) 1,4 / 1,5 (2001)	

**Tab. 28: Gegenseitige Außenhandelsbilanz** (in % des nationalen Gesamtumsatzes)

Quellen: ČSÚ (Hg.): Statistická ročenka České republiky 2003; ŠÚSR (Hg.): Štatistická ročenka Slovenské republiky 2003; GUS(Hg.): Rocznik Statystyczny 2002



Land \ Handelspartner	Tschechien	Slowakei	Polen
	Export / Import	Export / Import	Export / Import
Tschechien		2.556 / 2.081 (1993) 2.643 / 2.291 (2000)	367 / 307 (1993) 1.870 / 1.362 (2000)
Slowakei	2.081 / 2.556 (1993) 2.356 / 3.171 (2002)		197 / 148 (1993) 827 / 573 (2002)
Polen	390 / 498 (1995) 1.354 / 1.642 (2001)	153 / 213 (1995) 488 / 714 (2001)	

**Tab. 29: Gegenseitige Außenhandelsbilanz** (Gesamtumsatz in Mil. EUR)

Auf EUR umgerechnet nach geltenden Wechselkursen vom September 2003 (1 EUR=4,343 PLN, 1 EUR=42,045 SKK, 1 EUR=32,55 CZK)

Quellen: CSÚ (Hg.): Statistická ročenka České republiky 2003; ŠÚSR (Hg.): Štatistická ročenka Slovenské republiky 2003; GUS(Hg.): Rocznik Statystyczny 2002

Die stabilen Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes seit 2000 (vgl. Tab. 30) sowie auch andere wichtige Konjunkturindikatoren indizieren eine kontinuierliche Erholung der Volkswirtschaften von dem Transformationsschock. Von den positiven makroökonomischen Entwicklungen, die in den Regierungsanalysen und Studien<sup>33</sup> als langfristige Trends eingeschätzt werden, lassen sich auch positive Impulse für die Wirtschaften in den Grenzregionen erhoffen. Die langfristig hohen Arbeitslosenquoten (Tab. 31) zeigen jedoch, dass mit der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt auch künftig gerechnet werden muss. Während sich die Arbeitslosigkeit in Tschechien auf dem Durchschnittsniveau der erweiterten Europäischen Union hält, sind die Langzeit- sowie normale Arbeitslosigkeit in Polen und in der Slowakei mehr als doppelt so hoch. Unter diesen ungünstigen Rahmenbedingungen erscheint die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der jeweiligen Grenzregion als sehr wichtiges und möglicherweise sensibles Themengebiet bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Staat	Indik.	2000	2001	2002	2003	2004 <sup>1</sup>
Tschechien	A	13.530	14.100	14.820	15.410 <sup>1</sup>	16.230
	B	64,80 %	66,1%	67,6%	68,8%	69,8%
	C	3,9%	2,6%	1,5%	3,7%	3,8%
Slowakei	A	9.920	10.430	11.340	11.740 <sup>1</sup>	12.240
	B	47,9%	48,9%	51,3%	52,1%	53,4%
	C	2,0%	3,8%	4,6%	4,0%	4,5%
Polen	A	9.460	9.770	10.010	10.340 <sup>1</sup>	10.940
	B	45,8%	45,9%	45,6%	46,0%	47,6%
	C	4,0%	1,0%	1,4%	3,8%	5,8%

**Tab. 30: Entwicklung des nationalen BIP**

A/ BIP pro Kopf in KKS (zu jeweiligen Preisen) in EUR

B/ BIP pro Kopf in KKS (EU-25 = 100)

C/ reale Wachstumsrate des BIP (Veränderungen zum Vorjahr)

<sup>1</sup> Prognose

Quellen: Eurostat (Hg.) (2004): Jahrbuch 2004. Der statistische Wegweiser durch Europa. Luxemburg, Eurostat 2004): Schlüsselindikatoren zur EU-Politik. In: <http://europa.eu.int/comm/eurostat/newcronos>

<sup>33</sup> Vgl. Okáli et al. (2003); Outrata, Frank et al. (2004) und Ministerstvo průmyslu a obchodu ČR (2003 u. 2004)

Staat	Indik.	2000	2001	2002	2003	2004
Tschechien	A	8,6	8,0	7,3	7,8	8,4
	B	4,2	4,1	3,7	3,8	---
Slowakei	A	18,7	19,4	18,7	17,5	18,2
	B	10,1	11,4	12,2	11,1	---
Polen	A	16,3	18,5	19,8	19,2	18,9
	B	7,6	9,3	10,8	10,7	---
EU-25	A	8,8	8,5	8,9	9,1	9,0
	B	4,0	3,8	3,9	3,3	---

**Tab. 31: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in 2000-2004** (Jahresdurchschnitt, in %)

A/ Arbeitslosenquote insgesamt (Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung, in %)

B/ Langzeitarbeitslose Bevölkerung (12 Monate und mehr) in Prozentsatz der Erwerbsbevölkerung insgesamt

Quelle: Eurostat (2004): Schlüsselindikatoren zur EU-Politik. In: <http://europa.eu.int/comm/eurostat/newcronos>

Es wird erwartet, dass die Partizipation am EU-Binnenmarkt zum stärkeren wirtschaftlichen Wachstum, mehr Auslandsinvestitionen und zu einer weiteren Verbreitung und Intensivierung der grenzübergreifenden Produktions- und Handelsbeziehungen führen wird. Diesen Chancen stehen aber auch erhebliche Risiken gegenüber – wie verstärkter Wettbewerb, schwache Position der kleineren und mittleren Unternehmen, Verschlechterung der öffentlichen Finanzlage oder Streichung von staatlichen Subventionen (vgl. MPO ČR 2004)

Für den tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum, in dem sich traditionell Subventionsbereiche wie Bergbau, Energieerzeugung und Stahlindustrie an der Gestaltung des regionalen BIP immer noch mit einem bedeutenden Anteil beteiligen, bedeuten diese Risiken eine erhebliche Entwicklungsgefahr für die Wirtschaftsagglomerationen sowie für die ländlich geprägte Grenzkreise. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass vor allem der weitere Verlauf des Strukturwandels entscheidet, ob die regionalen Wirtschaften in der jeweiligen Grenzregion zum Nutznießer der günstig erscheinenden makroökonomischen Entwicklungen werden. Denn sonst besteht in der zunehmend globalisierten Wirtschaft die akute Gefahr, dass sich die Disparitäten zwischen den Wirtschaftszentren und den peripheren Grenzregionen vertiefen.

#### 4.7.2. Regionalwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum wurde von den reichen Steinkohlevorkommen in der Oberschlesischen Ebene bestimmt. Das Gebiet beiderseits der heutigen tschechisch-polnischen Grenze entwickelte sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem der bedeutendsten Industriegebiete Europas mit einer hohen Konzentration an Bergbau, Energieerzeugung, Stahl-, metallverarbeitender Industrie und chemischer Industrie. Infolge der einseitigen strukturellen Orientierung nach 1945 haben sich in diesem Raum spezifische Siedlungs- und demografische Strukturen herausgebildet, die noch heute wirksam sind (vgl. Förster 1999, S.29-32).

So entstand ein großflächiges Industriegebiet, das heute durch die Grenze auf das Nordmährische und das Oberschlesische Industrieviertel geteilt ist. Das Montanrevier bildete

das wirtschaftliche Zentrum für ein bis zu 80 Km weites Hinterland im Gebirge der Beckiden, das im Südosten bis zum Váh -Tal in der Slowakei reichte. Das bergige Hinterland, das das eigentliche Dreiländereck einnimmt, blieb sehr spärlich industriell erschlossen und versorgte die industriellen Agglomerationen mit Arbeitskräften. Trotz starken Veränderungen im Zuge des Strukturwandels (allein im Nordmährischen Industrievier wurden nach Angaben des ČSÚ (2003) zwischen 1989 und 1999 mehr als 85.000 Arbeitsplätze in Bergbau/Industrie freigesetzt) ist der Raum durch diese beschäftigungsfunktionelle 2-Zonen-Gliederung weiterhin geprägt.

Durch intensive Industrieproduktion konnten die Agglomerationen im Ostrava-Gebiet sowie im polnischen oberschlesischen Teil einen relativen Wohlstand entwickeln. Das spiegelt sich bis heute noch in der qualitativ hohen technischen Ausbildung der Bevölkerung wider. Doch was seinerzeit Quelle von Prosperität war, ist aufgrund mangelnder Anpassung auf die veränderten makroökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten 13 Jahren eines der größten Probleme und Risiken für die Regionalentwicklung geworden. Dazu zählen vor allem schwere Umweltschäden und die bis jetzt noch nicht abgeschlossene Transformation der Großbetriebe in konkurrenzfähige KMU, die zu Innovationsträgern würden, sowie hohe Arbeitslosigkeit mit einem hohen Langzeitarbeitslosenanteil.

Die zentralen Kennziffern für die Beschreibung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlstands einer Region sind die Bruttowertschöpfung, das Pro-Kopf-Einkommen und die Wirtschaftsstruktur. Wie folgende Tabelle verdeutlicht, ist das tschechisch-polnisch-slowakische Dreiländereck, das durch die vier Regionen der Ebene NUTS-3 definiert wurde, durch ein Wohlstandsgefälle zwischen der tschechischen bzw. der polnischen Region einerseits und der slowakischen Region andererseits geprägt. Dieser Unterschied im Wohlstandsniveau äußert sich in der Bruttowertschöpfung pro Einwohner, die in der slowakischen Region *Žilinský kraj* nur 76,3 % des BIP der tschechischen Region und etwa 81,1 % des BIP in den beiden polnischen Nachbarregionen darstellt.

Gebietseinheit NUTS-3	BIP <sup>1</sup> (EUR/Einw.)	EU=100	Brutto- durchschnittslohn <sup>2</sup> (in EUR)	Beschäftigtenstruktur <sup>3</sup> I. / II. / III. (in %)
Moravskoslezsky kraj (CZ)	4.507	49,1	446	2,8 / 44,6 / 52,6
Podreg. bielsko-bialski (PL)	4.228	46,5	468	1,1 / 43,3 / 55,6
Podreg. rybnicko-jastrzebski (PL)	4.198	46,1	493	1,0 / 51,1 / 47,9
Žilinsky kraj (SK)	3.481	38,0	301	5,2 / 40,5 / 54,3

**Tab. 32: Regionalwirtschaftliche Indikatoren**

Auf EUR umgerechnet nach geltenden Wechselkursen vom September 2003 (1 EUR=4,343 PLN, 1 EUR=42,045 SKK, 1 EUR=32,55 CZK);

Bruttodurchschnittslohn der Beschäftigten in den Betrieben mit mehr als 20 Angestellten;

Beschäftigungssektore: Nach EUROSTAT-Klassifikation:

I. – Land- und Forstwirtschaft, Fischfang u. -zucht;

II. – Bodenschätzungsgewinnung, Erzeugung von Elektrizität, Gas u. Trinkwasser, Industrie u. Bauwesen;

III. – Verkehr, Dienstleistungen (privat, öffentlich), Privathaushalten

Quelle: ČSÚ (Hg.): Statistická ročenka Moravskoslezského kraje 2003; ŠÚ SR (Hg.): Štatistická ročenka SR 2003; US(Hg.): Rocznik Statystyczny Wojwództwa Śląskiego 2002 und eigene Berechnungen

Noch deutlicher spiegelt sich das Wohlstandsgefälle im Wert des Bruttodurchschnittslohnes

wider, der in der Region *Žilinský kraj* (SK) lediglich 63 % des Wertes der tschechischen Region und 60 % bzw. 53,5 % des Lohnniveaus der polnischen Regionen erreicht. Damit ist die slowakische Region – anders als beim makroökonomischen Ländervergleich – als die wirtschaftsschwächste Region im Dreiländereck zu bezeichnen.

Das Bruttoregionalprodukt liegt in den untersuchten Regionen mit 38,0 % bis 49,1 % des EU-15-Durchschnitts deutlich unter der Förderfähigkeitsschwelle (75 %) für die Ziel-1-Förderung aus dem EU-Strukturfonds. Somit wird der sämtliche Grenzraum sehr wahrscheinlich auch in der nächsten EU-Förderperiode 2007 – 2013 Ziel-1-Gebiet bleiben; diese Perspektive bietet dem Grenzraum bedeutende Entwicklungsimpulse.

Von besonderer Bedeutung für die Untersuchung ist die Bewertung der Unterschiede der wirtschaftlichen Lage der grenznahen Gebieten der jeweiligen Region. Untersucht man die regionalen Disparitäten zwischen den benachbarten Grenzkreisen und dem jeweiligen regionalen Binnenland, stellt man fest, dass diese Disparitäten in der slowakischen Region extrem stark bestehen, wo die Grenzkreise *Bytča*, *Čadca* und *Námestovo* lediglich weniger als 80 % des höchsten Lohnniveaus in der Region (*Kreis Žilina*) aufweisen. Erhebliche Unterschiede ergeben sich 2002 auch in der Anzahl der Produktionsbetriebe (weniger als 40 % des Niveaus im *Kreis Žilina*) oder in der ökonomischen Produktivität<sup>34</sup> (nur 65 % des Standes im *Kreis Žilina*). In den polnischen Regionen sowie in der tschechischen Region sind hingegen die regionalen Disparitäten (gemessen an: Lohnniveau, Anzahl der Produktionsbetrieben und Produktivität) zwischen dem Grenz- und Binnenland viel weniger ausgeprägt. Hier stellt man keine Grenzland-Binnenland-Disparitäten zentraler Ausrichtung, sondern vielmehr erhebliche konzentrisch ausgeprägte Differenzen zwischen den kreisfreien Städten (*Ostrava*, *Bielsko-Biala*, *Rybnik*, *Jastrzbie-Zdroj*) und den jeweiligen umliegenden Landkreisen fest. Bei Betrachtung der Entwicklung zwischen 1998 und 2002 wird so deutlich, dass die wirtschaftlichen Disparitäten in den Regionen *Moravskoslezský kraj* (CZ), *Podregion Bielsko-bialski* (PL), sowie *Podregion Rybnicko-jastrzebski* (PL) in diesem Zeitraum leicht ausgeglichen werden konnten, während die wirtschaftliche Entwicklung in der Region *Žilinský kraj* im Zeichen der Verschärfung der Disparitäten verlief.

Es bestehen deutliche Differenzen im Lohnniveau zwischen den slowakischen einerseits und den polnischen sowie den tschechischen Grenzkreisen andererseits, wie folgende Übersicht verdeutlicht:

Gebietseinheit LAU-1	Bruttodurchschnittslohn in 2002 <sup>1</sup> (EUR)
Frýdek-Místek	440
Karviná	411
Ostrava (Stadt)	511
<b>Grenzkreise (CZ) gesamt</b>	<b>454</b>
Čadca	236
Bytča	281
Kysucké Nové Mesto	313
Žilina	320
Námestovo	258

<sup>34</sup> Gemessen anhand der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätige

<b>Grenzkreise (SK) gesamt</b>	<b>281</b>
bielski	424
Bielsko-Biała (Stadt)	478
cieszynski	433
zywiecki	510
Jastrzebie-Zdrój	691
wodzislawski	380
<b>Grenzkreise (PL) gesamt</b>	<b>486</b>

**Tab. 33: Bruttodurchschnittslohn in den Grenzkreisen**

1 - Bruttodurchschnittslohn der Beschäftigten in den Betrieben mit mehr als 20 Angestellten

Auf EUR umgerechnet nach geltenden Wechselkursen vom September 2003 (1 EUR=4,343 PLN, 1 EUR=42,045 SKK, 1 EUR=32,55 CZK)

Quelle: ČSÚ (Hg.): Statistická ročenka Moravskoslezského kraje 2003; ŠÚ SR (Hg.): Štatistická ročenka SR 2003; US(Hg.): Rocznik Statystyczny Wojwództwa Śląskiego 2002 und eigene Berechnungen

So ergibt der Bruttodurchschnittslohn im slowakischen Grenzkreis Čadca nur knapp 55 % des Lohnniveaus in den benachbarten tschechischen und polnischen Kreisen jenseits der Grenze. Ein solches Lohngefälle schafft Anreize zur Entwicklung einer grenzüberschreitenden Beschäftigung.

Die Beschäftigungsstruktur erfuhr im Zuge der wirtschaftlichen Transformation enorme Veränderungen, die durch den Rückgang des sekundären Sektors bei einem gleichzeitigen Zuwachs der Beschäftigung in den Dienstleistungen gekennzeichnet ist. So ist beispielweise der Anteil des sekundären Sektors in der Region *Moravskoslezský kraj* von 53,0 % in 1992 auf 41,2 % in 2002 zurückgegangen, während der Anteil des Dienstleistungssektors eine kontinuierliche Steigerung von 42,4 % (1992) auf 54,8 % (2002) erfuhr. Trotzdem liegt der Beschäftigtenanteil des sekundären Sektors in der tschechischen sowie in den polnischen Regionen deutlich über dem jeweiligen Landesdurchschnitt. Mit Ausnahme der durch Industrie sehr stark geprägten Region *Rybnicko-Jastrzebski* ist der Dienstleistungsanteil mit 52,6 % bis 55,6 % in den übrigen Regionen verhältnismäßig ähnlich hoch und zeigt in den letzten fünf Jahren eine deutlich wachsende Tendenz, die von einem stetigen Rückgang der Beschäftigung im Industriesektor begleitet wird. Eine rasantere Restrukturierung versuchen die Regierungen jedoch durch staatliche Beihilfen möglichst zu bremsen, damit sich die Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt nicht weiter verschärft. In solchen Fällen wird die staatliche Unterstützung der Industriebetrieben durch die Europäische Kommission genehmigt. Es muss deshalb mindestens bis 2010 mit einem kontinuierlichen Produktionsabbau im Industrie-Sektor mit Freisetzung der Arbeitskräfte in den Regionen *Moravskoslezský kraj* und *Rybnicko-Jastrzebski* gerechnet werden.

Die regionale Landwirtschaft ist durch vorwiegend ungünstige Produktionsbedingungen gekennzeichnet. Lediglich die Senken- und Ebenenlandschaften in den tschechischen Kreisen *Nový Jičín*, *Opava*, und in den Kreisen *Raciborz*, *Cieszyn* im polnischen Teilgebiet weisen gute Produktionsbedingungen auf. Das unmittelbare Dreiländereckgebiet besteht aus Mittelgebirgslandschaften mit ungünstigen Boden- sowie Klimaverhältnissen. Die Bewaldung beträgt in den Grenzkreisen über 70 %. Eine bedeutendere Rolle spielen hier deshalb die Forstwirtschaft und die Landschaftspflege, die einer staatlichen Unterstützung bedürfen. Die geringe Bedeutung der Landwirtschaft belegen auch der sehr niedrige Beschäftigtenanteil (unter 5,2 %) sowie der geringe Anteil an der Gestaltung des regionalen BIP (unter 10%).

Es lässt sich zusammenfassen, dass alle untersuchten Grenzregionen mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert sind. Es besteht ein Wohlstandsgefälle zwischen der slowakischen Region und ihren Partnerregionen in Tschechien und Polen. Daraus ergeben sich potenzielle Anreize für verstärkte Entwicklung von Dienstleistungen und Handel in den slowakischen grenznahen Kommunen sowie für Berufsgrenzgänger.

Die tschechische Region *Moravskoslezský kraj* sowie die polnischen Regionen *Bielsko-bialski* und *Rybnicko-jastrzebski* prägen ein gleiches Wohlstandsniveau, sehr ähnliche Wirtschaftsstruktur und grundsätzlich identisch gelagerte Entwicklungsprobleme. Diese Rahmenbedingungen erscheinen als günstig vor allem für die Forcierung von bilateralen Kooperationspartnerschaften im öffentlich-rechtlichen Bereich bei der Bewältigung des Strukturwandels, der Umwandlung und Nutzung von ehemaligen Industrieanlagen (sog. ‚Brown Fields‘) oder Beseitigung von Umweltlasten. Im Bereich der Wirtschaftsförderung kann die Zusammenarbeit jedoch durch Konkurrenzbeziehungen beim Anwerben von ausländischen Investitionen sehr stark beeinträchtigt werden. Ein starkes Kooperationspotenzial wird insbesondere bei den KMU im Bereich der modernen und innovativen Technologien (Nanotechnologie, Umwelttechnik) vermutet. Auf anderen Handlungsgebieten wird die Zusammenarbeit durch starke Konkurrenzbeziehungen eher gehemmt.

Aus der Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lässt sich im Bezug auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum folgende Schwächen und Stärken identifizieren und mögliche Chancen und Gefahren daraus ableiten:

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Konjunktorentwicklung der nationalen sowie regionalen Wirtschaften</li> <li>▪ EU-Binnenmarkt mit uneingeschränkter Freizügigkeit der Güter, Dienstleistungen, Arbeitnehmer</li> <li>▪ Steigerung im gegenseitigen Handelsvolumen</li> <li>▪ Tradition eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes der Tschechoslowakei</li> <li>▪ Keine bzw. geringe Sprachbarrieren</li> <li>▪ Bestehende Ansätze der grenzüberschreitenden Kooperation zwischen den regionalen Unternehmerverbänden (KMU)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Strukturwandel nicht abgeschlossen</li> <li>▪ Erhebliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Struktur und im Leistungspotenzial der Partnerregionen</li> <li>▪ Unzureichende Kapazität der Straßenverkehrsträger (Staubildungen)</li> <li>▪ Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in CZ, PL, SK auf dem EU-Markt</li> <li>▪ Wohlstandsgefälle zwischen der slowakischen Region und den Partnerregionen in CZ und PL</li> <li>▪ Geringe grenzüberschreitende Orientierung der KMU</li> <li>▪ Anhaltende Probleme im Agrarsektor und Gefährdung der ländlichen Gebiete</li> <li>▪ Nur bescheidene Ansätze im Standortmanagement und –marketing für die einzelnen Grenzregionen</li> <li>▪ Keine Ansätze eines gemeinsamen Standortmanagements und –marketings für das Dreiländereck</li> </ul>
Chancen	Gefahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen durch Produktions- und Handelsbeziehungen als Weg zur Selbstbehauptung im starken Wettbewerb auf dem westeuropäischen Markt</li> <li>▪ EU-Förderung von innovativen Produktionsorientierungen an Tourismus-Dienstleistungen, Bio-Landwirtschaft bei Vernetzung der Landwirtschaftsbetriebe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verschärfung des innerregionalen Wettbewerbs durch fehlende Abstimmung im Standortmanagement</li> <li>▪ Entwicklung von bilateralen Partnerschaften zur Lösung von spezifischen Problemen resp. zur Nutzung von spezifischen Potenzialen anstelle einer integralen trilateralen Zusammenarbeit</li> <li>▪ Verschlechterung der Lage der Landwirtschaftsbetriebe und Degradation der Kulturlandschaft als Tourismus-Standort als Folge</li> </ul>

**Tab. 34: SWOT ‚Wirtschaft‘**

### 4.7.3. Tourismus

Dem Fremdenverkehr wird in den Planungsdokumenten der Regionen ein beträchtlicher Stellenwert zugewiesen. Der Tourismus soll nach Abnahme der landwirtschaftlichen und der traditionellen Industrieproduktion in den letzten 15 Jahren ein wichtiger Faktor zur regionalwirtschaftlichen Stabilisierung und Wiederbelebung werden.

Günstige naturräumliche Bedingungen und hohe ökologische Qualität sind ein erhebliches Potenzial für die Entwicklung des Fremdenverkehrs im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum. Durch die geographische Nähe der umliegenden bevölkerungsreichen Agglomerationen im Ostrauer und im Oberschlesischen Industrievier (mit Straßenentfernung von ca. 30-80 KM vom Dreiländerpunkt), bzw. der Agglomeration von Kraków (ca. 150 KM) werden die Entwicklungsperspektiven im Fremdenverkehr deutlich begünstigt. Starke Entwicklungsimpulse erhoffen sich die regionalen Akteure auch von den Metropolen Bratislava, Brno, Wien, Győr bzw. Budapest (vgl. Úrad Žilinského samosprávneho kraja 2004, S. 56f). Diese Einschätzungen erscheinen aber aufgrund der größeren Entfernung (200-250 Km) und der schlechten Verkehrsanbindung als überbewertet.

Der östliche Streckenabschnitt der tschechisch-polnischen Grenze (Cieszyn – Istebna) ist durch das hügelige Beskiden-Vorland und vielfältige kulturelle Gegebenheiten gekennzeichnet. Vorteilhaft ist die geographische Nähe zu den bevölkerungsreichen Agglomerationen Ostrava-Karviná, Jastrzębie-Zdrój und Rybnik. In diesem Gebiet sind somit optimale Grundvoraussetzungen für die Entwicklung der stadtnahen Tourismusformen (Familien-, Bildungs-, Kulturbereich) vorhanden.

Die Mittelgebirgslandschaft der Beskiden an der tschechisch-slowakischen und der slowakisch-polnischen Grenze verfügt über hervorragende Bedingungen für sportlich orientierten Fremdenverkehr (Wandern, Mountainbikern). Die klimatischen Verhältnisse erlauben das Betreiben von Skisportarten 3 bis 4 Monate im Jahr. Sehr vorteilhaft zeichnet sich auch hier die günstige geographische Lage in der Nachbarschaft der nordmährischen sowie der oberschlesischen Agglomerationsgebiete; durch mehrere Fremdenverkehrsregionen europäischer Bedeutung – Hohe Tatra, Kleine und Große Fatra, die am östlichen Rande des slowakischen Teilgebiets liegen, werden jedoch starke Konkurrenzverhältnisse geschaffen. Hindernd wirkt auch das Fehlen von bedeutenden Kulturangeboten und Sehenswürdigkeiten im Gebiet.

Obwohl der Bereich des Fremdenverkehrs als eine der wichtigsten Prioritäten der Regionalentwicklung angesehen wird und dem entsprechend auch durch mehrere Programme gefördert wird, wird durch Bewertung der statistischen Daten deutlich, dass der Fremdenverkehr in keinem der untersuchten Grenzregionen einen boomenden Sektor der Regionalwirtschaft darstellt. Die Entwicklung der letzten Jahre ist vielmehr durch nur leicht positive Trends geprägt, wie es dem mäßigen Anstieg der Übernachtungszahlen sowie auch den leichten Verbesserungen bei den anderen wichtigsten Indikatoren (Beschäftigtenzahl, Anteil des Fremdenverkehrs an Gestaltung des regionalen BIP) zu entnehmen ist.

Vergleicht man die Stärken-Schwächen-Profile für den Fremdenverkehr in den Entwicklungsprogrammen der Regionen, stellt man eine weitgehende Übereinstimmung in der Wahrnehmung von Hemmnissen für die forcierte Entwicklungsdynamik fest:

- Niedrige Qualität der Dienstleistungen;
- Defizite in der Gestaltung und im Angebot der Produkte, die für die Region spezifisch und somit auch attraktiv wären;

- Fehlen einer gemeinsamen regionalen Organisationsstruktur bei Marketing, Werbung, Verkauf der Tourismusprodukte;
- Schlechte über- sowie innerregionale verkehrstechnische Erreichbarkeit der Gebiete.

Die Statistiken über Unterkunfts-kapazitäten und Anzahl der Übernachtungen (vgl. Tab. 35) verdeutlichen starke Ausstattungsunterschiede in den untersuchten Grenzregionen. Während in den Grenzkreisen des Bezirks *Žilinský kraj* sich ein erhebliches Defizit an Unterkunfts-einrichtungen abzeichnet, stellt man bei den Regionen *Moravskoslezský kraj* sowie *Podregion Bielsko-bialski* einen relativen Überschuss an Beherbergungskapazitäten fest. Auch im Verhältnis zu anderen Kreisen im regionalen Binnenland, existiert in den slowakischen Grenzkreisen eine deutlich geringere Unterkunfts-kapazität, obwohl die naturlandschaftlichen Bedingungen hier hochattraktiv sind. Im Falle der polnischen Region *Rybnicko-Jastrzebski* sind die niedrigen Kapazitäten auf die relativ ungünstigen Naturraumbedingungen zurückzuführen.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 2001 lediglich 3,9 (Bezirk *Moravskoslezský kraj*) bzw. 4,7 Tage (Bezirk *Žilinský kraj*), was dem jeweiligen Landesdurchschnitt entspricht. Die Gesamtzahl der Übernachtungen hat in allen Regionen eine leicht ansteigende Tendenz, der Anteil an ausländischen Gästen aber stagniert bzw. abnimmt. Die häufigsten ausländischen Besucher waren Tschechen, Polen und Slowaken. Während bei der tschechischen und den polnischen Grenzregionen der Anteil der Gäste aus den Nachbarstaaten nicht besonders dominant ausfällt, stellt man bei der slowakischen Grenzregion hingegen einen extrem starken Anteil von Gästen aus Tschechien und Polen fest: 2002 waren es zu 30% (zum Vorjahr + 12,4%) Tschechen und sogar zu 40% (+3,0%) Gäste aus Polen. Die wachsenden Anteile der tschechischen und polnischen Touristen kontrastieren stark mit dem starken Rückgang der Gesamtzahl der ausländischen Touristen (-29%). In dieser Entwicklung zeichnet sich die Chance der Tourismusbranche in der Region *Žilinský kraj* als Urlaubsregion für Gäste aus den benachbarten Grenzregionen.

Region /Grenzkreise	Anzahl der Unterkunfts-einrichtungen	Bettenzahl	Übernachtungen (Veränderung zum Vorjahr)	Index der Auslastung <sup>1</sup>	Ø Aufenthaltsdauer (Veränderung zum Vorjahr)
Moravskoslezský kraj (CZ)	620	39.132	2.468.000 (+4,0%)	63,1	3,9 (+0,5%)
Davon Grenzkreis Frýdek-Místek	125	6.870	554	80,3	
Bielsko-Bialski (PL)	258	20.907	1.588 (+5,5%)	76,0	4,4 (+1,0%)
Davon Grenzkreise: Bielski und Zywiecki	111	7.234	631	87,2	
Rybnicko-Jastrzebski (PL)	22	1.620	50 (+2,5%)	30,9	2,8 (+0,3)
Žilinský (SK)	283	28.611	2.096 (+7,5%)	73,8	4,7 (+4,4%)
Davon Grenzkreise: Čadca, Bytča, Námestovo	45	3.450	415	120,3	

**Tab. 35: Beherbergungskapazitäten und Anzahl der Übernachtungen (in 2002) im regionalen Vergleich**

Anm: ohne private Unterkünfte

<sup>1</sup> Index der Auslastung der Beherbergungskapazitäten (Übernachtungen)

Quelle: ČSÚ (Hg.): Statistická ročenka Moravskoslezského kraje 2003; ŠÚ SR (Hg.): Štatistická ročenka SR 2003; US(Hg.): Rocznik Statystyczny Wojwództwa Śląskiego 2002; eigene Berechnungen (1)



Eine Gegenüberstellung der Stärken und Schwächen und der Chancen und Gefahren im Bereich des Tourismus ergibt folgendes Bild:

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Attraktiver Naturraum</li> <li>▪ Günstige geographische Lage zwischen bevölkerungsreichen Agglomerationen von Ost rava, Katowice, Krakow</li> <li>▪ Tourismusförderung als Entwicklungspriorität der Grenzregionen</li> <li>▪ Nur geringe Einschränkungen der Personenfreizügigkeit</li> <li>▪ Steigende Anzahl der Übernachtungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unzureichendes Angebot an kulturellen Veranstaltungen und Sehenswürdigkeiten</li> <li>▪ Schlechte überregionale Erreichbarkeit des Grenzgebietes</li> <li>▪ Fehlen eines gemeinsamen ÖPNV zur Verbindung einzelner Tourismusstätten und Sehenswürdigkeiten</li> <li>▪ Ungünstige Leistungsindikationen: Niedrige Aufenthaltsdauer, niedriger Anteil von ausländischen Gästen</li> <li>▪ Niedrige Qualität der Dienstleistungen</li> <li>▪ Defizite in der Gestaltung und Vermarktung von Produkten, die für die Region spezifisch und somit auch attraktiv wären</li> <li>▪ Fehlen einer gemeinsamen regionalen Organisationsstruktur in den Bereichen Marketing, Werbung, Verkauf der Tourismusprodukte</li> </ul>
Chancen	Gefahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gemeinsame Vermarktung der Tourismus-Produkte: attraktive Natur-/Kulturlandschaft, Vielfalt, Qualität, preiswert</li> <li>▪ Förderung des ländlichen Raums durch Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, Nebeneinkünfte für Landwirte, Bedeutungszuwachs der biologischen Landwirtschaft</li> <li>▪ Intensivierung bzw. Entstehung von Kooperationen in anderen Handlungsbereichen (Umweltschutz, Dienstleistungen, öff. Verwaltung, Kultur)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkung des innerregionalen Wettbewerbs durch fehlende Abstimmung im Standortmanagement und -marketing (Konkurrenz statt Kooperation)</li> <li>▪ Rückgang der Zahl der Touristen durch schlechte Erreichbarkeit</li> </ul>

Tab. 36: SWOT ,Tourismus'

## 4.8. Arbeitsmarkt

Eine Betrachtung der Entwicklung der Erwerbstätigkeit bzw. der Beschäftigung in der tschechischen sowie der polnischen Grenzregion zeigt, dass sie mit der Bevölkerungsentwicklung positiv korreliert. In der Regel gilt es, dass mit einem Verlust (Gewinn) an Erwerbs- bzw. Beschäftigungsmöglichkeit die Bevölkerung abnimmt (zunimmt). Dies ist sowohl für die tschechische als auch für die polnische Region deutlich zu erkennen. Der Bevölkerungsverlust geht mit einem Verlust der Beschäftigung einher. Nach dem Ende der sozialistischen Planwirtschaft 1989 hat insgesamt ein deutlicher Deindustrialisierungsprozess stattgefunden, der vor allem die Branchen Kohlebergbau, Stahl- und Metallherzeugung betraf und zu einem drastischen Abbau von Arbeitsplätzen führte (vgl. Förster 1999, S. 32).

Die heutige wirtschaftliche Schwäche und strukturelle Veränderungen in den Regionen spiegeln sich entsprechend negativ auf dem Arbeitsmarkt wider. Alle untersuchten

Grenzregionen weisen mit 12,9 % bis 16,3 % eine relativ hohe Arbeitslosigkeit auf, wie den Zahlen in der folgenden Tabelle zu entnehmen ist.

Region NUTS-3	Beschäftigtenzahl (abgerundet)	Arbeitslosigkeit <sup>1</sup> 2001/2002 (%)	Langzeitarbeitslose <sup>2</sup> (in %)
Moravskoslezský kraj (CZ)	537.000	15,1 (CZ: 7,3)	46,7
Bielsko-Bialski (PL)	197.000	12,9 (PL: 16,9 )	40,7
Rybnicki-Jastrzębski (PL)	170.000	16,3 (PL: 16,9 )	41,6
Žilinský kraj(SK)	242.000	14,8 (SK: 17,5)	40,7

**Tab. 37: Anzahl der Beschäftigten und Arbeitslosigkeit im regionalen Vergleich**

<sup>1</sup> Anzahl der registrierten Arbeitslosen zum 31.12.2002 bzw. 2001

<sup>2</sup> Anteil von Arbeitslosen, die länger als 12 Monate registriert werden

Quellen: ČSÚ (Hg.): Statistická ročenka Moravskoslezského kraje 2003; ŠÚ SR (Hg.): Štatistická ročenka SR 2003; US(Hg.): Rocznik Statystyczny Wojwództwa Śląskiego 2002;

Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in den untersuchten Regionen hat sich nach einem steilen Anstieg bis 1999 stabilisiert und kann seit 2000 als stabil hoch bezeichnet werden. In den Regionen *Moravskoslezský kraj* und *Podregion Rybnicko-Jastrzebski* lag die Arbeitslosigkeitsrate deutlich höher über dem Landesniveau, die Regionen *Žilinský kraj* und *Podregion Bielsko-Bialski* weisen hingegen eine niedrigere Arbeitslosenquote auf als der jeweilige Landesschnitt 2002 war.

Kreise (Ebene LAU-1)	Arbeitslose zum 31.12.2002 (%)	Veränderung zwischen 1995 und 2002 (%)
Frýdek-Místek	3,9	+0,5
Karviná	18,5	+7,8
Ostrava (Stadt)	16,5	+5,4
Tschechischer Teil	13,0	+4,5
Čadca	14,9	+5,7
Bytča	14,2	+4,8
Kysucké Nové Mesto	18,8	+6,7
Žilina	10,8	+2,5
Námestovo	14,6	+4,6
Slowakischer Teil	14,7	+4,7
Bielsko-Bialski	14,3	+4,2
Bielsko-Biała (Stadt)	10,8	+2,2
Cieszynski	14,1	+3,2
Zywiecki	13,4	+3,8
Jastrzebie-Zdroj (Stadt)	17,5	+6,3
Rybnicki	18,8	+7,7
Raciborski	14,2	+4,6
Rybnik (Stadt)	13,8	+3,2
Wodzislawski	15,7	+4,9
Zory	24,2	+9,8
Polnischer Teil	13,2	+5,8

**Tab. 38: Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Grenzkreisen**

Quellen: ČSÚ (Hg.): Statistická ročenka Moravskoslezského kraje 2003; ŠÚ SR (Hg.): Štatistická ročenka SR 2003; US(Hg.): Rocznik Statystyczny Wojwództwa Śląskiego 2002;

Auch bei der Arbeitslosigkeit lassen sich deutliche Unterschiede auf der Kreisebene feststellen (vgl. Tab. 38, S. 104). Die höchsten Arbeitslosenraten werden in den industriellen Agglomerationen erreicht – es handelt sich um die tschechischen Kreise *Ostrava-Stadt*, *Karviná* und um alle Kreise der polnischen Nachbarregion *Rybnicko-Jastrzebski*. Deutlich niedrigere Arbeitslosenquoten weisen hingegen die ländlich strukturierten Grenzkreise im unmittelbaren Dreiländereck. Die wenigsten Arbeitslosen hat mit Abstand der tschechische Grenzkreis *Frydek-Místek* (3,9 %).

Aus der Analyse der Situation und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in den untersuchten Regionen ergibt sich für den tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum folgende Gegenüberstellung:

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Tradition eines gemeinsamen Arbeitsmarktes in der Tschechoslowakei mit intensiver Migration der slowakischen Arbeitskräfte</li> <li>▪ Keine (CZ-SK) resp. geringe (CZ/PL, SK/PL) Sprachhindernisse</li> <li>▪ Volle Freizügigkeit der Arbeitskräfte nach dem EU-Beitritt am 01.05.2004</li> <li>▪ Angebot an offenen Stellen für Berufspendler bieten nur Städte im tschechisch-polnischen Grenzgebiet, in den ländlichen Grenzgebieten CZ/SK und SK/PL geringe Perspektive</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Langfristig hohe Arbeitslosigkeit mit negativer Entwicklung in allen Teilgebieten</li> <li>▪ Geringe Migration der Arbeitskräfte zwischen dem polnischen und den tschechischen resp. slowakischen Teilgebiet</li> <li>▪ Rückgang der Anzahl der Berufspendler</li> <li>▪ Bisher keine Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen und den Arbeitsmarktorganisationen</li> </ul>
Chancen	Gefahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Abschwächung des intensiven ‚Brain Drain‘ in der Region durch Schaffung eines integrierten Arbeitsmarktes</li> <li>▪ Steigerung des Kooperationspotenzials durch Anwerben von hochqualifizierten Arbeitskräften aus den Nachbarregionen</li> <li>▪ Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in innovativen Branchen durch Zusammenarbeit in Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Abwanderung der qualifizierten Arbeitskräfte aus den peripheren grenznahen Gebieten</li> <li>▪ Abnahme und Überalterung der Bevölkerung</li> <li>▪ Marginalisierung der ländlichen Grenzgebiete an der tschechisch-slowakischen und slowakisch-polnischen Grenze</li> </ul>

**Tab. 39: SWOT ‚Arbeitsmarkt‘**

## 4.9. Infrastruktur

### 4.9.1. Verkehrsinfrastruktur

Bedingt durch die Intensivierung der gegenseitigen Handelsbeziehungen zwischen Tschechien und Polen, resp. zwischen der Slowakei und Polen (siehe Tabellen 13 und 14) und durch die Erweiterung des europäischen Binnenmarktes ist der Straßenverkehr im letzten Jahrzehnt im untersuchten Grenzraum erheblich angestiegen. Diese enorme Steigerung der Straßenverkehrsleistung wurde jedoch durch den Straßenbau nicht ausgeglichen.

Aus den vorherrschenden orographischen Verhältnissen ergeben sich ungünstige Rahmen-

bedingungen für den Ausbau der Verkehrswege im überwiegenden Teil des tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraums. Da die Hauptverbindungswege entlang der Täler verlaufen, weist das Hauptverkehrsnetz eine deutliche Nord-Süd-Ausprägung auf.

Die großräumig-verkehrsstrategische Lage des tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraums ist als sehr günstig zu bezeichnen. Durch den Grenzraum verlaufen zwei Hauptverkehrsverbindungen, die Bestandteile des Europäischen Verkehrsnetzkonzeptes (TEN) sind. Es handelt sich um die multifunktionellen Verkehrskorridore Va in Nord-Süd-Ausrichtung (E 75: Athen – Belgrad – Szeged – Bratislava – Žilina – Zywiec – Katowice – Warszawa - Baltikum) und den in Nord-Süd-Ausrichtung im tschechischen Teilgebiet verlaufenden TEN-Verkehrskorridor (Wien – Brno – Ostrava – Katowice), der das Untersuchungsgebiet im Nordwesten berührt. Der Verkehrskorridor V. kreuzt sich bei Katowice mit dem in West-Ost-Richtung verlaufenden TEN-Verkehrskorridor III. Die hervorragende verkehrsstrategische Lage der trilateralen Grenzregion ergänzt noch die europäische Fernstraße E50 (Paris – Nürnberg – Praha – Brno - Žilina – Košice - Kiew), die der TEN-Verkehrskorridor V bei Žilina kreuzt.

Diese günstige verkehrsstrategische Lage stellt für den Raum ein riesiges Entwicklungspotenzial dar. Damit das Potenzial ausgenutzt wird, müssen jedoch erst die entlang der Verkehrskorridore bestehenden Fernstraßen und Eisenbahnstrecken umgebaut, bzw. müssen neue Autobahnstrecken erbaut werden. Denn die schlechte Qualität der Fernstraßen und die fehlende direkte Anbindung an das europäische Autobahnnetz stellt gegenwärtig ein wesentliches Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung aller untersuchten Grenzregionen dar.

Die grenzüberschreitenden Hauptverkehrsverbindungen zwischen den Nachbarregionen im Dreiländereck sind in ihrer technischen Qualität sowie in der Netzdichte ungenügend ausgebaut. Die bestehenden Fernstraßenverbindungen zwischen der slowakischen und der tschechischen Region (internationale Straßen E 75 und E 442) sowie zwischen der tschechischen und der polnischen Region (E 462, E 48) sind durch den LKW-Transitverkehr stark überlastet und deshalb auch für PKWs wenig durchlässig. Als katastrophal ist die Verkehrsverbindung zwischen der slowakischen und der polnischen Region zu bezeichnen, die den Gütertransport ohne Gewichtsbeschränkung nur über die Fernstraße E 77 am östlichen Rande des untersuchten Grenzenabschnitts ermöglicht.

Aus den Entwicklungsdokumenten der Regionalverwaltungen<sup>35</sup> geht hervor, dass ein dringender Handlungsbedarf auf dem Gebiet der Verbesserung der überregionalen Verkehrsanbindung wahrgenommen wird. In der Region *Moravskoslezský kraj* gilt der Ausbau der Autobahn D47 (Hranice – Ostrava - Bohumin) bis Ende 2007 als oberste Handlungspriorität, in der Wojewodchaft *Śląskie* ist es die Fortführung der Autobahnstrecke von der tschechischen Grenze bis nach Katowice (D1). Die höchste Priorität wird in der

---

<sup>35</sup> Úrad Žilinského samosprávneho kraja (Hg.) (2003): Program hospodárskeho a sociálneho rozvoja Žilinského samosprávneho kraja, S. 97-101;

Úřad Moravskoslezského kraje (Hg.) (2001): Program rozvoje územního obvodu Moravskoslezského kraje 2001-2004, S. 8-10;

Urząd Marszałkowski Województwa Śląskiego (Hg.) (2000): Strategia Rozwoju Województwa Śląskiego 2000-2015. S 25-28

Region *Žilinský kraj* (SK) dem Ausbau der Autobahn E 75 (Povážská Bystrica – Zwardoń) eingeräumt, die sich an der slowakisch-polnischen Grenze an die polnische Autobahn (Zwardon – Katowice) bis Ende 2009 anschließen soll. Die stetigen Verzögerungen der Bauarbeiten an allen drei erwähnten Baustrecken stellen eine Gefahr für die Regionalentwicklung dar.

Alle drei Grenzgebiete sind also zur Zeit an das europäische Autobahnnetz noch nicht angeschlossen. Angesichts der allgemeinen Voraussicht, dass die Straße der wichtigste Verkehrsträger in den kommenden Jahrzehnten bleiben wird und das Transportvolumen weiterhin steigen wird, stellt diese Tatsache ein erhebliches Risiko für die Entwicklung des Raumes dar.

Das regionale Straßennetz ist durch eine relativ hohe Dichte gekennzeichnet, es weist jedoch erhebliche Mängel im technischen Zustand der Straßen auf. Insbesondere die Straßen niedrigeren Grades (Gemeinde- und Kreisstraßen), die für einen zeit- und kostengünstigen Personen- sowie Wirtschaftsaustausch im Grenzgebiet sehr bedeutend sind, sind aufgrund des schlechten technischen Zustandes nur eingeschränkt nutzbar. Der praktische Nutzwert der Grenzübergänge für den kleinen Grenzverkehr an den Grenzen CZ/PL sowie SK/PL wird sehr häufig durch deren schlechten technischen Zustand wesentlich vermindert.<sup>36</sup>

Durch das Untersuchungsgebiet verlaufen in der Nord-Süd-Richtung zwei europäische hochleistungsfähige TINA-Eisenbahnachsen (Katowice – Ostrava – Brno – Wien und Katowice – Žilina – Bratislava), die bereits weitgehend modernisiert sind. Sie werden in der West-Ost-Richtung durch die wichtigen Fernbahnstrecken Pszcyna – Rybnik – Racibórz – Opole und Bohumín – Ostrava – Čadca – Žilina durchkreuzt. Aus dieser Ausrichtung der Bahnstrecken ergeben sich wichtige Bahnknotenpunkte Bohumín, Ostrava, Rybnik und Žilina.

Das Eisenbahnnetz weist in den einzelnen Teilregionen entsprechend den vielfältigen orographischen Verhältnissen eine unterschiedliche Dichte auf. Im tschechisch-slowakischen sowie slowakisch-polnischen Grenzgebiet ist die Bahndichte sehr niedrig und der Bahnverkehr besitzt im regionalen Personen- und Güterverkehr keinen wichtigen Stellenwert.

Eine bedeutende Rolle spielt die Eisenbahn im Personennahverkehr nur im tschechisch-polnischen Grenzgebiet im westlichen Teil des Untersuchungsgebietes. Die Entwicklung im letzten Jahrzehnt ist durch Modernisierung der überregionalen Bahnstrecken einerseits und durch stetige Abnahme der Nebenstrecken andererseits gekennzeichnet. Die grenzüberschreitende Anbindung der regionalen Bahnstrecken ist ungenügend und die Anzahl der grenzüberschreitenden regionalen Bahnverbindungen wird stets reduziert. Nach Auskunft der tschechischen Eisenbahngesellschaft (České Dráhy, AG.) muss auch in den nächsten

---

<sup>36</sup> So wurde in der tschechisch-polnischen Koordinierungsstudie zur Entwicklung des CZ/PL-Grenzgebietes festgestellt, dass der Betrieb bei mehr als der Hälfte der offiziell für den kleinen Grenzverkehr festgelegten Grenzübergänge an dem im Untersuchungsgebiet liegenden Streckenabschnitt der tschechisch-polnischen Grenze aufgrund der technischen Mängel (fehlende Brücken, Mängel in der Fahrbahn, Straßenführung) wesentlich eingeschränkt bis gar nicht möglich ist. Vgl. Rządowe Centrum Studiów Strategicznych / Ministerstvo pro místní rozvoj České republiky (Hg.) (1997): Studium Koordynacyjne Rozwoju Pogranicza polsko-czeskiego. Koordinační studie rozvoje česko-polského pohraničí, S.71-78.

Jahren wegen geringer Auslastung der Verbindungen mit einer weiteren Schließung bzw. Einschränkung von Bahnstrecken im tschechisch-polnischen Grenzgebiet gerechnet werden.

Die nächsterreichbaren Flughäfen mit internationalem Flugverkehr befinden sich bei Ostrava (Ostrava - Mošnov), bei Žilina (Žilina – Dolní Hričov) und bei Katowice (bereits außerhalb des Untersuchungsgebietes). Der verkehrsreichste internationale Flughafen Ostrava-Mošnov (CZ) stellt mit seinen großzügigen technischen Parametern sowie durch seine günstige geographische Lage ein erhebliches Entwicklungspotenzial für das gesamte Dreiländereck dar.

#### **4.9.2. Versorgungsinfrastruktur**

Im Ausbauzustand der technischen Infrastruktur bestehen zwischen den Teilräumen deutliche Unterschiede. Es kann generell behauptet werden, dass der Stand der technischen Infrastruktur im tschechisch-polnischen Grenzgebiet am besten ist. In den Grenzgebieten CZ/SK und SK/PL sinkt das Niveau kontinuierlich in Richtung zur Grenze. Erhebliche Defizite im Abwasser- sowie Trinkwassernetz weisen hier Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern auf. Verbesserungsbedürftig ist auch die Infrastruktur zur Wasserflussregulierung und Überschwemmungsvorbeugung. Relativ reiche und unbelastete Trinkwasserquellen im tschechisch-slowakischen sowie im polnisch-slowakischen Grenzgebiet könnten künftig zu einer grenzüberschreitenden Trinkwasserversorgung der defizitären Agglomerationsräume im tschechisch-polnischen Grenzgebiet genutzt werden.

#### **4.9.3. Telekommunikation**

Die Anwendung von modernen leistungsfähigen Telekommunikationstechnik und -technologien spielt in der Regionalentwicklung eine Schlüsselrolle: Sie verbindet die Zentren mit anderen Teilen der Region. Die Stärkung der inneren Integration fördert die Leistungs-, Koordinierungs- und Innovationsfähigkeit der regionalen Strukturen, sowie auch deren Fähigkeit, sich in überregionale (auch grenzüberschreitende) Strukturen zu integrieren. Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besitzt die Telekommunikation deshalb einen besonders hohen Stellenwert: Durch den Informationsaustausch zwischen den Akteuren lässt sie Kooperationsnetzwerke entstehen und bestimmt auch deren Funktion, sie vermittelt Produkte der Zusammenarbeit der Bevölkerung, Telekommunikation und ermöglicht schließlich die Wahrnehmung einer gemeinsamen Identität.

Im Bereich der Telematik (Telekommunikation und Informatik) bestehen trotz der Verbesserung der legislativen Rahmenbedingungen sowie die Umsetzung von Förderungsmaßnahmen in den letzten Jahren weiterhin deutliche Defizite. An dieser Stelle ist vor allem die veraltete Infrastruktur und immer noch niedrige Anzahl der Internetanschlüsse bei den Verwaltungen und anderen öffentlichen Einrichtungen (vor allem in SK) sowie der Privatan Anschlüsse zu nennen. Der weiterhin bestehende Monopolismus bremst die Entwicklungsdynamik und hält die Preise für die Telekommunikationsdienste hoch. Diese Defizite lassen eine Beeinträchtigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch Mängel im Informationsaustausch zwischen den Akteuren, sowie auch durch geringe Rezeption der Zusammenarbeit durch die Lokalbevölkerung vermuten.

Die Bewertung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen bezüglich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ergibt folgendes Bild:

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Günstige verkehrsstrategische Lage</li> <li>▪ Bestehende Kooperationsansätze bei Lösung von Verkehrsinfrastrukturellen Problemen bei Kommunen und regionalen Verwaltungen</li> <li>▪ Erfahrungen mit Umsetzung von Projekten zur Verbesserung der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, die durch das PHARE CBC gefördert wurden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gravierende Defizite in der überregionalen Verkehrsanbindung (kein Autobahnanschluss)</li> <li>▪ Schlechter technischer Zustand des regionalen Straßenverkehrsnetzes, fehlende Straßenverbindungen – sehr markant im slowakisch-polnischen Grenzgebiet</li> <li>▪ Erhebliche Verzögerungen beim Aufbau von Autobahnen</li> <li>▪ Geringe verkehrstechnische Durchlässigkeit der Grenzen (Staubildungen)</li> <li>▪ Einschränkung des praktischen Nutzwerts der meisten regionalen Grenzübergängen durch fehlende oder unzureichend ausgebaute Verkehrswege</li> <li>▪ Fehlendes grenzüberschreitendes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln (kein gemeinsames ÖPNV-Konzept)</li> <li>▪ Schlechte Erreichbarkeit der Nachbarregionen (gilt vor allem für grenznahe Städte und Dörfer)</li> <li>▪ Technisch veraltete und überlastete Telekommunikationswege, hohe Preise und unterschiedliche Ländertarife</li> <li>▪ Niedrige Anzahl der Internetanschlüsse</li> <li>▪ Erhebliche Disparitäten im Ausbaustand der Versorgungsinfrastruktur zwischen den Verdichtungsräumen an der Grenze CZ-PL und den ländlichen Gebieten an den Grenzen CZ-SK und SK-PL</li> </ul>
Chancen	Gefahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Starke Impulse für die Regionalentwicklung durch Anschluss an das Europäische Hauptverkehrsnetz</li> <li>▪ Intensivierung des grenzüberschreitenden Austausches durch Verbesserungen in der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur im sozialen sowie wirtschaftlichen Bereich</li> <li>▪ Intensivierung der Kontakte zwischen den benachbarten Bevölkerungskreisen und damit Stärkung eines gemeinsamen Zusammengehörigkeitsgefühls</li> <li>▪ Kooperationsmöglichkeiten bei Trinkwasserversorgung</li> <li>▪ Mögliche Zusammenarbeit bei Nutzung der Flughäfen Ostrava und Žilina</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Defizite in der Verkehrs- u. Telekommunikationsinfrastruktur hindern die Zusammenarbeit in allen Bereichen und somit auch wirtschaftliche und soziale Integration im Dreiländereck</li> <li>▪ Verkehrstechnische Einschränkungen im wirtschaftlichen Austausch sowie im grenzüberschreitenden Personenverkehr (Fremdenverkehr, Berufs/Bildungspendler, )</li> <li>▪ Verschlechterung der finanziellen Lage der Kommunen, die dadurch für Kooperation Handlungsunfähig werden (Kofinanzierung der Fördermittel nicht möglich) durch wirtschaftliche Stagnation und geringes Investitionsniveau bei Verzögerung der Baumaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur</li> </ul>

**Tab. 40: SWOT ,Verkehrs- u. Versorgungsinfrastruktur'**

## 4.10. Soziokulturelle Rahmenbedingungen

### Sprache, Minderheiten, Medien, regionale Identität

Einer der wichtigsten kulturellen Aspekte in bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind die durch Sprachunterschiede bedingten Kommunikationshindernisse zwischen den benachbarten Bevölkerungskreisen. Das tschechisch-polnisch-slowakische Dreiländereck besteht aus drei weitgehend homogenen Sprachräumen. Tschechisch, Polnisch und Slowakisch gehören der westslawischen Sprachgruppe an und sind durch linguistische Gemeinsamkeiten geprägt. Besonders die tschechische und die slowakische Sprache stehen sich linguistisch sehr nah. Diese Sprachnähe wird noch durch alltägliche Präsenz der beiden Sprachen in den Medien in Folge der gemeinsamen tschechoslowakischen Geschichte verstärkt, so dass sich das tschechisch-slowakische Grenzgebiet in Hinsicht auf das Kommunikationspotential der Grenzbevölkerung als ein gemeinsamer barrierefreier Sprachraum bezeichnen lässt.

Zwischen dem Tschechischen und dem Polnischen sowie zwischen dem Slowakischen und dem Polnischen bestehen im Allgemeinen deutliche Sprachunterschiede, die für eine gegenseitige Verständigung Fremdsprachenkenntnisse erforderlich machen. Relativ geringe gegenseitige Austauschbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Polen im sozialistischen Zeitalter (vgl. Kap. 3.7.2.) konnten zur Stärkung der Sprachkompetenz bei der Bevölkerung nicht beitragen. Die Sprachbarriere als Kooperationshemmnis trifft jedoch im unmittelbaren tschechisch-polnischen Grenzgebiet (Teschener Schlesien) nicht zu. Hier führten die über Jahrhunderte stark gemischte Nationalitäten und ein reger Kulturaustausch zu einer starken Sprachkompetenz bei der Grenzbevölkerung bei.

Die polnischen Regionen sowie die slowakische Region *Žilinský kraj* sind durch weitgehend homogene Nationalitätsstruktur gekennzeichnet. Bei der tschechischen Region *Moravskoslezský kraj* stellt man hingegen einen hohen Anteil der polnischen (3,1 %) und slowakischen (3,4 %) Nationalitätsminderheit fest. Auf der Kreis- und Kommunalebene wird jedoch die unterschiedliche Verteilung der Minderheiten in der Region *Moravskoslezský kraj* deutlich: Während die Slowaken in der ganzen Region relativ gleichmäßig verteilt sind, konzentriert sich die polnische Minderheit in der unmittelbaren Grenznähe und ergibt in den Kreisen *Opava*, *Karviná* und *Frýdek-Místek* Anteile von bis zu 15 % und bei den Grenzgemeinden dann bis zu 50%. Im Gegensatz dazu ist im polnischen Grenzgebiet eine nennenswerte tschechische Minderheit nicht vorhanden. Aus diesem Spezifikum ergibt sich das Risiko einer einseitigen Orientierung der Zusammenarbeit im kulturellen Bereich auf die Minderheitsproblematik, die logischerweise zu einer Ausgrenzung des tschechisch-polnischen Grenzgebiets von einer breiter angelegten trilateralen Zusammenarbeit im Dreiländereck führen kann.

In der Religionsbekennung weisen die Regionen unterschiedliche Merkmale auf. Die slowakische Region sowie die beiden polnischen Regionen haben eine relativ hohe Anzahl von Gläubigen, die zu 75 % römisch-katholischen Glaubens sind. In der tschechischen Region *Moravskoslezský kraj* ist hingegen der Religiositätsgrad deutlich niedriger und die Gläubigen sind mehrheitlich evangelischen Glaubens. Die geschichtliche Entwicklung sowie öffentlich diskutierte Themen geben keinen Anlass zu der Vermutung, dass die Religion im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck die Zusammenarbeit wesentlich



beeinflussen könnte.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Nutzung der Medien aus der Nachbarregion. Bei Bewertung der Wirkung der Medien auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt man sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen in den einzelnen Grenzregionen fest. Während die Einflussnahme vom Rundfunk und Fernsehen im tschechisch-slowakischen und im polnisch-slowakischen Grenzgebiet durch sehr ungünstige orographische Verhältnisse als unbedeutend angesehen wird, ist die Nutzung der Medien aus der Nachbarregion im tschechisch-polnischen Grenzraum ein fester Bestandteil des alltäglichen Lebens. Das Flachland ermöglicht hier gute Empfangsbedingungen mit einer Reichweite von bis zu 40 Km von der Grenze. Aufgrund der zahlreichen polnischen Minderheit sind auch die Printmedien im tschechisch-polnischen Grenzgebiet weitgehend verbreitet.

Diese Feststellung führt zu der Vermutung, dass die unterschiedliche Nutzung der Medien der Nachbarregion eine unterschiedliche Entwicklungsdynamik bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Dreiländereck wesentlich begünstigen kann: Hemmnis für die Zusammenarbeit über die tschechisch-slowakische sowie slowakisch-polnische Grenze einerseits, aber erhebliche Beschleunigung der tschechisch-polnischen Zusammenarbeit andererseits. Die unterschiedliche Entwicklungsdynamik an den einzelnen Grenzenabschnitten dürfte die Perspektiven für Herausbildung von trilateralen Kooperationspartnerschaften mindern.

### **Wahrnehmung der Grenzlage und der benachbarten Bevölkerungskreise durch die Lokalbevölkerung, Identitätsfindung,**

Die Grenzen sowie umliegende Grenzgebiete nehmen durch Wirkung von variablen naturräumlichen, geopolitischen, wirtschaftlichen und demographischen Verhältnissen bekannterweise unterschiedliche Ausprägungen an. Daneben wirken sich jedoch auch mentale Merkmale der Bevölkerung auf die Entwicklung im Grenzraum aus. Die Wahrnehmung der räumlichen Grenzrealität durch die Lokalbevölkerung führt zu einer bewussten Positionierung und Bewertung der Realität. Durch diese ‚Stimme des Volkes‘ - gleichwohl ob als eine Bürgerinitiative aktiv politisch formuliert oder passiv in den Wahllokalen zum Ausdruck gebracht – werden die Entscheidungsprozesse und die Entwicklung der Region grundsätzlich bestimmt. Es wird daher unterstellt, dass die Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch Wahrnehmung der Grenzsituation sowie der benachbarten Bevölkerungskreisen durch die Lokalbevölkerung bedeutend beeinflusst wird.

Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Identitätsfindung: Die Empfindung einer gemeinsamen regionalen Identität, die über die Grenze hinweg greift, schafft eine feste Grundlage für Kooperationen im kulturellen Bereich und wirkt auch als Multiplikator in anderen Handlungsbereichen.

Durch die Anwendung der statistischen Strukturdaten lässt sich keine direkte Aussage auf eine gemeinsame Identitätsfindung in der Grenzregion ableiten. Einige Untersuchungen (vgl. Larischova 2002, S.138f.) bestätigen die tradierte Meinung, dass die Identitätswahrnehmung in den früher stark zentralistisch verwalteten Ländern Tschechien, Polen und der Slowakei weiterhin mit der Nation bzw. mit wenigen Metropolen (Prag, Warschau, Krakau, Bratislava)

verbunden ist. Ein wachsendes Regionalbewusstsein lässt sich im untersuchten Grenzraum nur im tschechisch-polnischen Grenzgebiet ansatzweise erkennen. BORN (1998, S.26-28) kommt beispielweise anhand der Betrachtung der politischen Diskussion in Polen nach 1990 zu dem Schluss, dass die Idee einer eigenständigen schlesischen Identität im polnischen Oberschlesien verfolgt wird. Eine ähnliche Entwicklung stellt man auch in Mährisch-Schlesien fest (vgl. Valenta 2000b, S. 65ff). Obwohl sich kein direkter Zusammenhang aus den Entwicklungen ergibt, erscheint es wahrscheinlich, dass die tschechisch-polnische Zusammenarbeit durch das wachsende Regionalbewusstsein begünstigt wird. Aber auch daran zeichnet sich eine Segregation des tschechisch-polnischen Grenzgebietes vom restlichen Dreiländereck und eine Gefahr für die trilaterale Zusammenarbeit ab.

Da eine Bewertung von Wahrnehmungsqualitäten nur anhand von umfangreichen empirischen Untersuchungen in allen drei Grenzregionen möglich wäre und diese zur Zeit nicht vorliegen, werde ich mich lediglich auf eigene Einschätzung beschränken. Als Indikator für die Einschätzung der gegenseitigen Wahrnehmung der Grenzsituation und der Menschen durch die Lokalbevölkerung lassen sich die Ergebnisse des in 2003 stattgefundenen Volksentscheides über den EU-Beitritt in den untersuchten Grenzregionen verwenden, denn die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in der Öffentlichkeit als integraler Bestandteil der europäischen Integration verstanden. Es wird daher vermutet, dass derjenige, der sich für den EU-Beitritt ausgesprochen hat, gleichzeitig auch einem stärkeren Austausch mit der Nachbarregion positiv zugeneigt ist. Eine ablehnende Haltung gegenüber dem EU-Beitritt indiziert wiederum eine negative nachbarschaftliche Wahrnehmung und Einwände gegenüber der Kooperation.

Es wurde untersucht, wie sich die Ergebnisse des Referendums in der jeweiligen Grenzregion vom Landesdurchschnitt unterscheiden (vgl. Tabelle 41). Die Feststellung, dass die Zustimmungsrate in den Grenzregionen sowie den Grenzkreisen etwa gleich oder höher als der jeweilige Landesdurchschnitt war, weist auf grundsätzlich positive Wahrnehmung der Zusammenarbeit und der benachbarten Bevölkerung hin. Die relativ niedrige Wahlbeteiligung lässt sich mit einem geringen politischen Engagement der Wähler in den ländlich geprägten Gebieten begründen.

Gebiet	Wahlbeteiligung	Zustimmung
Tschechien	55,2%	77,4%
Moravskoslezský kraj	49,6%	79,1%
Grenzkreise <sup>e1</sup>	49,4%	79,4%
Slowakei	52,1%	92,5%
Žilinský kraj	46,6%	91,4%
Grenzkreise <sup>2</sup>	40,3%	90,8%
Polen	58,8%	77,5%
Województwo Slask	59,6%	86,0%
Grenzkreise <sup>3</sup>	62,7%	83,5%

**Tab. 41: Ergebnisse der Referenden über den EU-Beitritt (Mai/Juni 2003)**

<sup>1</sup> Kreise: Frýdek-Místek, Karviná, Ostrava, Opava

<sup>2</sup> Kreise Čadca, Bytča, Námestovo

<sup>3</sup> Kreise bielsko-bialski, cieszyński, raciborski, Jastrzebie-Zdrój

Quellen: ČSÚ (2003): Výsledky Referenda o přistoupení k EU. Praha, ŠÚ SR (2003): Referendum o pristúpenie k EU. Bratislava und GUS(2003): Referendum unijne 2003. Warszawa

Auch HAVLÍČEK, JEŘÁBEK u. DOKOUPIL (2002, S.143,ff) bestätigen durch die Einwohnerbefragung in der tschechischen Grenzregion eine insgesamt positive Wahrnehmung der slowakischen und polnischen Nachbarn sowie positive Einstellung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit ihnen. Es zeichnet sich deshalb ab, dass die Lokalbevölkerung im Dreiländereck durch eine Kooperationsbereitschaft geprägt ist. Ob dieses latente Kooperationspotenzial aktiviert und genutzt wird, hängt von den politischen Entscheidungsträgern ab.

## Soziale Infrastruktur

Entsprechend der heterogenen Bevölkerungsverteilung weist der Untersuchungsraum starke Disparitäten in der räumlichen Verteilung der Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens auf. Während in den beiden polnischen Subregionen sowie im slowakischen Bezirk Žilina die Raumausstattung mit sozialer Infrastruktur vom Binnenland zur Grenze stark abnimmt, sind diese Disparitäten im tschechischen Bezirk Moravskoslezsko umgekehrt orientiert. Dadurch ist im tschechisch-polnischen Grenzgebiet eine Mehrzahl von Einrichtungen mit einer überregionalen Bedeutung in Ostrava auf der tschechischen Seite konzentriert, im polnischen Grenzgebiet sind trotz der relativ hohen Einwohnerzahlen gleichwertige Einrichtungen jedoch nicht vorhanden (ausgeprägte zentralörtliche Orientierung auf Katowice im regionalen Binnenland). Es handelt sich um Einrichtungen des Kultur-, Gesundheits-, Bildungs- sowie Wissenschaftsbereichs. Diese Disparität im tschechisch-polnischen Grenzgebiet stellt ein wichtiges Potenzial für verstärkte grenzübergreifende Nutzung der Einrichtungen durch die polnische Grenzbevölkerung dar. Abgesehen von der Einzelstellung der Metropole Ostrava bei zentralen Einrichtungen findet man im Kulturbereich beiderseits der tschechisch-polnischen Grenze weitere Kulturstandorte (Opava, Karviná, Havířov, Český Těšín, Třinec im tschechischen sowie die Städte Cieszyn, Raciborz, Rybnik, Jastrzebie-Zdrój im polnischen Teil).

Im tschechisch-slowakischen sowie im slowakisch-polnischen Grenzgebiet sind deutliche Defizite in der sozialen Infrastruktur festzustellen. Hier wird nur die medizinische sowie schulische Grundversorgung gewährleistet. Einrichtungen höheren Grades, die Träger bzw. Objekte einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit werden könnten, befinden sich jedoch in den Kreisen beiderseits der Grenze nicht. Ein grenzübergreifendes Einzugsgebiet der regionalen Zentren Bielsko-Biala, Žilina und Frydek-Místek, die schon relativ weit (40-50 KM) entfernt sind, ist weniger wahrscheinlich.

Im Untersuchungsraum befinden sich fünf Universitätsstandorte. Wie folgende Tabelle verdeutlicht, nimmt Ostrava unter den Hochschulstandorten eine herausragende Stellung ein.

Hochschulstandort	Hochschulen / Fakultäten	Studierenden -zahl	Fachrichtungen
Ostrava (CZ)	2 / 11	19.500	Geisteswissenschaften, Verwaltungs-, Wirtschaftswissenschaften, Technik,
Opava (CZ)	1 / 2	4.000	Geisteswissenschaften
Karviná (CZ)	1 / 2	2.000	Wirtschaftswissenschaften
Bielsko-Biala (PL)	5	5.200	Verwaltungs-, Wirtschaftswissenschaften, Informatik
Žilina (SK)	2 / 8	8.300	Technik, Wirtschaftswissenschaften

**Tab. 42: Hochschulen im Untersuchungsgebiet**

Mehrere Hochschulen, die hohe Studentenzahlen sowie diversifizierte Fachausrichtungen aufweisen, befinden sich in den polnischen Städten Katowice, Krakow, Opole, Gliwice, Częstochowa, Bytom, Tychy, Mysłowice, die zwar außerhalb des Untersuchungsgebietes liegen, deren Einzugsgebiet aber bis zu der tschechischen bzw. slowakischen Grenze reicht.

Das größte Kooperationspotenzial wird bei den technischen Hochschulen in Ostrava, Žilina und Bielsko-Biala aufgrund der ähnlichen Fachausrichtung vermutet. Für die geisteswissenschaftlich ausgerichteten Universitäten in Ostrava und Opava gibt es in den Nachbarregionen keine Partnerhochschule ähnlicher Ausrichtung. Diese Universitäten sind damit gezwungen, Kooperationsbeziehungen mit den Universitäten in anderen Regionen anzustreben und den Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu sprengen. Sehr intensiv entwickeln sich die Partnerschaftsbeziehungen zwischen der Universität Ostrava und der Universität Katowice.

Im Bereich der Wissenschaft und der Forschung werden in den Planungsdokumenten der Regionen im Transfer und in der Anwendung von technologischen Innovationen erhebliche Defizite identifiziert. Die Ursache dafür wird in der geringen Beteiligung der KMU – insbesondere im Bereich der modernen Technologien – in allen drei Teilgebieten gesehen. Als Folgen werden Finanzierungsprobleme genannt, die zur Reduzierung der Anzahl der Einrichtungen sowie zu ihrer geringen Forschungsaktivität führen. Während eine deutliche Kapazität an Forschungsstätten im tschechischen Teilgebiet vorhanden ist, weisen die Nachbarregionen im polnischen sowie slowakischen Teilgebiet eine deutlich geringere Anzahl der Einrichtungen auf. Hier sind die Hochschulen der Hauptträger von Wissenschafts- und Forschungsaktivitäten. Im polnischen Teilgebiet sind die wissenschaftlichen und Forschungseinrichtungen vornehmlich außerhalb des förderfähigen Grenzgebietes im zentralen Teil der Wojewodschaft Schlesien konzentriert. Das Kooperationspotential im Bereich der Wissenschaft und der Forschung wird im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum dadurch sehr beeinträchtigt.

Aus der Analyse der sozio-kulturellen Merkmale ergeben sich für den tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum folgende Schwächen Stärken . sowie Chancen und Gefahren für die künftige Entwicklung:

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sprachkompetenz und starke kulturelle Gemeinsamkeiten zwischen Tschechen und Slowaken</li> <li>▪ Insgesamt positive gegenseitige Wahrnehmung der Grenzbevölkerung</li> <li>▪ Bestehende Ansätze von trilateralen Kooperationen im Dreiländereck im kulturellen Bereich</li> <li>▪ Gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und Berufsqualifikationen zwischen CZ und SK jedoch nicht mit PL</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Geringe Tradition kultureller Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Polen</li> <li>▪ Sprachbarrieren zwischen PL/CZ sowie PL/SK (an der Grenze leicht, im Binnenland deutlich stärker)</li> <li>▪ Unterschiedliche Wirksamkeit der Medien aus den Nachbarregionen (CZ-PL relativ hoch, SK-PL und CZ-SK relativ gering)</li> <li>▪ Zusammenarbeit im sportlichen Bereich erreicht in der Regel nur „Insider“ und nicht breite Bevölkerung</li> <li>▪ Mangelnde Beteiligung der Bürgerinitiativen und Vereine - Grenzüberschreitende Projekte werden ausschließlich durch öffentliche Einrichtungen getragen</li> </ul>

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bestehende Kooperation zwischen den Hochschulen in Žilina und Bielsko-Biala</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen im Sozial- und Krankenversicherungswesen</li> <li>▪ Öffentliche Einrichtungen besitzen wenig Bewusstsein für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Versorgung</li> <li>▪ Defizite in der Versorgung in den marginalisierten Gebieten an der Grenze SK-PL</li> <li>▪ Unterschiedliche Größen und Fachrichtungen der Hochschulen im Dreiländereck</li> <li>▪ Fehlen von bedeutenden Forschungseinrichtungen im slowakischen und polnischen Grenzgebiet – regionales Innovationspotenzial gering</li> </ul>
Chancen	Gefahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Grenzüberschreitende Kooperation in Sport und Kultur fördern den Bevölkerungsaustausch und gemeinsame Identitätsfindung</li> <li>▪ Mehrwertgenerierung durch intensive kulturelle Zusammenarbeit - Multiplikatorenrolle für Innovationstransfer, Zusammenarbeit im Dienstleistungsbereich (Tourismus)</li> <li>▪ Gemeinsame Nutzungskonzepte und Tarifbestimmungen für effizientere Ausnutzung der medizinischen Infrastruktur und zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beschränkung auf zweiseitige kulturelle Zusammenarbeit im unmittelbaren Grenzbereich</li> <li>▪ Beeinträchtigung der trilateralen Zusammenarbeit durch Vertiefung der Unterschiede in der Entwicklungsdynamik an den einzelnen Grenzenabschnitten</li> <li>▪ Behinderung des Zusammenwachsens des trilateralen Grenzraums mit gemeinsamer Identitätsfindung durch mangelndes Interesse an sozialen Themen bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit</li> <li>▪ Herausbildung von trilateralen grenzüberschreitenden Wissenschaftsnetzwerken und Kooperationsprojekten zwischen den Hochschulen im Dreiländereck unwahrscheinlich</li> </ul>

**Tab. 43: SWOT ‚Sozio-kulturelle Merkmale‘**

#### 4.11. Umweltsituation

Das Untersuchungsgebiet ist in seiner naturräumlichen Charakteristik, der Raumnutzung und dem entsprechend auch der infrastrukturellen Raumausstattung stark heterogen. Diese Heterogenität schlägt sich auch in der Qualität der Umwelt nieder: Im untersuchten Grenzraum sind Landschaften mit einem extrem hohen Belastungsgrad sowie auch sehr wenig belastete Naturräume.

Aus der Tabelle 44 (S.116) ist ersichtlich, dass die Regionen Moravskoslezský kraj und die polnischen Regionen ähnlich hohe Umweltbelastungen aufweisen, die slowakische Nachbarregion hat hingegen eine deutlich bessere Luftqualität. Im emissionsarmen slowakischen Grenzgebiet ist jedoch die Wirkung der grenzüberschreitenden Umweltbelastungen markant: Nach Schätzungen stammen ca. 75% der Luftimmissionen im Bezirk Žilina aus den nordmährischen und oberschlesischen Industriegebieten (vgl. Úrad Žilinského samosprávneho kraja 2004, S 207).

Region NUTS-3	Emissionmengen in T/Jahr x Km <sup>2</sup>							
	Staubpartikel		SO <sub>2</sub>		CO		NO <sub>x</sub>	
	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002
Moravskoslezský kraj (CZ)	1,5	1,2	5,7	5,2	26,7	24,7	4,2	4,4
P. Bielsko-bialski (PL) <sup>1</sup>	1,9	1,3	5,9	3,6	24,3	21,2	3,8	3,3
P.Rybnicko-jastrzębski (PL) <sup>1</sup>		2,1		6,4		28,4		5,1
Žilinský kraj (SK)	1,0	0,9	1,1	1,1	2,3	2,6	0,3	0,4

**Tab. 44: Emissionen in den einzelnen Regionen 1998 und 2002** (nach REZZO 1-3)

<sup>1</sup> Angabe für das Jahr 1998 bezieht sich auf die Region Poludniowo-śląskie, die vor der Gebietsneugliederung (2000) aus den beiden Subregionen Bielsko-bialski und Rybnicko-jastrzębski bestand.

Abgesehen von lokalen Umweltbelastungen in den Stadtgebieten, die sich in jedem Teilraum finden lassen, kann die Umweltsituation an den drei untersuchten Grenzen auf folgende Weise grob umrissen werden:

**Das tschechisch-polnische Grenzgebiet** gehört zu den mittelosteuropäischen Regionen, die in der Vergangenheit erheblichen Umweltbelastungen ausgesetzt wurden. Durch intensive Schwerindustrie, Energieerzeugung und Rohstoffabbau (Steinkohle) im Nordmährischen und im Oberschlesischen Industrievier sind großflächige Umweltschäden entstanden. Obwohl sich die Umweltsituation in diesem Raum gemessen am Stand von 1989 wesentlich verbesserte, bleiben in den Industriegebieten, d.h. in den Kreisen *Ostrava*, *Karviná* und nördlicher Teil des Kreises *Frýdek-Místek* im tschechischen Teil und vor allem in der Subregion *Rybnicko-Jastrzębski* im polnischen Teil, weiterhin schwerwiegende Umweltprobleme vorhanden. Es sind vor allem negative Veränderungen (Degradation) der Landschaft wie Absenkungen, Bergbauhalden und der hydrologischen Verhältnisse, weiter dann Grundwasserbelastung (Versalzung und erhöhte Radioaktivität) und Bodenbelastung mit Nitrat.

Durch die Übertragung der Luftemissionen wurden auch Naturschutzgebiete im umliegenden Mittelgebirge am östlichen Abschnitt der tschechisch-polnischen Grenze stark belastet. Hier äußern sich die Umweltschäden vornehmlich im großflächigen Waldsterben in den Beskiden und in damit verbundenen Erosionserscheinungen und Hangrutschen.

Als beunruhigend muss die Entwicklung der Umweltsituation in der tschechischen sowie den polnischen Regionen in 1999-2003 bezeichnet werden, denn sie weist deutliche Stagnation oder sogar erneute Ansteigerung der meisten Belastungsstoffe sowie deutliche Steigerung der Abfallproduktion auf. Gleichzeitig senkte die Höhe der Umweltinvestitionen in 2002 auf etwa 40 – 50 % der Investitionen in 1999.<sup>37</sup> Hier zeigt sich deutlich, dass die Verbesserung der Umweltsituation in diesem Raum vornehmlich auf den drastischen Rückgang der industriellen Produktion zwischen 1989 und 1998 zurückzuführen ist. Denn nach deren Stabilisierung liefern die ansteigenden Belastungswerte ein Beweis dafür, dass die

<sup>37</sup> Während die Umweltinvestitionen beispielweise in der Region Moravskoslezský kraj 1999 insgesamt 3,580 Mil. Kč betragen, waren es in 2000 1,747 Mil. Kč und schließlich 2002 nur noch 1,356 Mil. Kč. Vgl. ČSÚ (2004, S. 173f)

Umweltprobleme nur durch höhere Investitionen in die Umwelttechnik und durch Umsetzung von Umweltprogrammen langfristig zu lösen sind.

Orographisch bedingt spielt die grenzüberschreitende Übertragung der Wasserbelastung nur im tschechisch-polnischen Grenzgebiet eine relevante Rolle. Trotz einer erheblichen Minderung der Schadstoffe im Grundwasser sowie im fließenden Gewässer, die auf den Rückgang der industriellen Produktion, Reduzierung der Düngung- sowie Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft, Aufbau von Kläranlagen und schließlich auf deutliche Verbesserung der Abwassersysteme zurückzuführen ist, bestehen weiterhin deutliche Defizite in der Wasserqualität vor allem bei Flüssen mit niedrigem Wasserlauf (Olza) und bei Flüssen mit Kumulierung mehrerer Belastungsquellen (Oder, Ostrava).

Ein weiteres spezifisches Umweltmerkmal stellt im tschechisch-polnischen Grenzgebiet die langfristige Umwelt- und hygienische Bedrohung durch Hochwasser im Einzugsgebiet der Oder da. Spätestens seit der katastrophalen Überschwemmung von 1997 wird hier ein Handlungsbedarf für die Prävention (Baumaßnahmen, Flusswasserregulierung), für Aufbau von gemeinsamen Kontroll- und Warnsystemen sowie für die Bekämpfung der Überschwemmung in grenzübergreifender Abstimmung wahrgenommen.

An den untersuchten tschechisch-slowakischen und slowakisch-polnischen Grenzenabschnitten gilt die Umwelt hingegen als sehr niedrig belastet. Vielmehr bestehen hier Nutzungskonflikte vor allem in Hinblick auf den Natur- u. Landschaftsschutz, wirtschaftliche Tätigkeit und touristische Erschließung. Die Grenzkreise gehören zu 70% ihrer Fläche den Naturschutzgebieten an. Rund 25% der Gesamtfläche der Grenzkreise und alle Grenzgemeinden fallen in eine Schutzzone mit stark eingeschränkten wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten.<sup>38</sup> Aus diesem umweltschutzrechtlichen Status der Kommunen ergeben sich gemeinsame spezifische Voraussetzungen für ein umweltorientiertes Regionalmanagement, die eine verstärkte Zusammenarbeit im Umweltbereich erwarten lassen.

Auch im Bereich der Abfallwirtschaft, dem ein erheblicher Bedeutungszuwachs in der Regionalentwicklung in den nächsten Jahren eingeräumt wird, stellt man wesentliche Unterschiede zwischen den untersuchten Grenzgebieten fest. Die tschechische Region Moravskoslezsko sowie die polnische Nachbarregion Rybnik-Jastrzebie gehören zu den Regionen mit der höchsten Abfallproduktion pro Einwohner im jeweiligen Land. Die räumliche Disparität in der Abfallproduktion ist gravierend: Über 75% der Abfallmenge entsteht an den Industriestandorten im tschechisch-polnischen Grenzgebiet. Da es sich dabei um spezifische Abfälle - Industrieabfälle und immer noch vor allem Bergbauabfall (72%) - handelt, deren Entsorgung bzw. Wiederverwertung Anwendung von spezifischen Technologien erforderlich macht, wird auf diesem Gebiet ein starkes Kooperationspotenzial zwischen den beiden Regionen vermutet.

Aufgrund der Rechts- und Verfahrensharmonisierung mit der EU im Bereich der Abfallbeseitigung und Wiederverwertung lässt sich in der Abfallwirtschaft ein starkes

---

<sup>38</sup> Die Prozentwerte beruhen auf eigenen Berechnungen anhand Kartenvorlagen aus: Úřad Žilinského samosprávného kraja (Hg.) (2003), Úřad Moravskoslezského kraje (Hg.) (2001), Urząd Marszałkowski Województwa Śląskiego (Hg.) (2000)

Entwicklungspotenzial für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vermuten. Günstigere Voraussetzungen für die Kooperationen in der Abfallwirtschaft bestehen im tschechisch-polnischen Grenzgebiet. Im tschechisch-slowakischen sowie im slowakisch-polnischen Grenzgebiet schließen intensivere Zusammenarbeit vor allem logistische Hindernisse und Umweltschutzvorlagen aus.

Die gravierenden Unterschiede in der Umweltqualität, die sowohl zwischen den nationalen Teilräumen als auch innerhalb des jeweiligen Grenzgebietes festgestellt wurden, schlagen sich in der unterschiedlichen Aufgabenwahrnehmung der Regionalverwaltungen im Bereich des Umweltschutzes nieder. Während im tschechisch-polnischen Grenzgebiet vor allem Schutz- und Sicherungsmaßnahmen von Umweltmedien prioritär sind, wird an den Grenzen SK-PL und SK-CZ eher die Entwicklung und die Pflege von Schutzgütern.

Im Hinblick auf die Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ergeben sich im Umweltbereich folgende Stärken und Schwächen sowie Chancen und Gefahren:

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Positive Entwicklung der Umweltsituation</li> <li>▪ Hoher Anteil von Naturschutzgebieten an der Gesamtfläche der Grenzkreisen</li> <li>▪ Die Beskiden bilden eine ökologische und landschaftliche Einheit, die die Grenzkreise aller drei Grenzregionen im Dreiländereck umfasst.</li> <li>▪ Projektbezogene Zusammenarbeit im Umweltschutzbereich zwischen Verwaltungen der Naturschutzgebiete und Kommunalverbänden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Starke Disparitäten in der Qualität der Umwelt zwischen den nationalen Teilräumen, sowie auch innerregional</li> <li>▪ Unterschiedliche Aufgabenstellung seitens der Regionalverwaltungen sowie unterschiedliche Ausrichtung der forcierten Umweltmaßnahmen im tschechisch-polnischen Grenzgebiet und den anderen Grenzgebieten (CZ-SK, SK-PL)</li> <li>▪ Fehlen eines grenzüberschreitenden Hochwasserschutz- und Monitoringssystem</li> <li>▪ Kooperationsansätze in der Abfallwirtschaft nicht vorhanden</li> <li>▪ Defizite in der grenzüberschreitenden Abstimmung bei der Naturschutzplanung</li> <li>▪ Fehlende Zusammenarbeit im betrieblichen Umweltschutz</li> </ul>
Chancen	Gefahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Hohes Nutzungspotenzial der Natur- u. Kulturlandschaft in der Regionalentwicklung</li> <li>▪ Intensivierung der umweltorientierten Zusammenarbeit sowohl in ökologischer als auch in fremdenverkehrspolitischer Hinsicht</li> <li>▪ Kooperation für gemeinsame Nutzung von Trinkwasserressourcen im Grenzgebirge der Beskiden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unterschiedliche Wahrnehmung des umweltorientierten Handlungsbedarfs in den einzelnen Grenzregionen</li> <li>▪ Beschränkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf bilaterale Projekte in unmittelbarer Grenznähe</li> </ul>

**Tab. 45: SWOT ,Umwelt'**



## 4.12. Stand der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

In diesem Abschnitt werden bestehende Kooperationsformen bzw. ihre Ansätze auf staatlicher und lokal-regionaler Ebene untersucht. Darüber hinaus wird der legislative Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dargelegt.

### Legislativer Rahmen, Organisationsformen der Zusammenarbeit

Durch Unterzeichnung der sog. Madrider Rahmenkonvention<sup>39</sup> durch Tschechien, Polen und die Slowakei wurden zwischen 1998 und 2000 die Rahmenbedingungen für grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen regionalen und lokalen Gebietskörperschaften geschaffen. Die Grundsätze der Madrider Rahmenkonvention wurden in den folgenden bilateralen Regierungsabkommen berücksichtigt:

- Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen Republik und der Regierung der Slowakischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vom 02.11.2000
- Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen Republik und Regierung der Republik Polen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vom 08.09.1994
- Abkommen zwischen der Regierung der Slowakischen Republik und der Republik Polen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vom 18.08.1994

Diese zwischenstaatlichen Regierungsabkommen haben Charakter eines Vertrages über gute Nachbarschaft an den Grenzen, darüber hinaus beinhalten auch Strategievereinbarungen über die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und über eine gemeinsame Raumentwicklung. Die Vertragsseiten haben sich verpflichtet, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bei der Zusammenarbeit zu unterstützen, die Rechte und Befugnisse der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die durch die Nationalgesetze definiert sind, werden jedoch durch diese Abkommen nicht berührt.

Als exekutives Organ zur Förderung der Zusammenarbeit wurden auf der Grundlage dieser Regierungsabkommen folgende bilaterale Regierungskommissionen gegründet:

- Tschechisch-polnische Regierungskommission (1994)
- Slowakisch-polnische Regierungskommission (1994)
- Tschechisch-slowakische Regierungskommission (2002)

Die Zielsetzung der Regierungskommissionen ist „die Förderung und Koordination der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“<sup>40</sup>. Die Kommissionssitzungen finden im Regelfall einmal im Jahr statt. Innerhalb der Regierungskommission werden mehrere Arbeitsgruppen ernannt, die für die

---

<sup>39</sup> Das Madrider Abkommen vom 21.05.1980 über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften

<sup>40</sup> Ministerstvo vnitra ČR (2001): Dohoda mezi vládou České republiky a vládou Slovenské republiky o přeshraniční spolupráci. In: Sbíрка mezinárodních smluv č.77/2001,Praha. S.1566-1568

Vorbereitung von Handlungsvorschlägen auf einem konkreten Arbeitsgebiet zuständig sind. Die Zusammensetzung der Regierungskommissionen hat sich im Laufe der Zeit gewandelt: Während die Regierungskommissionen CZ-PL sowie SK-PL zwischen 1994-2000 nur aus Vertretern der Ministerien der betroffenen Staaten bestanden, werden seit 2000 in diese Gremien auch Vertreter der Regionalverwaltungen und der Euroregionen delegiert. Durch die Beteiligung der regionalen Ebene versprechen die Regierungskommissionen einen wichtigen Beitrag zur Beschleunigung in der Entwicklung einer konzeptionellen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu leisten. Grundsteine dafür bieten gemeinsame raumplanerische Studien für Grenzgebiete<sup>41</sup>, deren Erarbeitung die Kommissionen initiierten.

Auf der regionalen Ebene institutionalisierte sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Regionalverwaltungen infolge der Verwaltungsreform relativ spät. Denn erst den neu geschaffenen regionalen Selbstverwaltungen wurde das Recht zugesprochen, Vereinbarungen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den benachbarten Gebietskörperschaften zu schließen. Im Jahre 2000 wurde ein bilaterales Abkommen zwischen dem Bezirk *Moravskoslezský kraj* (CZ) und der polnischen Wojewodschaft *Slask* (PL) unterzeichnet, 2002 folgte dann das Abkommen zwischen dem Bezirk *Žilinský kraj* (SK) und der Wojewodschaft *Slask* (PL) und schließlich 2003 das Abkommen zwischen dem Bezirk *Moravskoslezský kraj* (CZ) und dem Bezirk *Žilinský kraj* (SK). Diese Vereinbarungen beziehen sich auf Definition der Ziele und Handlungsfelder bei der gegenseitigen Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der legislativen Rahmenbedingungen des jeweiligen Staates. Im Gegensatz zu einigen Vereinbarungen zwischen den regionalen Gebietskörperschaften in Westeuropa<sup>42</sup> schaffen also diese Vereinbarungen keine gemeinsame öffentlich-rechtliche Rechtsgrundlage, die die Arbeit grenzübergreifender Strukturen wesentlich erleichtern würde und die direkte Beteiligung der Regionen an der Umsetzung von INTERREG-Programmen als Vertragspartner der Europäischen Kommission ermöglichen würde.

Auf der Grundlage dieser Vereinbarungen zwischen den regionalen Gebietskörperschaften wurden zwischen 2001 und 2003 gemeinsame bilaterale Arbeitsgruppen gebildet, die zur Lösung von Grenzproblemen und zur Förderung des gegenseitigen Austausches beitragen sollen. Da eine Evaluierung der Tätigkeit dieser Gremien bisher nicht vorliegen, bleibt es anhand von Interviews mit den beteiligten Akteuren zu prüfen, inwieweit diese Zusammenarbeit zwischen den Regionalverwaltungen den formalen informativen Rahmen überspringt und Impulse für die Intensivierung der Zusammenarbeit geben kann.

---

<sup>41</sup> Es handelt sich um folgende Dokumente:

Rządowe Centrum Studiów Strategicznych RP u. Ministerstvo pro místní rozvoj České republiky (1997): Studium Koordynacyjne Rozwoju Pogranicza Polsko-Czeskiego. Koordinační studie rozvoje česko-polského pohraničí (Untersuchung zur Koordinierung der Entwicklung im tschechisch-polnischen Grenzgebiet). Warszawa u. Praha

Ministerstvo pro místní rozvoj České republiky (2003): Studie využití česko-polského přihraničního prostoru (Studie über Entwicklung des tschechisch-polnischen Grenzraums). TERPLAN PRAHA

Ministerstvo pro místní rozvoj České republiky (2004): Studie rozvoje česko-slovenského pohraničí (Studie über die Entwicklung des tschechisch-slowakischen Grenzraums) TERPLAN PRAHA.

<sup>42</sup> Als Beispiele für Abkommen zwischen Regionen mit Beteiligung der Staaten können in diesem Zusammenhang genannt werden: das sog. Karlsruher Abkommen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Rheinland-Pfalz, der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (1996) oder das sog. Anholter Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Niedersachsen, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Königreich der Niederlande (1991) über grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Stellen. Vgl. EK, AGE (2000), S.30ff.

Abschließend lässt sich bei den öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen resümieren, dass auf der Regierungs- sowie auf der Regionalebene keine trilaterale Rechtsgrundlage oder Vereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit geschaffen wurde. Das Fehlen eines gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Instrumentes schließt die Entstehung einer trilateralen Zusammenarbeit zwischen den regionalen Gebietskörperschaften auf der Basis eines trilateralen INTERREG-Programms praktisch aus.

## **Euroregionen**

Auf der privatrechtlichen Basis haben sich im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum mehrere regionale Vereinigungen etabliert, die sich zu ihren grenzübergreifenden Dachverbänden zusammengeschlossen haben. Die Institutionalisierung der euroregionalen Strukturen erfolgte in diesem Grenzraum mit einer deutlichen Zeitverzögerung im Vergleich zum tschechisch-deutschen sowie dem polnisch-deutschen Grenzgebiet: Während dort die Phase der Konstituierung der Euroregionen 1993 weitgehend abgeschlossen wurde, entstanden die Euroregionen in den tschechisch-polnischen bzw. slowakisch-polnischen Grenzgebieten im Jahre 1998 und die Euroregionen an der tschechisch-slowakischen Grenze sogar erst 2000.

Im Interessenschwerpunkt dieser Untersuchung stehen die bilaterale tschechisch-polnische Euroregion Těšínské Slezsko - Śląsk Cieszyński (gegründet 1998) und die trilaterale tschechisch-polnisch-slowakische Euroregion Beskydy (gegründet in 2000), die im unmittelbaren Dreiländereck agieren (Siehe Abb. 5).

Die **Euroregion Těšínské Slezsko - Śląsk Cieszyński** (CZ-PL) wurde als Dachverband für die Zusammenarbeit zwischen zwei unabhängigen regionalen Vereinigungen ‚Regionální sdružení pro česko-polskou spolupráci Těšínského Slezska‘ (CZ) und ‚Stowarzyszenie Rozwoju i Współpracy regionalnej „Olza“ (PL) 1998 gegründet. Auf dieser Vertragsgrundlage sind in der Euroregion Těšínské Slezsko - Śląsk Cieszyński 47 Gemeinden und Städte der tschechischen Grenzkreise Karviná und Frýdek-Místek und 16 Kommunen des polnischen Landkreises Cieszyn verbunden. Die Euroregion umfasst ein Territorium von über 1.400 Km<sup>2</sup> mit einer Bevölkerung von rund 630 000 Menschen (davon 360.000 im in CZ und 270.000 in PL).<sup>43</sup>

Die trilaterale **Euroregion Beskydy** besteht seit ihrer Gründung im Jahre 2000 aus drei unabhängigen Regionalverbänden: ‚Region Beskidy‘ (PL), ‚Region Beskydy‘ (CZ) und ‚Region Beskydy‘ (SK). Aus der Sicht der Verwaltungseinheiten verbindet die Euroregion 63 Kommunen der Region Moravskoslezsko (CZ), 62 Kommunen der Region Žilina (SK) und 30 Gemeinden und Städte der polnischen Wojewodschaften Śląsk und Małopolskie. Die Euroregion umfasst damit ein Territorium von rund 4.800 Km<sup>2</sup> mit einer Bevölkerungszahl von rund 925.500 Menschen (davon 1.800 Km<sup>2</sup> und 500.000 Einwohner in PL, 970 Km<sup>2</sup> und 160.000 Menschen in CZ und 2.050 Km<sup>2</sup> und 265.000 Menschen im slowakischen Teil).<sup>44</sup>

---

<sup>43</sup> Angaben entnommen aus der Homepage der Euroregion Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński. <http://www.euroregion.olza.pl>. Abgerufen am 20. September 2004

<sup>44</sup> Angaben entnommen aus der Homepage der Euroregion Beskydy. <http://www.euroregion-beskydy.pl>. Abgerufen am 20. September 2004

Beide Euroregionen im untersuchten Dreiländereck weisen mit anderen europäischen Euroregionen identische Merkmale auf (vgl. Euroregion Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński 1998, Euroregion „Beskydy“ 2000):

- Sie sind dauerhafte grenzüberschreitende Kooperationsstrukturen auf Vereinsbasis – (aber keine neue Verwaltungsebene);
- Sie haben durch ihre Mitglieder eine eigene Rechtsidentität;
- Sie verfügen über ihre eigenen administrativen, technischen und finanziellen Ressourcen;
- Sie haben eine feste Organisationsstruktur – die Regionalverbände sind in den gemeinsamen Führungs- und Entscheidungsgremien (Rat, Präsidium) nach Paritätsprinzip vertreten;
- Sie haben eine eigene Beschlussfassung;

Beide Euroregionen sind freiwillige Interessenverbände von Kommunen und deren regionalen Vereinigungen. Sie wurden im Unterschied zu einigen westeuropäischen Euroregionen nicht auf einer gemeinsamen Rechtsgrundlage, die durch einen zwischenstaatlichen Vertrag geschaffen wurde, gegründet, sondern lediglich durch eine privatrechtliche Vereinbarung zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den regionalen Kommunenvereinigungen. Beide Euroregionen sind daher keine Rechtssubjekte – ihre regionalen Vereinigungen unterliegen der nationalen Gesetzgebung im jeweiligen Staat. Diese rechtliche Stellung der Euroregionen schließt eine Delegation der Kompetenzen bei der INTERREG-Umsetzung von den zentralen Verwaltungsstellen auf die Euroregionen aus.

Einen wesentlichen Unterschied lässt sich in der Mitgliedschaftsstruktur feststellen: Während in den meisten anderen europäischen Euroregionen auch regionale Gebietskörperschaften (Kreise, Bezirke) ordentliche Mitglieder sind, sind in den beiden Euroregionen im Dreiländereck ausschließlich Städte und Kommunen vertreten. Obwohl dies primär auf die rechtliche Stellung der Euroregionen zurückzuführen ist, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob das Verhältnis zwischen den regionalen Gebietskörperschaften und den Euroregionen im untersuchten Grenzraum, anstatt einer Partnerschaft nicht eher als eine Konkurrenzbeziehung durch die beteiligten Akteure wahrgenommen wird. Die Spannungen solcher Art könnten das politische Durchsetzungsvermögen der Euroregionen stark beeinträchtigen.

Da die Finanzierung der Euroregionen neben den EU-Fördermitteln vornehmlich auf Mitgliedschaftsbeiträgen basiert, kann die Nichtbeteiligung der regionalen Gebietskörperschaften aufgrund der allgemein knappen Haushaltssituation der Kommunen zur Unterfinanzierung der Euroregionen führen. Die Folgen dieser Unterfinanzierung wären die Abhängigkeit der Euroregionen von Fördermitteln und Einschränkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit.

Bei Betrachtung der territorialen Abgrenzung der beiden Euroregionen (vgl. Abb. 5) fällt es auf, dass der eigentliche Dreiländerpunkt nicht inmitten eines gemeinsamen Kooperationsraumes liegt, sondern einen Trennpunkt zwischen den Euroregionen darstellt. Da die gegenseitige Abgrenzung der beiden Euroregionen während der 4 bzw. 6 Jahre ihres Bestehens im wesentlichen unverändert blieb, ist sie möglicherweise ein Wirkungsergebnis folgender Faktoren:

- Die tschechisch-polnische Euroregion Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński ist durch die gemeinsame historische Tradition und durch intensive soziale und wirtschaftliche Beziehungen geprägt. Die zahlreiche polnische Minderheit im tschechischen Teilgebiet stellt ein dominantes integratives Element in der Euroregion dar. Gleichzeitig wird die Euroregion durch die polnische Minderheit im tschechischen Teilgebiet von der benachbarten Euroregion Beskydy abgegrenzt.
- Vielmehr lassen sich die Ursachen für die Abgrenzung in der unterschiedlichen Zielsetzung sowie Ausrichtung der Zusammenarbeit finden. Während die Euroregion Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński ihre wichtigste Aufgabe historisch bedingt in der Förderung der gegenseitigen tschechisch-polnischen Austauschbeziehungen sieht, setzt die Euroregion Beskydy den Schwerpunkt auf die trilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Tourismusförderung. Diese konzeptionellen Unterschiede spiegeln sich auch in den umgesetzten Projekten wider, wie aus den Jahresberichten der Euroregionen hervorgeht<sup>45</sup>.
- Die Gründung der Euroregionen erfolgte als Reaktion auf die Förderinitiative PHARE CBC, deren Umsetzung die Existenz solcher regionalen grenzübergreifenden Kooperationsstrukturen voraussetzte. Die sehr unterschiedliche PHARE CBC-Förderung an den einzelnen Grenzenabschnitten im Dreiländereck bot den Mitgliedern der tschechisch-polnischen Euroregion wesentlich bessere Fördermöglichkeiten als den Mitgliedern der Euroregion Beskydy. Da in der INTERREG-Förderung die Fördermittel auf den einzelnen Grenzenabschnitten gleichwertig verteilt werden und das Programmgebiet sich aus der Kreisebene (LAU-1) auf Bezirksebene (NUTS-3) ausweitet, kann die gegenseitige räumliche Abgrenzung der beiden Euroregionen künftig deutliche Veränderungen zugunsten der Euroregion Beskydy verzeichnen.

Es wird angenommen, dass die Mitgliedschaftsgröße und -struktur die Bedeutung der jeweiligen Euroregion als Akteur der Regionalentwicklung (eigene Handlungsfähigkeit, Lobbying- und Durchsetzungsfähigkeit) bedingen. Als wichtige Indikatoren werden in diesem Zusammenhang angesehen: Mitgliederzahl („Je mehr Kommunen die Euroregion repräsentiert, desto mächtiger ist sie.“) und Größe/ Bedeutung der Kommunen („Die Städte stärken die Euroregionen“).

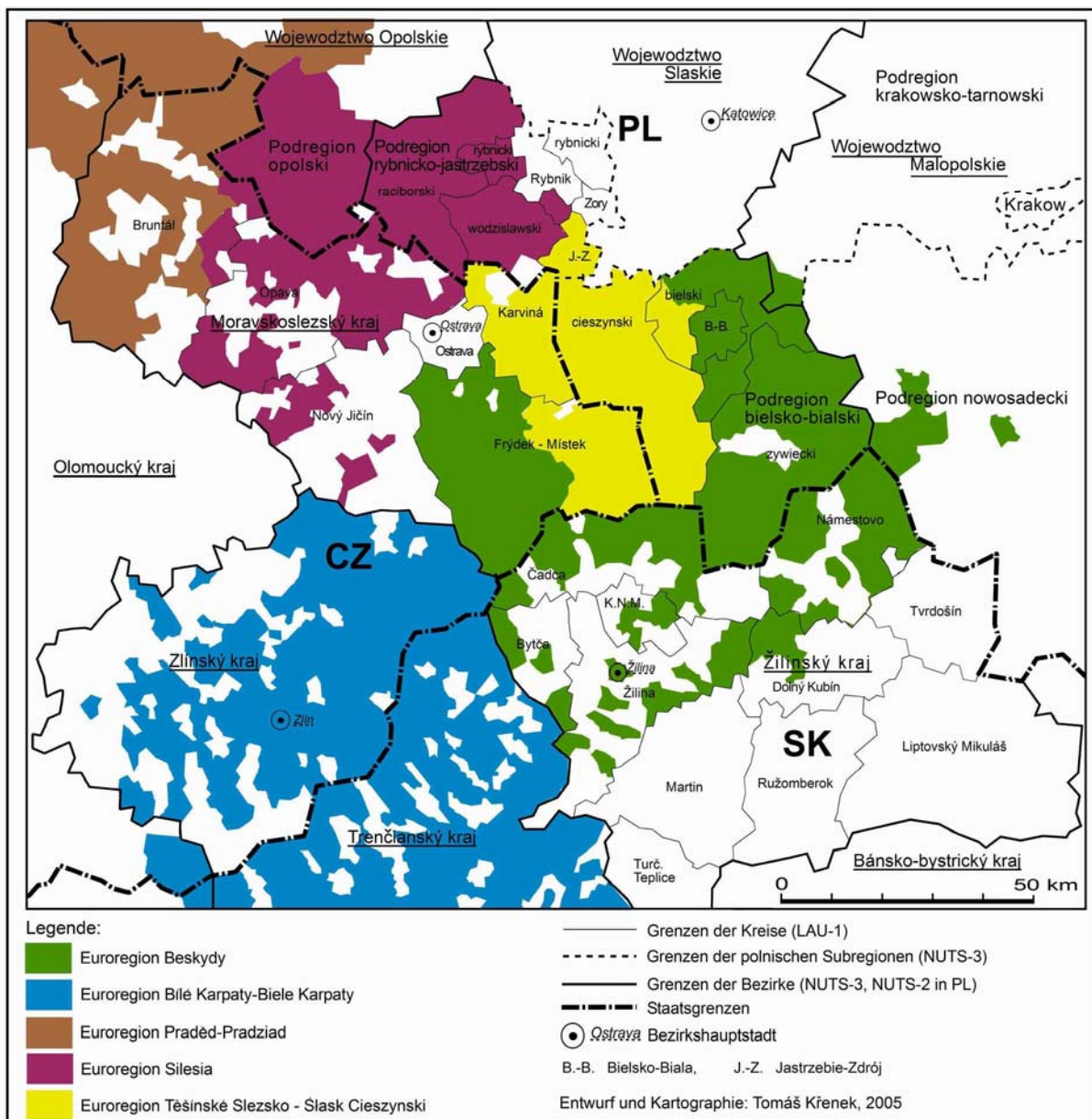
Im Bezug auf die Mitgliedschaftsstruktur der Euroregionen stellt man fest, dass es in allen drei untersuchten Grenzregionen gelang, auch grenznahe größere und bedeutende Städte in die Euroregionen zu integrieren. Die kreisfreie Stadt Ostrava (320.000 Einw.) im tschechischen Teil bildet hier eine markante Ausnahme.

Im Gegensatz zu den kartographischen Darstellungen, die die Euroregionen üblicherweise durch ihre Abgrenzung auf der Kreisebene als integrale Gebilde präsentieren, zeigt die Karte mit der Abgrenzung der Euroregionen anhand ihrer Mitgliederkommunen (vgl. Karte 6, S. 123) deutlich, dass die Euroregionen im Regelfall kein einheitliches Gebilde darstellen, sondern ihr Territorium durch ‚freie‘ Gemeinden und Städte zergliedert ist.

---

<sup>45</sup> Euroregion Beskydy: Výroční zpráva o působnosti Euroregionu Beskydy (Jahresbericht der Euroregion Beskydy) 2000-2003

Euroregion Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński: Výroční zpráva o činnosti Euroregionu Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński (Jahresbericht über die Tätigkeit der Euroregion Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński) 1999-2003



**Karte 6: Euroregionen in ihrer Abgrenzung anhand der Mitgliederkommunen**  
(Stand: November 2004), Quelle: CRR (2004)

Aus der Karte 6 ist ersichtlich, dass der Grad der räumlichen Fragmentierung bei den einzelnen Euroregionen und in den einzelnen Grenzgebieten sehr unterschiedlich ist. Bei den beiden Euroregionen im Dreiländereck, auf die in dieser Untersuchung fokussiert wird, stellt man bezüglich der räumlichen Fragmentierung deutliche Unterschiede fest.

Die tschechisch-polnische Euroregion *Těšínské Slezsko-Slask Cieszynski* ist mit einer sehr hohen Integrität beiderseits der Grenze gekennzeichnet. Bei der Euroregion Beskydy stellt man aber widersprüchliches Bild: Während im tschechischen sowie im polnischen Teil der Euroregion bis auf seltene Ausnahmen flächendeckend alle Gemeinden und Städte in die jeweilige Vereinigung integriert sind, stellt man im slowakischen Grenzgebiet eine extrem starke Fragmentierung fest. Die Feststellung, dass nur etwa die Hälfte der Kommunen in den Grenzkreisen Mitglieder der slowakischen *Region Beskydy* sind, spricht dafür, dass diese Vereinigung ein erhebliches Akzeptanzproblem bei den slowakischen Kommunen hat.

Es kann deshalb resümiert werden, dass, während die Euroregionen im tschechischen und polnischen Teil als durchsetzungsfähige Interessenvertreter wahrgenommen werden, bleibt die slowakische ‚Region Beskydy‘ in ihrer Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit als Akteur der Regionalentwicklung eingeschränkt.

### **Städtepartnerschaften**

Im Bereich der Städtepartnerschaften entwickelt sich im untersuchten Grenzraum eine intensive Zusammenarbeit zwischen den benachbarten Grenzstädten Český Těšín (CZ) und Cieszyn (PL). Diese Städte bildeten bis 1920 eine einzige Stadt, seitdem sind sie durch die tschechisch-polnische Staatsgrenze (Fluss Olza) geteilt. Hier hat sich bereits eine gegenseitige Abstimmung zwischen den Stadtverwaltungen etabliert. Besonders intensiv ist die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Stadtplanung, Bildung und Kultur.

Im untersuchten Dreiländereck gibt es keine anderen geteilten Städte oder bedeutende Doppelstädte. Eine weitere nennenswerte Zusammenarbeit entwickelt sich darüber hinaus zwischen den Städten Ostrava (CZ) und Katowice (PL) im Bereich des tschechisch-polnischen Kulturaustausches und der Revitalisierung der Altindustrieanlagen und zwischen den Städten Žilina (SK) und Bielsko-Biała (PL) im kulturellen und ansatzweise im wirtschaftlichen Bereich. Damit lässt sich festhalten, dass eine trilaterale Zusammenarbeit zwischen den regionalen Metropolen Ostrava, Žilina, und Bielsko-Biała (bzw. Katowice) sich bisher nicht konstituierte.

Die Kooperationen zwischen den Akteuren außerhalb des Verwaltungsbereichs (Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Bildung, Kultur, Gesundheits-/Sozialwesen) ist durch einzelfallorientierte Aktivitäten geprägt, die als Reaktion auf Förderungsmöglichkeiten zustande kamen. An solchen projektbezogenen Partnerschaften beteiligten sich bisher in der bilateralen Dimension vor allem die Industrie- und Handelskammern, Unternehmenszentren, regionale Entwicklungsgesellschaften, Umweltschutzorganisationen, Universitäten und Kulturvereine.

Obwohl diese einzelfallorientierten Kooperationen vor allem auf Lösung von aktuellen Problemen abzielen, kann ihre Bedeutung auch darin gesehen werden, dass sie Netzwerke schaffen, die als eine Plattform zur Förderung von weiteren Kooperationsprojekten dienen (Multiplikatoreffekt). Damit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum wichtigen Instrument der Regionalentwicklung werden kann, ist jedoch eine aktive Beteiligung der Akteure an einer langfristigen strategischen und entwicklungsorientierten Zusammenarbeit notwendig.

Die Bewertung der Umweltaspekte ergibt Stärken und Schwächen sowie die Chancen und Gefahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, wie sie in der folgenden Tabelle dargelegt sind:

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Institutionalisierte Kooperationsstrukturen zwischen den zentralen und regionalen Verwaltungen (bilaterale Regierungskommissionen mit Beteiligung von Regionalakteuren und gemeinsame Arbeitsgruppen der Regionalverwaltungen)</li> <li>▪ Institutionalisierte euroregionale Zusammenschlüsse von regionalen Vereinigungen</li> <li>▪ Partnerschaften zwischen den Regionalzentren (Ostrava-Katowice und Žilina-Bielsko-Biała)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Fehlen einer gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Grundlage für Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften</li> <li>▪ Fehlen eines trilateralen Kooperationsabkommens zwischen den Regierungen sowie zwischen den Regionalverwaltungen</li> <li>▪ Institutionalisierte Kooperationsstrukturen haben bisher nur bilaterales Ausmaß erreicht (ausgenommen ER Beskydy)</li> <li>▪ Fehlen einer trilateralen Partnerschaftsbeziehung zwischen den regionalen Hauptstädten</li> <li>▪ Außerhalb des Verwaltungsbereichs bestehen nur einzelfallorientierte Kooperationsaktivitäten</li> <li>▪ Nicht-Einbeziehung der regionalen Gebietskörperschaften in die Euroregionen</li> </ul>
Chancen	Gefahren
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Schaffung einer Grundlage für stabile langfristige Zusammenarbeit durch gemeinsame Gremien (Euroregionen, Kommissionen)</li> <li>▪ Effiziente Lösung von Grenzproblemen (illegale Migration, Katastrophenschutz /-bekämpfung,</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Das Potenzial der euroregionalen Kooperationsstrukturen kann für Aktivierung der regionalen Akteure nicht ausgenutzt werden.</li> <li>▪ Ohne Einbeziehung der Akteure aus dem privatrechtlichen Bereich in eine langfristige strategische Zusammenarbeit kann die Aktivierung und Nutzung von endogenen Entwicklungspotenzialen der Kooperationsregion als Ziel nicht erreicht werden.</li> <li>▪ Entstehung von Konkurrenzbeziehungen zwischen den Euroregionen</li> </ul>

Tab. 46: SWOT ‚Stand der Zusammenarbeit‘

#### 4.13. Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Entwicklungsplänen der Regionen

Die regionalen Gebietskörperschaften wurden mit ihrer Gründung (1999 in Polen, 2001 in Tschechien und 2002 in der Slowakei) Träger und Garanten der Regionalentwicklung. Die nationale Gesetzgebung sieht dazu die Aufstellung eines Programmdokuments durch die Regionalverwaltung vor.

Das mehrjährige Entwicklungsprogramm formuliert strategische Ziele und Prioritäten für die Regionalentwicklung der jeweiligen regionalen Gebietskörperschaft in einem bestimmten Zeitrahmen und konkretisiert Maßnahmen, die zu deren Erfüllung führen sollen. Das Programmdokument beinhaltet auch eine indikative Verteilung der Finanzmittel für einzelne Maßnahmen, die zum Teil aus dem jeweiligen Staatshaushalt, dem Budget der Region sowie aus den EU-Strukturfonds bereitgestellt werden. Das Entwicklungsprogramm gilt nach seiner Verabschiedung durch das Regionalparlament (‚zastupitelstvo kraje‘ in CZ und SK, ‚sejmik‘ in PL) als verbindlich, kann jedoch durchgehend aktualisiert werden.



In diesem Kontext wird die Bedeutung des Entwicklungsprogramms für die Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als ein Instrument der Regionalentwicklung deutlich: Das Entwicklungsprogramm legt fest, bei welchen Maßnahmen(-bereichen) und mit welchen Akteuren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Planungszeitraum forciert wird und welche Auswirkungen man davon erwartet.

Für die Bewertung des Stellenwertes der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im untersuchten Dreiländereck wurden folgende Programmdokumente analysiert:

- Entwicklungsprogramm des Bezirkes Moravskoslezsko für 2001-2004 in der Fassung vom November 2002 (vgl. Krajský úřad Moravskoslezského kraje 2002)
- Programm der ökonomischen und sozialen Entwicklung des Bezirkes Žilina für 2002-2013 in der Fassung von 2003, (vgl. Úrad Žilinského samosprávneho kraja 2003)
- Entwicklungsprogramm der Wojewodschaft Schlesien für 2000-2015 in der aktualisierten Fassung von 2004 (vgl. Urząd Marszałkowski 2004)

Das Ziel der Analyse der Programmdokumente war:

- a) Identifizierung der Maßnahmenbereiche und Maßnahmen, in denen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit angestrebt werden sollte, bzw. auch soweit möglich durch welche Interventionen die Maßnahmen umgesetzt werden sollen;
- b) Identifizierung der förderberechtigten Projektträger.

#### **Zur Struktur der Dokumente:**

Alle drei Dokumente berücksichtigen die Grundsätze der EU-Regionalpolitik. Sie dienen als Grundlage für die Aufstellung der sog. regionalen operationellen Programme für die Gebietskörperschaften der Ebene NUTS-2 für die Inanspruchnahme der EU-Mittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds. Die regionalen Programmdokumente wurden daher nach der standardisierten EU-Methodik erarbeitet.

Trotzdem wurde bei der Dokumentenanalyse Unterschiede bei der Gestaltung des Gefüges von Prioritäten, Maßnahmenbereichen und Maßnahmen festgestellt. Diese Differenzen erlauben jedoch keine zuverlässigen Aussagen hinsichtlich möglicher Unterschiede in der Gewichtung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen in der Regionalentwicklung. Sie sind vielmehr auf methodische Abweichungen zurückzuführen.

Bei der Dokumentenanalyse wurden deshalb Maßnahmen darauf untersucht, ob mit ihnen die Anwendung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit forciert wird. Zum Zweck einer vergleichbieten Gegenüberstellung wurden gemeinsame Handlungs- und Maßnahmenbereiche als Bewertungskriterien aufgestellt. Die Ergebnisse der Analyse wurden dem entsprechenden Maßnahmenbereich zugeordnet. Diese Vorgehensweise ist zwar durch Generalisierung mit einem Informationsverlust verbunden, sie führt jedoch zu deutlich erkennbaren Unterschieden in der Entwicklungsstrategie (vgl. Tab. 47, S. 127).

Handlungsbereich /Maßnahmenbereich	Kooperationsbeziehung / Region		CZ / PL		CZ / SK		SK / PL	
	CZ	PL	CZ	SK	SK	PL		
<b>Wirtschaftliche Entwicklung</b>								
• Industrie u. Handel	++	+	++	-	-	+		
• Kooperation der kleineren und mittleren Unternehmen	+	+	+	++	++	+		
• Strukturförderung (Bewältigung des Strukturwandels)	-	-	-	-	-	-		
• Verbesserung der Rahmenbedingungen für neue /ausländische/ Investitionen	-	-	-	-	-	-		
• Senkung der Arbeitslosigkeit	-	-	-	-	-	-		
<b>Infrastruktur</b>								
• Koordinierung der Planung	++	++	+	+	+	++		
• Verbesserung der Durchlässigkeit der Grenzen	++	++	+	+	++	++		
• Verbesserung überregionaler Verkehrsanbindung	++	++	+	++	++	++		
• Aufbau eines grenzüberschreitenden Rettungssystems	++	++	-	-	-	-		
<b>Tourismus</b>								
• Gestaltung gemeinsamer Produkte u. Produktpakete	++	++	++	++	++	++		
• Gemeinsamer Marketing	-	-	-	-	-	-		
<b>Soziokulturelle Entwicklung</b>								
• Kultur und Sport	++	++	++	++	++	++		
• Bildung und Wissenschaft	+	+	-	-	+	+		
• Transfer moderner Technologien	+	-	-	-	-	-		
• Optimalisierung der sozialen Fürsorge	-	-	-	+	+	-		
<b>Landwirtschaft /Ländlicher Raum</b>								
• Landwirtschaft, Forstwirtschaft	-	-	-	-	-	-		
• Verbesserung der infrastrukturellen und funktionellen Raumausstattung	-	-	-	+	+	-		
• Kulturlandschaftspflege	-	-	-	-	-	-		
<b>Umwelt</b>								
• Verbesserung der Umweltqualität	+	+	+	+	+	+		
• Hochwasserschutz	-	++	-	-	-	++		

**Tab. 47: Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Spiegel der regionalen Entwicklungsprogramme** (bezogen auf die Kooperationsbeziehungen der Regionen)

+ nur als strategische Maßnahme aufgeführt

++ als konkrete Maßnahme mit Angaben zur Umsetzung (Interventionen, förderberechtigte Projektträger, Laufzeit)

- gar nicht aufgeführt

Quellen: Krajský úřad Moravskoslezského kraje (2001); Úřad Žilinského samosprávného kraja (2003) und Urząd Marszałkowski (2004)

### Ergebnisse:

Die Untersuchungsergebnisse machen deutlich, dass das Instrument der grenzüberschreitenden Abstimmung und Kooperation sich in der Regionalentwicklung der drei untersuchten Regionen bereits weitgehend etabliert hat. Es zeigte sich auch, dass eine langfristige grenzüberschreitende Kooperation bzw. Abstimmung mit Akteuren in der(-n) benachbarten Region(-en) in allen Entwicklungsprioritäten – lediglich mit Ausnahme der Landwirtschaft /Ländlicher Raum - angestrebt wird. Am stärksten war der grenzüberschreitende Bezug eindeutig bei der Priorität ‚Infrastruktur‘: Hier wird die grenzüberschreitende Kooperation in allen Maßnahmenbereichen (ausgenommen: Rettungssystem nur zwischen

CZ-PL) durch alle Regionen angestrebt.

Gleichzeitig stellte man aber deutliche Unterschiede auf der Maßnahmenebene fest: Während bei einigen Maßnahmen die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bereits erkannt wurde, lässt sich bei anderen Maßnahmen keinen Bezug auf die grenzüberschreitende Kooperation finden, obwohl man ihn dort (auf der Grundlage der Raumanalyse) vermuten würde. Eine mögliche Erklärung dafür ist eine gegenseitige Konkurrenzbeziehung zwischen den Partnerregionen bei übereinstimmenden Entwicklungszielen, wie es sich beispielsweise in den folgenden ökonomischen Maßnahmenbereichen abzeichnet: Verbesserung der Rahmenbedingungen für neue Investitionen, Transfer moderner Technologien, Arbeitsmarkt. Im Tourismus-Bereich wird eine gegensätzliche Tendenz deutlich: Während alle drei Regionen eine Kooperation bei der Gestaltung gemeinsamer Produktpakete zur Steigerung der Attraktivität der eigenen Destinationen anstreben, wollen sie die Produkte selbständig vermarkten.

Eine weitere wichtige Feststellung ist der unterschiedliche Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den einzelnen Maßnahmenbereichen. Während es sich bei einer Mehrzahl von Nennungen um konkret formulierte Maßnahmen oder Aktionen mit Angaben zu ihrer Abwicklung (Aktivitäten, erwartete Wirkungen, mögliche Träger, geographischer Geltungsbereich und Laufzeit der Maßnahmen) handelt, konnte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in anderen Handlungsbereichen nur im strategischen Kontext identifiziert werden. Diese strategische Orientierung auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann lediglich als Kooperationsbereitschaft interpretiert werden.

Die Gegenüberstellung der einzelnen Kooperationsbeziehungen zwischen den Grenzregionen ist für diese Untersuchung von einer besonderer Bedeutung, da eine Kooperationspartnerschaft bekannterweise erst bei einer gegenseitigen Forcierung zu Stande kommt. Im Bezug darauf zeichnet sich ab, dass gerade eine fehlende Parität die Entwicklung der Kooperation behindern kann. Diese ungünstige Konstellation deutet sich bei den Handlungsbereichen ‚Hochwasserschutz‘ sowie auch ‚Kooperation der kleineren und mittleren Unternehmen‘ oder ‚Industrie- und Handel‘ an.

#### **4.14. Zusammenfassung**

Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im tschechisch-slowakisch-polnischen Grenzraum lassen sich grundsätzlich als günstig bewerten. In diesem Grenzraum wurde keine Determinante festgestellt, deren Wirkung die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausschließen würde. Im Gegenteil: Historische Entwicklung, sprachliche und kulturelle Nähe erzeugen eine latente Kooperationsbereitschaft. Die politische Dimension (EU-Beitritt, INTERREG-Förderung, EU-Regionalpolitik) entfaltet positive Impulse und führt zu einer dynamischen Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit in den Grenzregionen. Andererseits zeichnet sich deutlich ab, dass die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch schwierige ökonomische Rahmenbedingungen in bestimmten Handlungsbereichen eingeschränkt wird.

Die Regionalanalyse liefert ein sehr differenziertes Bild in den meisten untersuchten Strukturbereichen. Die strukturellen Unterschiede bestehen nicht nur zwischen den einzelnen nationalen Teilräumen (NUTS-3), sie sind auch innerhalb der jeweiligen

Grenzregion auf der Kreis-Ebene sehr stark ausgeprägt. Dies betrifft vor allem:

- Charakter des Naturraumes
- Verteilung der Minderheiten
- Verteilung des wirtschaftlichen Potenzials
- Erhebliche Unterschiede in der regionalen Wirtschaftsstruktur
- Heterogene Siedlungsstruktur (extrem verdichtete städtische Gebiete / ländliche Gebiete)
- Unterschiede in der Größe und in der funktionellen Bedeutung der regionalen Zentren Ostrava, Bielsko-Biala, Žilina (– Fehlen eines Paritätsverhältnisses)
- Unterschiedliche verkehrstechnische Durchlässigkeit der Grenzen
- Konzentration von Umweltschäden, -belastungen und –risiken im Grenzgebiet CZ-PL

Die starken Disparitäten indizieren grundsätzliche Differenzen bei Formulierung von Zielen in der Regionalentwicklung mit unterschiedlichen Handlungsprioritäten und Maßnahmen in den einzelnen Grenzgebieten.

Diese These wurde auch durch Analyse der Entwicklungsdokumenten der Regionen bestätigt: Lediglich in den Handlungsbereichen ‚Infrastruktur‘, ‚Kultur und Sport‘ lassen sich Übereinstimmungen im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit feststellen. Dies spricht deutlich dafür, dass ein politisches Interesse an einer trilateralen Zusammenarbeit in den untersuchten Regionen nicht vorhanden ist. Das bestätigt sich auch in der bilateralen Arbeitsweise der bestehenden regionalen Kooperationsstrukturen.

Die Herausbildung von trilateralen grenzüberschreitenden Kooperationspartnerschaften zwischen den untersuchten Grenzregionen erscheint deshalb aufgrund der starken strukturellen Disparitäten auf der Ebene NUTS-3 sowie des mangelnden politischen Willens als sehr unwahrscheinlich. Vielmehr lässt sich erwarten, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich lediglich zu zweiseitigen Partnerschaften im tschechisch-polnischen, polnisch-slowakischen und tschechisch-slowakischen Grenzgebiet entwickeln wird.

Bei der Regionalanalyse zeichnen sich aber markante strukturelle Ähnlichkeiten zwischen den angrenzenden Grenzkreisen im Dreiländereck ab. Die Grenzkreise *Frýdek-Místek* (CZ), *Čadca, Námestovo* (SK) und powiaty *zywiecki, cieszynski* (PL) bilden somit - im Vergleich zu den starken Disparitäten auf der Ebene NUTS-3 - ein relativ homogenes trilaterales Kerngebiet im Dreiländereck (vgl. Karte 7, S. 130). Angeregt durch ein deutliches Gefälle im Lohnniveau sowie Arbeitslosenzahlen lassen diese Ähnlichkeiten in diesem Kerngebiet deshalb die Entwicklung von trilateralen grenzübergreifenden Kooperationsbeziehungen vermuten.

Im Hinblick auf die EU-Förderinstrumente PHARE CBC und INTERREG IIIA wird deren Schlüsselrolle bei Initiierung der Zusammenarbeit und der Institutionalisierung der Kooperationsstrukturen deutlich: Die EU-Förderung hat in diesem Grenzraum die grenzübergreifende Zusammenarbeit ins Leben gerufen, ohne an bereits etablierte Partnerschaften oder Netzwerke geknüpft haben zu können und gab ihr einen festen Abdruck des Programmreglements. Bei der Befragung der Akteure soll diesbezüglich geprüft werden, ob dieses ‚Top-Down‘- Prinzip bei der Heranführung der regionalen Akteure zur Kooperation durch ihre eigene Initiative (Kooperationswillen) begleitet wird.



**Karte 7: Das INTERREG-Kooperationsgebiet , die Euroregionen und die ‚Kernzone‘ des Dreiländerecks**

Die Tatsache, dass die Grenzregionen im Dreiländereck an drei unterschiedlichen zweiseitigen nationalen INTERREG IIIA-Programmen, die über selbständige Umsetzungsstrukturen verfügen, beteiligt sind, schließt die Entwicklung von trilateralen Kooperationsnetzwerken praktisch aus. Da diese Konzeption auch bei der Fortsetzung durch das INTERREG IV im nächsten EU-Planungszeitraum 2007-2013 fortgeführt werden soll (vgl. EK 2004a), scheinen die Weichen für bilaterale Kooperationen im Dreiländereck gestellt zu sein. Das bedeutet eine aber eine erhebliche Minderung des Stellenwertes der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Kernzone des Dreiländerecks, in der die Lösung der wichtigsten Entwicklungsprobleme – Umweltschutz u. Landschaftspflege, Tourismusförderung, Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung – trilaterale Vorgehensweise zwingend erfordern.

## 5. Empirische Untersuchung: Befragung der regionalen Akteure und der politischen Entscheidungsträger

### 5.1. Methodologie

#### 5.1.1. Zielsetzung

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung - wie bereits im theoretischen Teil ausführlich beschrieben - stehen folgende Fragen:

- Wie wird der **Stellenwert** der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im gewählten grenzüberschreitenden Raum von den Akteuren beurteilt? Welche Bedeutung für die Entwicklung der Region wird in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die Akteure gesehen?
- Wie schätzen die Akteure mögliche **Hindernisse und Perspektiven** (fördernde und bremsende Faktoren) für die künftige Entwicklung der Kooperation ein? (Welche Faktoren bewerten die Akteure als Beschleuniger und welche als Hindernis für die Intensivierung der Zusammenarbeit?)
- Wie schätzen die Akteure die **künftige Entwicklung** der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum ein? Auf welchen Tätigkeitsgebieten wird die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gewünscht (passive Kooperationsbereitschaft) oder aktiv forciert und auf welchen abgelehnt?
- Wie unterscheiden sich diese Einschätzungen bezüglich der einzelnen Kooperationsbeziehungen (CZ/PL, CZ/SK, SK/PL) bei den einzelnen Akteuren?

Im empirischen Teil der Untersuchung sollen Hypothesen, die sich auf diese Fragen beziehen, auf ihre Gültigkeit überprüft werden. Dazu wird die Befragung der Akteure als Untersuchungsmethode angewendet.

Das Ziel der Befragung der regionalen Akteure war die Erfassung ihrer Einschätzungen und Beurteilungen zu den oben genannten Untersuchungsdimensionen, die miteinander vergleichbar und in der gewählten Fragestellung interpretierbar sind.

#### 5.1.2. Datengewinnung

Für die Überprüfung des Wahrheitsgehaltes der aufgestellten theoretischen Aussagen wurden Interviews und schriftliche Befragung als Methoden der Datengewinnung eingesetzt. Zeitlich und organisatorisch lassen sich die empirischen Untersuchungsschritte in drei Erhebungsphasen gliedern:

	Methode	Zeitraum	Zweck / Zielsetzung
1.	Interviews (teil-standardisiert)	Mai - Okt. 2003 April 2004	Exploration des Themas für Entwicklung eines standardisierten Fragebogens
2.	Schriftliche Befragung	Nov. 2003 – Jan. 2004	Erhöhung der Repräsentivität der Ergebnisse um sie zu generalisieren
3.	Telephonische Interviews	Okt.2003 – Nov. 2004	Erfassung von Zusatzinformationen, Nachfragen, Klärung von Unklarheiten

Da es sich bei den gewählten Methoden um eine Kombination eines qualitativen und eines quantitativen Verfahrens handelt, denen unterschiedliche theoretische Konzepte und damit unterschiedliche methodologische Vorstellungen zugrunde liegen, werden grundsätzliche Aspekte beider Verfahren einzeln im Folgenden beschrieben<sup>46</sup>.

## **5.2. Experteninterviews**

### **5.2.1. Begriffsbestimmung**

Das Experteninterview ist eine besondere Form des Leitfadenterviews. Der Befragte ist hier weniger als Person, sondern in seiner Funktion als Experte für bestimmte Handlungsfelder interessant. Der Befragte wird auch nicht als Einzelfall, sondern als Repräsentant einer Akteursgruppe in die Untersuchung einbezogen.

### **5.2.2. Zielsetzung**

Durch Experteninterviews wurde das Ziel verfolgt, Einschätzungen und Beurteilungen zu den gewählten Untersuchungsdimensionen zu erfassen, darüber hinaus auch Hintergrundinformationen und Ansichten über wichtige Themen aus ihrer eigenen Perspektive zu gewinnen. Diese wurden dann ausgewertet und zur Überprüfung der aufgestellten Thesen angewendet.

### **5.2.3. Repräsentativität, Stichprobenbildung (Auswahl), Experte**

In der qualitativen Forschung wird der Repräsentativität eine andere Bedeutung beigemessen als in der quantitativen Forschung. Nach Mayer (2001) muss in der qualitativen Forschung die Verallgemeinerbarkeit immer im spezifischen Fall begründet werden. Es müssen Argumente angeführt werden, warum die hier gefundenen Ergebnisse auch für andere Situationen und Zeiten gelten, bzw. es muss dargelegt werden, für welche Situationen und welche Zeiten sie gelten.<sup>47</sup>

Wie bei empirischen Untersuchungen üblich, ist auch beim Interview häufig nicht möglich, alle Akteure zu befragen. Bei der Stichprobenbildung ist in der qualitativen Sozialforschung die inhaltliche Repräsentation maßgebend, indem die Auswahl der Gesprächspartner so erfolgt, dass die Ergebnisse auf andere Fälle übertragbar sind bzw. dass sie exemplarisch und in diesem Sinne generalisierbar sind.

Die Stichprobenbildung für die Experteninterviews wurde bereits vor ihrem Beginn anhand bestimmter Merkmale festgelegt (sog. Vorab-Festlegung), weil von einer konkreten Fragestellung und Vorstellungen von Typik und Verteilung von Eigenschaften in der Grundgesamtheit, die in der Stichprobe berücksichtigt werden sollen, ausgegangen wurde. (Siehe Kapitel 3.7).

Hinsichtlich der Stichprobenbildung für die Experteninterviews war es notwendig, den Begriff ‚Experte‘ inhaltlich zu bestimmen. Als Experte ist derjenige zu bezeichnen, der auf einem

---

<sup>46</sup> Vgl. Mayer, H.O. (2001); Clauß, G., Finze, F.R. (1999); Lamnek (1995a,b)

<sup>47</sup> Vgl. Mayer (2001), S. 40

begrenzten Gebiet über ein klares und abrufbares Wissen verfügt. Seine Ansichten gründen sich auf sicheren Behauptungen und seine Urteile sind keine bloße Raterei oder unverbindliche Annahmen.<sup>48</sup>

Als Experte kann daher angesprochen werden:

- „.....wer in irgendeiner Weise Verantwortung für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung trägt oder:
- wer über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse verfügt.“<sup>49</sup>

Und wie Meuser u. Nagel (1991) weiter anmerken, sind die Experten in der Regel nicht in der obersten Hierarchieebene einer Organisation oder Institution (z.B. ‚Hejtman‘ als politisch gewählter Vertreter einer tschechischen Selbstverwaltungsregion) zu finden, sondern in den untergeordneten Ebenen (z.B. Leiter des Dezernats für regionale Entwicklung), da hier in der Regel Analysen und Handlungsempfehlungen oder Entscheidungen vorbereitet werden. Die Repräsentativität einer Stichprobe kann wesentlich durch Erfassung unterschiedlicher Standpunkte verbessert werden, indem die Experten aus unterschiedlichen Hierarchieebenen und Abteilungen einer Organisation befragt werden.

Für die Repräsentativität der Stichprobe ist in diesem Zusammenhang weiterhin von großer Bedeutung, dass nicht nur Entscheidungsträger und Experten aus den Tätigkeitsbereichen interviewt werden, die sich bereits aktiv in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit engagieren, sondern auch diejenigen, die zur Zeit noch nicht grenzübergreifend kooperieren, die jedoch den Einfluss auf die Entwicklung der Zusammenarbeit künftig sehr wahrscheinlich ausüben könnten (Vgl. Kap. 3.7.). Vorzuziehen sind bei der Auswahl die Akteure, die abgesehen von der erforderlichen Kompetenz auch über breite Gestaltungsmöglichkeiten verfügen.

Bei der Auswahl der Gesprächspartner war weiter zu beachten, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht nur durch die regionalen Akteure beeinflusst wird, sondern über das Untersuchungsgebiet hinaus durch Entscheidungsträger auf den überregionalen Ebenen – auf der Staatsebene und der europäischen Ebene – mitbestimmt wird (Vgl. Kap. 3.7.).

#### **5.2.4. Auswahl der Gesprächspartner**

Entsprechend der für diese Untersuchung gewählten Fragestellung und unter Berücksichtigung bereits angeführten Aspekte wurden bei der Befragung Kategorien und Vertreter einbezogen, die auf folgende Weise klassifiziert werden können:

##### **1/ Lokal-regionale Ebene:**

- **Regionale Selbstverwaltungsbehörden in Ostrava (CZ) und in Žilina (SK)**  
Leiter der Abteilung für regionale Entwicklung;
- **Kommunalverwaltungen:**  
Bürgermeister von grenznahen Städten und Gemeinden (6 im tschechischen, 7 im slowakischen und 3 Kommunen im polnischen Teilgebiet);

---

<sup>48</sup> Vgl. Ebd., S. 40

<sup>49</sup> Vgl. Ebd., S. 41; zitiert nach: Meuser, Nagel (1991), S. 443



- **Wirtschaft + Wirtschaftsförderung**

Industrie und Handelskammer (Regionalkammer) in Ostrava (CZ), Žilina (SK);  
Tschechische Busverkehrsgesellschaft Havířov GmbH (CZ)

- **Regionalentwicklung:**

Regionale Entwicklungsgesellschaften in Ostrava (CZ) und in Žilina (SK) und in Čadca (SK);

- **Euroregionen, kommunale Vereinigungen:**

Euroregion Beskydy (CZ-SK-PL), Turzovka (SK);  
Euroregion Těšínské Slezsko (CZ-PL), Třinec (CZ);

Vereinigung der Städte und Gemeinden in der Mikroregion Jablunkov, Jablunkov (CZ);

- **Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen:**

Technische Universität Ostrava (CZ);  
Technische Universität Žilina (SK);

- **Umweltschutz:**

Verwaltung des Naturschutzgebietes Beskydy, Roznov p.R. (CZ)

## 2/ Staatliche Ebene:

- Ministerium für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik, Abteilung EU-Programme in Praha (CZ);

## 3/ Europäische Ebene:

- Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, Abteilung INTERREG III in Brüssel (B)
- Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) in Gronau (D)

Eine vollständige Auflistung der geführten Interviews befindet sich im Anhang.

Die Interviews mit den Experten im untersuchten tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzgebiet und in Prag wurden im Mai/Juli 2003 vorgenommen. Vertreter der Europäischen Kommission und der AGEG wurden dann im September/Okttober 2003 befragt.

Trotz sorgfältiger Recherchen und methodologischer Überlegungen vor Beginn der Befragungen mußte die Auswahl der Interviewten aufgrund Gewinnung neuer Kenntnisse während der Interviews bzw. durch einige Absagen der bereits vereinbarten Gesprächstermine korrigiert bzw. ergänzt werden. Diese Stichprobenergänzung erfolgte dann durch Befragungen während der zweiten Befragungsreise im Frühjahr 2004.

Neben diesen Interviews vor Ort wurden auch telephonische Interviews angewendet. Es handelte sich um Rückfragen und Verdeutlichungen zu bereits geführten Gesprächen oder es wurden auf diese Weise auch noch zusätzlich Experten befragt, die sich nur zu einem spezifischen und sehr begrenzten Interessengebiet äußern sollten – wie z. B. Vertreter einer Busverkehrsgesellschaft zum Thema ‚grenzübergreifendes Personennahverkehr‘ (keine umfangreiche Fragenkomplexe, sehr stark reduzierte Antwortvorgaben)<sup>50</sup>.

---

<sup>50</sup> Vgl. Berekhoven u.a. (1999), S. 108

Um dem Vorwand zu begegnen, die Samplestruktur sei unvollständig und die Stichprobe daher nicht repräsentativ, merke ich folgendes an: Aus Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten konnte das Kriterium der Vollständigkeit – das heißt zur gegenseitigen Absicherung unterschiedlicher Perspektiven - in der vorgenommenen Befragung nicht berücksichtigt werden. Dafür sind die Verflechtungsstrukturen in der untersuchten trilateralen Dimension zu vielfältig. Aus der Notwendigkeit heraus, eine überschaubare Fallzahl nicht zu überschreiten, konnten nur die wichtigsten Experten und Akteure interviewt werden; auf mündliche Befragung im polnischen Teilgebiet musste dann weitgehend verzichtet werden.

Gerade deshalb wurde als Ergänzung zu den Interviews eine postalische Befragung der regionalen Akteure in der zweiten Erhebungsphase vorgenommen, in deren Rahmen ein viel weiterer Akteurskreis involviert werden konnte.

### 5.2.5. Methodenauswahl für die Auswertung der Interviews

Mündliche Interviews sind für die Erfassung von Einschätzungen und Beurteilungen sicherlich besser geeignet als schriftliche postalische Befragungen, wie mit der Aufzählung der wichtigsten positiven und negativen Merkmale in der folgenden tabellarischen Übersicht verdeutlicht wird:<sup>51</sup>

	<b>Mündliche Interviews</b>	<b>Schriftliche postalische Befragungen</b>
<b>Vorteile</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Größere Kooperationsbereitschaft der Gesprächspartner</li> <li>• Offene (explorative) Fragen möglich</li> <li>• Erfassung nichtverbaler Informationen möglich</li> <li>• Gesprächsverweigerung tritt selten auf</li> <li>• Ehrlichere Antworten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• leichter umsetzbar</li> <li>• Daten sind leichter auswertbar</li> <li>• Vermeidung von Interviewfehlern</li> <li>• Relativ hohe Verweigerungsrate</li> <li>- geringe Rücklaufquote der Fragebogen – Repräsentativität der Stichprobe kann in Frage gestellt werden</li> <li>• Überlegte Antworten</li> </ul>

<sup>51</sup> Vgl. Mayer (2001), S. 99 f.; Schnell, u.a. (1999), S. 336 f.; Berekhoven, u.a. (1999), S. 104 f.

<b>Nachteile</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zeitlich und finanziell aufwendig</li> <li>• aufwendige Auswertung</li> <li>• Verzerrung, Beeinflussung durch Interaktionen zwischen dem Interviewer und dem Befragten – „Neutralität“ des Interviewers nur eine nicht erreichbare Fiktion<sup>52</sup></li> <li>• eingeschränkte Vergleichbarkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einengung der Befragten durch die vorgegebenen Antwortoptionen – Informationsverlust, -verzerrung</li> <li>• Mögliche Verständnisprobleme</li> <li>• Starke Neigung des Befragten zur Kategorie ‚ich weiß nicht‘</li> <li>• Eingeschränkte Kapazität des Fragebogens</li> <li>• Es ist nicht kontrollierbar, ob der Fragebogen tatsächlich von der angefragten Person ausgefüllt wurde, bzw. womit die Beantwortung beeinflusst wurde.</li> </ul>
------------------	--	--

**Tab. 48: Potenzielle Vorteile und Nachteile der mündlichen und schriftlichen Befragung.**<sup>53</sup>

Die Abwägung der Vor- und Nachteile der mündlichen im Vergleich zu schriftlichen postalischen Befragungen führte bei der gegebenen Themastellung zu Bevorzugung von Interviews, die in diesem Forschungsvorhaben eine besondere Rolle spielen. Mittels der Expertengespräche wurde versucht, die Untersuchungskategorien durch Bewertungen und Einschätzungen näher zu bestimmen und mögliche Zusammenhänge unter ihnen zu erfassen. Deshalb wurde bei der Auswertung der Interviews die Sorge getragen, dass die Gesprächsinhalte möglichst vorlagetreu gedeutet wurden und dass dabei auch neue und bzw. im theoretischen Teil noch nicht beachtete Aspekte Berücksichtigung fanden.

Für die Auswertung der Interviews mit regionalen Akteuren wurde eine Vorgehensweise gewählt, die sich weitgehend an das sechsstufige Verfahren von Mühlfeld<sup>54</sup> stützt.

Das Schwergewicht der Interpretation liegt auf eindeutigen, unverdeckten Kommunikationsinhalten. Das Lesen und Interpretieren der Textinhalte „zwischen den Zeilen“ wird bei diesem Verfahren stark eingeschränkt. Hier geht es nicht darum – wie Lamnek (1995a, S. 207) anmerkt – „ein einzelnes Interview so exakt wie möglich und ausführlich wie möglich zu interpretieren, sondern Problembereiche zu identifizieren, die den einzelnen Fragen des Leitfadens des Interviews zugeordnet werden können. Nicht jeder Satz muss also bei der Auswertung herangezogen werden.“<sup>55</sup>

Diese pragmatisch orientierte Vorgehensweise von Mühlfeld ist aufgrund des Fehlens der Paraphrasierung des Textes zeitlich und ökonomisch weniger aufwendig als hermeneutische Auswertungsverfahren und erlaubt damit, auch eine größere Anzahl von Interviews auszuwerten. Unter diesem Aspekt wurde dieses Verfahren zur Auswertung der Interviews mit regionalen Akteuren als geeignet angesehen, damit Akteure aller wichtigen Tätigkeitsbereiche in die Befragung involviert werden konnten.

Bei der Auswertung von Interviews mit Experten, die einen umfangreichen Sachverstand besaßen und mit politischen Entscheidungsträgern auf den überregionalen Ebenen, die über

<sup>52</sup> Vgl. Atteslander, (1991), S. 166

<sup>53</sup> Vgl. dazu: Mayer, H.O. (2001), S. 97-101; Schnell u.a. (1999), S. 336f. sowie Berekhoven u.a. (1999), S. 104f.

<sup>54</sup> Vgl. Mühlfeld, C. u.a. (1981): Auswertungsprobleme offener Interviews. In: Soziale Welt, Jg. 32, S. 325-352; zitiert nach: Mayer, H.O. (2001), S. 47ff.

<sup>55</sup> Lamnek, S. (1995a), S. 206

breite Gestaltungsmöglichkeiten verfügen und in deren Aussagen der Sinn viel weniger eindeutig zum Ausdruck gebracht wurde, wurde verstärkt das Ziel verfolgt, die Bedeutung der bereits formulierten Auswertungskategorien zu bestätigen und bzw. neue Aspekte zu erfassen. Diese Entdeckungsstrategie verlangte Vermeidung der Reduktion von Komplexität und der Gefahr, voreilige Zusammenfassungen zu machen, der man bei dem pragmatischen Verfahren zwangsläufig ausgesetzt wird. Deshalb wurde in diesen Fällen das Verfahren der objektiven Hermeneutik eingesetzt, bei dem die Interviews – im Gegensatz zum Verfahren nach Mühlfeld - paraphrasiert werden, um sie anschließend einzeln thematisch zu ordnen. Ein Vergleich der Aussagen verschiedener Interviews und eine theoretische Verknüpfung fanden erst zu einem späteren Zeitpunkt statt.<sup>56</sup>

### **5.2.6. Entwicklung des Leitfadens**

„Der Leitfaden schneidet die interessierenden Themen aus dem Horizont möglicher Gesprächsthemen heraus und dient dazu, das Interview auf diese Themen zu fokussieren.“<sup>57</sup> Der Leitfaden verhilft zu einer besseren Vergleichbarkeit der Ergebnisse, verbessert auch wesentlich das Zeitmanagement und erleichtert die Auswertung von Interviews. Und nicht zuletzt erfüllt eine thematische Vorstrukturierung des Gesprächs auch die Funktion, dass sich der Interviewer als kompetenter Gesprächspartner präsentieren kann, wodurch die Qualität der erfragten Informationen positiv beeinflusst wird.

Zu vermeiden ist jedoch, dass das Interview zu einem Frage- und Antwort-Dialog verkürzt wird, in dem die Fragen des Leitfadens der Reihe nach abgehakt werden, ohne dass dem Befragten Raum für seine Themen und die Entfaltung seiner Relevanzstrukturen gelassen wird.<sup>58</sup>

Deshalb wurden bei der Erstellung der Gesprächsleitfaden folgende Grundsätze beachtet:

- Fragen wurden möglichst allgemein als Themenkomplexe formulieren und ihnen potenzielle Nachfragen zuordnen;
- Ausschließlich für die Problemstellung relevante Themenkomplexe wurden im Leitfaden berücksichtigt;
- Jedem Gesprächspartner wurde der Leitfaden individuell inhaltlich angepasst;
- Für die Interviews mit Experten und politischen Entscheidungsträgern auf der Staats- und EU-Ebene wurde grundsätzlich ein weniger umfangreichen und strukturierten Leitfaden angewandt (um durch höhere Offenheit neue bisher nicht bekannte Kategorien zu erfassen);
- Für die Interviews mit den regionalen Akteuren, bei denen die Vergleichbarkeit der Ergebnisse essentiell bedeutend war, wurden die Fragen zu den zu interessierenden Kategorien, die dann miteinander verglichen werden sollten, so formuliert, dass sie durch die Akteure gleich wahrgenommen und verstanden wurden.

---

<sup>56</sup> Mehr zu diesem Verfahren: Meuser, M. u. Nagel, U. (1991)

<sup>57</sup> Meuser u. Nagel (1997), S. 488

<sup>58</sup> Mayer, H.O. (2001), S. 43

Der Leitfaden lässt sich funktionell und methodisch in drei Teile gliedern:

- A. Fragen zu demographischen Aspekten;
- B. Fragen zu Hauptuntersuchungsdimensionen, deren Ergebnisse abschließend untereinander verglichen werden sollten;
- C. Akteuren- und Tätigkeitsspezifische Fragen für Verbesserung des Informationsstandes und Erfassung von Zusammenhängen.

#### **Zu Teil A):**

In diesem allgemeinen Teil handelte sich um Erfassung von demographischen Angaben der Interviewpartner, die in der Problemstellung als relevant angesehen wurden. Ermittelt wurden:

- Berufliche Stellung
- Tätigkeitsschwerpunkte
- Bildungsabschluss
- Länge der Berufspraxis in der jeweiligen Grenzregion

#### **Zu Teil B):**

Auf der Basis der im theoretischen Teil der Arbeit erreichten Erkenntnisse wurde ein Themenkatalog aufgestellt, der die Untersuchungsdimensionen mit ihren Teildimensionen beinhaltet, zu denen alle Interviewpartner befragt werden sollten. Die Ergebnisse, die zu diesen Kernaspekten gewonnen wurden, sollten vergleichend ausgewertet werden.

Diese Untersuchungsdimensionen können auf folgende Weise strukturiert aufgezeigt werden:

##### **1) Ziele bei den grenzüberschreitenden Kooperationen**

- Wirtschaftlicher Bereich
- Infrastruktureller Bereich
- Sozio-kultureller Bereich

##### **2) Jetzige Tätigkeitsbereiche grenzüberschreitender Kooperationen**

- Privatwirtschaft
- Ausbau technischer Infrastruktur
- Kommunalverwaltung
- Raumplanung
- Wirtschaftsförderung
- Fremdenverkehr
- Kultur und Sport
- Wissens- und Technologientransfer
- Umweltschutz
- Prävention und Bekämpfung der Naturgewaltkatastrophen
- Wissenschaft und Bildungseinrichtungen

- Andere?

### **3) Hemmende und fördernde Faktoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

- Wirtschaftliche Lage und Entwicklungstendenzen
- Einflüsse der bisherigen wirtschaftlichen Schwerpunktbildungen in den Regionen
- Stand der technischen Infrastruktur (vornehmlich Verkehrs- und grenzüberschreitende Infrastruktur)
- Überregionale (grenzüberschreitende) und interne Verkehrsanbindung
- Durchlässigkeit der Grenzen für Ware, Personen und Informationen
- Aktuelle Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt und seine Entwicklungstendenzen
- Grenzüberschreitende Berufspendler
- Der grenzüberschreitende Personenaustausch – Entwicklungstendenzen, Motive
- Wahrnehmung der Nachbarn durch die Lokalbevölkerung
- Geschichtlich oder kulturell bedingte Faktoren (Sprache, Nationalitätsminderheiten, Religion, historische Ereignisse)
- Politische Einflüsse aus der Staats- sowie EU-Ebene
- Umweltsituation, -lasten
- Einfluss der Medien
- Informationsfluss zwischen den Akteuren

### **4) Künftige Tätigkeitsbereiche der grenzüberschreitenden Kooperationen**

- Privatwirtschaft
- Ausbau technischer Infrastruktur
- Kommunalverwaltung
- Raumplanung
- Wirtschaftsförderung
- Fremdenverkehr
- Kultur und Sport
- Wissens- und Technologietransfer
- Umweltschutz
- Prävention und Bekämpfung der Naturgewaltkatastrophen
- Wissenschaft und Bildungseinrichtungen
- Andere

### **5) Akteure bei der Implementation der Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

- Kommunen
- Wirtschaft, -förderung
- Regionalverwaltungen
- Regionale Entwicklungsgesellschaften
- Zentrale Verwaltungseinheiten
- Kommunale Verbände (Euroregionen)

## **6) Einschätzung der Entwicklungstendenzen von Kooperationsintensität und -häufigkeit**

- in den letzten 5 Jahren
- in den nächsten 5 Jahren

Fragen zu diesen Untersuchungsdimensionen wurden den Befragten zuerst offen gestellt, damit neue, bisher noch nicht bekannte Dimensionen erfasst werden können, wie z.B.:

- Welche sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Faktoren, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern /hemmen?
- Nennen Sie mir bitte Ziele der grenzüberschreitenden Kooperationen, die Sie für wichtig halten. Oder:
- Welche Tätigkeitsbereiche halten sie bei jetzigen grenzüberschreitenden Kooperationen Ihrer Region mit den Nachbarregionen für bedeutend?

Anschließend wurden dem Gesprächspartner die bereits bekannten Teildimensionen genannt und eine sich zu dem Aspekt bezogene Aussage abgewartet. Das Ziel war die Erfassung von Intensität der Zustimmung bzw. Ablehnung und Einschätzung der Relevanz des betroffenen Sachverhaltes mit einer Begründung.

### **Zu Teil C):**

Die Interviewpartner wurden darüber hinaus auch zu den Themen befragt, die sich auf den Tätigkeitsbereich des Befragten bezogen. Durch diese Fragen sollten weitere fachspezifische Hintergrundinformationen und Zusammenhänge erfasst werden, die Fragen wurden deshalb offen gestellt.

## **5.3. Schriftliche Befragung**

Hatten die Interviews zum Ziel, einen ersten Test der groben Hypothesen durchzuführen sowie auch neue analytische Elemente in die Studie (zur Präzisierung der Untersuchungsdimensionen) einfließen zu lassen, lag der Zweck der schriftlichen Befragung der regionalen Akteure darin, die Repräsentativität der Stichprobe durch Involvierung eines breiteren Akteurskreises zu erhöhen.

Angesichts des umfangreichen Akteurskreises war eine schriftliche Vollerhebung nicht möglich. In die Befragung wurden daher die regionalen Akteure einbezogen, deren wichtige Rolle bei der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im untersuchten Grenzraum anhand der Interviews bestätigt wurde und darüber hinaus auch diejenigen, die künftig zu wichtigen Akteuren (laut Einschätzungen der Interviewten) werden können.

Insgesamt wurden in der schriftlichen Befragung 123 Akteure in allen drei Teilgebieten angesprochen, 90 Akteure haben den ausgefüllten Fragebogen zurückgeschickt. Das ergibt eine Rücklaufquote von 73,1%. Damit werden die Werte von unter 50%, die bei sozialwissenschaftlichen Befragungen üblicherweise erreicht werden, deutlich übertroffen. Dafür war allerdings intensive administrative Arbeit und wiederholte telefonische

Erinnerungen der noch ausstehenden Respondenten notwendig. Die hohe Rücklaufquote war bei dieser Untersuchung jedoch notwendig, um verwertbare Daten zu erhalten, da der Akteurskreis in den meisten Handlungsbereichen (z.B. Euroregionen, Regionalverwaltung, Regionalentwicklung, Hochschulen) zahlenmäßig sehr begrenzt war. Dieses machte zusätzliche Alternativenfragen nur eingeschränkt möglich.

Jedem Befragten wurde neben dem Fragebogen auch ein **Motivationsbrief** (siehe Anhang A-2) mit einer kurzgefassten Darlegung der Untersuchung und mit organisatorischen Hinweisen in der jeweiligen Muttersprache zugeschickt. Um möglichen Fehlangaben bei sensiblen Themen entgegenzuwirken, wurden im Motivationsschreiben mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass keine Rückschlüsse auf einzelne Akteure in der fertigen Fassung der Arbeit möglich sein werden, da die Auswertung anonymisiert verläuft. In diesem Brief stand ferner auch ein klarer Verweis darauf, dass die Befragung weitgehend auf Wahrnehmungen und Einschätzungen der befragten Akteure und nicht auf deren Wissensstand abzielt. In diesem Zusammenhang wurden angeschriebene Personen darum gebeten, den Fragebogen selbst auszufüllen. In den meisten Fällen wurde dieser Hinweis auch während eines persönlichen telefonischen Gesprächs noch einmal geäußert und er wurde von den meisten Befragten auch akzeptiert.

Der Fragebogen und das Motivationsschreiben wurden den Befragten per E-Mail oder per Fax zugeschickt. Die ausgefüllten Fragebögen sind dann per E-Mail als MS Word-, PDF- oder Bild-Dokument (zu 70%) oder per Fax (ca. 30%) ausgefüllt zurückgekommen.

### 5.3.1. Fragebogen

Für die schriftliche Befragung wurde die Methode des voll-standardisierten Fragebogens gewählt. Der Fragebogen umfasste 4 Seiten und enthielt geschlossene Fragen (Fragebogen und Begleitschreiben siehe Anhang A-2). Die Akteure in allen drei Teilgebieten (CZ, PL, SK) wurden mittels des gleichen Fragebogens befragt.

Bei Erstellung des Fragebogens mussten folgende Besonderheiten berücksichtigt werden:

- Damit die Unterstellung, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im untersuchten Dreiländereck in jedem bilateralen Bezug nicht die gleichen Merkmale aufweist, widerlegt werden konnte, zeigte es sich notwendig, die meisten Variablen dimensional in bilaterale Kooperationsbeziehungen aufzulösen und diese dann getrennt zu operationalisieren. Jede dieser Variablen wurde also aus zwei unterschiedlichen Perspektiven bewertet – z. B. hatten die tschechischen Akteure die Merkmale jeweils in Bezug auf die Kooperation mit der slowakischen Nachbarregion sowie in Bezug auf die Kooperation mit den polnischen Partnern getrennt zu beurteilen.
- Da alle Akteure aus unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen anhand desselben Fragebogens befragt werden, um anschließend die gewonnenen Ergebnisse vergleichen zu können, musste nicht nur der allgemeinen Verständlichkeit, sondern auch der gleichen Deutung der Fragen große Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Schlüsselrolle spielte dabei die konsequente Verwendung von Begriffen wie z. B. „*nachbarschaftliche Zusammenarbeit über die Staatsgrenze hinweg*“, oder „*Zusammenarbeit zwischen den benachbarten Grenzregionen*“. In Hinsicht auf die territoriale Geltung des Untersuchungsgegenstandes wurden für eindeutige Abgrenzung des Untersuchungsgebietes auch die drei betroffenen



Verwaltungsregionen (Bezirke *Žilinský kraj*, *Moravskoslezský kraj* und *Województwie Śląsk*) bei jeder Aussage im Fragebogen namentlich aufgeführt. Dadurch sollte eine klare Trennung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Untersuchungsgegenstand von anderen Kooperationsarten (z.B. internationale und interregionale Zusammenarbeit, Städtepartnerschaften) gewährleistet werden. Des Weiteren wurden Fachbegriffe wie z. B. „technische Infrastruktur“, „Durchlässigkeit der Grenze“ oder Sammelbegriffe wie z.B. „Wirtschaftsförderung“ durch Beispiele näher erläutert.

- Um eine bessere Verständlichkeit der Fragen und damit auch höhere Kooperationsbereitschaft bei den Akteuren zu erreichen, wurde der Fragebogen in der Muttersprache des jeweiligen Befragten verfasst.
- Aufgrund der mit dem bereits angeführten Aspekt verbundenen ungünstigen Tatsache, dass der Fragebogen relativ umfangreich ausgefallen ist, wurde durch seine deutliche Strukturierung und graphische Darstellung versucht, einem möglichen Motivationsverlust bei den Respondenten entgegenzuwirken.

Der Fragebogen (Siehe Anhang A-2) bestand aus 29 nummerierten Aussagen, bzw. Aussagegruppen. Die Aussagegruppen (Nr. 1, 2, 23, 26, 27) beinhalteten mehrere Aussagen, die alphabetisch gekennzeichnet waren (z.B. 1a, 1b, 1c, ...).

Inhaltlich bezogen sich die Aussagen auf folgende Themen:

- A. Beurteilung der Ziele der GZA (Aussagen 1a bis 1m);
- B. Beurteilung der Tätigkeitsfelder der GZA ( Aussage Nr. 2a bis 2g);
- C. Beurteilung der fördernden und bremsenden Faktoren (Aussagen Nr. 3 bis 8, 17 bis 20);
- D. Beurteilung der Wirkung von einzelnen Akteursgruppen auf die Entwicklung der GZA (Aussagen Nr. 10 bis 16);
- E. Beurteilung der bisherigen Entwicklung (Aussage Nr. 9) und Einschätzung der künftigen Entwicklung (Intensität, Aktionsbereiche) der GZA (Aussagen Nr. 22 und 23);
- F. Demographische Daten (Institution, Tätigkeitsbereich, Beschäftigungslänge in der Region, Bildungsniveau) (Aussagen Nr. 27 bis 30).

Die Befragten wurden gebeten, die Geltung jeder Aussage einzeln mit Ziffern 1, 2, 3, oder 4 nach folgender Skala zu bewerten:

diese Aussage <b>trifft sicherlich zu</b>	<b>1</b>
diese Aussage <b>trifft eher zu</b>	<b>2</b>
diese Aussage <b>trifft eher nicht zu</b>	<b>3</b>
diese Aussage <b>trifft gar nicht zu</b>	<b>4</b>

Die Bewertungsoption „*Ich weiß es nicht - 0*“ wurde in der Skala absichtlich nicht angeboten, denn das Risiko, dass der Befragte dadurch zu dieser Antwortkategorie sehr stark verleitet würde, all zu groß erschien.

### 5.3.2. Auswertung

Durch die schriftliche Befragung sollte die Ablehnungs- und Zustimmungsbereitschaft bei den regionalen Akteuren zu den wichtigsten Untersuchungsdimensionen erfasst werden, indem die Intensität der Ablehnung und Zustimmung bei den entsprechenden Einschätzungsfragen quantifiziert wurde.

Als geeignete Auswertungsmethode wurde ein univariates statistisches Verfahren gewählt mit den Maßzahlen:

- **Häufigkeitsverteilung;**
- **Mittelwert;**
- **Standardabweichung des Mittelwertes.**

Anhand der **Häufigkeitsverteilung** sollte erfasst werden, wie die einzelnen Bewertungskategorien, denen die Zahlenwerte 1,2, 3 und 4 zuzuordnen waren, von den Befragten anteilmäßig gewählt wurden.

Anschließend war es anhand der ermittelten Mittelwerte und der Standardabweichung möglich, eine zusammenfassende Charakterisierung der einzelnen Häufigkeitsverteilungen zu berechnen.

Mit dem **Mittelwert** (arithmetisches Mittel) sollte erreicht werden, dass die Ergebnisse der verschiedenen Verteilungen vergleichbar sind. Ein höherer Mittelwert bedeutet im Vergleich zwischen Verteilungen bei zwei oder mehreren Gesamtheiten einen höheren Grad der Zustimmung zu der jeweiligen Aussage, bzw. zu einem Komplex von Aussagen. Würden alle Befragten einer Aussagen vorbehaltlos zustimmen, ergäbe sich der Mittelwert  $MW=1$ ; wären alle befragten Personen der gleichen Meinung, dass die zu bewertende(n) Aussage(n) sicherlich nicht zutrifft, dann läge der Mittelwert bei  $MW = 4$ . Bei völlig ausgeglichenem Urteil ergibt sich schließlich ein Mittelwert  $MW = 2,5$ .

Die **Standardabweichung des Mittelwertes** wird dann zum Indikator für die Streuungsverhältnisse in einer gegebenen Häufigkeitsverteilung. Ein kleineres Streuungsmaß bedeutet eine relativ homogene Beurteilung der jeweiligen Aussagen, als dies bei einem größeren Wert der Fall ist. So hätte in der Untersuchung die Standardabweichung (STA) der Null geglichen, wenn alle befragten Personen die betroffene Aussage mit gleicher Kategorie beurteilt hätten. Für den höchsten Streuungsgrad bei der Abstimmung wäre dann die Standardabweichung  $STA = 2$  gestanden.

Bei der Berechnung der Mittelwerte und der Standardabweichung wurden nur gültige Fälle berücksichtigt. Diejenigen Fälle, in denen keine Bewertung abgegeben wurde, wurden lediglich in der Häufigkeitsverteilung aufgeführt, da sie als fehlende Werte auch einen potenziellen Informationsgehalt darstellen.

In die statistische Auswertung wurde auch das Datenmaterial einbezogen, das durch die mündlichen Interviews gewonnen wurde. Dafür war es notwendig, die aufgezeichneten Aussagen, die sich zu den statistisch auszuwertenden Fragen bezogen nach deren Inhalt entsprechend der festgelegten 4-stufigen Skala zu klassifizieren, d. h., durch die Inhaltsanalyse des transkribierten Textes wurde die Zustimmungs- bzw. Ablehnungsintensität bewertet und dabei die Zahlenwerte 1, 2, 3 oder 4 zugewiesen.

### 5.3.3. Problemaspekte bei der Auswertung

In diesem Abschnitt wird auf einige wichtige Aspekte der gewählten Vorgehensweise näher eingegangen. Es werden einerseits Argumente aufgeführt, die die Methodenauswahl rechtfertigen. Andererseits werden auch mögliche Risiken und Einschränkungen in der Interpretation der Ergebnisse thematisiert, die mit der gewählten Vorgehensweise bekannterweise verbunden sind.

Zu Beginn möchte ich deutlich zum Ausdruck bringen, dass die eben beschriebene Vorgehensweise nicht darauf abzielt, das vorliegende Datenmaterial mit bewährten wahrscheinlichkeitstheoretischen Tests- und Schätzinstrumenten auszuwerten. Das wäre in diesem Fall aufgrund folgender Aspekte nicht begründbar:

1. Angesichts der Vorgehensweise bei der Auswahl der Befragten liegt der Untersuchung keine Zufallsstichprobe aus einer definierten Grundgesamtheit zugrunde. Deshalb kann nicht unterstellt werden, dass die hier gewonnenen Daten aus der statistischen Sichtweise repräsentativ sind.
2. Die Anzahl der Fälle ist mit  $N=90$  (ca. 30 aus dem jeweiligen Teilgebiet) aus statistischer Sicht vergleichsweise gering, die Aussagekraft der Befunde ist daher nur eingeschränkt zu interpretieren.
3. Die Interpretation der Mittelwerte und Standardabweichungen setzt voraus, dass die vorliegenden Daten metrisch sind, also mindestens Intervallskalenniveau aufweisen. Dies ist bei der gewählten Bewertungsskala nicht der Fall, denn die Werte sind lediglich ordinalskaliert.

Die in dieser Untersuchung vorgenommene Stichprobe ist als eine Einzelfallstudie anzusehen. Da sie die qualitativen Merkmale berücksichtigt, die für die Untersuchung in der gewählten Fragenstellung schlüssig sind (z. B. Kompetenz, Sachverstand), haben die Befunde bezüglich der vorliegenden Problemstellung somit einen großen informativen Wert. Dessen quantitative Analyse in oben skizzierter Vorgehensweise erscheint nur insofern sinnvoll, dass die sich aus den Einschätzungsaspekten ergebenden Gesamttendenzen erkannt werden. Dabei müssen allerdings folgende Grundsätze beachtet werden:

- A) Die Gültigkeit der Hypothese gleicher Abstände zwischen den einzelnen Bewertungskategorien wird implizit unterstellt. Wird diese Grundhypothese aufgegeben, können die errechneten Maßzahlen nicht sinnvoll interpretiert werden.
- B) Die berechneten Maßzahlen (Mittelwerte und Standardabweichungen) werden nur als Hilfsinstrumente angewendet, um lediglich eine mögliche Tendenz zu belegen. Die Interpretation der Ergebnisse erfolgt im Schwerpunkt inhaltlich anhand der ermittelten Häufigkeitsverteilungen.
- C) Den befragten Akteuren ist ein unterschiedliches Gewicht beizumessen. Deshalb muss unbedingt neben der statistischen Auswertung und der Interpretation der Befunde, wo dieser Grundsatz keine Berücksichtigung findet, parallel auch eine inhaltliche Auswertung von Einschätzungen der regionalen Schlüsselakteure (Vertreter der Regionalbehörden, IHK) und Experten erfolgen. Durch Zitierung von typischen Aussagen von wichtigen Akteuren werden die statistisch ermittelten Werte anschaulicher.

- D) Da es sich um kein begründbares statistisches Verfahren handelt, zielt das Verfahren nicht darauf ab, das Signifikanzmaß zwischen den berechneten Werten zu bestimmen, sondern darauf, die Einschätzungsunterschiede tendenziell zu erfassen - daher wird der Ausdruck „*Signifikanz*“, bzw. „*signifikant*“ in der Interpretation konsequent vermieden.

Um dem Vorwurf zu begegnen, die gewählte Bewertungsskala sei zu grob und hat einen erheblichen Informationsverlust zur Folge, kann man folgendes anmerken:

- E) Die Anwendung einer vierstufigen Bewertungsskala trägt meiner Meinung nach zu einer größeren Objektivität wesentlich mehr bei als eine mehrstufige Bewertungsskala. Mit der 4-stufigen Skala lassen sich die Interviewaussagen - zwar nicht immer zweifelsfrei - jedoch eindeutiger einer bestimmten Klasse zuordnen. Auch bei der schriftlichen Befragung erscheinen mir die Ergebnisse bei Anwendung der 4-stufigen Skala aussagekräftiger, denn sie präsentieren Kategorien, die sich inhaltlich in der Deutung unterscheiden (z. B. 1= ich stimme vorbehaltlos zu, 2= ich stimme nur eingeschränkt zu). Durch diese 4-stufige Bewertungsskala wird der Beeinflussung der Ergebnisse durch subjektive Momente seitens der Befragten (z. B. Wahrnehmungsunterschiede bei Stichworten im Fragebogen) entgegengewirkt.
- F) Aufgrund der Tatsache, dass nur vier Kategorien für die Bewertung zur Verfügung stehen, gehen detaillierte Informationen – die jedoch zum Teil keinen substanziellen Unterschied aufweisen -zwingend verloren. Durch diese Reduktion trägt die 4-stufige Bewertungsskala jedoch zu einer besseren Übersichtlichkeit bei.
- G) Schließlich ermöglicht die Skala mit 4 Bewertungskategorien eine bestimmte Häufigkeitsverteilung inhaltlich besser zu interpretieren – im Gegensatz zu einer z.B. 10-stufigen Skala (Wie ist inhaltlich eine Häufigkeitsverteilung: 0-1-0-1-1-1-0-0-1-1 zu interpretieren?)

## 5.4. Befragungsergebnisse

In den folgenden Kapiteln werden Ergebnisse der Befragung präsentiert. Die Auswertung der Aussagen erfolgt nicht einzeln in der Reihenfolge des Fragebogens, sondern die Aussagen, die sich auf die gewählten Untersuchungsdimensionen beziehen (Ziele, Tätigkeitsfelder, hemmende und fördernde Faktoren), werden zusammengefasst ausgewertet. Die Präsentation der Befragungsergebnisse wird aus folgenden Elementen bestehen:

- A) Vorstellung der zu beurteilenden Aussagen;
- B) Darstellung der ermittelten Indikatoren – Häufigkeitsverteilung, Mittelwerte (MW), Standardabweichung des Mittelwertes (STA) –anhand einer tabellarischen Übersicht bzw. anhand einer Graphik.

Aufgrund der methodisch begründeten Schwierigkeiten bezüglich der Interpretation der ermittelten Werte ist hier an die Interpretationseinschränkungen zu erinnern (vgl. Kap. 5.3.3.). So indizieren die Mittelwerte unter MW=2,5 eine **tendenzielle Zustimmung** zu der jeweiligen Aussage, die Werte größer als 2,5 dann eine **tendenzielle Ablehnung**; der Wert 2,5 ist als **relative Unentschiedenheit** in der Bewertung der jeweiligen Aussagen zu deuten. Große Werte der Standardabweichung (STA größer als etwa 0,50) repräsentieren **relative Heterogenität des Antwortverhaltens**, kleinere Werte dann **relative Homogenität**.

- C) Neben den quantitativen Indikatoren werden auch einige Aussagen zitiert, die sich auf den zu bewertenden Sachverhalt auf bedeutende und typische Weise beziehen.
- D) Interpretation der präsentierten Befunde und Schlussfolgerungen.

### 5.4.1. Demographische Aspekte

Die befragten Personen, die in die Auswertung der Befragung einbezogen wurden, können nach ihren **Tätigkeitsbereichen** folgend strukturiert aufgezeigt werden:

Tätigkeitsbereiche	Regionale Zugehörigkeit			Gesamtgebiet
	Bezirk Moravskoslezsko	Bezirk Žilina	Wojewodschaft Śląskie	
Wirtschaft /-förderung	4	3	4	10
Lokale Selbstverwaltungen	13	13	14	40
Regionalpolitik, /-verwaltung	2	2	4	8
Euroregionen, regionale Vereinigungen	4	1	3	8
Regionale Entwicklung	2	2	2	6
Umweltschutz	1	2	2	5
Wissenschaft, Hochschulen	2	2	2	7
Medien	2	2	2	6
<b>Insgesamt</b>	<b>30</b>	<b>27</b>	<b>33</b>	<b>90</b>

Tab. 49: Befragtenstruktur nach Tätigkeitsbereichen

Wie es aus der tabellarischen Übersicht hervorgeht, sind die gewählten Tätigkeitsbereiche in allen drei Teilregionen annähernd gleich vertreten. Eine einzige Ausnahme bildet dabei die Kategorie Euroregionen/ regionale Kommunalvereinigungen, denn im slowakischen Teil hat sich bisher nur eine einzige Vereinigung (Region Beskydy) - im Gegensatz zu der tschechischen und der polnischen Grenzregion - herausgebildet. Bereits dieser Befund deutet auf ein mangelndes politisches Selbstbewusstsein oder auf einen mangelnden Kooperationswillen der Kommunen hin, mit einer schwachen Interessenvertretung und schlechten Durchsetzungsmöglichkeiten als deren mögliche Folgen.

Die Gültigkeit dieser These wurde auch bei den Interviews bestätigt. Die slowakischen Interviewpartner, die dazu befragt wurden, haben Nachwirkung des Zentralismus in der Denkweise der lokalen Entscheidungsträger sowie Interessenzersplitterung am häufigsten als Begründung genannt. Hier dazu ausgewählte charakteristische Aussagen:

*„Für ein wesentliches Problem (in der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit) halte ich die Tatsache, dass die Gemeinden und Städte auf eine regionale Entwicklung nicht vorbereitet sind. (...) Ich halte es für dringend notwendig, dass die Kommunen endlich begreifen, dass sie mit Aufstellung von ihren Gebietsentwicklungsplänen einen bedeutenden Beitrag zur regionalen Entwicklung zu leisten haben. Dabei muss auch ihre starke Interessenzersplitterung durch eine klare Entwicklungsstrategie, die über die Gemeindengrenze hinausgeht, ersetzt werden.“*

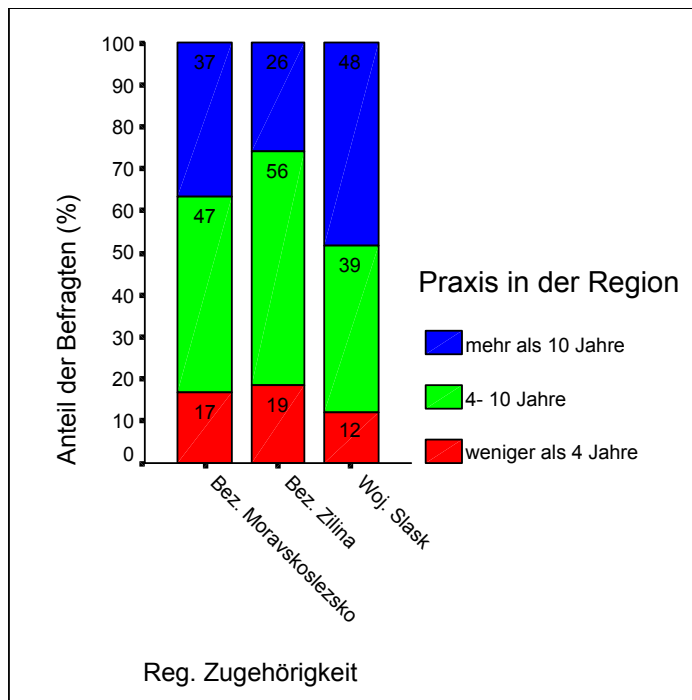
(Mitarbeiter der Regionalen Entwicklungsgesellschaft Kysuce in Čadca, SK)

*„Warum gibt es hier nur eine einzige regionale Vereinigung? Ich sehe die Ursache dafür vor allem in der Nachwirkung der stark zentralistisch geprägten Verwaltung in den Köpfen der Leute, die auf der lokalen und regionalen Ebene die Entscheidungen treffen. Man lernt die Möglichkeiten, die eine gemeinsame Initiative von Kommunen anbietet nur langsam kennen, ...ich kann mir vorstellen, dass es schwierig ist, die Mehrheit von ihrem Nutzen zu überzeugen (...) Sie (Kommunen) lobben dann bei uns oder bei der Bezirksbehörde lieber einzeln.“*

(Mitarbeiter der regionalen Selbstverwaltungsbehörde, Abt. Regionalentwicklung in Žilina, SK)

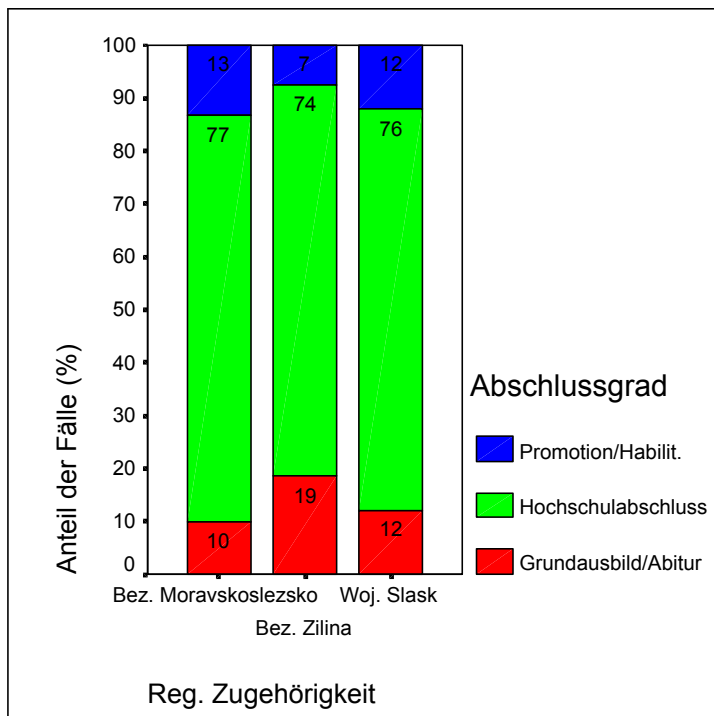
Lokale Selbstverwaltungen (Gemeinden und Städte) stellen mit insgesamt 39 Fällen, was dem Anteil von 43,3% von allen Befragten entspricht, eine in der Befragung weitgehend am stärksten vertretene Akteursfraktion dar. Der hohe Anteil der Kommunenvertreter wurde mit Absicht forciert, denn gerade lokale Selbstverwaltungen stellen aufgrund ihrer Multiplikatorenfunktion die wichtigste Akteursgruppe dar. Dieses Merkmal erlaubt deshalb keine Rückschlüsse auf eine hohe Kooperationsbereitschaft seitens der kommunalen Vertreter; diese war sehr unterschiedlich.

**Die Länge der Berufspraxis** in der untersuchten Grenzregion wurde als ein weiteres demographisches Merkmal ermittelt. Es wird angenommen, dass erst eine längere Berufspraxis in der Region durch Gewinnung von Erfahrungen und Fachkenntnissen ein besseres Einschätzungs- und Beurteilungsvermögen bei den Befragten zulässt. Die Befragten in allen drei untersuchten Grenzregionen weisen in diesem Aspekt grundsätzlich sehr ähnliche Struktur auf. Der Anteil der Auswertungskategorie „weniger als 4 Jahre“, die Berufseinsteiger und Zugezogene einschließt, ist in allen drei Teilgebieten sehr gering, wie die folgende Graphik verdeutlicht.



**Diagramm 1: Verteilung der Befragten (in %) nach Dauer der Berufspraxis in der Region**

Auch im Bezug auf das **Bildungsniveau** der Befragten wurde bei allen drei Grenzregionen - bis auf einen leicht höheren Anteil der Kategorie ‚Grundausbildung/ Abitur‘ im Bezirk Žilina - eine grundsätzlich gleiche Struktur ermittelt. Charakteristisch ist dabei der dominante Anteil von Hochschulabsolventen unter den Befragten (ca. 75%).



**Diagramm 2.: Verteilung der Befragten (in %) nach Bildungsniveau**

#### 5.4.2. Ziele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die Dimension „Ziele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ nimmt einen sehr bedeutenden Rang in der Untersuchung ein. Denn es wird unterstellt, dass es signifikante Zusammenhänge zwischen den deklarierten Zielen und den Tätigkeitsbereichen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gibt. Aus der Gewichtung der deklarierten Ziele können Rückschlüsse auf die Wahrnehmung des Stellenwertes der Zusammenarbeit und auf die Bewertung der Entwicklungsperspektiven der Kooperationen gezogen werden (vgl. Kap. 1.3.). Durch unterschiedliche Bewertung der Ziele und der betreffenden Tätigkeitsbereiche werden dann Problemaspekte verdeutlicht (*Konflikt zwischen dem Gewünschten und dem Praktikablen, dem Umsetzbaren*).

Leitende Fragen sind dabei:

- 1) Welche Ziele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden am häufigsten genannt und bei welchen fällt die Zustimmung am geringsten aus?
- 2) Werden die Ziele der GZA durch die Akteure eher wirtschaftlich, soziokulturell oder infrastrukturell motiviert?

Im Folgenden werden Ergebnisse der Auswertung von Aussagen über mögliche Zielsetzungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit präsentiert. Der Aussagenkatalog wurde anhand der Regionalanalyse (Aussagen stellen bedeutende Aspekte in der Entwicklung der untersuchten Regionen dar) erstellt, während der Interviews auf ihre Berechtigung überprüft und mit zusätzlichen Aussagen ergänzt. Anschließend wurden diese 17 Ziel-Aussagen den Akteuren bei der schriftlichen Befragung zur Beurteilung vorgelegt (vgl. Fragebogen im Anhang).

Da eine erschöpfende detaillierte Aufzählung der Antwortalternativen nicht möglich war, wurde mit einer halboffenen Kategorie „Andere Ziele? Welche?“ dem Befragten die Möglichkeit gewährt, ein spezifisches Ziel zu verbalisieren. Nur im sehr geringen Anteil (unter 3%) haben Befragte von dieser Option Gebrauch gemacht. Auch in diesen Fällen war deren Zuordnung zu einer der vorgegebenen Kategorien möglich.

#### Auswertungsergebnisse

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums in der Region.“**

Die schriftliche Befragung (Vgl. Tab. A-1 im Anhang, S. X) lässt eindeutig erkennen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als ein wichtiges Instrument zum Ankurbeln des Wirtschaftswachstums in allen drei Regionen wahrgenommen wird. In allen drei Regionen stimmten die befragten Akteure der Aussage mit einer deutlichen Mehrheit zu. Die hohe Zustimmungsbereitschaft fällt allerdings bei der tschechischen und der polnischen Grenzregion bezüglich der Zusammenarbeit mit Bezirk Žilina auffallend skeptischer aus. Die Beurteilung aus der slowakischen Seite war dagegen sehr positiv (mit mehr als 90%



stimmten ganz oder tendenziell der Aussage zu).

Die Begründung für diese Diskrepanz könnte man in der relativen wirtschaftlichen Schwäche der slowakischen Region auf der einen Seite und in dem viel intensiveren wirtschaftlichen Austausch zwischen der tschechischen und der polnischen Region auf der anderen Seite sehen. Damit wäre nachvollziehbar, dass Befragte aus den an der tschechisch-polnischen Grenze nahe gelegenen Standorten, die jedoch von der slowakischen Grenze weiter entfernt sind, sich von der bilateralen Zusammenarbeit viel mehr versprechen. Dies wollten sie in der Relation zu der slowakischen Nachbarregion noch verdeutlichen, indem sie diese Kooperationsbeziehung ‚unterbewerten‘.

Eine Bestätigung für diese Vermutung findet man in den Interviews. Während bei den Gesprächspartnern in den unmittelbar am Dreiländereck gelegenen Gemeinden eine gleich hohe Zustimmungsbereitschaft festgestellt wurde, wurde bei Gesprächen mit kommunalen Vertretern im industriell stark geprägten tschechisch-polnischen Grenzgebiet der bilateralen Zusammenarbeit CZ/PL eindeutig die Priorität gegeben. Dazu folgende Zitate:

*„Die Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen muss im wirtschaftlichen Bereich gezielt initiiert werden, dass ist die große Entwicklungschance für unsere Region. (...) Ja, sicher – die Zusammenarbeit mit Polen ist für unsere Stadt und Umgebung viel wichtiger. Die Zusammenarbeit mit den Slowaken hat uns (gemeint wird die Stadt Český Těšín) auch während der Tschechoslowakei nicht viel gebracht.“*

(Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Český Těšín, CZ)

*„Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der polnischen Nachbarregion bietet ein viel größeres Potenzial für die Entwicklung unserer Region als die Kooperation mit den Slowaken. (...) Ich spreche jetzt aber über Zukunftsmöglichkeiten, nicht über die Realität... Denn ich bin nicht der Überzeugung, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit die Wirtschaftsdynamik in unserer Region wesentlich beeinflusst – und das meine ich in Bezug auf die schlesische Wojewodschaft genauso wie in Bezug auf den Bezirk Žilina.“*

(Sachbearbeiter der Abteilung für regionale Entwicklung der Regionalbehörde Ostrava, CZ)

### **„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Verbesserung der jetzigen Wirtschaftsstruktur in der Region“**

In jedem der drei untersuchten Nachbarregionen stellt die wirtschaftliche Strukturschwäche eines der vordringlichsten Entwicklungsprobleme dar. In der tschechischen und der polnischen Region wirkt die einseitige Orientierung an Bergbau- und Schwerindustrie mit vielseitigen negativen Symptomen im ökonomischen sowie sozialen Bereich nach. Der Erfolg der Restrukturalisierungsbemühungen, die seit über 13 Jahren angestrebt werden, wird im Allgemeinen als schlüsselbedeutend für die künftige Regionalentwicklung angesehen. Im Bezirk Žilina ist die wirtschaftliche Strukturschwäche zum Teil historisch bedingt, durch den Zerfall der traditionellen Absatzmärkte für die heimische Metallverarbeitende Industrie (Waffenproduktion) hat sie sich noch vertieft. Hier sollte festgestellt werden, ob die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als mögliches Instrument zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur durch die Akteure angesehen wird.

Bei den Gesprächen zeigte sich, dass der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit diesbezüglich sehr unterschiedliche Bedeutung zugemessen wird. Während bei den

kommunalen Vertretern sowohl Zustimmung als auch Ablehnung verzeichnet wurde, standen die Vertreter der Regionalverwaltung und Wirtschaftsförderung der Aussage meist sehr skeptisch gegenüber, wie mit folgenden Zitaten zu belegen ist:

*„Ich denke schon, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur durchaus beitragen kann, eher aber dann, wenn alle drei Länder dem EU-Binnenmarkt beitreten...“*

(Bürgermeister einer grenznahen Gemeinde, CZ)

*„Ja, ich bin davon überzeugt, dass sich die nachbarschaftliche Zusammenarbeit auf die wirtschaftliche Lage in unserer Gemeinde positiv auswirken wird. Vor allem durch Stärkung des Fremdenverkehrs.“*

(Bürgermeister einer slowakischen Grenzgemeinde)

*„Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in unserer Region als Ziel der Zusammenarbeit mit der slowakischen Nachbarregion? Lassen Sie mich nachdenken...Es fällt mir momentan eher ein Risiko ein, dass das billigere slowakische Holz für unsere Holzproduktion darstellt. Also hier wird man sicherlich nicht zusammenarbeiten!“*

(Bürgermeister einer grenznahen Gemeinde, CZ)

*„Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann es (...Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) vielleicht begünstigen, Impulse durch Modelprojekte und Vernetzung der Akteure geben, aber ein wesentliches Ziel? Nein, dem kann ich nicht zustimmen. Das wäre stark überbewertet!“*

(Mitarbeiter der IHK Žilina, SK)

*„Aus allen wirtschaftlichen Bereichen entwickelt sich der Tourismussektor in unserer Region am dynamischsten – er ist der Hoffnungsträger der Regionalentwicklung. Der Anteil der Familien in der Bergregion Kysuce, deren Väter nach Verlust des Arbeitsplatzes im Ostrauer Industriegebiet und nach ihrer Arbeitslosenerfahrung jetzt in der Tourismusbranche in der Heimatregion das Zubrot verdienen können, wächst an. Viele Berggemeinden haben sich während der letzten 10 Jahren in Winterurlaubszentren entwickelt, die überregionale Bedeutung erreicht haben. (...) Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit möchten wir mit unseren tschechischen und polnischen Nachbarn an einer gemeinsamen Marketingstrategie und an den infrastrukturellen Verbesserungen zusammenarbeiten, damit die Entwicklung in der Tourismusbranche gestärkt und beschleunigt wird.“*

(Mitarbeiter der regionalen Entwicklungsgesellschaft in Žilina, SK)

Aus den Gesprächen wurde deutlich, dass die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur als wichtiges Ziel lediglich im direkten Zusammenhang mit Fremdenverkehr eingeschätzt wurde. So ist es nachvollziehbar, dass vor allem Vertreter der touristisch attraktiven Kommunen diese Aussage bestätigt haben. Die Vorbehalte der auf der regionalen Ebene agierenden Akteure und Experte belegen, dass das Potenzial der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der regionalen Strukturförderung als begrenzt eingeschätzt wird.

Während der Interviews zu Kooperationen mit polnischen Nachbarn zeigte sich bei den tschechischen Befragten deutlich, dass die hier wie dort zu bewältigenden Strukturprobleme als prinzipiell gleich und als eine Herausforderung zur Kooperation wahrgenommen werden. Bei Nennung der möglichen Maßnahmen beschränkten sie sich aber nur auf unklare Begriffe wie „Erfahrungsaustausch“ oder „gemeinsame Projekte“, ohne sie näher charakterisieren zu können.

Die Gefahr, dass die Zusammenarbeit durch eine Konkurrenzbeziehung beim Anwerben von ausländischen Investitionen, die mit der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur unvermeidlich verbunden ist, beeinträchtigt würde, wurde von den Experten nur auf

Nachfrage tendenziell bestätigt.

Im Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen dem Bezirk Moravskoslezský kraj und dem Bezirk Žilina wurde eine deutlich unterschiedliche Beurteilung dieser Aussage erfasst. Während die befragten tschechischen Akteure die Aussage nur tendenziell unterstützt haben, ohne aber ein konkretes Aktionsgebiet genannt zu haben, wurde von den slowakischen Befragten eine wesentlich intensivere Zustimmung geäußert. In allen Interviewfällen wurde dabei die Kooperation auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs genannt.

Die schriftliche Befragung (Vgl. Tab. A-2 im Anhang, S. X) zeigt, dass das Ziel der Verbesserung der jetzigen regionalen Wirtschaftsstruktur mit mehr als 73% als wesentlich beurteilt wird, es wurde keine eindeutige Ablehnung erfasst. Die sonst sehr breite Zustimmungsbereitschaft fällt im Falle der Kooperation CZ /SK bei den tschechischen Akteuren mit 63% deutlich skeptischer aus und kontrastiert somit stark mit hohen Erwartungen der slowakischen Partner (93%); der Unterschied in der Beurteilung wird auch anhand der errechneten Mittelwerte 1,8 (CZ) vers.us2,3 (SK) deutlich.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung bestätigen die regionalspezifischen Beurteilungsunterschiede, die bei den Interviews festgestellt wurden, sie deuten jedoch auf eine weit positivere Zustimmung hin als sich aus den durchgeführten Interviews ergab. Die Erklärung dafür liefert die Auswertung der Beurteilungen der Kommunenvertreter (45% aller Respondenten): Hier ergibt sich mit 85% eine breite Zustimmung (45% vorbehaltlos und 40% Zustimmung mit Einschränkung).

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Neuansiedlung von Unternehmen.“**

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Sicherung von bestehenden Unternehmen.“**

Hier sollten Beurteilungen darüber erfasst werden, welche Einstellung die befragten Akteure zur betriebenen Wirtschaftsförderungspolitik haben und welcher Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit diesbezüglich zugewiesen wird. Deshalb werden beide Aussagen im Folgenden zusammen ausgewertet.

Aus den Äußerungen der Gesprächspartner ließ sich deutlich erkennen, dass die Akteure über wenige Informationen verfügt haben. Sie konnten bezüglich der Zielsetzungen keine klare Position nehmen und eindeutige Einschätzung äußern. Es wurde deutlich, dass sie in Ihrer Berufspraxis mit solchen Fragen bisher sehr wenig konfrontiert wurden. Bei beiden Zielsetzungen wurden erhebliche Bedenken über die Richtigkeit der Aussage geäußert. Der Sicherung von bereits bestehenden Unternehmen wurde aber tendenziell größere Bedeutung zugewiesen. Als Begründung wurden am häufigsten Traditionspflege sowie größeres Vertrauen der Bevölkerung in das ‚Heimische‘ genannt. Diese Akzentsetzung wurde insbesondere bei den tschechischen Akteuren deutlich. Die Neuansiedlung von Unternehmen als ein wichtiges Kooperationsziel wurde durch die Experten abgelehnt. Als Begründung nannten sie zum einen gegenseitig konkurrierende Projekte, zum anderen legislative Hemmnisse, die beispielsweise die Gründung von grenzüberschreitenden Industriegebieten unattraktiv machen.

Hierzu folgende Statements:

*„Von der Ansiedlung von neuen – in der Regel ausländischen Unternehmen verspricht man sich oft zu viel. In den letzten 13 Jahre haben wir gelernt, dass die ausländischen Investoren in der Region nur so lange bleiben, so lange die Rahmenbedingungen für sie günstig sind, bzw. so lange sie zum Verbleiben vertraglich verpflichtet sind. Meiner Meinung sollte man die Nutzung der ‚heimischen‘ unternehmerischen Potenziale viel stärker unterstützen.“*

(Sachbearbeiter der Abt. Regionalentwicklung der Regionalbehörde Ostrava, CZ,)

*„Von solchen Zielen kann nicht die Rede sein. (...) Mit Sicherheit werden die Standortbedingungen für Investoren sowie für einheimische Unternehmen durch beispielsweise infrastrukturelle Kooperationen verbessert. Meiner Einschätzung nach wird sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der regionalen Wirtschaftsförderung erst in etwa zehn Jahren etablieren, wenn der Rechtsrahmen passt und das Verständnis für eine Kooperation bei den Akteuren gewachsen ist.. Vorrausgesetzt aber, dass es dafür eine entsprechende Förderung so lange geben wird...“*

(Mitarbeiter des Instituts für regionale Ökonomie, TU Ostrava, CZ)

*„Beide Maßnahmen sind grundsätzlich wichtig, unersetzlich... Meiner Meinung nach bleibt die Wirtschaftsförderung noch lange die Hoheitsaufgabe des Staates und der Region.“* (Sachbearbeiter der Abt. für Regionalentwicklung der Regionalbehörde in Žilina, SK)

*Wir wollen aber auch erreichen, dass die Vertreter der kleineren und mittleren Unternehmer aus den benachbarten Regionen zusammenkommen und über ihre Probleme miteinander reden. Dann geht man leichter zu gemeinsamen Lösungen über. (...) Leider wächst das Interesse für diesen Gedankenaustausch seitens der KMU nur sehr langsam an... “*

(Mitarbeiter der IHK Žilina, SK)

*„Hier wird zur Zeit nur sehr wenig gemacht, und meistens nur dort, wo man in den Genuss von EU-Fördergelder kommen kann. (...) Trotzdem halte ich Sicherung und Neuansiedlung von Unternehmen für ein wichtiges Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, dessen Bedeutung in der Zukunft wachsen wird.“*

(Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftsförderung, Ostrava, CZ)

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung (vgl. Tab. A-3, A-4 im Anhang, S. X-XI) zeigen, dass die beiden wirtschaftliche Zielsetzungen sehr deutlich unterschiedlich beurteilt wurden. Während die Sicherung der bestehenden Unternehmen als eine Zielsetzung bei der Zusammenarbeit noch eine knappe mehrheitliche Zustimmung (MW von 2,0 bis 2,5) erfahren hat, wurde das Ziel ‚Neuansiedlung von Unternehmen‘ sehr deutlich abgelehnt (MW von 2,4 bis 2,9). Bemerkenswert ist dabei, dass die Slowaken beide Zielsetzungen deutlich positiver beurteilt haben als ihre polnischen oder tschechischen Nachbarn. Als mögliche Erklärung kann die ‚Aufbruchstimmung‘ in der Slowakei nach den wirtschaftlichen Reformen gesehen werden. Grundsätzlich lässt sich aber festhalten, dass beide Ziele nicht als Prioritäten bei der Forcierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in allen drei Grenzregionen gesehen werden.

### **„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Intensivierung der gegenseitigen Handelsbeziehungen.“**

In den Beurteilungen aller befragten Akteure wurde beim Aspekt Intensivierung der Handelsbeziehungen als Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine ausnahmslos hohe Zustimmungsbereitschaft erfasst. Argumentiert wurde mit Vorteilen, die der Handel bietet, wie günstigen Produktions- und Transportkosten und deshalb günstigeren

Produktpreisen, positiven Auswirkungen auf dem regionalen Arbeitsmarkt sowie relativ niedrigeren Qualitätsansprüchen.

Die hohe Zustimmung beim Aspekt ‚Handel‘ deutet darauf hin, dass die Bedeutung der intensiven Handelsbeziehungen für die Regionalentwicklung einerseits und die Nicht-Ausnutzung der Potenziale andererseits stark wahrgenommen werden. Die Wahrnehmung der Risiken – wie beispielsweise Schäden für die heimische Regionalwirtschaft kam hingegen nicht zum Ausdruck.

Hierzu einige Aussagen:

*„Die Wirtschaft wird globaler und weltweite bzw. europaweite Handelsbeziehungen nehmen stets zu . Diese Entwicklungstendenz steht fest. Wir sollten deshalb eine Stärkung des überregionalen Handels anstreben, damit beispielsweise Produkte nicht aus Asien, sondern aus Polen importiert werden. Das Geld, die die Polen damit verdienen, können sie nachher in unseren Bergen ausgeben.“*

(Mitarbeiter der Regionalbehörde Žilina, SK)

*„Das Volumen des wirtschaftlichen Austausches mit der polnischen Nachbarregion wird nach dem Beitritt zum EU-Binnenmarkt sicherlich steigen. Deshalb haben wir vor ein paar Jahren unsere IHK-Regionalkammer Žilina um eine slowakisch-polnische Handelskammer erweitert, mit dem Ziel, die Handelsbeziehungen zu fördern und neue Möglichkeiten zu entwickeln.“*

(Mitarbeiter der IHK RK Žilina, SK)

*„Der Handel mit Polen wird in den kommenden Jahren gewiss intensiver und die Handelsstruktur wird nach dem EU-Beitritt nach Wegfall der letzten Einschränkungen vielfältiger. Die wichtigste Aufgabe der IHKs, Regionalbehörden und anderen Akteuren bei der Wirtschaftsförderung wird darin bestehen, alle Potenziale, die der Handel bietet, möglichst zu nutzen und gleichzeitig die damit verbundenen Risiken für die regionalen Strukturen zu minimalisieren. Um dies zu erreichen, wird man sehr intensiv zusammenarbeiten müssen!“*

(Mitarbeiter der IHK Ostrava, CZ)

Bei der schriftlichen Befragung (vgl. Tab. A-5 im Anhang, S. XI) hielten die Befragten die Aussage im Bezug auf die Kooperation CZ/SK und PL/SK ganz oder tendenziell für richtig, wobei der Anteil der vorbehaltlosen Zustimmungen wesentlich höher war. Nur im Kooperationsverhältnis zwischen den Tschechen und den Polen konnte ein leichter Anschein der Verunsicherung über die Richtigkeit der Aussage ermittelt werden. Bei den Kooperationen CZ/ SK und PL/ SK wurde auch eine deutlich höhere Standardabweichung als bei anderen Kooperationsbeziehungen ermittelt – ein Hinweis auf eine etwas schwierigere Urteilsfindung. Die Häufigkeitsverteilung und errechnete Mittelwerte unterstützen damit eindeutig Ergebnisse der Interviews.

Die Tatsache, dass fast keine ablehnenden Beurteilungen zu diesem Aspekt bei den Interviews sowie bei der schriftlichen Befragung erfasst worden sind, die auf Wahrnehmung einer möglichen Gefährdung eigener Position (Hier: Eigene Absatzmärkte) hingewiesen hätten, lässt sich mit eingeschränkter beruflicher Zusammensetzung der Befragten erklären. Hier fehlt die individuelle Vertretung der kleineren und mittleren Unternehmen (Handwerkerbetriebe), bei denen eine ablehnende Position bei dieser Aussage sehr wahrscheinlich zu erwarten gewesen wäre.

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Senkung der Arbeitslosenzahl in der Region“**

*„Die Senkung der Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Prioritäten für die regionale Entwicklung. Deshalb sind aus unserer Sicht nur die Kooperationsaktivitäten vertretbar, die die Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt direkt oder indirekt positiv beeinflussen.“*

(Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„Ich bezweifle, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Senkung der Arbeitslosigkeit in unserer Region wesentlich beitragen kann...und die Regionalpolitiker sind sich auch darüber im Klaren, deshalb eifern sie für die Zusammenarbeit nicht!“*

(Regionale Entwicklungsgesellschaft Ostrava, CZ)

*„Meiner Meinung nach kann man durchaus durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt herbeiführen. Die Politik sollte sich davon jedoch nicht allzuviel versprechen, da unsere Kooperationspartner in Tschechien und Polen, wo es ähnlich hohe Arbeitslosigkeit gibt, diesbezüglich genauso sensibel sind.“*

(Regionale Entwicklungsagentur Žilina, SK)

*„Nur in dem am stärksten forcierten Kooperationsbereich ‚Tourismusförderung‘ können tatsächlich viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei anderen Bereichen bin ich skeptischer...“*

(IHK Žilina, SK)

*„In unserem Dorf sind rund 25 neue Fremdenverkehr-Dienstleister in den letzten 3 Jahren gegründet worden. Wie hoffen, dass der Fremdenverkehr durch die Marketinginitiativen der Euroregion Beskydy in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen wird und noch mehr Dorfbewohner so ihr Zubrot verdienen werden können.“*

(Bürgermeister einer slowakischen Gemeinde im SK/PL Grenzgebiet)

Wie diese Zitate belegen, wurde die Senkung der Arbeitslosigkeit als wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die interviewten Experten sehr unterschiedlich beurteilt. Die Vertreter der Kommunen, die bereits positive Auswirkungen des Tourismusaufschwungs auf den lokalen Arbeitsmarkt zu spüren bekamen, versprechen sich von den Kooperationsaktivitäten eine Fortsetzung bzw. Intensivierung dieser Entwicklung. Bei den regionalen Akteuren wurde die Aussage eher mit Skepsis angenommen. Alle betonten einheitlich die Wichtigkeit der Senkung der Arbeitslosenzahl. Sie trauten der grenzüberschreitenden Kooperationen mehrheitlich mögliche positive (Neben)Effekte auf den Arbeitsmarkt zu. Zu einer Kooperation, die auf Senkung der Arbeitslosigkeit strategisch abzielt, äußerten sich jedoch ablehnend.

Die Beurteilungen der regionalen politischen Vertreter lassen vermuten, dass die angespannte Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt in allen drei Grenzregionen ein mögliches Kooperationshemmnis sein kann.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung (vgl. Tab. A-6 im Anhang, S. XI) fielen hingegen deutlich zustimmend aus. Anhand der Häufigkeitsverteilung ergibt sich erwartungsgemäß die höchste Zustimmungsbereitschaft bei den slowakischen Befragten, die im Bezug auf die Kooperation mit der tschechischen Region mit mehr als 95 % der Aussage zustimmten. Die tschechischen Akteure haben sich bezüglich der Zusammenarbeit mit der slowakischen Nachbarregion mehrheitlich ablehnend geäußert. Bei allen anderen Kooperationsperspektiven zeigt die Häufigkeitsverteilung breite Zustimmung, die bei Kooperation CZ-PL geringer wird. Die Standardabweichung ist auch sehr unterschiedlich. Mit Ausnahme von slowakischen Akteuren, erreicht sie überdurchschnittlich hohe Werte, die auf eine eher

komplizierte Urteilsfindung hindeuten.

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Ausnutzung von eigenen Wettbewerbsvorteilen.“**

Zunächst einige charakteristische Zitate zu dieser Behauptung:

*„In unserem Bezirk sind die günstigsten Rahmenbedingungen für eine dynamische Tourismusentwicklung vorhanden. Die attraktiven Landschaftsbedingungen stellen eine hervorragende Basis für diese Entwicklung dar, die niedrigeren Preise für Dienstleistungen, die sehr wahrscheinlich für längere Zeit im Vergleich zu den Preisen in unseren Nachbarregionen günstiger bleiben werden, verstärken noch unsere vorteilhafte Ausgangslage. Wir müssen uns aber sehr darum bemühen, die Qualität und Komplexität der Dienstleistungen zu erhöhen, damit unser großes Wettbewerbspotenzial ausnutzt werden kann“*

(Regionale Entwicklungsagentur Žilina, SK)

*„Natürlich müssen wir stets bemüht sein, unsere Standort- und Wettbewerbsvorteile auszunutzen! Aber das heißt nicht, dass das nur auf Kosten der Kooperationspartner geschehen muss. Ideal ist es, wenn die beteiligten Partner einen Wettbewerbsvorteil besitzen und durch die Zusammenarbeit es gelingt, eigene Defizite zu eliminieren.“*

(Regionale Entwicklungsgesellschaft Ostrava, CZ)

*„Ja, der Aussage kann ich nur zustimmen. Anders hätte eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auch keinen Sinn!“*

(Regionalentwicklung, Regionalbehörde Žilina, SK)

*„Ich kann der Aussage nur zustimmen, solange man im wirtschaftlichen Bereich bleibt. Bei der Zusammenarbeit in den Bereichen Sport und Kultur gilt dies sicherlich nicht!“*

(Bürgermeister einer slowakischen Grenzgemeinde)

Die Interviews ergaben, dass die Gesprächspartner die Ausnutzung von eigenen Wettbewerbsvorteilen für ein wichtiges Ziel der Zusammenarbeit halten, wenn sie sie in der wirtschaftlichen Dimension betrachtet haben. Gesprächspartner, die auch nicht-wirtschaftliche Kooperationsbereiche in Betracht gezogen haben, haben Geltung der Behauptung in ihren Beurteilungen deutlich eingeschränkt ausgedrückt.

Es kann somit bei der Auswertung der schriftlichen Befragung (Vgl. Tab. A-7 im Anhang, S. XI) unterstellt werden: Je größer wird die Zustimmungsbereitschaft, desto häufiger werden die Kooperationsziele nur auf die wirtschaftliche Dimension in der Wahrnehmung der Akteure beschränkt. Auf diese Grundlage lässt sich die sehr hohe Zustimmungsbereitschaft, die bei den slowakischen Befragten bezüglich der Kooperation mit CZ (93%) sowie PL (96%) ermittelt wurde, erklären.

Bei den anderen Kooperationsperspektiven zeichnet sich zwar breite Zustimmung ab, der Anteil der Beurteilungen mit Vorbehalt (trifft eher zu / trifft eher nicht zu) ist jedoch dominant. Die Tatsache, dass die ablehnende Bewertungskategorie ‚trifft gar nicht zu‘ nur sehr geringfügig in Anspruch genommen wurde, zeigt, dass der Aspekt der wirtschaftlich motivierten Zusammenarbeit bei der Beurteilung stets Berücksichtigung gefunden hat.

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Ausschaltung**

### **des unnötigen Wettbewerbs.“**

Zu dieser Aussage haben sich die Gesprächspartner folgend geäußert:

*„Das Risiko einer Missstimmung, die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit verhindern könnte, ist da. Ich halte deshalb gewisse Schutzmaßnahmen für unentbehrlich...“*

(Sachbearbeiter in der Abt. für Regionalentwicklung, Regionalbehörde Žilina, SK)

*„Nachdem die Slowakische Republik, Tschechien und Polen der EU beitreten, werden wir uns alle auf dem europäischen Binnenmarkt dem Wettbewerb stellen müssen. Ich denke, die Politik muss schleunigst umdenken – statt an Schutzmaßnahmen zu denken, sollte sie bessere Wirtschaftsförderung betreiben! (...) Damit will ich aber nicht sagen, das die Ausschaltung des unnötigen Wettbewerbs Ziel der Kooperation werden sollte, als Nebeneffekt ist es jedoch unvermeidlich...“* (IHK Žilina, SK)

*„Nein, der Behauptung stimme ich keinesfalls zu. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeitsplätze zu sichern... Eine solche Zusammenarbeit würden wir nicht unterstützen...“* (Regionalentwicklung, Regionalbehörde Ostrava, CZ)

Wie es schon durch die vorangegangenen Zitate skizziert wurde und durch die Ergebnisse der schriftlichen Befragung (Vgl. Tab. A-8 im Anhang, S. XI) auch bestätigt wurde, findet die Ausschaltung des unnötigen Wettbewerbs als Zielsetzung bei den Akteuren in allen drei Regionen keine mehrheitliche Unterstützung. Die Befragten lehnen die Behauptung mit mehr als 70% ab. Die Häufigkeitsverteilung weist bei allen Kooperationsbeziehungen grundsätzlich ähnliche Aufteilung auf; die Intensität der Ablehnungsbereitschaft ist in allen Kooperationsbezügen relativ homogen (MW 2,9 – 3,1).

### **„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Erschließung neuer Märkte.“**

Bei den Gesprächen zeigten die Äußerungen der Interviewpartner deutlich, dass man allgemein einerseits Erschließung neuer Märkte für wichtige Zielsetzung hält, andererseits hat man jedoch Zweifel an seiner Umsetzung.

Die befragten tschechischen und slowakischen Akteure sahen dabei etwa bessere Chancen für Erschließung neuer Märkte in der Kooperation mit Polen als in der tschechisch-slowakischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, in der die Märkte nach mehr als 75 Jahren eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes, der auch nach der Trennung der Föderation in Form einer Zollunion fortgesetzt wurde, bereits weitgehend erschlossen sind.

Hierzu folgende Zitate:

*„Jedes Unternehmen versucht sicherlich neue Märkte im Nachbarland zu erschließen, ich halte dies jedoch für sehr schwer umsetzbar. (...) Wenn wir uns mit unseren Kollegen aus Polen oder der Slowakei auf einer Messe treffen, dann wir von allen Seiten gejamert, wie schwer es ist, Lieferungsaufträge zu erwerben. Ganz kritisch sieht es in der Metallproduktion und -verarbeitung aus – alle suchen in der EU nach neuen Absatzmärkten, damit sie die Fabrik nicht dicht machen müssen, ...oft und immer öfter vergeblich – wir sind für die EU inzwischen zu teuer geworden.“* (IHK Ostrava, CZ)

*„In Polen sehe ich vielleicht eine reale Chance, bestimmte Produktgruppen wegen niedrigerer Produktionskosten in größerem Volumen absetzen zu können, bezüglich der Handelsbeziehungen mit der Tschechischen Republik halte ich diese Zielsetzung für illusorisch...“* (IHK Žilina, SK)



Im Gegensatz zu den Interviews ergibt die schriftliche Befragung (Vgl. Tab. A-9 im Anhang, S. XII) eine breite Zustimmung. Die Häufigkeitsverteilung zeigt, dass die Befragten die Zielsetzung ‚Erschließung neuer Märkte‘ in allen Kooperationsbeziehungen mit mehr als 75 % für ganz oder tendenziell richtig halten. Auch die ablehnende Beurteilung im Falle der tschechisch-slowakischen Kooperation, die bei den Gesprächen deutlich ausgedrückt wurde, konnte durch die Ergebnisse der schriftlichen Befragung nicht bestätigt werden.

Die größte Zustimmungsbereitschaft wurde bei den slowakischen Befragten festgestellt und zwar sowohl bezüglich Tschechiens als auch bezüglich der polnischen Nachbarregion. Als mögliche Begründung für die Aufbruchstimmung der Slowaken bieten sich vergleichsweise niedrige Lohnkosten und die mit der Steuerreform 2003 in der Slowakei eingeführten günstigeren Steuersätze an.

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Verbesserung technischer Infrastruktur.“**

Hierzu folgende Zitate:

*„Der Zustand der technischen Infrastruktur in diesem Dreiländereck war im Vergleich zu den Grenzgebieten im Bereich des Eisernen Vorhangs seit jeher besser. Im tschechisch-polnischen Grenzgebiet besitzt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Planung der technischen Infrastruktur aufgrund der dichten Besiedlung und hohen Konzentration von Industrieanlagen in unmittelbarer Grenznähe wesentlich größeren Stellenwert als im dicht bewaldeten bergigen tschechisch-slowakischen Grenzgebiet.“*

(Hochschullehrer, Technische Universität Ostrava, CZ)

*„Bis auf Einzelfälle halte ich die Verbesserung technischer Infrastruktur für kein prioritäres Ziel bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Das prioritäre Ziel sind meiner Meinung nach Verkehrswege, damit der Austausch nicht ins Stocken gerät oder gar stattfinden kann.“*

(IHK Žilina, SK)

*„Die Verbesserung der technischen Infrastruktur ist eine der wichtigsten Zielsetzungen für die meisten Gemeinden im Grenzgebiet. Am häufigsten geht es um Renovierung der Trinkwasserversorgung. Die meisten Berggemeinden, vor allem im tschechisch-slowakischen Grenzgebiet, verfügen über kein Gasversorgungsnetz, durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen wird die Luftqualität in den Bergtälern insbesondere in den touristisch starken Wintermonaten sehr beeinträchtigt. Also der Handlungsbedarf ist sicherlich groß, die Rolle der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei Realisation solcher Vorhaben ist jedoch – meiner Meinung nach – eher gering.“*

(Regionale Entwicklungsagentur Ostrava, CZ)

*„Nein, ich würde mit dem Wojt aus der polnischen Nachbargemeinde keine Rücksprache halten, wenn wir in unserem Dorf endlich eine Gasleitung verlegten. Warum auch? Zwischen unseren Kirchen liegen doch Berge und mehrere hundert Hektar Wald...“* (Bürgermeister einer Grenzgemeinde, SK)

Wie die bereits angeführten Aussagen exemplarisch darstellen, konnte keine allgemein geltende Bestätigung oder Ablehnung der Zielsetzung bei den Gesprächen mit den tschechischen und slowakischen Akteuren ermittelt werden. Das Wahrnehmungsbild fiel aber tendenziell skeptisch aus. Die Bedeutung der Verbesserung der technischen Infrastruktur wurde zwar bestätigt, der Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei deren Realisierung wurde jedoch deutlich angezweifelt. Begründet wurde diese Ansicht mit stark gegliedertem Georelief, das solche Vorhaben an weiten

Grenzabschnitten technisch als nicht machbar erscheinen lässt. Größeren Mehrwert wurde der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an der tschechisch-polnischen Grenze zugewiesen, wie an der Aussage des Hochschullehrers aus Ostrava ersichtlich.

In der schriftlichen Befragung (vgl. Tab. A-10 im Anhang, S. XII) haben die Teilnehmer die Bedeutung der Verbesserung der technischen Infrastruktur als wesentliches Ziel hingegen mehrheitlich deutlich bestätigt. Unter den einzelnen Kooperationsperspektiven wurde lediglich bei den tschechischen Akteuren bezüglich der Kooperation mit den slowakischen Nachbarn eine deutliche Verunsicherung festgestellt – nur die Hälfte der tschechischen Akteure hielt die Aussage für richtig. Die ausgeglichene Beurteilung in diesem Fall kommt auch durch den Mittelwert von 2,4 zum Ausdruck. Dass die Standardabweichung in allen Kooperationsbeziehungen einen überdurchschnittlich hohen Wert (STA = 0,9) erreichte, lässt darauf schließen, dass große Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Akteuren bestehen.

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.“**

Zu diesem Aspekt zunächst folgende Zitate:

*„Ich stimme der Aussage völlig zu. Funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung für jegliche Regionalentwicklung. Und eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur kann man im Grenzgebiet nur bauen, indem man die Planung zusammen macht und auch bei der Realisation kooperiert.“* (IHK Žilina, SK)

*„Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ist als eine der höchsten Prioritäten im Entwicklungsplan der Region Moravskoslezský kraj eingestuft. Den infrastrukturellen Vorhaben an der Grenze zu Polen wird dabei größere Bedeutung beigemessen.“* (Regionalentwicklung, Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„Völlig richtig... Unser Ziel ist aber, dass man nicht nur die Fernverkehrinfrastruktur aufbaut, sondern auch viele heruntergekommene lokale grenzüberschreitende Straßenverbindungen und Feldwege renoviert, denn diese stellen im Alltag der Lokalbevölkerung an der tschechisch-polnischen Grenze ein großes Hindernis.“* (Euroregion Těšínské Slezsko)

Im Gegensatz zu der vorherigen Aussage (Verbesserung der technischen Infrastruktur) haben die tschechischen und slowakischen Gesprächspartner ausnahmslos bestätigt, dass die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur als wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wahrgenommen wird. Die Notwendigkeit, bei der Lösung von verkehrsinfrastrukturellen Problemen in den Grenzgebieten grenzüberschreitend zu kooperieren, wurde von den Befragten stark reflektiert.

Die Auswertung der schriftlichen Befragung (Vgl. Tab. A-11 im Anhang, S. XII) brachte eine eindeutige Bestätigung des in den Gesprächen skizzierten Wahrnehmungsbildes. In mehr als 80% der Fälle haben die Respondenten die Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur als wesentliche Zielsetzung in allen Kooperationskategorien beurteilt. Bei der Analyse von regionalspezifischen Beurteilungsdifferenzen wird erkennbar, dass die größte Zustimmung (100%, MW = 1,2) bei den slowakischen Befragten hinsichtlich der Kooperation mit Polen ausgesprochen wurde. Hier wurde auch eine sehr niedrige Standardabweichung ermittelt, die auf eine homogene Urteilsfindung hindeutet. Zum Ziel ‚Verbesserung der

Verkehrsinfrastruktur' fiel wiederum die Zustimmung von Seite der tschechischen Akteure bezüglich der Kooperation mit der Slowakei am geringsten aus.

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Verbesserung der Umweltsituation in der Region“**

Während die tschechischen Interviewpartner in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Polen die Verbesserung der Umweltsituation als wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bestätigt haben, lehnten die slowakischen Befragten diese Zielsetzung deutlich ab. Die Begründung für diese differente Bewertung ist in der unterschiedlichen Umweltqualität zu finden, wie ausgewählte Zitate belegen:

*„Aus der historisch bedingten hohen Umweltbelastung im Kohle- und Schwerindustrievier beiderseits der tschechisch-polnischen Grenze ergibt sich für uns die Notwendigkeit, auch im Bereich der Umwelt mit zuständigen polnischen Dienststellen zusammenzuarbeiten. Denn Umweltbelastungen bleiben nur selten dort, wo sie entstehen. Aufgrund der Windrichtungen und der Flussläufe leiden unter ihnen mehr unsere polnischen Nachbarn. Hier wäre eine Zusammenarbeit in anderen Bereichen ohne Kooperation und Entgegenkommen bei Beseitigung von Umweltschäden auch nicht möglich.“*

(Regionalentwicklung, Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„Es gibt keine größere Umweltprobleme in unserem Bezirk, die grenzüberschreitend gelöst werden müssten.“* (Regionalentwicklung, Regionalbehörde Žilina, SK)

*„Die Umweltsituation ist in unserem Region sehr gut, von daher sehe ich keinen Anlass, eine Zusammenarbeit in diesem Bereich zu betreiben.“* (IHK Žilina, SK)

Die schriftliche Befragung (Vgl. Tab. A-12 im Anhang, S. XII) bestätigte die unterschiedliche Bewertung der Zielsetzung ‚Verbesserung der Umweltsituation‘: Nur bezüglich der Zusammenarbeit CZ/PL haben beide Akteurseiten der Aussage mehrheitlich (mit 83% resp. 94%) zugestimmt. Bei allen anderen Kooperationsbeziehungen wurde die Richtigkeit dieser Aussage deutlich bezweifelt.

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Bekämpfung der Kriminalität in der Region.“**

*„Die Kriminalität ist in unserer Grenzregion nicht wesentlich größer als in anderen Regionen im Land. Von daher sehe ich keinen besonderen Anlass, Akzente gerade bei der Bekämpfung von Kriminalität zu setzen. Aber klar ist, dass man auch in diesem Bereich verstärkt miteinander kooperieren muss, wenn die Grenzen durchlässiger werden.“*

(Abt. für Regionalentwicklung, Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„Es ist notwendig, gerade bei der Grenzschutzsicherung miteinander zu kooperieren, damit die Grenzen eben durchlässig bleiben. Die Beibehaltung der offenen Grenze zu Tschechien ist für die Grenzgemeinden sehr wichtig.“*

(Bürgermeister einer grenznahen Gemeinde, SK)

*„Natürlich halte ich die Zusammenarbeit der Grenzschutzpolizei mit Kollegen in den benachbarten Regionen für notwendig. Und an dieser Notwendigkeit ändert auch der bevorstehende EU-Beitritt nichts... Wenn man aber die Kriminalität bekämpfen will, indem man die Grenzkontrollen verstärkt und irgendwelche Einschränkungen für den Grenzverkehr ausruft, dann halte ich das im Endeffekt für kontraproduktiv.“* (Regionale Entwicklungsagentur Žilina, SK)

Diese Zitate veranschaulichen die differenzierten Positionen, die die Gesprächspartner zu diesem Thema bezogen haben. Einige der befragten Experten sahen die Bekämpfung der Kriminalität als wichtige Zielsetzung, damit die Durchlässigkeit der Grenzen bis zum Beitritt dem Schengen-Abkommen nicht eingeschränkt werden muss. Besonders häufig haben die Kommunalpolitiker diese Ansicht vertreten, denn die Personenfreizügigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Tourismusförderung. Andere Gesprächspartner waren von der Bedeutung der Zielsetzung nicht ganz überzeugt. Sie argumentierten am häufigsten damit, die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Ziele seien wichtiger oder die Kriminalität weise keine steigende Tendenz auf und sei auch nicht wesentlich höher als in anderen Regionen. In Bezug auf das Problem der illegalen Migration wurde oft die Einschätzung geäußert, das Problem werde sich durch ‚Einzementierung der neuen EU-Ostaußengrenze‘ in Kürze von sich selbst lösen.

Die **schriftliche Befragung** (Vgl. Tab. A-13 im Anhang, S. XII) brachte kein eindeutiges Ergebnis. Aus der Häufigkeitsverteilung ist erkennbar, dass die Respondenten mehrheitlich der Auffassung waren, die Bekämpfung der Kriminalität sei ein wichtiges Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sei. Durch die errechneten Mittelwerte wird aber deutlich, dass die Zustimmung lediglich tendenziell (MW= 1,83 bis 2,31), in der Kooperationsbeziehung CZ-PL sogar knapp negativ (MW= 2,58 resp. 2,62) ausgefallen war. Die hohen Werte der Standardabweichung (STA = 0,7 bis 0,9) zeigen, dass die Urteilsfindung heterogen war.

Die deutlichen Bewertungsunterschiede bei der schriftlichen Befragung machen deutlich, dass der Kriminalitätsbekämpfung als Kooperationsziel eine Handlungspriorität wahrscheinlich nicht eingeräumt wird. Die sehr stark differenzierte Beurteilung der tschechischen Akteure bezüglich der Kooperation mit polnischen (MW= 2,62) und slowakischen (MW= 1,83) Nachbarn ist wahrscheinlich auf die Auswirkung der derzeitigen politischen Diskussionen über die Notwendigkeit der Verschärfung des Grenzregimes an der tschechisch-slowakischen Grenze und die möglichen Folgen zurückzuführen (vgl. Kap. 4.5.2.).

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Verbesserung der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der europäischen Integration.“**

Während Cramer (1995) in seiner Untersuchung im deutschen Grenzgebiet an der deutsch-niederländischen Grenze festgestellt hat, dass „die Verbesserung der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der europäischen Einigung mehrheitlich nicht als wichtiges Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit angesehen wird“<sup>59</sup>, ließen politische Ereignisse und Diskussionen, die zum Zeitpunkt der Untersuchung in Tschechien, Polen und der Slowakei geführt wurden, bei dieser Zielsetzung einen höheren Stellenwert im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum vermuten.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen und intensiv geführte Diskussionen vor den in allen drei Staaten abgehaltenen Volksabstimmungen über den EU-Beitritt haben die

---

<sup>59</sup> Cramer, M. (1995), S.158f.

Einstellung der Bevölkerung gegenüber der europäischen Integration stark polarisiert. Insbesondere im tschechischen Bezirk Moravskoslezský kraj und in der polnischen Wojewodschaft Schlesien, hat der Anteil der ‚Euroskeptiker‘ und der entschlossenen Integrationsgegner erheblich zugenommen. Das wichtigste Motiv waren Befürchtungen um den Niedergang der vom Staat bisher stark subventionierten Industriezweige, vor allem Bergbau, Stahl- und metallverarbeitende Industrie, und infolge dessen ein weiterer Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit<sup>60</sup>.

In den Interviews haben die Gesprächsteilnehmer aus allen Tätigkeitsfeldern die Bedeutung der Verbesserung der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der EU-Integration hervorgehoben. Die Befragten haben deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als ein Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses wahrnehmen. Durch sie sollen die Chancen, die die EU-Integration bietet, exemplarisch dokumentiert werden und die Einstellung der Bevölkerung demgegenüber positiv beeinflussen. Mit folgenden ausgewählten Zitaten werden die am häufigsten genannten Motive aufgezeigt:

- Stärkung der Kooperationsbereitschaft als Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft

*„Ich stimme der Behauptung völlig zu. Wenn wir nicht in der Lage wären, zusammen mit den polnischen Nachbarn zu kooperieren, wären wir meiner Meinung nach auch zu einer Zusammenarbeit in der EU nicht fähig.“*

(Vertreter der tschechisch-polnischen Euroregion ‚Těšínské Slezsko‘, Třinec, CZ)

- Sensibilisierung der regionalen Akteure bezüglich der EU und des Kenntniserwerbs über sie

*„Die Tatsache, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch das Instrument der Beitrittsbeihilfe PHARE in den Beitrittsländern gefördert wird, ist selbstverständlich kein Zufall, sondern Bestandteil einer komplexen Heranführungsstrategie, die die Beitrittsländer integrationsfähig machen soll. Die Integrationsfähigkeit setzt meiner Auffassung nach nicht nur diesbezüglich positive Einstellung der Bevölkerung, sondern zwingend auch Kenntnisse über EU-Institutionen und Entscheidungsprozesse bei den Akteuren in der Grenzregion und deren Erfahrung mit Anwendung von regionalpolitischen Instrumenten der EU voraus.“*

(Ministerium für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik, Abt. EU-Integration, Praha, CZ)

- Vorbeugung vor nationalistischen Strömungen

*„Dieser Aspekt darf sicherlich nicht unterschätzt werden – gerade im Bezirk Žilina, im Hochburg der slowakischen Nationalisten. Meiner Meinung nach muss dieses Ziel verstärkt verfolgt werden, sonst kann es passieren, dass man die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wieder verlernt, sobald die EU-Gelder ausgehen.“*

(Hochschullehrer, Technische Universität Žilina, SK)

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung (Vgl. Tab. A-14 im Anhang, S. XIII) bestätigen eindeutig das durch die Interviews ermittelte Wahrnehmungsbild der tschechischen und slowakischen Akteure. Die Häufigkeitsverteilung verdeutlicht eine breite Zustimmung zu der fraglichen Aussage: Rund 80% oder mehr der Befragten bei einzelnen

---

<sup>60</sup> Tageszeitung Právo (CZ), online-Ausgaben vom 15.03. und vom 26.04.2003. Abrufbar unter: <http://www.pravo.cz/archiv>

Kooperationskategorien bestätigen die Bedeutung dieser Zielsetzung, keiner von ihnen machte von der Bewertungsoption 4 = ‚trifft sicherlich nicht zu‘ Gebrauch. Die Werte der Standardabweichung fallen durchschnittlich und untereinander sehr ausgeglichen aus, erlauben deshalb keine inhaltliche Interpretation.

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen.“**

Mit dieser Aussage sollte untersucht werden, ob und mit welcher Intensität der Mehrwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum im Bereich der Völkerverständigung und der zwischenmenschlichen Beziehungen von den Akteuren wahrgenommen wird. Hohe Zustimmungsbereitschaft würde auf das Vorhandensein eines Problempotenzials in diesem Bereich hindeuten.

Bei den Gesprächen mit den tschechischen und slowakischen Akteuren wurden Positionen ermittelt, die mit folgenden Zitaten dargestellt werden können:

*„Es stimmt zwar sicherlich, dass es im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum keine latente oder gar offene Feindseligkeiten zwischen den benachbarten Bevölkerungskreisen gibt, wie dies auf dem Balkan häufig der Fall ist. Dennoch halte ich Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen für sehr wichtige Zielsetzung, weil man damit die beste Vorbeugung gegen Entstehung von solchen Problemen macht.“*

(Regionale Entwicklungsgesellschaft Žilina, SK)

*„Ich stimme der Aussage völlig zu. Die Leute beiderseits der Grenze müssen miteinander reden, gemeinsame Projekte in allen möglichen Lebensbereichen machen.... Denn wenn sie das nicht zusammen machen, dann entfremden sie sich. Ich weiß, wovon ich spreche. Verstehen Sie meine Aussage als Warnung für die tschechisch-slowakische Entwicklung!“*

(Vertreter der tschechisch-polnischen Euroregion Těšínské Slezsko-Slask Cieszynski, Třinec, CZ)

*„Ich behaupte nicht, dass die zwischenmenschlichen Beziehungen nicht unwichtig sind. Im Gegenteil... Sie stellen aber sicherlich kein Hindernis oder Risiko für die Zusammenarbeit dar... Oder anders: Wenn die Leute miteinander nicht kooperieren wollen, dann nur deshalb, weil sie über den Mehrwert der Zusammenarbeit nicht überzeugt sind und gar nicht deshalb, weil sie sich nicht leiden oder trauen. Ich plädiere deshalb dafür, dass die Wahrnehmung von Möglichkeiten, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bietet, sich nicht nur auf Einrichtung von Kultur- und Begegnungszentren oder gemeinsamen Bibliotheken beschränkt. Diese Projekte lassen sich zwar leichter mit den EU-Fördergeldern bezahlen, aber wirtschaftliche Zusammenarbeit ist für die regionale Entwicklung viel wichtiger.“*

(IHK Žilina, SK)

Bei den Gesprächen äußerten sich alle Befragten zu dieser Zielsetzung gegenüber zustimmend. Bei den tschechischen Akteuren an den der tschechisch-polnischen Grenze nahe gelegenen Standorten wurde deutlich stärkere Akzentsetzung festgestellt, alle slowakischen Akteure und die tschechischen Akteure (Kommunenvertreter) von der CZ/SK-Grenze haben der Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen als wesentliche Zielsetzung eher nur tendenziell zugestimmt.

Die Auswertung der schriftlichen Befragung (vgl. Tab. A-15 im Anhang, S.XIII) bringt das

gleiche Wahrnehmungsbild und bestätigt dadurch die Ergebnisse der Interviews. Etwa 90% aller Befragten haben der Aussage zugestimmt, nur 4 Befragte haben die Aussage entschlossen abgelehnt. Allgemein breite Zustimmung bekräftigen auch die Mittelwerte, die die Werte von 1,3 bis 1,9 erreichen. Bei der tschechisch-polnischen Zusammenarbeit wurde auf beiden Seiten die größte Zustimmung festgestellt. Bei Analyse der Urteilsfindung von tschechischen und polnischen Akteuren wird unterschiedliche Gewichtung bezüglich der zwei möglichen Kooperationsperspektiven deutlich: Während die Beurteilung der tschechischen Befragten hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Polen einen Mittelwert von 1,3 ergab, lag der Mittelwert bezüglich der Zusammenarbeit mit SK nur bei 1,7; Bei Beurteilung der polnischen Akteure ergibt sich ein ähnlich deutlicher Unterschied von 1,6 (für Zusammenarbeit mit CZ) und 1,9 (in Bezug auf SK).

Diese bei den Interviews sowie bei der schriftlichen Befragung unterschiedlich ausfallende Gewichtung der Beurteilungen der tschechischen und der polnischen Befragten gibt ein Indiz für potenzielle Schwierigkeiten in den benachbarten tschechischen und polnischen Bevölkerungskreisen. Diese Frage wird noch bei der Aussage Nr. x näher eingegangen.

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Verbesserung des Angebots an Kultur- und Sportveranstaltungen in den grenznahen Dörfern und Städten.“**

Hierzu zuerst die typischen Aussagen:

*„Natürlich wollen wir unsere periphere Lage aufbessern. Ich halte diese Zielsetzung für sehr wichtig. Weniger aber wegen der Bedürfnisse der Dorfbewohner, viel mehr versprechen wir uns von solchen Kultur- und Sportveranstaltungen, dass dadurch die Attraktivität unserer Mikroregion für die Touristen steigt.“* (Bürgermeister einer Grenzgemeinde, SK)

*„O.K., ein legitimes Ziel... Aus regionalplanerischer Sicht muss ich aber sagen, dass es wichtigere Ziele gibt.“* (Regionalentwicklung, Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„Ich kann es verstehen, dass auch solche Zielsetzungen als wichtig erscheinen mögen, das sollte uns jedoch nicht von den tatsächlichen Schlüsselproblemen ablenken lassen.“* (IHK Ostrava, CZ)

Wie bereits vorgestellte Aussagen dokumentieren, äußerten sich die alle Befragten zu dieser Zielsetzung tendenziell zustimmend. Bei der Prioritätensetzung wurde aber eine deutliche Differenz deutlich: Während die Vertreter der Kommunen diese Zielsetzung für sehr wichtig hielten, haben andere regionalen Akteure eindeutig anderen Zielen höheren Stellenwert zugewiesen.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung (Vgl. Tabelle A-16 im Anhang, S. XIV) geben eine breite Zustimmungsbereitschaft zu dieser Zielsetzung wieder. Die Häufigkeitsverteilungen und errechnete Mittelwerte unterscheiden sich bei den einzelnen Kooperationsperspektiven nur unwesentlich und sprechen damit für ein gleiches Wahrnehmungsbild. Im Unterschied zu den Interviews stellt man bei der schriftlichen Befragung viel stärkere Vertretung der vorbehaltlosen Zustimmungen fest.

Die durch die Interviews gewonnenen Erkenntnisse lassen vermuten, dass der dominante Anteil der vorbehaltlosen Zustimmungen bei der schriftlichen Befragung auf die Kommunen zurückzuführen ist, die mit rund mit einem Drittel die größte Akteurgruppe in der Befragung

war. Durch eine kommunenspezifische Auswertung dieser Zielsetzung wurde diese Vermutung bestätigt: Rund drei Viertel der Kommunenvertreter stimmten der Aussage vorbehaltlos zu.

Die Untersuchung hat somit bestätigt, dass die Verbesserung des Angebots an Kultur- und Sportveranstaltungen in den grenznahen Gemeinden und Städten insgesamt als eine wichtige Zielsetzung der Kooperation wahrgenommen wird. Für die Kommunen und Euroregionen ist diese Zielsetzung eine deutliche Priorität.

**„Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist die Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen.“**

Die Vorbeugung und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen in Grenzgebieten gehören den Tätigkeitsbereichen an, in denen im Informationsaustausch und bei Koordinierung von Maßnahmen intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefordert wird. Dies ergibt sich natürlich daraus, dass die in Frage kommenden Naturkatastrophen (Waldbrände, Überflutungen, Schneelawinen und Erdbeben) sich durch administrative Grenzen keinesfalls bändigen lassen. Zum anderen ist die Bewältigung von Naturgewaltkatastrophen durch eine Vielzahl an beteiligten Akteuren (horizontale Struktur) gekennzeichnet. Damit wird die Koordinierung zwischen den Feuerwehr-, Polizei-, Rettungs- und bzw. den Militäreinheiten, Wetterdiensten, zuständigen Gebietsverwaltungen gefordert. Ein wichtiges Thema bei Naturgewaltkatastrophen in den Grenzgebieten, die ein sehr oft stark gegliedertes und schlecht zugängliches Terrain aufweisen, sind Absprachen zwischen den zuständigen Behörden über die Maßnahmenführung von der anderen Seite der Grenze, falls die Maßnahmendurchführung von dort schneller und effizienter möglich ist. Dass die Zusammenarbeit solcher Art jedoch ein ‚High-End‘ unter den Kooperationsaktivitäten darstellt, belegt die Aussage eines Mitarbeiters der deutsch-niederländischen ‚Euroregio‘:

*„Große Defizite sehe ich vor allem in der Kooperation bei der Feuerwehr, bei Rettungsdiensten und Krankenhäusern. Und deshalb sage ich.... Was kann man dort (gemeint: tschechisch-polnisch-slowakischer Grenzraum) von denen erwarten, wenn das auch bei uns nach 45 Jahren Bestehen der Euroregio nicht funktioniert...“* (Vertreter der ‚Euroregio‘, Gronau, Deutschland)

Bei den Gesprächen mit den tschechischen und slowakischen regionalen Akteuren zeichnete sich zum Thema ‚Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen als wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit‘ allgemein breite Zustimmung. Bei den Akteuren im polnisch-tschechischen Grenzgebiet wurde dennoch deutlich größere Sensibilisierung zu diesem Problem festgestellt. Während die tschechischen Akteure diese Zielsetzung überwiegend als sehr bedeutend angesehen haben, hielten slowakische Gesprächspartner sie ‚nur‘ für wichtig, ohne eine Priorität der Zielsetzung unter den Kooperationszielen einzuräumen.

Diese Wahrnehmungsdifferenz ist mit Sicherheit auf die Überflutung von 2001 an der oberen Oder zurückzuführen, während die Akteure im polnisch-slowakischen sowie im slowakisch-tschechischen Grenzgebiet glücklicherweise noch keine Naturkatastrophe zu bewältigen hatten.

Mit folgenden Zitaten lassen sich typische Positionen, die von den Gesprächsteilnehmern bezogen wurden, charakterisieren:

*„Spätestens jetzt, nach der katastrophalen Oder-Flut von 2001, ist den Entscheidungsträgern in der*



*Region bewusst, dass solche Naturkatastrophen kommen und kommen werden und dass man auf sie vorbereitet sein muss. Es hat sich auch deutlich gezeigt, und Leute dort drüben (in Polen) werden das Ihnen bestätigen, dass das immer schlecht ausgeht, wenn man die Maßnahmen nicht grenzüberschreitend koordiniert.“*

(Bürgermeister einer Gemeinde (CZ) im tschechisch-polnischen Grenzgebiet)

*„Ja, das ist völlig richtig. Im Informationsaustausch zwischen verschiedenen Dienststellen in unserer Region und drüben sehe ich noch erhebliche Defizite.“* (Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„Ja sicher, Naturkatastrophen machen an der Grenze keinen Halt. Man muss dagegen gemeinsam vorgehen. Aber ich denke nicht, dass dies allgemeingültig das wesentliche Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist, denn der Katastrophenschutz und deren Bekämpfung liegt im Aufgabenbereich der Regionalbehörde bzw. der Kommunen. Wenn die Leute der Aufgabe nachgehen, dann reicht es auch.“* (IHK Žilina, SK)

*„Prinzipiell stimme ich der Aussage zu, ich halte es aber nicht für die wichtigste Zielsetzung.“*

(Regionale Entwicklungsagentur Žilina, SK)

*„Das ist mit Sicherheit ein sehr wichtiges Ziel, man darf jedoch in diesem Zusammenhang auch Bedeutung von anderen Bedrohungen im Umweltbereich nicht vergessen, die sich nicht mit Krach und Prall darstellen, dennoch den Ausmaß einer Katastrophe erreichen können – wie z.B. Verbreitung des Borkenkäfers.“* (Vertreter der Verwaltung des Naturschutzgebietes Beskydy, CZ)

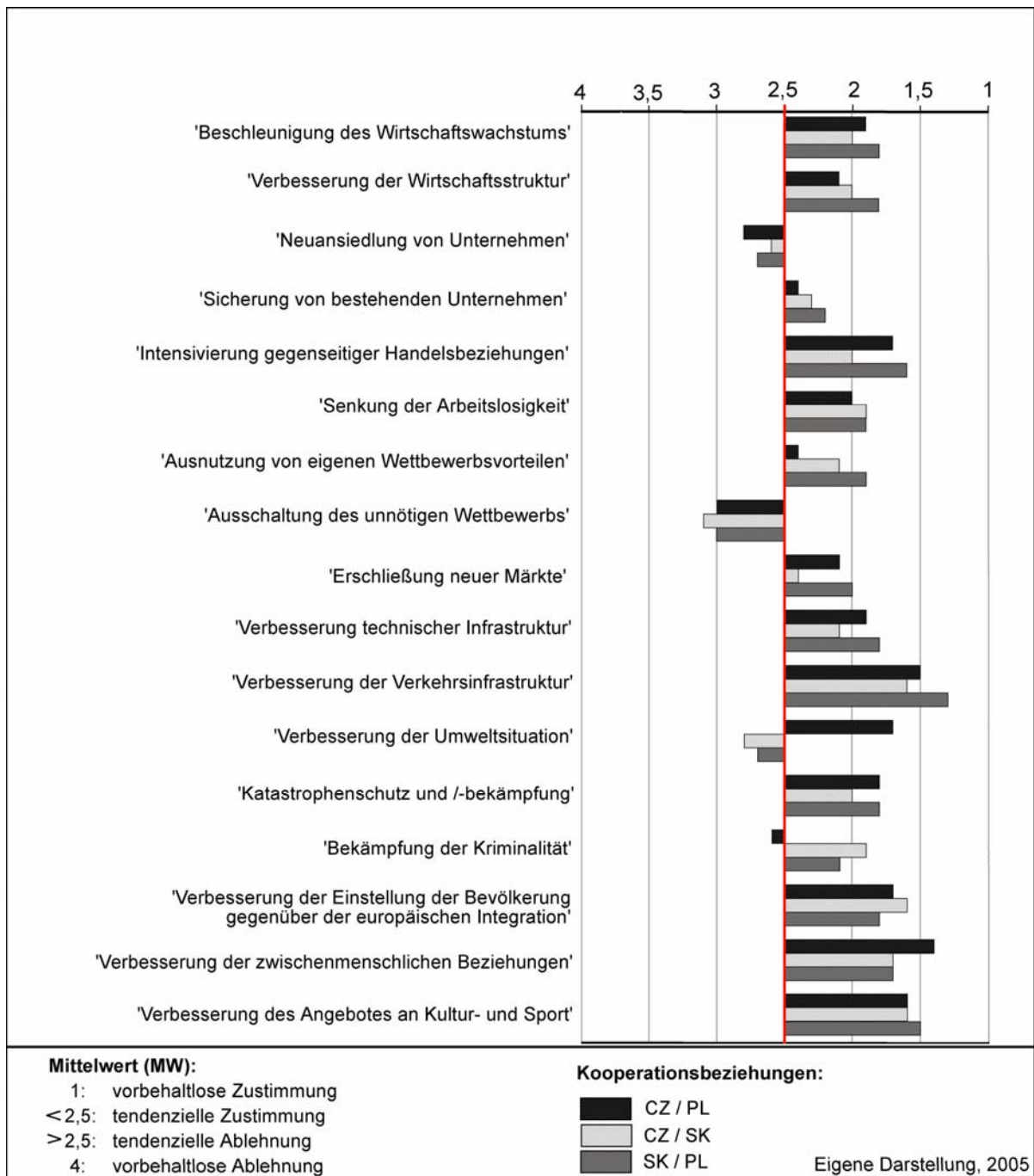
In der schriftlichen Befragung (Vgl. Tabelle A-17 im Anhang, S. XIV) konnte das gleiche Wahrnehmungsbild wie bei den Gesprächen festgestellt werden. Die Häufigkeitsverteilung verdeutlicht breite Zustimmungsbereitschaft zu dieser Aussage bei allen Kooperationsbeziehungen. Mit Ausnahme von tschechischen Akteuren bezüglich der Zusammenarbeit mit SK haben sich mehr als 75% der Befragten für Prävention und Bekämpfung von Naturkatastrophen als wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ausgesprochen.

Der auffallend hohe Mittelwert bei der Beurteilung der tschechischen Akteure bezüglich der Zusammenarbeit mit der Slowakei (MW = 2,3) lässt sich mit der wahrscheinlichen Neigung erklären, die Bedeutung der Zielsetzung bei ihren beiden Kooperationsperspektiven (CZ-SK und CZ-PL) bewusst unterschiedlich zu gewichten. Eine ähnliche Tendenz mit schwächer Ausprägung lässt sich auch bei den polnischen Akteuren feststellen (MW = 2,0). Die hohe Standardabweichung bei der Beurteilung von tschechischen Akteuren bezüglich der Zusammenarbeit mit der slowakischen Grenzregion (STA = 1,0) zeigt auf eine sehr heterogene Urteilsfindung, die offenbar auf die Polarisierung der Einschätzung durch persönliche Betroffenheit bei der Oderflut bei einem Teil der Akteure zurückzuführen ist.

## **Zusammenfassende Bewertung**

Bei den Beurteilungen der möglichen Ziele durch die Akteure wurde eine starke Differenzierung im Antwortverhalten nicht erwartet. Die Ergebnisse (vgl. Diagramm 3, S. 167) zeigen, dass die Auswertung tatsächlich durch eine Mehrzahl von Aussagen (8) geprägt ist, bei denen eine inhaltliche Interpretation bezüglich einer eindeutigen Prioritätensetzung bei der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht möglich ist. Die Beurteilungen über diese Aussagen zeichnen sich durch eine breite Zustimmung aus (MW = 1,7 bis 2,2). Die Untersuchung lässt aber doch erkennen, dass einige Zielsetzungen von dieser

breiten Gruppe aufgrund einer deutlich höheren bzw. deutlich niedrigeren Zustimmungsbereitschaft auszugliedern sind.



**Diagramm 3 : Beurteilungen über die Ziele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in einer grenzenbezogenen Darstellung**

Folgende Zielsetzungen haben die deutlich höchste Zustimmung in allen drei Grenzregionen Bescheid wissen:

1. ‚Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur‘ (MW=1,5)
2. ‚Verbesserungen der zwischenmenschlichen Beziehungen‘ (MW=1,6)
3. ‚Verbesserung des Angebotes an Kultur und Sport‘ (MW=1,6)

Während die Beurteilungsbild bei den einzelnen Grenzregionen bei den Zielen 2) und 3)

ähnlich ausfällt, stellt man eine markante Beurteilungsdifferenz bei der Zielsetzung ‚Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur‘ fest. Diese Beurteilungsunterschiede können als differenzierte Bedeutungszuweisung mit einer verstärkten Forcierung von bilateralen Kooperationspartnerschaften als deren logische Folge interpretiert werden.

Für die unwichtigsten Ziele ergibt sich folgende Reihenfolge:

1. ‚Ausschaltung des unnötigen Wettbewerbs‘ (MW=3,0)
2. ‚Neuansiedlung von Unternehmen‘ (MW=2,7)
3. ‚Sicherung von bestehenden Unternehmen‘ (MW=2,3)

Die Zielsetzungen 1) und 2) heben sich deutlich von anderen Bewertungskategorien durch ein deutlich ablehnendes Beurteilungsbild ab. Hier lassen sich auch keine deutlichen Beurteilungsunterschiede zwischen den einzelnen Regionen und Kooperationsbeziehungen feststellen. Die dritte der am negativsten bewerteten Zielsetzungen ‚Sicherung von bestehenden Unternehmen‘ wurde aber durch von den Befragten wesentlich positiver aufgenommen. Dieses Ergebnis spricht eindeutig dafür, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Instrument zur expansiven Wirtschaftspolitik bzw. nicht angestrebt wird. Ihr Stellenwert wird durch die Akteure eher in der Wirtschaftsstabilisierung und Standortsicherung gesehen.

Für eine zusammenfassende Bewertung wurden die untersuchten Zielsetzungen in drei Motivationsgruppen zusammengefasst:

- A. Wirtschaftliche Ziele
- B. Infrastrukturelle Ziele
- C. Sozio-kulturelle Ziele.

(Die Aussagen ‚*Verbesserung der Umweltsituation*‘ sowie ‚*Katastrophenschutz und -bekämpfung*‘ wurden wegen Schwierigkeiten bei deren eindeutigen Zuordnung einer bestimmten Motivationskategorie in diese Gesamtauswertung nicht miteinbezogen.)

Bei einem zusammenfassenden Vergleich der drei Motivationsgruppen anhand der errechneten Mittelwerte stellt man fest, dass der Infrastrukturbereich als wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an allen drei untersuchten Grenzenabschnitten am stärksten wahrgenommen wird. Deutlich zeichnet sich die Differenz zwischen den Grenzenabschnitten SK/PL (1,6) und SK/CZ (1,9) ab. Im Bereich der Wirtschaft belaufen sich die Zustimmungswerte im Intervall zwischen 1,9 und 2,0 noch im Bereich einer breiten Zustimmung und ohne einen deutlichen Unterschied. Im kulturellen und sozialen Bereich ist die breite Zustimmung ähnlich stark ausgeprägt, eine deutliche Wahrnehmungsdifferenz wurde unter den einzelnen Grenzenabschnitten CZ/PL (1,9), CZ/SK (2,0), SK/PL (2,0) nicht festgestellt.

Wird die Intensität der Zustimmungsbereitschaft bei einzelnen Motivationsbereichen als ein Indiz für Wahrnehmung der Prioritätensetzung angesehen, dann kann behauptet werden, dass eine deutliche Priorität dem Infrastrukturbereich an der Grenze SK/PL und etwas weniger an der Grenze CZ/PL (von beiden Seiten) eingeräumt wird. An der Grenze CZ/SK konnte bei dem infrastrukturellen Bereich anhand der Mittelwerte keine deutliche Prioritätensetzung ermittelt werden.

Die Kategorien ‚Wirtschaft‘ und ‚Sozio-kulturelles‘ bewegten sich an allen drei Grenzabschnitten gleichwertig im Bereich der breiten Zustimmung. Dieser Befund lässt

vermuten, dass der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in beiden Bereichen gleichwertige Rolle zugewiesen wird. Aus dieser Feststellung kann man schließen, dass die befragten Akteure davon überzeugt sind, die wirtschaftliche Entwicklung der Region durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit bedeutend beeinflussen zu wollen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird also im Bereich der Wirtschaft als ein geeignetes Instrument wahrgenommen.

Aus der Auswertung der Aussagen über die Zielsetzung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geht hervor, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als ein Instrument angesehen wird, dessen Anwendung in allen wichtigen Bereichen der Regionalentwicklung forciert wird. Die relativ hohen Werte der Standardabweichung bei allen „Ziel-Aussagen“ – abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen - deuten jedoch auf ein heterogenes Antwortverhalten hin.

### **5.4.3. Aktuelle Tätigkeitsbereiche bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

Durch Beurteilungen über aktuelle Tätigkeitsbereiche der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollten die Handlungsgebiete, auf denen sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereits etabliert hat, identifiziert werden.

Des Weiteren soll die Intensität der Zustimmung bzw. Ablehnung der Aussage Rückschlüsse auf den wahrgenommenen Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in dem betreffenden Tätigkeitsfeld ermöglichen. Denn es wird unterstellt, dass die ablehnende Beurteilung bei einem Tätigkeitsfeld auf eine hohe Intensität der Wahrnehmung des Stellenwertes der Zusammenarbeit hindeutet. Oder anders ausgedrückt: Wird die Aussage vorbehaltlos abgelehnt, dann heißt es, man weiß, dass sich auf dem betreffenden Gebiet die Kooperation nicht entwickelt und nimmt dies als Defizit wahr.

### **Interviews**

Ausgehend von Erfahrungen mit Kooperationen in anderen europäischen Grenzräumen (Vgl. Kap. 3.7) wurde ein Katalog der möglichen Tätigkeitsbereiche für den Gesprächsleitfaden zusammengestellt.

Den Gesprächspartnern wurde zuerst eine offene Frage gestellt, auf welchen Handlungsfeldern die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ihrer Meinung nach zur Zeit wesentlich praktiziert wird. Nachdem der Befragte einige Handlungsgebiete genannt hat, wurden ihm dann Erweiterungsfragen zu den bereits genannten Handlungsebenen oder Einschätzungsfragen zu den Handlungsgebieten, die noch nicht erwähnt wurden, gestellt.

Bei der Auswertung der Gespräche wurde berücksichtigt, dass auch die Reihenfolge, in der die Handlungsgebiete spontan genannt wurden, auf die Bewertungsdifferenzen bei den betroffenen Handlungsebenen hindeuten kann.

Die befragten Akteure und politischen Entscheidungsträger in allen drei Grenzregionen haben

auf die Frage, auf welchen Tätigkeitsfeldern ihrer Meinung nach zur Zeit am meisten grenzüberschreitend zusammengearbeitet wird, den Bereich der kulturellen Beziehungen und des Sportes an der ersten Stelle genannt. Bei den Vertretern der Kommunen war das oft der einzige Tätigkeitsbereich:

*„Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit läuft hier nur im Rahmen von gemeinsamen Kultur- und Sportveranstaltungen. Auf anderen Gebieten – habe ich das Gefühl - wird über die Zusammenarbeit meistens nur geredet...“*

(Bürgermeister einer slowakischen Grenzgemeinde)

Auf dieser Handlungsebene seien die grenzüberschreitenden Partnerschaften bereits fest etabliert. Als Begründung haben die Befragten am häufigsten aufgeführt, dass man für die Kultur- und Sportaktivitäten die EU-Fördergelder am leichtesten beantragen sowie auch anwenden kann. Sie sind finanziell relativ wenig anspruchsvoll und lassen sich auch aus eigenen Mitteln problemlos mitfinanzieren. Als weiteres Argument (steht jedoch offensichtlich im kausalen Zusammenhang mit den vorherigen Argumenten) wurde aufgeführt, dass man für diese Aktivitäten eine breitere Unterstützung von allen Interessengruppen finden kann.

Der Tourismusbereich erfuhr auch eine sehr hohe Zustimmung, ohne dass eine deutliche Differenz der Bewertungen in den einzelnen Grenzregionen festgestellt werden konnte – ähnlich wie schließlich die Ebene der Kommunalpolitik. Bei der Handlungsebene ‚Technische Infrastruktur‘ wurde Zustimmung nur von den Gesprächspartnern geäußert, die im Bereich der Verbesserung und des Ausbaus der technischen Infrastruktur selbst tätig sind; eine allgemeine Zustimmung konnte nicht festgestellt werden.

Nur diese vier Handlungsebenen wurden von den Gesprächspartnern mehrheitlich aktiv aufgeführt; für die Bewertung der übrigen Handlungsbereichen war ein Nachfragen notwendig. Hier zeichnete sich bei den Bewertungen der Akteure eine deutlich unterschiedliche Akzentsetzung ab.

Erhebliche regionale Bewertungsunterschiede wurden bei den Ebenen ‚Umweltschutz‘, ‚Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen‘ und ‚Wissenschaft und Hochschulen‘ festgestellt. So haben die tschechischen Befragten mehr oder weniger intensiv zugestimmt; sie würden mit polnischen Partnern – jedoch nicht mit den Slowaken - auf den Gebieten ‚Umweltschutz‘ und ‚Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen‘ kooperieren, während die slowakischen Gesprächspartner Fragen zu diesen Themen verneint haben. Hier dazu typische Aussage:

*„Für die Zusammenarbeit mit der Regionalverwaltung Moravskoslezsko und der Wojwodschaft Slask werden gerade Kooperationsvereinbarungen vorbereitet. Eine Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes wird meiner Meinung nach aber nicht angestrebt. Denn es gibt zur Zeit in unserem Bezirk keine bedeutenden Umweltprobleme und ich sehe auch keine Umweltrisiken...“*

(Leiter der Abteilung für Regionalentwicklung der Bezirksbehörde Žilina, SK)

Bei den Ebenen ‚Raumplanung‘ und ‚Transfer moderner Technologien‘ zeichnete sich eine gehörige Portion Skepsis bei den Beurteilungen der Befragten. Auch hier scheint die tschechisch-polnische Zusammenarbeit in der Entwicklung weiter zu sein als die tschechisch-slowakische Kooperation – wie mit folgenden Zitaten zu belegen ist:

*„In der Raumplanung befindet sich die Zusammenarbeit mit Polen tatsächlich erst am Anfang. Aber eine Entwicklung gibt es hier, wie es zum Beispiel mit der Fachstudie zur Entwicklung des tschechisch-polnischen Grenzgebietes, die bereits in der Demoversion vorliegt, zu belegen ist. Eine ähnliche Studie für das tschechisch-slowakische Grenzgebiet wird zur Zeit bearbeitet.“*

(Ministerium für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik, Praha, CZ)

*„Mit dieser Frage fühle ich mich ein wenig überfordert. Aber ich kenne eigentlich keine modernen Technologien, die wir uns austauschen könnten. Aber fragen Sie danach Herrn XY.. ... Er ist im Bereich: Nutzungspotenzial der Biomasse-Verbrennung tätig. Vielleicht läuft dort etwas.“*

(Leiter der Regionalen Entwicklungsgesellschaft Žilina, SK)

Auch bei der Ebene ‚Wirtschaft/ Wirtschaftsförderung‘ wurde einerseits Zustimmung mit Aufzählung von verwirklichten Kooperationsprojekten bei den Wirtschaftsvertretern und andererseits eine tendenzielle Ablehnung bei den Akteuren aus anderen Handlungsbereichen festgestellt. Diese gegensätzliche Beurteilung lässt sich damit begründen, dass nur ein stark beschränkter Akteurkreis in der Regel in diese Projekte involviert ist, ohne dass die Kooperationsprojekte in den anderen Handlungsbereichen überhaupt bekannt werden. Dieses Charakteristikum spricht deutlich dafür, dass von diesen Aktivitäten eine Synergiewirkung (ein wesentliches Ziel der EU-Förderprogramme) nur schwer zu erwarten ist.

## **Ergebnisse der schriftlichen Befragung**

Entsprechend den Interviewerkenntnissen wurde für die schriftliche Befragung ein Katalog mit konkreten Aussagen über aktuelle Tätigkeitsbereiche aufgestellt. Der Katalog beinhaltete folgende Tätigkeitsbereiche:

- a) Privatwirtschaft;
- b) Fremdenverkehr;
- c) Wirtschaftsförderung;
- d) Kommunalverwaltung;
- e) Raumplanung;
- f) Kulturelle Beziehungen und Sport;
- g) Transfer moderner Technologien;
- h) Umwelt;
- i) Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen;
- j) Wissenschaft und Bildung;
- k) Ausbau technischer Infrastruktur.

### **Ad a) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vor allem auf dem Gebiet der Privatwirtschaft praktiziert.“**

Die schriftliche Befragung (vgl. Tab. A-18 im Anhang, S. XIII) zeigt eine tendenzielle Ablehnung der formulierten Aussage bei relativ hoher Homogenität des Antwortverhaltens. Bezüglich der Kooperation CZ/PL wurde eine etwas positivere Beurteilung festgestellt – durch den Mittelwert von 2,5 kommt eine ausgeglichene Beurteilung zum Ausdruck.

In der Häufigkeitsverteilung ist auffallend, dass der Anteil von vorbehaltlosen Zustimmungen

sowie Ablehnungen sehr geringfügig ist. Rund 95% aller Befragten konnten ihre Beurteilung nur tendenziell abgeben – ein Indiz für eine schwache Wahrnehmung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichen Gebiet.

**Ad b) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vornehmlich auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung praktiziert.“**

Auf der Ebene der Kommunalverwaltung werden Kooperationsbeziehungen durch die Häufigkeitsverteilungen sowie durch die errechneten Mittelwerte von den Befragten eindeutig bestätigt. Die eher kleineren Werte der Standardabweichung deuten darauf hin, dass sich die Befragten in ihrer Urteilsfindung ziemlich einig waren (vgl. Tab. A-19 im Anhang, S. XIV).

**Ad c) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vornehmlich auf dem Gebiet der Raumplanung praktiziert.“**

Die Behauptung, dass die Lösung von raumplanerischen und raumordnerischen Fragen durch grenzüberschreitende Kooperation miteinander abgestimmt wird, wurde von den Befragten eindeutig abgelehnt. Der relativ hohe Anteil der vorbehaltlosen Ablehnungen spricht darüber hinaus dafür, dass die Absenz der Kooperation sehr stark wahrgenommen wird – man vermutet dies nicht, sondern man weiß es (vgl. Tab. A-20 im Anhang, S. XIV).

**Ad d) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vornehmlich auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung praktiziert.“**

Die Ergebnisse der Auswertung dieser Aussage (vgl. Tab. A-21 im Anhang, S. XIV) sprechen dafür, dass die Rolle der grenzüberschreitenden Partnerschaften im Bereich der Wirtschaftsförderung als unwesentlich größer beurteilt wird als im Bereich der kleineren und mittleren Unternehmen. Ähnlich wie bei der Aussage ‚Privatwirtschaft‘ stellen die tendenziellen Beurteilungen mit 85% und mehr auch hier einen dominanten Teil dar.

**Ad e) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vornehmlich auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs praktiziert.“**

Die Ergebnisse der Auswertung dieser Aussage (vgl. Tab. A-22 im Anhang, S. XIV) haben bestätigt, dass es richtig war, die Ebene des Fremdenverkehrs aus dem privatwirtschaftlichen Bereich auszugliedern. Während die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Privatwirtschaft abgelehnt wurde, zeichnet sich im Tourismusbereich eine deutliche Zustimmung ab. Auffallend ist der sehr hohe Anteil der vorbehaltlosen Zustimmungen (67 – 91%). Dieser Befund spricht deutlich dafür, dass die meisten Befragten in die Kooperationen im Bereich des Fremdenverkehrs selbst involviert sind.

**Ad f) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vornehmlich im Bereich der kulturellen Beziehungen und des Sportes praktiziert.“**

Die Häufigkeitsverteilung verdeutlicht eine sehr hohe Zustimmungsbereitschaft bei dieser

Aussage – abgesehen von einer einzigen Ausnahme (CZ bei CZ/PL) wurden nur positive Beurteilungen bei allen Kooperationsbeziehungen festgestellt. Die Auffassung, dass diese Aussage sicherlich zutrifft, ist dabei anteilmäßig mit 67 bis 96% sehr hoch vertreten. Die sehr niedrigen Standardabweichungen deuten auf eine homogene Urteilsfindung hin (vgl. Tab. A-23 im Anhang, S. XIV).

**Ad g) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vornehmlich auf dem Gebiet des Wissens- und Technologientransfers praktiziert.“**

Die Aussage, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des Wissens- und Technologientransfers eine wesentliche Rolle spielt, wurde von den Befragten eindeutig abgelehnt – mehr als 3/4 der Befragten ist der Auffassung, dass diese Aussage nicht zutrifft. Dabei gibt der relativ große Anteil der vorbehaltlosen Ablehnungen (27 - 63%) ein Indiz dafür, dass das Fehlen von grenzüberschreitenden Partnerschaften auf dem Gebiet des Austausches der modernen Technologien und des Wissens im Allgemeinen wahrgenommen wird (vgl. Tab. A-24 im Anhang, S. XV).

**Ad h) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vornehmlich auf dem Gebiet des Umweltschutzes praktiziert“**

Bei Bewertung der Aussage, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Umwelt im Wesentlichen praktiziert wird, wurde ein deutlicher regionalspezifischer Wahrnehmungsunterschied festgestellt. Während bei den Kooperationen CZ/SK und SK/PL keine deutliche mehrheitliche Zustimmungsbereitschaft festgestellt werden konnte, fielen die Beurteilungen der tschechischen sowie polnischen Akteure bezüglich der Kooperation CZ/PL wesentlich optimistischer aus: mehr als 80 % haben der Aussage zugestimmt. Diese Wahrnehmungsdifferenz wird auch durch den um 0,4 Punkte niedrigeren Mittelwert ausgedrückt. Die relativ niedrigeren Werte der Standardabweichung (STA = 0,5 – 0,7) sprechen für eine homogene Urteilsfindung (vgl. Tab. A-20 im Anhang, S. XV).

Die Wahrnehmungsdifferenz, die zwischen der tschechisch-polnischen und den übrigen Kooperationen festgestellt wurde, ist damit zu erklären, dass Umweltprobleme in wesentlich größerem Umfang und auch dadurch bedingte größere Sensibilisierung der Akteure bezüglich der Umweltprobleme im tschechisch-polnisch Grenzgebiet vorhanden sind.

**Ad i) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vornehmlich auf dem Gebiet der Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen praktiziert.“**

Ähnlich wie bei der vorhergegangenen Aussage wurde auch bei der Bewertung der Aussage ‚Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen‘ ein deutlicher Unterschied festgestellt (vgl. Tab. A-26 im Anhang, S. XV). Während diese Aussage bei der tschechisch-slowakischen sowie der slowakisch-polnischen Zusammenarbeit tendenzielle Ablehnung (MW = 2,7) fand, wurde bei der tschechisch-polnischen Zusammenarbeit eine tendenzielle Zustimmung (MW = 2,2) festgestellt. Die relativ hohen Werte der Standardabweichung bei allen Kooperationsbeziehungen sprechen für ein heterogenes Antwortverhalten, – ähnlich wie bei der Aussage 1-r, die auf eine starke Polarisierung der Wahrnehmung hindeutet, die durch persönliche Betroffenheit durch die Oderflut zu erklären ist.



**Ad j) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vornehmlich auf dem Gebiet der Bildung und der Wissenschaft praktiziert.“**

Bei der Aussage, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bildungs- und Wissenschaftsbereich wesentliche Rolle spielt, gingen die Meinungen regionalspezifisch sehr stark auseinander. Während die Befragten bezüglich der tschechisch-polnischen sowie slowakisch-polnischen Zusammenarbeit die Aussage mehrheitlich zustimmend bewerteten, wurde die Aussage bezüglich der tschechisch-slowakischen Kooperation nicht unterstützt. Analysiert man das Antwortverhalten der beiden Kooperationsseiten, wird deutlich, dass, während sich die tschechischen Akteure mit knapper Mehrheit doch eher zustimmend geäußert haben, von den slowakischen Akteuren mit 87% eine eindeutige Ablehnung kam (vgl. Tab. A-27 im Anhang, S. XV).

Eine mögliche Begründung für diese so stark unterschiedlich ausgefallene Bewertung bieten mehrere Workshops zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Entwicklung der Euroregion Beskydy, die in der Kooperation zwischen der Technischen Universität Žilina (SK) und der Hochschule für Finanzwesen in Bielsko-Biala (PL) ohne Beteiligung einer Bildungs- bzw. Wissenschaftseinrichtung aus der tschechischen Nachbarregion durchgeführt werden (vgl. Kap. 1.1). Es ist davon auszugehen, dass den meisten polnischen und slowakischen Akteuren diese Aktivitäten bekannt sind und sie deshalb zur Überbewertung neigten. Die Tatsache, dass die Beurteilung der polnischen Akteure bezüglich der Zusammenarbeit mit CZ und mit SK nur geringfügig abweicht, spricht dafür, dass die polnischen Befragten die Intensität der Kooperationen mit den tschechischen und slowakischen Partnern gleichwertig wahrnehmen.

**Ad k) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vornehmlich auf dem Gebiet des Ausbaus der technischen Infrastruktur praktiziert.“**

Die Häufigkeitsverteilungen bei dieser Aussage bringen wieder einmal einen deutlichen regionalspezifischen Unterschied in den Bewertungen zum Ausdruck (vgl. Tab. A-28 im Anhang, S. XV). Während die Aussage, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vornehmlich beim Ausbau der Infrastruktur praktiziert wird, bei der tschechisch-polnischen sowie der slowakisch-polnischen Zusammenarbeit extrem hohe Zustimmungsbereitschaft (MW = 1,1 bzw. 1,2) und gar keine ablehnende Beurteilung erfährt, fällt die Beurteilung bei der tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit wesentlich skeptischer (MW = 2,5 bzw. 2,2) aus. Auch die Standardabweichung, die sonst auch bei unterschiedlichen Mittelwerten stabil bleibt, weist hier ein großes Intervall (STA = 0,2 bis 0,7) auf und spricht damit für eine deutlich unterschiedliche Urteilsfindung (extrem homogen bis durchschnittlich) bezüglich der einzelnen Kooperationsbeziehungen.

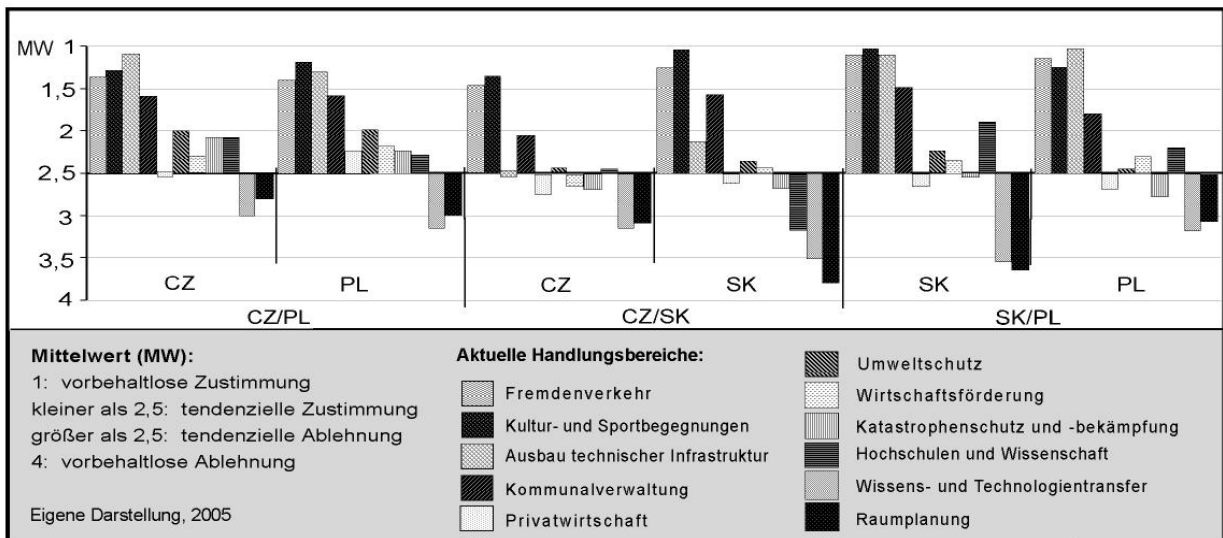
## Zusammenfassende Bewertung

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Bewertungen der Aussagen zu: ‚jetzige Tätigkeitsbereiche der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit‘ führt zu folgender Übersicht:

Handlungsfeld	Grenze CZ/PL		Grenze CZ/SK		Grenze SK/PL	
	MW	STA	MW	STA	MW	STA
Privatwirtschaft	2,5	0,5	2,7	0,5	2,7	0,8
Fremdenverkehr	1,4	0,6	1,4	0,6	1,1	0,4
Kommunalverwaltung	1,6	0,6	1,8	0,5	1,6	0,6
Wirtschaftsförderung	2,3	0,7	2,6	0,6	2,3	0,7
Ausbau technischer Infrastruktur	1,2	0,4	<b>2,3</b>	0,7	1,1	0,3
Raumplanung	2,9	0,8	3,5	0,6	3,4	0,6
Kultur u. Sport	1,2	0,5	1,2	0,3	1,1	0,3
Wissenschafts- u. Technologientransfer	3,1	0,7	3,4	0,7	3,4	0,7
Umwelt	2,0	0,5	2,4	0,7	2,4	0,6
Prävention u. Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen	<b>2,2</b>	0,8	2,7	0,9	2,7	0,8
Wissenschaft u. Hochschulen	2,2	0,6	<b>2,8</b>	0,7	2,0	0,7

**Tab. 50: Ergebnisse der Auswertung der Aussagen über: ‚jetzige Handlungsbereiche‘ (grenzenbezogen)**

**MW** – Mittelwert; **STA** – Standardabweichung



**Diagramm 4: Einschätzungen über die aktuellen Handlungsbereiche bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (grenzenbezogene Darstellung)**

Bei der Durchsicht der einzelnen Ergebnisse der schriftlichen Befragung wird festgestellt, dass die Anwendung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf den Ebenen ‚Raumplanung‘ und ‚Wissens- und Technologientransfer‘ am ungünstigsten bewertet wurde.

Die größte Zustimmung erfuhren hingegen die Bereiche ‚Technische Infrastruktur‘, ‚Kulturelle Beziehungen und Sport‘ sowie ‚Fremdenverkehr‘. Bei einigen Tätigkeitsbereichen wurde eine deutlich differente Beurteilung in den einzelnen Teilregionen festgestellt. Deutliche

regionalspezifische Beurteilungsunterschiede wurden in den Bereichen ‚Ausbau technischer Infrastruktur‘, ‚Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen‘ sowie im Bereich ‚Wissens- und Technologientransfer‘ erfasst. (vgl. Diagramm 4)

Zusammenfassend lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

- die Anwendung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird im Bereich der kulturellen Beziehungen und des Sportes, im Tourismusbereich und auf der Ebene der Kommunalpolitik am stärksten wahrgenommen.
- Zusammenarbeit im Bereich ‚technische Infrastruktur‘ wird nur von den involvierten Akteuren bestätigt, von anderen Akteuren – insbesondere den Kommunalpolitikern wird diese Zustimmung mehrheitlich nicht geteilt.
- Die Präsenz der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Bereichen ‚Wirtschaft‘, ‚Raumplanung‘, und ‚Umweltschutz‘ wurde abgelehnt. Sie ist eher als Zielsetzung und weniger als funktionierende Praxis anzusehen.

Die Ergebnisse der Interviews bestätigen grundsätzlich den Befund der schriftlichen Befragung.

#### **5.4.4. Künftige Tätigkeitsbereiche der Zusammenarbeit**

Durch Beurteilungen über die künftigen Tätigkeitsbereiche sollen Einschätzungen der Akteure darüber erfasst werden, auf welchen Handlungsfeldern sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vornehmlich entwickeln wird.

Ausgehend von der Hypothese, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Instrument einer strategieorientierten Handlung darlegt (vgl. Kap. 1.3), erlaubt die Auswertung eine Aussage über das Kooperationspotenzial in den einzelnen Tätigkeitsbereichen.

Damit die Einschätzungen über die künftigen Handlungsfelder mit den Beurteilungen über die aktuellen Handlungsgebiete verglichen werden können, musste darauf geachtet werden, dass deren Formulierung miteinander übereinstimmt.

Beurteilt wurden also folgende Tätigkeitsbereiche:

- a) Privatwirtschaft;
- b) Kommunalverwaltung;
- c) Raumplanung;
- d) Wirtschaftsförderung;
- e) Fremdenverkehr;
- f) Kulturelle Beziehungen und Sport;
- g) Wissens- und Technologientransfer;
- h) Umweltschutz;
- i) Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen

- j) Wissenschaft und Bildung;
- k) Ausbau technischer Infrastruktur.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der geführten Interviews und der schriftlichen Befragung präsentiert.

### **Ergebnisse der Interviews**

Den Interviewpartnern wurde zuerst folgende offene Frage gestellt: ‚Auf welchen Handlungsgebieten wird sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren vornehmlich entwickeln?‘ Nachdem die Gesprächspartner diese Frage normalerweise mit Nennungen von konkreten Handlungsfeldern beantwortet hatten, wurden ihnen weitere Zusatzfragen gestellt, um Beurteilungen auch zu den Tätigkeitsbereichen, die von den Gesprächspartner aktiv nicht genannt wurden, zu gewinnen.

Es wird vermutet, dass die spontan aufgeführten Nennungen mit deutlicher Prioritätensetzung auf ein höheres Einschätzungsvermögen der Befragten hindeuten. Während die befragten Experten aus diversen Fachgebieten wesentlich häufiger und präziser mit mehreren Nennungen auf diese Frage reagiert haben, beschränkten sich die politischen Vertreter, insbesondere Vertreter der Gemeinden, vorwiegend auf die aktive Nennung der Bereiche ‚Kultur und Sport‘, ‚Tourismus‘ sowie ‚Technische Infrastruktur‘. Aus diesem Befund lässt sich schließen, dass sich auch die Wahrnehmung des Stellenwertes der künftigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei den kommunalen Vertretern auf diese Gebiete beschränkt.

Im Folgenden werden ausgewählte Aussagen zitiert, die die von den Befragten bezogenen Positionen treffend charakterisieren.

*„Im tschechisch-polnischen Grenzgebiet ist die Entwicklung der technischen Infrastruktur sicherlich die höchste Handlungspriorität. Die Verbesserung der katastrophalen Verkehrsinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung für die Entwicklung der Kooperationen auch in anderen Tätigkeitsbereichen. (...) Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat sich auf dem Gebiet der Raumplanung bisher zwar viel weniger etabliert, als dies zum Beispiel im tschechisch-bayerischen und tschechisch-sächsischen Grenzgebiet der Fall ist, aber sie wird angestrebt und sie wird sich kontinuierlich intensivieren. (...) Die Zusammenarbeit im Bereich ‚Kultur und Sport‘ wird meiner Meinung nach nicht wesentlich intensiver... Auch im wirtschaftlichen Bereich wird es meiner Meinung nach nicht zu einem Umbruch kommen...“*  
(Referent im Ministerium für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik, Praha, CZ)

*„Für die höchste Priorität halte ich die Verbesserung der technischen Infrastruktur – vor allem Verkehrsinfrastruktur und Verbesserung des komplexen Informationsaustausches bei den Akteuren sowie bei der Bevölkerung. ...Und auch die Entwicklung des Austausches in den Bereichen ‚zwischenmenschliche Beziehungen‘, ‚Kultur‘ und ‚Sport‘. Der wirtschaftliche Austausch wird sich meiner Meinung nach mit Eigendynamik, die durch die infrastrukturellen Verbesserungen und durch den Beitritt zum EU-Binnenmarkt ohne Zoll-, Zertifizierungs- und andere Barrieren ausgelöst wird, von allein intensivieren.“*  
(Mitarbeiter der Regionalen Entwicklungsagentur Žilina, SK)

*„Als wichtigste Priorität bei der Entwicklung der künftigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sehe ich die Wirtschaftsförderung, die zur Zeit sehr schwach ist. Meiner Meinung nach wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den nächsten Jahren in den Bereichen ‚Tourismus‘, ‚Ausbau der Verkehrsinfrastruktur‘ und ‚Umweltschutz‘ intensiv praktiziert. Das Gebiet der Raumplanung und die Aufstellung von Entwicklungsdokumenten halte ich für wichtig, aber nicht für eine grundsätzliche Priorität.“*  
(Mitarbeiter der Regionalen Entwicklungsgesellschaft Ostrava, CZ)

*„Die Prioritäten in der künftigen Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit liegen meiner Meinung nach sicherlich in den Bereichen ‚Tourismus‘ bei der Zusammenarbeit mit der Slowakei und in den Bereichen ‚Förderung des wirtschaftlichen Austausches‘ und ‚Umwelt‘ (Beseitigung von Folgen des Bergbaus) und ‚Restrukturalisation‘ (Nutzungsmöglichkeiten für alte Industrieanlagen) bei der Zusammenarbeit mit Polen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen wird jedoch durch gegenseitige Konkurrenzbeziehungen auf einigen Handlungsfeldern, insbesondere dann beim Anbieten der Gewerbeflächen für ausländische Investitionen oder bei Gründung von Technologieparks, stark beeinträchtigt. Bessere Entwicklungschancen sehe ich bei der Zusammenarbeit der KMU, die auf der Basis von gemeinsamen tschechisch-polnischen Industrie- und Handelskammern betrieben wird.“*

(Leiter der Abteilung für Regionalentwicklung der Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„In den nächsten Jahren wird sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Sicherheit am intensivsten in den Bereichen ‚Tourismus‘ und ‚Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur‘ entwickeln. Da sehe ich das größte Potenzial. Der Austausch im Bereich der kulturellen Beziehungen und des Sportes wird in den nächsten Jahren nicht wesentlich intensiver. Wirtschaftlicher Austausch? ...Ja, er wird hoffentlich allmählich intensiver...“*

(Leiter der Abteilung für Regionalentwicklung der Regionalbehörde Žilina, SK)

*„Unsere Hauptprioritäten für die zukünftige Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entsprechen den Prioritäten, die von der Europäischen Kommission für das Programm INTERREG IIIA für 2004-2006 festgesetzt wurden, d.h.: Verbesserung der Verkehrs- und Umweltingfrastruktur und Entwicklung und Organisation von grenzüberschreitenden Netzen im breitesten Sinne.“*

(Vertreter der tschechisch-polnischen Euroregion ‚Těšínské Slezsko‘, Třinec, CZ)

*„Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird meiner Einschätzung nach auch künftig vor allem die Bereiche ‚kulturelle Beziehungen und Sport‘ und ‚Tourismusförderung‘ betreffen.“*

(Bürgermeister einer Gemeinde im tschechisch-slowakischen Grenzgebiet)

Aus den vorhergegangenen Aussagen ist ersichtlich, dass die meisten regionalen Akteure sich bei der Beurteilung der künftigen Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einig waren.

Die Aussagen der Vertreter der Regionalverwaltungen, Vertreter der Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung belegen, dass das größte Entwicklungspotenzial der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vornehmlich in den Bereichen „Technische Infrastruktur‘ und ‚Tourismusförderung‘ gesehen wird.

Bei den Bereichen ‚Wirtschaft‘ und ‚Wirtschaftsförderung‘ wurden regional differenzierte Beurteilungen festgestellt. Die slowakischen Gesprächspartner haben die Entwicklungsdynamik der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich deutlich skeptischer eingeschätzt als ihre Kooperationspartner. Von den tschechischen Akteuren wurde der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bezüglich der Kooperation mit Polen ein wesentlich höherer Stellenwert eingeräumt als mit der Slowakei. Deshalb wurden auch ihre Entwicklungsperspektiven deutlich günstiger bewertet. Sehr häufig vertraten die Gesprächspartner die Meinung, dass man die grenzüberschreitende Kooperation insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung forcieren sollte, während die Zusammenarbeit im privatwirtschaftlichen Bereich sich in Folge der infrastrukturellen Verbesserungen, einer intensiveren Wirtschaftsförderung und des EU-Beitrittes mit einer Eigendynamik selbst intensivieren werde.

Die Beurteilungen der Vertreter der euroregionalen Vereinigungen verdeutlichen eine starke Anlehnung auf die Fördermöglichkeiten seitens der EU. Die Perspektiven in der künftigen Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden in sämtlichen Handlungsbereichen gesehen, die im Rahmen des Programms INTERREG IIIA von der Europäischen Kommission für förderfähig erklärt worden sind.

Die befragten Vertreter der tschechischen und slowakischen Grenzgemeinden sehen hingegen fast ausschließlich nur in den Handlungsbereichen ‚Kulturelle Beziehungen und Sport‘ und ‚Tourismusförderung‘ und ‚Verbesserung der technischen Infrastruktur‘ künftig ein wesentliches Handlungspotenzial.

## **Ergebnisse der Auswertung der schriftlichen Befragung**

### **Ad a) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig vornehmlich auf dem Gebiet der Privatwirtschaft entwickeln.“**

Die Aussage, dass sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit künftig vornehmlich zwischen den kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) entwickeln wird, wurde von den Befragten überzeugend als richtig bewertet – wie auch die Häufigkeitsverteilungen sowie die Mittelwerte belegen (vgl. Tab. A-29 im Anhang, S. XVI)..

Bei der Bewertung wurden jedoch deutliche regionale Unterschiede erfasst: Während alle slowakischen Befragten sich zu der Aussage sowohl bezüglich der Kooperation mit den tschechischen als auch den polnischen Partnern nur zustimmend äußerten, wurde bei ihren tschechischen und polnischen Partnern eine Verunsicherung deutlich.

### **Ad b) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich vornehmlich im Bereich der Kommunalverwaltung entwickeln.“**

Hier wurde ein ähnliches Ergebnis wie bei der vorhergegangenen Aussage festgestellt. Bei allen Kooperationsbeziehungen wurde von den Befragten mehrheitlich bestätigt, dass die Zusammenarbeit insbesondere den Bereich der Kommunalverwaltung künftig betreffen wird. Während bei den slowakischen Befragten gar keine ablehnende Beurteilung festgestellt wurde, brachten die tschechischen und polnischen Akteure ihre Zweifel doch zum Ausdruck (vgl. Tab. A-30 im Anhang, S. XVI).

### **Ad c) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig vornehmlich im Bereich der Raumplanung entwickeln.“**

Das Gebiet der Raumplanung als künftige Kooperationsebene wurde hingegen sehr deutlich abgelehnt. Auch bei dieser Aussage fallen regionalspezifische Beurteilungsdifferenzen deutlich auf: Während die Slowaken die Aussage geschlossen für falsch hielten, wurde bei den tschechischen, aber insbesondere bei den polnischen Befragten eine tendenzielle Zustimmungsbereitschaft deutlich (vgl. Tab. A-31 im Anhang, S. XVI).

**Ad d) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich der Wirtschaftsförderung entwickeln.“**

Hier zeigt die Häufigkeitsverteilung, dass die Richtigkeit der Aussage bei allen Kooperationsperspektiven mehrheitlich bestätigt wird; die Zustimmungen fielen jedoch viel häufiger nur tendenziell als überzeugt aus. Im Gegensatz zu den vorherigen Aussagen lassen sich hier keine deutlichen regionalen Unterschiede in der Bewertung feststellen.

Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem Bewertungsbild beim privatwirtschaftlichen Bereich, stellt man anhand der Mittelwerte sowie der Häufigkeiten fest, dass die Beurteilung bei beiden Bereichen sehr ähnliche Züge aufweist (vgl. Tab. A-32 im Anhang, S. XVI).

**Ad e) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Tourismusbereich entwickeln.“**

Wie erwartet findet die Behauptung, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit werde gerade im Tourismusbereich künftig eine wichtige Rolle spielen, beinahe in allen Kooperationsperspektiven ausschließlich Zustimmung. Mit Ausnahme der Beurteilungen der polnischen Befragten bezüglich ihrer Zusammenarbeit mit den tschechischen Partnern, die mehrheitlich nur tendenziell getroffen wurden, haben die meisten Befragten der Aussage ohne Vorbehalte zugestimmt. Hier deuten auch die sehr niedrigen Werte der Standardabweichung darauf hin, dass sich die Befragten bei Bewertung dieser Aussage relativ einig waren (vgl. Tab. A-33 im Anhang, S. XVI).

**Ad f) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich der kulturellen Beziehungen und des Sportes entwickeln.“**

Die Behauptung, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich künftig vor allem im Bereich der kulturellen Beziehungen und des Sportes entwickeln wird, haben alle Befragten - bis auf einen einzigen Ablehnungsfall – als richtig bewertet. Der sehr große Anteil an Zustimmungen ‚ohne wenn und aber‘ spricht dafür, dass die Akteure mehrheitlich von der Geltung der Aussage überzeugt sind. Dies wird auch durch sehr niedrige Mittelwerte und Standardabweichungen bestätigt (vgl. Tab. A-34 im Anhang, S. XVII).

**Ad g) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich des Wissens- und Technologientransfers entwickeln.“**

Die Häufigkeitsverteilung und die sich daraus ergebenden Mittelwerte (vgl. Tab. A-35 im Anhang, S. XVII) zeigen hier, dass der Wissens- und Technologientransfer als wichtige Handlungsebene der künftigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von den Befragten mehrheitlich abgelehnt wird.

Am stärksten fällt die Skepsis bei den Beurteilungen der slowakischen Befragten aus, bei denen keine Zustimmung erfasst wurde. Deutlich optimistischer wurde die Aussage hingegen von den tschechischen und polnischen Teilnehmern bezüglich ihrer gegenseitigen Zusammenarbeit bewertet – hier stimmten immerhin 46% resp. 30% der Befragten der Aussage tendenziell zu.

**Ad h) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich des Umweltschutzes entwickeln.“**

Beim Bereich ‚Umweltschutz‘ zeigt die Auswertung, dass diese Aussage von den befragten Akteuren in allen Kooperationsbeziehungen mehrheitlich unterstützt wird. Bei der Kooperation CZ-PL fällt die Zustimmungsbereitschaft beidseitig nur unwesentlich höher aus als bei anderen Kooperationen (vgl. Tab. A-36 im Anhang, S. XVII).

Deutlich skeptischer haben die polnischen und tschechischen Akteure jedoch ihre Kooperation mit der slowakischen Nachbarregion beurteilt. Aus diesem Befund kann man schließen, dass der Handlungsbedarf und dadurch auch der Stellenwert der Kooperation im Umweltbereich hier deutlich schwächer wahrgenommen wird, als bei der tschechisch-polnischen Zusammenarbeit.

**Ad i) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen entwickeln.“**

Die Auswertung der Beurteilungen zur Aussage, dass die grenzüberschreitende Kooperation sich künftig vornehmlich im Bereich des Katastrophenschutzes entwickeln wird, führte zu einem vielfältigen und kontrastreichen Beurteilungsbild (vgl. Tab. A-37 im Anhang, S. XVII).

Während die Aussage insgesamt von den Befragten - bis auf eine einzige Ausnahme - mehrheitlich tendenziell als richtig bewertet wurde, stellt man bei Bewertungen der einzelnen Kooperationsbeziehungen erhebliche Differenzen fest. So stimmten 46% der tschechischen Akteure bezüglich ihrer Zusammenarbeit mit Polen der Aussage uneingeschränkt zu, während der Anteil der vorbehaltlosen Zustimmungen bezüglich ihrer Kooperation mit der Slowakei nur sehr gering (3%) war. Die Beurteilung der polnischen Akteure ist durch ähnlich unterschiedliche Gewichtung gekennzeichnet. Diese gravierenden regionalspezifischen Bewertungsdifferenzen werden auch durch die unterschiedlichen Mittelwerte zum Ausdruck gebracht. Nur bei der Kooperation CZ-PL fällt die Bewertung bei beiden Seiten gleich aus.

**Ad j) „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich der Wissenschaft und der Bildung entwickeln.“**

Hier zeigt die Häufigkeitsverteilung, dass die Befragten bei ihrer Beurteilung relativ unentschlossen waren – mehr als 80% von Akteuren konnten die Aussage nur tendenziell unterstützen bzw. ablehnen (vgl. Tab. A-38 im Anhang, S. XVII).

Deutliche regionalspezifische Bewertungsunterschiede wurden bei den slowakischen und tschechischen Teilnehmern festgestellt, während die Bewertung der beiden Kooperationsbeziehungen durch die polnischen Befragten gleiche Züge aufweist. Die slowakischen Akteure haben ihre Kooperation mit den polnischen Nachbarn deutlich positiver bewertet als mit den Tschechen. Die tschechischen Akteure haben wiederum deutlich größere Erwartungen von der Zusammenarbeit mit den Polen als mit den Slowaken offen gelegt.



**Ad k): „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich des Ausbaus der technischen Infrastruktur entwickeln.“**

Hier wird durch die Mittelwerte sowie durch die Häufigkeitsverteilung deutlich, dass die Behauptung, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit werde sich künftig vornehmlich im Bereich der technischen Infrastruktur abspielen, insgesamt zwar von den Befragten mit sehr deutlicher Mehrheit als richtig angesehen wird, man stellt jedoch wesentliche Unterschiede in der Bewertung zwischen den einzelnen Partnerschaftsbeziehungen fest. So haben alle slowakischen Teilnehmer ausnahmslos (!) der Aussage uneingeschränkt zugestimmt, während nur knapp die Hälfte von ihnen zu einer überzeugten Zustimmung bezüglich der Kooperation mit der tschechischen Nachbarregion bereit war vgl. Tab. A-39 im Anhang, S. XVIII).

Eine ähnlich differente Gewichtung ergibt sich aus den Beurteilungen der tschechischen Befragten, die der Aussage bezüglich der Kooperation mit Polen mit 100% tendenziell zugestimmt haben, während sich keine Mehrheit für die Zustimmung bezüglich der Zusammenarbeit mit der slowakischen Nachbarregion gefunden hat. Nur bei den polnischen Befragten konnte eine gleichwertige Beurteilung bezüglich ihrer beiden Kooperationspartnerschaften ermittelt werden.

**Zusammenfassende Auswertung der Aussagen über „Künftige Handlungsebenen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“**

Die Tabelle 51 gibt eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der Auswertung der auf künftige Handlungsbereiche gerichteten Aussagen. Als geeignete Indikatoren sind hier Mittelwerte der Beurteilungen (MW) und die Standardabweichungen (STA) zu der jeweiligen Kooperationsperspektive dargestellt.

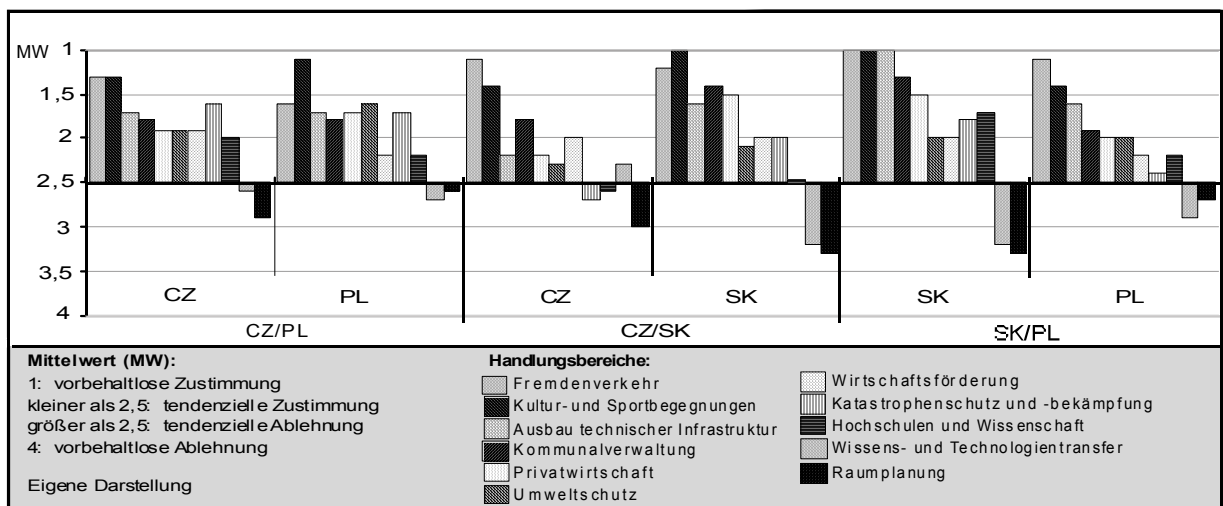
Handlungsebene	Kooperation CZ/PL		Kooperation CZ/SK		Kooperation SK/PL	
	CZ	PL	CZ	SK	SK	PL
	MW (STA)	MW (STA)	MW (STA)	MW (STA)	MW (STA)	MW (STA)
Kultur und Sportbegegnungen	1,3 (0,5)	1,1 (0,3)	1,4 (0,5)	1,0 (0,2)	1,0 (0,2)	1,4 (0,6)
Fremdenverkehr	1,3 (0,6)	1,6 (0,6)	1,1 (0,3)	1,2 (0,4)	1,0 (0,2)	1,1 (0,2)
Ausbau technischer Infrastruktur	1,7 (0,5)	1,7 (0,5)	2,2 (0,7)	1,6 (0,5)	1,0 (0,0)	1,6 (0,7)
Kommunalverwaltung	1,8 (0,7)	1,8 (0,6)	1,8 (0,7)	1,4 (0,5)	1,3 (0,5)	1,9 (0,7)
Privatwirtschaft	1,9 (0,8)	1,7 (0,4)	2,2 (0,9)	1,5 (0,5)	1,5 (0,5)	2,0 (0,7)
Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen	1,6 (0,7)	1,7 (0,7)	2,7 (0,6)	2,0 (0,6)	1,8 (0,6)	2,4 (0,6)
Umweltschutz	1,9 (0,5)	1,6 (0,6)	2,3 (0,6)	2,1 (0,5)	2,0 (0,5)	2,0 (0,5)
Wirtschaftsförderung	1,9 (0,8)	2,2 (0,7)	2,0 (0,6)	2,0 (0,5)	2,0 (0,5)	2,2 (0,8)
Hochschulen und Wissenschaft	2,0 (0,7)	2,2 (0,5)	2,6 (0,6)	2,5 (0,5)	1,7 (0,7)	2,2 (0,5)
Wissens- und Technologientransfer	2,6 (0,7)	2,7 (0,5)	3,0 (0,6)	3,2 (0,4)	3,2 (0,4)	2,9 (0,4)
Raumplanung	2,9 (0,7)	2,6 (0,5)	3,0 (0,6)	3,3 (0,5)	3,3 (0,5)	2,7 (0,8)

**Tab. 51: Ergebnisse der Auswertung der Aussagen über: ‚Künftige Handlungsfelder der GZA‘ (MW = Mittelwert; STA = Standardabweichung, abgerundet)**

Bei der Interpretation dieser Zusammenstellung ist daran zu erinnern, dass die Mittelwerte unter MW=2,5 eine tendenzielle Zustimmung zu der jeweiligen Aussage indizieren, die Werte größer als MW=2,5 drücken eine tendenzielle Ablehnung aus. Der Mittelwert 2,5 ist als relative Unentschiedenheit in der Bewertung der betreffenden Aussage zu interpretieren. Die Werte der Standardabweichung (Maß der Streuung um den Mittelwert) charakterisieren das Antwortverhalten der Respondenten : Relativ hohe Werte (STA höher als 0,8) indizieren eine heterogene Urteilsfindung, kleine Werte (STA kleiner als 0,5) sprechen hingegen dafür, dass sich die Befragten bei der Bewertung der jeweiligen Aussage relativ einig waren.

Aus der Übersicht ist erkennbar, dass nur die Kategorien ‚Wissens- und Technologientransfer‘ und ‚Raumplanung‘ mehrheitlich nicht als wichtige künftige Kooperationsebenen ansehen werden. In den übrigen Handlungsbereichen wird sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach Einschätzung der Befragten in den nächsten Jahren entwickeln. Die größte Zustimmungsbereitschaft wurde bei den Handlungsebenen ‚Kultur und Sport‘, ‚Fremdenverkehr‘, ‚Ausbau technischer Infrastruktur‘ und ‚Kommunalverwaltung‘ festgestellt, die sich durch ihre hohe Zustimmungsbereitschaft von den anderen Kategorien (Wirtschaft und -förderung, Umwelt- und Katastrophenschutz, Wissenschaft und Bildung) deutlich abheben. Auch die Werte der Standardabweichung waren hier am niedrigsten und sprechen für eine homogene Urteilsfindung.

Im folgenden Diagramm (Diagramm 5) werden die Unterschiede in den Bewertungen der Regionen bezüglich der jeweiligen Kooperationspartnerschaft bei den meisten Aussagen deutlich. Diese Bewertungsunterschiede deuten auf unterschiedliche Prioritätensetzung bei Gestaltung der grenzübergreifenden Kooperationspartnerschaften in den nächsten Jahren, deren Umsetzung dann differente bilaterale Kooperationsentwicklungen anstatt einer trilateralen Zusammenarbeit zur Folge haben wird.



**Diagramm 5: Zustimmungsbereitschaft der befragten Akteure bezüglich der künftigen Handlungsbereiche bei der Zusammenarbeit (Mittelwerte)**

Bei den zwei Handlungsebenen, die insgesamt am günstigsten beurteilt wurden (Kultur und Sport, Tourismus) fällt die Zustimmung auch bei allen Kooperationsbeziehungen gleichwertig aus. Dieser Befund stimmt mit den Ergebnissen der Interviews überein und beweist gleichzeitig, dass die von den Schlüsselakteuren proklamierten Handlungsstrategien bei anderen Akteuren breite Unterstützung finden: Ein Indiz dafür, dass eine trilaterale

Zusammenarbeit auf diesen Handlungsgebieten künftig angestrebt wird.

In den übrigen Handlungsbereichen wurden deutliche regionalspezifische Bewertungsunterschiede festgestellt, die auf differente Wahrnehmung des Handlungsbedarfs und des Stellenwertes der Zusammenarbeit und folglich auf unterschiedliche Prioritäteneinschätzung bei der jeweiligen Kooperationsbeziehung hindeuten. Deutlich wurden Bewertungsunterschiede zwischen der tschechisch-polnischen Partnerschaft einerseits und der tschechisch-slowakischen und polnisch-slowakischen Zusammenarbeit andererseits festgestellt.

Bei dem Handlungsbereich ‚Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen lässt sich der erfasste Bewertungsunterschied sogar als gegensätzlich bezeichnen: Während die tschechischen und polnischen Befragten sich mit deutlicher Mehrzahl für eine prioritäre Entwicklung der gegenseitigen Zusammenarbeit in diesem Bereich ausgesprochen haben, fielen ihre Bewertungen bezüglich der Zusammenarbeit mit den slowakischen Partnern ablehnend (CZ/SK) bzw. unentschlossen (PL/SK) aus. Dieser Befund bestätigt die Einschätzungen der Gesprächspartner, die sich zu diesem Aspekt im Interview geäußert haben.

Die festgestellten regionalspezifischen Bewertungsdifferenzen bei den meisten Handlungsebenen deuten darauf hin, dass eine trilaterale Zusammenarbeit sich auf den betroffenen Handlungsgebieten auch in Zukunft hochwahrscheinlich nicht entwickeln wird. Stattdessen wird die Zusammenarbeit eher in Form von bilateralen Partnerschaften angestrebt.

#### **5.4.5. Beurteilung der Entwicklungsdynamik bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

##### **A) Beurteilung der Entwicklungsdynamik in den letzten 5 Jahren**

Durch die Erfassung von Beurteilungen zu diesem Aspekt werden subjektive Wahrnehmungen der Akteure über die Entwicklungsdynamik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den letzten 5 Jahren bewertet.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung werden mit den Aussagen der Interviewpartner auf der lokal-regionalen sowie auf der nationalen und EU-Ebene verglichen. Es wird unterstellt, dass bei gravierenden Beurteilungsdifferenzen Rückschlüsse auf die Qualität der horizontalen Verflechtungen zwischen den Akteuren untereinander gezogen werden können.

##### **Ergebnisse der Interviews**

*„Meiner Meinung nach hat sich die Zusammenarbeit deutlich intensiviert. Sie wird zwar immer noch als etwas ‚Neues‘, ‚Exotisches‘ oder gar ‚Künstliches‘ wahrgenommen, aber sie etabliert sich kontinuierlich bei Lösung von vielfältigen Entwicklungsproblemen. Natürlich gibt die Förderung den entscheidenden Anreiz dafür, aber wichtig ist, dass die Bedeutung der Zusammenarbeit durch die Akteure immer stärker wahrgenommen wird.“*

(Direktor der Regionalen Entwicklungsagentur Žilina, SK)

*„Ja, ganz eindeutig. Die Zusammenarbeit in unserem Grenzgebiet ist nach 1998 viel vielfältiger und häufiger geworden. Das sehen sie sofort, wenn sie sich eine Liste der umgesetzten Projekte anschauen. Und darüber hinaus sehe ich noch eine andere wesentliche Veränderung: Die Zusammenarbeit steht nicht nur auf dem Papier, sondern wird immer stärker mit Inhalt gefüllt.“*

(Sekretär der Euroregion Těšínské Slezsko - Śląsk Cieszyński, Třinec, CZ)

*„Ich denke, die Zusammenarbeit sich zwischen 1998 und 2003 sehr viel entwickelt hat. Man hat die Umsetzungsstrukturen aufgebaut, viele Projekte umgesetzt. Ich glaube, man kann das auch in den Grenzgebieten sehen – vor allem an der Grenzinfrastruktur. Im Gegensatz zu der tschechisch-polnischen oder slowakisch-polnischen Zusammenarbeit bleibt die tschechisch-slowakische Zusammenarbeit hängen. Die Anfänge in 1999 waren gut, danach hat man miteinander zwar weiterhin kommuniziert, aber nur wenige Projekte gemacht, da man dort die Fördergelder nicht hatte.“*

(Ministerium für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik, Prag, CZ)

### **Ergebnisse der schriftlichen Befragung**

Den Befragten wurde die Aussage: *„Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat sich während der letzten 5 Jahre wesentlich intensiviert.“* zur Beurteilung vorgelegt.

Die Häufigkeitsverteilungen verdeutlichen, dass diese Aussage mehrheitlich als tendenziell richtig angesehen wurde. Betrachtet man die Beurteilungen der einzelnen Kooperationsbeziehungen, wird deutlich, dass nur die Bewertung der Tschechen bezüglich der Zusammenarbeit mit den slowakischen Partnern deutlich skeptischer ausfällt (mehrheitliche Ablehnung, MW=2,45) und hebt sich dadurch von den anderen Kooperationsperspektiven ab, bei denen deutlich höhere Zustimmungsbereitschaft (MW von 1,96 bis 2,11) ermittelt wurde (vgl. Tab. A-40 im Anhang, S. XVIII).

## **B) Einschätzung der Entwicklungsdynamik in den nächsten 5 Jahren**

### **Ergebnisse der Interviews**

Die geführten Interviews liefern ein einheitliches Beurteilungsbild. Alle Gesprächspartner waren der Meinung, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich in den nächsten 5 Jahren deutlich intensivieren wird. Als Begründung wurde in allen Fällen die Aufnahme in die INTERREG-Förderung aufgeführt.

In Bezug auf die einzelnen Grenzenabschnitte wurde die Entwicklungsdynamik aber mit unterschiedlichen Akzenten eingeschätzt. Während die meisten Interviewpartner die künftige Entwicklung der Zusammenarbeit an der tschechisch-polnischen sowie slowakisch-polnischen Grenze mit *„Weiterentwicklung“*, *„Vertiefung“* oder *„Intensivierung“* eher als kontinuierliche Fortsetzung eingeschätzt haben, wurden hinsichtlich der tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit grundlegende Veränderungen (Intensivierung) vorhergesagt. Die Befragten haben diese Annahme damit begründet, dass die Kooperation im Grenzgebiet CZ/SK deutlich unterentwickelt ist, da dort bisher das Programm PHARE CBC nicht umgesetzt wurde. Die entscheidende Bedeutung der Förderung auf die Entwicklungsdynamik ist daraus eindeutig ersichtlich. Hier dazu einige Aussagen:

*„Daran gibt es kein Zweifel, dass sich die Zusammenarbeit mit Polen in den nächsten Jahren weiter vertiefen wird. Die bisherige PHARE CBC- Förderung hat dafür eine sehr gute Ausgangsbasis geschaffen...“*

(Sekretär der Euroregion Těšínské Slezsko - Śląsk Cieszyński, Třinec, CZ)

*„Ja natürlich! Mit der INTERREG-Förderung geht es (die Zusammenarbeit) im tschechisch-slowakischen Grenzgebiet erst jetzt richtig los!“* (Präsident der Euroregion Beskydy, Turzovka, SK)

*„Meiner Meinung nach wird die Zusammenarbeit im gesamten Dreiländeck in den nächsten Jahren deutlich häufiger und intensiver. Die Veränderungen gegenüber dem heutigen Stand können zwar wahrscheinlich im Falle der tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit als wesentlicher erscheinen, trotzdem bin ich aber der Auffassung, dass die Zusammenarbeit im tschechisch-polnischen Grenzgebiet eine höhere Dynamik behalten wird. (...) ..., da dort das deutlich größere wirtschaftliche sowie soziale Potenzial auf natürliche Weise zu stärkeren Interaktionen führt...“*

(Direktor der Regionalen Entwicklungsgesellschaft Ostrava, CZ)

### **Ergebnisse der schriftlichen Befragung**

Die Teilnehmer sollten in der schriftlichen Befragung die Geltung der Aussage: *„Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird meiner Meinung nach in den nächsten 5 Jahren wesentlich intensiver und häufiger“* bewerten.

Es ist anhand der Häufigkeitsverteilung sowie der errechneten Mittelwerte deutlich erkennbar, dass die Aussage in allen drei Grenzregionen eine mehrheitliche Zustimmung erfuhr (vgl. Tab. A-41 im Anhang, S. XVIII). Mehr als 80% der Befragten in jeder der drei Grenzregionen haben die Aussage unterstützt.

Deutliche Unterschiede bei der Bewertung der konkreten Kooperationsbeziehungen (z.B. CZ-PL und CZ-SK) wurden bei keiner Grenzregion festgestellt.

Vergleicht man die Zustimmungsbereitschaft in den einzelnen Grenzregionen, stellt man jedoch eine deutliche Verunsicherung bei den tschechischen Akteuren fest: Sie haben mehrheitlich nur tendenziell der Aussage zugestimmt (MW=2,0). Die Zustimmung der polnischen sowie slowakischen Partnern fiel hingegen wesentlich intensiver aus (MW=1,6 bzw. 1,7). Diese deutliche Bewertungsdifferenz widerspricht den Interviewerkenntnissen und lässt sich auf deren Grundlage deshalb nicht begründen.

### **Zusammenfassung:**

Die Untersuchung hat ergeben, dass die bisherige Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die Akteure als ein Etablierungsprozess eines neuen Instruments in der regionalen Entwicklung wahrgenommen wird. Die Befragten reflektierten stark die bisher unterschiedliche Entwicklungsdynamik an den einzelnen Grenzenabschnitten im Dreiländereck. Als Ursache dafür wurden die unterschiedlichen Förderungsbedingungen gesehen.

Bezüglich der künftigen Entwicklungsdynamik herrscht bei den Akteuren die allgemeine Zuversicht, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiterhin intensiver und häufiger wird. Die Vermutung darüber, dass die Akteure die künftige Entwicklungsdynamik der Zusammenarbeit an den einzelnen Grenzenabschnitten unterschiedlich einschätzen, wurde nicht bestätigt.

## 5.4.6. Beurteilungen der fördernden und hemmenden Faktoren

### 5.4.6.1. Historische Ereignisse

#### Ergebnisse der Interviews

In den Gesprächen haben die tschechischen sowie slowakischen Akteure den Einfluss von historischen Ereignissen auf ihre gegenseitige Zusammenarbeit vorbehaltlos als fördernd bewertet. Sie hielten die Annäherung der beiden Länder in allen Bereichen während der 75 Jahre des gemeinsamen Staates für einen wesentlichen Faktor, der die tschechisch-slowakische Zusammenarbeit durch bestehende intensive wirtschaftliche, kulturelle sowie zwischenmenschliche Beziehungen und ein immer noch deutlich wahrgenommenes Zusammengehörigkeitsgefühl wesentlich erleichtert und beschleunigt.

Hierzu folgende Zitate:

*„Meiner Meinung nach behindern die historischen Ereignisse keineswegs unsere Zusammenarbeit mit den tschechischen sowie den polnischen Nachbarn. Die Tschechoslowakei hat die slowakische Beziehung zu den Tschechen sicherlich wesentlich verbessert – wir sind uns gegenseitig sehr nah gekommen – im Sport, Kultur, Verwaltung sowohl wirtschaftlich. Immer noch viele Einwohner in unserer Kysuce - Region arbeiten jenseits der Grenze in Tschechien, viele haben dort ihre Verwandten. Die Trennung war ein Fehler, aber egal – in der EU treffen wir uns wieder. Unser Verhältnis zu Polen ist auch problemlos, aber anders – Polen war immer Ausland für uns und lag jenseits einer Grenze, an der man immer Probleme erwartete, wenn man hinwollte. ....“*

(Bürgermeister einer slowakischen Gemeinde im Dreiländereck)

*„Ich persönlich habe immer ein Problem damit, die Slowakei als Ausland zu sehen. Ich denke, damit wird meine Generation nie fertig...“* (Bürgermeister einer grenznahen tschechischen Gemeinde)

Bezüglich der Zusammenarbeit mit Polen wird die Auswirkung der historischen Ereignisse auf die Entwicklung der Zusammenarbeit durch die Akteure im tschechischen und im slowakischen Grenzgebiet unterschiedlich wahrgenommen. Während die tschechischen Interviewpartner die Zusammenarbeit mit Polen durch die geschichtlichen Ereignisse häufig als belastet bewerteten, haben die Slowaken ihrer Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn keine historischen Lasten zuordnen können.

*„1920 wurde dieses einheitliche Gebiet (Teschener Schlesien) in zwei Staaten geteilt, eine große Zahl von Polen wurde gezwungen, ihre Heimat im tschechischen Teil zu verlassen. Diese Grenze überlebte in den Köpfen der Menschen bis heute und wesentlich beeinträchtigt die gegenseitige Beziehung der Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze – und das trotzdem die Häuser unmittelbar an der Grenze stehen, trotzdem sich die Leute hier sprachlich problemlos verstehen können. (...) An der tschechisch-polnischen Grenze gab es eine Zusammenarbeit auch zu den sozialistischen Zeiten. Sie wurde jedoch durch die Staatsorgane stark eingeschränkt. Diese Zusammenarbeit verlief im Wesentlichen im kulturellen Bereich zwischen der polnischen Minderheit in unserem Bezirk und den Polen in Polen, die Tschechen beteiligten sich an der Zusammenarbeit nicht, denn sie sahen sie als Bedrohung ihrer Interessen. Dadurch hat sich die Entfremdung zwischen den Polen und den Tschechen noch vertieft. Diese negative Wahrnehmung der Zusammenarbeit mit Polen überdauert*

*meiner Meinung nach bis jetzt in den tschechischen Köpfen.“*  
(Vertreter der tschechisch-polnischen Euroregion Těšínské Slezsko, Třinec, CZ)

*„Ich sehe in den historischen Ereignissen keine größere Bedeutung für unsere nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit Polen.“* (Mitarbeiter der regionalen Entwicklungsagentur in Žilina, SK)

### **Auswertung der schriftlichen Befragung**

Den Befragten wurde in der schriftlichen Befragung zu diesem Aspekt folgende Aussage zur Beurteilung vorgelegt: *„Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn wird durch historische Ereignisse nicht beeinträchtigt“*.

Anhand der Häufigkeitsverteilungen sowie der errechneten Mittelwerte wird deutlich, dass eine mögliche Beeinträchtigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch historische Lasten bei allen untersuchten Kooperationsbeziehungen mehrheitlich abgelehnt wurde (vgl. Tab. A-42 im Anhang, S. XVIII). Man stellt jedoch eine deutliche regionale Bewertungsdifferenz bei den tschechischen und polnischen Befragten fest. Bei ihnen fällt die Zustimmung bezüglich der Zusammenarbeit mit den Slowaken mit 85% resp. 90% sehr deutlich aus, während bezüglich ihrer gegenseitigen Kooperationsbeziehung eine zu berücksichtigende Ablehnungstendenz zu 55% bzw. 60% festgestellt wurde. Obwohl der errechnete Mittelwert von 2,3 hier für eine tendenzielle Zustimmung sprechen würde, zeigt das Ergebnis eine deutliche Ablehnungstendenz, die sich nicht nur auf vereinzelte Bewertungen bezieht. Hier wurden auch relativ hohe Werte der Standardabweichung auf beiden Seiten ermittelt – ein Indiz dafür, dass sich die Befragten bei Ihrer Urteilsfindung sehr uneinig waren.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung unterstreichen damit die in den Interviews geäußerten Meinungen einiger Akteure, die historisch bedingte Spannungen und Animositäten zwischen den Tschechen und Polen zugegeben haben und sie für einen hemmenden Faktor bei der Entwicklung der tschechisch-polnischen Zusammenarbeit hielten.

#### **5.4.6.2. Qualität der Beziehungen zwischen den benachbarten Bevölkerungskreisen**

##### **Ergebnisse der Interviews**

Die Gespräche mit den slowakischen und tschechischen Akteuren zeigten, dass die Beeinflussung der Zusammenarbeit durch zwischenmenschliche Beziehungen unterschiedlich wahrgenommen wird.

Wie folgende Zitate belegen, wird die Wahrnehmung der Nachbarn durch die regionalen Akteure als ein Faktor angesehen, der die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durchaus positiv beeinflusst. Die tschechischen Akteure haben in ihren Aussagen deutlich auf die relativ große polnische Minderheit hingewiesen, die einerseits die tschechisch-polnische Zusammenarbeit fördert, andererseits der Zusammenarbeit spezifische Züge verleiht und politisches Feingefühl der Akteure unentbehrlich macht.

Umsichtige Formulierungen der Befragten machten in den Interviews auf die polnische Minderheit als ein latentes Risiko für die Entwicklung der Zusammenarbeit aufmerksam. Slowakische Interviewpartner bewerteten die Beziehung zu ihren polnischen Nachbarn hingegen positiv, ohne diesbezüglich eine Beeinträchtigung wahrgenommen zu haben.

Die tschechischen Akteure bewerteten die Wahrnehmung zwischen den Bevölkerungskreisen an der tschechisch-slowakischen Grenze eindeutig positiv. Die tschechisch-slowakische Zusammenarbeit wird dadurch sicherlich positiv beeinflusst. Diese Wahrnehmungsqualität wird auch von den slowakischen Akteuren bezüglich ihren tschechischen Nachbarn bestätigt. In der Ebene der beruflichen Beziehungen wurden von den tschechischen sowie den slowakischen Akteuren gegenseitige Vorurteile zugegeben.

*„Ich persönlich nehme als Beamter der Bezirksbehörde bei meiner Berufstätigkeit in der Regionalentwicklung keine Nationalitäts- oder religiöse Probleme zwischen den Tschechen, Polen und Slowaken wahr. Eine gewisse Spannung zwischen der polnischen Nationalitätsminderheit und der tschechischen Bevölkerung gibt es hier angeblich und erfordert ein Feingefühl bei Lösung von Angelegenheiten, die die Minderheitsproblematik berühren. Die tschechisch-slowakische Beziehung ist hingegen eindeutig positiv, verstärkt noch dadurch, dass viele Slowaken in den Grenzkreisen unseres Bezirks arbeiten und auch einkaufen.“* (Mitarbeiter der Regionalbehörde Ostrava, Abt. Regionalentwicklung, CZ)

*„Vorurteile gibt es hier bezüglich der Polen sowie bezüglich der Slowaken und jeweils auf beiden Seiten. Meiner Meinung nach sind die Vorurteile aber minimal und bremsen die Entwicklung der Zusammenarbeit nicht wesentlich. Und das trotz der geschichtlichen Ereignisse, die die Beziehung zwischen der Tschechoslowakei und Polen sehr angespannt war. Große Vorurteile sind hier nicht entstanden, denn der Austausch war relativ intensiv zwischen den Tschechen und den Polen in unserer Region auch zu den sozialistischen Zeiten. Die Zusammenarbeit mit den Slowaken wird schon traditionell durch ihr ‚Minderwertigkeitsgefühl des jüngeren Bruders‘ belastet, womit wir bei unseren Tätigkeiten oft konfrontiert werden. (...) Die Nationalitäten stellen hier tatsächlich ein Problem dar. Die polnische Minderheit beeinflusst die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwar einerseits positiv, andererseits erfordert sie eine hohe Sensibilität in den Bereichen Kultur und Bildung. Die slowakische Minderheit in unserer Region beeinflusst die Zusammenarbeit sicherlich positiv.“* (Mitarbeiter der regionalen Entwicklungsagentur Ostrava, CZ)

*„Die gegenseitige Wahrnehmung der Tschechen und Polen im schlesischen Grenzgebiet ist eher negativ. Ursachen dafür sind sicherlich in den historischen Ereignissen zu suchen, aber gleichwohl durch ihre falsche ungenaue Interpretation in den Medien. Sehr beunruhigend finde ich, dass das gegenseitige Interesse am Nachbarn unter den jungen Tschechen und Polen immer geringer wird, wie das auch mehrere soziologische Untersuchungen belegen.“* (Vertreter der tschechisch-polnischen Euroregion Těšínské Slezsko, Třinec, CZ)

*„Unsere Zielsetzung ist, dass der wirtschaftliche Austausch zwischen Tschechien und Polen sich intensiviert. Vertrauen zwischen den Produzenten und Handelspartnern ist eine Grundvoraussetzung dafür und ist dem entsprechend für uns sehr wichtig. Ich habe nicht den Eindruck, dass die wirtschaftlichen Beziehungen durch ein mangelndes Vertrauen beeinträchtigt würden.“* (Mitarbeiter der tschechisch-polnischen IHK, Ostrava, CZ)

### **Auswertung der schriftlichen Befragung**

In der schriftlichen Befragung sollten die Akteure zu diesem Aspekt folgende Aussage beurteilen: ‚Negative Beziehungen (Vorurteile, Misstrauen oder Feindseligkeit) zwischen der Bevölkerung unserer Region und der Bevölkerung der Benachbarten Grenzregionen sind ein wesentliches Hemmnis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.‘



Die Auswertung (vgl. Tab. A-43 im Anhang, S. XVIII) präsentiert eine Ablehnung dieser Aussage bei allen Kooperationsbeziehungen. In der Beurteilung stellt man jedoch deutliche regionalspezifische Differenzen fest. Während die Ablehnung bezüglich der tschechisch-slowakischen sowie slowakisch-polnischen Kooperation von mehr als 80% der Akteure sehr deutlich ausfällt und relativ gleiche Intensität aufweist, stellt man bei der Kooperation CZ/PL hingegen mit einem Anteil von 40% resp. 35% eine zu berücksichtigende Zustimmung fest. Dieser Befund unterstreicht die Geltung von Äußerungen der Gesprächspartner, die auf die Relevanz dieses Faktors bezüglich der tschechisch-polnischen Kooperation bei den Interviews hingewiesen haben. Hier deutet die auf beiden Seiten relativ hohe Standardabweichung, die bei anderen Kooperationsbeziehungen wesentlich kleinere Werte erreicht, darauf hin, dass die Respondenten bei der Bewertung dieser Aussage sehr uneinig waren.

Ausgehend von der Vermutung, dass es enge Zusammenhänge zwischen der gegenseitigen Wahrnehmung der benachbarten Bevölkerungskreisen und der Entfernung von der Kontaktgrenze gibt (vgl. Knippschild u. Liebe 2004), sollte überprüft werden, ob die tschechisch-polnischen zwischenmenschlichen Beziehungen an den von der gemeinsamen Grenze weit entfernten Standorten tatsächlich wesentlich unterschiedlich von den grenznahen Kommunen beurteilt wurde. Für diese Auswertung wurden Beurteilungen von Vertretern der Städte und Gemeinden im tschechischen und polnischen Grenzgebiet verwendet, da diese Kategorie mit n=12 (CZ) bzw. n=14 (PL) im Vergleich zu den anderen Akteursgruppen zahlenmäßig am größten war und ihre Vertreter in ihrem jeweiligen Grenzgebiet in unterschiedlicher Entfernung zur Grenze verteilt waren.

Bei dieser kommunenzentrierten Auswertung wurde bei den kommunalen Vertretern tatsächlich ein deutlich differenziertes Bewertungsbild festgestellt: In den Beurteilungen der 7 Vertreter von Gemeinden und Städten, die mehr als 15 Km von der tschechisch-polnischen Grenze entfernt sind, haben 7 von ihnen die zwischenmenschlichen Beziehungen als ein Kooperationshindernis angesehen; von den grenznahen Kommunen (Entfernung von der Grenze weniger als 15 Km) war hingegen nur in 2 Fällen diese Einschätzung zu verzeichnen. Die Beurteilungen der polnischen Kommunenvertreter fielen hingegen ausgeglichen aus – es wurde keine wesentliche Bewertungsdifferenz zwischen den grenznahen und weiter entfernten Kommunen festgestellt. Mit diesem Ergebnis konnte die Vermutung, dass Vorurteile und Misstrauen zwischen den benachbarten Bevölkerungskreisen in der Kontaktzone wesentlich schneller als im Inneren der Grenzgebiete abgebaut werden, nur eingeschränkt bestätigt werden. Das Ergebnis zeigt vielmehr die spezielle Situation im tschechischen Grenzgebiet, die sich aus der polnischen Minderheit in den grenznahen Kommunen ergibt.

#### **5.4.6.3. Sprachbarrieren**

##### **Ergebnisse der Interviews**

Erwartungsgemäß haben alle tschechischen und slowakischen Befragten bezüglich der fehlenden Sprachkenntnisse als mögliche Kooperationshindernis eine klare Position bezogen: Es gibt keine Sprachbarriere in der tschechisch-slowakischen Beziehung, die sprachliche Nähe der Tschechen und Slowaken bietet ein großes Potenzial für schnelle

Intensivierung der gegenseitigen Zusammenarbeit.

Auch bezüglich der Zusammenarbeit mit Polen haben die tschechischen sowie slowakischen Akteure zwar eine sprachliche Nähe betont, die die Zusammenarbeit sehr förderlich beeinflusst, die aber trotzdem für außerhalb der Kontaktzone lebende Menschen ein Kommunikationshürde oft darstellt. Dazu hier folgende Zitate:

*„Ich nehme absolut keine Sprachbarrieren wahr - und das sowohl in der Beziehung zwischen den Tschechen und den Slowaken, als auch zwischen den Tschechen und den Polen. Eine wichtige Rolle spielte dabei sicherlich auch die Tatsache, dass man zu den sozialistischen Zeiten massiv polnisches Fernsehen und Radio hörte, die liberaler als tschechoslowakische Medien waren. Ich schätze, dass mehr als drei Viertel der Bevölkerung unserer Region polnisch sehr gut versteht.“*

(Mitarbeiter der regionalen Entwicklungagentur Ostrava, CZ)

*„Sprachbarrieren sind zwischen den Tschechen und den Polen in diesem Grenzgebiet minimal, aber es gibt sie – vor allem in der jungen Generation ist die Tendenz so, dass sich die Sprachhindernisse stets vergrößern.“* (Vertreter der tschechisch-slowakischen Euroregion Těšínské Slezsko)

*„Die Menschen, die in der Grenznähe leben, haben keine Sprachhindernisse, hier wird ein slowakisch-polnischer Dialekt gesprochen, den man in Katowice oder Žilina mit Sicherheit nicht versteht. Aber im Ernst: Grundsätzlich halte ich die Ähnlichkeiten bei allen drei Sprachen für eine intensive Entwicklung der Zusammenarbeit ‚von unten‘ für sehr förderlich“*

(Bürgermeister einer slowakischen Gemeinde an der slowakisch-polnischen Grenze)

*„Die sprachliche Nähe und die sich daraus ergebende Kommunikationsfähigkeit der Bevölkerung im Grenzgebiet ist unbestritten ein wesentliches Beschleunigungsfaktor für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Hiermit unterscheidet sich dieses Dreiländereck grundsätzlich von anderen Grenzräumen der Tschechischen Republik zu Österreich oder zu Deutschland. In denen sind bei der dortigen Bevölkerung beiderseits der Grenze erhebliche Kommunikationsdefizite festzustellen, die im Wesentlichen auf fehlende Sprachkenntnisse zurückzuführen sind.“*

(Mitarbeiter des Ministeriums für reg. Entwicklung der Tschechischen Republik, Abt. für EU-Integration)

## **Auswertung der schriftlichen Befragung**

Zur Beurteilung dieses Aspektes wurde in der schriftlichen Befragung den Respondenten folgende Aussage vorgelegt: *„Die fehlenden Sprachkenntnisse stellen ein wesentliches Hindernis in der Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit dar.“*

Wie vermutet, wurde diese Aussage durch alle befragten tschechischen und slowakischen Akteure bezüglich deren Kooperation vorbehaltlos abgelehnt – wie auch den ermittelten Indikatoren (MW=4,0 sowie die STA=0,0) eindeutig zu entnehmen ist. Bei den Kooperationsbeziehungen CZ/PL sowie SK/PL haben die betroffenen Akteure jedoch mit einer tendenziellen Zustimmung mehrheitlich zugegeben, dass die fehlenden Sprachkenntnisse doch ein wesentliches Kooperationshindernis darstellen (vgl. Tab. A-44 im Anhang, S. XIX).

Die Untersuchung hat eindeutig bestätigt, dass die sprachliche Nähe des Tschechischen, Slowakischen sowie Polnischen die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammen-

arbeit wesentlich erleichtert und beschleunigt.

#### **5.4.6.4. EU-Förderung**

##### **Ergebnisse der Interviews**

Die Gesprächspartner im tschechischen und slowakischen Grenzgebiet haben in ihren Aussagen zum Ausdruck gebracht, dass sie die Förderung durch die EU als einen wichtigen Beschleunigungsfaktor betrachten. Die Programme CREDO und darauf folgend PHARE CBC waren erste und bisher einzige Maßnahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Instrument der Regionalentwicklung in diesem Raum.

Die Bedeutung der EU-Förderung bei der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den einzelnen Grenzenabschnitten wurde durch die Gesprächspartner sehr unterschiedlich bewertet. Während die Akteure von der Bedeutung der Förderprogramme an der tschechisch-polnischen und tschechisch-slowakischen Grenzen überzeugt waren, haben sie deren Rolle an der tschechisch-slowakischen Grenze als sehr niedrig bewertet. Dazu hier folgende Aussagen:

*„Die Förderprogramme der EU haben die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarregionen meiner Meinung nach wesentlich beschleunigt. Das gilt aber keinesfalls für die Zusammenarbeit über die slowakisch-tschechische Grenze hinweg. Es gab nur ein einziges Mal in 1999 ein PHARE-CBC Programm für die tschechisch-slowakische Grenze. (...) Warum? Die Europäische Kommission ging bei ihrer Entscheidung angeblich davon aus, dass eine Förderung der Zusammenarbeit über die tschechisch-slowakische Grenze nicht notwendig ist, da diese Grenze künstlich geschaffen wurde und erst seit ein paar Jahren besteht. Das ist aber selbstverständlich falsch! In dieser Region hat sich auch in der Tschechoslowakei mit der peripheren Lage und der Strukturschwäche nicht viel getan, denn es gab keine effiziente staatliche Förderung der Regionen mit Entwicklungsrückstand und Strukturschwäche.“*

(Mitarbeiter der Regionalen Entwicklungsgesellschaft Kysuce in Čadca, SK)

*„Es ist unbestritten, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich durch die Programme CREDO und PHARE CBC wesentlich gefördert wurde – vor allem die Zusammenarbeit mit Polen. Es ist auch dabei kennzeichnend, dass nur die Projekte realisiert wurden, die durch die Programme gefördert wurde...“*

(Mitarbeiter der Regionalen Entwicklungsgesellschaft Ostrava, CZ)

##### **Auswertung der schriftlichen Befragung**

Mit welchem Stellenwert die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit seitens der EU durch die Akteure im jeweiligen Grenzgebiet wahrgenommen wird, sollte anhand Beurteilungen zu Aussage: *„Die Förderung der EU (PHARE – CBC) hat die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen wesentlich beschleunigt.“* untersucht werden.

Bei der Auswertung wurde ein widersprüchliches Beurteilungsbild bei den tschechischen sowie den slowakischen Befragten erfasst: Während sie die Aussage bezüglich deren gegenseitigen Kooperation mit jeweils rund 80% mehrheitlich deutlich (MW=2,90 bzw. 3,12) ablehnten, haben sie mit über 90% sehr deutlich (MW=1,61 bzw. 1,37) bestätigt, dass die EU-Förderung die Zusammenarbeit über die tschechisch-polnische sowie die slowakisch-polnische Grenze hinweg wesentlich beschleunigte. Bei den polnischen Befragten fiel die

Zustimmung mit über 80 % in beiden Kooperationsbeziehungen ähnlich intensiv aus (vgl. Tab. A-45 im Anhang, S. XIX).

Das Ergebnis der statistischen Auswertung stimmt damit mit den Ansichten der Interviewpartner überein.

#### **5.4.6.5. Informationsaustausch zwischen den einzelnen Akteuren**

##### **Ergebnisse der Interviews**

Bei den Interviews sollte überprüft werden, ob die Etablierung der grenzüberschreitenden Partnerschaften und deren Intensivierung durch schlechte Kommunikation zwischen den einzelnen Akteuren gehemmt wird. Die ausgewählten tschechischen und slowakischen Akteure wurden bei den Interviews gebeten, die Qualität des Informationsaustausches unter den einzelnen Akteuren und Verwaltungsstellen, die in Form einer vertikal orientierten Struktur in die Umsetzung der Kooperationsprojekte involviert sind, zu bewerten. Den Gesprächspartnern wurden darüber hinaus auch Fragen zur Bewertung der Qualität des Informationsaustausches mit ihren Kooperationspartnern, insbesondere über die Grenze hinweg (horizontale Verflechtungen) gestellt.

Bei den Gesprächen wurde festgestellt, dass wesentliche Defizite im Austausch von Informationen zwischen den einzelnen Akteuren durch die Akteure im tschechischen sowie im slowakischen Grenzregion wahrgenommen werden. Die Aussagen machten deutlich, dass die Wahrnehmung der Gesprächspartner sich auf die Umsetzung des Förderprogramms PHARE-CBC beschränkte. Dies kann als ein Indiz dafür interpretiert werden, dass gerade lediglich Implementation des besagten Programms zum wesentlichen Gegenstand der Kommunikation wird.

Bezüglich des Austausches von Informationen zwischen den einzelnen Verwaltungsstellen und Akteuren, die in die Implementierung des Programms PHARE-CBC involviert sind, waren sich ausnahmslos alle Gesprächspartner darin einig, dass ein dringender Handlungsbedarf auf diesem Gebiet besteht. Es können lediglich Differenzen in der Wahrnehmungsintensität und bei der Bewertung der Ursachen festgestellt werden. Charakteristischerweise war die Kritik bei den Vertretern der Gemeinden und Städte am stärksten. Sie beklagten nicht nur zeitliche Verzögerungen, sondern auch inhaltliche Fehlformulierungen der Informationen. Insbesondere kleinere Gemeinden sehen sich häufig von der Beteiligung am Programme PHARE-CBC ausgeschlossen, da sie durch ihre beschränkten Verwaltungskapazitäten nicht in der Lage sind, direkte Informationen von den zentralen Stellen zu bearbeiten und sie bezüglich eines konkreten Kooperationsprojektes zu verwerten. Sie beklagen das Fehlen eines funktionierenden Informationssystems auf der regionalen Ebene, in dessen Rahmen sie über Fördermöglichkeiten und -bedingungen systematisch informiert und bei der umfangreichen verwaltungstechnischen Projektarbeit methodisch begleitet würden. Die Positionen der kommunalen Akteure werden durch folgende Aussage charakterisiert:

*„In der Administration unserer Gemeinde arbeiten insgesamt 5 Leute. Niemand von Ihnen, und mich einschließend, kennt sich mit den Möglichkeiten und Voraussetzungen der Förderung ausreichend aus. Wir versuchen, Informationen und Beratung über das Sekretariat der Euroregion Beskydy, deren Mitglied unsere Gemeinde ist, und über die regionale Entwicklungsagentur zu bekommen. Das sind unsere Ansprechpartner, wenn wir Informationen brauchen, nicht die Regionalbehörde – dort weiß*

*man gar nicht, wo unser Dorf liegt. (...) Die Kommunikation mit unseren polnischen und tschechischen Partnergemeinden funktioniert hingegen sehr gut.“* (Bürgermeister einer slowakischen Gemeinde)

*„Unsere Gemeinde konnte bisher kein einziges Projekt im Programm Credo oder danach PHARE CBC realisieren, obwohl wir bereits in Zusammenarbeit mit den slowakischen und polnischen Nachbargemeinden mehrere Projektvorschläge gestellt haben und Fördermittel beantragt haben. Die Projektausarbeitung kostet viel Arbeit, die Ausarbeitung der geforderten Projektdokumentation stellt eine Belastung für den Gemeindehaushalt dar. Es wird immer schwieriger den Gemeinderat davon zu überzeugen, dass wir uns darum wieder bemühen sollen.“*

(Bürgermeister einer tschechischen Grenzgemeinde im Dreiländereck)

*„Der Informationsfluss und –austausch zwischen den zentralen Stellen in Bratislava und den regionalen und lokalen Akteuren funktioniert sehr schlecht. Die Kommunen beklagen sich zu Recht, dass die Informationen bei Ihnen in der Regel entweder zu spät oder gar nicht ankommen, und falls sie doch ankommen, dann wissen die Gemeinden nicht, wie sie mit ihnen umgehen sollen. Das grundsätzliche Problem besteht meiner Meinung nach darin, dass alle wichtigen Entscheidungen nur bei den zentralen Behörden getroffen werden. Die Bezirksverwaltung ist aber nicht in der Lage, diese Informationen zu bearbeiten und an die potenziellen Empfänger weiter zu leiten. Ich halte es für dringend notwendig, dass die Bezirksbehörde schleunigst diese Aufgabe erfüllen kann, denn bei INTERREG wird die Implementation wesentlich dezentraler ablaufen.“* (Vertreter der Euroregion Beskydy)

Das Nicht-Funktionieren eines regionalen Informationssystems haben auch die befragten Akteure auf der regionalen Ebene als ein erhebliches Defizit wahrgenommen. Sie waren sich in Ihrer Beurteilung relativ einig:

*„Kommunale Akteure kritisieren oft, dass sie schlecht informiert werden. Ich würde eher sagen, dass genug Informationen verfügbar sind, aber sehr oft fehlt hier eine direkte Verbindung zu den Entscheidungen, die auf der zentralen Ebene getroffen werden.“*

(Mitarbeiter der Regionalen Entwicklungsagentur in Čadca, SK)

*„Meiner Meinung nach besteht das Hauptproblem in der Unübersichtlichkeit der einzelnen Förderprogramme und in ihrer Unkoordinierung von den zentralen Stellen. Wir haben berechnet, dass es insgesamt 186 Förderprogramme gibt. Die Empfänger haben einen schlechten Überblick über die Fördermöglichkeiten. Oft werden mehrere Programme ähnlicher Ausrichtung gleichzeitig durch Ministerien oder andere Institutionen und Organisationen ausgerufen, in denen sich die potenziellen Empfänger, wie KMUs oder NGOs nicht orientieren können... Für einen weiteren sehr bedeutsamen Mangel im Informationsaustausch halte ich die zur Zeit schlechte Verarbeitung von Informationen durch die zuständige Regionalbehörde und deren Weiterleitung an die lokalen Akteure – Unternehmer, Gemeinden und Städte. Früher haben wir diese Aufgabe erfüllt und in Zusammenarbeit mit den Kreisverwaltungen die lokalen Akteure systematisch informiert. Nach der Auflösung der Kreisverwaltungen wurde dieses einheitliche Informationssystem dezentralisiert. Die Regionalbehörde hat eigenes regionales Informationssystem eingerichtet und informiert da die Kommunen über eigene Programme. Informationen über Förderprogramme, die zentral ausgeschrieben werden, leiten dann mehrere Akteure getrennt weiter, über einige müssen die Kommunen deshalb nichts erfahren. Für ein wichtiges Hindernis für eine schnelle und inhaltlich genaue Informierung der lokalen Akteure halte ich auch die Tatsache, dass mehrere Kommunen immer noch ans Internet nicht angeschlossen sind. Ich denke, dass es zu einer wesentlichen Verbesserung der Informierung der lokalen Akteure in den kommenden Jahren kommen wird, insbesondere wenn die Regionalbehörde endlich ihr regionales Informationssystem aufbaut und wenn sie genug Finanzmittel haben wird, um das System zu unterhalten.“* (Mitarbeiter der regionalen Entwicklungsagentur Ostrava, CZ)

*„Die Informierung von Gemeinden, deren Verwaltungen über einen beschränkten Apparat verfügen, ist meiner Meinung nach besonders schlecht. Gerade deshalb müssen sich die regionalen Entwicklungsagenturen an der Informierung der lokalen Akteure intensiver beteiligen. Und damit meine ich vor allem eine aktive und systematische Informierung und Beratung. Zur Zeit ist unsere Agentur verpflichtet nur die Interessenten zu informieren und zu beraten, die uns aufsuchen, aber das reicht selbstverständlich nicht.“* (Mitarbeiter der regionalen Entwicklungsagentur Žilina, SK)

*„Die Qualität der Informierung der potenziellen Nutznießer halte ich für sehr schlecht. Man kommt an die Informationen nur ran, wenn man sie aktiv selbst sucht und weißt, wo sie finden kann. Wenn ich eine Information brauche, rufe ich direkt das Ministerium an und nicht die Regionalbehörde, denn die wissen bedauerlicherweise nie Bescheid.“*

(Vertreter der tschechisch-polnischen Euroregion, Český Těšín, CZ)

*„In der Informierung der potenziellen Empfänger sehen wir mögliche Defizite. Wir selbst (Abt. Regionalentwicklung der Regionalbehörde) informieren sie auf den Internetseiten unserer Regionalbehörde, Fachschulungen oder Seminare bieten wir bisher nicht. Das wollen wir aber künftig verändern, als Beispiel kann ich eine Reihe von 4 Seminaren zur Informierung der Kommunenvertreter, aber auch der Unternehmer über die Fördermöglichkeiten aus den Strukturfonds nennen, die in Zusammenarbeit mit der regionalen Entwicklungsagentur Ostrava geplant sind.“*

(Mitarbeiter der Regionalbehörde Ostrava, Abt. Regionalentwicklung)

*„Ich sehe die Informierung der lokalen Akteure gar nicht so katastrophal. Sicherlich gibt es hier Handlungsbedarf. Es stimmt, dass die neu geschaffenen Regionalverwaltungen erst anlaufen. Das ändert aber nichts auf der Tatsache, dass auch die lokalen Akteure aktiv mitmachen müssen!*

(Referent der Abt. EU-Integration, Ministerium für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik)

## **Auswertung der schriftlichen Befragung**

Für die schriftliche Befragung wurde die Aussage zur Erfassung von Beurteilungen über die Qualität des Informationsaustausches zwischen den einzelnen Akteuren folgend formuliert:

*„Der Austausch von Informationen zwischen den einzelnen Akteuren in unserem Grenzgebiet muss verbessert werden.“*

Im Gegensatz zu den meisten anderen Aussagen wurde hier auf das Erfragen jeweils beider Kooperationsbeziehungen verzichtet, denn es wurde erkennbar, dass die meisten Akteure in eine trilaterale Zusammenarbeit nicht involviert sind. Ein Gewinn von verwertbaren Einschätzungen ist hier deshalb eingeschränkt möglich.

Aus den ermittelten Häufigkeitsverteilungen sowie den Mittelwerten (vgl. Tab. A-46 im Anhang, S. XIX). ist erkennbar, dass die Befragten in allen drei untersuchten Grenzregionen die Geltung der Aussage darüber, dass der Austausch von Informationen unter den Akteuren verbessert werden muss, sehr deutlich bestätigt. In der tschechischen und der polnischen Grenzregion stimmten mehr als 90% der Befragten der Aussage zu, bei den slowakischen Akteuren wurden nur zustimmende Beurteilungen verzeichnet.

Nach dieser Feststellung wird der Informationsaustausch unter den Akteuren durch die slowakischen Akteure wesentlich stärker als Hindernis empfunden als durch ihre tschechischen und polnischen Nachbarn. Diese Interpretation widerspricht zwar den Äußerungen der Interviewpartner nicht, bringt aber für sie auch keine eindeutige Bestätigung.

#### **5.4.6.6. Interesse und Einstellung der Grenzbevölkerung**

Die Zusammenarbeit im Grenzgebiet über die Grenze hinweg wird durch die Einstellung der Lokalbevölkerung wesentlich beeinflusst. Eine geringe Sensibilisierung der Grenzbevölkerung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie mangelnde Wahrnehmung ihres Stellenwertes für die Entwicklung der betreffenden Kommune und der Region hat eine niedrigere Kooperationsbereitschaft von Kommunen – welche zu den bedeutendsten Kooperations-träger gehören - zur Folge. Es zeigt sich in der Praxis deutlich, dass die politischen Vertreter der Kommunen und ihre Administrationen in ihren Handlungen an den Willen der Einwohner der Kommune gebunden sind, da sie mit deren Stimmen in das Amt gewählt worden sind und von ihnen bei der nächsten Wahl wieder abgewählt werden können. Darüber hinaus bedarf jede Kooperationsaktivität einer finanziellen Ausstattung aus dem kommunalen Etat, was an Entscheidungen des gewählten Stadt- bzw. Gemeinderates gebunden ist. Intensive Kooperationsbereitschaft der Kommunenvetreter ist deshalb in der Regel nur vorhanden, wenn sie bei den Wählern Unterstützung findet.

Damit ist die Einstellung der Lokalbevölkerung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gegenüber als eine Einflussgröße zu verstehen, die bei der Bewertung der Perspektiven der Kooperation berücksichtigt werden muss.

Die Hypothese lautet: Es wird unterstellt, dass die Kooperationsbereitschaft der Kommunen und ferner der Vereinigungen von Kommunen (Euroregionen) durch die Einstellung der Lokalbevölkerung direkt beeinflusst wird. Hohe Sensibilisierung der Bevölkerung wirkt förderlich, durch mangelnde Sensibilisierung wird das Kooperationspotenzial gehemmt.

Den Befragten wurde zu diesem Aspekt folgende Aussage zur Bewertung vorgelegt: ‚Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird durch mangelnde Betroffenheit der Lokalbevölkerung wesentlich gehemmt.‘

Das Ergebnis zeigt eine breite Zustimmung zu dieser Aussage bei allen Kooperationsbeziehungen. Deutlich wird aber die unterschiedliche Intensität der Zustimmung zwischen den slowakischen Akteuren (MW=1,3) und ihren tschechischen (MW=1,7) sowie polnischen (MW=1,9) Kooperationspartnern (vgl. Tab. A-47 im Anhang, S. XIX).

Das Ergebnis der schriftlichen Befragung bestätigt die Geltung von Aussagen der Interviewpartner, die eine mangelnde Aktionsfähigkeit der regionalen und euroregionalen Kommunalverbände als ein Kooperationshemmnis dargelegt haben:

*„Unsere finanziellen Möglichkeiten sind sehr begrenzt. Wir sind in unseren Aktivitäten im wesentlichen auf die EU-Förderung angewiesen, schon die Gewährleistung der notwendigen Ko-finanzierung bei einem Förderprojekt ist für uns ein nur schwer überwindbares Hindernis...“*

(Geschäftsführer der Euroregion Beskydy, Turzovka, SK)

#### **5.4.6.7. Durchlässigkeit der Grenzen**

Die Durchlässigkeit der Grenzen beurteilten die Gesprächspartner grundsätzlich als ungenügend und sahen darin ein wesentliches Hemmnis für die Intensivierung der Zusammenarbeit. Die Barrierenwirkung der Grenze besteht ihrer Einschätzung nach nicht in den Grenzverkehrsvorschriften, sondern in der ungenügend ausgebauten Infrastruktur. Erhebliche Defizite wurden in diesem Zusammenhang explizit bei den Straßen und Grenzübergängen genannt,

wie es den folgenden Aussagen zu entnehmen ist:

*„Die Durchlässigkeit der slowakisch-polnischen Grenze wird durch bestimmte Zoll- und Kontrollprozeduren - wie zum Beispiel fyto-vetäriäre Kontrollen bei landwirtschaftlichen Produkten negativ beeinflusst. Viel undurchlässiger wird die Grenze jedoch durch die katastrophale Verkehrsinfrastruktur. Der Bezirk Žilina hat keine Autobahn- oder Schnellstraßenverbindung mit den Nachbarregionen. Die meisten Grenzübergänge haben wegen schlechten Straßen eine Gewichtsbeschränkung und sind somit für Warenverkehr nur eingeschränkt oder gar nicht vom Nutzen. Schwere LKWs über 24 Tonnen müssen deshalb aus Žilina nur mit einem Umweg über den überlasteten Grenzübergang Trstená oder über Tschechien nach Polen fahren. (...) Ein ähnliches Problem sehe ich auch an der slowakisch-tschechischen Grenze. Hier steht die Realität noch in einem krassen Kontrast mit der geplanten Entwicklung. Nach der Trennung der Föderation 1993 haben sich Regierungen beider Länder zur Beibehaltung und Vertiefung der gegenseitigen Überstandardbeziehungen verpflichtet. Es wurde auch eine Vereinbarung über die Zollunion geschlossen. Bedeutet die Zollunion in der Praxis aber, dass slowakische LKWs, die nach Tschechien fahren, in der gleichen Schlange mit LKWs aus Rumänien und der Ukraine warten müssen und sich oft den gleichen Prozeduren unterziehen müssen?“* (Mitarbeiter der Regionalen Entwicklungsagentur Čadca, SK)

*„Die Verkehrsanbindung und Durchlässigkeit der Grenze mit Polen und auch mit der Slowakei halte ich für ungenügend. Die Grenze behindert den wirtschaftlichen Austausch mit Polen und auch mit der Slowakei.“* (Mitarbeiter der Abt. Regionalentwicklung der Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„Die Durchlässigkeit der tschechisch-polnischen Grenze wird für die Lokalbevölkerung durch den schlechten technischen Zustand des relativ dichten Netzes von lokalen Straßen in unserem Grenzgebiet wesentlich gehemmt.“* (Vertreter der tschechisch-polnischen Euroregion Tesinske Slezsko, CZ)

Während die Zollbarrieren mit dem Beitritt dem EU-Binnenmarkt am 01.05.2004 weg fielen, wird die schlechte Verkehrsinfrastruktur den wirtschaftlichen Austausch über die betroffenen Grenzen nach Einschätzung der Akteure noch über mehrere Jahre hinaus beeinträchtigen. Auch die Passkontrollen, in denen die Befragten jedoch keine bedeutende Einschränkung sahen, werden erst nach dem Beitritt dem Schengen-Abkommen voraussichtlich nicht vor 2007 aus dem Grenzalltag im tschechisch-slowakisch-polnischen Dreiländereck verschwinden.

### **Schriftliche Befragung:**

Die Auswirkung der Durchlässigkeit der Grenzen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollte bei der schriftlichen Befragung anhand der Aussage *„Die Durchlässigkeit der Grenze ist unzureichend und stellt ein wesentliches Hindernis für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dar“* eingeschätzt werden.

Die Auswertung zeigt, dass die Befragten die ungenügende Durchlässigkeit der Grenze bei allen drei Grenzenabschnitten mehrheitlich als ein Kooperationshindernis bewertet haben. Die Zustimmungsbereitschaft mit der Aussage ist jedoch an den Grenzenabschnitten nicht gleich: Während die Zustimmung an der tschechisch-polnischen sowie der tschechisch-slowakischen Grenze nur tendenziell ausfiel, wird die slowakisch-polnische Grenze von den slowakischen und polnischen Teilnehmern wesentlich intensiver als Kooperationsbarriere bewertet. Insbesondere bei den slowakischen Akteuren stellt man eine deutliche Gewichtung in ihren Bewertungen fest: Während sie die Grenze zu der tschechischen Nachbarregion nur mit 61% als ein Hindernis einschätzten, fällt diese Bewertung bezüglich der slowakisch-polnischen Grenze mit 96% (und mit 78% vorbehaltlos) wesentlich stärker aus (vgl. Tab. A-48 im Anhang, S. XIX).



#### 5.4.6.8. Verkehrsinfrastruktur

##### Ergebnisse der Interviews

Erwartungsgemäß haben alle tschechischen und slowakischen Akteure die Qualität der Verkehrsinfrastruktur in der jeweiligen Region als nicht ausreichend bewertet. Die Verkehrsinfrastruktur wird grundsätzlich als ein wichtiges Kooperationshindernis wahrgenommen. Die Gesprächspartner bewerteten die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur als eine der vordringlichsten Aufgaben in der Regionalentwicklung. Die Befragten haben sich bei ihren Aussagen weitgehend auf die Defizite im Straßenverkehr beschränkt - das deutet auf den besonders hohen Stellenwert des Straßenverkehrs in der regionalen Verkehrskonzeption hin. Neben der Verbesserung der interregionalen Verkehrsanbindung (Anschluss an das europäische Autobahnnetz) besteht nach Meinung der Befragten ein akuter Handlungsbedarf auch im Ausbau der internen Verkehrsinfrastruktur in der jeweiligen Grenzregion.

In den Aussagen zeichnete sich jedoch eine deutliche Prioritätensetzung – die tschechischen Akteure nahmen Defizite in der Verkehrsinfrastruktur mit Polen wesentlich stärker wahr als bezüglich der Slowakei. Ähnlich räumten die slowakischen Gesprächspartner eine eindeutige Priorität der Verbesserung der Verkehrsanbindung mit Polen ein.

*„Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur ist ohne Zweifel ein sehr einschränkender Faktor. Ein Anschluss an das europäische Autobahnnetz fehlt der Region sehr. Diese Autobahn D47 befindet sich zur Zeit im Bau und sie wird hoffentlich bis 2007 bis zur polnischen Grenze geführt, wo sie sich an die polnische Autobahn D1 anschließen sollte. Damit sollten die beiden Regionalzentren Ostrava und Katowice verbunden werden. (...) Die Verkehrsanbindung mit Polen sowie mit der Slowakei halten wir für nicht ausreichend, durch die geringe verkehrstechnische Durchlässigkeit der beiden Grenzen wird der wirtschaftliche Austausch wesentlich eingeschränkt. (...) Ja, die verkehrstechnischen Probleme sind an der Grenze zu Polen wesentlich stärker ausgeprägt.“*

(Mitarbeiter der Abt. für Regionalentwicklung, Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„Die Verkehrsinfrastruktur ist nicht ausreichend und behindert wesentlich die Durchlässigkeit der Grenzen. Ich halte die ständigen Verzögerungen beim Bau der Autobahn D18, die als Teil des europäischen Hauptkorridors die interregionale Verbindung mit Polen wesentlich verbessern würde, für eine große Bedrohung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, sowie für die Regionalentwicklung des Bezirkes Žilina allgemein. Der wirtschaftliche Austausch mit Polen wird bisher wesentlich dadurch gebremst, dass es auf dem ca. 150 Km langen Streckenabschnitt keinen Straßengrenzübergang für LKWs ohne Beschränkung gibt.“*

(Mitarbeiter der Regionalen Entwicklungsgesellschaft in Žilina, SK)

*„Die Verkehrsinfrastruktur in unserer Region ist in katastrophalem Zustand. Der Bezirk Žilina hat keine Autobahn- oder Schnellstraßenverbindung mit den Nachbarregionen in Tschechien sowie in Polen. Die meisten Grenzübergänge haben wegen schlechter Straßen eine Gewichtsbeschränkung und sind somit für Warenverkehr nur eingeschränkt oder gar nicht nutzbar. Schwere LKWs über 24 Tonnen können deshalb aus Žilina nur mit einem weiten Umweg über den überlasteten Grenzübergang Trstena oder über Tschechien nach Polen fahren. (...) Große Defizite sehe ich aber auch in der regionalen Verkehrsanbindung. In den Bergdörfern an der Grenze zu Polen kommt man sich wegen fehlender Straßenverbindung mit Polen, aber auch mit Tschechien tatsächlich wie am Rande der Welt vor.“*

(Mitarbeiter der Regionalen Entwicklungsagentur Kysuce in Čadca, SK)

Das folgende Zitat bezieht sich auf die Mikroregion Horní Kysuce im Bezirk Žilina an der Grenze zu Polen. Dort gelegene Gemeinden sind im bergigen Terrain von den polnischen Nachbarn, vom Hinterland und von der ca. 25 Km in Luftlinie entfernten tschechischen

Grenze verkehrstechnisch weitgehend isoliert.

*„Die Verkehrsinfrastruktur ist katastrophal. Die Verbindung mit Polen ist schlecht, der nächste Straßengrenzübergang ist 35 Km entfernt. Noch schlechter ist jedoch die Verbindung mit der tschechischen Region. Vor 15 Jahren wurde die direkte Straßenverbindung wegen des Baus einer Talsperre getrennt. Bis heute warten wir vergeblich darauf, dass man die Verbindung durch eine Verlegung des Straßenabschnittes an der Talsperre vorbei wieder herstellt. Die Pläne dafür sind längst fertig, mit dem Bau wurde noch nicht angefangen... Zum nächsten tschechischen Grenzübergang müssen LKWs und Busse deshalb 150 Km Umweg fahren... Unsere Gemeinde unterhält aus eigenen Mitteln eine Forststraße, die bei Schneefreiheit von PKWs befahren werden kann.“*

(Bürgermeister der Gemeinde Oravská Lesná an der slowakisch-polnischen Grenze, SK)

Die Defizite in der Verkehrsinfrastruktur hindern die Intensivierung der Zusammenarbeit nach Auffassung der Akteure vor allem im wirtschaftlichen Bereich, wie es die vorhergegangenen Aussagen belegen. Beim grenzüberschreitenden Privatverkehr, für den Land- und Kreisstraßen im Rahmen des ‚kleinen Grenzverkehrs‘ oft vielmehr relevant sind, wurden die verkehrstechnischen Probleme durch die Befragten unterschiedlich empfunden. Während die Durchlässigkeit der slowakisch-tschechischen Grenze für den Privatverkehr als zufrieden stellend beurteilt wurde, wiesen die Befragten auf deutliche Behinderungen im Privatverkehr an der tschechisch-polnischen sowie an der slowakisch-polnischen Grenze hin. Diese Bewertungsunterschiede spiegeln die unterschiedliche geschichtliche Entwicklung im letzten Jahrhundert. Im heutigen tschechisch-slowakischen Grenzgebiet sind unter der gänzlichen Personen- und Warenfreizügigkeit während der Tschechoslowakei Straßenverbindungen systematisch ausgebaut worden, während man an der tschechoslowakisch-polnischen Grenze und insbesondere im tschechisch-polnischen Grenzenabschnitt diese Straßen, die an den offiziellen Grenzübergängen vorbei führten, sperren und verfallen ließ. Während die Einführung des kleinen Grenzverkehrs an den Grenzen CZ/PL sowie PL/SK eine wesentliche Lockerung des Grenzregimes bedeutete, stellt der kleine Grenzverkehr an der tschechisch-slowakischen Grenze eher eine Verschärfung der Grenzregelungen dar. Slowakische Vertreter der Gemeinden an der Grenze zu Tschechien befürchteten, dass diese Verschärfung der Regelungen die weitere Intensivierung des Privatgrenzverkehrs und der wirtschaftlichen Nutzung beeinträchtigen werde. Im Gegensatz dazu wird an der tschechisch-polnischen Grenze eine Beeinträchtigung der Durchlässigkeit im ‚kleinen Grenzverkehr‘ auf Grund des schlechten Zustands von lokalen Verkehrswegen in der unmittelbaren Grenznähe wahrgenommen, wie das folgende Zitat belegt:

*„Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur ist keineswegs ausreichend und bremst die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Es ist notwendig, die verkehrstechnische Durchlässigkeit der tschechisch-polnischen Grenze zügig zu verbessern. Das betrifft nicht nur die Hauptstraßen an den Grenzübergängen, sondern gleichwohl auch die Verkehrsanbindung von Stellen, die für Grenzübertritte im kleinen Grenzverkehr für die Lokalbevölkerung sehr wichtig sind.“*

(Vertreter der tschechisch-polnischen Euroregion Těšínské Slezsko, Trinec, CZ)

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wird zwar laut Aussagen der Interview-Partner in der strategischen Planung stark forciert, die praktische Umsetzung betrachten sie jedoch als sehr schwierig und man wird dafür mehrere Jahre benötigen. Als Gründe wurden genannt: Finanzierungsprobleme, Verzögerungen bei den verwaltungstechnischen und rechtlichen Maßnahmen sowie unterschiedliche Prioritätensetzung bei den regionalen und den zentralen

Verwaltungsstellen (SK). Bezüglich der EU-Förderung wurde von einigen Gesprächspartnern eine Benachteiligungsempfindung zum Ausdruck gebracht, da die verkehrsinfrastrukturellen Maßnahmen an der tschechisch-deutschen bzw. polnisch-deutschen Grenze viel intensiver von der EU unterstützt wurden.

### **Auswertung der schriftlichen Befragung**

Zur Erfassung von Beurteilungen über die Auswirkungen der Verkehrsinfrastruktur auf die Kooperation wurde den Respondenten folgende Aussage vorgelegt: *„Schlechte Verkehrsinfrastruktur hemmt deutlich die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen.“*

In den Beurteilungen der Respondenten zeichnete sich deutlich eine tendenzielle Zustimmung zu der Aussage ab, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch schlechte Verkehrsinfrastruktur gehemmt wird. Deutlich intensiver fällt die Zustimmung bei der Kooperationsbeziehung PL/SK aus - 95% (SK) resp. 73% (PL) der Befragten stimmten der Aussage zu. Ein Beweis dafür, dass die verkehrsinfrastrukturellen Defizite an der slowakisch-polnischen Grenze – und insbesondere im slowakischen Grenzgebiet - sehr stark wahrgenommen werden (vgl. Tab. A-49 im Anhang, S. XX).

### **5.4.6.9. Grenzübergreifender Arbeitsmarkt**

#### **Ergebnisse der Interviews**

Die Aussagen der slowakischen und der tschechischen Gesprächspartner haben bestätigt, dass die grenzüberschreitende Beschäftigung eine wichtige Rolle in der Entwicklung beider Grenzregionen spielt.

In den Aussagen der slowakischen sowie der tschechischen Befragten spiegelt sich eine positive Wahrnehmung des einheitlichen tschecho-slowakischen Arbeitsmarktes vor der Trennung der ČSFR, der durch einseitige Migration der slowakischen Arbeitnehmer in das tschechische Landesteil gekennzeichnet war.

*„Im sozialistischen Wirtschaftssystem, in dem volle Beschäftigung herrschte, gab es keinen Grund, slowakische Arbeitnehmer negativ zu betrachten. Nach der Trennung hat sich die Wahrnehmung an vielen Orten, die durch den Strukturwandel stark betroffen wurden, zwar radikalisiert, das immer noch stark empfundene Zusammengehörigkeitsgefühl ließ jedoch eine deutlich negative Einstellung nicht entstehen.“* (Mitarbeiter der regionalen Entwicklungsagentur Ostrava, CZ)

Dieser Befund deutet darauf hin, dass der tschechisch-slowakische grenzüberschreitende Arbeitsmarkt durch frühere Entwicklungen politisch weitgehend unbelastet ist, die insgesamt positive Wahrnehmung dürfte die Umsetzung potenzieller Maßnahmen erleichtern.

Bezüglich der Möglichkeiten der künftigen Intensivierung der Mobilität der Arbeitnehmer im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck äußerten sich die Gesprächspartner skeptisch. Als Begründung für diese negative Einschätzung wurde die schlechte Wirtschaftslage mit hoher Arbeitslosigkeit in jeder der drei Regionen genannt, die bewirkt, dass die politischen Entscheidungsträger in der tschechischen Region eine grenzüberschreitende

Zusammenarbeit auf dem Arbeitsmarkt nicht anstreben werden.

*„Ich glaube nicht, dass es in den nächsten Jahren zu einer wesentlich größeren Migration der Arbeitnehmer aus der slowakischen sowie der polnischen Nachbarregion kommen wird. Auch wenn es eine rechtliche Gleichheit geben wird, werden die tschechischen Bewerber vor ihren slowakischen oder polnischen Mitbewerbern immer bevorzugt eingestellt – abgesehen von anderen Benachteiligungen in Steuern und Sozialversicherung.“*

(Mitarbeiter in der Abteilung Regionalentwicklung der Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„Meiner Einschätzung nach wird die Anzahl der slowakischen oder polnischen Arbeitnehmer in unserer Region sicherlich nicht wachsen. Dafür ist die Arbeitslosigkeit hier zu hoch... Ich denke aber, dass sich die Zusammensetzung der Grenzgänger verändern wird – die Arbeiter in Stahl- und Metallverarbeitungsindustrie sowie im Bergbau werden deutlich weniger, die Anzahl von hoch qualifizierten Arbeitskräften und Dienstleistern wird steigen.“*

(Mitarbeiter der regionalen Entwicklungsgesellschaft Ostrava, CZ)

*„Die Arbeitslosigkeit bleibt in unserer Region sowie in den Nachbarregionen in Tschechien und Polen stabil hoch und auch in den nächsten Jahren kann man nicht erwarten, dass sie zurückgeht. Es ist deshalb verständlich, dass Maßnahmen zur Förderung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes durch die politischen Entscheidungsträger nicht gewollt ist. Von daher sehe ich eine dynamische Entwicklung der grenzüberschreitenden Beschäftigung in unserem Dreiländereck für nicht realistisch, obwohl die gesetzlichen sowie sprachlichen und kulturellen Bedingungen dafür – zumindest bezüglich des tschechisch –slowakischen Verhältnisses - mir als sehr günstig erscheinen.“*

(Mitarbeiter der regionalen Entwicklungsgesellschaft Žilina, SK)

*„Diejenigen Einwohner unseres Dorfes, die in der Tschechischen Republik beschäftigt sind, stellen auch nach dem deutlichen Rückgang nach 1993 den dominanten Anteil. Ich denke, dass sich dieser Anteil künftig vergrößern wird. In der polnischen Nachbarregion haben nur wenige Einzelpersonen gearbeitet und meiner Einschätzung nach wird es dabei auch künftig bleiben.“*

(Bürgermeister der grenznahen Gemeinde Skalité, SK)

### **Auswertung der schriftlichen Befragung**

Den Befragten wurde zur Beurteilung folgende Aussage gestellt: 'Die Anzahl der Einwohner unserer Region, die in der angrenzenden Region beschäftigt sind, wird in den nächsten Jahren steigen.'

Bereits die ermittelten Mittelwerte, die Werte von 3,0 bis 3,6 erreichen, geben deutlich eine weitgehende Ablehnung der Aussage bei Vertretern aller drei Grenzregionen wieder.

Aus den Häufigkeitsverteilungen ist erkennbar, dass die Aussage insbesondere bei den tschechischen Befragten bezüglich beider Nachbarregionen auf eine sehr intensive Ablehnung stieß – alle Respondenten stimmten dagegen, wobei der Anteil der Ablehnungen ohne Einschränkung rund 50% betrug. Nur bei den slowakischen Befragten zeichnete sich bezüglich der tschechischen Nachbarregion mit knapp 30% eine deutlichere Zustimmungsbereitschaft ab. Die relativ niedrigen Werte der Standardabweichung sprechen eher für ein homogenes Beurteilungsverhalten (vgl. Tab. A-50 im Anhang, S. XX).

#### 5.4.6.10. Gegenseitige grenzübergreifende Kontakte durch die Lokalbevölkerung

Die Gesprächspartner wurden gefragt, ob die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die Häufigkeit der gegenseitigen Grenzkontakte der Lokalbevölkerung wesentlich beschleunigt wird und ob sich die Grenzkontakte künftig intensivieren werden. Dazu folgende Aussagen:

*„Meiner Meinung nach sind die Kontakte zwischen unserer Bevölkerung und den polnischen Nachbarn häufig. Leider beschränkt sich das Interesse bei den meisten Leuten nur auf das Einkaufen von günstigen Waren auf den polnischen Grenzmärkten. Ein längerer Besuch oder ein ideeller Austausch findet also nicht statt. Ich denke, bei den Polen ist es ähnlich – die kaufen bei uns massenhaft Bier, Alkohol und Lebensmittel. Meiner Einschätzung nach wird die Anzahl von Besuchern zusammen mit dem Grenzhandel nach dem EU-Beitritt zurückgehen und der Anteil der nicht-wirtschaftlich motivierten Grenzübertritte wird steigen.“*

(Mitarbeiter in der Abt. Regionalentwicklung der Regionalbehörde Ostrava, CZ)

*„Dominantes Motiv unserer Mitbürger, die über die Grenze nach Polen reisen, ist ohne Zweifel das Einkaufen. Das gleiche gilt aber auch für die Polen, die in unsere Region reisen. Wir versuchen, die Leute beiderseits der Grenze auch für kulturelle Veranstaltungen und Freizeitgestaltung zusammen zu bringen. Die Errichtung eines gemeinsamen Informationsportals im Internet ist ein Beispiel für unsere Bemühungen. (...) Ich denke aber, dass die gegenseitigen Grenzkontakte der Bevölkerung in unserem Grenzgebiet die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern.“*

(Vertreter der tschechisch-polnischen Euroregion Těšínské Slezsko, Třinec, CZ)

*„Die grenzüberschreitenden Kontakte zwischen unserer Bevölkerung und den polnischen Nachbarn sind meiner Meinung nach wenig intensiv. Die Ursache dafür sehe darin, dass es in der Grenznahe auf beiden Seiten keine größere Stadt gibt, die Besucher mit kulturellen Veranstaltungen oder mit Einkaufsmöglichkeiten lockte. Eine bedeutende Rolle spielt sicherlich auch die sehr schlechte Verkehrsverbindung. Die Anzahl der ‚Einkaufsbesucher‘ ist in den letzten Jahren auch zurückgegangen. Die Leute fahren lieber in die Tschechische Republik, wo sie auch günstig einkaufen können, zudem verdienen viele von ihnen auch dort ihr Zubrot. (...) Meiner Einschätzung nach werden die Kontakte der Bevölkerung auch künftig nicht wesentlich intensiver.“*

(Mitarbeiter der regionalen Entwicklungsagentur Žilina, SK)

*„Regelmäßige Kontakte zwischen unserer Bevölkerung und den polnischen Nachbarn sind tatsächlich eher geringfügig und bestehen weitgehend aus dem Einkaufstourismus. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, dass es nicht leicht ist, die Leute für eine gemeinsame Veranstaltung zu begeistern. Als eine erfreuliche Entwicklung stellt sich die wachsende Anzahl der Touristen aus der polnischen sowie der tschechischen Nachbarregion vor allem in der Wintersaison dar.“*

(Bürgermeister einer slowakischen Gemeinde im Dreiländereck, SK)

*„In der Intensität und im Charakter der Kontakte der Lokalbevölkerung mit den polnischen sowie den tschechischen Nachbarn sehe ich ein Defizit. Hier muss man intensiver fördern. Für ein sehr wichtiges Hindernis halte ich die schlechte Erreichbarkeit. Alle regionalen Buslinien enden an der Grenze. Ohne eigenes Auto kommt man einfach nicht in die Nachbarregion!“*

(Vertreter der tschechisch-polnisch-slowakischen Euroregion Beskydy, Turzovka, SK)

Aus den Äußerungen der Gesprächspartner geht hervor, dass die gegenseitigen Kontakte der Lokalbevölkerung an allen drei untersuchten Grenzabschnitten vorwiegend wirtschaftlich motiviert sind. An der tschechisch-polnischen Grenze ist der Einkaufstourismus, der in beiden Richtungen stattfindet, besonders stark ausgeprägt und betrifft vor allem Lebensmittel, Alkohol

und Möbel; die Inanspruchnahme von Dienstleistungen spielt dabei eine geringfügige Rolle.

Im tschechisch-slowakischen Grenzgebiet sind die Slowaken im Einkaufstourismus agiler als die Tschechen. Sie kaufen vor allem Lebensmittel ein. Diese Einkaufsbesuche sind im hohen Maße regelmäßig und werden vorwiegend am Arbeitsort getätigt, sind also nicht nur auf wenige grenznahe Ortschaften beschränkt und betreffen vielmehr auch Städte im Ostrauer Gebiet. Damit unterscheidet sich der Einkaufstourismus der slowakischen Bevölkerung in der tschechischen Region von deren Einkäufen jenseits der polnischen Grenze, die am häufigsten in den nächstgelegenen grenznahen Dörfern oder Städten erledigt werden.

Im kulturellen Bereich versucht man den gegenseitigen Austausch durch Maßnahmen zur Verbesserung der Informierung der Lokalbevölkerung über bevorstehende Veranstaltungen und Ereignisse zu intensivieren. Als Beispiele nannten die Gesprächspartner regionale virtuelle Informationsportale, deren Träger die betreffenden Euroregionen sind. Darüber hinaus wurden auch durch die Regionalbehörden eigene regionale Informationsportale errichtet.

Als ein bedeutendes Hindernis in der Intensivierung der grenzüberschreitenden Kontakte der Grenzbevölkerung wird durch die Befragten übereinstimmend die schlechte Verkehrsanbindung und Erreichbarkeit der Standorte angesehen. Das Reisen in die Nachbarregionen wird wesentlich dadurch behindert, dass im Dreiländereck keine grenzüberschreitende regionale Bus- bzw. Zugverbindung betrieben wird.

Bezüglich der tschechisch-polnischen und slowakisch-polnischen Grenze stellt diese Tatsache kein Novum dar, während im tschechisch-slowakischen Grenzgebiet zu den tschechoslowakischen Zeiten mehrere Buslinien betrieben wurden, durch die grenznahe tschechische und slowakische Gemeinden und Städte miteinander verbunden wurden. Wegen geringer Auslastung dieser Buslinien in Folge der Abnahme der Anzahl der slowakischen Berufspendler wurde der Betrieb dieser grenzüberschreitenden Buslinien eingestellt. Auch die Fernbuslinien, die eine Beförderung zwischen den an den Internationalen Straßen E442 und E75 gelegenen Städten möglich machen, sind auf 30% des Standes von 1993 reduziert worden.

Über die tschechisch-polnische Grenze ermöglichen die Fernbuslinien eine direkte Beförderung nur zwischen Ostrava (CZ) und Bielsko-Biała (PL) über die slowakisch-polnische Grenze ist eine Beförderung nur zwischen Žilina (SK) und Bielsko-Biała (PL) möglich.

Damit bleibt der grenzüberschreitende Personennahverkehr im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck im Wesentlichen auf die Beförderung durch eigene PKW beschränkt. Dies bedeutet eine Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsschichten (Rentner und Jugendliche) und Einzelpersonen. In den nächsten Jahren sehen die befragten Akteure keine Verbesserung der grenzüberschreitenden Erreichbarkeit. Deutlich hat ein Mitarbeiter der tschechischen regionalen Busverkehrsgesellschaft die Perspektiven dargelegt:

*„Meiner Einschätzung nach wird sich an der heutigen Situation in den nächsten 3 Jahren nicht viel ändern. Damit wir diese Buslinien, die wirtschaftlich gesehen mit Verlust verbunden sind, wieder in Betrieb nehmen bzw. sie neu einrichten könnten, muss entweder eine stärkere Nachfrage vorhanden sein, oder müsste der Betrieb der grenzüberschreitenden Linien von den betroffenen Gebietskörperschaften oder Verkehrsministerien der betroffenen Länder bezuschusst werden. Wenn man sich die Entwicklungen in den westeuropäischen Grenzregionen anschaut, wird deutlich, dass die Lösungen in der Verkehrspolitik der regionalen Selbstverwaltungen zu suchen sind.“*

(Mitarbeiter des Tschechischen Busverkehrsbetrieb Havířov AG, Abt. Entwicklung der Busfahrpläne, Havířov, CZ)

In der schriftlichen Befragung wurde den Akteuren zur Beurteilung dieses Aspektes folgende Aussage vorgelegt: ‚Die Ausreishäufigkeit der Einwohner unserer Region in die benachbarten Regionen wird in den kommenden Jahren deutlich steigen.‘

In den Beurteilungen der Respondenten wurde eine insgesamt tendenzielle Zustimmung in jeder Kooperationsbeziehung festgestellt – wie das auch die errechneten Mittelwerte belegen. Mehr als 75% der Befragten waren der Auffassung, dass die Kontakte der Grenzbevölkerung über die Grenze hinweg in den nächsten Jahren wesentlich zunehmen werden. Bezeichnend dabei war, dass der deutlich überwiegende Teil der Zustimmungen nur tendenziell ausfiel. Nur bei den tschechischen Befragten wurde eine Verunsicherung über die Richtigkeit der Aussage deutlich (MW = 2,4 resp. 2,3).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Intensität der gegenseitigen Kontakte der Grenzbevölkerung als ein Defizit wahrgenommen wird. Die Ursache dafür sehen die Befragten vor allem in den geographischen Verhältnissen sowie der schlechten grenzübergreifenden Verkehrsverbindung und Erreichbarkeit der Standorte. In den Regelungen des Grenzverkehrs sahen die Interviewpartner hingegen kein wesentliches Hindernis.

Bezüglich der Frage, ob sich die grenzübergreifenden Kontakte der Lokalbevölkerung in den nächsten Jahren intensivieren werden, stellte man bei den Einschätzungen in den Interviews und bei der schriftlichen Befragung zwar Differenzen fest, sie deuten jedoch auf keine grundsätzlichen Einschätzungsunterschiede hin.

#### **5.4.6.11. Zusammenfassung**

In allen bilateralen Kooperationsbeziehungen wurden ‚Mangelnder Informationsaustausch‘ sowie ‚Geringe Betroffenheit der Grenzbevölkerung‘ als Hemmnisse am stärksten beurteilt. Als Gründe für die Defizite im Informationsaustausch nannten die Akteure in den Interviews vornehmlich die vergleichsweise geringen praktischen Erfahrungen mit der Umsetzung der Programme sowie die Verwaltungsreformen, die in den drei Staaten zwischen 1999-2003 in mehreren Phasen umgesetzt wurden. In der geringen Sensibilisierung der Lokalbevölkerung für die Zusammenarbeit sahen die interviewten Kommunenvertreter den Grund dafür, dass Kooperationsprojekte (immer mit eigener Kofinanzierung verbunden) oft politisch schwer durchsetzbar sind. Auf einen sehr niedrigen Wissensgrad und niedrige emotionale Sensibilität bezüglich der Euroregion Beskydy verweist auch GRABOWSKA (2003) auf Grund einer Befragung, an der 425 Studenten in Bielsko-Biala (PL) teilnahmen.

Die anderen Faktoren wurden aber sehr unterschiedlich bewertet (vgl. Diagramm 6). Deutliche regionale Differenzen fallen bei den Kategorien ‚Historische Ereignisse‘ sowie ‚Negative zwischenmenschliche Beziehungen‘ auf – sie wurden von den tschechischen und den polnischen Akteuren bezüglich der Kooperation CZ/PL als Hemmnis mehrheitlich verneint, doch diese Ablehnung fällt deutlich knapper als bezüglich ihrer Zusammenarbeit mit den Slowaken. Deutliche Unterschiede wurden auch bei den Kategorien ‚Geringe Durchlässigkeit der Grenzen‘ und ‚Schlechte Verkehrsanbindung‘ festgestellt – während bei der Kooperation SK/PL gerade hier die wichtigsten Hemmnisse empfunden werden, fiel die Zustimmung bei den anderen untersuchten Kooperationsbeziehungen deutlich geringer aus.

Die erheblichen Bewertungsunterschiede indizieren unterschiedliche Rahmenbedingungen

und geben gleichzeitig Hinweise auf unterschiedliche Prioritätensetzungen bei der praktischen Forcierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den einzelnen Grenzen. Die Ergebnisse sprechen für die Entwicklung von bilateralen Kooperationspartnerschaften im jeweiligen Grenzgebiet.

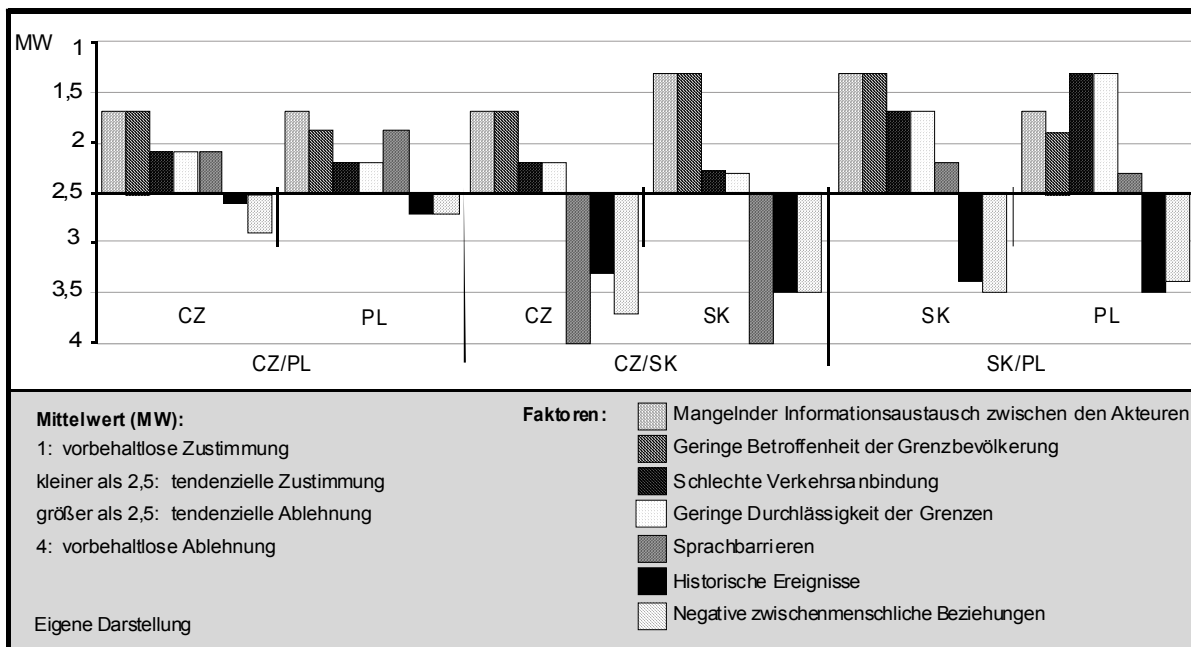


Diagramm 6: Hemmnisse der Zusammenarbeit in den Einschätzungen der Akteure (Mittelwerte)

#### 5.4.7. Beurteilungen der Bedeutung einzelner Akteure

In diesem Kapitel werden Aussagen zu Beurteilungen der Einflussnahme von beteiligten Akteuren auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit präsentiert.

Das Ziel war festzustellen, welche Akteure als Hemmnis bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wahrgenommen werden und wie sich dieses Wahrnehmungsbild zwischen den einzelnen Grenzregionen und Kooperationsbeziehungen unterscheidet.

Zu dieser Zielsetzung hat die Unterstellung geführt, dass jeder der Akteure, die an der Umsetzung der EU-Förderprogramme (PHARE CBC) beteiligt sind, die Zusammenarbeit durch seine Handlungen (aktiv) bzw. durch seinen Zuständigkeitsbereich (passiv) entweder positiv beeinflusst oder die Intensivierung der Zusammenarbeit behindert.

Durch die Expertengespräche konnte erfasst werden, welche Akteursgruppen als besonders relevant für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelten können. Dabei haben sich folgende Kategorien ergeben:

- Zentrale Verwaltungsstellen
- Regionale Verwaltungen
- Kommunale Verwaltungen
- Regionale und Euroregionale Verbände



- Industrie- und Handelskammer
- Wirtschaftssubjekte
- Regionale Entwicklungsgesellschaften
- Hochschulen und Forschungsstätten
- Medien

In der schriftlichen Befragung wurde dann untersucht, inwieweit diese Akteurskategorien als ‚Beschleuniger‘ bzw. als ‚Bremser‘ der Zusammenarbeit wahrgenommen werden.

Andere Akteure, die zur Zeit die Umsetzung der Förderprogramme im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum nicht wesentlich beeinflussen und die nach Einschätzung der Interviewpartner in die Entwicklung der Zusammenarbeit auch in den nächsten Jahren nicht bedeutsam eingreifen werden, wurden in der schriftlichen Befragung nicht untersucht.

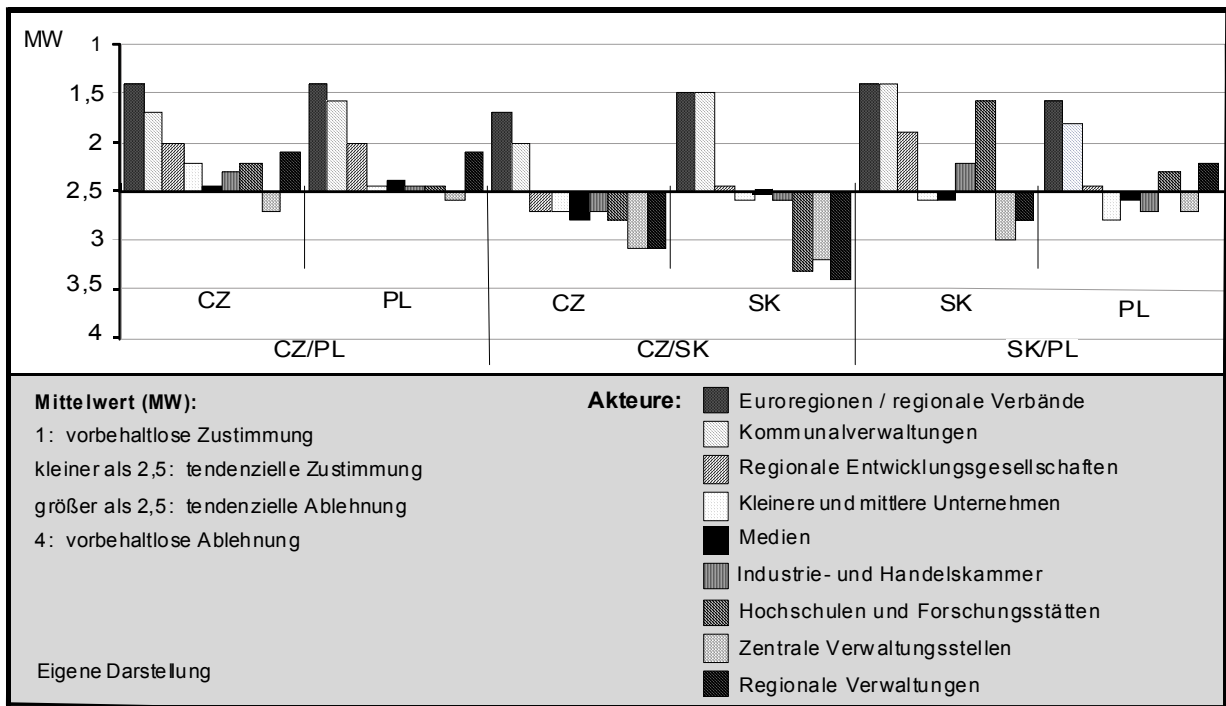
In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass auch andere Akteure, die in der schriftlichen Untersuchung unberücksichtigt blieben, förderberechtigt sind und eine grenzüberschreitende Kooperation auf dem eigenen Handlungsgebiet wohl praktizieren. Als Beispiel können hier die Naturschutzorganisationen oder Kultur- und Sportvereine aufgeführt werden. Die Rückschlüsse auf deren Bedeutung können durch Auswertung der Kategorien ‚Aktuelle Handlungsfelder‘ und ‚künftige Handlungsfelder‘ sowie ‚Ziele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit‘ gezogen werden.

In der schriftlichen Befragung sollten die Respondenten die Geltung von Aussagen mit folgender Formulierung bewerten: *‚Akteur X hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wesentlich gefördert.‘* Das Ergebnis ist durch erhebliche regionale Bewertungsdifferenzen geprägt (vgl. Diagramm 7). Bezüglich der zentralen Verwaltungsstellen, der regionalen Verwaltungen, der Hochschulen und der Forschungsinstitute wurden sehr deutliche Unterschiede in der Zustimmungintensität zwischen den einzelnen Teilregionen sowie zwischen den einzelnen Kooperationsbeziehungen erfasst. Bei den Kategorien ‚Euroregionen und regionale Verbände‘ und ‚Kommunalverwaltungen‘ wurde hingegen in allen drei Teilregionen grundsätzlich eine ähnliche Zustimmungsbereitschaft ermittelt.

Bei einer akteursbezogenen Betrachtung wird es deutlich, dass die zentralen Verwaltungsstellen mit Mittelwerten von 2,6 bis 3,2 in allen untersuchten Kooperationsbeziehungen als Förderer tendenziell abgelehnt wurden. Besonders intensiv zeichnet sich die Ablehnung bei den tschechischen und den slowakischen Befragten bezüglich der Kooperation CZ/SK, sie betrug mehr als 85%.

Bei den Regionalverwaltungen stellt man bei den tschechischen Befragten eine widersprüchliche Bewertung fest – während die Rolle der Regionalverwaltung in der Kooperation CZ/PL von 65% der Befragten als förderlich angesehen wird, wird diese Meinung bezüglich der Kooperation CZ/SK von nur noch 17% der Befragten vertreten.

In den Beurteilungen der Befragten zu den Kategorien *‚Wirtschaftssubjekte‘* und *‚Industrie- und Handelskammer‘* sowie *‚Hochschulen und Forschungsstätten‘* und *‚Medien‘* zeichnet sich eine Unsicherheit bzw. eine tendenzielle Ablehnung ab. Deutlichere Bewertungsunterschiede zwischen den Kooperationsbeziehungen wurden bei den tschechischen und slowakischen Akteuren erfasst. Sie indizieren Herausbildung von bilateralen Kooperationsbeziehungen, die durch eine unterschiedliche Entwicklungsdynamik geprägt sind.



**Diagramm 7: Akteure als ‚Motoren‘ der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**

Sehr hohe Zustimmung erreichen die Kategorien: ‚Euroregionen und regionale Vereinigungen‘ sowie ‚Kommunale Verwaltungen‘ in allen Kooperationsbeziehungen. Während bei ‚Euroregionen und regionale Vereinigungen‘ keine deutlichen Bewertungsunterschiede festgestellt wurden, zeichnen sich bei der Kategorie ‚Kommunale Verwaltungen‘ deutlichere Meinungsdifferenzen ab. Die höchste Zustimmungsbereitschaft wurde bei den slowakischen Befragten ermittelt, hier stimmten fast alle Befragten der Aussage zu. Die tschechischen Akteure haben hingegen zwischen ihren beiden Kooperationsbeziehungen CZ/PL und CZ/SK deutliche Unterschiede gemacht: Während 21 (50%) von Ihnen die Rolle der Kommunalverwaltungen in der Kooperation mit den polnischen Partnern als wesentlich förderlich angesehen hat, wurde diese Ansicht bezüglich der Kooperation mit den Slowaken nur von 5 (17%) der Befragten unterstützt. Dieser Befund spricht dafür, dass das Engagement und die Einflussnahme der Kommunen im tschechisch-polnischen Grenzgebiet durch die Akteure als intensiver wahrgenommen wird als bei den Kommunen im tschechisch-slowakischen Grenzgebiet. Das Abstimmungsverhalten der polnischen Befragten weist eine ähnliche Tendenz auf.

**Zusammenfassung:**

Die Feststellung, dass die Euroregionen und Kommunen mit Abstand am häufigsten als wichtigste Kooperationsförderer (Initiatoren) durch die Akteure angesehen werden, während die regionalen und zentralen Verwaltungsinstanzen diesbezüglich wesentlich weniger Zuspruch bzw. sogar tendenzielle Ablehnung erfahren haben, spricht deutlich dafür, dass sich die Initiative bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im wesentlichen durch die Kommunen und den euro-/regionalen Vereinigungen entwickeln wird. Es ist ein Indiz dafür, dass der ‚Bottom-up‘-Ansatz sich bei der Umsetzung der Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bereits etabliert hat.

Die Bewertung der anderen Akteure, die durch mehrheitliche Ablehnung bzw. deutliche Unentschlossenheit der Befragten hinsichtlich ihrer ‚Förderer‘-Rolle geprägt ist, beweist, dass diese Akteure die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bisher nicht wesentlich beeinflusst haben. Deutliche Bewertungsunterschiede, die bei einigen von ihnen (Hochschulen und Forschungsstätten, Wirtschaftssubjekte, IHK) erfasst wurden, sprechen jedoch für eine forcierte Entwicklung von bilateralen Partnerschaften, die sich in der Intensität und Ausrichtung voneinander unterscheiden. Diese Tendenz wirkt hemmend auf Entwicklung von trilateralen Kooperationsformen.

Die mehrheitliche Ablehnung der zentralen Verwaltungsinstanzen als Förderer, die bei der Kooperation CZ/SK am deutlichsten wurde, ist weitgehend auf das Regelwerk der PHARE CBC–Programme, das der Programmimplementierung eine stark zentralistische Ausprägung verlieh, zurückzuführen. Angesichts dessen, dass die Implementierung der INTERREG-Programme künftig wesentlich dezentraler abgewickelt wird, ist anzunehmen, dass die Beeinflussung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die zentralen Verwaltungsinstanzen sich künftig grundsätzlich verändern wird.

Durch die Stärkung der regionalen Verwaltungsebene, die mit dem Umstieg von PHARE CBC auf INTERREG IIIA verbunden ist, bekommen die Regionalverwaltungen eine Schlüsselposition in der Programmumsetzung. Die Feststellung, dass die Regionalverwaltungen durch die slowakischen sowie durch die tschechischen Akteure bezüglich der Kooperation CZ/SK als Förderer der Zusammenarbeit mehrheitlich abgelehnt wurden, stellt ein Risiko für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im untersuchten tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum dar.

## 6. Ergebnisse und Beantwortung der Fragestellungen

### 6.1. Regionale Entwicklung in den Grenzregionen: Wandel und Persistenz wirtschafts- und sozialräumlicher Strukturen und der Beziehungen zwischen den Grenzregionen

**Forschungsfragen:** *Welche Auswirkungen hat die Transformation auf den tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum? Welche Raumstrukturen haben sich gewandelt und welche blieben eher persistent? Welche Bedeutung hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Entwicklung der Grenzregionen?*

Die wirtschafts- und sozialräumlichen Strukturen in den Grenzregionen im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck haben sich in den letzten 15 Jahren grundlegend verändert. Der umfassende Transformationsprozess wurde durch die äußeren Rahmenbedingungen auf der europäischen Ebene bestimmt. Die Entwicklungstendenzen in den drei untersuchten Grenzregionen weisen daher trotz unterschiedlicher Intensität deutliche Gemeinsamkeiten auf: Weiterführung der wirtschaftlichen Transformation, Intensivierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, EU-Mitgliedschaft und Beteiligung an der Umsetzung von Gemeinschaftspolitiken. In diesem Zusammenhang lässt sich festhalten, dass die Gestaltung der grenzübergreifenden Beziehungen im Dreiländereck durch die exogenen Rahmenbedingungen in allen drei untersuchten Grenzregionen gleichermaßen sehr begünstigt wird.

Gleichwohl wird die Entwicklung der grenzüberschreitenden Beziehungen durch die regionalen Rahmenbedingungen mitbestimmt. Sie prägen die Handlung der Akteure und entscheiden, ob und in welchen Handlungsgebieten eine Partnerschaftsbeziehung angestrebt wird. Bei der Untersuchung der regionalen Rahmenbedingungen wurden neben vielen Gemeinsamkeiten (offene Grenzen, ähnlicher Transformationsverlauf, hohe Arbeitslosigkeit) auch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Grenzregionen festgestellt. Die regionalen Disparitäten wurden vor allem in der Verteilung des wirtschaftlichen sowie sozialen Potenzials, in der Intensität der grenzüberschreitenden Kontakte und in der unterschiedlichen Dynamik der Regionalentwicklung festgestellt (vgl. Kap. 4.14).

Die Untersuchung hat die Annahme bestätigt, dass der tiefgreifende Wandel ökonomischer sowie gesellschaftlicher Strukturen (und damit verbundene Neuorientierung) eine Verschärfung der innerregionalen Disparitäten und eine Marginalisierung der ländlichen Grenzkreise zur Folge hat. Diese Feststellung lässt sich mit den langfristig hohen und steigenden Arbeitslosenzahlen, der Abwanderung der hochausgebildeten Arbeitskräfte oder mit dem wachsenden Lohngefälle zwischen den Grenzkreisen und dem jeweiligen regionalen Durchschnitt dokumentieren. Die innerregionalen Disparitäten sind in den drei untersuchten Grenzregionen unterschiedlich stark ausgeprägt: In der slowakischen Grenzregion sind sie deutlich markanter als in der tschechischen oder der polnischen Grenzregion.

Im Bezug auf die raumwissenschaftliche Debatte über Wandel und Persistenz der räumlichen Strukturen als Folgen der Transformation in den mittel- und osteuropäischen Grenzregionen (vgl. Haase, A., Wust, A., Knappe, E. und Grimm, F.-D. 2004, S. 18ff, Grimm 1998)

kommt man bei dieser Untersuchung zu der Feststellung, dass der Transformationsprozess im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum eine stark konvergente Wirkung hat. Die Untersuchung hat bestätigt, dass daran auch die Trennung der Tschechoslowakei 1993 nichts geändert hat. Das kann in der Zukunft die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in diesem Grenzraum wesentlich fördern.

Im Gegensatz zu den tief greifenden Veränderungen der wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen wurde lediglich ein allmählicher Wandel (oder sogar Persistenz) bei den Wahrnehmungen der Akteure in Bezug auf die Grenze, die Nachbarn und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit festgestellt. Das gilt vor allem für die tschechisch-polnische und die slowakisch-polnische Beziehung. Die Auswertung der Interviews zeigt deutlich eine weiter bestehende Distanz zwischen den Akteuren beiderseits der Grenze, was sich ungünstig auf die Kooperationsbereitschaft der lokalen und regionalen Akteure auswirkt. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird oft weiterhin nur als eine ‚Zusatzaufgabe‘ oder die äußerste Lösung für ‚Härtefälle‘ empfunden. Auch bezüglich der gegenseitigen Wahrnehmung der Lokalbevölkerung wurden deutliche Hinweise darauf erfasst, dass das Interesse um den Nachbarn und die Nachbarregion nicht wesentlich gewachsen ist. Die Untersuchung bestätigt damit Erfahrungen aus den westeuropäischen Grenzräumen über die Persistenz von ‚mentalenen Grenzen‘, die nach dem Wegfall der Grenzen in den Köpfen der Bevölkerung Jahrzehnte überdauern können und die Intensivierung des grenzüberschreitenden Austausches oder der Zusammenarbeit hemmen. In der tschechisch-slowakischen Beziehung sind die historisch-kulturellen Verbundenheiten trotz der Auflösung der Tschechoslowakei persistent geblieben (die mentalen Barrieren konnten sich nicht entwickeln) und fördern die gegenseitige Zusammenarbeit. Zu bedenken ist jedoch, dass der Betrachtungszeitraum von 13 Jahren zu gering ist, um bezüglich der Persistenz eine klare Aussage machen zu können.

## **6.2. Die Entwicklung und der erreichte Stand der Zusammenarbeit, Hemmnisse und Beschleuniger**

**Forschungsfragen:** *Welche Kooperationsformen bestehen bereits im U-Raum und auf welchen Handlungsfeldern wird die Zusammenarbeit praktiziert? Welche Bedeutung hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Regionalentwicklung? Durch welche Faktoren wird die Zusammenarbeit maßgebend gehemmt und durch welche gefördert? Wie werden die Faktoren durch die regionalen Akteure wahrgenommen und wie werden die Entwicklungschancen und –hindernisse durch sie eingeschätzt?*

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entwickelt sich in diesem Dreiländereck seit 1998 und stellt somit ein sehr junges Phänomen dar. Die Untersuchung hat ergeben, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht aus Empfindung eines Handlungsbedarfs in der Grenzregion entwickelt wurde, sondern vielmehr als Reaktion auf die europäischen Rahmenbedingungen und damit verbundenen Förderungsmöglichkeiten. Erst die Umsetzung der Programme PHARE CREDO /PHARE CBC führte in diesem Grenzraum knapp 10 Jahre

nach der demokratischen Wende die Akteure beiderseits der Grenze zur Zusammenarbeit.

Die Implementierung von PHARE CBC (2000-2004) hat deshalb die Gestaltung der Kooperationsstrukturen im Dreiländereck grundsätzlich bestimmt. Durch die Konzeption der Förderung, die auf zweiseitigen nationalen Programmen basierte, wurden die Weichen auf bilaterale Zusammenarbeit gestellt. Mit dem Ausschluss des tschechisch-slowakischen Grenzgebietes aus der PHARE CBC-Förderung blieb die tschechisch-slowakische Zusammenarbeit, verglichen mit der Entwicklungsdynamik der tschechisch-polnischen und der slowakisch-polnischen Grenzregionen zurück.

Mit der Herausbildung der Kooperationspartnerschaften als Reaktion (Reagieren statt Agieren) der Akteure auf Fördermöglichkeiten seitens der EU stellen sich Fragen danach, welchen Stellenwert der Zusammenarbeit durch die Akteure zugewiesen wird. Denn es wird unterstellt, dass die Entwicklungsperspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch Wahrnehmung deren Stellenwertes durch die Akteure maßgebend beeinflusst werden.

Aus den Beurteilungen der Befragten über die Ziele der Zusammenarbeit (vgl. Kap. 5.4.2.) geht hervor, dass die grenzüberschreitende Kooperation im soziokulturellen, infrastrukturellen sowie im wirtschaftlichen Handlungsbereich bereits als ein wichtiges Instrument (mehrheitlich) angesehen wird. Trotzdem bestätigt sich in den Beurteilungen der Akteure eine klare Prioritätensetzung zugunsten der infrastrukturell und sozio-kulturell motivierten ‚People-to-People‘-Maßnahmen. Die privatwirtschaftlich (KMU) motivierten Ziele erfuhren hingegen deutlich geringere Zustimmung.

Die **Organisationsformen** der Zusammenarbeit lassen sich wie folgt charakterisieren:

- Die institutionalisierten Beziehungen stellen das Rückgrat der Zusammenarbeit dar. Die Zusammenarbeit basiert auf der Grundlage abgeschlossener Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kommunen in einer Euroregion oder zwischen den Regionalverwaltungen oder den Institutionen der Wirtschaftsförderung. Mit Ausnahme der trilateralen Euroregion Beskydy bestehen keine weiteren trilateralen Kooperationsvereinbarungen. Diese Tatsache bringt eindeutig zum Ausdruck, dass trilaterale Partnerschaften im Dreiländereck nicht forciert werden (vgl. Kap. 4.12.).
- Die Zusammenarbeit auf der kommunalen Ebene entwickelt sich ausschließlich auf der euroregionalen Plattform – Städtepartnerschaften oder Städtenetze haben sich im Grenzraum bisher auch in Ansätzen nicht herausgebildet. Darin besteht ein Gegensatz zu anderen mittelosteuropäischen Grenzräumen PL-BY, PL-UA, PL-RUS, in denen gerade die Städtepartnerschaften als Motoren der Zusammenarbeit agieren und eine Vorreiterrolle bei der Kontaktherstellung spielen (vgl. Haase et. al. 2004, S. 95f.)

## **Akteure:**

Die Untersuchung ergab, dass das Akteursspektrum immer noch relativ eng ist. Eine zentrale Stellung nehmen darin die Euroregionen ein. Sie sind die Drehscheiben für die Zusammenarbeit, die die Aufgabe haben, andere Akteure in die Zusammenarbeit einzubinden. Sie wurden – zusammen mit Kommunen, die diese Vereinigungen bilden – eindeutig als wichtigste Motoren der Zusammenarbeit in der Befragung beurteilt (vgl. Kap. 5.4.7.). Sie bekommen jedoch zu wenig Unterstützung seitens der zentralen und regionalen Verwaltungen; sie bleiben weiterhin nur freiwillige Vereinigungen ohne Entscheidungskompetenzen mit einem knappen Budget. Das Beispiel der Euroregion Beskydy (vgl. Kap. 4.13.) dokumentiert, dass schließlich auch die Kommunen selbst von der Bedeutung der Vereinigung nicht überzeugt sind. Die politische Durchsetzungsfähigkeit der Euroregionen sowie ihre Aktionsfähigkeit bei der Initiierung und Koordinierung der Zusammenarbeit bleibt deshalb weiterhin eingeschränkt.

Es hat sich gezeigt, dass gerade die Regionalverwaltungen, die Träger der Regionalplanung und -entwicklung sind und bei der Implementierung von PHARE CBC wichtige Entscheidungskompetenzen hatten, eine erhebliche Schwachstelle im Akteursgefüge darstellen. Die Gründe dafür sind in den Unklarheiten in der Kompetenzverteilung sowie in den ungenügenden Finanzierungs- und Administrationskapazitäten als Folge der Verwaltungsreform zu sehen. Die Entwicklungen von 2004 (nach Abschluss der Befragung), in dem die Regionalverwaltungen ihre Position wesentlich stärken konnten, machen aber deutlich, dass sie in wenigen Jahren eine zentrale Position unter den Akteuren einnehmen werden. Das betrachte ich als eine Schlüsselvoraussetzung dafür, dass auch andere Akteure (KMU, IHK, regionale Entwicklungsagenturen) in die Zusammenarbeit stärker involviert werden.

## **Handlungsbereiche:**

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum gegenwärtig am häufigsten und am intensivsten in den Bereichen Kultur, Sport, Tourismus und Infrastruktur praktiziert.

Im wirtschaftlichen Bereich etablierte sich die Kooperation bei der Vernetzung der regionalen Industrie- und Handelskammern, die versuchen, die Kontakte zwischen den KMU zu vermitteln und den wirtschaftlichen Austausch zu intensivieren. Im Gegensatz dazu konnte sich eine direkte Zusammenarbeit zwischen den KMU nur in Ansätzen entwickeln. Diese Feststellung, die unter Berücksichtigung des beträchtlichen Wirtschaftspotenzials im tschechisch-polnischen Grenzgebiet als eine Überraschung erscheinen kann, bestätigt nur Erfahrungen in anderen Grenzregionen in Mitteleuropa sowie in Westeuropa. Die Ursachen dafür werden neben den negativen Auswirkungen der Transformation vor allem in der Konzeption von PHARE CBC und INTERREG A (ungeeignet für Wirtschaftsförderung) sowie in den unterschiedlichen nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen, die trotz der europäischen Einigung weiterhin bestehen bleiben, gesehen (Interviews Nr. 35 und Nr. 39).

In anderen Handlungsbereichen (Umwelt, Bildung und Wissenschaft, Raumplanung) findet die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiterhin nur sporadisch statt. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass die bisher umgesetzten Kooperationsprojekte – bis auf wenige Ausnahmen (Kultur- und Sportveranstaltungen der Euroregion Beskydy) – lediglich auf

bilateralen Partnerschaften basieren.

### **Hemmnisse und Potenziale:**

Die Untersuchung hat bestätigt, dass die historischen Verbundenheiten und die kulturellen Gemeinsamkeiten eine sehr gute Grundlage für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum darstellen. Die Annahme, dass die Zusammenarbeit im tschechisch-polnischen Grenzgebiet durch historische Belastungen und damit verbundene negative Wahrnehmungen oder sogar Konfliktpotenziale wesentlich behindert bzw. sie in bestimmten Bereichen ausschließen würde, hat sich hingegen nicht bestätigt. Bezüglich der tschechisch-slowakischen Zusammenarbeit wurde deutlich, dass die Trennung des gemeinsamen Staates die gegenseitig positive Wahrnehmung nicht nachhaltig belastete. Ganz im Gegenteil: Die gemeinsamen Strukturen und Beziehungen weisen eine Persistenz auf, die mit den historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten, dem Zusammengehörigkeitsgefühl wie auch mit dem konvergenten Verlauf der Transformation zu erklären ist.

Wo liegen also die Ursachen für die zögerliche Intensivierung der Zusammenarbeit? Als Hemmfaktoren wurden durch die Akteure in allen drei Grenzregionen vor allem zwei Dinge betont: Zum einen die schlechte Infrastruktur und damit verbundene ungenügende verkehrstechnisch bedingte Durchlässigkeit der Grenzen, zum anderen die politisch-strukturellen Schwierigkeiten bei der Implementierung der Förderprogramme.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärkt nur dort stattfand, wo Fördergelder verfügbar waren und/oder bei Problem-bereichen, in denen ein akuter Handlungsbedarf wahrgenommen wurde, bzw. deren Art eine grenzüberschreitende Abstimmung erforderlich machte.

Auf der längerfristigen strategischen Handlungsebene (Regionalentwicklung, -planung) findet die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bisher nur sporadisch ihre Anwendung. In den Beurteilungen der befragten Akteure zeichnet sich die Bestätigung dafür ab, dass die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit - trotz eines deutlichen Zuwachs in den letzten 2 Jahren – von den Akteuren immer noch nicht hinreichend erkannt worden ist. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit spielt in den regionalpolitischen Strategien der Akteure weiterhin eine untergeordnete Rolle. Eine wichtige Ursache dafür liegt in der geringen Sensibilisierung der Lokalbevölkerung, die durch schlechten Informationsstand und Passivität gekennzeichnet ist. Durch die fehlende Kooperationsbereitschaft seitens der Bevölkerung werden die kommunalen Akteure bei der Forcierung der Zusammenarbeit gebremst, und dadurch auch den Initiativen vor allem der Euroregionen und Regionalverwaltungen der Wind aus den Segeln genommen.



### 6.3. Einschätzung der künftigen Entwicklung: Konvergenz oder eigenständige Entwicklung?

**Forschungsfragen:** *Wie lässt sich die künftige Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und ihre Rolle in der Regionalentwicklung im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck einschätzen? Welche Anforderungen müssen erfüllt werden, damit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sich intensiviert und zum bedeutenden regionalpolitischen Instrument werden kann? Ist die Entwicklung mit westeuropäischen Erfahrungen vergleichbar, oder lässt sich hier ein eigenständiges Entwicklungsmuster erkennen?*

Die günstigen Rahmenbedingungen – vor allem die Auswirkungen der europäischen Integration und die Aufnahme der INTERREG-Förderung sprechen für eine kontinuierliche Intensivierung der Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck in den nächsten Jahren. Ein wichtiges Argument für diese Einschätzung besteht meiner Meinung nach darin, dass wichtige Voraussetzungen – wie die Schaffung von Netzwerken zwischen den Akteuren, der Aufbau der Implementationsstruktur für INTERREG sowie die Verwaltungsreformen, deren Nichtvorhandensein die Entwicklung der Zusammenarbeit in der Vergangenheit stark beeinträchtigt haben, bereits erfüllt sind. Von einer dynamischen Entwicklung der Zusammenarbeit in den nächsten Jahren waren auch die Akteure selbst mehrheitlich überzeugt (vgl. Kap. 5.4.5.).

In den Einschätzungen der befragten Akteure über die künftigen Handlungsfelder (vgl. Kap. 5.4.4.) zeichnet sich deutlich ab, dass sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen im Dreiländereck künftig vor allem auf den ‚traditionellen‘ Handlungsgebieten ‚Kultur‘, ‚Tourismusförderung‘, ‚Infrastruktur‘ und ‚Kommunalpolitik und -verwaltung‘ entwickeln wird. Eine eindeutige Ablehnung erfuhren ‚Raumplanung‘ und ‚Wissens- und Technologietransfer‘ als künftige Handlungsebenen. Diese Entwicklungstendenz würde vollkommen mit den Entwicklungen in anderen europäischen Grenzgebieten korrelieren: grenzüberschreitende Raumplanung als Hoheitsaufgabe der Zentralverwaltungen und Wissens- und Technologietransfer, bei dem das Fach- und Anwendungspotenzial und nicht die Standortfrage die entscheidenden Faktoren sind, gehören zu den Handlungsgebieten, auf denen sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Regelfall nur langsam etabliert.

Das Antwortverhalten der Respondenten sowie die Ergebnisse der Raumanalyse (vgl. Kap. 4.14.) sprechen dafür, dass sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im untersuchten Dreiländereck sehr stark zu bilateralen Kooperationspartnerschaften entwickeln wird. Die Analyse der Planungsdokumente der Regionen (vgl. Kap. 4.13.) zeigte, dass der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bereits ein konkreter Stellenwert in einigen Handlungsbereichen zugeschrieben wird. Es wird aber auch hier deutlich, dass lediglich zweiseitige Partnerschaften forciert werden.

Es kann keineswegs behauptet werden, dass die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit lediglich eine Wiederholung der westeuropäischen Entwicklungsmuster darstellt. Dies wäre unter den derart unterschiedlichen Rahmenbedingungen (historisch-gesellschaftliche Prägung der Grenzregionen, Spezifika der postsozialistischen Transformati-

on, spezifische Akteurgefüge mit unterschiedlicher Kompetenzverteilung) nicht möglich.

Darüber hinaus besteht ein grundsätzlicher Unterschied zu den Entwicklungen in Westeuropa darin, dass die Strukturen der lokal-regionalen Zusammenarbeit hier nicht im sog. ‚bottom-up‘- Ansatz, das heißt nicht durch eine Eigeninitiative der lokalen und regionalen Akteure, sondern unter Federführung der zentralen Verwaltungsstellen für die erhoffte finanzielle Unterstützung nach Anforderungen der Europäischen Kommission entworfen und gegründet wurden. Die lokalen und regionalen Akteure konnten bei der Schaffung der Strukturen nur schrittweise eingebunden werden, da sich die meisten von ihnen infolge der Reformverzögerungen auf der regionalen Ebene als Akteure erst später etablierten.

In der Untersuchung konnten jedoch zahlreiche Aspekte identifiziert werden, die mit den westeuropäischen Erfahrungen als vergleichbar erscheinen. Das betrifft vor allem die Schwierigkeiten, die Lokalbevölkerung in die grenzüberschreitenden Aktivitäten zu involvieren, Hemmnisse aufgrund unterschiedlicher Verwaltungsstrukturen und Kompetenzverteilung oder die zögerliche Beteiligung der Wirtschaftssubjekte an der Kooperation.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die bisherige Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum konvergente Züge mit den Entwicklungen in Westeuropa aufweist. Die entscheidenden Faktoren sind sicherlich die politischen Rahmenbedingungen mit einer stark integrativen Wirkung sowie die Förderinstrumente PHARE CBC und INTERREG A. – durch deren strenges Regelwerk und viele Implementationsvorgaben für Programmierung, Finanzmanagement, Evaluierung wird die Zusammenarbeit sukzessiv an ein gleiches Entwicklungsmuster angepasst. Dies ist zwar nicht zwangsläufig negativ zu bewerten, doch wenn die EU-Förderung darauf abzielt, eine Eigendynamik in den Grenzregionen nach Ablauf der Förderung zu entwickeln, müssen die Spezifika der einzelnen Kooperationsräume meiner Ansicht nach stärker beachtet werden und den Akteuren muss mehr Handlungsfreiheit gewährt werden.

Für die künftige Entwicklung im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck ist die EU-Regionalpolitik nach dem EU-Beitritt von einer maßgebenden Bedeutung. Wie es aus den Vorschlägen der Kommission (2004a,b) hervorgeht, soll die Europäische ‚territoriale Zusammenarbeit‘ als eigenständiges politisches Ziel für die EU-Kohäsionspolitik ausgewiesen werden. Das bedeutet eine Steigerung der Bedeutungszuweisung für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG, die auch im nächsten Planungszeitraum 2007-2013 als eigenständiges Planungsinstrument fortgeführt wird. In diesem Kontext lässt sich im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum eine weitere kontinuierliche Intensivierung der Zusammenarbeit erwarten.

Die vollständige Abschaffung der Grenzkontrollen an den Grenzen im Dreiländereck im Zuge des für 2007 festgelegten Beitritts dem Schengen-Abkommen lässt auf weitere wichtige Förderimpulse hoffen. Vor allem der Tourismus könnte von dieser Entwicklung stark profitieren. Gleichwohl kann erwartet werden, dass der Wegfall von Grenzkontrollen zur Intensivierung der Grenzbeziehungen zwischen der Bevölkerung führen wird. Die Erfahrungen in den westeuropäischen Grenzgebieten zeigen, dass sich dadurch auch die Wahrnehmung der Grenzsituation und der Nachbarn durch die Grenzlandbevölkerung positiv verändert. Diese mentale Überwindung der Grenze ist die Grundvoraussetzung dafür, dass man bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die sich bisher stark auf die Realisierung von einzelnen oft isolierten und unkoordinierten Maßnahmen beschränkte, nun verstärkt zu einer langfristigen Zusammenarbeit übergeht, bei der themenübergreifend auf das Bescheiden-

Dreiländereck als eine räumliche Einheit fokussiert wird.

#### **6.4. Ausblick und weiterer Forschungsbedarf**

Der Gegenstand der vorliegenden Untersuchung war die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als ein Instrument der Regionalentwicklung der drei benachbarten Grenzregionen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Problematik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein sehr komplexes Sachgebiet ist, auf das zahlreiche Faktoren Einfluss nehmen. Im Rahmen dieser Studie wurde versucht, diese Einflussfaktoren zu identifizieren und ihre möglichen Auswirkungen auf die Entwicklung der Zusammenarbeit einzuschätzen. Der Schwerpunkt lag somit auf der strategischen Ebene: Es wurde auf die Akteure fokussiert, weil die Wahrnehmung und Bewertung der Rahmenbedingungen durch die lokalen und regionalen Kräfte als Indikator für zukünftige Richtungen und Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gesehen werden kann.

Es gibt noch eine Vielzahl von Fragestellungen auf der strategischen Ebene, die in dieser Untersuchung lediglich angerissen bzw. nur teilweise beantwortet werden konnten. Einen akuten Forschungsbedarf sehe ich im Bereich des Regionalmanagements. Einem grenzübergreifenden Regionalmanagement der Nachbarregionen, das möglichst viele Handlungsbereiche umfassen würde, wird zweifellos eine zentrale Bedeutung bei der Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zukommen. Die Befragungsergebnisse der vorliegenden Studie liefern einen Ansatz für diese Problemstellung: Sie zeigen, dass eine mangelnde Abstimmung zwischen den Akteuren sowohl innerhalb einer Grenzregion als auch grenzüberschreitend durch die Akteure selbst als ein wesentliches Hemmnis beurteilt wurde.

Vor dem Hintergrund der Fortsetzung der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IV (2007 – 2013) und wahrscheinlich auch darüber hinaus gewinnen auch Fragen zur Bewertung der Wirkung der implementierten Förderprogramme auf die Veränderung der Raumstrukturen an Bedeutung. Die Relevanz dieser Fragestellung bestätigt die vorliegende Untersuchung: Sie zeigte, dass die Fördermöglichkeiten die Gestaltung der Zusammenarbeit stark beeinflussen. Eine raumwissenschaftlich orientierte Evaluierungsforschung sollte einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die Bedeutung der Förderung in den Grenzgebieten für die Kohäsion der Europäischen Union sowie über die Möglichkeiten einer konzeptionellen Anpassung der INTERREG-Förderung leisten.

# Quellenverzeichnis

## Literatur

- Anderle, A.** (1996): Regionale Aspekte und territoriale Disparitäten in der ČR. In: ARL (Hg.): Planerische Zusammenarbeit und Raumentwicklung in tschechischen, slowakischen und deutschen Grenzregionen. ARL Arbeitsmaterial. Hannover, S.102-107
- Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)** (2000a): LACE-PHARE CBC. Praktisches Handbuch. O.A.
- (2000b): LACE - PHARE CBC. Draft Assessment Report. Czech-Polisch Cross Border Co-operation. O.A.
  - (1998): VADE MECUM. Grenzübergreifende und interregionale Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU. O.A.
- Aschauer, W.** (2001): Das ungarisch-rumänische Grenzgebiet in der Transformation – die Bedeutung der grenzüberschreitenden Beziehungen seit den 80-er Jahren. In: In: Lienau, C. (Hg.) (2001): Raumstrukturen und Grenzen in Südosteuropa. Südosteuropa-Jahrbuch, Bd. 32, München, S. 419-427
- Ausschuss der Regionen (AdR)** (Hg.) (1999): Vorbereitung auf die Erweiterung der Europäischen Union: Dezentralisierung in den Bewerberländern der ersten Runde. Brüssel.
- ARL** (Hg.): Grenzübergreifende Raumplanung. Erfahrungen und Perspektiven der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Deutschlands. ARL Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 188, Hannover
- Bahrenberg, G., Giese E., Nipper, J.** (1999): Statistische Methoden in der Geographie. Bd.1. Leipzig
- Berekhoven, L., Eckert, W. u. Ellenrieder, P.** (1999): Marktforschung. Wiesbaden
- Bontschek, F.** (1976): Polen und die Tschechoslowakei. Die drei westslawischen Völker und ihre Beziehungen zueinander. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bd. 4, Jhg.1976. O.A.
- Born, K. M.** (1998): Regionen in Europa und der Fall Schlesien. In: Europa Regional, H. 6, S. 23-32, Leipzig
- Brosius, F.** (1999): SPSS 8. Professionelle Statistik unter Windows. Bonn
- Buchhofer, E.** (1999): Polnische Industrieunternehmen in der Transformation. In: Pütz, R. (Hg.): Ostmitteleuropa im Umbruch. Wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte der Transformation. Mainzer Kontaktstudium, Bd. 5, S. 37-46, Mainz
- Burkhardt, M.W.** (1995): Grenztransformation. Probleme regionaler Struktur-Politik in

deutsch-polnischen Grenzregionen. In: Janger, J./ Pollauer, W. (Hrsg.): Kleine Staaten in großer Gesellschaft, S. 369-388. Eisenstadt

**Bürkner, H.-J.** (1996): Geographische Grenzraumforschung vor neuen Herausforderungen – Forschungskonzeptionen vor und nach der politischen Wende in Ostmitteleuropa. In: Bürkner, H.-J. und Kowalke, H.(Hg.): Geographische Grenzraumforschung im Wandel. Potsdam (=Praxis Kultur- und Sozialgeographie 15), S. 1-11

**Council of Europe** (1989): European Outline Convention on Transfrontier Cooperation between Territorial Communities or Authorities, Madrid 21.V. 1980. In: European Treaty Series No. 106, Strasbourg

**Clauß, G., Finze, F.R. u. Partzsch, L.** (1999): Statistik. Grundlagen. Frankfurt a/M.

**Cramer, M.** (1995): Empirische Untersuchungen zu grenzüberschreitenden Kooperationen, Bochum.

**Čorejová, T. und Koll. (Hg.)** (2003): Monitoring transhraničnej spolupráce a jej bariér v euroregióne Beskydy (Monitoring grenzüberschreitender Zusammenarbeit und derer Barrieren in der Euroregion Beskydy). Žilina

**ČSÚ** (1992 – 2003): Statistická ročenka České republiky (Statistisches Jahrbuch der Tschechischen Republik), verschiedene Ausgaben, Prag

- (2003): Statistická ročenka Moravskoslezského kraje (Statistisches Jahrbuch der Region Moravskoslezsko), Ostrava

**Europäische Kommission (EK)** (Hg.) (2004a): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. [KOM(2004) 495], Brüssel

- (2004b): Vorschlag über eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Schaffung eines Europäischen Verbunds für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. [KOM(204) 496], Brüssel (2000): Der neue Planungszeitraum 2000-2006: methodische Arbeitspapiere. Arbeitspapier 7. Ex-Ante-Bewertung und Indikatoren für INTERREG (Förderbereich A und B). Brüssel

- (2002a): Entscheidung der Kommission über die Überprüfung der Leitlinien für die Umsetzung des Programms PHARE in den Beitrittsländern für den Zeitraum 2000-2006 in Anwendung des Artikels 8 der Verordnung. 3906/89. Brüssel

- (2002b): Mitteilung an die Kommission über die Bedingung von PHARE in den Beitrittsländern, die Überprüfung der PHARE-Leitlinien und die Änderung der Verordnung Nr. 2760/98 der Kommission über die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen von PHARE. Brüssel

- (2001): Mitteilung der Kommission über die Auswirkungen der Erweiterung für die an Beitrittsländer angrenzenden Regionen. Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen. Brüssel.

- (2000a): Gemeinschaftsinitiative INTERREG II 1994-1999: Eine erste Bilanz. Brüssel
- (2000b): Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 28.4. 2000 über die Leitlinie für eine Gemeinschaftsinitiative betreffend die transeuropäische Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des europäischen Raums. INTERREG III. Brüssel

**EK; AGEK** (Hg.) (2000): Praktisches Handbuch zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit. O.A.

- (1998): LACE – Infoblatt zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Bildung, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt. Brüssel
- (1997): LACE – Infomagazin 12/1997. Der Pyrenäenraum. Brüssel

**Eder, S./ Sandter, M.** (2000): Staatsgrenzen in der Region TriRhena – Barriere oder Stimulus? In: Regio Basiliensis, Basler Zeitschrift für Geographie, Nr. 41/1, Wirtschaftsraum – Regio TriRhena. Basel

**Istel, W./Robert, J.** (1982): Raumordnung beiderseits der Grenze der BRD zu den Nachbarstaaten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Schweiz und Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Zentren und Achsen – Teil A. ARL, Bd. 60, S. 10-73. Hannover

**Fassmann, H.** (1997): Die Rückkehr der Regionen – regionale Konsequenzen der Transformation in Osteuropa: eine Einführung. In: Mayer, A. (Hg.): Regionale Transformationsforschung in Europa. Beiträge zur regionalen Geographie 44, S. 30-45, Leipzig

**Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ):** Auflösung der Tschechoslowakei. 31.12.2002, Nr. 303, S. 3

**Friedrich-Ebert-Stiftung** (Hg.) (1992): Euroregion Neiße. Grenzüberschreitende Kooperation im deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck, Bonn

**Friedrichs, J.** (1985): Methoden empirischer Sozialforschung, Opladen

**Förster, H.** (1999): Entwicklungsprobleme altindustrialisierter Gebiete im Transformationsprozess. In: Pütz, R. (Hg.): Ostmitteleuropa im Umbruch. Wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte der Transformation, Mainzer Kontaktstudium, Bd. 5, S. 21-36, Mainz

**Fürst, D. et. al.** (1999): Auswertungen von Erfahrungen zur Kooperation in Regionen. Raumforschung und Raumordnung 1/1999, S. 53-58

**Gabbe, J., Martinos, H.** (1999): Institutionelle Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Gronau

**Gawrecki, D.** (1999): Politické a národnostní poměry v Těšínském Slezsku 1918-1938,

Český Těšín

- Gebhart, J.** (1999): Problémy česko-slovenského soužití ve druhé republice. In: Dějiny a současnost, Bd. 21, S. 8-11
- Główny Urząd Statystyczny** (2003): Rocznik statystyczny Rzeczypospolitej polskiej 2002. (Jahrbuch der Republik Polen 2002), Warszawa
- Grabowska, B.** (2003): Ankieta „Euroregion Beskydy” (Befragung „Euroregion Beskydy”). In: Štofková, J. und Koll. (Hg.) (2003): Rozvoj Euroregiónu Beskydy II. Skúsenosti – očakávania – perspektívy. Žilina und Bielsko-Biala, S. 56-67
- Gramm, M.** (1985): Hierarchien und Reichweiten von grenzübergreifend raumbezogenen Informationen am Beispiel der Euregio Maas-Rhein. In: 45. Deutscher Geographentag Berlin 1985. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Verhandlungen des Deutschen Geographentags, Bd. 45, Stuttgart, S. 322-327
- Grimm, F.-D.; Leistner, F.** (2002): Grenzübergreifende Städtekooperationen in Grenzregionen Mittel- und Südosteuropas – Stand und Perspektiven. In: Europa Regional, H. 10, S. 11-20, Leipzig
- Grimm, F.-D.** (2001): Zum gegenwärtigen Stand grenzübergreifender Städtekooperationen in Mittel- und Südosteuropa. In: Lienau, C. (Hg.) (2001): Raumstrukturen und Grenzen in Südosteuropa. Südosteuropa-Jahrbuch, Bd. 32, München, S. 419-427
- Grimm, F.-D.** (1998): Auswirkungen der Grenzöffnungen der 90-er Jahre in Mittel- und Osteuropa. In: Geographie und Schule, H. 119, S. 7ff.
- Hájek, O.** (2004): Česko-slovenská hranice – nutná zbytečnost ? (Tscheschisch-slowakische Grenze – erzwungene Überflüssigkeit ?). In: Institut pro evropskou politiku (EUROPEUM) (Hg.): Integrate, Bd.8, Praha, S. 63-75
- Haase, A.** (2002): Südostpolen zwischen Umbruch und Neuorientierung. Beiträge zur regionalen Geographie, Bd. 56, Leipzig
- Haase, A., Wust, A., Knappe, E. und Grimm, F.-D.** (2004): Wandel in ostmitteleuropäischen Grenzregionen. Beiträge zur regionalen Geographie, Bd. 59, Leipzig
- Hartshorne, R.** (1936): Suggestion on the Terminology of political Boundaries. In: Mitt. D. Verein der Geographen a. d. Universität Leipzig, H. 14/15, S. 180ff
- Havlíček, T., Jeřábek, M., Dokoupil, J.** (2002): Die Wahrnehmung des Grenzraumes und speziell des dortigen Arbeitsmarktes durch die Bewohner der tschechischen Grenzgebiete. In: Neuss, B., Jurczek, P. und Hilz, W. (Hg.): Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen. Occasional Papers, Bd.26, Baden-Baden, S.132-143
- Heffner, K.** (1998): Entwicklung und Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzraum. In: Neuss, B.(Hg.): Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Occasional

- Hofreiter, L.** (2003): Bezpečnostné aspekty regionálnej spolupráce (Sicherheitsaspekte regionaler Zusammenarbeit). In: Štofková, J. und Koll. (Hg.) (2003): Rozvoj Euroregiónu Beskydy II. Skúsenosti – očakávania – perspektívy. Žilina und Bielsko-Biala, S. 68-76
- Horáček, J.** (1996): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Aufgabenbereich des Wirtschaftsministeriums der ČR. In: ARL (Hg.): Planerische Zusammenarbeit und Raumentwicklung in tschechischen, slowakischen und deutschen Grenzregionen. ARL Arbeitsmaterial. Hannover, S.22-31
- Hönekopp, E.** (2002): EU-Osterweiterung – welche Arbeitsmigrationen und wie viele Grenzpendler? In: Neuss, B., Jurczek, P. und Hiltz, W. (Hg.): Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen. Occasional Papers, Bd.26, Baden-Baden, S. 24-38
- Hübner, D.** (2002): Polsko na cestě do Evropské unie. In: Institut pro evropskou politiku (EUROPEUM) (Hg.): Integrace, Bd. 2, Praha, S. 43 –49
- Jeřábek, M.** und Koll. (1999): Geografická analýza pohraničí České republiky [Geographische Analyse der Grenzgebiete der Tschechischen Republik]. Praha, Ústí n/L.
- Jeřábek, M.** (1998): Regionalentwicklung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im tschechisch-deutschen Grenzraum. In: Neuss, B.(Hg.): Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Occasional Papers Nr. 19, Tübingen, S. 88-99
- (1996):Tschechische Grenzgebiete und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der BRD. In: In: ARL (Hg.): Planerische Zusammenarbeit und Raumentwicklung in tschechischen, slowakischen und deutschen Grenzregionen. ARL Arbeitsmaterial. Hannover, S.42-59
- Jurczek, P.** (1998): Chancen und Probleme der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an der deutschen Ostgrenze. In: Neuss, B.(Hg.): Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Occasional Papers Nr. 19, Tübingen, S. 114-122
- Jurczek, P.** u.a. (1997a): Einschätzung der Entwicklung und Zusammenarbeit im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet: Eine Beurteilung durch Bewohner der Euroregionen Egrensis und Erzgebirge. Chemnitz
- (1997b): Zwischenbilanz der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den deutsch-tschechischen Euroregionen, dargestellt am Beispiel der Euregio Egrensis. In: Schriften zur Raumordnung u. Landesplanung, Sonderband, Augsburg, S. 309-321
  - (1994): Grenzüberschreitendes Entwicklungskonzept für das Dreiländereck Bayern-Böhmen-Sachsen, Dresden/München/Prag
- Kunštát, M.** (2002): Deset let bez Československa. Češi, Slováci a jejich státy z perspektivy roku 2002. [Zehn Jahre ohne Tschechoslowakei. Tschechen, Slowaken und ihre Staaten aus der Perspektive von 2002]. In: Institut pro evropskou politiku EUROPEUM (Hg.):



Integrace, Bd. 13, S. 64-65. Praha

**Knieling, J.** (2000): Leitbildprozesse und Regionalmanagement. Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 77. Frankfurt/Main

**Knippschild, R., Liebe, J.** (2004): Umweltorientiertes Regionalmanagement in Grenzübereichen. IÖR-Schriften, Bd. 44. Dresden

**Kowalke, H.** (1999): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen „Ost“ und „West“ – die neuen Euroregionen an der östlichen Grenze der Europäischen Union. In: Pütz, R. (Hg.) (1999): Ostmitteleuropa im Umbruch. Wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte der Transformation. Mainz (=Mainzer Kontaktstudium Geographie, Bd. 5). S. 119-131.

**Krafl, P.** (2003): Přehled česko-polských vztahů v 10.-15. století [Übersicht der tschechisch-polschen Beziehungen in 10.-15. Jahrhundert]. In: Časopis Matice moravské, Bd. 122, S. 147-180

**Krajský úřad Moravskoslezského kraje** (Hg.) (2003a): Průzkum bariér podnikání v Moravskoslezském kraji. Souhrnné výsledky průzkumu a doporučená opatření [Untersuchung zu Barrieren für Unternehmen im Bezirk Moravskoslezsko. Gesamtergebnisse der Untersuchung und Handlungsempfehlungen]. Ostrava

- (2003b): Regionální inovační strategie Moravskoslezského kraje [Regionale Innovationsstrategie des Bezirkes Moravskoslezsko]. Ostrava
- (2002): Program rozvoje Moravskoslezského kraje 2001-2004 [Entwicklungsprogramm des Bezirkes Moravskoslezsko für 2001-2004]. Aktualisierte Fassung vom November 2002. Ostrava
- (2002a): Marketingová strategie rozvoje cestovního ruchu v turistickém regionu Severní Moravy a Slezska. Vybrané údaje [Marketing-Strategie für die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Tourismusregion Nordmähren und Schlesien. Ausgewählte Daten]. Ostrava
- (2002b): Marketingová strategie rozvoje cestovního ruchu v turistickém regionu Severní Moravy a Slezska. Akční plan [Marketing-Strategie für die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Tourismusregion Nordmähren und Schlesien. Aktionsplan]. Ostrava

**Kromrey, H.** (2000): Qualität und Evaluation im System Hochschule. In: Stockmann, R. (Hg.) (2000): Evaluationsforschung – Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder. Opladen, S. 233-258

**Krumpolcová, M.** (1996): Verfahrensmethodik bei der Erarbeitung des Regionalplans in der Slowakischen Republik. In: ARL (Hg.): Planerische Zusammenarbeit und Raumentwicklung in tschechischen, slowakischen und deutschen Grenzregionen. ARL Arbeitsmaterial. Hannover, S.109-112

- Labounková, V.** (1996): Regionalpolitik im Aufgabenfeld des Instituts für Raumentwicklung, Brno. In: ARL (Hg.): Planerische Zusammenarbeit und Raumentwicklung in tschechischen, slowakischen und deutschen Grenzregionen. ARL Arbeitsmaterial. Hannover, S.107-109
- Lamnek, S.** (1995a): Qualitative Sozialforschung, Bd. 1 Methodologie, Weinheim
- Lamnek, S.** (1995b): Qualitative Sozialforschung, Bd. 2 Methoden und Techniken, Weinheim
- Land Baden-Württemberg** (1999): Politik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
- Larischová, K.** (2002): Tschechiens EU-Beitritt und nationale Identität: Besondere Nöte eines mittelgroßen Landes. In: Neuss, B., Jurczek, P. und Hilz, W. (Hg.): Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen. Occasional Papers, Bd.26, Baden-Baden, S.132-143
- Leimgruber, W.** (1989): The perception of boundaries. Barriers or invitation to interaction? Regio Basiliensis Bd. 30, S. 49-59
- Lukáč, P.** (2002) : Regionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Konrad-Adenauer Stiftung (Hg.): Auslandsinformationen, Nr. 7/2002, S. 58-80
- Lundén, T.** (1987): Kommunikation und Information in einem internationalem Grenzgebiet. In: 45. Deutscher Geographentag Berlin 1985. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Verhandlungen des Deutschen Geographentags, Bd. 45, Stuttgart, S. 327-332
- Malchus von, V.** (1996): Strukturen und Arbeitsweisen grenzüberschreitender regionaler Kooperation in Mitteleuropa. In: Jurczek, P. (Hg.): Regionale Entwicklung über Staatsgrenzen. Kronach/München/Bonn, S. 23-40
- Mayer, O. H.** (2001): Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung, Durchführung und Auswertung. o.A.
- Meuser, M. u. Nagel, U.** (1991): Experteninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, D., Kraimer, K. (Hg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung, Opladen, S. 441-468
- Minghi, J. V.** (1977): Grenzen in der politischen Geographie. In: Matznetter, J. (Hg.): Politische Geographie. Darmstadt, S. 338-389
- Miosga, M.** (1999): Europäische Regionalpolitik in den Grenzregionen. Die Umsetzung der Interreg-Initiative am Beispiel des NRW-NL Grenzraums. Passau
- Ministerstvo pro místní rozvoj** (Hg.) (2002): ÚP VÚC Beskydy [Raumentwicklungsplan der höheren Planungsregion Beskydy]. Praha

- (2001): Program přeshraniční spolupráce Phare v České republice, Praha
- (2000a): ÚTP – dopravní problematika VIb. Transevropského multimodálního koridoru v prostoru Moravy a Slezska [Ramplanerische Analyse – Verkehrsproblematik des multimodalen Verkehrskorridor im Raum Mährens und Schlesiens]. Praha
- (2000b): ÚP VÚC Ostravská aglomerace, 2.změna [Raumentwicklungsplan der höheren Planungsregion des Stadtgebietes Ostrava, 2. Änderung]. Praha
- (1998): ÚP VÚC Ostrava - Karviná [Raumentwicklungsplan der höheren Planungsregion Ostrava -Karviná]. Praha

**Nábělková, M. - Zelenková, A. (2001):** Slovensko-české vztahy a súvislosti.[Slowakisch-tschechische Beziehungen und Zusammenhänge]. In: Slavia, Bd. 70, S. 147-150

**Neuss, B. et. al. (1998a):** Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Occasional Papers Nr. 19, Tübingen.

**Neuss, B. (1998b) :** Chancen der Zusammenarbeit in Mittelosteuropa. In: Neuss, B.(Hg.): Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Occasional Papers Nr. 19, Tübingen, S. 144-161.

**Niedobitek, M. (2002):** Tschechien und Polen auf dem Weg in die Europäische Union – politische und rechtliche Aspekte. In: Neuss, B., Jurczek, P. und Hiltz, W. (Hg.): Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen. Occasional Papers, Bd.26, Baden-Baden, S.7-24

**Novák, T. (2002):** Možnosti visehradské spolupráce v EU [Möglichkeiten der Visegrad-Zusammenarbeit in der EU]. In: Institut pro evropskou politiku (EUROPEUM) (Hg.): Integrace, Heft 13, Praha, S. 53-55

**Pachta, L. u. Špocht, R. (2002):** České středoevropské zkušenosti jsou pro Evropu cenné. Rozhovor s Jiřím Dienstbierem o střední Evropě, visehradské spolupráci a její budoucnosti v Evropské unii [Mitteleuropäische Erfahrungen Tschechiens sind für Europa wertvoll. Interview mit Jiří Dienstbier über Mitteleuropa, Visegrader Zusammenarbeit und deren Perspektiven in der Europäischen Union]. In Institut pro evropskou politiku (EUROPEUM) (Hg.): Integrace, Bd.13, Praha, S. 5-8

**Pánek, J. (2002):** Češi a Poláci v tisíciletých dějinách - Proměny modelu sousedství a soužití / Czesi i Polaci w tysiącletniej historii - Przemiany modelu sąsiedztwa i współżycia [Tschechen und Polen in der tausendjährigen Geschichte – Veränderungen des Modells der Nachbarschaft und des Zusammenlebens]. Český Těšín, 36 S.

**Pallagst, K. (1996):** Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Tschechischen Republik mit ihren Nachbarstaaten – ein Untersuchungsansatz. In: ARL (Hg.): Planerische Zusammenarbeit und Raumentwicklung in tschechischen, slowakischen und deutschen Grenzregionen. ARL Arbeitsmaterial. Hannover, S.12-22

- (1995): Stand und Perspektiven Staatsgrenzen überschreitender Zusammenarbeit in der Raumplanung auf regionaler Ebene in Mitteleuropa – das Beispiel Tschechische

Republik. ARL Arbeitsmaterial. Hannover

- Pütz, R.** (Hg.) (1999): Ostmitteleuropa im Umbruch. Wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte der Transformation. Mainz (=Mainzer Kontaktstudium Geographie, Bd. 5)
- Riedel, H.** (1994): Wahrnehmung von Grenzen und Grenzräumen. Eine kulturpsychologisch-geographische Untersuchung im saarländisch-lothringischen Raum, Saarbrücken.
- Regierung des Landes Baden Württemberg** (Hg.): Baden-Württemberg in Europa. Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 1999-2000. Teil B: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, S. 71-211
- Rządowe Centrum Studiów Strategicznych RP u. Ministerstwo pro místní rozvoj České republiky** (1997): Studium Koordynacyjne Rozwoju Pogranicza Polsko-Czeskiego. Koordinační studie rozvoje česko-polského pohraničí [Untersuchung zur Koordinierung der Entwicklung im tschechisch-polnischen Grenzgebiet]. Warszawa u. Praha
- Sagvari, A.** (1991): Ungarische Nationalpolitik im Rahmen des europäischen Regionalismus. In: Blotvogel, H.H. (Hg.): Europäische Regionen im Wandel – Strukturelle Erneuerung, Raumordnung und Regionalpolitik im Europa der Regionen. Duisburger Geographische Arbeiten, Bd. 9, Dortmund
- Samková, P.** (2003): Kraje vstupují do regionální politiky [Bezirke treten in die Regionalpolitik ein]. In: Institut pro evropskou politiku (EUROPEUM) (Hg.): Integrace, Bd.4, Praha, S. 56-63
- Schamp, E. W.** (1995): Die Bildung neuer grenzüberschreitender Regionen im östlichen Mitteleuropa – eine Einführung. In: Neue grenzüberschreitende Regionen im östlichen Mitteleuropa. Frankfurt /Main. (= Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographische Schriften 67), S. 1-18
- Scharpf, F. W.** (1992): Koordination durch Verhandlungssysteme: Analytische Konzepte und institutionelle Lösungen. In: Benz et al. (1992): Horizontale Politikverflechtung: zur Theorie von Verhandlungssystemen. Frankfurt /Main, New York, S. 51-96
- Scherer, R., Schnell, K.-D.** (2003): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region Bodensee oder die Stärke schwacher Netze. In: Hrbek, R. (Hg.): Außenbeziehungen von Regionen in Europa und der Welt. Bd. 26, Baden-Baden, S. 83-103
- Schmitt-Egner, P.** (1998): „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ in Europa als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Strategie transnationaler Praxis. Anmerkungen zur Theorie, Empirie und Praxis des transnationalen Regionalismus. In: Brunn, G. u. Schmitt-Egner, P. (Hg.): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa. Theorie – Empirie – Praxis. Baden-Baden, S. 27-77
- Sejmik Województwa Śląskiego** (2004): Strategia rozwoju turystyki w Województwie Śląskim na lata 2004-2013 [Strategie für Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Wojewodschaft Schlesien 2004-20013]. Katowice

- (2003): Regionalna strategia inowacji Województwa Śląskiego na lata 2003-2013 [Regionale Innovationsstrategie der Wojewodschaft Schlesien für 2003-2013]. Katowice
  
- Slepička, A.** (1996): Stellung und Rolle der Grenzregionen in der Entwicklung der ČR. In: ARL (Hg.): Planerische Zusammenarbeit und Raumentwicklung in tschechischen, slowakischen und deutschen Grenzregionen. ARL Arbeitsmaterial. Hannover, S.5-12
  
- Staatsministerium Baden-Württemberg** (2004): Positionspapier des Landes Baden-Württemberg zur künftigen europäischen Ziel 3-Förderung in der Strukturförderperiode 2007 bis 2013, vom 20.10.2004, unveröffentlicht
  
- (1999): Politik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg. Entwicklung, Bilanz und Ausblick. Stuttgart
  
- Stockmann, R.** (2000): Evaluation in Deutschland. In: Stockmann, R. (Hg.) (2000): Evaluationsforschung – Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder. Opladen, S. 11-40
  
- Štofko, S. und Velas, A.** (2003): Skúmanie očakávaní spojených s rozvojom Euroregiónu Beskydy [Untersuchung zu den Erwartungen bezüglich der Entwicklung der Euroregion Beskydy]. In: Štofková, J. und Koll. (Hg.) (2003): Rozvoj Euroregiónu Beskydy II. Skúsenosti – očakávania – perspektívy. Žilina und Bielsko-Biala, S. 201-207
  
- Štofková, J. und Rostášová, M.** (1999): Strategia transhraničnej spolupráce regiónov Žilina a Bielsko-Biala [Strategie grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen den Regionen Žilina und Bielsko-Biala]. Žilina u. Bielsko-Biala
  
- Schaft, F.** (2003): Privatisierung und Transformation – die tschechische Industrie im Wandel. Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Heft 223, Bayreuth
  
- Schnell, R., Hill, P.B. u. Esser, E.** (1999): Methoden der empirischen Sozialforschung. München
  
- ŠÚ SR** (2004): Slovenská republika v číslach. Bratislava
  
- (2003): Statistická ročenka Žilinského kraja [Statistisches Jahrbuch der Region Žilina], Žilina
  
- (1994, 1996, 1998, 2000, 2003) (Hg.): Štatistická ročenka Slovenskej republiky [Statistisches Jahrbuch der Slowakischen Republik], Bratislava
  
- Stryjakiewicz, T.** (2002): Chancen und Probleme der Entwicklung im polnisch-deutschen Grenzraum. In: Neuss, B., Jurczek, P. und Hilz, W. (Hg.): Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen. Occasional Papers, Bd.26, Baden-Baden, S.42-59
  
- Szymkowicz, P.** (2002): Polsko-czechosłowacki konflikt graniczny na odcinku Śląska Opolskiego i Opawskiego w latach 1945-1947 [Polnisch-tschechoslowakischer Grenzkonflikt in Schlesien von Opeln und Troppau]. Opole

- Trávníček, D.** (1984): Přehled územního vývoje našeho státu [Übersicht der räumlichen Entwicklung unseres Staates]. Folia Facultatis Scientiarum Naturalium, Geographica 20, UJEP, Brno
- (1966): Příspěvek k historicko-geografickému vývoji moravských enkláv ve Slezsku [Beitrag zur historisch-geographischen Entwicklung der mährischen Enklaven in Schlesien]. In: Acta universitatis Palackianae Olomucensis, facultas rerum naturalium, Tom 20, Geografica – geologica VII, Praha, S. 341 - 355
- Tremel, V.** (1996): Zur Problematik der Zusammenarbeit von Grenzregionen. In: ARL (Hg.): Planerische Zusammenarbeit und Raumentwicklung in tschechischen, slowakischen und deutschen Grenzregionen. ARL Arbeitsmaterial. Hannover, S.73-75
- Úrad Žilinského samosprávneho kraja** (Hg.) (2004): Analýza a koncepcia rozvoja cestovného ruchu v Žilinskom samosprávnom kraji [Analyse und Konzeption der Entwicklung des Fremdenverkehrs im Bezirk Žilina]. Žilina
- (2003): Program hospodárskeho a sociálneho rozvoja Žilinského samosprávneho kraja [Programm der ökonomischen und sozialen Entwicklung des Bezirkes Žilina]. Žilina
  - (1998): Územný plán VÚC Žilinského kraja [Raumentwicklungsplan der höheren Planungsregion Bezirk Žilina]. Žilina
- Urząd Marszałkowski** (2004): Strategia Rozwoju Województwa Śląskiego na lata 2000-2015. Aktualizacja Strategii z 2004 [Entwicklungsstrategie der Wojewodschaft Schlesien für 2000-2015. Aktualisierte Fassung von 2004]. Katowice
- (2003): Wojewódzki Program operacyjny Województwa Śląskiego na rok 2004 [Operatives Programm der Wojewodschaft Schlesien für das Jahr 2004]. Katowice
- Urząd Statystyczny Województwa Śląskiego** (Hg.) (2003): Rocznik Statystyczny Województwa Śląskiego 2002 [Statistisches Jahrbuch der Wojewodschaft Schlesien 2002], Katowice
- Vaishar, A.** (1998): Die Wahrnehmung der tschechisch-slowakischen und tschechisch-österreichischen Grenze durch die lokale Bevölkerung. In: Grenzen und Grenzregionen in Südosteuropa, Südosteuropa aktuell, Bd. 28, München, S. 18-33
- Valenta, J.** (2002): Sporné problémy dějin XX. století v české a polské historiografii [Strittige Probleme der Geschichte des 20. Jahrhunderts in der tschechischen und polnischen Geschichtsschreibung] In: Slovanský přehled, Bd. 88, Praha, S. 244-256
- (2000a): Postoje polské politické veřejnosti k Československu 1918-1925 (Legendy a stereotypy - věčné úskalí obrazu našich vztahů?) [Beziehungen der polnischen politischen Kreise zu der Tschechoslowakei 1918-1920 [Überlieferungen und Stereotypen – das ewige Felsenriff unserer Beziehungen]. Slovanský přehled, Bd. 86, S. 45-62
  - (2000b): Polská menšina na Těšínsku - jediná klasická menšina v České republice [Polnische Minderheit im Teschener Gebiet – einzige klassische Minderheit in der Tschechischen Republik] In: Bezchlebová, M. u. Kohnová, J.(Hg.): Národnostní menšiny

- historické souvislosti některých aktuálních problémů v Evropě a v ČR. Sborník textů a přednášek ze 12. Letní školy historie 1999. Problematika národnostních menšin v Evropě a v ČR. - Praha, S. 61-85
  - (2000c): Visegrad, střední Evropa a jejich perspektivy. [Visegrad, Mitteleuropa und ihre Perspektiven]. In: Kučerová, S. (Hg.). Bilance a výhledy středu Evropy na prahu 21. století. Úvahy, svědectví a fakta k 10. výročí československého listopadu, 1989-1999 a k 150. výročí narození T. G. Masaryka, 1850-2000. Brno, S. 121-129
  - (1997): Die Teschener Frage in der Zwischenkriegszeit 1918-1939. In: Heumos, P. (Hg.): Polen und die böhmischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Politik und Gesellschaft im Vergleich. München, S. 129-150
  - (1994): Vzájemné vztahy České republiky a Slovenské republiky a středoevropská bezpečnost. [Gegenseitige Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik und mitteleuropäische Sicherheit] In: Ústav mezinárodních vztahů (Hg.): Česko-slovenské vztahy. Praha, S. 3-18
  - (1995): Polska i Polacy w oczach Czechów [Polen und die Polen in den Augen der Tschechen]. In: Dzieje najnowsze, Bd. 27, S. 135-142
  - (1960): Těšínsko v česko-polských vztazích 1918-1920 [Das Teschener Gebiet in den tschechisch-polnischen Beziehungen 1918-1920]. Ostrava
- Vencálek, J.** (2001): Přeshraniční spolupráce jako schopnost a ochota adaptace nových impulsů při rozvoji konstruktivně synergických vztahů. In: Ostravská univerzita (Hg.): Euroregionální přeshraniční spolupráce na česko-polské státní hranici. Sborník z mezinárodní konference. [Euroregionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit an der tschechisch-polnischen Staatsgrenze]. Ostrava, S. 33-36
- Vodička, K.** (2004): Demokratisierung mit Schlaglöchern. Zum Konsolidierungsprozess in Tschechien und in der Slowakei. In: Vogel, B. (Hg.): Die politische Bildung. Nr. 416, Jg.49, Osnabrück. S. 73-79
- Waack, C.** (2000): Stadträume und Staatsgrenzen. Geteilte Grenzstädte des mittleren und östlichen Europa im Kontext lokaler Alltagswelten, nationaler Politik und supranationaler Anforderungen. Beiträge zur Regionalen Geographie, Bd. 51, Leipzig
- Wahla, A.** (2001): Vysoké školy v České republice a jejich přínos k evropské integraci a přeshraniční česko-polské spolupráci. [Die Hochschulen in der Tschechischen Republik und ihr Beitrag zur europäischen Integration und zur grenzüberschreitenden tschechisch-polnischen Zusammenarbeit]. Ostrava
- Wollmann, H.** (2000): Evaluierung und Evaluationsforschung von Verwaltungspolitik und –modernisierung – zwischen Analysepotential und –defizit. In: Stockmann, R. (Hg.) (2000): Evaluationsforschung – Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder. Opladen, S. 195-231
- Wilam, P.** (2001): Specifika jednotlivých úseků pohraničí ČR. Česko-polský úsek. In: Jeřábek,

M. (Hg.): Reflexe regionálního rozvoje pohraničí české republiky. Praha, S. 20-24

**Zlamal, G.** (2002): Das Bild der Nachbarn im bayerisch-tschechischen Grenzraum im Spiegel von Tageszeitungen. In: Neuss, B., Jurczek, P. und Hiltz, W. (Hg.): Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen. Occasional Papers, Bd.26, Baden-Baden, S.121-132

## Internet

**Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)** (2004): Stellungnahme zum dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Europäischen Kommission vom 27. Februar 2004. In: <http://www.aebr.net>. Abgerufen am 03.03.2005

**Bundesministerium des Innern** (2004): Schengen – Erfahrungsbericht 2003. In: [http://bmi.bund.de/cln\\_007121576/internet/common/Anlagen/Themen/Kriminalitaet/Daten\\_undFakten/Die\\_Schengener\\_U.pdf](http://bmi.bund.de/cln_007121576/internet/common/Anlagen/Themen/Kriminalitaet/Daten_undFakten/Die_Schengener_U.pdf). Abgerufen am 03.02.2004

**Europäische Kommission (EK)** (2003a): Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report2003/cz\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report2003/cz_de.pdf). Abgerufen am 14.04.2003

- (2003b): Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Slowakischen Republik auf dem Weg zum Beitritt. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/-report2003/sk\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/-report2003/sk_de.pdf). Abgerufen am 13.05.2004
- (2003c): Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Polnischen Republik auf dem Weg zum Beitritt. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/-report2003/pl\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/-report2003/pl_de.pdf). Abgerufen am 13.05.2004
- (2003d): Financing Memorandum – 2003 CBC PHARE Slovak Republic/Poland. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/2003-005.665\\_Poland-Slovak\\_Republic\\_CBC.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/2003-005.665_Poland-Slovak_Republic_CBC.pdf). Abgerufen am 02.04.2004
- (2003e): Financing Memorandum – 2003 CBC PHARE Poland/Czech. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/2003-005.078\\_Poland\\_Czech\\_Republic\\_CBC.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/2003-005.078_Poland_Czech_Republic_CBC.pdf). Abgerufen am 02.04.2004
- (2003f): Financing Memorandum – 2003 CBC PHARE Czech/Poland. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/CZ2003-005.077\\_Czech\\_Rep.\\_Poland\\_CBC.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/CZ2003-005.077_Czech_Rep._Poland_CBC.pdf). Abgerufen am 02.04.2004
- (2003g): Financing Memorandum – 2003 CBC PHARE Poland/Slovak. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/2003-005.681Poland\\_Slovakia\\_CBC.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/2003-005.681Poland_Slovakia_CBC.pdf). Abgerufen am 02.04.2004



- (2003h): Ex-Post Evaluation of the INTERREG II Community Initiative (1994-1999). In: <http://www.europa.eu.int/comm>. Abgerufen am 05.05.2004
- (2003i): PHARE-Ex-post-Evaluierung der zwischen 1997-1998 und 2000-2001 umgesetzten Länderhilfe. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/Phare\\_evaluation\\_pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/Phare_evaluation_pdf). Abgerufen am 04.05.2004
- (2003j): PHARE Country Ex-Post Evaluation and Capacity Building. Country Report – The Czech Republic. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/Phare\\_evaluation\\_pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/Phare_evaluation_pdf). Abgerufen am 06.04.2004
- (2003k): PHARE Country Ex-Post Evaluation an Capacity Building. Country Report – Slovakia. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/Phare\\_evaluation\\_pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/Phare_evaluation_pdf). Abgerufen am 06.04.2004
- (2003l): PHARE Country Ex-Post Evaluation an Capacity Building. Country Report – Polen. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/Phare\\_evaluation\\_pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/Phare_evaluation_pdf). Abgerufen am 06.04.2004 (1999a): Financing Memorandum – 1999 CBC PHARE Poland/Czech republic. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/pl9911-cbc-cz.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/pl9911-cbc-cz.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2002a): Financing Memorandum – 2002 CBC PHARE Slovak Republic/Poland. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/sr2002-000-635Slovakia-PolandCBC.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/sr2002-000-635Slovakia-PolandCBC.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2002b): Financing Memorandum – 2002 CBC PHARE Poland/Czech. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/2002-000-607 Poland Czech CBC.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/2002-000-607 Poland Czech CBC.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2002c): Financing Memorandum – 2002 CBC PHARE Czech/Poland. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/2002-000-608 Czech Poland CBC.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/2002-000-608 Czech Poland CBC.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2002d): Financing Memorandum – 2002 CBC PHARE Poland/Slovak Republic. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/2002-000-640PolandSlovakiaCBC.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/2002-000-640PolandSlovakiaCBC.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2001a): Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report2001/cz\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report2001/cz_de.pdf). Abgerufen am 12.05.2002
- (2001b): Financing Memorandum – 2001 CBC PHARE Slovak Republic/Poland. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/sr0101-cbc-po.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/sr0101-cbc-po.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2001c): Financing Memorandum – 2001 CBC PHARE Poland/Czech. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/pl0109-cbc-cz.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/pl0109-cbc-cz.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2001d): Financing Memorandum – 2001 CBC PHARE Czech/Poland. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/cz\\_0113-cbc-po.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/cz_0113-cbc-po.pdf).

Abgerufen am 21.04.2003

- (2001e): Financing Memorandum – 2001 CBC PHARE Poland/Slovak Republic In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/pl0110-cbc-slovakia.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/pl0110-cbc-slovakia.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2000a): Financing Memorandum – 2000 CBC PHARE Slovak Republic/Poland. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/sk0015-cbc-po.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/sk0015-cbc-po.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2000b): Financing Memorandum – 2000 CBC PHARE Poland/Czech. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/pl0011-cbc-cz.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/pl0011-cbc-cz.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2000c): Financing Memorandum – 2000 CBC PHARE Czech/Poland. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/cz0013-cbc-po.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/cz0013-cbc-po.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (2000d): Financing Memorandum – 2000 CBC PHARE Poland/Slovak Republik. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/pl0010-cbc-rsk.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/pl0010-cbc-rsk.pdf). Abgerufen am 21.04.2003
- (1999b): Financing Memorandum – 1999 CBC PHARE Slovak Republic/Czech Republic. In: [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche\\_projet/document/sr9917-cbc-cz.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/fiche_projet/document/sr9917-cbc-cz.pdf). Abgerufen am 21.04.2003

**Euroregion Beskydy:** Stanovy česko-polsko-slovenského společenství s názvem Euroregion „Beskydy“ ze dne 09.06.2000 [Satzung der tschechisch-polnisch-slowakischen Vereinigung „Beskydy“ vom 09.06.2000]. In: <http://www.euroregion-beskydy.pl>. Abgerufen am 20.09.2004;

**CRR ČR** [Zentrum für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik] (2004): IRIS, mapový server, euroregiony [Integrales regionales Informationssystem, Kartenserver, Euroregionen]. In: <http://tms.iriscrr.cz/tms/isr>. Abgerufen am 08.10.2004

**Ministerstvo pro místní rozvoj České republiky (MMR ČR)** (2004): Programm Iniciativy Společenství INTERREG IIIA Česká republika – Polsko 2004-2006 [Programm der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA Tschechien – Polen 2004-2006. Finalversion vom Mai 2004]. In: [http://www.strukturalni-fondy.cz/upload/108860056cip\\_cr\\_pl\\_cz.doc](http://www.strukturalni-fondy.cz/upload/108860056cip_cr_pl_cz.doc). Abgerufen am 02.12.2004

- (2004): Programm iniciativy Společenství INTERREG IIIA Česká republika – Slovenská republika 2004-2006 [Programm der Gemeinschaftsinitiative IIIA Tschechien – Slowakei 2004-2006]. Finalversion vom Mai 2004. In: [http://www.strukturalni-fondy.cz/upload/10886007cip\\_cr\\_sk\\_cz.doc](http://www.strukturalni-fondy.cz/upload/10886007cip_cr_sk_cz.doc). Abgerufen am 02.12.2004
- (2002): PHARE Program přeshraniční spolupráce. Společný programový dokument. Česká republika – Polsko PHARE CBC 2000-2006. Verze 05-2002 [Gemeinsames Programmdokument: Tschechische Republik – Polen. PHARE CBC 2000-2006. Version

05-2002]. In: <http://www.mmr.cz>. Abgerufen am 14.04.2003

- (2000): PHARE Program přeshraničí spolupráce Česká republika – Slovenská republika. Společný programový dokument 2000-2006 [Gemeinsames Programmdokument: Tschechien-Slowakei. PHARE CBC 2000-2006]. In: <http://www.mmr.cz>. Abgerufen am 14.04.2003

**Ministerstvo výstavby a regionálneho rozvoja Slovenskej republiky (MVRR SR)** (2003): INTERREG IIIA Poland – Slovak Republic. Community Initiative Programme 2004-2006. Version von September 2003. In: <http://www.build.sk>. Abgerufen am 02.12.2004

**Ministerstvo vnútra Slovenskej republiky (MINV SR)** (2004): Legal und Illegal Migration in The Slovak Republic for 2003. In: [http://www.minv.sk/uhcp/new/rocnky/-rocnka\\_2003\\_eng.pdf](http://www.minv.sk/uhcp/new/rocnky/-rocnka_2003_eng.pdf). Abgerufen am 23.02.2005

**Ministerstvo vnútra České republiky** (2004): Nelegální migrace na území České republiky z pohledu Policie ČR, Služby cizinecké a pohraniční policie. Situace do 31.12.2003 [Illegale Migration auf dem Territorium der Tschechischen Republik aus der Sicht der Tschechischen Grenzschutzpolizei. Situation bis 31.12.2003] In: <http://www.mvcr.cz/statistiky/ileg2003/migrace03.pdf>. Abgerufen am 24.02.2005

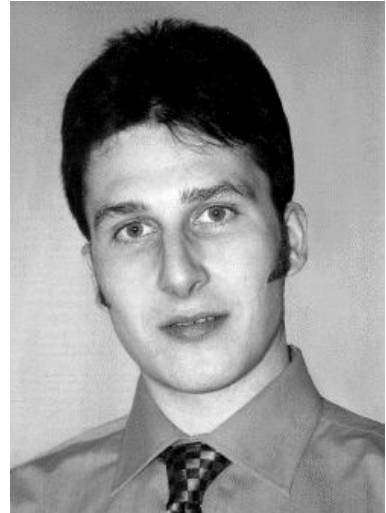
**Straža Graniczna** (2004, 2003, 1999): Statystyka działalności Straży Granicznej na południowym odcinku granicy za roky 2003, 2002, 1998 [Statistika zur Tätigkeit der Grenzschutzpolizei für 2003, 2002, 1998] In: [http://www.sg.gov.pl/downloads/-Dane\\_poludnie.xls](http://www.sg.gov.pl/downloads/-Dane_poludnie.xls). Abgerufen am 25.03.2005

**Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński**: Stanovy Euroregionu ‚Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński‘ [Satzung der Euroregion Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński vom 23.09.1998]. In: <http://www.euroregion.olza.pl>. Abgerufen am 20.09.2004

**Žilinský samosprávny kraj** (2002): Štatút Žilinského samosprávneho kraja ze 06.02.2002 [Statut des selbstverwaltenden Bezirks Žilina vom 06.02.2002]. In: <http://www.zask.sk>. Abgerufen am 08.10.2003

## **Lebenslauf:**

### **Tomáš Křenek**



*Geboren am 07.07.1975 in Valašské Meziříčí, Tschechische Republik (CZ)*

*1981 – 1989: Grundschule in Valašská Bystřice (CZ)*

*1989 – 1993: Gymnasium in Valašské Meziříčí (CZ),*

*1993: Abitur in Tschechisch, Englisch, Geographie und Geschichte*

*1993-1999: Magisterstudiengang in Fächern Geographie und Geschichte an der Masaryk-Universität Brno (CZ),*

*1997: Magisterabschlussprüfung mit Staatsexamen in Geographie, Psychologie und Pädagogik*

*1999: Magisterabschlussprüfung mit Staatsexamen in Geschichte;*

*1998-1999: Deutschkurs an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Ablegung der DSH-Sprachprüfung*

*2001 – 2002: Sprachlektor für Tschechisch an der Universität Potsdam im Rahmen eines Tutorenprogramms der Robert-Bosch-Stiftung*

*2002 - 2005: Promotion (Dr. phil) an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster in Geographie als Hauptfach mit dem Dissertationsthema: ‚Entwicklungsperspektiven und – Hindernisse der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck‘, gefördert durch die Konrad-Adenauer-Stiftung.*

*Oktober-November 2003: Stage bei der Landesvertretung Baden-Württemberg bei der EU in Brüssel*

*Oktober-Dezember 2004: Stage im Staatsministerium Baden-Württemberg in Stuttgart und im Regierungspräsidium Tübingen, bei der Verwaltungsbehörde für das Programm INTERREG IIIA ‚Alpenrhein- Bodensee-Hochrhein‘*

**Die Entwicklungspotenziale und -hindernisse  
der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit  
im tschechisch-polnisch-slowakischen Dreiländereck**

**Teil: ANHANG**

# 1. Anmerkung zur Schreib- und Zitierweise

## Schreibweise von Ortsnamen

Das für die Arbeit gewählte Grundprinzip der Ortsbezeichnungen orientiert sich an die Originalfassungen in der jeweiligen Landessprache. Damit sind keine Wertungen verbunden. Untenstehend befindet sich ein Glossar mit den deutschen Bezeichnungen, wenn es sie im deutschen Sprachgebrauch gibt.

Originalbezeichnung (in alphabetischer Reihenfolge)	Deutsch
Beskydy	Beskiden
Bratislava	Preßburg
Česká republika	Tschechische Republik
Katowice	Katowitz
Kraków	Krakau
Moravskoslezský kraj	Bezirk Mährisch-Schlesien
Opava	Mährisch-Troppau
Opole	Oppeln
Ostrava	Mährisch-Ostrau
Podregion Bielsko-bialski	Subregion Bielsko-Biala
Podregion rybnicko-jastrzebski	Subregion Rybnik-Jastrzebie
Podregion centralny slaski	Subregion Zentralschlesien
Podregion opolski	Subregion Oppeln
Praha	Prag
Rzeczpospolita Polska	Republik Polen
Slovenská republika	Slowakische Republik
Województwo Malopolskie	Wojewodschaft Kleinpolen
Województwo Slaskie	Wojewodschaft Schlesien
Województwo Opolskie	Wojewodschaft Oppeln
Žilinský kraj	Bezirk Žilina

## Wiedergabe von Auszügen der Interviews

Die Auszüge aus den Interviews erscheinen in der Arbeit in bearbeiteter Form und übersetzt in deutscher Sprache. Dadurch sollen die Auszüge für deutsche Leser besser lesbar und verständlich sein. Die Interviews in der Originalfassung sind archiviert (als Tonband und/oder schriftl. Protokoll) und können zur Einsicht genommen werden.

Der betreffende Quellenverweis (Institution, Ort und Stellung des Gesprächspartners) erscheint im laufenden Text. Der Name des Interviewten wird jedoch - entsprechend dem Versprechen des Verfassers - nicht angegeben. Das Angeben von Namen der Interviewten wird bei den gewählten Methoden als irrelevant angesehen, da die Gesprächspartner nicht als Privatpersonen, sondern als Vertreter von Organisationen/Institutionen befragt wurden.

## 2. Interviews

### 2.1. Übersicht der geführten Interviews

Nr.	Interviewpartner	Institution / Stellung	Datum / Ort	Dokumentation
1	Herr P. Czekaj Herr J. Gruszka	Agentur für regionale Entwicklung	03.06.2003 / Ostrava	TB / S
2	Herr J. Malinovský	TU Ostrava, Ökonomische Fakultät / Leiter des Lehrgebietes für reg. Ökonomie	03.06.2003 / Ostrava	S
3	Herr P. Kopečný Frau Z. Bartoňová	Regionalbehörde Ostrava / Leiter u. stellv. Leiterin der Abt. für reg. Entwicklung	14.06.2003 / Ostrava	TB / S
4	Herr Sladovnik	Stadtverwaltung Ostrava / Leiter der Abt. für Außenbeziehungen	14.06.2003 / Ostrava	TB
5	Frau M. Koutná	Regionalbehörde Ostrava / Ref. für Raumplanung	14.06.2003 / Ostrava	TB
6	Herr D. Drlik	Busverkehrsgesellschaft ČSAD Havířov a.s. / Leiter der Abt. für Fahrpläne	13.06.2003 / Havířov	S
7	Frau D. Gavlasová	Verwaltung der Stadt Český Těšín / Ref. für Stadtentwicklung	13.06.2003 / Český Těšín	TB / S
8	Herr V. Vlaštůvka	Euroregion Těšínské Slezsko / Sekretär	05.06.2003 / Trinec	TB / S
9	Herr J. Klimánek	Bürgermeister der Gemeinde Morávka Regionale Vereinigung ‚Beskydy‘	11.06.2003 / Morávka	TB
10	Herr J. Sagitarius	Bürgermeister der Stadt Jablunkov	11.06.2003 / Jablunkov	S
11	Frau A. Vanková	Vorsitzende der Vereinigung der Städte und Gemeinden der Region Jablunkov	11.06.2003 / Jablunkov	TB
12	Herr M. Procházka	Bürgermeister der Stadt Mosty u Jabl.	11.06.2003 / Mosty u Jabl.	TB
13	Herr P. Šabrňák	Verwaltung der Stadt Frydek-Místek / Leiter der Abt. für Raum- u. ökonomische Entwicklung	07.06.2003 / Frydek-Místek	TB / S
14	Herr. F. Jaskula	Verwaltung des Naturschutzgebietes Beskydy / Leiter	05.06.2003 / Rožnov p.R.	S
15	Herr M. Rejda	Bürgermeister der Stadt Turzovka Präsident der Euroregion Beskydy	21.06.2003 / Turzovka	TB / S
16	Herr Igor Husak	Direktor der Agentur für regionale Entwicklung ‚Kysuce‘	20.06.2003 / Čadca	TB / S
17	Frau M. Cyprychová	Bürgermeisterin der Gemeinde Svrčinovec	24.06. 2003 / Svrčinovec	TB
18	Herr P. Gomola	Bürgermeister der Gemeinde Čierne	24.06.2003 / Cierne	TB
19	Herr J. Potočár	Bürgermeister der Gemeinde Skalité	24.06.2003 / Skalité	TB
20	Herr M. Šulgán	Bürgermeister der Gemeinde Oščadnica	24.06.2003 / Oščadnica	TB
21	Herr J. Lichner	Sekretär der Slowakisch-polnischen Handelskammer	26.06.2003 / Žilina	TB
22	Herr J. Mišura	Direktor der IHK Žilina	26.06.2003 / Žilina	S
23	Herr S. Štofko	TU Žilina, Fakultät für Maschinenbau	26.06.2003 / Žilina	S
24	Herr S. Pitoňák	Regionalbehörde Žilina (reg. Selbstverw.) / Leiter der Abt. für Regionalentwicklung	27.06.2003 / Žilina	TB / S
25	Herr A. Straka	Agentur für regionale Entwicklung Žilina / Direktor	27. 06.2003 / Žilina	TB / S

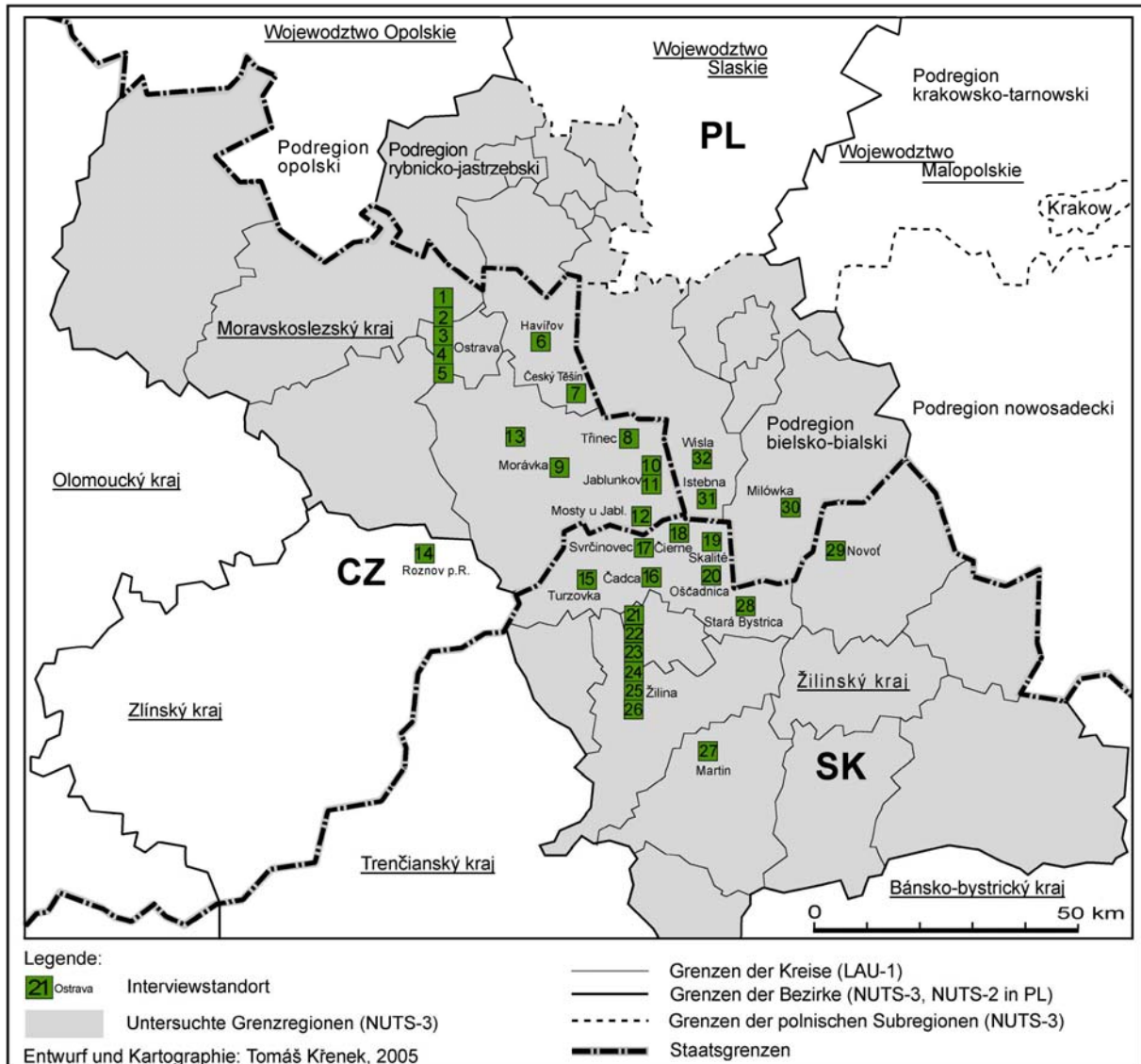
Nr.	Interviewpartner	Institution / Stellung	Datum / Ort	Dokumentation
26	Herr A. Dorčík	Regierungsbezirksbehörde Žilina / Leiter der Abt. für Koordination	28.06.2003 / Žilina	TB
27	Herr P. Dlhý	Reg. Beratungs- u. Informationsstelle Martin	28.06.2003 / Martin	TB
28	Herr J. Podmanický	Bürgermeister der Gemeinde St. Bystrica	29.06.2003 / St. Bystrica	TB
29	Herr P. Viator	Bürgermeister der Gemeinde Novot'	29.06.2003 / Novot'	TB
30	Herr C. Gwizdoń	Bürgermeister der Gemeinde Milówka	30.06.2003 / Milówka	TB
31	Frau D. Rabin	Bürgermeisterin der Gemeinde Istebna	30.06.2003 / Istebna	TB
32	Herr K. Nogowczyk	Bürgermeister der Gemeinde Wisla	30.06.2003 / Wisla	TB
33	Frau J. Cenková Herr P. Uzel	Ministerium für regionale Entwicklung der tschechischen Republik / Abt. Europäische Integration	15.07.2003 / Prag	TB / S
34	Herr P. Fischer	Europäische Kommission, GD Regionalpolitik, Ref. INTERREG IIIA	25.11.2003 / Brüssel	TB / S
35	Herr J. Gabbe	Sekretär der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG)	26.09.2003	TB / S
36	Herr R. Arnold	Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU / Leiter	8.-9.10.2003 / Brüssel	S
37	Frau B. Amann	Staatsministerium Baden-Württemberg Abt. für Europapolitik, interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit	11.10.2004 / Stuttgart	S
38	Herr P. Link	Staatsministerium Baden-Württemberg Abt. für Europapolitik, interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit	11.10.2004 / Stuttgart	S
39	Herr T. Schneider	Regierungspräsidium Tübingen / Leiter der Verwaltungsbehörde des Programms INTERREG IIIA ‚Alprhein-Bodensee-Hochrhein‘	Nov. 2004 / Tübingen	S
40	Herr P. Lange	Leiter des gemeinsamen Sekretariats des Programms INTERREG IIIA ‚Alprhein-Bodensee-Hochrhein‘	Nov. 2004 / Tübingen	S
41	Herr F. Norz	Regierungspräsidium Tübingen Ref. für Strukturförderung Ländlicher Raum	Nov. 2004 / Tübingen	S
42	Herr T. Gossner	Geschäftsführer der Bodensee-Agenda	Nov. 2004 / Konstanz	S

Dokumentation: TB — Tonband, S — schriftliches Protokoll

Hinweis: Die Interviewstandorte können anhand der jeweiligen Nummer (Nr. 1 bis Nr. 33) in der Karte lokalisiert werden. (Vgl. dazu Karte A-1: Verteilung der Interviewstandorte, S. IV)



## 2.2. Verteilung der Interviewstandorte



Karte A-1: Verteilung der Interviewstandorte im Untersuchungsraum (vgl. Übersicht der geführten Interviews, S. II)

## 3. Schriftliche Befragung

### 3.1. Übersicht der Respondenten

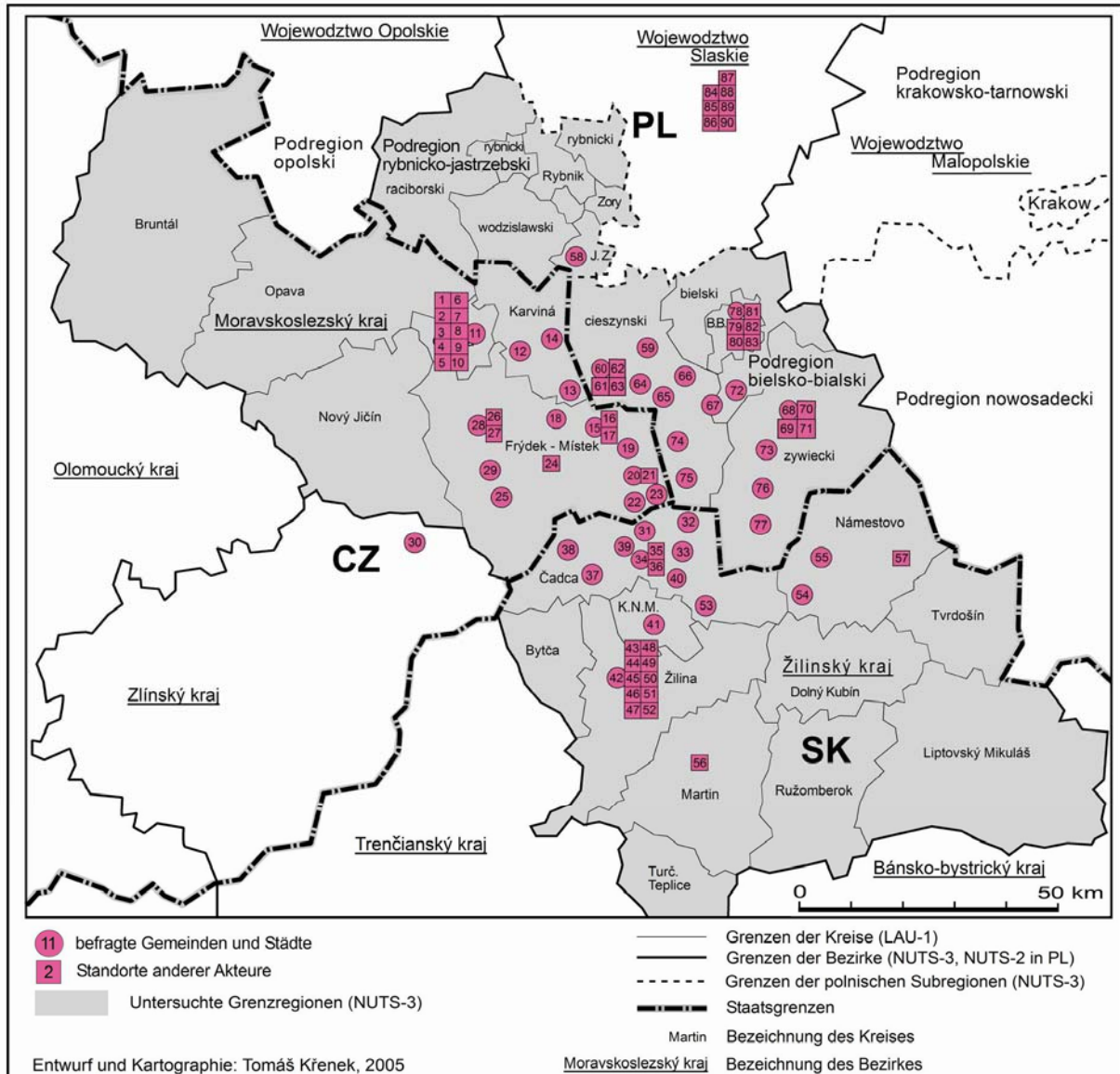
Nr.	Institution / Unternehmen	Standort	Tätigkeitsbereich
1	IHK Ostrava	Ostrava	Wirtschaft /Wirtschaftsförderung
2	Vereinigung für die Entwicklung der Region Mährisch-Schlesien (UNION)	Ostrava	Wirtschaft /Wirtschaftsförderung
3	Tschechisch-polnische Handelskammer (CPOK) Ostrava	Ostrava	Wirtschaft /Wirtschaftsförderung
4	Business Development Institut Ostrava, GmbH	Ostrava	Wirtschaft /Wirtschaftsförderung
5	Rat der Region ‚Moravskoslezsky kraj‘	Ostrava	Regionalpolitik /- verwaltung
6	Technische Universität Ostrava, Institut für regionale Ökonomie	Ostrava	Wissenschaft /Hochschulen
7	Technische Universität Ostrava, Rektorat	Ostrava	Wissenschaft /Hochschulen
8	Agentur für regionale Entwicklung (ARR) Ostrava	Ostrava	Raumplanung /Regionalentwicklung
9	Regionales Fernsehstudio Ostrava	Ostrava	Medien
10	Regionalbehörde Moravskoslezsky kraj	Ostrava	Regionalpolitik /-verwaltung
11	Stadtverwaltung Ostrava	Ostrava	Kommunalverwaltung
12	Verwaltung der Stadt Havířov	Havířov	Kommunalverwaltung
13	Verwaltung der Stadt Český Těšín	Český Těšín	Kommunalverwaltung
14	Verwaltung der Stadt Stonava	Stonava	Kommunalverwaltung
15	Verwaltung der Stadt Třinec	Třinec	Kommunalverwaltung
16	Euroregion Těšínské Slezsko – Śląsk Cieszyński	Třinec	Reg. Vereinigungen
17	Agentur für regionale Entwicklung HRAT	Třinec	Raumplanung /Regionalentwicklung
18	Verwaltung der Stadt Hnojník	Hnojník	Kommunalverwaltung
19	Verwaltung der Gemeinde Bystřice	Bystřice	Kommunalverwaltung
20	Verwaltung der Stadt Jablunkov	Jablunkov	Kommunalverwaltung
21	Kommunenvereinigung der Region Jablunkov	Jablunkov	Reg. Vereinigungen
22	Verwaltung der Gemeinde Mosty u Jablunkova	Mosty u Jabl.	Kommunalverwaltung
23	Verwaltung der Gemeinde Bukovec	Bukovec	Kommunalverwaltung
24	Vereinigung der Gemeinden im Einzugsgebiet des Flusses Morávka	Morávka	Kommunale Vereinigungen
25	Verwaltung der Gemeinde Ostravice	Ostravice	Kommunalverwaltung
26	Regionale Vereinigung Beskydy	Frydek-Místek	Reg. Vereinigungen
27	Regionale Tageszeitung Moravskoslezský deník	Frydek-Místek	Medien
28	Verwaltung der Stadt Frydek-Místek	Frydek-Místek	Kommunalverwaltung
29	Verwaltung der Stadt Frydlant nad Ostravicí	Frydlant nad Ostravicí	Kommunalverwaltung
30	Verwaltung des Naturschutzgebietes Beskydy	Rožnov p.R.	Umweltschutz
31	Verwaltung der Gemeinde Svrčinovec	Svrčinovec	Kommunalverwaltung
32	Verwaltung der Gemeinde Skalité	Skalité	Kommunalverwaltung
33	Verwaltung der Gemeinde Oščadnica	Oščadnica	Kommunalverwaltung
34	Verwaltung der Stadt Čadca	Čadca	Kommunalverwaltung
35	Verwaltung des Naturschutzgebietes Kysuce	Čadca	Umweltschutz
36	Regionale Entwicklungsagentur (RRA) Kysuce	Čadca	Regionalentwicklung
37	Verwaltung der Stadt Turzovka	Turzovka	Kommunalverwaltung
38	Verwaltung der Gemeinde Klokočov	Klokočov	Kommunalverwaltung

Nr.	Institution / Unternehmen	Standort	Tätigkeitsbereich
39	Verwaltung der Gemeinde Raková	Raková	Kommunalverwaltung
40	Verwaltung der Stadt Krásno nad Kysucou	Krásno nad Kysucou	Kommunalverwaltung
41	Verwaltung der Stadt Kysucké Nové Mesto	Kysucké Nové Mesto	Kommunalverwaltung
42	Verwaltung der Stadt Žilina	Žilina	Kommunalverwaltung
43	IHK –Regionalkammer Žilina	Žilina	Wirtschaft /Wirtschaftsförderung
44	Slowakisch-polnische Handelskammer Žilina	Žilina	Wirtschaft /Wirtschaftsförderung
45	Regionalbehörde Žilinský kraj	Žilina	Regionalpolitik /- verwaltung
46	Rat der Region ‚Žilinský kraj‘	Žilina	Regionalpolitik /- verwaltung
47	Agentur für regionale Entwicklung (ARR) Žilina	Žilina	Regionalentwicklung
48	Technische Hochschule Žilina, Rektorat	Žilina	Bildung / Wissenschaft
49	Technische Hochschule Žilina, Fak. Für Maschinenbau	Žilina	Bildung / Wissenschaft
50	Tageszeitung Žilinský deník	Žilina	Medien
51	Regionales Fernsehstudio Žilina	Žilina	Medien
52	Vereinigung ‚Region Beskydy‘	Žilina	Reg. Vereinigungen
53	Verwaltung der Gemeinde Stará Bystrica	Stará Bystrica	Kommunalverwaltung
54	Verwaltung der Gemeinde Oravská Lesná	Oravská Lesná	Kommunalverwaltung
55	Verwaltung der Gemeinde Novot‘	Novot‘	Kommunalverwaltung
56	Regionale Beratungs u. Informationsstelle RPIC Martin	Martin	Wirtschaft /Wirtschaftsförderung
57	Verwaltung des Naturschutzgebietes Horná Orava	Námestovo	Umweltschutz
58	Verwaltung der Stadt Jastrzebie-Zdrój	Jastrzebie-Zdrój	Kommunalverwaltung
59	Verwaltung der Stadt Skoczów	Skoczów	Kommunalverwaltung
60	Verwaltung der Stadt Cieszyn	Cieszyn	Kommunalverwaltung
61	Regionale Tageszeitung ‚Głos Ziemi Cieszyńskiej‘	Cieszyn	Medien
62	Regionale Vereinigung ‚Olza‘	Cieszyn	Reg. Vereinigungen
63	Rat des Powiat cieszynski	Cieszyn	Regionalpolitik /-verwaltung
64	Verwaltung der Gemeinde Goleszów	Goleszów	Kommunalverwaltung
65	Verwaltung der Stadt Ustroń	Ustroń	Kommunalverwaltung
66	Verwaltung der Gemeinde Brenna	Brenna	Kommunalverwaltung
67	Verwaltung der Stadt Szczyrk	Szczyrk	Kommunalverwaltung
68	Verwaltung der Stadt Żywiec	Żywiec	Kommunalverwaltung
69	Żywiecki Park Krajobrazowy	Żywiec	Umweltschutz
70	Kommunenvereinigung für Umwelt	Żywiec	Reg. Vereinigungen
71	Rat des Powiatu żywiecki	Żywiec	Regionalpolitik /-verwaltung
72	Verwaltung der Gemeinde Buczkowice	Buczkowice	Kommunalverwaltung
73	Verwaltung der Gemeinde Radziechowy	Radziechowy	Kommunalverwaltung
74	Verwaltung der Stadt Wisła	Wisła	Kommunalverwaltung
75	Verwaltung der Gemeinde Istebna	Istebna	Kommunalverwaltung
76	Verwaltung der Gemeinde Miłówka	Miłówka	Kommunalverwaltung
77	Verwaltung der Gemeinde Rajcza	Rajcza	Kommunalverwaltung
78	Verwaltung der Stadt Bielsko-Biała	Bielsko-Biała	Kommunalverwaltung
79	Regionales Fernsehstudio Bielsko-Biała	Bielsko-Biała	Medien
80	IHK Bielsko-Biała	Bielsko-Biała	Wirtschaft /Wirtschaftsförderung
81	Tourismusverband Bielsko-Biała	Bielsko-Biała	Wirtschaft /Wirtschaftsförderung

<b>Nr.</b>	<b>Institution / Unternehmen</b>	<b>Standort</b>	<b>Tätigkeitsbereich</b>
82	Hochschule für Finanzen und Bankwesen	Bielsko-Biała	Bildung / Wissenschaft
83	Vereinigung ‚Region Beskidy‘	Bielsko-Biala	Regionale Vereinigungen
84	Centrum Dziedzictwa Przyrody Gornego Slaska	Katowice	Umweltschutz
85	Marschallamt der Wojewodschaft Slaskie	Katowice	Regionalpolitik /-verwaltung
86	Regionalversammlung (Sejmik) – Kommission für transnationale Zusammenarbeit und Europäische Integration	Katowice	Regionalpolitik /-verwaltung
87	Schlesische Universität Katowice	Katowice	Bildung / Wissenschaft
88	Oberschlesische Agentur für Regionalentwicklung GARR Katowice	Katowice	Raumplanung, Regionalentwicklung
89	Regionale Wirtschaftskammer (RIG) Katowice	Katowice	Wirtschaft / Wirtschaftsförderung
90	GAPP Katowice	Katowice	Wirtschaft /Wirtschaftsförderung

Hinweis: Zur Lokalisierung der Befragtenstandorte anhand der jeweiligen Nummer (Nr. 1 bis Nr. 90). Vgl. Karte A-2: Verteilung der Befragungsstandorte, S. VIII.

### 3.2. Verteilung der Befragungsstandorte



Karte A-2: Verteilung der Standorte bei der schriftlichen Befragung (vgl. Übersicht der Respondenten, S. V-VII)

### 3.3. Fragebogen



**Institut für Geographie**

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Robert-Koch-Str. 26, D - 48149 Münster, <http://www.uni-muenster.de>



Fragebogen für Dissertationsuntersuchung zum Thema:

**„Möglichkeiten und Hindernisse in der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im tschechisch-polnisch-slowakischen Grenzraum“.**

Projektbearbeiter:

Mgr. Tomáš Křenek, Institut für Geographie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

- Mutation: Wojewodschaft Schlesien

Bewerten Sie bitte Geltung folgender Aussagen. Fügen Sie bitte jeder Aussage passende Ziffer nach dieser Bewertungsskala hinzu:

diese Aussage <b>trifft sicherlich zu</b>	1
diese Aussage <b>trifft eher zu</b>	2
diese Aussage <b>trifft eher nicht zu</b>	3
diese Aussage <b>trifft gar nicht zu</b>	4

1. Ein wesentliches Ziel grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit den benachbarten Grenzregionen ist... (Bewerten Sie bitte jede Aussage einzeln.)	Zusammenarbeit mit	
	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
a)...die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums in der Region.		
b)...die Verbesserung der bisherigen Wirtschaftsstruktur.		
c)...die Neuansiedlung von Unternehmen.		
d)...die Sicherung von ansässigen Unternehmen.		
e)...die Intensivierung der gegenseitigen Handelsbeziehungen.		
f)...die Senkung der Arbeitslosenzahl.		
g)...die Verbesserung der technischen Infrastruktur (Trinkwasser-, Abwasser-, Elektrizitätsleitungen, Kläranlagen, ...).		
h)...die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (Verkehrswege, Grenzübergänge).		
i)...die Verbesserung der Umweltsituation.		
j)...die Bekämpfung der Kriminalität.		
k)...die Verbesserung der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der europäischen Einigung.		
l)...die Ausnutzung der Wettbewerbsvorteilen.		
m)...das Ausschalten des unnötigen Wettbewerbs.		
n)...die Erschließung neuer Märkte.		
o)...die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen.		
p)...die Verbesserung des Angebotes an Kultur- und Sportveranstaltungen in den grenznahen Dörfern und Städten.		
r)...die Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen.		
s)...Anderes Ziel? Welches?		

2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit betrifft in unserer Wojewodschaft vor allem das Gebiet... (Bewerten Sie bitte jede Aussage einzeln.)	Zusammenarbeit mit	
	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
a)... der Privatwirtschaft.		
b)... der Kommunalverwaltung.		
c)... der Raumplanung.		
d)... der Wirtschaftsförderung (Verbände und Organisationen zur Förderung der Wirtschaft – z.B. Industrie- u. Handelskammern, Verbände der Unternehmer, etc.).		
e)... des Fremdenverkehrs.		
f)... der Kultur und des Sportes.		
g)... des Transfers der modernen Technologien.		
h)... der Umwelt.		
i)... der Prävention und Bekämpfung der Naturgewalkatastrophen (Hochwasser, Waldbrände, ...).		
j)... der Wissenschaft und der Hochschulen.		
k).. Ausbau technischer Infrastruktur (Straßen, Grezübergänge, Abwasser-, Trinkwasser-, Gasleitungen, Kläranlagen...		

3. Die Ausreisehäufigkeit der Einwohner unserer Wojewodschaft in die benachbarten Regionen wird während der nächsten 5 Jahre deutlich steigen.	nach	
	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)

4. Die Anzahl der Einwohner unserer Wojewodschaft, die in der angrenzenden Region beschäftigt sind, wird während der letzten 5 Jahren deutlich steigen.	in	
	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)

5. Schlechte Verkehrsinfrastruktur hemmt deutlich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ...	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)

6. Umweltverschmutzung ist ein wesentliches Hemmnis in der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit ...	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)

7. Negative Beziehungen (Vorurteile, Misstrauen oder Feindseligkeit) zwischen der Bevölkerung unserer Region und der Bevölkerung der benachbarten Regionen sind ein wesentliches Hemmnis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ...	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)

8. Die Förderung der EU (Phare CBC) hat die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit ... sehr beschleunigt.	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)

9. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat sich während der letzten 5 Jahre sehr intensiviert.	Zusammenarbeit mit	
	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)

<b>10. Medien beeinflussen positiv die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit ...</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>11. Kommunalverwaltungen haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ... wesentlich gefördert.</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>12. Euroregionen in unserer Wojewodschaft haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ... wesentlich gefördert.</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>13. Zentrale Verwaltungsstellen haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in unserer Wojewodschaft mit ... wesentlich gefördert.</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>14. Regionale Verwaltung hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ... wesentlich gefördert.</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>15. Wirtschaftssubjekte (private Betriebe und Dienstleistungsunternehmen) haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ... wesentlich gefördert.</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>16. Industrie- und Handelskammern haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ... wesentlich gefördert.</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>17. Universitäten und Forschungsinstitute haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ... wesentlich gefördert.</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>18. Regionale Entwicklungsgesellschaften haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ... wesentlich gefördert.</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>19. Die Durchlässigkeit der Grenze ist unzureichend und stellt ein wesentliches Hindernis für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit ... dar.</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>20. Historische Ereignisse stellen kein Hindernis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ...</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>21. Sprachbarrieren stellen ein Hindernis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ... dar.</b>	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravskoslezsko (CZ)
<b>22. Der Informationsfluss (-austausch) zwischen den polnischen Akteuren muss verbessert werden.</b>		
<b>23. Die Informierung der lokalen Bevölkerung über die gemeinsamen Veranstaltungen muss verbessert werden.</b>		
<b>24. Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind allgemein vor allem die Bereiche der Kultur und des Sportes wichtig.</b>		



<b>25. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in den nächsten 3 Jahren wesentlich häufiger und intensiver.</b>	Zusammenarbeit mit	
	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravsko-slezsko (CZ)

<b>26. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig vor allem auf dem Gebiet ... entwickeln.</b> (Bewerten Sie bitte jede Aussage einzeln.)	Zusammenarbeit mit	
	Bez. Žilina (SK)	Bez. Moravsko-slezsko (CZ)
a)... der Privatwirtschaft		
b)... Ausbau der technischen Infrastruktur		
c)... der Kommunalverwaltung		
d)... der Raumplanung u. -entwicklung		
e)... der Wirtschaftsförderung		
f) ... des Fremdenverkehrs		
g)...der Austauschbeziehungen in Kultur und im Sport		
h)...dem Transfer der modernen Technologien		
i)... des Umweltschutzes		
j)... der Prävention und Bekämpfung von Naturgewalkatastrophen		
m)...der Wissenschaft und Bildungseinrichtungen		
l) ... Anderes ? Welches?		

**Demographische Angaben:**

<b>27. In welcher Institution sind Sie tätig?</b>		
<b>28. Ihr Tätigkeitsbereich?</b> (passendes bitte ankreuzen)	Wirtschaft	
	Wirtschaftsförderung	
	Kommunalverwaltung	
	Regionalverwaltung	
	Euroregion	
	Raumplanung u. -entwicklung	
	Wissenschaft/ Bildung	
	Umweltschutz	
	Kultur u. Sport	
Medien		
<b>29. Wie lange sind Sie schon in der Region beschäftigt?</b>		Seit
<b>30. Ihr zuletzt erreichter Bildungsabschluss:</b>		

Ich bitte Sie, den ausgefüllten Fragebogen zurück zu senden an:

**E-mail:** [krenek@uni-muenster.de](mailto:krenek@uni-muenster.de) oder

**Fax:** ++49/251/8330076 bzw. ++49/251/8338352

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

### 3.4. Auswertung der schriftlichen Befragung

#### Legende:

- CZ tschechische Grenzregion *Moravskoslezský kraj*  
 SK slowakische Grenzregion *Žilinský Kraj*  
 PL polnische Grenzregion *Wojewodztwo Śląskie*  
 → CZ Beurteilungen über die Kooperationsbeziehung mit der tschechischen Nachbarnregion  
 → PL Beurteilungen über die Kooperationsbeziehung mit der polnischen Grenzregion  
 → SK Beurteilungen über die Kooperationsbeziehung mit der slowakischen Grenzregion  
 N Anzahl der Nennungen  
 % Anteil der Nennungen (an der Gesamtzahl der gültigen Nennungen)  
 k. A. keine Angabe  
 MW Mittelwert  
 STA Standardabweichung

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	10	35,7	10	35,7	8	28,6	0	0,0	2	1,93	0,81
	→ SK	6	20,7	14	48,3	7	24,1	2	6,9	1	2,17	0,85
SK	→ PL	12	45,5	13	48,1	2	7,4	0	0,0	0	1,58	0,51
	→ CZ	11	42,4	13	50,0	2	7,6	0	0,0	1	1,73	0,51
PL	→ SK	8	24,2	17	51,5	8	24,2	0	0,0	0	2,00	0,71
	→ CZ	7	21,2	26	78,8	0	0,0	0	0,0	0	1,79	0,42

Tab. A 1: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist Beschleunigung des Wirtschaftswachstums.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	6	20,7	15	51,7	8	27,6	0	0,0	1	2,07	0,70
	→ SK	3	10,0	16	53,3	11	36,7	0	0,0	0	2,27	0,64
SK	→ PL	13	48,1	12	44,4	2	7,4	0	0,0	0	1,59	0,64
	→ CZ	7	26,9	17	65,4	2	7,7	0	0,0	1	1,81	0,57
PL	→ SK	7	21,9	18	56,3	7	21,9	0	0,0	1	2,00	0,67
	→ CZ	5	15,2	22	66,7	6	18,2	0	0,0	0	2,03	0,59

Tab. A 2: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist Verbesserung der jetzigen Wirtschaftsstruktur in der Region.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	0	0,0	8	27,6	19	65,5	2	6,9	1	2,79	0,62
	→ SK	1	3,3	6	20,0	21	70,0	2	6,7	0	2,80	0,55
SK	→ PL	3	11,1	9	33,3	14	51,9	1	3,7	0	2,48	0,58
	→ CZ	4	15,4	10	38,5	11	42,3	1	3,8	1	2,35	0,76
PL	→ SK	0	0,0	6	18,8	23	71,9	3	9,3	1	2,90	0,51
	→ CZ	0	0,0	7	21,2	24	72,7	2	6,1	0	2,84	0,54

Tab. A 3: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Neuansiedlung von Unternehmen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	2	6,9	16	55,2	11	37,9	0	0,0	1	2,31	0,60
	→ SK	2	6,7	12	40	15	50	1	3,3	0	2,50	0,68
SK	→ PL	10	37,0	9	33,3	8	29,6	0	0,0	0	1,93	0,83
	→ CZ	5	19,2	12	46,2	9	34,6	0	0,0	1	2,15	0,73
PL	→ SK	3	9,4	14	43,8	15	46,9	0	0,0	1	2,38	0,66
	→ CZ	2	6,1	14	42,4	17	51,5	0	0,0	0	2,45	0,62

Tab.A 4: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Sicherung der bestehenden Unternehmen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	20	69,0	7	24,1	2	6,9	0	0,0	1	1,38	0,62
	→ SK	18	60,0	12	40,0	0	0,0	0	0,0	0	1,40	0,50
SK	→ PL	22	81,5	5	18,5	0	0,0	0	0,0	0	1,19	0,40
	→ CZ	19	73,1	7	26,9	0	0,0	0	0,0	1	1,27	0,45
PL	→ SK	17	56,7	13	43,3	0	0,0	0	0,0	3	1,43	0,50
	→ CZ	21	67,7	8	25,8	2	6,5	0	0,0	2	1,39	0,62

Tab. A 5: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist Intensivierung der gegenseitigen Handelsbeziehungen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	9	31,0	9	31,0	11	37,9	0	0,0	1	2,07	0,84
	→ SK	6	20,0	8	26,7	14	46,7	2	6,7	0	2,40	0,89
SK	→ PL	10	37,0	14	51,9	3	11,1	0	0,0	0	1,74	0,66
	→ CZ	15	57,7	10	38,5	1	3,8	0	0,0	1	1,46	0,58
PL	→ SK	8	25,0	17	53,1	3	9,4	4	12,5	1	2,09	0,93
	→ CZ	10	30,3	16	48,5	7	21,2	0	0,0	0	1,91	0,72

Tab. A 6: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Senkung der Arbeitslosenzahlen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	8	27,6	11	37,9	10	34,5	0	0,0	1	2,07	0,80
	→ SK	6	20,0	10	33,3	13	34,3	1	3,3	0	2,30	0,84
SK	→ PL	12	44,4	14	51,9	1	3,7	0	0,0	0	1,59	0,57
	→ CZ	8	30,8	16	61,5	1	3,8	1	3,8	1	1,81	0,69
PL	→ SK	2	6,3	20	62,5	8	25,0	2	6,3	1	2,31	0,69
	→ CZ	4	12,1	22	66,7	7	21,2	0	0,0	0	2,09	0,58

Tab. A 7: Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Ausnutzung der eigenen Wettbewerbsvorteilen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	1	3,4	6	20,7	16	55,2	6	20,7	1	2,93	0,75
	→ SK	1	3,3	2	6,7	20	66,7	7	23,3	0	3,10	0,66
SK	→ PL	1	3,7	5	18,5	14	51,9	7	25,9	0	3,00	0,78
	→ CZ	1	3,8	3	11,5	15	57,7	7	26,9	1	3,08	0,74
PL	→ SK	0	0,0	3	9,4	25	78,1	4	12,5	1	3,03	0,47
	→ CZ	0	0,0	3	9,1	26	78,8	4	12,1	0	3,03	0,47

Tab. A 8: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Ausschaltung des unnötigen Wettbewerbs.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	8	27,6	12	41,4	7	24,1	2	6,9	1	2,10	0,50
	→ SK	4	13,3	19	63,3	6	20,0	1	3,3	0	2,13	0,68
SK	→ PL	4	14,8	20	74,1	3	11,1	0	0,0	0	1,96	0,52
	→ CZ	2	7,7	9	34,6	10	38,5	5	19,2	1	2,69	0,88
PL	→ SK	5	15,6	21	65,6	4	12,5	2	6,3	1	2,09	0,73
	→ CZ	6	18,2	22	66,7	1	3,0	4	12,1	0	2,09	0,84

Tab. A 9: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Erschließung neuer Märkte.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	11	37,9	12	41,4	5	17,2	1	3,4	1	1,86	0,83
	→ SK	5	16,7	10	33,3	13	43,3	2	6,7	0	2,40	0,86
SK	→ PL	14	51,9	9	33,3	4	14,8	0	0,0	0	1,63	0,74
	→ CZ	10	38,5	11	42,3	5	19,2	0	0,0	1	1,81	0,75
PL	→ SK	9	28,1	14	43,8	7	21,9	2	6,3	1	2,06	0,88
	→ CZ	11	33,3	14	42,4	8	24,2	0	0,0	0	1,91	0,77

Tab. A 10: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Verbesserung technischer Infrastruktur.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	21	72,4	7	24,1	1	3,4	0	0,0	1	1,31	0,54
	→ SK	12	40,0	12	40,0	4	13,3	2	6,7	0	1,87	0,90
SK	→ PL	23	85,2	4	14,8	0	0,0	0	0,0	0	1,15	0,36
	→ CZ	16	61,5	9	34,6	1	3,8	0	0,0	1	1,42	0,58
PL	→ SK	23	71,9	6	18,8	2	6,3	1	3,1	1	1,41	0,76
	→ CZ	20	60,6	8	24,2	2	6,1	3	9,1	0	1,64	0,94

Tab. A 11: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	9	31,0	15	51,7	4	13,8	1	3,4	1	1,90	0,77
	→ SK	4	13,3	7	23,3	11	36,7	8	26,7	0	2,77	1,00
SK	→ PL	1	3,7	6	22,2	15	55,6	5	18,5	0	2,89	0,75
	→ CZ	1	3,8	7	26,9	13	50,0	5	19,2	1	2,85	0,78
PL	→ SK	4	12,5	9	28,1	17	53,1	2	6,3	1	2,53	0,80
	→ CZ	12	36,4	19	57,6	2	6,1	0	0,0	0	1,70	0,59

Tab. A 12: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Verbesserung der Umweltsituation in der Region.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	2	6,9	13	44,8	8	27,6	6	20,7	1	2,62	0,90
	→ SK	10	34,5	14	48,3	5	17,2	7	23,3	1	1,83	0,70
SK	→ PL	2	7,4	7	25,9	15	55,6	3	11,1	0	1,95	0,70
	→ CZ	6	22,2	16	59,3	5	18,5	0	0,0	0	1,96	0,70
PL	→ SK	2	6,3	20	62,5	8	25,0	2	6,3	1	2,31	0,70
	→ CZ	0	0,0	14	42,4	19	57,6	0	0,0	0	2,58	0,50

Tab. A 13: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Bekämpfung der Kriminalität in der Region.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	15	51,7	11	37,9	3	10,3	0	0,0	1	1,59	0,68
	→ SK	17	56,7	10	33,3	3	10,0	0	0,0	0	1,53	0,68
SK	→ PL	13	48,1	9	33,3	5	18,5	0	0,0	0	1,70	0,76
	→ CZ	13	50,0	9	34,6	4	15,4	0	0,0	1	1,65	0,75
PL	→ SK	12	36,4	14	42,4	7	21,2	0	0,0	0	1,85	0,76
	→ CZ	11	33,3	15	45,5	7	21,2	0	0,0	0	1,88	0,74

Tab. A 14: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Verbesserung der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der europäischen Integration.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	20	69,0	8	27,6	1	3,4	0	0,0	1	1,34	0,55
	→ SK	14	46,7	10	33,3	6	20,0	0	0,0	0	1,73	0,79
SK	→ PL	16	59,3	9	33,3	2	7,4	0	0,0	0	1,48	0,64
	→ CZ	11	42,3	12	46,2	3	11,5	0	0,0	1	1,69	0,68
PL	→ SK	11	33,3	16	48,5	4	12,1	2	6,1	0	1,91	0,84
	→ CZ	19	57,6	12	36,4	0	0,0	2	6,1	0	1,55	0,79

Tab. A 15: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	10	34,5	17	58,6	2	6,9	0	0,0	1	1,72	0,60
	→ SK	12	41,4	15	51,7	2	6,9	0	0,0	0	1,66	0,60
SK	→ PL	14	51,9	9	33,3	4	14,8	0	0,0	0	1,63	0,74
	→ CZ	13	48,1	13	48,1	1	3,7	0	0,0	0	1,56	0,60
PL	→ SK	22	66,7	9	27,3	2	6,1	0	0,0	0	1,39	0,61
	→ CZ	19	57,6	9	27,3	5	15,2	0	0,0	0	1,58	0,75

Tab. A 16: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschr. Zusammenarbeit ist die Verbesserung des Angebots an Kultur- und Sportveranstaltungen in den grenznahen Dörfern und Städten.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	13	44,8	9	31,0	6	20,7	1	3,4	1	1,83	0,89
	→ SK	8	26,7	10	33,3	8	26,7	4	13,3	0	2,27	1,01
SK	→ PL	9	33,3	16	59,3	2	7,4	0	0,0	0	1,74	0,59
	→ CZ	8	30,8	16	61,5	2	7,7	0	0,0	1	1,77	0,59
PL	→ SK	10	31,3	14	43,8	8	25,0	0	0,0	1	1,95	0,76
	→ CZ	17	51,5	10	30,3	6	18,2	0	0,0	0	1,67	0,78

Tab. A 17: „Ein wesentliches Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	1	3,4	13	44,8	15	51,8	0	0,0	1	2,48	0,57
	→ SK	0	0,0	8	26,7	22	73,3	0	0,0	0	2,73	0,45
SK	→ PL	2	7,4	5	18,5	20	74,1	0	0,0	0	2,67	0,62
	→ CZ	1	3,8	8	30,8	17	65,4	0	0,0	1	2,62	0,57
PL	→ SK	1	3,1	8	25,0	23	71,9	0	0,0	1	2,69	0,54
	→ CZ	0	0,0	20	60,6	13	39,4	0	0,0	0	2,39	0,50

Tab. A 18: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum, vor allem auf dem Gebiet der Privatwirtschaft praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	16	55,2	9	31,0	4	13,8	0	0,0	1	1,59	0,73
	→ SK	6	20,0	16	53,3	8	26,7	0	0,0	0	2,07	0,69
SK	→ PL	15	55,6	11	40,7	1	3,7	0	0,0	0	1,48	0,58
	→ CZ	12	46,1	13	50,0	1	3,9	0	0,0	1	1,58	0,58
PL	→ SK	10	30,4	18	54,5	4	12,1	0	0,0	0	1,81	0,65
	→ CZ	14	42,4	18	54,5	1	3,1	0	0,0	0	1,61	0,56

Tab. A 19: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vornehmlich auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	1	3,4	9	31,0	14	48,3	5	17,2	1	2,79	0,77
	→ SK	1	3,3	4	13,3	15	50,0	10	33,3	0	3,13	0,78
SK	→ PL	0	0,0	0	0,0	9	33,3	18	66,7	0	3,67	0,48
	→ CZ	0	0,0	0	0,0	6	23,1	20	76,9	1	3,77	0,43
PL	→ SK	1	3,1	5	15,6	17	53,1	9	28,1	1	3,06	0,75
	→ CZ	1	3,0	8	24,2	14	42,4	10	30,3	0	3,00	0,79

Tab. A 20: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vornehmlich auf dem Gebiet der Raumplanung praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	3	10,3	14	48,3	11	37,9	1	3,4	1	2,34	0,72
	→ SK	1	3,3	11	36,7	15	50,0	3	10,0	0	2,67	0,71
SK	→ PL	2	7,4	13	48,1	12	44,4	0	0,0	0	2,37	0,63
	→ CZ	1	3,8	12	46,2	13	50,0	0	0,0	1	2,46	0,58
PL	→ SK	4	12,5	14	43,8	14	43,8	0	0,0	1	2,31	0,69
	→ CZ	5	15,2	17	51,5	11	33,3	0	0,0	0	2,18	0,68

Tab. A 21: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vornehmlich auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	22	75,9	5	17,2	1	3,4	1	3,4	1	1,34	0,72
	→ SK	20	66,7	7	23,3	3	10,0	0	0,0	0	1,43	0,68
SK	→ PL	24	88,9	3	11,1	0	0,0	0	0,0	0	1,11	0,32
	→ CZ	19	73,1	7	26,9	0	0,0	0	0,0	1	1,27	0,45
PL	→ SK	30	90,9	1	3,0	2	6,1	0	0,0	0	1,15	0,51
	→ CZ	22	66,7	9	27,3	2	6,1	0	0,0	0	1,39	0,61

Tab. A 22: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vornehmlich auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	23	79,3	3	10,3	3	10,3	0	0,0	1	1,31	0,66
	→ SK	20	66,7	10	33,3	0	0,0	0	0,0	0	1,33	0,48
SK	→ PL	26	96,3	1	3,7	0	0,0	0	0,0	0	1,04	0,19
	→ CZ	25	96,2	1	3,8	0	0,0	0	0,0	0	1,04	0,20
PL	→ SK	25	75,8	8	24,2	0	0,0	0	0,0	0	1,24	0,44
	→ CZ	27	84,4	5	15,6	0	0,0	0	0,0	1	1,16	0,37

Tab. A 23: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vornehmlich auf dem Gebiet der Kulturbeziehungen und des Sports praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	2	6,9	6	27,6	12	41,4	9	31,0	1	2,97	0,91
	→ SK	0	0,0	5	16,7	14	46,7	11	36,7	0	3,20	0,71
SK	→ PL	0	0,0	2	7,4	8	29,6	17	63,0	0	3,56	0,64
	→ CZ	1	3,8	1	3,8	8	30,8	16	61,5	1	3,50	0,76
PL	→ SK	0	0,0	4	12,5	16	50,0	12	37,5	1	3,25	0,67
	→ CZ	0	0,0	3	9,1	21	63,6	9	27,3	0	3,18	0,58

Tab. A 24: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vornehmlich auf dem Gebiet des Wissens- und Technologietransfers praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	4	13,8	20	66,9	5	17,2	0	0,0	1	2,03	0,57
	→ SK	1	3,3	15	50,0	14	46,7	0	0,0	0	2,43	0,57
SK	→ PL	4	14,8	13	48,1	9	33,3	1	3,7	0	2,26	0,76
	→ CZ	3	11,5	11	42,3	11	42,3	1	3,8	1	2,38	0,75
PL	→ SK	0	0,0	17	53,1	15	46,9	0	0,0	0	2,47	0,51
	→ CZ	4	12,1	25	75,8	4	12,1	0	0,0	0	2,00	0,50

Tab. A 25: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vornehmlich auf dem Gebiet des Umweltschutzes praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	8	27,6	12	41,4	7	24,1	2	6,9	1	2,10	0,90
	→ SK	3	10,0	8	26,6	14	46,7	5	16,7	0	2,70	0,88
SK	→ PL	4	14,8	10	37,0	8	29,6	5	18,5	0	2,52	0,98
	→ CZ	2	7,7	9	34,6	10	38,5	5	19,2	1	2,69	0,88
PL	→ SK	0	0,0	9	28,1	21	65,6	2	6,3	0	2,78	0,55
	→ CZ	6	18,2	13	39,4	13	39,4	1	3,0	0	2,27	0,80

Tab. A 26: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vornehmlich auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und -Bekämpfung praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	3	10,3	20	69,0	6	20,7	0	0,0	1	2,10	0,56
	→ SK	0	0,0	17	56,7	12	40,0	1	3,3	0	2,47	0,57
SK	→ PL	9	34,6	11	42,3	6	23	0	0,0	1	1,88	0,77
	→ CZ	2	8,3	1	4,2	11	45,8	10	41,7	3	3,21	0,88
PL	→ SK	2	6,3	23	71,9	7	21,9	0	0,0	1	2,16	0,52
	→ CZ	2	6,3	18	56,3	12	37,5	0	0,0	1	2,31	0,59

Tab. A 27: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vornehmlich auf dem Gebiet der Bildung und der Wissenschaft praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	26	89,7	3	10,3	0	0,0	0	0,0	1	1,10	0,31
	→ SK	3	10,0	10	33,3	16	53,3	1	3,3	0	2,50	0,73
SK	→ PL	24	88,9	3	11,1	0	0,0	0	0,0	0	1,11	0,32
	→ CZ	3	11,5	16	61,5	7	26,9	0	0,0	1	2,15	0,61
PL	→ SK	31	96,9	1	3,1	0	0,0	0	0,0	1	1,03	0,18
	→ CZ	24	72,7	9	27,3	0	0,0	0	0,0	0	1,27	0,45

Tab. A 28: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in unserem Grenzraum vornehmlich auf dem Gebiet des Ausbaus technischer Infrastruktur praktiziert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	10	35,7	10	35,7	8	28,6	0	0,0	2	1,93	0,81
	→ SK	6	20,7	14	48,3	7	24,1	2	6,9	1	2,17	0,85
SK	→ PL	14	51,9	13	48,1	0	0,0	0	0,0	0	1,48	0,51
	→ CZ	13	50,0	13	50,0	0	0,0	0	0,0	1	1,50	0,51
PL	→ SK	8	24,2	17	51,5	8	24,2	0	0,0	0	2,00	0,71
	→ CZ	7	21,2	26	78,8	0	0,0	0	0,0	0	1,79	0,42

Tab. A 29: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig vornehmlich auf dem Gebiet der Privatwirtschaft entwickeln.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	10	35,7	15	53,7	3	10,7	0	0,0	2	1,75	0,65
	→ SK	10	34,5	14	48,3	5	17,2	0	0,0	1	1,83	0,71
SK	→ PL	18	66,7	9	33,3	0	0,0	0	0,0	0	1,33	0,48
	→ CZ	17	65,4	9	34,6	0	0,0	0	0,0	1	1,35	0,49
PL	→ SK	9	27,3	17	51,5	7	21,2	0	0,0	0	1,94	0,70
	→ CZ	9	27,3	21	63,6	3	9,1	0	0,0	0	1,82	0,58

Tab. A 30: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig vornehmlich auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung entwickeln.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	0	0,0	8	28,6	14	50,0	6	21,4	2	2,93	0,72
	→ SK	0	0,0	5	17,2	18	62,1	6	20,7	1	3,03	0,63
SK	→ PL	0	0,0	0	0,0	18	66,7	9	33,3	0	3,33	0,48
	→ CZ	0	0,0	1	3,8	17	65,4	8	30,8	1	3,27	0,53
PL	→ SK	4	12,1	4	12,1	23	69,7	2	6,1	0	2,70	0,77
	→ CZ	0	0,0	14	42,4	19	57,6	0	0,0	0	2,58	0,51

Tab. A 31: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig vornehmlich auf dem Gebiet der Raumplanung entwickeln.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	10	35,7	11	39,3	7	25,0	0	0,0	2	1,92	0,80
	→ SK	4	13,8	20	69,0	5	17,2	0	0,0	1	2,03	0,57
SK	→ PL	4	14,8	20	74,1	3	11,1	0	0,0	0	1,96	0,52
	→ CZ	4	15,4	19	73,1	3	11,5	0	0,0	1	1,96	0,53
PL	→ SK	8	24,2	9	27,3	16	48,5	0	0,0	0	2,24	0,83
	→ CZ	5	15,2	18	54,5	10	30,3	0	0,0	0	2,15	0,67

Tab. A 32: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich der Wirtschaftsförderung entwickeln.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	20	69,0	8	27,6	1	3,4	0	0,0	1	1,34	0,55
	→ SK	28	93,3	2	6,7	0	0,0	0	0,0	0	1,07	0,25
SK	→ PL	26	96,3	1	3,7	0	0,0	0	0,0	0	1,04	0,19
	→ CZ	22	84,6	4	15,4	0	0,0	0	0,0	1	1,15	0,37
PL	→ SK	31	93,9	2	6,1	0	0,0	0	0,0	0	1,06	0,24
	→ CZ	14	42,4	17	51,5	2	6,1	0	0,0	0	1,64	0,60

Tab. A 33: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Tourismusbereich entwickeln.“



Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	20	69,0	9	31,0	0	0,0	0	0,0	1	1,31	0,47
	→ SK	18	60,0	12	40,0	0	0,0	0	0,0	0	1,40	0,50
SK	→ PL	26	96,3	1	3,7	0	0,0	0	0,0	0	1,04	0,20
	→ CZ	25	96,2	1	3,8	0	0,0	0	0,0	1	1,04	0,20
PL	→ SK	22	66,7	10	30,3	1	3,0	0	0,0	0	1,36	0,55
	→ CZ	29	87,9	4	12,1	0	0,0	0	0,0	0	1,12	0,33

Tab. A 34: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich der kulturellen Beziehungen und des Sportes entwickeln.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	0	0,0	13	46,4	12	42,9	3	10,7	2	2,64	0,68
	→ SK	0	0,0	6	20,7	18	62,1	5	17,2	1	2,97	0,63
SK	→ PL	0	0,0	0	0,0	21	77,8	6	22,2	0	3,22	0,42
	→ CZ	0	0,0	0	0,0	20	76,9	6	23,1	1	3,23	0,43
PL	→ SK	0	0,0	6	18,2	26	78,8	1	3,0	0	2,85	0,44
	→ CZ	0	0,0	10	30,3	22	66,7	1	3,0	0	2,73	0,52

Tab. A 35: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich des Wissens- und Technologietransfers entwickeln.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	5	17,9	21	75,0	2	7,1	0	0,0	2	1,89	0,50
	→ SK	2	6,9	15	51,7	12	41,4	0	0,0	1	2,34	0,61
SK	→ PL	3	11,1	21	77,8	3	11,1	0	0,0	0	2,00	0,48
	→ CZ	2	7,7	20	76,9	4	15,4	0	0,0	1	2,08	0,48
PL	→ SK	4	12,1	24	72,7	5	15,2	0	0,0	0	2,03	0,53
	→ CZ	16	48,5	15	45,5	2	6,1	0	0,0	0	1,58	0,61

Tab. A 36: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich des Umweltschutzes entwickeln.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	13	46,4	12	42,9	3	10,7	0	0,0	2	1,64	0,68
	→ SK	1	3,4	8	27,6	20	69,0	0	0,0	1	2,66	0,55
SK	→ PL	9	33,3	15	55,6	3	11,1	0	0,0	0	1,78	0,64
	→ CZ	4	15,4	18	69,2	4	15,4	0	0,0	1	2,00	0,57
PL	→ SK	1	3,0	17	51,5	15	45,5	0	0,0	0	2,42	0,56
	→ CZ	15	45,5	14	42,4	4	12,1	0	0,0	0	1,67	0,69

Tab. A 37: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Naturgewaltkatastrophen entwickeln.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	6	21,4	15	53,6	7	25,0	0	0,0	2	2,04	0,69
	→ SK	0	0,0	13	44,8	14	48,3	2	6,9	1	2,62	0,62
SK	→ PL	13	48,1	10	37,0	4	14,8	0	0,0	0	1,67	0,73
	→ CZ	0	0,0	13	50,0	13	50,0	0	0,0	1	2,50	0,51
PL	→ SK	2	6,1	24	72,7	7	21,2	0	0,0	0	2,15	0,51
	→ CZ	1	3,0	25	75,8	7	21,2	0	0,0	0	2,18	0,47

Tab. A 38: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich der der Wissenschaft und der Bildung entwickeln.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	9	32,1	19	67,9	0	0,0	0	0,0	2	1,68	0,48
	→ SK	4	13,8	14	48,3	11	37,9	0	0,0	1	2,24	0,69
SK	→ PL	27	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	1,00	0,00
	→ CZ	11	42,3	15	57,7	0	0,0	0	0,0	1	1,58	0,50
PL	→ SK	18	54,5	12	36,4	3	9,1	0	0,0	0	1,55	0,67
	→ CZ	11	33,3	21	63,6	1	3,0	0	0,0	0	1,70	0,53

Tab. A 39: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird sich künftig im Bereich des Ausbaus der technischen Infrastruktur entwickeln.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	6	21,4	15	53,6	5	17,9	2	7,1	2	2,11	0,8
	→ SK	1	3,4	14	48,3	14	48,3	0	0,0	1	2,45	0,6
SK	→ PL	6	22,2	16	59,3	5	18,5	0	0,0	0	1,96	0,7
	→ CZ	6	23,1	12	46,2	8	30,8	0	0,0	1	2,08	0,7
PL	→ SK	8	24,2	18	54,5	7	21,2	0	0,0	0	1,97	0,7
	→ CZ	7	21,2	18	54,5	8	24,2	0	0,0	0	2,03	0,7

Tab. A 40: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat sich während der letzten 5 Jahre wesentlich intensiviert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	8	28,6	15	53,6	3	10,7	2	7,1	2	1,96	0,8
	→ SK	7	24,1	16	55,2	4	13,8	2	6,9	1	2,03	0,8
SK	→ PL	9	33,3	16	59,6	2	7,4	0	0,0	0	1,74	0,6
	→ CZ	13	48,1	13	48,1	1	3,7	0	0,0	0	1,56	0,6
PL	→ SK	14	42,4	17	51,5	2	6,1	0	0,0	0	1,64	0,6
	→ CZ	14	42,4	16	48,5	3	9,1	0	0,0	0	1,67	0,7

Tab. A 41: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird meiner Meinung nach in den nächsten 3 Jahren wesentlich intensiver.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	7	25,0	9	32,1	9	32,1	3	10,7	2	2,29	1,0
	→ SK	12	41,4	15	51,7	2	6,9	0	0,0	1	1,66	0,6
SK	→ PL	15	55,6	11	40,7	1	3,7	0	0,0	0	1,48	0,6
	→ CZ	15	57,7	9	34,6	2	7,7	0	0,0	1	1,50	0,7
PL	→ SK	21	63,6	7	21,2	3	9,1	2	6,1	0	1,58	0,9
	→ CZ	7	21,2	13	39,4	10	30,3	3	9,1	0	2,27	0,9

Tab. A 42: „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn wird durch historische Ereignisse nicht beeinträchtigt.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	4	14,3	6	21,4	7	25,0	11	39,3	2	2,89	1,1
	→ SK	0	0,0	1	3,4	7	24,1	21	72,4	1	3,69	0,5
SK	→ PL	0	0,0	4	14,8	9	33,3	14	51,9	0	3,37	0,7
	→ CZ	0	0,0	3	11,5	6	23,1	17	65,4	1	3,54	0,7
PL	→ SK	0	0,0	5	15,2	8	24,2	20	60,6	0	3,45	0,8
	→ CZ	4	12,1	9	27,3	13	39,4	7	21,2	0	2,70	1,0

Tab. A 43: „Negative Beziehungen zwischen der Bevölkerung unserer Region und der Bevölkerung der benachbarten Grenzregion sind ein wesentliches Hemmnis für die Zusammenarbeit.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	6	20,7	16	55,2	6	20,7	1	3,4	1	2,07	0,8
	→ SK	0	0,0	0	0,0	0	0,0	29	100,0	1	4,00	0,0
SK	→ PL	1	3,7	17	56,6	10	37,0	1	3,7	0	2,33	0,6
	→ CZ	0	0,0	0	0,0	0	0,0	26	100,0	1	4,00	0,0
PL	→ SK	2	6,1	23	69,7	7	21,2	1	3,0	0	2,21	0,6
	→ CZ	9	27,3	19	57,6	4	12,1	1	3,0	0	1,91	0,7

Tab. A 44: „Die fehlenden Sprachkenntnisse stellen ein wesentliches Hindernis in der Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	13	46,4	13	46,4	2	7,1	0	0,0	2	1,61	0,6
	→ SK	0	0,0	6	20,7	20	69,0	3	10,3	1	2,90	0,6
SK	→ PL	18	66,7	8	29,6	1	3,7	0	0,0	0	1,37	0,6
	→ CZ	1	3,8	3	11,5	14	53,8	8	30,8	1	3,12	0,8
PL	→ SK	11	33,3	16	48,5	6	18,2	0	0,0	0	1,83	0,7
	→ CZ	18	54,5	12	36,4	3	9,1	0	0,0	0	1,55	0,7

Tab. A 45: „Die Förderung der EU (Phare – CBC) hat die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen wesentlich beschleunigt.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ		10	34,5	17	58,6	2	6,9	0	0,0	1	1,72	0,6
SK		18	69,2	8	30,8	0	0,0	0	0,0	1	1,31	0,5
PL		11	33,3	20	60,6	2	6,1	0	0,0	0	1,73	0,6

Tab. A 46: „Der Austausch von Informationen zwischen den einzelnen Akteuren in unserem Grenzgebiet muss verbessert werden.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ		10	34,5	17	58,6	2	6,9	0	0,0	1	1,72	0,6
SK		18	69,2	8	30,8	0	0,0	0	0,0	1	1,31	0,5
PL		11	33,3	20	60,6	2	6,1	0	0,0	0	1,73	0,6

Tab. A 47: „Die geringe Sensibilisierung der Lokalbevölkerung stellt ein wesentliches Hemmnis bei der Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	7	25,0	11	39,3	10	35,7	0	0,0	2	2,11	0,8
	→ SK	6	20,7	11	37,9	12	41,4	0	0,0	1	2,21	0,8
SK	→ PL	21	77,8	5	18,5	1	3,7	0	0,0	0	1,26	0,5
	→ CZ	4	15,4	12	46,2	9	34,6	1	3,8	1	2,27	0,8
PL	→ SK	21	63,6	3	9,1	7	21,2	2	6,1	0	1,70	0,9
	→ CZ	7	21,2	14	42,4	10	30,3	2	6,1	0	2,21	0,9

Tab. A 48: „Die Durchlässigkeit der Grenze ist unzureichend und stellt ein wesentliches Hindernis für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dar.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	7	25,0	11	39,3	10	35,7	0	0,0	2	2,11	0,8
	→ SK	6	20,7	11	37,9	12	41,4	0	0,0	1	2,21	0,8
SK	→ PL	21	77,8	5	18,5	1	3,7	0	0,0	0	1,26	0,5
	→ CZ	4	15,4	12	46,2	9	34,6	1	3,8	1	2,27	0,8
PL	→ SK	21	63,6	3	9,1	7	21,2	2	6,1	0	1,70	1,0
	→ CZ	7	21,2	14	42,4	10	30,3	2	6,1	0	2,21	0,9

Tab. A 49: „Die schlechte Verkehrsinfrastruktur hemmt deutlich die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	0	0,0	0	0,0	13	46,4	15	53,6	2	3,54	0,5
	→ SK	0	0,0	0	0,0	13	44,8	16	55,2	1	3,55	0,5
SK	→ PL	0	0,0	0	0,0	17	63,0	10	37,0	0	3,37	0,5
	→ CZ	0	0,0	7	26,9	13	50,0	6	23,1	1	2,85	0,6
PL	→ SK	0	0,0	4	12,1	14	42,4	15	45,5	0	3,33	0,7
	→ CZ	1	3,0	6	18,2	17	51,5	9	27,3	0	3,03	0,8

Tab. A 50: „Die Anzahl der Einwohner unserer Region, die in der angrenzenden Region beschäftigt sind, wird in den nächsten Jahren steigen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	1	3,6	20	71,4	6	21,4	1	3,6	2	2,25	0,6
	→ SK	0	0,0	19	65,5	10	34,5	0	0,0	1	2,35	0,5
SK	→ PL	5	18,5	18	66,7	4	14,8	0	0,0	0	1,96	0,6
	→ CZ	6	23,1	12	46,2	7	26,9	1	3,8	1	2,12	0,8
PL	→ SK	13	39,4	16	48,5	4	12,1	0	0,0	0	1,73	0,7
	→ CZ	9	27,3	19	57,6	5	15,2	0	0,0	0	1,88	0,7

Tab. A 51: „Die Ausreisehäufigkeit der Einwohner unserer Region in die benachbarten Regionen wird in den kommenden Jahren deutlich steigen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	10	35,7	15	53,7	3	10,7	0	0,0	2	1,74	0,7
	→ SK	1	3,4	8	27,6	20	69,0	0	0,0	1	2,66	0,6
SK	→ PL	1	3,7	6	22,2	15	55,6	5	18,5	0	2,89	0,8
	→ CZ	1	3,8	7	26,9	13	50,0	5	19,2	1	2,85	0,8
PL	→ SK	2	6,1	4	12,1	23	69,7	4	12,1	0	2,82	0,8
	→ CZ	9	27,3	21	63,6	3	9,1	0	0,0	0	1,82	0,6

Tab. A 52: „Die Umweltprobleme beschleunigen die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	3	10,7	12	42,9	10	35,7	3	10,7	2	2,46	0,84
	→ SK	1	3,6	6	21,4	18	64,3	3	10,7	2	2,82	0,67
SK	→ PL	2	7,4	10	37,0	13	48,1	2	7,4	0	2,64	0,84
	→ CZ	4	15,4	7	26,9	13	50,0	2	7,7	1	2,56	0,75
PL	→ SK	0	0,0	16	48,5	14	42,4	3	9,1	0	2,61	0,66
	→ CZ	1	3,0	19	57,6	11	33,3	2	6,1	0	2,42	0,67

Tab. A 53: „Die Medien haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wesentlich gefördert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	14	50,0	9	32,1	5	17,9	0	0,0	2	1,68	0,77
	→ SK	5	17,2	19	65,5	4	13,8	1	3,4	1	2,03	0,68
SK	→ PL	16	59,3	11	40,7	0	0,0	0	0,0	0	1,41	0,50
	→ CZ	15	57,7	10	38,5	1	3,8	0	0,0	1	1,46	0,58
PL	→ SK	12	36,4	17	51,5	4	12,1	0	0,0	0	1,76	0,66
	→ CZ	16	48,5	15	45,5	2	6,1	0	0,0	0	1,58	0,61

Tab. A 54: „Die Kommunalverwaltungen haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wesentlich gefördert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	21	75,0	5	17,9	0	0,0	2	7,1	2	1,39	0,83
	→ SK	13	44,8	12	41,4	3	10,3	1	3,4	1	1,72	0,80
SK	→ PL	17	63,0	8	29,6	2	7,4	0	0,0	0	1,44	0,64
	→ CZ	16	61,5	8	30,8	2	7,7	0	0,0	1	1,46	0,65
PL	→ SK	17	51,5	13	39,4	3	9,1	0	0,0	0	1,58	0,66
	→ CZ	21	63,6	11	33,3	1	3,0	0	0,0	0	1,39	0,56

Tab. A 55: „Die Euroregionen / regionalen Verbände haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wesentlich gefördert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	2	7,1	9	32,1	13	46,4	4	14,3	2	2,68	0,82
	→ SK	0	0,0	5	17,2	16	55,2	8	27,6	1	3,10	0,67
SK	→ PL	0	0,0	3	12,5	17	70,8	4	16,7	3	3,04	0,55
	→ CZ	0	0,0	1	4,2	18	75,5	5	20,8	3	3,17	0,48
PL	→ SK	0	0,0	13	39,4	18	54,5	2	6,1	0	2,67	0,60
	→ CZ	0	0,0	13	40,6	19	59,4	0	0,0	1	2,59	0,50

Tab. A 56: „Die zentralen Verwaltungsstellen haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wesentlich gefördert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	6	21,4	12	42,9	10	35,7	0	0,0	2	2,14	0,76
	→ SK	2	6,9	3	10,3	15	51,7	9	31,0	1	3,07	0,84
SK	→ PL	0	0,0	8	33,3	13	54,2	3	12,5	3	2,79	0,66
	→ CZ	0	0,0	3	13,0	8	34,8	12	52,2	4	3,39	0,72
PL	→ SK	3	9,7	18	58,1	10	32,3	0	0,0	2	2,23	0,62
	→ CZ	3	10,0	20	66,7	7	23,3	0	0,0	3	2,13	0,57

Tab. A 57: „Die regionale Verwaltung hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wesentlich gefördert.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	4	13,8	15	51,7	10	34,5	0	0,0	1	2,21	0,68
	→ SK	1	3,4	9	31,0	16	55,2	3	10,3	1	2,72	0,70
SK	→ PL	1	3,7	9	33,3	16	59,3	1	3,7	0	2,63	0,63
	→ CZ	2	7,7	10	38,5	12	46,2	2	7,7	1	2,54	0,76
PL	→ SK	2	6,1	4	12,1	27	81,8	0	0,0	0	2,76	0,56
	→ CZ	3	9,4	11	34,4	18	56,3	0	0,0	1	2,47	0,67

Tab. A 58: „Die Wirtschaftssubjekte (KMU, Dienstleistungsunternehmen) haben zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wesentlich beigetragen.“

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	5	17,2	12	41,4	11	37,9	1	3,4	1	2,28	0,80
	→ SK	2	6,7	7	23,3	20	66,7	1	3,3	0	2,67	0,66
SK	→ PL	5	18,5	12	44,4	9	33,3	1	3,7	0	2,22	0,80
	→ CZ	4	15,4	5	19,2	16	61,5	1	3,8	1	2,54	0,81
PL	→ SK	1	3,0	8	24,2	24	72,7	0	0,0	0	2,70	0,53
	→ CZ	1	3,1	14	43,8	17	53,1	0	0,0	1	2,50	0,57

**Tab. A 59: „Die Industrie- und Handelskammern haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wesentlich gefördert.“**

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	1	3,8	19	73,1	6	23,1	0	0,0	4	2,19	0,49
	→ SK	0	0,0	7	26,9	17	65,4	2	7,7	4	2,81	0,57
SK	→ PL	15	60,0	6	24,0	3	12,0	1	4,0	2	1,60	0,86
	→ CZ	0	0,0	4	16,0	9	36,0	12	48,0	2	3,32	0,75
PL	→ SK	1	3,0	18	60,0	11	36,7	0	0,0	3	2,33	0,55
	→ CZ	0	0,0	17	58,6	11	37,9	1	3,4	4	2,45	0,57

**Tab. A 60: „Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wesentlich gefördert.“**

Kooperation		1 = trifft sicherlich zu		2 = trifft eher zu		3 = trifft eher nicht zu		4 = trifft gar nicht zu		k. A.	MW	STA
		N	%	N	%	N	%	N	%			
CZ	→ PL	6	21,4	17	60,7	5	17,9	0	0,0	2	1,96	0,64
	→ SK	1	3,4	9	31,0	16	55,2	3	10,3	1	2,72	0,70
SK	→ PL	8	29,6	14	51,9	5	18,5	0	0,0	0	1,89	0,70
	→ CZ	2	7,7	10	38,5	14	53,8	0	0,0	1	2,46	0,65
PL	→ SK	3	9,1	12	36,4	18	54,5	0	0,0	0	2,45	0,67
	→ CZ	6	18,8	19	59,4	7	21,9	0	0,0	1	2,03	0,65

**Tab. A 61: „Die regionalen Entwicklungsagenturen haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wesentlich gefördert.“**

## 4. Karten und Fotos



**Foto 1: Grenzgebirge der Beskiden:** Oberhalb der slowakischen Grenzgemeinde Makov (725 m ü. NN.). Die tschechisch-slowakische Grenze verläuft über den Bergkamm in Höhen von ca. 950 bis 1023 m ü. NN. In Makov befindet sich ein wichtiger Grenzübergang für TIR-Verkehr.

Foto: T. Křenek, 2003

**Foto 2: Grenzübergang Bílá (CZ) – Klokočov (SK), Juni 2003:** Die kilometerlangen Schlangen von LKWs sind nach dem EU-Beitritt am 01. Mai 2004 zwar verschwunden, die Durchlässigkeit bleibt jedoch weiterhin durch verkehrstechnisch bedingte Beschränkungen ungenügend.

Foto: T. Křenek, 2003



**Foto 3: Grenzübergang Mosty u Jablunkova (CZ) – Svrčinovec SK):** Der am meisten genutzten Grenzübergang (Straße u. Bahn) in der Nordhälfte der tschechisch-slowakischen Grenze an der Verbindungslinie zwischen Ostrava und Žilina. Er wird auch von LKWs aus der Slowakei und Polen angesteuert, da es am westlichen Streckenabschnitt der slowakisch-polnischen Grenze keinen LKW-tauglichen Grenzübergang gibt. Foto: T.Křenek, 2003



**Foto 4: Der Grenzübergang Skalité (SK) – Zwardoń (PL)** kann verkehrstechnisch nur für den regionalen PKW- und Busverkehr benutzt werden. Im westlichen Streckenabschnitt der slowakisch-polnischen Grenze gibt es keinen LKW-tauglichen Grenzübergang. Dies hindert den Wirtschaftsaustausch zwischen Bezirk Žilina und der Wojewodschaft Schlesien durch hohe Transportkosten. Auf der Strecke Žilina - Bielsko-Biala oder Zywiec müssen die LKWs einen Umweg von mehr als 100 Km und einen erheblichen Zeitverlust in Kauf nehmen. Das Problem soll mit der Autobahn, die die Städte Katowice, Bielsko-Biala und Žilina verbinden soll, behoben werden.  
Foto: T. Křenek, 2003

**Fotos 5 und 6:  
Autobahn für Investoren**

**Foto 5:** Die Polen sind mit den Vorarbeiten bereits bis auf 500 Meter Entfernung an die Grenze vorgestoßen. Aufgenommen vom bestehenden Grenzübergang Skalité (SK)-Zwardoń (PL) aus. Foto: T. Křenek, 2003



**Foto 6: „Schlafende“ Baustelle.** Während die Polen bauen, wurden die Bauarbeiten an der slowakischen Seite 2002 abgebrochen, die Bauelemente konserviert. Begründung: Änderung der nationalen Prioritäten – es wird vorrangig eine innerregionale Autobahn in der zentralen Slowakei gebaut. Die Aufnahme stammt zwar vom Juni 2003, seitdem sind die Bauarbeiten aber nicht wieder aufgenommen worden. Foto: T. Křenek





**Foto 7: Brücke über den Grenzfluß Olza zum Grenzübergang Chotěbuz (CZ) – Cieszyn (PL):** Der zollfreie Güterverkehr nach dem Beitritt zum EU-Binnenmarkt stellt neue Ansprüche an die Grenzinfrastruktur. Während die Abfertigungsterminals und die Abstellplätze für LKWs voraussichtlich nicht mehr benötigt werden, wird die geringe Kapazität der Verkehrswege zu einem Einschränkungsfaktor bei der Intensivierung des wirtschaftlichen Austausches. Im Gegensatz zu anderen Grenzabschnitten im Dreiländereck gehen die Arbeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im tschechisch-polnischen Grenzgebiet schnell voran. Quelle: Straž Graniczna RP, 2004






**Foto 8: Straßenschild der Grenzgemeinde Skalité (SK)** Die befragten Akteure beklagten eine geringe Sensibilisierung der Lokalbevölkerung für nachbarschaftliche Zusammenarbeit sowie schlechte Kenntnisse über die Euroregionen und deren Aktivitäten. Auch durch kulturelle Veranstaltungen ist es nicht gelungen, einen größeren Teil der Bevölkerung zu erreichen und ihr Engagement zu stärken. Das Straßenschild mit dem Logo der Euroregion Beskydy in den Mitgliedsgemeinden hilft dabei aber auch nicht... Foto: T. Křenek, 2003



**Foto 9: Der Dreiländerpunkt CZ-SK-PL:** Ein neuer Wallfahrtsort? Eher ein Beispiel für bisher ungenutzte Potenziale im Tourismusmarketing. Die Aufnahme stammt nicht vom Autor, der hat zwar dieses hübsche Drei-Länder-Symbol zum Abschluss eines Befragungstages lange gesucht, aber schließlich doch nicht gefunden... Quelle: Tourismuszentrum in Jablunkov (CZ), 2002



### Grenzen und Verwaltung

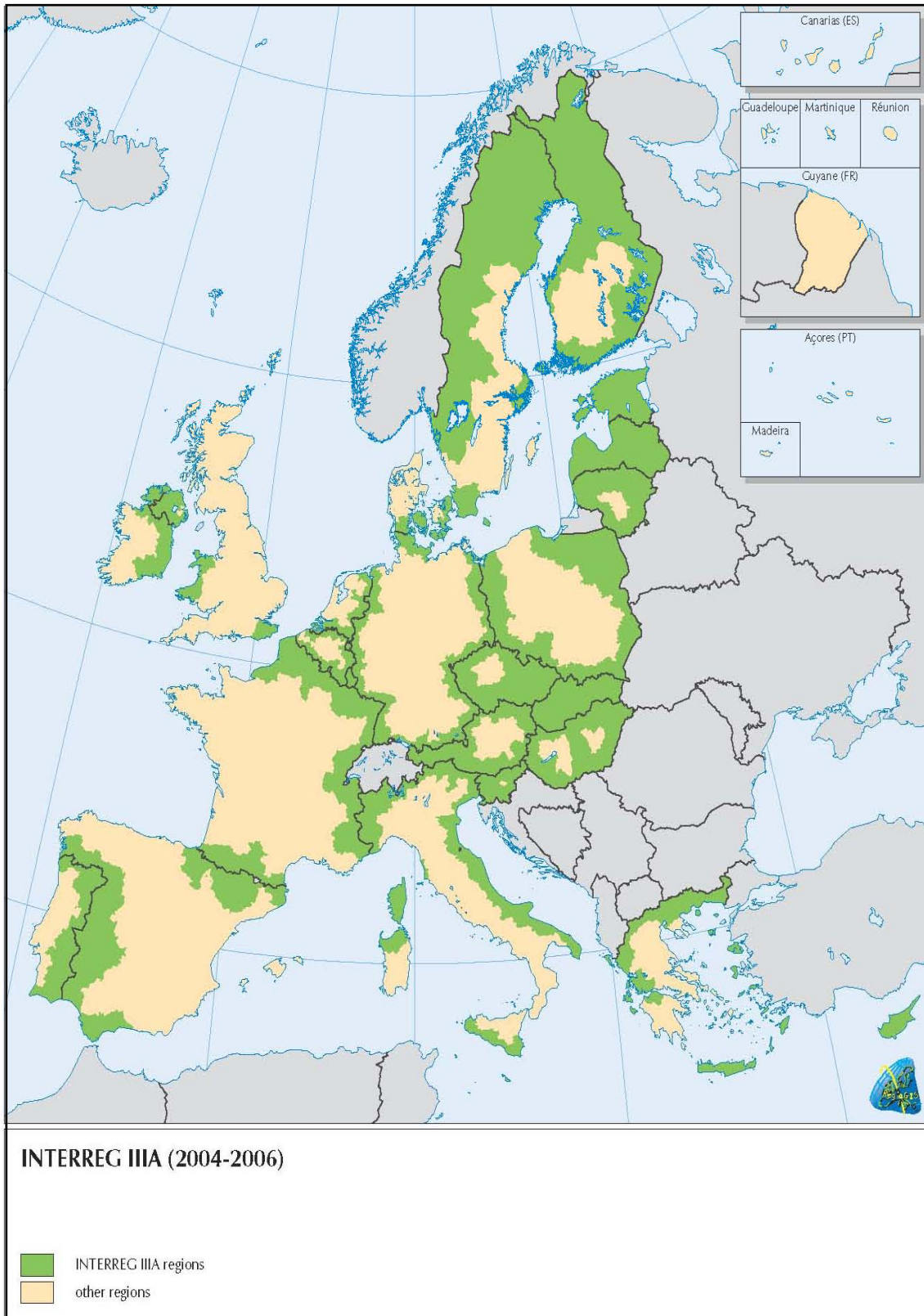
-  Staatsgrenze
-  Bezirksgrenzen
-  Grenzen der Subregionen der Wojewodschaft Schlesien
-  Kreisgrenzen
-  Bezirkshauptstadt

0 50 km

Eigene Darstellung, 2005  
Physische Kartenvorlage: Atlas der ČSFR, 1991

Karte A-3:  
Topographische Grundlage  
des Untersuchungsgebietes





**Karte A-4: Fördergebiete von INTERREG IIIA (2004-2006)**  
**Quelle: Europäische Kommission, 2004**